KOMMISSION FÜR GESCHICHTE
DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN BONN

INTERNATIONAAL INSTITUUT
VOOR SOCIALE GESCHIEDENIS AMSTERDAM

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Erste Reihe

Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik

Im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

herausgegeben von

Werner Conze und Erich Matthias

BAND 3/I

In Verbindung mit dem Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918

ERSTER TEIL

bearbeitet von

Erich Matthias und Eberhard Pikart

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Werner Blumenberg

zum Gedächtnis

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn
1966
Gesamtherstellung: Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany

Inhalt des ersten Teils

Seite

Vorwort der Herausgeber IX

Einleitung

1. Von der Splittergruppe zur Massenpartei XIII
2. Das Dilemma der Stichwahlen XXI
3. Zur Sozialstruktur der Fraktion LI
4. Bemerkungen zur Praxis der Kandidatenaufstellung und zur Frage einer „wirklich proletarischen Repräsentation“ LXVII
5. Die Diätenregelung XCI
6. Die Präsenz der Abgeordneten XCVIII
7. Organe und Geschäftsgewohnheiten der Fraktion CIV
8. Parlamentarische Taktik und parlamentarische Mittel CXXV
9. Vizepräsidentenfrage, höfische Pflichten und Kaiserhoch . . . CXXXV

Tabellen und Übersichten im Text der Einleitung

a) Stimmenanteil und Mandatsgewinne der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1871—1912 XV

b) Anzahl der Wahlkreise mit statistisch feststellbaren sozialdemokratischen Kandidaturen bei den Hauptwahlen 1871—1912 . . XVI

c) Das Anwachsen der Zahl der Wahlberechtigten in großstädtischen Wahlkreisen 1871—1912 XIX

d) Zum Verhältnis von Stimmenzahlen und Mandatsverteilung . . XX

e) Ausgangspositionen und Erfolge der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen 1871—1912 XXIII

f) Parteivorstand 1900—1917 CVI

g) Fraktionsvorstand 1898—1914 CVII

h) Sozialdemokratische Mitglieder in Seniorenkonvent, Budgetkommission und Geschäftsordnungskommission des Reichstages 1898—1914 CVIII

Anlage A: Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1874 bis 1918 CLI

Anlage B: Wahlkreisbindung, Landtagsmandate und kommunalpolitische Tätigkeit der Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der XIII. Legislaturperiode (1912—1918) CLXIII

Anlage C: Die Opposition gegen die Fraktionsmehrheit in der Frage der Bewilligung der Kriegskredite 1914/15 CLXXXVII

Zur Edition

1. Die Protokollkladden CXCV

2. Parallelüberlieferungen und ergänzende Dokumente für die Zeit des ersten Weltkrieges CXCVII

3. Einrichtung der Edition CC

Verzeichnis der Archivalien CCII

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur CCIII

Verzeichnis der Dokumente CCVII

Abschnitt I: Bis zum Scheitern der Obstruktion

X. Legislaturperiode (1898—1903)
Dokumente 1—112 3

Abschnitt II: Parlamentarische Routine und Parteiaffären

XI. Legislaturperiode (1903—1906)
Dokumente 113—175 107

Abschnitt III: Zwischen Opposition und Mitarbeit

XII. Legislaturperiode (1907—1911)
Dokumente 176—283 175

Abschnitt IV: Der Weg aus der Isolierung

XIII. Legislaturperiode — Erste Session (1912—1914)
Dokumente 284—349 257

Inhalt des zweiten Teils

Seite

Verzeichnis der Dokumente VII

Abschnitt V: Vom 4. August bis zur Fraktionsspaltung

XIII. Legislaturperiode

Zweite Session (1914—1918) — August 1914 bis März 1916

Dokumente 350—403 3

Abschnitt VI: Die Agonie des Burgfriedens

XIII. Legislaturperiode

Zweite Session (1914—1918) — April 1916 bis Mai 1917

Dokumente 404—441 182

Abschnitt VII: Friedensresolution und Papstnote

XIII. Legislaturperiode

Zweite Session (1914—1918) — Juli 1917 bis Oktober 1917

Dokumente 442—458 263

Abschnitt VIII: Vertagte Entscheidungen

XIII. Legislaturperiode

Zweite Session (1914—1918) — November 1917 bis Juli 1918

Dokumente 459—491 343

Abschnitt IX: Regierungspartei in der Phase des Zusammenbruchs

XIII. Legislaturperiode

Zweite Session (1914—1918) — September 1918 bis November 1918

Dokumente 492—515 417

Register 525

Vorwort der Herausgeber

Das Schwergewicht dieser Edition, in der die Sitzungsprotokolle der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von 1898 bis zum Ende des Kaiserrreichs 1918 unverkürzt veröffentlicht werden, liegt auf der Zeit des Ersten Weltkrieges. Das gilt sowohl für den äußeren Umfang der Dokumentation als auch für ihre inhaltliche Ergiebigkeit und Aussagekraft. Für die Kriegsjahre bot sich auch die Möglichkeit, die offiziellen Fraktionsprotokolle in erheblichem Maße durch andere Überlieferungen zu ergänzen. Die wichtigsten dieser Parallelüberlieferungen, nämlich das soeben als Band 4 der Quellen publizierte Kriegstagebuch Eduard Davids und die Memoiren Wilhelm Dittmanns, deren Veröffentlichung das Internationale Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, vorbereitet, sind allerdings nur zur Kommentierung herangezogen worden. Doch wurde die Bearbeitung aller drei Editionen, soweit sie sich auf die Zeit des Krieges erstrecken, von vornherein aufeinander abgestimmt. Zusammengenommen dürften sie für die Erforschung der sozialdemokratischen Kriegspolitik und der Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion, die im Frühjahr 1916 zur Spaltung führten, sich aber auch nach dem Ausscheiden der Dissidenten in der Mehrheitsfraktion fortsetzten, eine neue Quellenbasis schaffen. Daß die Erschließung dieses Quellenkomplexes nicht nur der engeren parteigeschichtlichen Forschung zugute kommt, sondern darüber hinaus unsere Kenntnis der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, die im untrennbaren Zusammenhang mit der neuerdings ins Kreuzfeuer der wissenschaftlichen Diskussion geratenen Frage der deutschen „Kriegsziele" steht, bereichert, braucht kaum betont zu werden. Was diesen Aspekt betrifft, schließen sich die Fraktionsprotokolle ebenso wie das Tagebuch Davids unmittelbar an die Editionen „Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18" und „Die Regierung des Prinzen Max von Baden" an, mit denen unsere Quellenreihe eröffnet wurde.

Viel weniger ergiebig als die Protokolle aus den Kriegsjahren erscheinen auf den ersten Blick die der Vorkriegszeit, bei denen es sich ausnahmslos um typische Beschlußprotokolle handelt, die sich in ihrer Sprödigkeit auch dem wissenschaftlichen Benutzer nur schwer erschließen. Doch ergibt sich bei genauerer Prüfung, daß auch diese Protokolle trotz ihrer Lückenhaftigkeit und Unzulänglichkeit eine wertvolle und unersetzbare Quelle darstellen, die neue Erkenntnisse auf sonst vernachlässigten Gebieten der parlamentarischen Geschichte verspricht. Ihre Publizierung empfahl sich um so mehr, als Protokolle von Fraktionssitzungen eine bisher von der Forschung kaum genutzte Quellengattung sind. Nicht zuletzt deshalb lag es für die Kommission nahe, sich besonders intensiv um die Überlieferungen der Reichstagsfraktionen zu bemühen. So wird in Fortsetzung der vorliegenden Edition eine Ausgabe der Sitzungsprotokolle der sozialdemokratischen Nationalversammlungsfraktion erscheinen. Weiterhin veröffentlicht die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien demnächst gemeinsam mit der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern eine von Rudolf Morsey bearbeitete Edition der Protokolle der Zentrumsfraktion für die Jahre 1926 bis 1933. Nichtsdestoweniger sind, soweit es sich überblicken läßt, die für die Perioden des Kaiserreiches

und der Weimarer Republik überlieferten Bestände von Fraktionsprotokollen und -akten im ganzen nur spärlich und meist bruchstückhaft. Daher kann es auch als Glücksfall betrachtet werden, daß die sozialdemokratischen Fraktionsprotokolle über gut zwanzig Jahre hinweg in geschlossener Folge erhalten geblieben sind. Trotz der Sonderstellung der Sozialdemokratie im parlamentarischen Verband haben diese Zeugnisse einen nicht zu unterschätzenden paradigmatischen Wert. Beleuchten sie doch die Entwicklung des Fraktionsbetriebes und der Kooperation zwischen den Fraktionen im Reichstag der Vorkriegszeit auf mannigfaltige Weise.

Die Bedeutung dieser Fragen ließ es auch angebracht erscheinen, dem Dokumentenwerk eine verhältnismäßig ausführliche Einleitung vorauszuschicken, in der, abgesehen von den wahlgeschichtlichen Passagen, Sozialstruktur, institutionelle Entwicklung und parlamentarisches Verhalten der Fraktion im Mittelpunkt stehen. Als besonders interessantes Problem schält sich dabei der Zusammenhang zwischen Wahlkampftaktik und parlamentarischer Praxis heraus. Vornehmlich das Stichwahlverhalten der Sozialdemokratie macht deutlich, wie wenig zulässig es ist, aus der demonstrativ betonten Außenseiterrolle der Partei voreilige Schlüsse zu ziehen.

Die Verantwortung für die Einleitung tragen beide Bearbeiter gemeinsam; nur für das vierte Kapitel zeichnet Erich Matthias als Alleinverfasser. Sowohl für die Einleitung als auch für die Edition selbst waren die Bearbeiter auf Hilfe von vielerlei Seiten angewiesen. Ihr Dank und der Dank der Herausgeber hat in erster Linie dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, zu gelten, das gemeinsam mit der Kommission dieses Quellenwerk veröffentlicht. Besonderen Anteil an der Planung des Editionsunternehmens hat der im vergangenen Jahr verstorbene Leiter der deutschen Abteilung des Instituts, Werner Blumenberg, gehabt. Herausgeber und Bearbeiter, die diesen großartigen, selbstlosen, ganz im stillen wirkenden Mann zu ihren Freunden rechnen durften, können ihm heute nur noch dadurch danken, daß sie das fertige Werk seinem Gedächtnis widmen. Weiter gilt ihr Dank dem Bundesarchiv, dem Archiv der SPD sowie allen anderen benutzten Archiven und den Besitzern von privaten Nachlässen, durch deren Hilfsbereitschaft die Edition gefördert wurde. Die bewährte Unterstützung der Bibliothek des Deutschen Bundestages und der Bonner Universitätsbibliothek hat auch die Bearbeitung dieser Bände wesentlich erleichtert. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß Prof. Dr. Georg Kotowski, der die Erinnerungen Dittmanns ediert, den Bearbeitern jede nur denkbare Hilfe hat zuteil werden lassen. Im Rahmen des wissenschaftlichen Arbeitsstabes der Kommission konnten sie immer auf den Rat und die Unterstützung von Frau Dr. Susanne Miller, Dr. Rudolf Morsey, Dr. Alfred Milatz und Hermann Weber zählen. Das Register hat cand. phil. Heinrich Potthoff angefertigt. Auch ihm sei, ebenso wie den an den technischen Vorarbeiten beteiligten Mitarbeiterinnen, an dieser Stelle herzlich gedankt.

Besonderen Dank schulden die Herausgeber schließlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die, wie schon für die vorangegangenen Bände der Reihe, auch für diese Edition eine Sachbeihilfe gewährte.

Heidelberg und Mannheim, im April 1966

Werner Conze Erich Matthias

Einleitung

1. Von der Splittergruppe zur Massenpartei

Der Aufstieg der Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich spiegelt sich am klarsten in der steilen Kurve ihrer Wahlerfolge. In diesem Wachstumsprozeß, den auch situationsbedingte Rückschläge nicht zu hemmen vermochten, zeichnen sich deutlich drei Phasen ab. Die Zäsuren zwischen ihnen werden gesetzt durch die Reichstagswahlen von 1890 und 1912. Seit 1890 vereinigte die Sozialdemokratie, die zur Zeit der Reichsgründung noch eine unbedeutende Splittergruppe gewesen war, bei den Hauptwahlen regelmäßig mehr Stimmen auf sich als irgendeine andere Partei, um dann mit den Wahlen von 1912 auch zur stärksten Fraktion des Reichstags aufzurücken.[1])

Mit den Reichstagswahlen vom Januar 1877, denen die Vereinigung der beiden konkurrierenden sozialdemokratischen Gruppen der Eisenacher und der Lassalleaner zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" (1875)[2]) vorangegangen war, erreichte der sozialdemokratische Stimmenanstieg einen ersten Höhepunkt. Hatten beide Gruppen zusammen bei den Hauptwahlen 1871 einen Stimmenanteil von 3,1% (2 Mandate für die Eisenacher) und 1874 von 6,8% (6 Mandate für die Eisenacher, 3 für den Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein) erreicht, so gelang es 1877 der vereinigten Partei, ihren Anteil auf 9,1% (12 Mandate) zu vergrößern.

Der — absolute und prozentuale — Stimmenverlust, den die Partei bei den Wahlen von 1878 (7,6%), die unter dem Eindruck der Attentate auf den Kaiser und der ersten Beratungen über ein Ausnahmegesetz standen, und bei den ersten Wahlen unter dem Sozialistengesetz 1881 (6,1%) hinnehmen mußte, konnte jedoch 1884 (9,7%) und 1887 (10,1%) wieder aufgeholt werden. Mit diesem Stimmenanteil von ca. 10% hatte die Sozialdemokratie trotz der Behinderung durch die Ausnahmegesetzgebung den Stand von 1877 wieder erreicht und sogar leicht übertroffen.[3])

Die Aussagekraft dieser Prozentzahlen wird allerdings durch eine Reihe von Faktoren beeinträchtigt, die nicht unberücksichtigt bleiben können: Neben den Behinderungen, denen die Wahlvorbereitungen und die Wahlpropaganda der Partei in der Periode des Sozialistengesetzes unterworfen waren, wäre hier in erster Linie auf die Unterschiede in der Höhe der Wahlbeteiligung und in der Zahl der sozialdemokratischen Kandidaturen hinzuweisen.

---

[1]) Zur Wahlgeschichte der Sozialdemokratie vgl. vor allem Ritter S. 67 ff.; daneben: Eduard Bernstein, The German Elections and the Social Democrats, in: *Contemporary Review*, London 1907, S. 479—492; Robert Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 20, 1905, S. 507 ff.; Adolf Braun, Die Reichstagswahlen von 1898 und 1903, in: *Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik*, Bd. 18, 1903, S. 539 ff.; Paul Hirsch und Bruno Borchardt, Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage, Berlin 1907; Adolf Neumann-Hofer, Die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Deutschen Reichstage 1871—1903, 3. Aufl. Berlin 1903; Theodor Wacker, Entwicklung der Sozialdemokratie in den zehn ersten Reichstagswahlen 1871—1898, Freiburg 1903.

[2]) Erst 1890 wurde der offizielle Name der Partei in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands" umgeändert; s. Protokoll SPD-Parteitag 1890 S. 242.

[3]) Vgl. die tabellarische Übersicht auf S. XV.

Von Anfang an hatte die Sozialdemokratie versucht, in möglichst vielen Wahlkreisen des Reiches Kandidaten aufzustellen, selbst wenn nicht die geringste Hoffnung auf einen Mandatsgewinn bestand. Es lag ihr von vornherein fern, sich wie andere große Parteien, besonders das Zentrum und die Deutschkonservativen, in ihrer Wahlagitation auf bestimmte Teile des Reichsgebietes beschränken zu lassen. Die Bedeutung aussichtsloser „Zählkandidaturen"[4]) lag darin, daß sie auch weit verstreute Stimmen für die Partei mobilisierten und so das Anwachsen ihrer Anhängerschaft statistisch sichtbar machten.

Das kontinuierliche Anwachsen solcher„Zählkandidaturen" steht unzweifelhaft in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Ausbreitung der sozialdemokratischen Parteiorganisation über das Reichsgebiet. Besonders bemerkenswert erscheint dabei, daß auch in der Zeit des Sozialistengesetzes die Zahl der Wahlkreise, in denen Sozialdemokraten kandidierten, bis auf den leichten Rückgang von 1878 und 1881 ständig anstieg. Die amtliche Unterdrückung der Partei vermochte also ihren Ausdehnungsprozeß nicht aufzuhalten[5]), der sich auf eine Vielfalt von Ersatzorganisationen in den Wahlkreisen stützte, die dringend einer eingehenden Untersuchung bedürften.

Wenn bei den sozialdemokratischen Kandidaturen in vielen Wahlkreisen immer wieder die gleichen Namen auftauchten, spielte dabei gewiß die „Kandidatennot", über die sich beispielsweise *Bebel* bei der Schilderung des Wahlkampfes von 1881 in seinen Memoiren bitter beklagt, eine wesentliche Rolle:

„Zu alledem kam die Kandidatennot. *Bracke*, *Geib*, *Reinders* waren gestorben. *Fritzsche*, *Hasselmann*, *Most*, *Reimer*, *Vahlteich* waren ausgewandert. Andere, wie *Motteler*, *Bernstein*, *Tauscher*, Richard *Fischer* waren durch ihre Stellung im Parteidienst im Ausland für eine Kandidatur unmöglich geworden. Viele ehemalige Kandidaten waren ebenfalls ausgewandert oder wagten nicht mehr zu kandidieren, um nicht ruiniert zu werden, oder sie hatten sich, wie *Hartmann* und die Gebrüder *Kapell*, unmöglich gemacht. Die Folge war, daß man allerwärts, wo es an eigenen Kandidaten fehlte, Genossen mit bekannten Namen, die bereits anderswo kandidierten, aufstellte, was auch zugleich die Agitation erleichterte. So kam ich zu der Ehre von fünfunddreißig Kandidaturen, *Liebknecht* und *Hasenclever* zu siebzehn, *Grillenberger* zu fünfzehn usw."[6])

Es läßt sich jedoch nicht übersehen, daß das Verfahren der Mehrfachkandidaturen, das die Wahlagitation auf die „Genossen mit bekannten Namen" konzentrierte, für eine Partei wie die sozialdemokratische auch erhebliche Vorteile

[4]) Zu den Zählkandidaturen s. Neumann-Hofer S. 30 ff.; Ritter S. 67 ff.; Bertram S. 147 ff.

[5]) Bebel III S. 27 f. weist darauf hin, daß „die fortgesetzten Ausweisungen und die Schikanierung der Ausgewiesenen durch die Polizei" eine von den Initiatoren des Sozialistengesetzes nicht vorausgesehene Wirkung gehabt hätten und der Ausbreitung der Partei in mancher Hinsicht zugute gekommen seien: „Durch die Verfolgungen aufs äußerste verbittert, zogen sie [die Ausgewiesenen] von Stadt zu Stadt, suchten überall die Parteigenossen auf, die sie mit offenen Armen aufnahmen [. .]. Dadurch wurde eine Menge örtlicher geheimer Verbindungen geschaffen, die ohne die Agitation der Ausgewiesenen kaum entstanden wären [. . .]. In die äußersten Winkel des Reiches vor den Verfolgungen flüchtend, predigten sie überall die neue Lehre [. . .]. Von den Bürgermeistern der kleinen Städte und den Landratsämtern liefen fortgesetzt Klagen bei den höheren Instanzen ein über das Unheil, das diese Ausgewiesenen in ihren Bezirken anrichteten."

[6]) A.a.O. S. 189 f.

Stimmenanteil und Mandatsgewinne der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1871-1912

Legislaturperioden	Datum der Reichstagswahlen	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung in %	Stimmenanteil in % bei den Hauptwahlen	Mandatszahl	Mandatszahl in %[1])
I	3. 3. 1871	7 656 273	50,7	3,1	2	0,52
II	10. 1. 1874	8 523 446	60,9	6,8	9	2,26
III	10. 1. 1877	8 943 028	60,4	9,1	12	3,02
IV	30. 7. 1878	9 124 311	63,1	7,6	9	2,26
V	27. 10. 1881	9 090 381	56,1	6,1	12	3,02
VI	28. 10. 1884	9 383 074	60,4	9,7	24	6,04
VII	21. 2. 1887	9 769 802	77,2	10,1	11	2,77
VIII	20. 2. 1890	10 145 877	71,2	19,7	35	8,81
IX	15. 6. 1893	10 628 292	72,2	23,3	44	10,08
X	16. 6. 1898	11 441 094	67,8	27,2	56	14,10
XI	16. 6. 1903	12 531 210	75,8	31,7	81	20,40
XII	25. 1. 1907	13 352 880	84,3	28,9	43	10,83
XIII	12. 1. 1912	14 442 367	84,5	34,8	110	27,70

[1]) Der Deutsche Reichstag zählte 1871, wie schon zuvor das Zollparlament, 382 Abgeordnete (= Wahlkreise). Diese Zahl wurde 1874 um 15 elsaß-lothringische Abgeordnete (= Wahlkreise) auf 397 erhöht. Diese Mandatszahl blieb bis in die Weltkriegszeit konstant.

bot.[7]) Diese Taktik wurde auch keineswegs ausschließlich durch die besonderen Bedingungen des Sozialistengesetzes diktiert. So bediente sich die freisinnige Partei Eugen *Richters*, die ebenfalls ein stark gestreutes Wählerpotential besaß, der gleichen Methode, um ihre Anhängerschaft zu sammeln.[8])

Die Erfolge der sozialdemokratischen Wahlkampftaktik, die sich im Ansatz bereits 1887 gezeigt hatten, stellten sich in eindrucksvoller Weise seit den Wahlen von 1890 ein, bei denen sich die Beschränkungen der Ausnahmegesetzgebung praktisch nicht mehr auswirkten.[9]) Der sozialdemokratische Stimmenanteil bei den Hauptwahlen wuchs 1890 auf 19,7% an und verdoppelte sich damit gegenüber den Wahlen von 1887. Waren 1887 bereits in 255 Wahlkreisen sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden, so stieg die Zahl der Kandidaturen nunmehr sprunghaft auf 343.[10]) Die sozialdemokratische Wahlorganisation hatte

Anzahl der Wahlkreise mit statistisch feststellbaren sozialdemokratischen Kandidaturen bei den Hauptwahlen 1871—1912)*

I. (1871)	98 von 382	VIII. (1890)	343 von 397
II. (1874)	163 von 397**)	IX. (1893)	381 von 397
III. (1877)	196 von 397	X. (1898)	383 von 397
IV. (1878)	190 von 397	XI. (1903)	392 von 397
V. (1881)	183 von 397	XII. (1907)	392 von 397
VI. (1884)	219 von 397	XIII. (1912)	397 von 397
VII. (1887)	255 von 397		

*) Nach den von Alfred Milatz erarbeiteten Unterlagen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Diesen Unterlagen liegt die amtliche Wahlstatistik zugrunde, von der jedoch nur diejenigen Kandidaten, die mehr als 25 Stimmen erhielten, berücksichtigt werden. Demnach kann die Zahl der sozialdemokratischen Kandidaturen in Wirklichkeit noch höher gewesen sein. Die Angaben in der Literatur differieren. Vgl. z. B. auch die leicht abweichenden Zahlen für die Wahlen seit 1893 bei Ritter S. 67.

**) Hinzugekommen waren 15 elsaß-lothringische Wahlkreise.

sich also schon in der Endphase des Sozialistengesetzes fast vollständig über das ganze Reichsgebiet ausgebreitet.[11])

Allerdings stieß der Ausdehnungsprozeß der Sozialdemokratie, der sich bis 1912 kontinuierlich fortsetzte, selbst bei den Arbeiterwählern auf nicht überschreitbare Grenzen. Auf dem Parteitag in Halle 1890 forderte *Bebel*, daß die Sozialdemokratie nun auch die Landarbeiterschaft und die katholischen Arbeiter für

[7]) Allerdings sprach sich bereits der Kopenhagener Kongreß von 1883 dafür aus, daß das „bei den letzten Wahlen verschiedentlich befolgte System der Aufstellung eines Kandidaten in einem Dutzend und mehr Wahlkreisen verlassen werden" solle und, „namentlich für Zählkanditaturen, auch solche Genossen aufgestellt werden [sollten], welche zwar einen politisch weniger bekannten Namen haben, aber in ihren Kreisen Vertrauen genießen und eine hinreichend unabhängige Stellung einnehmen." Zitiert nach Schröder I S. 117.

[8]) Dazu Ursula Steinbrecher, Liberale Parteiorganisation unter besonderer Berücksichtigung des Linksliberalismus 1871—1893, Diss. phil. Köln 1960, S. 92 f.

[9]) Zu den Wahlerfolgen der Sozialdemokratie nach Aufhebung des Sozialistengesetzes s. Ritter S. 67 ff.

[10]) Vgl. die Übersicht auf dieser Seite.

[11]) Einen plastischen Überblick über die lokalen und regionalen Schwerpunkte der Partei und den Verlauf des Ausbreitungsprozesses bietet Mehring II S. 383 f., 434 f., 468 ff., 502 ff., 552 ff., 598 ff., 640 ff., 670.

sich gewinnen müsse.[12]) Beide Ziele sollten jedoch nicht annähernd erreicht werden.[13]) Ebensowenig war dem Werben um die Stimmen der polnischen Arbeiter Erfolg beschieden.[14])

Über die Schwierigkeiten, denen die Sozialdemokratie in den katholischen Teilen des Reiches begegnete, heißt es bei *Neumann-Hofer:*

„Wahlkreise mit vorwiegend katholischer Bevölkerung sind der sozialdemokratischen Agitation viel weniger zugänglich als die anderen Kreise. In 252 Wahlkreisen überwiegt die evangelische, in 145 Wahlkreisen die katholische Konfession. Wenn wir die 397 Wahlkreise nach dem Grade der sozialdemokratischen Stimmabgabe in 3 Gruppen teilen, so finden wir folgendes Verhältnis: Unter den 132 Wahlkreisen der ersten Gruppe (sozialdemokratischer Stimmanteil über 35⅓%) sind nicht weniger als 123 Kreise mit überwiegend evangelischer und nur 9 Kreise mit überwiegend katholischer Bevölkerung. In der mittleren Gruppe (sozialdemokratischer Stimmanteil 35½—11%) sind die entsprechenden Zahlen: 93 und 39; und in der letzten Gruppe (sozialdemokratischer Stimmanteil unter 11%): 36 und 97. Von den 81 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten stammen nur 4 aus Wahlkreisen mit überwiegend katholischer Bevölkerung.“[15])

Auch der Stimmenzuwachs in den vorwiegend agrarisch bestimmten Bundesstaaten und Provinzen blieb — mit der Ausnahme von Schleswig-Holstein — hinter der Zuwachsrate zurück, die von der Sozialdemokratie im gesamten Reichsgebiet erreicht wurde. In Ostpreußen hatte die SPD in den Wahlen von 1912 sogar einen absoluten und prozentualen Stimmenrückgang gegenüber 1903 zu verzeichnen.[16]) Dafür lag in anders strukturierten Einzelstaaten, z. B. im Königreich Sachsen und in Hamburg, die Zuwachsrate teilweise mehr als 50% über dem Reichsdurchschnitt.

Ebenfalls gelangen der SPD keine größeren Einbrüche in das bürgerliche Lager.[17]) Das „verbeamtete Kleinbürgertum“ und das Kleinbürgertum in agrarisch be-

[12]) Protokoll S. 39 f.

[13]) Vgl. Ritter S. 68 ff.

[14]) Vgl. a.a.O. S. 74 ff. sowie H. U. Wehler. Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Marburger Ostforschungen 18), Würzburg 1962, S. 117 ff.

[15]) Neumann-Hofer S. 43. Dazu auch die Feststellungen von Alois Klöcker, Konfession und sozialdemokratische Wählerschaft. Statistische Untersuchung der allgemeinen Reichstagswahlen des Jahres 1907, Diss. phil. M.-Gladbach 1913, S. 93: „Von den 43 sozialdemokratischen Mandaten stellen die vorwiegend katholischen Kreise 6, die vorwiegend evangelischen Kreise 37; erstere also nicht ganz ein Siebtel, letztere etwas mehr als sechs Siebtel; b) von den 175 Kreisen mit mehr als 25 Prozent sozialdemokratischen Stimmen sind 159 = mehr als neun Zehntel vorwiegend evangelisch, 16 = weniger als ein Zehntel vorwiegend katholisch bevölkert.“ Sehr fragwürdig dürften allerdings Klöckers Berechnungen zur konfessionellen Aufteilung der Stimmen sein, nach denen nur „reichlich ein Neuntel, genau 11,14 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen“ von katholischen, dagegen „etwas weniger als acht Neuntel, genau 88,86 Prozent, von nichtkatholischen Wählern abgegeben“ worden sein sollen.

[16]) Vgl. Ritter S. 73 f.

[17]) R. Blank (s. oben Anm. 1) vertrat die entgegengesetzte These; dazu die berechtigte Kritik bei Ritter S. 77 f.; allerdings ist zu all diesen Wahlanalysen anzumerken, daß die angewandten Begriffe, wie Wählerschaft, Bürgertum, Stand der gewerblichen Arbeiter etc., keine statischen Größen waren, zumal gerade in der wilhelminischen Zeit starke Veränderungen in der Sozialstruktur eintraten und die Grenzen zwischen den „Klassen“ durchaus fließend verliefen.

stimmten Kleinstädten versagten sich ihr fast völlig. Anders verhielt es sich offenbar in den ständig wachsenden Großstädten und den Industriegebieten. Die Partei im ganzen blieb jedoch „eine Partei der gewerblichen Arbeiter".

Das scheinbar unaufhaltbare Anwachsen der Sozialdemokratie wurde weitgehend durch die Bevölkerungsvermehrung und den vielschichtigen Prozeß der Industrialisierung bedingt, der um die Jahrhundertwende einen neuen Höhepunkt erreichte. Seine bekannten sozialgeschichtlichen Folgen waren die Verstädterung, vor allem die Entstehung der modernen Großstädte, die Verlagerung des Bevölkerungsübergewichtes von den ländlichen Bezirken in die Industriegegenden, die zahlenmäßige Vergrößerung der Arbeiterschaft und die Entstehung der neuen sozialen Gruppe der Angestellten. In den Endresultaten der Reichstagswahlen machten sich dank des Wahlsystems und der Wahlkreiseinteilung diese Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur nur mit größten Verzögerungen bemerkbar. Aber die detaillierten Wahlstatistiken konnten es den Eingeweihten schon vor 1912 deutlich machen, daß die wachsenden Widersprüche zwischen sozialer und politischer Verfassung gebieterisch eine Lösung forderten.[18])

In den Jahren von 1874 bis 1912 stieg die Gesamtzahl der wahlberechtigten Bevölkerung von 7656273 auf 14442367. Dieser Zuwachs kam vorzüglich den Großstädten und Industriegebieten zugute. Um die Ausmaße dieses Anwachsens der Wahlberechtigten zu verdeutlichen und um gleichzeitig die Problematik der Wahlkreiseinteilung[19]) herauszustellen, sei die auf der folgenden Seite abgedruckte Statistik gegeben, die die Entwicklung der wahlberechtigten Bevölkerung einiger großstädtischer Wahlkreise von 1871 bis 1912 mit den Vergleichszahlen eines charakteristischen ostpreußischen Wahlkreises konfrontiert.

Die sich ständig vergrößernden Unterschiede in der Bevölkerungsdichte der einzelnen Wahlkreise betrafen in erster Linie die Parteien mit verstreutem Anhang und städtischer Wählerschaft. Dabei wurde die Sozialdemokratie mehr benachteiligt als jede andere Partei.[20]) So waren noch 1912 die von ihr eroberten

[18]) Zur „Unterwanderung" des bestehenden Parteiensystems durch das Anwachsen der Sozialdemokratie s. Eberhard Pikart, Die Rolle der Parteien im deutschen konstitutionellen System, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 1962, S. 31.

[19]) Zur Problematik der Wahlkreiseinteilung s. Neumann-Hofer S. 57 ff.; vgl. auch die materialreiche „Begründung zu dem am 16. 2. 1918 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen", Sten. Berichte Bd. 323 (Anlagen) Nr. 1288. Neuerdings Molt S. 50 ff.

[20]) Allerdings schlug sich der Bevölkerungszuwachs der Großstädte nicht gleichmäßig in sozialdemokratischen Stimmengewinnen nieder. Kurz vor der Jahrhundertwende erlitt die Partei trotz des Wachstums der wahlberechtigten Bevölkerung Rückschläge; vgl. Wacker (s. oben Anm. 1) S. 51 ff. Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für das weitere Vordringen der SPD in den Großstädten wird man den sich nicht gleichmäßig vollziehenden, aber nach 1900 überall forcierten Ausbau der lokalen Partei- und vor allem Gewerkschaftsorganisationen ansehen müssen.

Das Anwachsen der Zahl der Wahlberechtigten in großstädtischen Wahlkreisen 1871—1912)*

Wahl-perioden	Berlin VI		Charlottenburg		Essen		Bochum		Rastenburg	
	Wahl-berechtigte	Wahl-kreis-index	Wahl-berechtigte	Wahl-kreis-index	Wahl-berechtigte	Wahl-kreis-index	Wahl-berechtigte	Wahl-kreis-index	Wahl-berechtigte	Wahl-kreis-index
I			26 491	132	23 540	117	24 514	122	23 387	117
II	28 250	132	33 806	157	37 799	176	43 693	204	22 599	105
III	41 232	183	40 261	179	35 946	160	49 087	218	23 324	104
IV	48 238	210	41 903	182	37 109	161	49 000	213	23 916	104
V	55 446	242	45 046	197	36 197	158	53 811	235	23 380	102
VI	74 898	317	47 662	202	42 324	179	62 352	264	24 462	103
VII	86 323	351	54 107	220	42 142	171	63 607	258	24 332	99
VIII	104 460	409	65 443	258	48 185	189	73 358	287	23 600	92
IX	121 564	454	87 911	328	56 424	211	85 815	321	23 612	88
X	142 226	494	134 993	468	74 735	259	108 441	376	23 566	82
XI	164 932	523	183 076	580	89 414	283	132 177	419	24 017	76
XII	194 941	580	248 160	738	105 804	315	143 835	428	24 054	72
XIII	219 782	604	339 256	933	124 551	342	162 995	448	24 235	67

*) Statistische Angaben nach den von Alfred Milatz zusammengestellten Unterlagen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Der Wahlkreisindex, der das ungleichmäßige Anwachsen der wahlberechtigten Bevölkerung in den verschiedenen Wahlkreisen deutlich macht, bezeichnet das prozentuale Verhältnis zwischen der jeweiligen absoluten Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlkreises und der Durchschnittszahl der Wahlberechtigten pro Wahlkreis (Gesamtzahl der Wahlberechtigten im Reichsgebiet in einer Legislaturperiode, dividiert durch die Zahl der Wahlkreise = 100%).

110 Wahlkreise ausnahmslos gewerbliche Wahlkreise; und zwar besaßen nur drei eine relative, alle übrigen jedoch eine absolute gewerbliche Mehrheit.[21])

Wenn die Mandatsgewinne der Sozialdemokratie regelmäßig erheblich hinter dem von ihr bei den Hauptwahlen erreichten Stimmenanteil zurückblieben, so läßt sich das jedoch keineswegs nur auf die immer stärker spürbar werdende Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung zurückführen. Auch wenn man weiter berücksichtigt, daß die Wahlkampftaktik der Partei nicht nur auf die Erwerbung von möglichst vielen Mandaten abgestellt war, sondern dem Stimmengewinn bei den Hauptwahlen einen selbständigen Wert beimaß und darum bewußt

Zum Verhältnis von Stimmenzahlen und Mandatsverteilung

Dividiert man die absolute Stimmenzahl, die bei den Hauptwahlen auf alle Kandidaten einer Partei entfiel, durch die Gesamtzahl der von der gleichen Partei — bei den Haupt- und Stichwahlen — errungenen Mandate, so ergeben sich für die in der Tabelle berücksichtigten Parteien folgende Quotienten als durchschnittliche Stimmenzahlen für je einen gewählten Abgeordneten:

	1898	1903	1907	1912
Sozialdemokraten	37 626	37 170	75 791	38 639
Konservative	15 343	17 563	17 670	25 266
Nationalliberale	21 087	25 831	30 195	36 948
Zentrum	14 266	18 839	20 759	21 943

danach strebte, selbst in völlig aussichtslosen Wahlkreisen Stimmen zu sammeln, ist damit diese Unterrepräsentation der sozialdemokratischen Wählerschaft im Reichstag[22]) noch nicht ausreichend erklärt.[23]) In noch stärkerem Maße als die beiden genannten Faktoren wirkte sich das System der absoluten Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen aus, das den Stichwahlen eine hervorragende Bedeutung für die Mandatsverteilung zuwies.

[21]) Nach den von Blaustein in: Die Parteien, Beihefte zur *Zeitschrift für Politik*, Bd. 1, 1912, S. 367 angegebenen statistischen Werten, auf die sich auch Bertram S. 245 f. stützt. Vgl. in diesem Zusammenhang ferner die Tabelle zur Entwicklung der Zählkandidaturen bei Bertram S. 149, aus der die Zahl der Wahlkreise hervorgeht, in denen der sozialdemokratische Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen seit 1903 unter 5 bzw. unter 10% lag (0—4,9% : 1903 in 65, 1907 in 77 und 1912 in 48 Wahlkreisen; 5—9,9%: 1903 in 47, 1907 in 58 und 1912 in 47 Wahlkreisen).

[22]) Vgl. die Statistik auf dieser Seite.

[23]) Zum Reichstagswahlrecht vgl. Georg v. Below, Das parlamentarische Wahlrecht in Deutschland, Berlin 1909; Julius Hatschek, Kommentar zum Wahlgesetz und zur Wahlordnung im deutschen Kaiserreich, Leipzig 1920.

2. Das Dilemma der Stichwahlen

Bei den Stichwahlen[1]), die in allen Wahlkreisen durchgeführt werden mußten, in denen kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hatte, standen nur noch die beiden Bewerber mit den höchsten Stimmenanteilen zur Entscheidung.

Dadurch gewannen die engeren Wahlen, was das taktische Vorgehen der Parteien und die von ihnen ausgegebenen „Wahlparolen" angeht, einen anderen politischen Charakter als der erste Wahlgang[2]), in dem jede der durch einen Kandidaten beteiligten Parteien ihre Hausmacht zu mobilisieren versuchte. Rückte die Wahlagitation hier vor allem die für die politische Praxis meist irrelevanten oder doch nur beschränkt verbindlichen politischen Grundideen in den Vordergrund, um das Profil der eigenen Partei möglichst unverwechselbar von dem der konkurrierenden Gruppen abzusetzen, so war die Stichwahltaktik weitgehend dadurch bestimmt, daß der Sieg in der Regel von der Unterstützung durch Wählergruppen abhängig war, die gewöhnlich einer anderen Partei ihre Stimmen gaben.

Wollten die Parteien ihre Chancen bei den Stichwahlen verbessern, so bot es sich ihnen geradezu an, sogenannte „Wahlkoalitionen" oder „Wahlkompromisse" miteinander abzuschließen, in denen sie sich gegenseitig Unterstützung zusagten. Das lief in der Regel darauf hinaus, daß zwei Parteien miteinander vereinbarten, jeweils die Stimmen ihrer Anhänger, die auf im ersten Wahlgang ausgeschiedene Kandidaten gefallen waren, durch Empfehlungen auf die im Rennen gebliebenen Kandidaten der Partnerpartei zu lenken. So waren die Parteien vielfach in der Lage, sich den Sieg in Wahlkreisen, in denen sie an der Stichwahl beteiligt waren, vorweg zu sichern, wenn sie sich in anderen Wahlkreisen bei ihren Koalitionspartnern, die genauso wie sie selbst auf fremde Hilfe angewiesen waren, revanchierten, was sie im Grunde nichts kostete, da ihre Kandidaten dort ohnehin nicht mehr im Spiel waren. Bei derartigen Abkommen profitierten beide Seiten in gleicher Weise, sofern nur ihre Anhänger, was allerdings nicht immer selbstverständlich war, den offiziellen Parolen folgten.

Vermittelt diese systematische Darstellung den Eindruck, daß die Parteien bei den Hauptwahlen und bei den Stichwahlen nach sehr verschiedenen Gesichtspunkten operierten, so wird dieses Bild durch eine detailliertere Analyse erheblich modifiziert. Das Wahlverhalten der Parteien, das dringend einer gründlichen Untersuchung bedürfte, zeigt, insgesamt gesehen, derart verwirrende Aspekte, daß sich in ihren sehr elastischen und stark situationsgebundenen Praktiken bestenfalls charakteristische Züge, aber kaum verbindliche Regeln erkennen lassen. So hatten zwar die wahltaktischen Kompromisse zwischen den Parteien ihren deutlichen Schwerpunkt in den Stichwahlen, aber auch im ersten Wahl-

[1]) Zur Stichwahlproblematik vgl. Molt S. 59 f.

[2]) Die Hauptwahlen, die allerdings wiederholt werden mußten, wenn ein direkt gewählter Kandidat das Mandat nicht annahm. Das trat in der Regel ein, wenn ein Kandidat im ersten Wahlgang in mehr als einem Wahlkreis erfolgreich gewesen war. In dem von ihm abgetretenen Wahlkreis wurden dann erneut Hauptwahlen angesetzt. Insofern decken sich die Begriffe Erstwahlen bzw. erster Wahlgang und Hauptwahlen nicht völlig.

gang spielten sie bereits eine wesentliche Rolle.[3]) Dabei war es durchaus nichts Ungewöhnliches, wenn sich schon jetzt Konservative und Zentrum, Nationalliberale und Konservative oder verschiedene liberale Gruppierungen[4]) — entweder innerhalb eines einzelnen Wahlkreises oder aber unter gegenseitiger Anerkennung von Präferenzen für die in eine Wahlkoalition einbezogenen Wahlkreise — auf Sammelkandidaten[5]) geeinigt hatten. Am weitesten in dieser Richtung ging das Wahlkartell der Nationalliberalen und der beiden konservativen Parteien von 1887, das ein einheitliches Vorgehen der Kartellpartner im ganzen Reichsgebiet erstrebte und jede Konkurrenz zwischen ihnen ausschließen sollte. Dagegen bestand der Bülow-Block, der sich bei den „Hottentottenwahlen" von 1907 als eine um die Linksliberalen erweiterte Neuauflage des Kartells präsentierte, aus viel zu heterogenen Kräften, um eine wirklich geschlossene, zentral gelenkte Wahlkampagne zu ermöglichen.[6]) So gelang es den Blockparteien auch nur in sehr begrenztem Umfange, sich untereinander über die Verteilung um-

[3]) Das gilt um so mehr, als die Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die schließlich in sämtlichen Wahlkreisen durch Zählkandidaturen vertreten war, längst nicht überall Kandidaten aufstellten. So standen 1912 397 sozialdemokratischen Kandidaten nur 224 — statistisch feststellbare — nationalliberale gegenüber, während die Kandidatenzahlen der übrigen großen Parteien noch niedriger lagen. S. Ritter S. 67. Manche agrarischen Wahlkreise verfügten im übrigen über so große feste Mehrheiten einer bestimmten Partei, meist des Zentrums oder der Konservativen, daß der Wahlkampf fast ganz ausfiel und jede taktische Manipulation ausschied. Vgl. Ritter a.a.O. und Molt S. 58 f.

[4]) Vor den Oktoberwahlen von 1881 veröffentlichte beispielsweise die *Parlamentarische Korrespondenz* der Fortschrittspartei, hsg. von L. Parisius und E. Richter, 5. Jg. Nr. 7, 4. 9. 1881, S. 52 f., einen Artikel zu dem Thema: „Was spricht für und was spricht gegen gemeinschaftliche liberale Kandidaten", in dem es eingangs hieß: „In der bei weitem größten Zahl der Wahlkreise wird nur ein liberaler Kandidat auftreten und ist derselbe dadurch naturgemäß der gemeinschaftliche Kandidat aller liberalen Schattierungen." Im übrigen lasse sich die Frage gemeinschaftlicher Kandidaten „nicht nach einer allgemeinen Schablone beurteilen". So gebe es „namentlich links von der Elbe eine große Anzahl von Wahlkreisen, in welchen überhaupt die Wahl von Konservativen, Ultramontanen, Sozialisten u. dgl. von vornherein ausgeschlossen" sei, so daß sich hier die Nationalliberalen oft als eindeutig „gouvernementale Kandidaten" und Vertreter einer „halbliberal-konservativen Richtung" präsentierten. Jedoch empfehle es sich unter allen Umständen, „daß, wo mehrere liberale Kandidaten auftreten und voraussichtlich einer derselben in die engere Wahl mit einem Konservativen, Ultramontanen, Sozialisten oder dgl. kommt, den Wahlkampf der liberalen Kandidaten untereinander derartig zu führen, daß derselbe für die engere Wahl nicht eine Erbitterung zurückläßt, wodurch der Übergang der Stimmen des ausgeschlossenen liberalen Kandidaten auf den in die engere Wahl gekommenen liberalen Kandidaten erschwert wird."

[5]) So sah sich *Severing*, der den Wahlkreis Bielefeld 1907 in den Stichwahlen mit Zentrumshilfe erobert hatte, 1912 bereits im ersten Wahlgang einem Sammelkandidaten des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen gegenüber, der wegen seiner Prominenz — es handelte sich um den früheren Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf *Posadowsky-Wehner* — besonders geeignet schien, der Sozialdemokratie den Wahlkreis wieder zu entreißen. *Posadowsky* siegte jedoch erst in den Stichwahlen, in denen der größte Teil der Fortschrittler des Wahlkreises sich ungeachtet der Stichwahlparole des Zentralvorstandes ihrer Partei gegen den sozialdemokratischen Kandidaten entschied. Vgl. Severing I S. 183 ff.

[6]) Dazu bes. Theodor Eschenburg, Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929, S. 50 ff. Ferner George Dunlop Crothers, The German Election of 1907, New York 1941.

Ausgangspositionen und Erfolge der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen 1871—1912

Legislaturperiode	Wahljahr	1. Wahlgang Mandate	Stichwahlen			Mandate insgesamt
			Beteiligung (Wahlkreise)	Mandate	Erfolgsquote (in %)	
I[1])	1871	2[2])	4	—	0	2
II[1])	1874	8	11	1[3])	9	9
III	1877	9[4])	19	3	16	12
IV	1878	2	16	7	44	9
V	1881	—	22	12[5])	55	12
VI	1884	9	24	15	63	24
VII	1887	6	18	5	28	11
VIII	1890	20	58	15	26	35
IX	1893	24	83	20	24	44
X	1898	32	98	24	24	56
XI	1903	56	118	25	21	81
XII	1907	29	90	14	16	43
XIII	1912	64	121	46	38	110

[1]) Eisenacher und Lassalleaner.

[2]) Einschließlich des in Zwickau gewählten Reinhold Schraps, der sich auch als „Föderalist" bezeichnete.

[3]) Zwar hatten in zwei Wahlkreisen Sozialdemokraten bei den Stichwahlen gesiegt. Jacoby, der in Leipzig-Land gewählt worden war, lehnte jedoch das Mandat ab. In der Nachwahl ging der Wahlkreis dann wieder verloren.

[4]) Ein weiterer im ersten Wahlgang eroberter Wahlkreis (Altona), in dem eine Nachwahl erforderlich wurde, da Hasenclever doppelt gewählt worden war und sich für Berlin VI entschied, konnte nicht behauptet werden.

[5]) Die Partei war zwar in 13 Wahlkreisen erfolgreich gewesen. Jedoch konnte der Wahlkreis Mainz, den der auch in Offenbach gewählte Liebknecht abgetreten hatte, in der Nachwahl nicht gehalten werden.

strittener Wahlkreise zu verständigen[7]), während 1887 die gesamte Kandidatenaufstellung für den ersten Wahlgang durch das Wahlbündnis geregelt worden war, und zwar nach dem Prinzip: „Aufrechterhaltung des Besitzstandes, im übrigen Verständigung über einen gemeinsamen Kandidaten unter Vorzugsrecht derjenigen Partei, welche bei den letzten Wahlen die meisten Stimmen aufgebracht"[8]) hatte.

Derartigen wahltaktischen Praktiken hatten die Sozialdemokraten noch bis über die Jahrhundertwende hinaus nur wenig entgegenzusetzen. Dabei war es nur die halbe Wahrheit, wenn von sozialdemokratischer Seite unentwegt behauptet wurde, daß die Partei nicht Mandate, sondern Stimmen zähle.[9]) In Wirklichkeit waren der Sozialdemokratie eigene Mandatsgewinne niemals gleichgültig gewesen; und ebensowenig hatte sie sich jemals an der Mandatsverteilung innerhalb des bürgerlichen Lagers desinteressiert gezeigt, die nolens volens durch das Stichwahlverhalten ihrer Anhänger, selbst wenn diese resignierten oder sich auf Empfehlung der Parteileitung der Stimme enthielten, beeinflußt wurde. Das änderte nichts daran, daß die proletarische Klassenpartei, die sich ihrem Selbstverständnis nach in einem prinzipiellen Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien befand, sich durch jede Kooperation mit anderen Kräften vor sehr viel größere Schwierigkeiten gestellt sah als die an Wahlbündnisse und taktisches Zusammengehen gewöhnten Mittel- und Rechtsparteien, zwischen deren Wähleranhang die Grenzen ohnehin flüssig verliefen.

Aber die wahltaktischen Möglichkeiten der Sozialdemokratie wurden nicht nur dadurch begrenzt, daß sie immer wieder in die Gefahr geriet, zur Gefangenen ihrer Dogmen und Schlagworte zu werden und es auf diese Weise unverhältnismäßig schwer hatte, der eigenen Gefolgschaft die Notwendigkeit von Kompromißentscheidungen und reinen Zweckbündnissen bei Wahlkämpfen plausibel zu machen. Von vielleicht noch größerem Gewicht war es, daß alle bürgerlichen

[7]) Vgl. z. B. Keil I S. 251 über die Aufstellung von Einheitskandidaten bei den Wahlen von 1907 in Württemberg. Auch *Bassermann* kandidierte für alle Blockparteien in dem schlesischen Wahlkreis Rothenburg-Hoyerswerda, dessen bisheriger langjähriger Vertreter dank der Vermittlung des Fürsten *Bülow* zu *Bassermanns* Gunsten auf die Kandidatur verzichtete; vgl. Eschenburg a.a.O. S. 52.

[8]) Konservatives Handbuch, 3. Aufl., Berlin 1898, S. 282. Vgl. im übrigen für die zwischen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen getroffenen Abmachungen Schulthess 1887 S. 60.

[9]) Dazu die Broschüre: Zu den Reichstagswahlen, Sonderabdruck aus der *Frankfurter Zeitung*, Dezember 1911, S. 38 f., wo es heißt, daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zum Zentrum, das auf Stimmenzählung verzichte und nur an Mandaten interessiert sei, „nicht Mandate, sondern Stimmen" zähle. So habe *Bebel* vor längerer Zeit in Hamburg geäußert, ihm seien vier Millionen Stimmen mit 50 Mandaten lieber als nur 3 Millionen mit 100 Mandaten; und nach den Wahlen von 1907 sei in der *Leipziger Volkszeitung* zu lesen gewesen: „Was wir im Reichstag noch zu tun haben, das können 40 Mann ebenso gut besorgen wie 80 Mann." Die Überbewertung der Stimmen und die Unterschätzung der Mandate entspringe „letzten Endes der Kladderadatsch-Theorie, die von dem zahlenmäßigen Anwachsen der Bekenner des sozialdemokratischen Zukunftsstaates die plötzliche radikale Heilung aller politischen und gesellschaftlichen Schäden, kurzum die Transferierung des sozialistischen Zukunftsideals auf den ihrer [der Sozialdemokraten] Meinung nach morsch und brüchig gewordenen kapitalistischen Staat" erwarte. Wenn die Sozialdemokratie, „unbekümmert darum, ob auf diese Weise einige Dutzend falsche Stichwahlen herbeigeführt werden", in sämtlichen Wahlkreisen einige Kandidaten aufstelle, bedeute das den „absoluten Verzicht auf taktisch vernünftiges Handeln".

Gruppen, einschließlich der Linksliberalen, reguläre Wahlbündnisse mit den Sozialdemokraten scheuten, nicht zuletzt um sich nicht allzu leichtfertig dem in der Wahlagitation immer wieder auftauchenden Vorwurf auszusetzen, die „Staatsfeinde" begünstigt zu haben[10]), um deren Stimmen nichtsdestoweniger von den verschiedensten Seiten eifrig bei den Stichwahlen geworben wurde.[11])

Die auch mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes nicht beseitigte Sonderstellung der Sozialdemokratie innerhalb des Parteiensystems, die ebenso aus der Selbstisolierung der Arbeiterpartei resultierte wie aus der Haltung, die Staat, bürgerliche Gesellschaft und die übrigen Parteien ihr gegenüber einnahmen, läßt sich deutlich an den relativ geringen sozialdemokratischen Erfolgen bei den Stichwahlen ablesen. Die durchgehende Tendenz der Stichwahlergebnisse wird allerdings durch die hohen Erfolgsquoten von 1878, 1881 und 1884 unterbrochen, denen bei den Kartellwahlen von 1887 ein schroffer Abfall folgte, der sich am ehesten mit dem ungünstigen Ergebnis der Bülowblockwahlen von 1907 vergleichen läßt.[12])

Wieweit zu den sehr begrenzten Stichwahlerfolgen offene oder verdeckte Wahlkompromisse mit bürgerlichen Parteien beigetragen haben, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit aussagen. Ein abschließendes Urteil über die Wahlkampftaktik der Sozialdemokratie müßte sich auf eine Fülle von detaillierten Lokal- und Regionalstudien stützen und hätte neben den Reichstagswahlen auch die Wahlen zu den Landtagen und den Kommunalvertretungen mit einzubeziehen.

Aber auch wenn man berücksichtigt, daß das Bild durch das Ergebnis neuer Forschungen noch modifiziert werden könnte, erscheint für die Reichstagswahlen die Feststellung als gesichert, daß es mit Ausnahme der Wahlen von 1912 nur in sehr seltenen Ausnahmefällen[13]) zu formalen Vereinbarungen mit anderen Parteien über eine gegenseitige Unterstützung gekommen ist. Soweit sich diese Abstinenz nicht einfach aus dem Mangel an Gelegenheit ergab, sondern durch puristische Prinzipienfestigkeit begründet war, wird man sie im übrigen nicht auf ideologisch-marxistische Einflüsse zurückführen dürfen. Hingegen kann die anhaltende Wirkung des lassalleanischen Schlagwortes von der „einen reaktionären Masse" kaum hoch genug veranschlagt werden.[14]) Dieses Schlagwort hatte allerdings *Schweitzer* nicht daran gehindert, bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867 eine ebenso pragmatische wie flexible Bündnis-

[10]) Vgl. u. a. Bachem VII S. 4.

[11]) Vgl. Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner, Berlin 1911, S. 145 ff.; dort ist in dem Abschnitt „Die Sozialdemokratie als das kleinere Übel" eine Reihe von charakteristischen Zeugnissen zusammengestellt.

[12]) Vgl. die tabellarische Übersicht auf S. XXIII.

[13]) Vgl. Ritter S. 185 über die Vereinbarung zwischen Sozialdemokraten und Zentrum 1890, sich in den benachbarten Wahlkreisen Mannheim, wo ein Sozialdemokrat zur engeren Wahl stand, und Ludwigshafen, wo ein Zentrumskandidat an den Stichwahlen beteiligt war, gegenseitig zu unterstützen, sowie über die 1898 wiederum mit dem Zentrum getroffene Absprache, durch gemeinsames Vorgehen in den sechs Wahlkreisen des Regierungsbezirks Pfalz die dortige Vorherrschaft der Nationalliberalen zu erschüttern. Beide Aktionen wurden jedoch, wie Ritter schreibt, nicht allgemein bekannt.

[14]) Vgl. Ritter S. 182 f. und Susanne Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit, Frankfurt a.M. 1964, S. 203 f.

taktik zu inaugurieren.[15]) Aber gerade das Wahlverhalten der Linksliberalen seit der Reichsgründung lieferte immer wieder neue Beispiele, die die Gültigkeit des Schlagwortes, das auch in das Gothaer Einigungsprogramm Eingang fand, zu bestätigen schienen.[16]) Eugen *Richters* Stichwahlparole „Lieber [der Konservative] *Lucius* als [der Sozialdemokrat] *Kapell*"[17]) wurde lange in der Partei als geflügeltes Wort kolportiert, um die Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Linken zu charakterisieren.

Will man die bemerkenswerten Stichwahlerfolge der Sozialdemokratie bei den Attentatswahlen 1878 und bei den unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes stattfindenden Wahlen von 1881 und 1884 erklären, so ist davon auszugehen, daß Wahlkompromisse dabei nach unserem bisherigen Kenntnisstand keine Rolle gespielt haben[18]) und daß sie im übrigen auch bei der Lage der Dinge als unwahrscheinlich ausgeschieden werden dürfen.

Ohne Zweifel sind diese Erfolge zu einem erheblichen Teil den konzentrierten organisatorischen Anstrengungen der Partei[19]) zu verdanken, die darauf zielten, das sozialdemokratische Wählerpotential in den betroffenen Wahlkreisen so vollständig wie möglich für den Entscheidungskampf zu mobilisieren. Eine stattliche Zahl von Wählern, die sich wegen der Wahlbehinderungen an den

[15]) Vgl. Mehring II S. 258 f., 268 ff.; H. Herberts, Zur Geschichte der SPD in Wuppertal, Wuppertal 1963, S. 97 ff.

[16]) So hieß es noch in einer dem Leipziger Parteitag 1909 vom Wahlkreis Berlin I vorgelegten Resolution, „daß bei den letzten Reichstagswahlen die Liberalen aller Schattierungen sich als ein fester Bestandteil der einen reaktionären Masse erwiesen" hätten. Diese Resolution wurde zunächst angenommen, dann jedoch bei einer Wiederholung der Abstimmung definitiv abgelehnt.

[17]) Vgl. Mehring II S. 485; Bebel II S. 419.

[18]) Für das 1881 den Berliner Sozialdemokraten, die in Berlin IV und Berlin VI den Fortschrittlern in der engeren Wahl gegenüberstanden, von konservativ-sozialreformerischer Seite gemachte Angebot vgl. Bebel III S. 192 ff.; Mehring II S. 552 f. Ferner Reinhard Höhn, Die vaterlandslosen Gesellen, Der Sozialismus im Lichte der Geheimberichte der preußischen Polizei 1878—1914, Bd. 1 (1878—1890), Köln u. Opladen 1964, S. 99; dort ist auch von angeblichen Verhandlungen mit der Fortschrittspartei in Hamburg und Dresden und von weiteren nicht nachprüfbaren Kontakten auf lokaler Ebene mit anderen Parteien die Rede. — Leider hat sich *Höhn* überhaupt nicht darum bemüht, quellenkritische Maßstäbe zu gewinnen; auf Anmerkungen zum Text verzichtet er völlig, obgleich das von ihm publizierte Material einen stark unterschiedlichen Wert besitzt. So handelt es sich bei seiner Veröffentlichung, der er einen anspruchsvollen Titel gegeben hat, gar nicht um eine Edition im strengen Sinne, sondern um einen bloßen Quellennachdruck. Bei der ausführlichen Einleitung, die viele aufschlußreiche Zitate aus Behördenakten enthält, befremdet es, daß *Höhn* die Ergebnisse der bisherigen Forschung einfach ignoriert und noch nicht einmal von der Edition der Akten der Reichskommission (Archivalische Forschungen Bd. 3, I u. II, Berlin 1956), die den gleichen Zeitraum berücksichtigt wie der von ihm vorgelegte Band, Kenntnis nimmt. — Für Einordnung und Rang der von *Höhn* publizierten Berichte vgl. auch die — unabhängig von ihm — etwa gleichzeitig entstandene Studie von Werner Pöls, Staat und Sozialdemokratie im Bismarckreich, Die Tätigkeit der politischen Polizei beim Polizeipräsidenten in Berlin in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878—1890, Sonderdruck aus dem Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands Bd. 13, Berlin 1964.

[19]) Bei den Wahlen von 1877, 1878 und 1881 konzentrierte die Partei von vornherein den Wahlkampf auf bestimmte, für „offiziell" erklärte Wahlkreise. Die „offiziellen Wahlkreise" wurden dann durch Beschluß des Kopenhagener Kongresses von 1883 fallengelassen. Vgl. dazu Mehring II S. 470, 502 f., 574; Schröder I S. 349 f.

Hauptwahlen nicht beteiligt hatten, war — auch durch deren Ausgang ermutigt — bei den Stichwahlen zur Stelle[20]), bei denen die Wahlbeteiligung in manchen Fällen sprunghaft anstieg. Welche Bedeutung den Anstrengungen um die Mobilisierung des Wählerpotentials zukam, wird schon dadurch erhärtet, daß einerseits die Sozialdemokratie unter den schon erschwerten Bedingungen der Wahlen von 1878 im ersten Wahlgang nur zwei Wahlkreise[21]) behauptete und bei den Hauptwahlen von 1881 sogar ganz leer ausging, daß sich jedoch andererseits die meisten der in den Stichwahlen eroberten 7 bzw. 12 Wahlkreise zumindest bereits vorübergehend in sozialdemokratischem Besitz befunden hatten.

Von den 7 sozialdemokratischen Stichwahlmandaten bei den Reichstagswahlen von 1878 entfielen 2 auf Wahlkreise, in denen auch im Vorjahr sozialdemokratische Kandidaten zum Zuge gekommen waren (Berlin IV und Dresden-Altstadt), während 3 weitere Wahlkreise (Freiberg, Mittweida und Elberfeld-Barmen) 1874 sozialdemokratische Vertreter in den Reichstag entsandt hatten; Zschopau und Breslau I wurden hingegen erstmalig von der Sozialdemokratie erobert. 1881 behauptete die Partei 3 Wahlkreise, in denen sie auch 1878 erfolgreich gewesen war (Freiberg, Mittweida und Breslau I), in den Stichwahlen und eroberte 4 zurück, in denen sie bei früheren Wahlen gesiegt hatte (Zwickau-Crimmitschau 1871, 1874 und 1877; Chemnitz 1874 und 1877; Solingen und Reuß ä. L. 1877); Breslau II, Hamburg II, Hanau, Offenbach und Nürnberg wurden neu erworben.

Das gleiche gilt auch für die Wahlen von 1884, bei denen die sozialdemokratische Agitation trotz der Ausnahmegesetzgebung verhältnismäßig wenig behindert wurde. Von den 9 bei den Hauptwahlen eroberten Wahlkreisen[22]) waren alle mindestens bereits einmal in sozialdemokratischem Besitz gewesen und von den 15 bei den Stichwahlen hinzugewonnenen immerhin 8.[23]) Wie sich die Erfolgschancen der Sozialdemokratie nach dem ersten Wahlgang darstellten, läßt sich deutlich aus einem Bericht des Berliner Polizeipräsidiums vom 4. November 1884 ablesen, in dem es heißt:

„Der Erfolg, welchen die Sozialdemokratie bei den Wahlen errungen hat, entspricht vollkommen den darauf verwendeten Anstrengungen. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten sind 9 Mitglieder der Partei bereits im ersten Wahlgange durchgekommen, 23 andere stehen zur Stichwahl, indes großenteils mit so erheblichen Minoritäten, daß mit Sicherheit die Wahl von noch mindestens 12—15 zu erwarten ist."[24])

Das Stichwahlergebnis erwies, wie korrekt diese Voraussage war. Noch ein-

[20]) Vgl. Mehring II S. 553, der für 1881 von „neue[n], durch den Ausfall der Hauptwahl elektrisierte[n] Arbeitermassen, die bei den Stichwahlen ins Feld rückten", spricht, was sich auch durch die Wahlstatistik erhärten ließe. Für die Disziplin der Anhängerschaft s. auch Georg Eckert, Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, I. Teil (1878—1884), Braunschweig 1961, S. 177.

[21]) Glauchau-Meerane *(Bracke)* und Stollberg-Schneeberg *(Liebknecht)*.

[22]) Altona, Chemnitz, Glauchau-Meerane, Zwickau-Crimmitschau, Leipzig-Land, Berlin IV, Reuß ä.L., Hamburg I u. II.

[23]) Elberfeld-Barmen, Berlin VI, Auerbach-Reichenbach, Breslau I u. II, Solingen, Nürnberg, Offenbach. Erstmals erobert wurden: Braunschweig, Hannover, Magdeburg, Gotha, Reuß j.L., Frankfurt a.M., München II.

[24]) Höhn a.a.O. S. 222.

drucksvoller erscheint es allerdings, daß die Sozialdemokratie selbst bei den Kartellwahlen von 1887, bei denen sie völlig isoliert dastand, die Stichwahlen noch in 5 Wahlkreisen[25]) für sich zu entscheiden vermochte. Bezeichnenderweise waren diese Wahlkreise ohne jede Ausnahme — ebenso wie die 6 schon im ersten Wahlgang behaupteten[26]) — auch in der abgelaufenen Wahlperiode sozialdemokratisch vertreten gewesen.

Die Übersicht über die Mandatsgewinne von 1878 bis 1887 läßt also den Schluß zu, daß die bereits vorher entwickelten — und beispielsweise von den Fortschrittlern als vorbildlich gepriesenen und nachgeahmten[27]) — sozialdemokratischen Methoden der Wählererfassung und -mobilisierung in den Wahlkreisen, in denen die Partei sich Chancen ausrechnen konnte, trotz aller Beschränkungen der Wahlorganisation und Wahlagitation sich auch in der Periode des Sozialistengesetzes bewährten, wobei sich, dem Zwang der Umstände entsprechend, das Schwergewicht des Einsatzes in starkem Maße auf die Stichwahlentscheidungen verlagerte.

Neben dem Grad, in dem es den Sozialdemokraten gelang, ihre eigene Anhängerschaft bei den engeren Wahlen zu erfassen, müssen allerdings zwei weitere Momente für die Erklärung der Stichwahlerfolge der Partei herangezogen werden: einerseits ihr intensives Bemühen, über den Kreis der festen Anhänger und Arbeiterwähler hinaus in stärkerem Maße in das kleinbürgerlich-mittelständische Wählerpublikum einzudringen, andererseits die Zersplitterung und die Gegensätze innerhalb des „bürgerlichen" Lagers, die dazu führen konnten, daß sozialdemokratischen Kandidaten in der Stichwahl entweder ausgesprochen gegnerische Stimmen zuflossen oder daß ihr Sieg durch die Stimmenthaltung von Stammwählern anderer Parteien ermöglicht wurde.

Beide Momente bedürfen gewiß der sorgfältigsten Beachtung. Selbst unter dem Sozialistengesetz hat es Konstellationen gegeben, in denen, abgesehen von den weniger seltenen Fällen einer Begünstigung der Sozialdemokratie durch Stimmenthaltung, nicht nur linksliberale, sondern auch nationalliberale und sogar konservative Wähler ihre Stimmen bei den Stichwahlen für sozialdemokratische Kandidaten abgaben, so daß die Partei, wie *Mehring* sich ausdrückt, „diesen oder jenen Sitz der nicht erbetenen und nicht erwünschten Hilfe der Reaktion zu danken"[28]) gehabt haben mag.[29]) Doch dürfte es beispielsweise

[25]) Elberfeld-Barmen, Solingen, Hannover, Frankfurt a.M., Reuß j.L.

[26]) Altona, Berlin IV u. VI, Hamburg I u. II, Nürnberg.

[27]) Vgl. Steinbrecher (s. voriges Kap. Anm. 8) S. 81, 272 f.

[28]) Mehring II S. 600, bezogen auf die Reichstagswahlen von 1884.

[29]) Zur Frage der Stimmabgabe für sozialdemokratische Kandidaten durch Stammwähler anderer Parteien bei den Stichwahlen vgl. bes. Mehring II S. 470 (von den Stimmengewinnen bei den Stichwahlen 1877 sei „nur eine verhältnismäßig geringe Zahl auf volksparteiliche Elemente und katholische Arbeiter" entfallen), 504 (über die „beträchtliche Ernüchterung der ‚Ordnungsparteien'" bei den Stichwahlen 1878, bei denen die Liberalen „die siegreichen Konservativen nicht noch mehr stärken" und die Konservativen „den geschlagenen Liberalen nicht wieder neuen Mut einflößen" wollten), 553 (die „liberale Beschwerde über massenhafte Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten durch konservative Stimmen" bei den Stichwahlen 1881 sei zwar „im ganzen grundlos, wenn [...] auch in einzelnen Kreisen nicht ohne tat-

kaum gerechtfertigt sein, den absoluten und prozentualen Stimmenrückgang der Sozialdemokratie bei den Hauptwahlen von 1881 als Beweis dafür zu werten, daß die sozialdemokratischen Mandatsgewinne bei den Stichwahlen „zum großen Teil den gegnerischen Parteien zuzuschreiben" gewesen seien, „deren gegenseitiger Haß so groß war, daß sie die Wahl eines Sozialdemokraten lieber sahen als die eines anderen Gegners".[30]) In dieser Argumentation wird vernachlässigt, daß gerade bei den Reichstagswahlen des Jahres 1881, die am eindeutigsten im Zeichen des Sozialistengesetzes standen, ein erheblicher Teil des sozialdemokratischen Wählerpotentials bei den Hauptwahlen ausgefallen war, so daß die Partei bei den Stichwahlen auf unverhältnismäßig große Reserven zurückgreifen konnte.[31])

Wie stark allerdings die Sozialdemokratie sich unter dem Sozialistengesetz um kleinbürgerlich-mittelständische Stimmen bemühte, belegt am besten die Wahlagitation, deren Sprache eine ganz andere war als die des „Sozialdemokrat" und der Parteikongresse, so daß, von hier aus gesehen, die These der „Doppelfunktion" der Sozialdemokratie „als Partei des Proletariats und als oppositioneller Volkspartei" eine volle Bestätigung zu erfahren scheint.[32]) Gab sie sich nach innen, den politisch aktiven Parteimitgliedern gegenüber, als radikale Klassenpartei, so appellierte sie bei den Reichstagswahlen an „alle Volksklassen mit alleiniger Ausnahme derer [...], die ein persönliches Interesse an der Fortdauer der herrschenden Mißstände in Staat und Gesellschaft haben" (*Liebknecht*).[33]) Es entsprach ganz dieser Linie, wenn „Handwerker und Gewerbe-

sächlichen Anhalt" gewesen; dazu auch folgende Anm.), 599 (bei den Stichwahlen von 1884 seien „in manchen Wahlkreisen, so in Hannover, Magdeburg, München II, nationalliberale oder selbst konservative Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden"). — Es braucht kaum betont zu werden, daß die Hinweise bei *Mehring* der Überprüfung bedürften und eine eingehende wahlsoziologische Untersuchung des Stichwahlverhaltens nicht ersetzen können, die allerdings auf erhebliche Schwierigkeiten stößt.

[30]) Höhn a.a.O. S. 97 (Bericht vom 12. 1. 1882), wo es weiter zu den Stichwahlen von 1881 heißt: „Am meisten trat dies in Breslau hervor, wo die Konservativen, und in Hanau, wo die Fortschrittspartei in der Stichwahl offenbar für den sozialistischen Kandidaten gestimmt hat." Dazu ferner *Parlamentarische Korrespondenz* (s. oben Anm. 4), 5. Jg. Nr. 12, 24. 12. 1881, S. 92 („In den beiden Breslauer Stadtkreisen kamen die Fortschrittsmänner *Freund* und *Beblo* in die Stichwahl mit den Sozialisten. Letztere siegten dadurch, daß die Freikonservativen und Konservativen zum geringeren Teil sich der Abstimmung enthielten, zum größeren Teil für die sozialistischen Kandidaten stimmten. Die Zentrumspartei unterstützte die Kandidaten der Fortschrittspartei bei der Stichwahl") und 94 („Bei der Stichwahl zwischen dem Gesinnungsgenossen *Stöckers*, dem bekannten Agitator und Pastor emeritus *Dietz* aus Bielefeld, und dem Sozialisten empfahlen die Parteigenossen in Hanau, dem Sozialisten die Stimme zu geben." Dieses Verhalten sei von Eugen *Richter* gegen den Angriff des Ministers *von Puttkamer* in der Reichstagssitzung vom 15. 12. 1881 „mit dem Hinweis auf Breslau und auf die Persönlichkeit des konservativen Kandidaten, des ‚Freundes' von *Stöcker*", verteidigt worden.)

[31]) Vgl. oben, bes. auch Anm. 20.

[32]) Kurt Brandis, Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Leipzig 1931 (identisch mit der unter dem Verfassernamen Karl Friedrich Brockschmidt 1930 veröffentlichten Frankfurter Diss., die den gleichen Titel trägt), S. 72.

[33]) W. Liebknecht (Trutz Eisenstirn); zitiert nach Brandis a.a.O. S. 73.

treibende“[34]), „Bürger und Bauern“[35]) dahin belehrt wurden, daß auch ihre spezifischen ökonomischen Interessen bei der Sozialdemokratie, als Vertreterin der „auf dem gleichen Rechte aller“ beruhenden „Gesamtwohlfahrt“[36]), in den allerbesten Händen seien. In diesem Sinne wurde der Klassencharakter der Arbeiterpartei derart durch einen Wust volksparteilicher Phrasen vernebelt, daß der parteioffizielle Aufruf zu den Reichstagswahlen von 1887 nicht einmal vor der Erklärung zurückscheute:

„Das Parteiprogramm der Sozialdemokratie genügt so vollständig den wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen des deutschen Bürgertums, soweit es von demokratischen Ideen durchdrungen ist, daß neben der Sozialdemokratie sich kein Platz mehr für eine sogenannte bürgerliche Demokratie findet.“[37])

Doch trotz der Intensität der volksparteilich akzentuierten Wahlagitation[38]) war ihre unmittelbare Auswirkung auf die Wahlergebnisse nur sehr begrenzt. Das gilt in gleicher Weise für die Stimmengewinne bei den Hauptwahlen wie für die Stichwahlentscheidungen, für die der gemäßigte Ton der Agitation schon im ersten Abschnitt des Wahlkampfes ganz bewußt günstige Voraussetzungen zu schaffen versuchte. Zwar fand die Sozialdemokratie zweifellos auch Zuzug von Wählern, die „durch die Wahl eines Sozialdemokraten nur ihrer Unzufriedenheit mit irgendwelchen staatlichen Einrichtungen oder ihrer persönlichen Lage haben Ausdruck geben wollen“.[39]) Indes wird sich die Feststellung, die *Mehring* für das Wahlergebnis von 1884 trifft und die man im wesentlichen auch auf die Stimmengewinne von 1887 ausdehnen könnte, kaum widerlegen lassen:

„Prüfte man die amtliche Wahlstatistik, so zeigte sich, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen überall beträchtlich zugenommen hatte, wo die Arbeiterbewegung schon vor dem Sozialistengesetz tief eingewurzelt gewesen war.“[40])

Diese Verwurzelung wiederum muß gleichzeitig als die Hauptvoraussetzung für die sozialdemokratischen Stichwahlerfolge bei allen Wahlen unter dem Sozialistengesetz angesehen werden, während die Unterstützung durch gegnerische

[34]) So 1878 im Titel eines Braunschweiger Wahlaufrufs für Wilhelm *Bracke*; vgl. Eckert a.a.O. S. 31.

[35]) In einem Aufruf „An die Reichstagswähler des Wahlkreises Braunschweig-Blankenburg“ zur Stichwahl am 14. 11. 1884 zwischen W. *Blos* und dem nationalliberalen Kandidaten Amtsrichter *Kulemann*; in Faksimile bei Eckert a.a.O. S. 173 f.

[36]) A.a.O.

[37]) Zitiert nach Brandis a.a.O. S. 75.

[38]) Dazu allgemein Brandis a.a.O. S. 72 ff.; Labusch S. 186 f.; Höhn a.a.O. S. 219, 293; Eckert a.a.O. S. 30 ff., 101 ff., 162 f., 172 ff. Ferner die Polemik *Bebels* gegen die „Jungen“, deren Wortführer *Wildberger* und *Werner* sich 1890 als Reichstagskandidaten ebenfalls einer gemäßigten, „auf die Stimmen der Handwerker, der Kleingewerbetreibenden, der kleinen Beamten“ gerichteten Agitation befleißigt und ihre Anschauungen offensichtlich nur geändert hätten, weil ihnen das „Unglück“ zugestoßen sei, „daß sie bei den Wahlen durchfielen“; Protokoll SPD-Parteitag 1891 S. 267.

[39]) Höhn a.a.O. S. 292 (Bericht vom 15. 11. 1887); „der größere Teil“ der bei den Hauptwahlen von 1887 gewonnenen Stimmen, so heißt es weiter in dem Bericht, „entfällt aber auf wirkliche Sozialdemokraten, und dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als die Verhältnisse zur Zeit der Wahl für die Partei keineswegs günstig lagen“.

[40]) Mehring II S. 601.

Stimmen und agitatorisch vorbereitete Einbrüche in bürgerliche Wählerschichten demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben dürften.

Wenn die prozentualen Erfolgsquoten[41]), die für die Periode des Ausnahmegesetzes bei den zugrunde liegenden kleinen absoluten Werten überhaupt nur eine beschränkte Aussagekraft haben, nach dem Abfall des Jahres 1887 für die Wahlen von 1890 bis 1903 verhältnismäßig konstant blieben, läßt sich daraus keineswegs schließen, daß bei den Stichwahlen in dieser Zeitspanne grundlegend veränderte Voraussetzungen vorgelegen haben müßten. Zwar stieg im Zuge des Ausdehnungsprozesses der Sozialdemokratie die Zahl der Wahlkreise, in denen ihre Kandidaten in die Stichwahlen gelangten.[42]) Doch gleichzeitig verfügte die Partei seit 1890 auch über ein wachsendes Kontingent von Mandaten, die in ihren sicheren Besitz übergingen[43]) und so gut wie regelmäßig bereits im ersten Wahlgang erobert wurden, während sie unter dem Sozialistengesetz selbst in den meisten ihrer alten Hochburgen schwer zu kämpfen hatte und für ihre Abgeordnetensitze sehr viel weitergehend, wenn nicht sogar wie 1881 ausschließlich, auf die Stichwahlentscheidungen angewiesen war. In Anbetracht der spezifischen wahlsoziologischen Voraussetzungen der sozialdemokratischen Mandatsgewinne konnte aber gar nicht ernsthaft damit gerechnet werden, daß sich mit der zunehmenden Zahl sicherer Mandate auch der Anteil positiv entschiedener Stichwahlen progressiv steigern würde. Es entsprach vielmehr den Wachstumsbedingungen der Sozialdemokratie, wenn sie sich seit 1890 in zahlreichen Wahlkreisen für die Stichwahlen zu qualifizieren vermochte, in denen zwar einerseits die Sozialstruktur der Wählerschaft, die konfessionellen Verhältnisse und die politischen Traditionen den Vormarsch der Partei bei den Wahlen nicht zu hindern imstande waren oder ihm graduell entgegenkamen, in denen jedoch andererseits die gleichen Faktoren eine Eroberung des Mandats von vornherein ausschlossen.[44]) Eine entscheidende Verbesserung der sozialdemokratischen Stichwahlchancen konnte unter den gegebenen Voraussetzungen erst dann eintreten, wenn es der Partei gelang, den Ring der Isolierung zu sprengen, an der sich auch durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes nichts wesentliches geändert hatte.

Es war und blieb das Dilemma der sozialdemokratischen Stichwahlpolitik, daß die Partei bei den engeren Wahlen selbständig vorgehen mußte. Auch wenn ihr das Stichwahlverfahren dank der Spannungen und Gegensätze im Lager der übrigen Parteien zu manchem Mandatsgewinn verhalf, den sie allein aus eigener Kraft nicht hätte erzielen könen, war sie von den auf der Basis gegenseitiger

[41]) Vgl. die Zusammenstellung im Bericht des Parteivorstandes, Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 29, der die Wahlen seit 1884 berücksichtigt und die günstige Erfolgsquote für 1912 zur Rechtfertigung des Stichwahlabkommens mit dem Fortschritt heranzieht. Die angegebenen Werte weichen teilweise leicht von unserer Tabelle (s. oben S. XXIII) ab.

[42]) Dazu die Tabelle auf S. XXIII.

[43]) Vgl. die zahlenmäßige Übersicht über „Wahlkreise in ununterbrochenem Parteibesitz derselben oder einer nahestehenden Fraktion" in: Die Parteien, Beihefte zur *Zeitschrift für Politik*, Bd. 1, 1912, S. 375 f. Ferner die instruktive Tabelle über die sozialdemokratischen Stimmenzahlen und Mandatsgewinne seit 1867 in den 81 Wahlkreisen, die 1903 erobert wurden, in Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 27 ff.

[44]) Vgl. in diesem Zusammenhang Ritter S. 68 ff.

Unterstützung ausgehandelten formalen Stichwahlvereinbarungen so gut wie ausgeschlossen. Zwar konnte es nicht verwundern, daß sich die Sozialdemokratie und die linksbürgerliche Opposition bei den engeren Wahlen in denjenigen Wahlkreisen, in denen ihre Kandidaten aufeinandertrafen, heftig bekämpften. Doch bei allen anderen Konstellationen, bei denen der Sieg linksliberaler Kandidaten von sozialdemokratischer Hilfe abhängig war, zeichnete sich auf seiten der Sozialdemokratie die durchgehende Tendenz ab, die bürgerliche Linke zu unterstützen und damit die oppositionellen Elemente im Reichstag zu verstärken. Indessen erwies es sich als unmöglich, diesen dominierenden politischen Gesichtspunkt zur offiziellen Parteilinie zu erklären, da die Hoffnung auf eine parallele Stichwahltaktik der Linksliberalen immer wieder heftig enttäuscht wurde.

Das lag nicht nur daran, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit bürgerlicher Solidarität gegenüber dem weiteren Vordringen der Sozialdemokratie auch in der Wählerschaft der bürgerlichen Linksparteien fest verankert war. Vielmehr befand sich der Linksliberalismus von vornherein auch in einer ganz andersartigen wahltaktischen Ausgangsposition als die Sozialdemokraten. Hatten diese kaum eine andere Wahl, als linksbürgerlichen Stichwahlkandidaten auch dann beizuspringen, wenn entsprechende Gegenleistungen ausblieben, so hing die Stärke der Reichstagsvertretung der Linksliberalen, und zwar sehr wesentlich bedingt durch die steigenden sozialdemokratischen Gewinne an Stimmen und Direktmandaten, immer mehr davon ab, daß sie weder die Stichwahlhilfe der einen Seite gegen die Sozialdemokraten noch die der anderen gegen die Rechte verloren.[45])

In den Reihen der Sozialdemokratie aber begünstigten die Unzuverlässigkeit und das häufige Ausbleiben der linksbürgerlichen Unterstützung bei den Stichwahlen alle Stimmungen, die jeden irgendwie gearteten „Kompromiß" mit bürgerlichen Parteien als Prinzipienverrat verdammten und für engere Wahlen, an denen kein sozialdemokratischer Kandidat beteiligt war, nur strikte Stimmenthaltung mit den sozialdemokratischen Grundsätzen für vereinbar hielten. Es ist jedoch bezeichnend, daß die sozialdemokratischen Parteitage — mochten sie auch noch so sehr dazu neigen, Prinzipienerklärungen gegen Wahlvereinbarungen gutzuheißen und pathetischen Forderungen wie der 1905 von *Scheidemann* in Jena erhobenen, daß die Parole auch weiterhin „durch Kampf zum Sieg" und nicht „durch Kuhhandel zu Mandaten"[46]) heißen müsse, Beifall zu spenden — bei der Formulierung ihrer Beschlüsse sorgsam darauf bedacht

[45]) Auf Grund dieses Sachverhalts fühlte sich *Katzenstein*-Berlin auf dem Parteitag von 1907 verpflichtet, der allgemeinen Entrüstung über das Stichwahlverhalten der Linksliberalen mit der Bemerkung zu begegnen: „Die Haltung der Freisinnigen Volkspartei ist ja schließlich doch verständlich: 21 Kreise hat sie im Kampfe gegen uns, nur 7 im Kampfe gegen die Reaktion gewonnen." S. Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 324.

[46]) Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 214, unter Bezug auf die Wahlbündnisse, die von den Sozialdemokraten in Mainz und Darmstadt bei den Kommunalwahlen von 1904 im Großherzogtum Hessen eingegangen worden waren. Dazu auch a.a.O. S. 31 (Bericht des Parteivorstandes), 208 (Verteidigung *Adelungs*), 215 f. *(David)*. Ferner Bernhard Adelung, Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, bearbeitet von Karl Friedrich, Offenbach 1952, S. 118 ff.

blieben, „keine wahltaktische Bindung der Partei“[47]) zu fixieren, die ihr ein Eingreifen in die Stichwahlentscheidungen starr verwehrt hätte. So verbanden sich demonstrative Intransigenz und Abstinenz, die, im Einklang mit dem Selbstbewußtsein der großen Masse der sozialdemokratischen Parteimitglieder, der Sonderstellung der Partei und ihrer Isolierung Ausdruck verliehen, mit einer taktischen Elastizität, die es der Sozialdemokratie erlaubte, über die Stichwahlen die Kräfteverteilung im bürgerlichen Lager zu beeinflussen. Dadurch wurde es wiederum auch linksbürgerlichen Wählern, von denen eine einheitliche Haltung bei engeren Wahlen schwerlich erwartet werden konnte, erleichtert, im Einzelfalle ihre Stimme sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten zukommen zu lassen.

Nach den Kartellwahlen des Jahres 1887 sprach sich allerdings der Parteitag von St. Gallen, „gestützt auf die bisher gemachten Erfahrungen“, uneingeschränkt für Stimmenthaltung bei Stichwahlentscheidungen zwischen bürgerlichen Kandidaten aus.[48]) Jedoch gehörte dieser Beschluß zu denjenigen, die, wie Ignaz *Auer* auf dem Hamburger Parteitag von 1897 erklärte, „freilich praktische Geltung nie erlangten“.[49]) Das gleiche hatte auch bereits für den Beschluß des Dresdener Kongresses der Eisenacher Richtung von 1871 gegolten, bei den Reichstagswahlen „nur solche Kandidaten zu unterstützen, welche als Mitglieder unserer Partei event. den anderen sozialdemokratischen Parteien angehören“. Auch dieser Beschluß berief sich bezeichnenderweise auf die „bisher gemachten Erfahrungen“[50]), die in gleicher Weise dem 1873 in Eisenach angenommenen Antrag, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei, „jeden Kompromiß mit anderen Parteien ablehnend“, die Reichstagswahlen „nur als Agitationsmittel und als Prüfstein für die Verbreitung ihrer Prinzipien“ betrachte[51]), zugrunde lagen, der die spezielle Not in die halbe Wahrheit einer allgemeinen Tugend zu verwandeln suchte. Doch waren trotz aller Erbitterung auf sozialdemokratischer Seite und trotz der Bedürfnisse der Agitation keineswegs die Verbindungen zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Sozialdemokratie ganz abgerissen.[52])

[47]) E. *Auer*-München auf dem Leipziger Parteitag von 1909, um die Zustimmung zu dem Antrag *Dittmann* zu begründen: „Der Parteitag erklärt, daß durch die nachträglich veranlaßte Ablehnung des zunächst angenommen gewesenen Antrages 41 [s. oben Anm. 16] in keiner Weise eine Abschwächung der Resolution des Dresdener Parteitages über die Taktik der Partei erfolgt ist.“ Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1909 S. 498 ff.

[48]) Auf Antrag von *Bebel*; s. Schröder I S. 527.

[49]) Vgl. Schröder I S. 260 f., mit interessanten Hinweisen auf das Stichwahlverhalten „in den Anfängen der Bewegung“.

[50]) Vgl. Schröder I S. 526.

[51]) Vgl. a.a.O. S. 388.

[52]) So schloß z. B. in Württemberg 1878 die Sozialdemokratie in mehreren Wahlkreisen unter Verzicht auf Aufstellung eigener Kandidaten „von vornherein Kompromisse mit der Volkspartei“; s. Mehring II S. 435. Ein gleichartiges „Wahlbündnis“ für Pforzheim, wo 1877 *Bebel* als Zählkandidat aufgestellt worden war, weist für die Reichstagswahlen von 1878 Lothar Gall, Sozialistengesetz und innenpolitischer Umschwung. Baden und die Krise des Jahres 1878 (Mit einem Anhang: Die badische Sozialdemokratie im Jahre 1878), in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, Bd. 111 (1963), S. 522, nach. Für die Ablösung der Arbeiterpartei von der bürgerlich-liberalen Demokratie in Bremen vgl. Ulrich Böttcher, Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen 22), Bremen 1953, S. 91 ff., 111 ff. Für Braunschweig s. Eckert a.a.O. S. 30 ff., 108 f. — Besonders bemerkenswert ist es, daß noch auf dem Gothaer Parteitag von 1877 Verhandlungen

Der Gothaer Parteitag der vereinigten Partei von 1876 versuchte dann schon, eine Formel zu finden, die das Prinzip unterstrich, jedoch den praktischen Erfordernissen der Stichwahltaktik Raum ließ. Zur Debatte stand ein Antrag *Hasenclever*, der folgenden Wortlaut hatte:

„Bei etwaigen engeren Wahlen zum deutschen Reichstag, bei denen der sozialistische Kandidat ausgeschlossen ist, enthalten sich die Sozialdemokraten prinzipiell der Abstimmung, da alle anderen Parteien uns gegenüber laut Programm der sozialistischen Arbeiterpartei eine reaktionäre Masse bilden. In einzelnen speziellen Fällen jedoch, bei welchen es sich entweder um praktische Rücksichten handelt, oder bei denen die eine prinzipielle Frage auftaucht, ob der betreffende gegnerische Kandidat das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für den Reichstag in Zukunft aufrechtzuerhalten verspricht, hat das sozialistische Wahlkomitee des eventuellen Kreises die Ansicht der von dem Kongreß einzusetzenden Kommission einzuholen."[53])

Dazu brachte *Bebel* ein Amendement ein, das die Anforderungen an die Stichwahlkandidaten, die in den Genuß sozialdemokratischer Unterstützung kommen sollten, erhöhte und ihnen vor allem auch eine Verpflichtung auf die sozialpolitischen Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie abverlangte:

„In einzelnen speziellen Fällen jedoch, wo ein gegnerischer Kandidat in Frage steht, welcher wenigstens die politischen Forderungen der Partei und die in bezug auf den Schutz der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft von den Sozialisten Deutschlands aufgestellten Forderungen billigt, kann der Kandidat einer anderen Partei in engerer Wahl unterstützt werden, vorausgesetzt, daß die mit der Leitung der Wahl seitens des Kongresses eingesetzte Behörde damit einverstanden ist."[54])

Der Antrag *Hasenclever* wurde mit dem Amendement *Bebel* angenommen, nachdem auf *Hasenclevers* eigenen Antrag im ersten Satz seines Entschließungsentwurfs das Wort „prinzipiell" gestrichen worden war.[55])

Der erste Parteikongreß unter dem Sozialistengesetz auf Schloß Wyden in der Schweiz vom 20. bis 23. August 1880 empfahl im Hinblick auf die Reichstagswahlen des folgenden Jahres „für den Fall von Stichwahlen [...] im allgemeinen Wahlenthaltung"[56]), was praktisch auf das gleiche hinauslief wie der 1876 in Gotha gefaßte Beschluß.[57])

Als auf dem Kopenhagener Kongreß von 1883 die Stichwahlfrage wieder zur Diskussion stand, „trat eine Reihe von Rednern mit äußerster Entschiedenheit dafür ein,

---

zwischen Reichstagsabgeordneten der Volkspartei und der Sozialdemokratie über die Bildung einer gemeinsamen Fraktion zur Sprache kamen, zu denen *Liebknecht* erklärte: „Einen Kompromiß nach jener Seite hin zu machen hätten wir gar keinen Grund. Die nötigen Stimmen zur formellen Unterstützung von Anträgen seien uns sicher. Auch hätten wir alle nennenswerten Vorteile einer selbständigen Fraktion, insofern uns ein eigenes Zimmer und ein Fraktionszimmer zur Verfügung gestellt worden sei." S. Schröder I S. 246.

[53]) Protokoll des Socialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876, Berlin 1876, S. 4.

[54]) A.a.O. S. 44.

[55]) A.a.O. S. 59.

[56]) S. Schröder I S. 526.

[57]) Dazu Nipperdey S. 311 f. über die vor allem von *Bebel*, W. *Liebknecht* und I. *Auer* vertretene Stichwahlpolitik, die auf eine Mehrheit gegen das Sozialistengesetz zielte, jedoch „zum Teil auf eine dezidiert antiliberale und antiparlamentarische Einstellung" stieß, wenn man auch „in den meisten außerpreußischen Wahlkreisen ziemlich selbstverständlich für die freisinnigen Kandidaten" eintrat. Vgl. unten, bes. auch Anm. 59.

daß die Sozialdemokratie bei Stichwahlen überall da, wo eigene Kandidaten nicht in Frage kommen, Wahlenthaltung zu proklamieren habe", während andere „sich zwar gleichfalls gegen jedes Wahlkompromiß" erklärten, „aber den Genossen nicht für alle Fälle die Hände binden" wollten, da bei den Stichwahlen „nicht in erster Linie das Prinzip, sondern die Nützlichkeit in Frage" komme, „was auch in der Regel die Massen durch ihr Verhalten bekundet hätten". Die Abstimmung erwies erneut, auf welche Weise „Prinzip" und „Nützlichkeit" sich miteinander vereinen ließen. Nachdem der Antrag, daß die Parteigenossen „bei Stichwahlen, in denen kein Sozialdemokrat in Betracht kommt", verpflichtet seien, „überall sich der Stimmabgabe zu enthalten", „unter Namensaufruf mit 34 gegen 24 Stimmen abgelehnt" worden war, ging der Kongreß „unter Hinweis auf die Wydener Kongreßbeschlüsse über alle Anträge zur Tagesordnung über".[58])

Durch dieses Ergebnis fühlte sich das Zentralwahlkomitee nach den Hauptwahlen von 1884, die die Partei „an vielen Orten" in die Lage versetzt hatte, „Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden", legitimiert, einen Aufruf zu erlassen, der Stichwahlunterstützung für Kandidaten zuließ, die sich u. a. darauf verpflichteten, gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag einzutreten. Hatte sich doch, wie *Mehring* betont, auch bei früheren Wahlen „häufig gezeigt, daß der Kampfeseifer der Parteigenossen sich nicht zügeln ließ, wenn bei solchen Stichwahlen nur ein halbwegs präsentabler Kandidat der bürgerlichen Linken mit im Spiele war".[59])

Noch deutlicher forderte das Zentralwahlkomitee nur zwei Tage nach dem ersten Wahlgang der Kartellwahlen von 1887 „die sozialdemokratischen Wähler auf, in den Stichwahlen für alle Kandidaten der bürgerlichen Opposition zu stimmen, die sich bindend über ihre Stellung zum allgemeinen Wahlrecht und zu den Ausnahmegesetzen erklärten".[60]) So bedeutete auch der bereits oben zitierte Beschluß des Parteitages von St. Gallen, der die Abstinenz bei den Stichwahlen zur verbindlichen Regel erhob, nichts als eine verständliche emotionale Reaktion auf das Stichwahlverhalten der Linksliberalen in der Situation der Kartellwahlen. Das wird am besten dadurch belegt, daß sich das Zentralwahlkomitee 1890 einfach über diesen Beschluß hinwegsetzte und unter ausdrücklichem Verzicht auf Gegendienste die Stichwahlparole für die bürgerliche Opposition ausgab.[61]) Daß das Komitee aus politisch zwingenden Motiven gehandelt hatte, wurde auch durch den folgenden Parteitag von Halle (1890) anerkannt, der gegen eine geringe Minderheit einen neuerlichen Antrag auf obligatorische Stimmenthaltung ablehnte.[62])

Das gleiche Schicksal sollten in der Folge alle Anträge erfahren, die diese Forderung enthielten, ungeachtet dessen, daß es dem Parteitag gleichzeitig unbenommen blieb, nach wie vor „jeden Kompromiß mit bürgerlichen Parteien, gleichviel ob direkt oder indirekt", wie es in einem Beschluß von 1892 hieß, zurückzuweisen.[63]) Wo aber jeweils die durchaus fließende Grenze zwischen „Prinzip" und „Taktik" verlief, war rational nur schwer zu begründen, was jedoch nicht ausschloß, daß dieser Versuch immer wieder unternommen wurde, beispielsweise wenn *Liebknecht* 1893 in der Debatte über

[58]) S. Schröder I S. 527; vgl. auch Mehring II S. 574.

[59]) Mehring II S. 598 f., mit der weiteren Bemerkung: „Diesmal mußte auch das Zentralwahlkomitee dem drängenden Strom nachgeben [...]". Dazu auch Eckert a.a.O. S. 108 f.

[60]) Mehring II S. 642.

[61]) A.a.O. S. 671.

[62]) S. Schröder I S. 528.

[63]) A.a.O. S. 246.

einen analogen Antrag („Bei Reichstags-, Landtags- und Gemeindewahlen keinerlei Kompromiß mit bürgerlichen Parteien einzugehen"), den der Parteitag ebenfalls annahm, erklärte: „Kompromisse sind Verrat, die ein Prinzip opfern. Zu verwerfen ist jeder Pakt mit einer anderen Partei, der unsere Genossen förmlich demoralisieren würde, wie das bei einer Beteiligung unserer Partei an den Dreiklassenwahlen zum preußischen Landtag unvermeidlich wäre. Anders liegt die Sache, wenn die Genossen in Stichwahlen bei der Wahl zwischen zwei Übeln mit richtigem Instinkt lieber für den Fortschrittler als für den Nationalliberalen, lieber für *Stötzel* als für *Krupp* stimmen; dann haben sie vollkommen recht, sie stimmen dann nicht für die Person des [Eugen] *Richter* oder des [Zentrumskandidaten] *Stötzel*, sie stimmen für das kleinere Übel im Parteiinteresse. Die Partei wird in dieser Frage sicher bei der alten Taktik bleiben."[64])

Sie blieb es in der Tat. Selbst nach den „Hottentottenwahlen" vom Januar 1907, bei denen die Sozialdemokratie von den Linksliberalen auf die gleiche Weise enttäuscht worden war wie zwanzig Jahre zuvor bei den Kartellwahlen, ließ der Parteitag sich nicht dazu verleiten, die „Torheit" von 1887 zu wiederholen und sich in der Stichwahlfrage, bestimmt durch „leidenschaftliche Erregungen", voreilig festzulegen.[65]) Spielten doch „gerade in diesen taktischen Fragen", wie *Nipperdey* mit Recht betont, „negative Entscheidungen" der Parteitage in bezug auf geforderte Verbote oder Veränderungen eine große Rolle, und zwar ebenso für die Handlungsfreiheit der Parteiführung wie für den Ausgleich zwischen den Flügeln.[66])

Positiv band die Partei seit 1897 ihre Stichwahlhilfe, auch hier auf eine alte Übung zurückgreifend, an einen Katalog von Forderungen, auf deren Vertretung im Reichstag sich ein von der Sozialdemokratie unterstützter Kandidat zu verpflichten hatte, wobei als Alternative nur die „strikte Stimmenthaltung" in Frage kommen sollte.[67]) Diese zunächst recht umfangreichen Auflagen wurden durch Parteitagsbeschlüsse von 1902 und von 1911 jeweils ermäßigt.[68]) Doch scheute sich die Parteileitung auch nicht, von

[64]) A.a.O. S. 246 f. *Bebels* Ausführungen auf dem Hamburger Parteitag von 1897 zufolge war das eine von *Liebknecht* genannte Beispiel nicht sehr glücklich gewählt: „Man hat es in einzelnen Kreisen über sich gewinnen können, bei der engeren Wahl Leuten die Stimme zu geben, von denen man die Sicherheit haben mußte, daß sie niemals unsere Minimalforderungen unterstützen würden, und man hat sich dann hernach damit entschuldigt, daß ein Nationalliberaler noch nicht so schlimm sei wie ein Konservativer. Es ist eine Tatsache, die der Delegierte von Essen kaum wird bestreiten können, daß bei der letzten Essener Wahl in der Stichwahl zwischen *Krupp*, dem Besitzer von Essen, möchte ich sagen, und *Stötzel*, dem einzigen ehemaligen wirklichen Arbeiter im Zentrum, der als solcher genötigt war, für die Arbeiterforderungen einzutreten und sich daher oft bei Abstimmungen vom Zentrum trennte, dieser durchgefallen und Herr *Krupp* durch die Stimmen der Sozialdemokraten in den Reichstag gekommen ist. (Hört, hört!) Kann es denn noch einen größeren Hohn geben? Doch nur dann, wenn an Stelle von *Krupp* Herrn *von Stumm* die Stimmen gegeben würden (Heiterkeit), aber unsere Leute dort wären auch dazu imstande [...]." S. a.a.O. S. 529.

[65]) *Bebel*, mit ausdrücklichem Hinweis auf das Schicksal des Beschlusses von St. Gallen 1887; Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 335 f.

[66]) Vgl. Nipperdey S. 355.

[67]) S. Schröder I S. 528 f.

[68]) Vgl. Labusch S. 213 f. Besonders aufschlußreich ist die Begründung der 1902 beschlossenen Stichwahlbedingungen durch *Bebel*, Protokoll SPD-Parteitag 1902 S. 223 ff., bes. S. 236 f., wo es heißt: „Daß wir keine Bündnisse bei der Hauptwahl schließen, versteht sich von selbst. (Bravo!) Wir treten selbständig auf und wenn wir in einem Kreise auch nur zehn Stimmen bekommen. Erst bei den engeren Wahlen, wenn wir ausgefallen sind, haben wir uns zu fragen, wer von den übrigbleibenden Kandidaten für uns wählbar ist. Parteigenossen! Geben wir uns keinen Illusionen hin. Der Kreis derjenigen bürgerlichen Kandidaten, die wir, auch wenn wir noch so bescheiden in unseren Forderungen sind, wählen dürfen, wird mit jeder Legislatur-

sich aus die Forderungen bei akutem Anlaß zu reduzieren, so als sich bei den Reichstagswahlen von 1903 herausstellte, daß die im Vorjahr in München „beschlossene Parole auf die kleine ‚Freisinnige Vereinigung' nicht paßte".[69]) 1907 erließ der Parteivorstand dann eine Stichwahlparole, die „Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale", nicht aber das zusammen mit der Sozialdemokratie in die Defensive gedrängte Zentrum, von jeder Stichwahlunterstützung ausschloß, im übrigen jedoch als Voraussetzung für sozialdemokratische Hilfe bürgerlichen Kandidaten nur die Verpflichtung abverlangte, sich gegen jede Verschlechterung des Reichstagswahlrechts, jede Einschränkung des Koalitionsrechts und jedes „wie immer geartete Ausnahmegesetz" zu wenden.[70])

---

periode kleiner. Wenn etwas zeigt, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern schärfer werden, dann sind es die Wahlen. (Sehr richtig!) Wir müssen unsere Bedingungen ständig herabsetzen, weil wir sonst überhaupt niemand finden, für den wir bei den Stichwahlen noch stimmen können. Das Zentrum fällt ganz aus, kein Zentrumsmann darf eine Stimme von uns erhalten bei den nächsten Wahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Früher war das anders. Die Nationalliberalen fallen aus, Konservative, Antisemiten kommen gar nicht in Betracht; ja, heute entsteht die Frage: ob wir alle Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen Volkspartei bei Stichwahlen wählen dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Verhandlungen über den Zolltarif stellt sich leider heraus, wie wenig Verlaß auf die Freisinnigen ist — leider —, denn uns wäre eine starke liberale Partei, die quasi als Puffer zwischen uns und der Rechten stände, ganz angenehm. Im württembergischen Landtage sitzen sechs Volksparteiler, die für Erhöhung der Lebensmittelzölle sind. Dürfen wir für solche Leute bei den Stichwahlen stimmen, nur weil sie sich Volksparteiler nennen?

Ich habe mich bei den Bedingungen für die Stichwahl-Unterstützung in meiner Resolution [Wortlaut a.a.O. S. 88 f.] auf das Notwendigste beschränkt. Die Ihnen vorliegende Resolution gibt die unerläßlichsten Bedingungen an, die gegnerische Kandidaten erfüllen müssen, falls wir für sie bei der Stichwahl eintreten sollen: sie müssen eintreten für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts, gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel; — falls wir sagen wollten, daß sie überhaupt gegen Lebensmittelzölle stimmen müßten, so fänden wir keinen einzigen bürgerlichen Kandidaten, den wir unterstützen könnten. Eine weitere Bedingung ist, daß die Kandidaten eintreten gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung, ferner gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes, endlich gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Kosten erfordert. Ich möchte Sie dringend bitten, den Kreis der Forderungen nicht zu erweitern, das hätte gar keinen Sinn und Zweck; wir werden froh sein müssen, wenn auf diese Forderungen hin Kandidaten vorhanden sind, die wir unterstützen können. Auch diese Tatsache zeigt, wie die Zustände im deutschen Reich täglich unerträglicher werden, und wie heute allein die Sozialdemokratie es ist, die man als die wahre Kulturträgerin der Zukunft ansehen kann. Daß wir die einzige Partei sind, die unentwegt für den Fortschritt der Menschheit kämpft!" — S. ferner a.a.O. S. 243 f. die speziellen Ausführungen *Bebels* über das Verhalten bei Stichwahlentscheidungen zwischen Kandidaten des Zentrums und der Nationalliberalen, wo auf jeden Fall Stimmenthaltung geboten sei, da „weder der eine noch der andere die Anforderungen der Resolution, so geringfügig sie sind, wenn er ehrlich ist, akzeptieren kann"; wenn allerdings „ein Teil der Wähler, trotzdem offiziell Wahlenthaltung proklamiert worden ist, seine Stimme für einen der beiden Kandidaten abgibt, so können wir nichts dafür".

[69]) *Bebel* auf dem Parteitag von 1910; da die Kandidaten dieser Partei einerseits alle übrigen sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen akzeptierten, andererseits jedoch für Militär- und Marinevorlagen eintraten, „sagten wir uns, sollen wir lieber für ein Mitglied der freisinnigen Vereinigung [stimmen] oder durch Stimmenthaltung einem Bauernbündler zum Siege verhelfen?"

[70]) Wortlaut der Stichwahlparole des Parteivorstandes in Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 34 f. (Bericht des Parteivorstandes).

Am drastischsten wurde den Sozialdemokraten die Gefahr der Isolierung durch den Ausgang der „Hottentottenwahlen“[71]) vom Januar 1907 vor Augen geführt, die von *Bülow* unter der Parole: „Kampf für Ehr‘ und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum“[72]), in Szene gesetzt worden waren. Da es der nationalistischen Demagogie, ähnlich wie 1887[73]), gelungen war, die „Partei der Nichtwähler“[74]) zu mobilisieren, konnte die Sozialdemokratie trotz erheblicher absoluter Stimmengewinne bei den Hauptwahlen nur 29 Mandate (1903: 56) gewinnen. Damit stand bereits fest, daß die Partei große Mandatsverluste hinnehmen mußte. In welchen Grenzen diese sich jedoch halten würden, hing ganz vom Resultat der engeren Wahlen ab. Diesem Gesichtspunkt trug auch die sozialdemokratische Stichwahlparole Rechnung, die so abgefaßt war, daß sie nicht nur, wie herkömmlich, Stichwahlunterstützung für die Linksliberalen, sondern auch für das Zentrum vorsah.[75]) Trotzdem zeitigten die Stich-

[71]) Dazu oben Anm. 6 sowie neuerdings die zwar in ihren Schlußfolgerungen tendenziöse, doch materialreiche und auf bisher unerschlossene archivalische Quellen zurückgreifende Studie von Dieter Fricke, Der deutsche Imperialismus und die Reichstagswahlen von 1907, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, IX. Jg., 1961, S. 538 ff. Ferner ders., Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie von seiner Gründung bis zu den Reichstagswahlen von 1907, a.a.O., VII. Jg., 1959, S. 237 ff. Besonders wichtig in der erstgenannten Studie ist die Veröffentlichung eines Memorandums des Chefredakteurs der in Berlin erscheinenden *Allgemeinen Korrespondenz* Ludwig *Asch* vom 14. 12. 1906: „Vorschläge zur Führung des Wahlkampfes durch die Regierung“, mit aufschlußreichen Marginalien *Bülows*.

[72]) So in dem bekannten Silvesterbrief *Bülows* vom 31. 12. 1906 an den Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Generalleutnant z. D. E. *von Liebert*. Nach Fricke, Der Reichsverband a.a.O. S. 273, war dieser Brief durch einen Vorschlag des Reichsverbandes vom 18. 12. 1906 veranlaßt worden.

[73]) Auch die Denkschrift von *Asch* berief sich ausdrücklich auf das Vorbild der Septennatswahlen von 1887, bei denen „Hunderttausende bürgerlicher Wähler, die sonst an der Wahl nicht teilgenommen hatten, ihrer Wahlpflicht genügten“; dieses Resultat könne wieder herbeigeführt werden, „wenn man in der hier angedeuteten Weise“ verfahre. S. Fricke, Die Reichstagswahlen von 1907 a.a.O. S. 551 f.

[74]) So auch in dem schriftlichen Bericht des Parteivorstandes, Protokoll SPD-Parteitag 1907, S. 34 f.

[75]) Vgl. oben, bes. auch Anm. 70. Die Stichwahlparole wurde auf dem folgenden Parteitag u. a. von Dr. *Laufenberg* angegriffen, und zwar mit dem Argument, daß sie die Parteien so gruppiert und abgestuft angeführt habe, „daß Zentrum und Freisinn — und zwar nicht nur einzelne Personen sondern diese Parteien als ganzes — gewissermaßen eine gute Note erhalten, wiewohl sie ebensowenig taugen wie Nationalliberale und Konservative. (Sehr richtig!) Die Durchbrechung der Antiblockparole zugunsten des Freisinns war schon auffällig genug angesichts der Rolle, die er bei der Blockbildung gespielt hatte. Vollends unverständlich aber ist die Parole zugunsten des Zentrums. Wem verdanken wir denn die reaktionäre Politik der letzten zehn Jahre? [...].“ S. Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 329.

Demgegenüber erklärte *Bebel*, a.a.O. S. 338 f.: „Ich mute Ihnen nicht zu, mit den Führern des Zentrums und der Liberalen zusammenzugehen, wohl aber mit den liberalen Arbeitern und den Arbeitern, die dem Zentrum angehören.“ Auch die Mandatsgewinne, die bei den Stichwahlen mit Hilfe des Zentrums erzielt wurden, führte *Bebel* einseitig auf die „Zentrumsarbeiter“ zurück: „Wir hatten 85 Stichwahlen auszufechten und sind in 14 siegreich geblieben; von diesen haben wir 12 den Zentrumsarbeitern zu verdanken, die auf unsere Seite traten, und zwar gerade auch in zwei rheinisch-westfälischen Wahlkreisen, Dortmund und Duisburg [...]“ A.a.O. S. 326 rechtfertigte *Bebel* auch das „Zusammengehen“ mit dem Zentrum bei den letzten bayerischen Landtagswahlen, das eine „Notwendigkeit“ gewesen sei, wie er „rund heraus“ erkläre, „um ein besseres Wahlgesetz zu bekommen“. *Bebel* weigerte sich jedoch, die Wahlab-

wahlen nur ein außerordentlich bescheidenes Ergebnis, was unzweifelhaft vor allem dem „Verrat des Freisinns“[76]) zuzuschreiben war, der im Geiste der Blockpolitik auch bei den Stichwahlen einseitig gegen die Sozialdemokratie Stellung bezogen hatte. Nur die kleine Freisinnige Vereinigung hatte schließlich die Stichwahlparole: „Mit den Sozialdemokraten gegen die Reaktion!“ ausgegeben[77]) und damit der SPD zwei oder höchstens drei Mandate gerettet. Alle übrigen der insgesamt nur 14 Stichwahlmandate, die von ihr errungen wurden, verdankte sie dem Zentrum.[78])

Das Zentrum hatte zwar dank seiner unanfechtbaren Position in der großen Mehrzahl seiner Wahlkreise die Hauptwahlen glänzend überstanden, mußte jedoch ein so starkes Interesse daran haben, die Erfolge des in erster Linie gegen die eigene Partei und nicht gegen die Sozialdemokraten gebildeten Blocks[79]) bei den engeren Wahlen zu beschneiden, daß es in dieser Zwangssituation, ebenso wie die SPD, über seinen eigenen Schatten sprang. Hatte „früher die Zentrumsleitung in allen deutschen Landesteilen streng darauf gehalten, daß keine Zentrumsstimmen den Sozialdemokraten zugute kamen“, und „gegebenenfalls also Stimmenthaltung verlangt“[80]), so gab jetzt die Parteileitung eine Stichwahlparole aus, auf Grund derer zahlreiche Zentrumswähler sozialdemokratische Kandidaten unterstützten („so in Dortmund, Duisburg, Bielefeld, anscheinend auch in einigen süddeutschen Wahlbezirken wie Speyer, Karlsruhe und Durlach“).[81]) Noch weiter ging die bayerische Zentrumsleitung, die für

machung als politisches „Bündnis“ anzusehen, was *Müller*-Meiningen jüngst behauptet habe. — Für die Wahlbündnisse der bayerischen Sozialdemokratie mit dem Zentrum bei den Landtagswahlen 1899 und 1905 sowie mit den Liberalen und Bauernbündlern bei den Landtagswahlen von 1912 vgl. im übrigen bes. Ritter S. 185 f. und Reinhard Jansen, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 13), Düsseldorf 1958, S. 67, 69 f., 101 f. Ferner den Abschnitt „Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie“ in der im Volksvereins-Verlag erschienenen Broschüre: Großblock-Schlagworte in Bayern, M. Gladbach 1912, S. 38 f.

[76]) So als Kolumnentitel im Bericht des Parteivorstandes, Protokoll SPD-Parteitag 1907, S. 35.

[77]) Vgl. Oskar Klein-Hattingen, Geschichte des deutschen Liberalismus, Bd. 2: Von 1871 bis zur Gegenwart, Berlin 1912, S. 570 f.

[78]) Nach den Angaben *Bebels* auf dem Parteitag von 1907 (s. oben Anm. 75) 12, nach Eschenburg a.a.O. S. 57 jedoch 11 und nach Bachem VII S. 4, der sich auf die bei Schulthess 1907 S. 21 zitierte *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* beruft, nur 10.

[79]) Dazu auch die bei Fricke, Die Reichstagswahlen von 1907 a.a.O., abgedruckte Denkschrift von *Asch*; s. bes. S. 550 f.: „Die üblichen im Kampfe gegen diese Parteien [Sozialdemokraten, Polen, Welfen] anzuwendenden Argumente kann ich hier wohl übergehen. Für diesen Wahlkampf wird gegen diese Parteien immer wieder mit dem besonderen Argument zu kämpfen sein, daß ihre Niederlage notwendig ist, um die Machtstellung des Zentrums zu brechen. Denn dem Zentrum werden höchstens und im günstigsten Fall 10 Sitze abzunehmen sein [...]. Es wird also zu betonen sein, daß die gegenwärtige, unerträgliche Macht des Zentrums nicht sowohl auf seinen eigenen 103 Mandaten, die ja nur wenig mehr als ein Viertel der Sitze ausmachen, beruht, als vielmehr auf der Stärke vor allem der Sozialdemokraten.“ — Vgl. in diesem Zusammenhang auch Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 317 f., wo *Bebel* ausführt, daß in einer Anzahl von Wahlkreisen auch das Zentrum sich gegen die Sozialdemokratie gestellt habe, „obwohl es nach der Lage der Dinge ein Interesse daran hat, unsere Fraktion zu stärken, um gegebenenfalls seine eigene Macht zu vergrößern“.

[80]) Bachem VI S. 411.

[81]) A.a.O.

bestimmte Wahlkreise sogar offen „die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels" empfahl, was, wie *Bachem* bemerkt, „in der Tat zu weit ging" und den Protest angesehener Parteimitglieder, darunter des Freiherrn *von Hertling*, hervorrief, „welchem sich auch die Erzbischöfe von München und Bamberg anschlossen".[82])

Daß es im Zuge der von Zentrum und Sozialdemokratie eingeschlagenen Stichwahltaktik auf lokaler bzw. regionaler Ebene auch zu regulären Wahlbündnissen kam[83]), darf um so weniger verwundern, als es nicht nur bei bayerischen Landtagswahlen[84]), sondern auch, was allerdings nicht allgemein bekannt geworden war, bei Reichstagswahlen bereits derartige Abmachungen gegeben hatte.[85]) Jedoch wurden keine formalen Stichwahlabmachungen zwischen den Parteileitungen getroffen, obgleich sie angeregt worden waren.[86]) Dabei wäre der

[82]) A.a.O.

[83]) Abgesehen von Bayern (dazu oben sowie unten Anm. 88) mindestens noch in Westfalen. Vgl. den Hinweis von *König*-Dortmund, Protokoll SPD-Parteitag 1911 S. 395: „Das Zentrum hat nicht nur in Bayern, sondern auch bei uns in Westfalen mit der Sozialdemokratie Kompromisse abgeschlossen. Bei uns sogar schriftlich. Aus der politischen Situation heraus sind wir in den Wahljahren 1907 und 1908 für das Zentrum eingetreten [...]."

[84]) Vgl. oben Anm. 75.

[85]) Vgl. oben Anm. 13.

[86]) Die Frage, von welcher Seite die Anregung ausgegangen war, blieb umstritten und wurde zum Anlaß eines „Prioritätsstreits" vor den Reichstagswahlen von 1912; jede Seite unterstellte der anderen, daß die Initiative von der Gegenseite ausgegangen sei; und beide Seiten hatten auch auf ihre Weise recht. Vgl. dazu die in: Die Parteien (s. oben Anm. 43) a.a.O. S. 285 f. auszugsweise wiedergegebenen Artikel aus dem *Vorwärts* vom Herbst 1911 sowie die in den folgenden beiden Anm. zitierte Aufzeichnung von Carl *Bachem*, von der die Darstellung des *Vorwärts* in den Grundzügen durchaus bestätigt wird. Belegt doch die Aufzeichnung *Bachems* das Interesse *Müller*-Fuldas an einem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten; darüber hinaus zeigt sie, daß es dem Zentrum mit der ablehnenden Antwort auf den Brief *Bebels* vom 28. Januar 1907 tatsächlich in erster Linie darum zu tun war, den Schein zu wahren.

Vgl. vor allem „Zentrum und Sozialdemokratie", in: *Vorwärts* 29. 9. 1911: „Aus der Korrespondenz des Abg. *Müller*-Fulda mit den Genossen *Bebel* und *Singer* geht demnach hervor: Das Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen ist nicht von *Singer* oder *Bebel*, sondern von dem Abg. *Müller*-Fulda in dem Briefe an *Singer* vom 27. Januar [1907] angeregt worden, der in seinem Briefe ausdrücklich und von ihm selbst unterstrichen, auf die gefährdete Gesamtlage aufmerksam machte und über die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Situation informiert sein wollte. Der Brief *Bebels* vom 28. Januar 1907 war also lediglich eine Antwort auf den Brief des Abg. *Müller*-Fulda vom 27. Januar 1907.

Die sozialdemokratische Stichwahlparole war am 27. Januar bereits im ‚Vorwärts' veröffentlicht, also einen Tag bevor der Brief des Abg. *Müller*-Fulda in Berlin eintraf. Dagegen sind die Stichwahlbedingungen des Zentrums, wie aus dem Briefe des Abg. *Müller*-Fulda vom 30. Januar hervorgeht, den sozialdemokratischen Bedingungen angepaßt worden, ohne daß Verabredungen getroffen oder von sozialdemokratischer Seite irgendwelche Zusicherungen gegeben worden waren. So steht es also mit der glatten Ablehnung eines Zusammengehens des Zentrums mit der Sozialdemokratie."

Ferner *Vorwärts* 5. 10. 1911 (Ein Brief von *Müller*-Fulda an die *Kölnische Volkszeitung*): Daß *Müller*-Fulda einen „offiziellen Auftrag der Zentrumsleitung" gehabt habe, habe „von sozialdemokratischer Seite auch niemand behauptet"; doch wolle die *Kölnische Volkszeitung* „wohl nicht die Öffentlichkeit glauben machen, daß ein erfahrener Parlamentarier solche Schritte unternimmt, ohne vorher bei leitenden Personen seiner Fraktion zu sondieren?" Ein weiterer Artikel, *Vorwärts* 11. 10. 1911, unter dem Titel „Zum Kampf des Zentrums für

sozialdemokratische Parteivorstand im Gegensatz zur Zentrumsführung auch einem offiziellen Stichwahlabkommen durchaus geneigt gewesen[87]), wenn es sich nur als ernsthafte Möglichkeit geboten hätte.[88])

Thron und Altar" betont, wie wenig das Verhalten des Wahlausschusses des Zentrums durch „patriotische oder religiös-moralische Bedenken" bestimmt worden sei, beweise „die Tatsache, daß dem Brief des Abg. *Müller*-Fulda an *Singer* vom 30. Januar alsbald ein am 31. Januar in Frankfurt a.M. aufgegebenes Telegramm folgte, das die Ablehnung zum Teil wieder aufhob". Dieses Telegramm habe gelautet: „In Offenbach, Frankfurt, Hanau, Friedberg Enthaltung, Kompromisse mit Liberalen wegen Höchst haben wir abgelehnt." So sei es „nichts als eine bewußte Lüge", wenn von Zentrumsblättern behauptet werde, daß mit dem Ablehnungsbrief *Müller*-Fuldas „jede Verbindung zwischen dem Zentrumsausschuß und dem sozialdemokratischen Parteivorstand aufgehört" habe, zumal *Müller*-Fulda als Geschäftsführer des Wahlausschusses fungierte; „und in dieser Eigenschaft, nicht als Privatmann, hat er seine Briefe und sein Telegramm verfaßt [...]".

[87]) Das beweist der Brief *Bebels* vom 28. 1. 1907, auch wenn er durch eine vorsichtige briefliche Anfrage *Müller*-Fuldas provoziert worden war; s. vorige Anm. Dazu eine eigenhändige Aufzeichnung von Carl *Bachem*, Stadtarchiv Köln, Nachlaß Bachem 265, deren Kenntnis wir Rudolf *Morsey* verdanken. Diese Aufzeichnung enthält einleitend stichwortartig festgehaltene Überlegungen zum Stichwahlverhalten und zu den Stichwahlbedingungen des Zentrums. Der Hauptteil bringt dann eine Niederschrift — mit dem Zwischentitel: „Siebener Kommission, dazu weitere Vertrauensmänner, Köln, Dienstag 29. 1. 1907" — über die entscheidende Sitzung des Wahlausschusses. Den Vorsitz führte zunächst *Fritzen*, dann *Trimborn*; weiterhin sind als anwesend verzeichnet: *Schmidt*-Mainz, *Müller*-Fulda, *Jäger*, *Itschert*, *Dahlem*, *Herold*, *Gröber*, *Cahensly*, Julius *Bachem*, Carl *Bachem*, *Jörg*. Einleitend teilte *Müller*-Fulda den an ihn gerichteten Brief *Bebels* mit, „welcher ein Wahlkartell auf Gegenseitigkeit anbietet, wenn die Zentrumskandidaten sich verpflichten auf Reichstagswahlrecht, Koalitionsrecht und gegen Ausnahmegesetze. Allgemeine Ansicht: unmöglich, für uns aber auch nicht nötig; die Soz[ialdemokraten] müssen selbst wissen, was sie tun. *Müller*-Fulda wird den Brief höflich, aber glatt ablehnen." — Für die weiteren Erörterungen, aus denen die Stichwahlparole der Parteileitung des Zentrums hervorging, vgl. die folgende Anm.

[88]) Für die Motive, die zur Ablehung des *Bebelschen* Anbebots führten, und für die Grundlage des innerparteilichen Kompromisses, als das sich die Stichwahlparole des Zentrums darstellt, vgl. die bereits in der vorigen Anm. zitierte Niederschrift *Bachems* über die Sitzung des Wahlausschusses des Zentrums, in der es weiter heißt: „Sodann Meinung: die Nationalliberalen jetzt herauszuhauen, wäre Selbstmord. Wer das größere Übel sei, die w[irt]sch[a]ftl[iche] Revolutionspartei der Soz[ialdemokraten] oder die kapitalistische relig[iöse] Kulturkampfpartei der Nationalliberalen mit ihren Gelüsten auf Abschaffung des Reichstagswahlrechts, sei schwer zu sagen. Eine offene Unterstützung der Soz[ialdemokraten] sei aber ebenso verwerflich, weil demoralisierend wirkend auf den religiösen Kampf [dazu auch Bachem VI S. 408] und die Leute der christlichen Gewerkschaft. Doch Nuancen: *Herold* wollte für das Ruhrrevier, auch für Bielefeld *(Möller)* in Verkuppelung mit Osnabrück Unterstützung der Nationalliberalen freigegeben haben, weil die christlichen Gewerkschafter so wollten, um die Niederlage der Soz[ialdemokraten] vollständig zu machen, namentlich [den Bergarbeiterführer und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten] *Hue* zu werfen, was ihnen und ihrer Bewegung mächtig Luft machen werde.

Müller-Fulda wollte für sein Revier unter der Hand die Soz[ial]dem[okraten] unterstützen, weil nur so Nationalliberale geworfen und Zentrumssitze gewonnen werden könnten.

Ich [Carl *Bachem*] schlug vor: als Parole Verbot jeglicher Unterstützung von Nationalliberalen oder Sozialdem[okraten]. Im übrigen Unterstützung von Kandidaten, welche sachlich befriedigende Erklärungen abgäben. Dafür Mindestprogramm.

Der erste Teil war gegenüber *Müller*-Fulda und *Herold* nicht durchzusetzen. Blieb also nur der 2. Teil: sachliches Mindestprogramm. Ein solches wurde formuliert, und schließlich als Mittellinie angenommen.

Kaum nachzuweisen dürfte dagegen *Bachems* Feststellung sein, die Sozialdemokraten seien bereit gewesen, „schon für die Hauptwahlen, da bei diesen wahrscheinlich schon die Entscheidung fallen würde", dem Zentrum ein Bündnis anzubieten.[89]) Sollte ein führender Sozialdemokrat diesen Vorschlag gemacht haben, so war er schwerlich dazu autorisiert. Stand doch bei allen innerparteilichen Auseinandersetzungen über „Kompromisse" mit bürgerlichen Parteien und über die Stichwahltaktik niemals das selbständige Vorgehen der Sozialdemokratie bei den Hauptwahlen in Frage.[90])

Indessen zeigt gerade das im Januar 1907 von der Sozialdemokratie beobachtete Stichwahlverhalten, in welch hohem Maße sich auch diese Partei den Bedingungen des herrschenden Wahlsystems angepaßt hatte, ohne dabei allerdings jemals den agitatorischen Zweck aus dem Auge zu verlieren, den sie mit der einzigartigen Gelegenheit der Reichstagswahlen verband. Von dieser taktischen Elastizität vermitteln die Parteitagsprotokolle insofern nur einen unvollkommenen Eindruck, als die preußischen Sozialdemokraten auf den Parteitagen ein natürliches Übergewicht besaßen, so daß alle Beschlüsse auch auf die spezifisch preußischen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen hatten. Allerdings hinderten diese Beschlüsse nicht, daß sich besonders die süddeutschen Sozialdemokraten längst an Bündnisse und Kompromisse bei Landtags- und Kommunalwahlen gewöhnt hatten.[91]) Aber auch in Preußen waren die Uhren nicht stehengeblieben;

Aus der Debatte: *Gröber* erklärte: seine Stellung zu der Frage, ob Sozialdem[okraten] nie offen unterstützt werden dürfen, habe sich geändert, seitdem die Nationalliberalen sich so kulturkämpferisch zurückentwickelt hätten, statt mit uns zusammenzuarbeiten, und uns den Hals abschneiden wollten und dem Reichstagswahlrecht gegenüber so unzuverlässig geworden seien. *Schaedler* hatte geantwortet: er freue sich, sich die Reise nach Köln sparen zu können, da in Bayern r[echts]rhein[isch] alles klar sei (dort wird wohl wieder wie bei der Landtagswahl ein Bündnis mit den Sozialdemokraten [vgl. oben, bes. auch Anm. 83] gemacht werden).

Aus Schlesien niemand erschienen. Dort wird wohl wieder Unterstützung der Konservativen ohne alle Gegenleistung gemacht werden.

Zwischen diesen beiden Extremen hält also das sachliche Mindestprogramm die vernünftige Mitte. Es ist sachlich unanfechtbar, auch wenn offenbar ist, daß für gewöhnlich ein Nationalliberaler es nicht akzeptieren wird, ein Sozialdemokrat aber wohl. Es läßt auch allenfalls Raum für anderweite Entschließung bei besonderen Verhältnissen, obwohl solche unerwünscht sind. *Bebel* wird es als eine indirekte Antwort auf seinen Brief an *Müller*-Fulda empfinden können, was ja dann nichts schadet. Jedenfalls ist dann noch durchaus der Schein gewahrt, was mit Rücksicht auf die christlichen Gewerkschaften nötig ist.

C[arl] *B[achem]*"

Am Schluß der Aufzeichnung des Postskriptum *Bachems:* „Die Elsässer hatten sich auch entschuldigt, weil unnötig: bei ihnen sei alles klar. *Spahn* war nicht anwesend, wurde aber auf Vorschlag *Gröbers* zu den Unterschriften gesetzt; *Gröber* will ihm über den Verlauf berichten."

[89]) Bachem VI S. 408. A.a.O. wird eine Rede *Herolds* im preußischen Abgeordnetenhaus vom 15. 1. 1910 zitiert, in der diese Behauptung, daß nämlich „vor den letzten Reichstagswahlen ein Führer der Sozialdemokraten dem Zentrum einen Kompromiß angeboten hat", kolportiert wird: „Wäre dieser Kompromiß von uns angenommen worden, dann wäre die Blockmehrheit gar nicht in den Reichstag eingezogen. Das wußten wir auch. Aber trotzdem lautete unsere Antwort: Mit den Sozialdemokraten treten wir überhaupt in keine Verhandlungen über ein Wahlbündnis ein."

[90]) Vgl. oben, bes. auch Anm. 68.

[91]) Vgl. bes. Ritter S. 185 f., sowie die oben angeführten Beispiele.

mit der Entscheidung, sich trotz des Dreiklassenwahlrechts an den Landtagswahlen zu beteiligen, hatte hier die Partei einen entscheidenden Schritt in Richtung auf eine beweglichere Taktik getan.[92]) All das gehörte zu den Voraussetzungen der sozialdemokratischen Stichwahltaktik von 1907; und es mußte auf die Dauer schwerer wiegen als die Verärgerung über die Haltung der Linksliberalen. Von hier aus gesehen konnte auch das Vorgehen der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen von 1912, die in einer völlig veränderten politischen Situation stattfanden, nicht überraschen.

Nach den sozialdemokratischen Wahlniederlagen der Jahre 1887 und 1907 zeigten die Reichstagswahlen von 1912 zum erstenmal, daß sich eine außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung nicht unbedingt zuungunsten der Sozialdemokratie auswirken mußte. Die Hauptwahlen brachten der Partei nicht nur einen gewaltigen Stimmenzuwachs, sondern sie eroberte auch mehr Mandate als je zuvor im ersten Wahlgang.[93]) Trotz der starken Bewegung nach links, die sich in der Wählerschaft bemerkbar gemacht hatte, blieb allerdings die endgültige Kräfteverteilung im Reichstag noch offen, da die Zahl der Stichwahlentscheidungen[94]) höher lag als bei allen vorangegangenen Wahlkämpfen. Dabei hing die definitive Mandatsstärke der Sozialdemokratie[95]) sehr wesentlich vom Ausgang der Stichwahlen ab, während sie für die Nationalliberalen und die Fortschrittler schlechthin über deren weitere parlamentarische Existenz entschieden.[96])

Obgleich die Liberalen beider Richtungen, ebenso wie die Sozialdemokraten, den Wahlkampf mit dem erklärten Ziel geführt hatten, die schwarz-blaue Mehrheit, die an die Stelle des Bülow-Blocks getreten war, zu zertrümmern, schien, ungeachtet der auf beiden Seiten umstrittenen badischen Großblockpolitik, ein offenes Zusammengehen der Nationalliberalen und der Arbeiterpartei im Reichsmaßstab undenkbar. Anders stellte sich jedoch die Frage für die neuerdings in der Fortschrittlichen Volkspartei vereinigten Linksliberalen, die, auch wenn sie sich in der Phase des Bülow-Blocks vorübergehend als Regierungspartei versucht hatten, ihrer Tradition und ihrer Politik nach eine bürgerlich-oppositionelle Linksgruppierung geblieben waren. Trotzdem standen der zwischen den Parteileitungen der Sozialdemokratie und der Fortschrittler abgeschlossenen Stichwahlvereinbarung, die als „Dämpfungsabkommen" in die Wahlgeschichte eingegangen ist, beträchtliche Hindernisse entgegen, die allerdings nicht so sehr auf sozialdemokratischer als auf fortschrittlicher Seite lagen.

---

[92]) Dazu vor allem die bei Schröder I S. 257 ff. zitierten Parteitagsdebatten und -beschlüsse. Ferner Labusch S. 219 ff.

[93]) Vgl. die Tabelle auf S. 000.

[94]) In 191 Wahlkreisen; 1907 dagegen nur in 158 und 1903 in 180. Vgl. Die Parteien (s. oben Anm. 43) S. 364 sowie Bertram S. 221.

[95]) Sie hatte 64 Mandate im ersten Wahlgang erobert und war an 121 Stichwahlen beteiligt. Vgl. die Tabelle auf S. 000.

[96]) Im ersten Wahlgang hatten die Nationalliberalen nur 4 Wahlkreise und die Fortschrittler keinen einzigen erobert, obgleich sie zusammen etwa 3,2 Millionen Stimmen hatten mobilisieren können (gegen 4,25 Millionen sozialdemokratischer Stimmen) und der Stimmenzahl nach — hinter Sozialdemokraten und Zentrum — die Nationalliberalen die dritt- und die Fortschrittler die viertstärkste Partei waren.

Zwar mag es auf den ersten Blick verwundern, daß der Vorschlag zu einem solchen Abkommen nicht von der Fortschrittspartei als dem schwächeren Partner, dem es in den Hauptwahlen nicht gelungen war, auch nur einen Wahlkreis zu erobern, ausgegangen war.[97]) Doch zeigt eine genauere Prüfung, daß sie in der Tat ein höheres Risiko auf sich nahm. Denn bei den meisten Stichwahlentscheidungen, bei denen sie beteiligt war, standen ihre Kandidaten nicht Vertretern der Rechten, sondern Sozialdemokraten gegenüber, so daß ein einseitiges offenes Stichwahlbündnis mit der SPD ihre gefährdete Stellung nur noch weiter schwächen konnte; drohte doch in diesem Falle der Verlust der unentbehrlichen Unterstützung von rechts gegen die Sozialdemokratie.[98]) Wollte die Fortschrittliche Volkspartei die größtmögliche Zahl von Mandaten erzielen, so mußte sie an sich wie bei den früheren Wahlkämpfen danach trachten, daß sie „bald bei den Sozialdemokraten, bald bei den Rechten" als das jeweils „kleinere Übel[99])" angesehen wurde. Von hier aus gesehen, erschien es am ratsamsten, das schon für die Hauptwahlen abgeschlossene Wahlbündnis mit den Nationalliberalen auch für die Stichwahlen nicht durch eine einseitige Bindung, sei es nach links oder nach rechts, zu ergänzen. Wenn sich jedoch eine einseitige Bindung nicht vermeiden ließ, so versprach ein Anschluß an die Rechte größere Mandatsgewinne als ein umfassendes Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie auf der Grundlage gegenseitiger Unterstützung in allen Wahlkreisen, in denen sozialdemokratische oder fortschrittliche Stichwahlkandidaten im Kampf gegen die Rechte standen.[100]) Bei dieser Sachlage war die vom sozialdemokratischen Parteivorstand am 14. Januar 1912 erhobene Forderung nach einer derartigen Vereinbarung, die zur Voraussetzung jeder Stichwahlunterstützung gemacht wurde, da „es angesichts der politischen Situation mit der Anerkennung der Jenaer Bedingungen nicht getan sei"[101]), für den geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei gänzlich indiskutabel. Wäre es dabei geblieben, so hätten die Sozialdemokraten praktisch die Fortschrittler dazu gezwungen, den angedrohten Verlust der sozialdemokratischen Stichwahlhilfe in Kauf zu

[97]) Für die sozialdemokratische Initiative, die in einer Erklärung des Parteivorstandes vom 19. 3. 1912 formal abgeleugnet, in der Sache jedoch bestätigt wurde, vgl. Bertram S. 224 f. Wortlaut der Erklärung in: Die Parteien (s. oben Anm. 43) S. 303. Zum „Prioritätsstreit" vgl. weiterhin den a.a.O. S. 239 f. abgedruckten Artikel der *Freisinnigen Zeitung* vom 20. 3. 1912 (Unser Stichwahlabkommen).

[98]) Vgl. die Tabelle über die Stichwahlpositionen der Parteien bei Bertram S. 221 (der allerdings statt von 121, von 122 Stichwahlentscheidungen unter sozialdemokratischer Teilnahme ausgeht) sowie a.a.O. S. 225 f.

[99]) So die *Kölnische Volkszeitung* vom 9. 10. 1911; zitiert nach: Die Parteien (s. oben Anm. 43) S. 161.

[100]) Vgl. Bertram S. 226.

[101]) So in der Erklärung des Parteivorstandes vom 19. 3. 1912. Vgl. oben Anm. 97. Wortlaut der in Jena beschlossenen Stichwahlbedingungen in: Protokoll SPD-Parteitag 1911 S. 471 f. Dazu auch die Begründung *Bebels* a.a.O. S. 390 f., in der es u. a. hieß: „Entweder stellen wir Forderungen, die ein bürgerlicher Kandidat noch bewilligen kann, oder wir verzichten überhaupt darauf, uns an Stichwahlen, bei denen nur Gegner in Frage kommen, zu beteiligen. Aber erfahrungsgemäß nützt das nichts, die Wähler laufen dennoch in Massen zur Wahl [...]"

nehmen und sich mit der Rechten zu arrangieren.[102]) Das hätte nicht nur eine Verringerung der Stichwahlchancen für die eigene Partei bedeutet, sondern damit wäre gleichzeitig auch das politische Ziel einer Brechung der schwarzblauen Mehrheit leichtfertig preisgegeben worden.

Wie vor allem die *Frankfurter Zeitung* immer wieder hervorhob, wäre dieses Ziel am sichersten zu erreichen gewesen, wenn bereits für die Hauptwahlen ein Bündnis zwischen den Liberalen beider Richtungen und den Sozialdemokraten nach dem Muster des Badischen Großblocks zustande gekommen wäre.[103]) Doch solch ein Bündnis, das über alle traditionellen Hemmnisse und Bedenken hinweg das positive Ziel einer „leistungsfähigen Mehrheit der Linken", von dem Friedrich *Naumann* sprach[104]), hätte in den Vordergrund rücken müssen, hatte wohl bei keiner der drei Parteien ernsthaft zur Diskussion gestanden. Es wäre nicht einmal bei den Linksliberalen, erst recht nicht in der nationalliberalen Gesamtpartei und genausowenig bei den Sozialdemokraten durchzusetzen gewesen. Für die Hauptwahlen im Reich galt für die Sozialdemokratie auch weiterhin unbestritten der Grundsatz, den Franz *Mehring* am 15. Dezember 1911 in der *Neuen Zeit* folgendermaßen betonte:

„Die Sozialdemokratie schlägt ihre Schlacht für sich; das bleibt so, wie es immer gewesen ist. Und auch dabei wird es bleiben, daß sie bei den Stichwahlen dem kleineren Übel des Freisinns hilft gegen das größere Übel der junkerlichen Reaktion [...] Aber in den Hauptwahlen einigen Dutzend *Mugdans* zum Siege zu verhelfen und dann in aller Gemütsruhe zuzusehen, wie der Freisinn nach gewohnter Methode in den Stichwahlen einige Dutzend *Heydebrands* gegen einige Dutzend *Bebels* in den Reichstag schickt — diese Torheit sollten selbst hochwohlgeborene Ritter vom roten Adler vierter Güte der Sozialdemokratie nicht zutrauen."[105])

Wenn aber, um mit der *Frankfurter Zeitung* zu sprechen, eine „wahltaktische Verständigung [...] auf Basis der Parole: Von *Bassermann* bis *Bebel!*" vor den Hauptwahlen nicht im Bereich des Realisierbaren gelegen hatte, weil „bei allen hierfür in Frage kommenden Parteien" nicht „die notwendige innere Bereitschaft hierzu in genügendem Maße" vorhanden gewesen war[106]), so erschien nach dem Ergebnis des ersten Wahlganges ein Zusammengehen der Liberalen und der Sozialdemokraten um so mehr geboten, sollten nicht trotz des eindeutigen sozialdemokratisch-liberalen Übergewichts in der Wählerschaft die meisten Mandate wiederum an die Rechte und das Zentrum fallen. Die „Gretchenfrage"[107]) des Verhältnisses zur Sozialdemokratie, die sich damit für den

[102]) Diese Gefahr mußte um so höher veranschlagt werden, als nach dem sozialdemokratischen Erfolg bei den Hauptwahlen sich die Furcht vor einem allzu starken Anwachsen der sozialdemokratischen Mandatszahl bei den Anhängern der liberalen Parteien zu vergrößern drohte. Vgl. Bertram S. 222.

[103]) Vgl. Die Parteien (s. oben Anm. 43) S. 230 ff., 238 f. und 248 f. (Auszüge aus Artikeln der *Frankfurter Zeitung* vom 16. 9. u. 1. 12. 1911, 16. 1. u. 14. 3. 1912.) Auch auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie war diese Auffassung anzutreffen; für Wolfgang *Heine* vgl. Bertram S. 234.

[104]) In einem Artikel des *Liberalen Sonntagsblatts* vom 3. 12. 1911; zitiert nach: Die Parteien a.a.O S. 231.

[105]) Zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 284.

[106]) *Frankfurter Zeitung*, 16. 1. 1912; zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 231.

[107]) Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932, S. 50.

Gesamtliberalismus in voller Schärfe stellte, konnte im Lager der Nationalliberalen gar keine generelle Lösung erfahren. Aber auch für die Linksliberalen war ein Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie nur dann denkbar, wenn es ihre durch das Wahlsystem bedingten Existenzsorgen gebührend in Rechnung stellte. Niemand konnte ihnen verübeln, wenn sie angesichts der Alternative, entweder das politische Ziel des Wahlkampfes fallenzulassen und ein verhältnismäßig aussichtsreiches Stichwahlabkommen mit der Rechten abzuschließen oder aber um des Zieles willen eine selbstmörderische Stichwahlpolitik auf sich zu nehmen, der Sorge um die parlamentarische Existenz den Vorrang zubilligten. Schien doch andernfalls tatsächlich die Gefahr zu bestehen, daß die Fortschrittliche Volkspartei nur eine bessere „Skatrunde“[108]) in den Reichstag entsenden könnte. In dieser Zwangslage konnte die fortschrittliche Parteileitung nur unter der Voraussetzung ein gegenseitige Unterstützung verbürgendes Stichwahlbündnis mit der Sozialdemokratie eingehen, daß ihr eine Entschädigung für diejenigen Mandate angeboten wurde, für deren Eroberung die Linksliberalen auf die Stichwahlhilfe der Rechten angewiesen waren und die an die sozialdemokratischen Gegenkandidaten verlorenzugehen drohten, sobald diese Hilfe ausblieb.[109]) Da sich auch der sozialdemokratische Parteivorstand einerseits nicht der Einsicht in die Zwangslage der Fortschrittler verschließen konnte, andererseits jedoch die von diesen ursprünglich geforderte offizielle Zurückziehung sozialdemokratischer Kandidaturen, die von der Parteiorganisation im Lande kaum hingenommen worden wäre, ablehnen mußte, kam es schließlich zu der Abmachung, daß von sozialdemokratischer Seite der Wahlkampf in 16 der 30 Wahlkreise, in denen sich fortschrittliche und sozialdemokratische Stichwahlkandidaten gegenüberstanden, „gedämpft“ werden solle, um den Sieg der fortschrittlichen Kandidaten zu sichern.[110])

[108]) *Frankfurter Volksstimme*, 7. 3. 1912; zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 327: „Eine Partei, die ohne die Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie mit einer Skatrunde im Reichstag vertreten wäre [. . .]“, was in dieser Form polemisch übertrieben ist und gar nicht berücksichtigt, daß es den Fortschrittlern auch möglich gewesen wäre, sich für die Stichwahlen mit der Rechten zu verbünden.

[109]) In diesem Sinne, jedoch offensichtlich ohne Kenntnis der inzwischen abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den Parteizentralen, forderte Ludwig *Quidde* am 17. 1. 1912 in der *Frankfurter Zeitung* ein Stichwahlabkommen auf der Grundlage voller gegenseitiger Unterstützung, wobei jedoch in all den Wahlkreisen, in denen sich Kandidaten der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Linken gegenüberständen, der Kampf einzustellen „und unter Wahrung des bisherigen Besitzstandes die Gegenkandidaturen“ zurückzuziehen seien. Zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 232. Einen entsprechenden Vorschlag machte von sozialdemokratischer Seite die *Chemnitzer Volksstimme* am 16. 1. 1912, im Auszug wiedergegeben a.a.O. S. 315: Man solle den Linksliberalen „eine goldene Brücke bauen“, und ihnen „eine Reihe von Kreisen, in denen wir mit der Fortschrittspartei in Stichwahl stehen, kampflos schenken“, „wenn sie sich zu einer offenen und allgemeinen Stichwahlparole für die Sozialdemokratie bereitfinden lassen“.

[110]) Wortlaut des zuerst am 10. 3. 1912 im *Vorwärts* veröffentlichten vertraulichen Rundschreibens des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 17. 1. 1912, das die Bezirkssekretäre über die Bedingungen des Stichwahlabkommens unterrichtete und besonders hervorhob, daß es der Parteivorstand „entschieden zurückgewiesen“ habe, „irgendeine Kandidatur zurückzuziehen“, in: Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 29 f. sowie in: Die Parteien a.a.O. S. 301. f. Dazu Bertram S. 226 f. Ferner Friedrich Stampfer, Erfahrungen und Erkenntnisse, Köln 1957, S. 161 f., dessen lebendige Schilderung jedoch nicht in allem zuverlässig ist; so wenn er von

Obgleich das Stichwahlabkommen sorgfältig geheimgehalten wurde, war nach den aufeinander abgestimmten Aufrufen, die Sozialdemokratie[111]) und Fortschrittliche Volkspartei[112]) unmittelbar vor den engeren Wahlen erließen, kaum ein Zweifel an der Tatsache des Zusammengehens der beiden Parteien möglich. Trotzdem wurden die fortschrittlichen Kandidaten durch Stammwähler der Rechten[113]) und mindestens in einem Einzelfall auch des Zentrums[114]) unterstützt, die auf alle Fälle den Sieg der sozialdemokratischen Gegenkandidaten verhindern wollten und sich daher nicht zur Stimmenthaltung entschließen konnten. Nur infolge dieses Sachverhalts gingen die Wahlkreise, für die der sozialdemokratische Parteivorstand eine „Dämpfung" des Wahlkampfes zugesagt hatte, bis auf nur zwei Ausnahmen[115]) wirklich an die Fortschrittler. Denn in fast allen diesen Wahlkreisen war die sozialdemokratische Stimmenzahl gegenüber den Hauptwahlen noch angestiegen[116]), so daß sich die Bedeutung der Dämpfungsbestimmung, die den Protest des linken Flügels herausforderte und bei den sozialdemokratischen Lokalorganisationen schwerlich auf allzu großes Verständnis stoßen konnte[117]), im wesentlichen darauf reduziert, das

einer „Dämpfung" in nur drei Wahlkreisen spricht; im übrigen nimmt *Stampfer* es für sich in Anspruch, dem Stichwahlabkommen durch einige „Vorbesprechungen" mit dem Chefredakteur des Berliner Tageblattes Theodor *Wolff* den Weg bereitet zu haben.

[111]) Der am 18. 1. 1912 im *Vorwärts* veröffentlichte Aufruf forderte die sozialdemokratischen Wähler auf, bei der Wahl zwischen gegnerischen Kandidaten „in erster Linie [. . .] für den Fortschrittler einzutreten", während „unter keinen Umständen [. . .] eine sozialdemokratische Stimme für die Konservativen oder das Zentrum, für die Reichspartei oder die Wirtschaftliche Vereinigung abgegeben werden" dürfe. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 30. Leicht abweichender Wortlaut in: Die Parteien a.a.O. S. 302 f.

[112]) Der Aufruf forderte die Wähler nur indirekt zur Stimmabgabe für die Sozialdemokratie auf, und zwar mit der Losung: „Keine Stimme für ein Mitglied der deutschkonservativen Partei, der Reichspartei, des Zentrums, der wirtschaftlichen Vereinigung oder einer anderen antisemitischen Gruppe." Vgl. Die Parteien a.a.O. S. 223 sowie Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 31.

[113]) Dazu auch Westarp I S. 186: Trotz aller Vorbehalte hätten „schließlich die Konservativen bei den Stichwahlen bedingungslos gegen die Sozialdemokratie gestimmt, das saß nun einmal fest".

[114]) Für die Karlsruher Stichwahl vgl. Bertram S. 241. Zur Stichwahltaktik des Zentrums vgl. im übrigen a.a.O. S. 236 ff. sowie Bachem VII S. 380 ff.

[115]) Hagen und Nordhausen. Für Hagen, das nach *Scheidemann* „gewissermaßen nur bedingungsweise in das Abkommen eingeschlossen" und „sofort auf den Wunsch der dortigen Genossen wieder ausgenommen" worden sei, vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 332 sowie a.a.O. S. 339 f. In Nordhausen sollen nach den Ausführungen *Scheidemanns*, a.a.O. S. 332 f., Kriegervereine und Antisemiten den sozialdemokratischen Kandidaten Oskar *Cohn* unterstützt haben; dagegen die Stellungnahme *Cohns*, a.a.O. S. 342 ff. Die von *Scheidemann* kolportierte Version auch bei Stampfer (s. oben Anm. 110) S. 163, dem, wie er seinerzeit einem der Bearbeiter erzählte, auch der amüsante Reim eingefallen war, mit dem *Scheidemann* seine Parteitagsrede würzte: „Mit Gott für *Cohn* und Vaterland, ohne *Cohn* kein Fahnenband" — für den Kriegerverein.

[116]) Nach Bertram S. 229 hatten die Sozialdemokraten im ersten Wahlgang in 11 der 16 Wahlkreise an erster Stelle gelegen; bei den Stichwahlen habe die sozialdemokratische Stimmenzahl nur in zwei Wahlkreisen, davon in einem entscheidend, abgenommen.

[117]) Für die Kritik am Stichwahlabkommen, gegen das auch *Bebel* Bedenken anmeldete, vgl. Bertram S. 233 f.: Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 339 ff.; Die Parteien (s. oben Anm. 43) S. 303 f. u. 319 ff.

Zustandekommen des Stichwahlbündnisses überhaupt ermöglicht zu haben. Im übrigen jedoch wirkte sich das Abkommen weitaus stärker zugunsten der Linksliberalen als der Sozialdemokraten aus, da die sozialdemokratischen Wähler, wenn auch nicht geschlossen, so doch in hohem Maße der Stichwahlparole des Parteivorstandes folgten, während umgekehrt viele linksliberale Wähler des ersten Wahlganges nicht bereit waren, der Parole ihrer Parteileitung gemäß, einem Sozialdemokraten gegen einen Stichwahlkandidaten der Rechten zum Siege zu verhelfen.[118]) So hielten sich auch die unmittelbar auf das Stichwahlabkommen zurückzuführenden Mandatsgewinne der Sozialdemokratie in Grenzen.[119]) Allerdings hätte die Partei „auf keinen Fall", wie *Kautsky* mit Recht konstatierte, „ohne Abkommen mehr erreichen können, als wir erreicht haben".[120]) Insgesamt aber war so viel erreicht worden, daß es dem Parteivorstand unschwer gelang, das Stichwahlabkommen auf dem Parteitag[121]) gegen alle Angriffe zu rechtfertigen, wenn auch neben dem Wahlbündnis eine ganze Reihe von anderen Momenten mit dazu beigetragen hatte, die im Vergleich zu vorangegangenen Wahlkämpfen unverhältnismäßig hohe Erfolgsquote[122]) bei den Stichwahlen zu ermöglichen.

Damit ist bereits angedeutet, auf welche Schwierigkeiten auch für die Reichstagswahlen von 1912 eine detaillierte Analyse des Stichwahlverhaltens trifft. Dabei wäre in unserem Zusammenhang die Haltung der nationalliberalen Wählerschaft von besonderem Interesse, deren Stimmen sich in der Situation dieses Wahlkampfes gewiß noch stärker aufsplitterten als bei früheren Gelegenheiten und zumindest nicht geschlossen für die im Kampfe mit Sozialdemokraten stehenden Kandidaten der Rechten abgegeben wurden. In welchem Ausmaße aber sozialdemokratische Kandidaten von dem eng begrenzten Zuzug oder von der Wahlenthaltung nationalliberaler Wähler profitierten, wird sich im einzelnen nur schwer nachweisen lassen.[123]) Immerhin war es bemerkenswert genug, daß die offizielle Stichwahlparole des geschäftsführenden Ausschusses der national-

[118]) Dabei war, wie von fortschrittlicher Seite im *Bergischen Türmer*, 3. 2. 1912, zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 238, erklärt wurde, zu „berücksichtigen, daß wir erst bei dieser Wahl mit Mühe und Not eine große Anzahl Wähler aus dem konservativen ins fortschrittliche Lager hinübergezogen haben. Und die nun innerhalb zehn Tagen noch eine weitere Metamorphose zur Sozialdemokratie hin durchmachen zu lassen, ist schlechterdings unmöglich [. . .] Ebensowenig darf vergessen werden, daß gemäß dem Abkommen in den fortschrittlichen Stimmen eine Menge nationalliberale enthalten sind, die natürlich ebenfalls nicht für den Sozialdemokraten zu haben waren [. . .]" Dazu auch Bertram S. 231 f.

[119]) Nach den Berechnungen von Bertram S. 229 ff. „mag der Fortschritt in 20 bis höchstens 25 Fällen sein Mandat der Sozialdemokratie zu verdanken gehabt haben", während die Wähler der Fortschrittlichen Volkspartei der Sozialdemokratie insgesamt zu höchstens 13 Mandaten verholfen hätten. Besonders zu beachten ist die Kritik *Bertrams* an den Feststellungen, die Carl E. *Schorske* in seinem zwar brillanten, doch in vielen Punkten von falschen Voraussetzungen ausgehendem Buch: German Social Democracy 1905—1917, The Development of the Great Schism, Cambridge/Mass. 1955, S. 230 ff., trifft.

[120]) So *Kautsky* Anfang März 1912 im *Vorwärts*; zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 319.

[121]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 327 ff., Referat *Scheidemanns* mit anschließender Diskussion.

[122]) Dazu oben Anm. 41 sowie die Tabelle auf S. XXIII.

[123]) Zur Stichwahltaktik der Nationalliberalen vgl. bes. Bertram S. 235 ff. Ferner: Die Parteien a.a.O. S. 200 ff. u. 210 f.

liberalen Partei[121]), wie die *Konservative Korrespondenz* feststellte, „eine klipp und klare Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie" vermissen ließ[125]), ebenso wie auch der sozialdemokratische Aufruf nicht die Stimmabgabe für nationalliberale Kandidaten ausschloß.[126]) Diese bedingte Neutralität der beiden Parteizentralen wurde wieder zum guten Teil dadurch ermöglicht, daß die in der Mitte stehenden Fortschrittler sich für die Stichwahlen sowohl nach der einen als auch der anderen Seite fest gebunden hatten, so daß es als „unmittelbarer Erfolg"[127]) des sozialdemokratisch-fortschrittlichen Stichwahlabkommens angesehen werden darf, wenn sich nicht nur die fortschrittliche, sondern auch die nationalliberale Parteileitung der von den schwarzblauen Parteien und der Reichsleitung erstrebten Sammlung aller bürgerlichen Kräfte gegen die Sozialdemokratie[128]) versagte.

Das mußte um so bedeutsamer erscheinen, als sich auch für Teile der nationalliberalen Partei, nämlich für die Großblockanhänger und die Jungliberalen, die Reichstagswahlen von vornherein mit Spekulationen auf eine „linke Mehrheit" verbunden hatten. Der Satz, daß es „keinen Gegensatz zwischen rechts und links, sondern nur einen Gegensatz zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie"[129]) gebe, war sowohl für die Sozialdemokratie als auch für die Parteien der bürgerlichen Mitte unwiderruflich durch die politische Entwicklung in Frage gestellt worden. Das hieß nicht, daß die Klassengegensätze für die Stellung der Parteien zueinander an Bedeutung verloren hatten. Indessen war nach den Reichstagswahlen von 1912 — anders als 1907, als sich das Zentrum um seiner parlamentarischen Selbstbehauptung willen gezwungen gesehen hatte, mit den Sozialdemokraten in den Stichwahlen zusammenzugehen, jedoch ohne daß sich die Parteileitung auf eine offizielle Abmachung einließ und ohne daß dabei der Gedanke an eine mögliche Mehrheitsbildung eine Rolle gespielt hätte — auch die bloße Fiktion einer „Gemeinbürgschaft der bürgerlichen Parteien" gegenüber „der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie"[130]) nicht mehr aufrecht-

[121]) Die am 17. 1. 1912 in der *Nationalliberalen Korrespondenz* veröffentlichte Stichwahlparole empfahl „nach Anhörung der von den einzelnen Landesorganisationen abgeordneten Vertreter" den nationalliberalen Wählern, „in erster Linie die in der Stichwahl befindlichen Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei unbedingt zu unterstützen, unter der Voraussetzung, daß von seiten dieser Partei dasselbe Verhalten beobachtet wird. Stichwahlabkommen mit anderen Parteien zu treffen, bleibt den einzelnen Landesorganisationen überlassen." Zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 200.

[125]) *Konservative Korrespondenz* vom 19. 1. 1912; zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 135.

[126]) Vgl. oben Anm. 111.

[127]) Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 334 *(Scheidemann)*.

[128]) Dazu bes. Bertram S. 224, 226, 235 f.

[129]) Rosa *Luxemburg* am 29. 2. 1912 in der *Leipziger Volkszeitung*; zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 319.

[130]) Graf *Westarp* auf dem konservativen Parteitag am 13. 3. 1913; zitiert nach Westarp I S. 187 f. Die *Freikonservative Korrespondenz* schrieb am 12. 3. 1912, durch das Stichwahlabkommen der Fortschrittler mit den Sozialdemokraten sei „die Schranke niedergerissen worden, welche bisher, und zwar namentlich durch Eugen *Richter*, zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten aufgerichtet war"; zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 136. Dem widerspricht es keineswegs, wenn Bertram S. 243 feststellt, daß „das seit Jahrzehnten politischen Kampfes eingewurzelte Denkschema des Bürgertums von der Sozialdemokratie als einer staatsgefährdenden Partei [...] nicht einmal bei den Fortschrittlern in den wenigen Monaten politischen Frontwechsels [habe] ausgelöscht werden können."

zuerhalten. Schon die Konstituierung des neuen Reichstags warf alle die Fragen auf, um die in der künftigen innenpolitischen Entwicklung gerungen wurde und die auch in der Weimarer Republik noch keine gültige Lösung fanden. Für das bürgerliche Lager ging es um die „unauslöschbare Scheidegrenze gegen die Sozialdemokratie“[131]), die bei der Wahl des Reichstagspräsidiums[132]) von den Fortschrittlern ignoriert und von den Nationalliberalen verwischt wurde, während die sozialdemokratische Fraktion mühsam genug die proletarische Scham ihrer Partei mit einem Feigenblatt schützte, indem sie es einem sozialdemokratischen Vizepräsidenten verwehrte, „zu Hofe“ zu gehen.

[131]) So in einem Beschluß des großen Vorstandes des Magdeburger nationalliberalen Vereins vom 12. 2. 1912, mit dem Protest gegen die „nichtnationale Haltung“ der eigenen Reichstagsfraktion bei der Wahl des Reichstagspräsidiums angemeldet wurde. Zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 177 f.

[132]) Dazu ausführlich unten 9. Kapitel.

3. Zur Sozialstruktur der Fraktion

In der Zeit des Sozialistengesetzes wurde der sozialdemokratischen Vertretung im Reichstag häufig von eigenen Anhängern, die teilweise extrem antiparlamentarische Auffassungen vertraten, vorgeworfen, daß sie im Hinblick auf Herkunft, Bildungsstand und Vermögensverhältnisse ihrer Mitglieder nicht als genuiner Bestandteil der Arbeiterklasse gelten könne. Die als „Kleinbürger" oder „Spießer" apostrophierten Abgeordneten seien gar nicht in der Lage, eine dem proletarischen Klasseninteresse entsprechende Politik zu betreiben.[1])

Derartige Angriffe waren weitgehend durch die innerparteilichen ideologischen Kontroversen und den erbitterten Streit um die richtige „Taktik" motiviert, während in Wirklichkeit die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstagsvertretung viel differenziertere Züge besaß.

Die Fraktion von 1890 zeigte nach den von 35 Abgeordneten selbst gemachten Berufsangaben folgendes Bild[2]), das allerdings auf die Frage, wie viele dieser Abgeordneten der „Arbeiterklasse" zuzuordnen sind, nur unzureichend Auskunft zu geben vermag:

5 Redakteure *(Bock*[3]*, Grillenberger, Kunert, Schippel,* Albert *Schmidt)*; 2 Journalisten (W. *Liebknecht*[4]*), Metzger)*; 4 Schriftsteller *(Bebel*[5]*), Blos, Frohme*[6]*), Wurm*[7]*))*; 1 Verlagsbuchhändler *(Dietz)*;

2 Kaufleute *(Harm, Ulrich)*, 1 früherer Kaufmann, jetzt „Privatier" *(Singer*[8]*))*, 2 Zigarrenhändler *(Dreesbach*[9]*), Schultze)*, 1 Lederhändler *(Schumacher)*, 1 Spezereihändler *(Hickel)*, 2 Gastwirte *(Birk, Stolle)*, 1 Speisewirt *(Schwartz*[10]*))*;

3 Zigarrenfabrikanten *(Bruhns, Förster, Geyer*[11]*))*, 1 Kehlleistenfabrikant *(Joest)*, 1 Tischlermeister *(Tutzauer)*, 1 Hutmachermeister (A. *Heine)*;
1 Rechtsanwalt *(Stadthagen)*;

---

[1]) Vgl. Ritter S. 82 f.; Robert Michels, Die Deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 23 (1906), S. 471 ff.

[2]) Nach dem Reichstagshandbuch. Vgl. auch die Aufstellung bei Ritter S. 82.

[3]) Redakteur des Schuhmacher-Fachblattes und Vorsitzender des Ausschusses des Vereins Deutscher Schuhmacher: also hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär.

[4]) Übernahm nach Ablauf des Sozialistengesetzes die Chefredaktion des *Vorwärts*.

[5]) Ab Oktober 1890 als Kassierer hauptamtliches Mitglied des Parteivorstandes; seit dem Parteitag von 1892 Parteivorsitzender. — Im Gegensatz zu den hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern erhielten die Vorsitzenden nur eine Entschädigung von monatlich 50 Mark; vgl. Schröder I S. 71.

[6]) Wurde 1890 Redakteur des *Hamburger Echo*.

[7]) 1888—1890 Leiter des Konsumvereins „Vorwärts" in Dresden; Oktober 1890—1893 Redakteur des *Volkswille* in Hannover.

[8]) Im Oktober 1890 zum Parteivorsitzenden gewählt; vgl. auch Anm. 5.

[9]) Seit 1892 Direktor der Mannheimer Aktiendruckerei und damit Parteibeamter.

[10]) 1889 Vertrauensmann der deutschen Former; 1891—1901 Vorsitzender des „Centralvereins der deutschen Former"; 1891—1893 Redakteur des *Glück auf*.

[11]) 1890—1895 Redakteur des *Wähler* in Leipzig.

1 Schuhmacher *(Seifert*[12]*)*, 1 Lithograph (W. *Schmidt)*, 2 Zigarrenmacher bzw. -arbeiter *(Molkenbuhr*[13]*)*, *Meister*[14]*))*;

2 ohne Berufsangabe, nämlich der Parteisekretär[15]) und gelernte Sattler Ignaz *Auer* sowie der Führer der bayerischen Sozialdemokratie Georg *v. Vollmar*, ursprünglich Offizier und Beamter, der eine kleine Rente bezog und durch seine Heirat wirtschaftlich unabhängig geworden war.

Was sich hinter diesen Berufsangaben verbirgt, bedürfte jeweils einer eingehenden Nachprüfung.[16]) Daß beispielsweise zwischen einem Zigarren„fabrikanten" und einem Zigarrenmacher kein erkennbarer Unterschied zu bestehen braucht, bedarf kaum einer näheren Begründung. Generell wäre aber anzumerken, daß praktisch kein Abgeordneter sein Mandat neben einer handwerklichen oder industriellen Lohnarbeit ausüben konnte. Die Verbindung von Lohnarbeit und Abgeordnetentätigkeit war nur einmal von einem Zentrumsabgeordneten des badischen Landtages versucht worden, bis diesem sein Arbeitgeber kündigte.[17])

Die meisten Fraktionsangehörigen waren jedoch aus handwerklichen Lern- oder Anlernberufen hervorgegangen; und sie kamen auch, soweit sich das verfolgen läßt, durchweg aus Familien in sehr bescheidenen — wenn nicht proletarischen, so doch proletaroiden — Lebensverhältnissen. Die Lebenswege vieler dieser Abgeordneten[18]), die keine andere Schulbildung als die der Volksschule oder Armenschule hatten genießen können, waren in sehr ähnlichen Bahnen verlaufen. Die erste Jugend, die sie in ärmlichen oder ärmlichsten Verhältnissen verlebten, war oft noch durch den Tod eines oder beider Elternteile überschattet. Sie stammten fast alle nicht aus großen Städten. Auch gehörten sie nicht dem Stand der „ungelernten" Arbeiter an, sondern hatten in den meisten Fällen eine Handwerkslehre durchlaufen. Ihr starker Bildungshunger, der in der Schul- und Lehrzeit wegen familiärer und beruflicher Belastungen meist nur dürftig und zufällig befriedigt werden konnte, fand, wenn auch nicht im Sinne einer systematischen Bildung, seine erste Befriedigung, als die jungen Handwerksleute auf die Wanderschaft gingen. Die Wanderjahre, in denen oft auch das deutsch-

[12]) Übte sein Handwerk nur bis 1887 aus, seither Konsumsvereinsbeamter.

[13]) Wurde 1891 Redakteur am *Hamburger Echo*.

[14]) Nach Osterroth, Biographisches Lexikon S. 221 von 1879 bis zu seinem Tode 1906 Vorsitzender des Vereins deutscher Tabakarbeiter.

[15]) *Auer*, der bereits von 1874—1877 Parteisekretär gewesen war, wurde nach Ablauf des Sozialistengesetzes im Oktober 1890 erneut als Schriftführer zum hauptamtlichen Mitglied des Parteivorstandes gewählt.

[16]) Dazu auch die Anmerkungen zu der vorstehenden Übersicht. Weil die vorliegenden biographischen Daten in vielen Fällen sehr lückenhaft sind und auch die Grenze zwischen haupt- und nebenberuflichen Tätigkeiten fließend verläuft, muß eine Statistik der ausgeübten Berufe mit erheblichen Fehlerquellen rechnen; im einzelnen vgl. in diesem Zusammenhang die unten vorgenommene Aufschlüsselung für die XIII. Legislaturperiode.

[17]) Vgl. Michels, Soziologie S. 486.

[18]) Charakteristisch erscheinen u. a. die Lebensläufe von I. *Auer*, *Bebel*, *Bock*, *Dreesbach*, *Frohme*, F. *Geyer*, *Grillenberger*, *Meister*, *Molkenbuhr*, W. *Schmidt*, *Schultze*, *Schwartz*, *Seifert*, *Stolle*, *Tutzauer*, *Ulrich*. Vgl. zum Folgenden neben den biographischen Angaben in den Reichstagshandbüchern vor allem Osterroth, Biographisches Lexikon. Ferner Werner Blumenberg, Kämpfer für die Freiheit, Berlin-Hannover 1959; Paul Hirsch und Bruno Borchardt, Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage, Berlin 1907.

sprachige Ausland, manchmal sogar Italien bereist wurde, führten regelmäßig zur ersten Berührung mit der Arbeiterbewegung, mit ihren Persönlichkeiten und Ideen. Oft war es nicht die Lektüre, sondern das Gespräch, das den ersten Zugang zu sozialistischen Ideen öffnete. Von nun an folgte der Lebensweg ebensosehr politischen wie beruflichen Zielen. Die jungen Leute begannen, Arbeitervereine aufzubauen, und kamen meist dabei mit der Polizei in Konflikt. Manche verbrachten Monate oder Jahre im Gefängnis, und die Ironie des Schicksals wollte es, daß sie oft erst hier Gelegenheit zu einer mehr oder weniger systematischen Lektüre sozialistischer und marxistischer Schriften fanden.

Erst nach den Lehr- und Wanderjahren, nach den ersten Agitationserfolgen im Dienst der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, setzte eine Differenzierung der politischen Lebenswege ein, deren wesentliche Stationen bis über die Jahrhundertwende hinaus für die nachrückenden Abgeordneten aus Handwerker- und Arbeiterkreisen charakteristisch blieben. Schon seit den siebziger Jahren hatte sich für einen Teil der späteren Abgeordneten der politische Aufstieg über die Redaktionen und Expeditionen der Parteizeitungen vollzogen, die teilweise auch unter dem Sozialistengesetz, als neutrale Blätter getarnt, fortgeführt werden konnten. Im übrigen war der kleine Stab hauptamtlicher Kräfte, über den die Partei verfügt hatte[19]), durch das Sozialistengesetz zerschlagen worden. So gab es auch, wenn man von den Parteijournalisten absieht, in der Fraktion von 1890 nur wenige festbesoldete „Berufspolitiker".[20]) Von einem der ersten Parteibeamten der Sozialdemokratie, Ignaz *Auer*, ist der Satz überliefert: „Bezahlung für Parteiarbeit ist nicht."[21]) Allgemein mußten die sozialistischen Parteiführer vor 1890 sich um private Einkünfte bemühen. *Stolle* z. B. kaufte sich kurz nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes eine Gastwirtschaft, *Ulrich* betätigte sich als „Gewerbetreibender". Wem die Gastwirtschaft eines Sozialdemokraten als politisches Vereinslokal diente, bedarf keiner Erläuterung.[22]) Politische und private Motive gingen Hand in Hand. Die Folge jedoch war, daß die Sozialstatistik auch der sozialdemokratischen Abgeordneten proletarischer Herkunft stark „kleinbürgerliche" Züge annahm.

Erst ab 1890 führte der Weg in den Reichstag in einem sich ständig vergrößernden Maße über dotierte Partei- und Gewerkschaftsstellungen, wobei jedoch die Karrieren in den verschiedenen Zweigen der Arbeiterbewegung in vielen Fällen kaum voneinander getrennt werden können. Allerdings gab es, abgesehen von den wenigen besoldeten Parteivorstandsmitgliedern, noch keine Beamten der Parteiorganisation. Infolgedessen waren auch die in ihrer Mehrzahl aus Arbeiter- und Handwerkerberufen hervorgegangenen Parteijournalisten eine Art von Universalbeamten, denen neben ihrer Redakteurtätigkeit ganz selbstverständlich auch wichtige organisatorische und agitatorische Aufgaben zufielen. Dem

[19]) Vgl. Nipperdey S. 306 sowie Mehring II S. 467.

[20]) Allerdings traten bereits innerhalb der laufenden Legislaturperiode, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, sehr starke Veränderungen ein. Dabei stand das Einrücken von Abgeordneten in Redakteursstellungen im Vordergrund. Vgl. oben Anm. 4 ff.

[21]) Vgl. Osterroth, Biographisches Lexikon S. 349.

[22]) Für die Parteiwirte, die auch nach 1890 aus dem Leben der Partei nicht wegzudenken sind, vgl. Michels, Soziologie S. 272 ff., der von einer „Kerntruppe parteisicherer Existenzen" spricht. Ferner ders., Die deutsche Sozialdemokratie a.a.O.

entsprach es, daß Gewerkschaftsbeamte des öfteren nebenbei die Redaktion von Gewerkschaftsblättern besorgen mußten und im übrigen auch für die Arbeit in der Parteiorganisation zur Verfügung standen. Unermüdliche persönliche Aktivität zählte viel in der Gründerperiode der Arbeiterbewegung, der auch das Jahrzehnt des kontinuierlichen Aufschwungs nach Ablauf des Sozialistengesetzes noch zuzurechnen ist. Junge Redakteure und Funktionäre konnten erstaunlich schnell in den Reichstag oder die einzelstaatlichen Landtage einziehen.[23])

Charakteristisch für den „Arbeiterflügel" der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion waren also nicht nur die soziale Herkunft der Abgeordneten und die berufliche Ausbildung, die sie ursprünglich genossen hatten, sondern auch die Stationen ihres weiteren recht gleichmäßig verlaufenen Berufs-, Bildungs- und Lebensweges und ihres politischen Aufstiegs. Dieser Flügel erhielt seine Prägung nicht durch die überhaupt nicht repräsentierten Arbeiter der Großindustrie, sondern in der Hauptsache durch ehemalige Handwerksgesellen, so daß es auch nicht überraschen kann, daß seine Vertreter in ihrer praktischen Lebensauffassung und Lebensführung stark an handwerkliche und genossenschaftliche Traditionen anknüpften.

Den 27 Abgeordneten der Fraktion von 1890, die ihre berufliche Laufbahn als Handwerker oder Arbeiter begonnen hatten[24]), stand nur eine kleine, insgesamt 8 Personen umfassende Gruppe von Fraktionsmitgliedern anderer Herkunft und Ausbildung gegenüber. *Vollmar* kam aus einer adeligen Beamtenfamilie und auch Wilhelm *Liebknechts* Vater war Beamter gewesen; *Blos* und *Stadthagen* waren Akademikersöhne; aus bürgerlichen jüdischen Familien stammten außer *Stadthagen* auch *Wurm* und *Singer*, der es als Kaufmann und Textilfabrikant zu ansehnlichem Wohlstand gebracht hatte. Unter diesen 8, von denen im übrigen keiner bloße Volksschulbildung besaß, hatten 5 ein allerdings in den meisten Fällen nicht abgeschlossenes akademisches Studium aufzuweisen[25]) und einer war Volksschullehrer[26]) gewesen. Anmerkenswert erscheint, daß die akademisch vorgebildeten Fraktionsmitglieder, die — ebenso wie der Lehrer — in der Berufsskala bis auf den Rechtsanwalt *Stadthagen* sämtlich als Schriftsteller, Redakteure oder Journalisten aufgeführt sind, noch nicht wie später z. B. Dr. *David*, W. *Heine*, Dr. *Südekum* als Experten für bestimmte Bereiche der parlamentarischen Arbeit fungierten. Eine Ausnahme machte nur *Schippel*, zweifellos einer der führenden Köpfe der Sozialdemokratie für Wirtschaftsfragen.

[23]) Das Durchschnittsalter beim erstmaligen Eintritt in den Reichstag, das zunächst sehr niedrig war, stieg seit den neunziger Jahren an. Es lag 1890 bei 38, 1893 bei 37 und 1898 bei 40 Jahren. Bei den 24 Neugewählten von 1903 betrug es 42, bei den 57 Neugewählten von 1912 44 Jahre. Das Durchschnittsalter der Gesamtfraktion betrug jeweils zu Beginn der Legislaturen: 1898 46, 1903 48, 1907 50, 1912 49 Jahre.

[24]) 5 Zigarrenarbeiter bzw. -macher, 4 Tischler, 3 Schlosser bzw. Klempner, je 2 Maschinenbauer, Buchdrucker und Schuhmacher, je 1 Drechsler, Gerber, Sattler, Weber, Hutmacher, Metzger, Gärtner, Former und Lithograph.

[25]) Außer dem Rechtsanwalt *Stadthagen*, der im November 1892 aus dem Anwaltsstande ausgeschlossen wurde, und dem Chemiker *Wurm*, der auch als solcher tätig gewesen war, wenn sich auch nicht feststellen ließ, ob er sein Studium formal abgeschlossen hatte, der Wirtschaftswissenschaftler *Schippel* sowie *Blos* und *Liebknecht*, die philologische Studien betrieben hatten.

[26]) *Kunert.*

In bezug auf Herkunft und Bildungsgang der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten blieb die Zusammensetzung der Fraktion bis zur letzten Wahlperiode des Reichstags im kaiserlichen Deutschland erstaunlich konstant. Der große Handarbeiterflügel, in dem solide handwerkliche Ausbildungen vorherrschten, und die akademische Minorität behaupteten sich, wie am Beispiel der großen Fraktion von 1912 noch zu belegen sein wird, als die beiden wesentlichen Bestandteile der Reichstagsfraktion. Dennoch waren entscheidende Veränderungen in der Sozialstruktur der Fraktion zu verzeichnen. Diese Veränderungen, die nicht die soziale Herkunft der Abgeordneten, sondern die von ihnen ausgeübten Berufe betrafen, resultierten aus dem Ausbau der Partei- und Gewerkschaftsorganisation nach 1890, der in Etappen vor sich ging und eine ständige Zunahme der hauptamtlichen Stäbe mit sich brachte.

Dabei wuchs zunächst die Zahl der Parteiredakteure und der Verwaltungsbeamten der Parteiunternehmen, also vornehmlich der Geschäftsführer und Expedienten der Zeitungsverlage und Druckereien, schnell an.[27]) Parallel dazu vermehrte sich auch die Gruppe der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre, und zwar etwa seit der Jahrhundertwende in einem derartigen, bis zum Kriegsausbruch anhaltenden Tempo, daß sie die Gesamtzahl der Parteibeamten weit hinter sich ließ. Die Personalvermehrung bei den Einzelgewerkschaften, die numerisch am meisten zur Geltung kam, bei der Generalkommission und bei lokalen Gewerkschaftskartellen sowie die Einrichtung von Arbeitersekretariaten waren an diesem Prozeß in gleicher Weise beteiligt.[28])

Mit dem absoluten Anwachsen der Schicht der „Beamten der modernen Arbeiterbewegung“[29]), von der *Michels* spricht und der er auch die Konsumgenossenschafts- und Krankenkassenbeamten zuordnet, machte sich auch ihr Anteil in der Berufsgliederung der Reichstagsfraktion immer stärker bemerkbar. In den neunziger Jahren wurde diese Schicht hauptsächlich durch die Parteiredakteure repräsentiert, denen für die fortschreitende Ausbildung einer festen Gruppe von Berufspolitikern in der Fraktion besondere Bedeutung beizumessen ist. Aber bereits seit den Wahlen von 1898 erlangten die übrigen Kategorien der Partei- und Gewerkschaftsbeamten ein knappes zahlenmäßiges Übergewicht über die beamteten Parteijournalisten.[30]) Unter den 81 Abgeordneten der Fraktion von 1903 weist *Michels* insgesamt 35 „Arbeiterbeamte“ nach, von denen — nach seinen Unterlagen — nur 15 als Redakteure fungierten.[31]) Diese Verschiebung

[27]) Vgl. Ritter S. 63 ff., Molt S. 229.

[28]) Vgl. Ritter S. 169 f.; Molt S. 235; Varain, S. 59.

[29]) Vgl. Michels, Die deutsche Sozialdemokratie a.a.O. S. 551.

[30]) Diese Feststellung erscheint auch bei Berücksichtigung der erheblichen Unsicherheitsfaktoren (vgl. oben Anm. 16) gesichert. Vgl. auch die durch ihre Anlage nur beschränkt brauchbaren Tabellen bei Molt S. 230 f.

[31]) Vgl. Michels, Die deutsche Sozialdemokratie a.a.O. S. 551 f. *Michels*, dessen Angaben allerdings angesichts der Schwierigkeit, zu einem zuverlässigen Katalog der ausgeübten Berufe zu gelangen, einer Überprüfung bedürften, zählt folgende Kategorien von „Arbeiterbeamten“ auf: „darunter ein Genossenschaftsbeamter, 7 Gewerkschaftsbeamte (wovon 5 Gewerkschaftsleiter), 1 Krankenkassenbeamter und 27 Parteibeamte (15 Redakteure, 5 Mitglieder des Zentralparteivorstandes, 3 Parteibuchhändler, 2 Expedienten, 1 Geschäftsführer, 1 Parteisekretär)“.

war eindeutig durch die Gewerkschaftsbeamten verursacht worden, während die Voraussetzungen für ein stärkeres Eindringen der Beamten der Parteiorganisation in den Reichstag überhaupt erst durch den Parteitagsbeschluß von 1904, hauptamtliche Bezirkssekretärsstellen einzurichten[32]), geschaffen wurde[33]), der — nachdem die Gewerkschaften längst vorangegangen waren — den Auftakt zu einer stärkeren Bürokratisierung der Parteiorganisation lieferte. Die Parteisekretäre rekrutierten sich ebenso wie die Beamten der Parteiunternehmen und der Gewerkschaften so gut wie vollständig aus ehemaligen Arbeitern und Handwerkern, die dagegen nur einen Teil der Redakteursstellen besetzten, in denen neben ihnen vor allem die im hauptamtlichen Dienst der Partei stehenden Akademiker zu finden waren.

Als mit dem Wahlerfolg von 1912 die Gruppe der Partei- und Gewerkschaftsbeamten in der Fraktion weiter stark anwuchs, stellten die Parteisekretäre zum ersten Male einen größeren Anteil. Unter den 110 Fraktionsmitgliedern[34]) befanden sich jetzt 13 Parteibeamte[35]) im engeren Sinne[36]), nämlich:

die besoldeten Parteivorstandsmitglieder: *Ebert*, *Molkenbuhr*, *Pfannkuch* und *Scheidemann*; ferner ein weiteres Mitglied der Parteizentrale: *Schulz;* sowie 8 Bezirkssekretäre: *Antrick*, *Baudert*, *Haberland*, *Hofrichter*, *König*, *Schmitt*, *Thöne*, *Wels*.

[32]) Nach dem Bericht des Parteivorstandes an den Mannheimer Parteitag von 1906 waren auf Grund dieses Beschlusses bis zum Schluß des Geschäftsjahres 16 Parteisekretäre berufen worden; und 4 weitere Stellen sollten in nächster Zeit besetzt werden. Vgl. Schröder I S. 78 f. Bis 1910 wuchs die Zahl der Bezirkssekretäre auf 49 an, zu denen noch 62 Wahlkreissekretäre kamen; 1913 gab es 50 Bezirks- und 100 Wahlkreissekretäre. Vgl. Molt S. 229. Dazu auch Ritter S. 56 f., der darauf hinweist, daß Württemberg als erste Landesorganisation bereits kurz nach 1900 einen besoldeten Landessekretär angestellt habe.

[33]) Die Ausführungen Molts S. 229 ff. gehen von irrigen Vorstellungen über die Karriere des Parteisekretärs aus. Sie berücksichtigen nicht, daß es sich dabei um eine neue Einrichtung handelte, die sich erst im letzten Jahrzehnt vor dem ersten Weltkriege ausgebildet hatte.

[34]) Bei Beginn der Legislaturperiode. Die folgende Berufsstatistik stützt sich in erster Linie auf das amtliche Reichstagshandbuch der XIII. Legislaturperiode, Berlin 1912. Sie folgt jedoch nicht in jedem Falle den Berufsangaben des Handbuches, die häufig den ausgeübten hauptamtlichen Tätigkeiten und den festbesoldeten Stellungen der Abgeordneten nicht entsprechen. Daher ergeben sich auch eine Reihe von Abweichungen gegenüber den von John L. Snell, German Socialists in the last Imperial Reichstag, 1912—1918, in: *Bulletin of the International Institute of Social History*, Jg. 1952, S. 196 ff., errechneten statistischen Werten. Die Zahlenangaben in den von Molt (s. auch unten Anm. 38) und Bertram erarbeiteten Tabellen sind ohnehin nur beschränkt vergleichbar. So faßt Bertram (S. 155 ff., bes. S. 164) alle „Privatbeamten" in einer Gruppe zusammen, so daß u. a. die Relation zwischen Partei- und Gewerkschaftsbeamten nicht erkennbar ist; ähnlich verfährt er mit den „Schriftstellern", zu denen auch die hauptberuflich tätigen Redakteure gerechnet werden.

[35]) Die Parteivorsitzenden *Bebel* und *Haase*, die nur eine geringe Aufwandsentschädigung erhielten (vgl. oben Anm. 5), sind nicht berücksichtigt. Von den 13 Genannten waren 7 erstmalig in den Reichstag gewählt worden.

[36]) Dagegen zu Beginn der XI. Legislaturperiode nur 2, nämlich die besoldeten Vorstandsmitglieder *Auer* und *Pfannkuch;* während der Legislatur wurde weiterhin *Molkenbuhr* in den Vorstand berufen; und die Abgeordneten *Baudert*, *David* (nur bis 1. 11. 1906 als Bezirkssekretär tätig) und *Eichhorn* rückten in neugeschaffene Bezirkssekretärsstellen ein (vgl. auch oben Anm. 32); nachgewählt wurde 1906 der Bezirkssekretär *Haberland*. Zu Beginn der XII. Legislaturperiode *Auer* (gest. April 1907) und *Eichhorn;* durch Nachwahlen kamen *Molkenbuhr* und *Haberland* hinzu; ferner wäre *Scheidemann* zu nennen, der 1911 zum besoldeten Parteivorstandsmitglied gewählt wurde.

Das stärkste Kontingent der Parteibeamten bildeten jedoch nach wie vor die Redakteure von Parteizeitungen und -zeitschriften.[37]) In diese Gruppe gehören 22 Abgeordnete:

Zeitungsredakteure waren: *Dittmann*, *Feldmann*, *Frohme*, Dr. *Gradnauer*, *Henke*, *Kunert*, Dr. *Lensch*, *Noske*, *Peirotes*, *Peus*, Dr. *Quarck*, Dr. *Quessel*, *Rauch*, *Segitz*, Richard *Schmidt*, *Schöpflin*, *Stadthagen*, *Taubadel* und *Wendel*. Auch *Wurm*, Redakteur der *Neuen Zeit*, und Dr. *Südekum*, Herausgeber der *Kommunalen Praxis*, sowie der *Parteikorrespondenz*redakteur *Stücklen* gehören zu dieser Kategorie der beamteten Parteijournalisten.

Ferner sind die Geschäftsführer von Parteizeitungen — *Emmel*, R. *Fischer*, *Hugel*, *Schwartz*, sowie die Zeitungsexpedienten — *Grenz*, *Haupt*, *Zubeil* — als Parteibeamte zu betrachten. Schwerer erscheint die Einordnung bei dem Verlagsbuchhändler *Dietz* und den Verlegern von Parteizeitungen *Hofmann* (der als Druckereibesitzer und Verleger des *Saalfelder Volksblatts* firmiert), *Kaden* (der im Reichstagshandbuch als Hauptberuf Zigarrenfabrikant angibt und sich weiterhin als Verleger der *Sächsischen Arbeiterzeitung* und Mitinhaber der Verlagsanstalt und Druckerei Kaden u. Comp. ausweist) und *Kühn;* sowie bei *Ulrich*, den das Reichstagshandbuch als Buchdruckereibesitzer in Offenbach bezeichnet. Eine starre Abgrenzung zwischen bezahltem Parteiamt und formal selbständiger Tätigkeit läßt sich kaum zuverlässig vornehmen.[38])

Neben dem Vordringen der Parteisekretäre hebt sich als am meisten hervorstechendes Merkmal der Fraktion von 1912 das sprunghafte Ansteigen der Zahl der Gewerkschaftsbeamten heraus, das allerdings nicht nur auf den wachsenden Einfluß zurückzuführen sein dürfte, der von gewerkschaftlicher Seite bei der Kandidatenaufstellung ausgeübt wurde. Insgesamt gehörten nunmehr 23 Gewerkschaftsbeamte[39]) (einschließlich der Arbeitersekretäre und der Redakteure von Gewerkschaftsblättern) der Fraktion an:

G. *Bauer*, *Bender*, *Bock* (Redakteur des *Schuhmacher-Fachblattes*), *Brandes*, *Brey*, *Deichmann*, Fr. *Geyer* (der die Stellung eines „Zigarrenfabrikanten" mit der Redaktion des *Tabak-Arbeiters* vereinte), *Giebel*, *Hierl*, *Hoch* (Arbeitersekretär, gleichzeitig Re-

[37]) Hier sind auch die beamteten Parteijournalisten eingerechnet, die es vorzogen, sich als „Schriftsteller" zu bezeichnen. Vgl. auch unten.

[38]) Vgl. Michels, Soziologie S. 486 Anm. 22, wo darauf hingewiesen wird, „daß manche Stellungen, zu denen die ehemaligen Arbeiter durch die Partei gelangen, schöner, d. h. bürgerlicher klingen, als es ihrem innerlichen Werte entspricht. So sind die ‚Buchdruckereibesitzer' in der Regel nur die juristischen Eigentümer von Parteigeschäften und haben natürlich außer dem Gehalt, das sie für die Funktion, die sie in ihnen erfüllen, beziehen, von den von ihnen geleiteten Unternehmungen keinen Pfennig Gewinn." Dazu auch Ritter S. 65 f. Ferner Molt S. 176 ff., der freie Schriftsteller und Verleger in der Gruppe der „publizistischen Berufe" zusammenfaßt, was bei der von *Michels* charakterisierten Lage der Dinge wenig sinnvoll erscheint. Daher beruhen auch *Molts* Auslassungen über die besondere Qualität der „politischen Unternehmer", durch die das Gesicht dieser Gruppe geprägt werde, zum guten Teil auf falschen Voraussetzungen. Im übrigen gehören von den 6 freien Schriftstellern, die er namentlich zur Stützung seiner These anführt, 3 in die Kategorie der beamteten Parteijournalisten *(Stadthagen*, *Südekum* und *Wurm;* vgl. auch oben).

[39]) Diese Zahl auch bei Molt S. 231, der für die XI. Legislaturperiode 12 und für die XII. Legislaturperiode, in der die Fraktion zahlenmäßig sehr viel schwächer war, immerhin 9 hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre anführt.

dakteur der *Deutschen Dachdecker-Zeitung)*, *Horn* (ständiger Mitarbeiter des Glasarbeiterfachblattes), *Hüttmann*, *Jäckel*, *Käppler* (stellvertretender Vorsitzender des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes und zweiter Redakteur der Verbandszeitung), *Krätzig* (Redakteur des Fachorgans *Der Textilarbeiter)*, *Körsten*, *Legien*, Rob. *Schmidt* (Sekretär des Zentralarbeitersekretariats), *Sachse*, *Schumann*, *Silberschmidt*, *Simon*, *Spiegel*.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit den Gewerkschaftsbeamten wären weiter zwei Krankenkassenbeamte (*Büchner*, *Fuchs*) und ein Konsumvereinssekretär (*Feuerstein*) zu nennen.

Die Gesamtübersicht über die „Arbeiterbeamten" ergibt, daß zwar einerseits die Parteibediensteten immer noch stärker in der Fraktion vertreten sind als die Gewerkschaftsbeamten, daß jedoch andererseits, wenn man die hauptamtlichen Redakteure ausklammert, die Parteifunktionäre gegenüber den Gewerkschaftsfunktionären in der Minderzahl bleiben. Diese Relation vermittelt indes nur einen unvollständigen Eindruck von der Wirksamkeit des gewerkschaftlichen Einflusses in der Fraktion. Es war gewiß nicht ohne Bedeutung, daß auf der einen Seite unter den in den Reichstag gewählten Gewerkschaftsfunktionären die Mitglieder der Generalkommission (*Legien*, *Bauer*, R. *Schmidt*, *Schumann*, *Silberschmidt*, *Sachse*[40])) und der Vorstände der Einzelgewerkschaften[41]) klar dominierten und daß auf der anderen Seite sich der gewerkschaftliche Einfluß nicht nur durch Zahl und Gewicht der in der Fraktion vertretenen hauptamtlichen[42]) Gewerkschaftsfunktionäre verkörperte[43]), sondern daß darüber hinaus auch viele der übrigen Fraktionsmitglieder durch ihren Werdegang eine starke Bindung an die Gewerkschaftsbewegung besaßen.

Das gilt nach den nicht vollständigen Angaben des Reichstagshandbuches für 8 der obengenannten 13 besoldeten Parteifunktionäre, nämlich für die Mitglieder des Parteivorstandes *Ebert* (1900—1905 Arbeitersekretär in Bremen) und *Pfannkuch*, der „Redakteur verschiedener gewerkschaftlicher Blätter, zuletzt der Tischler- bzw. Holzarbeiter-Zeitung" und „Mitbegründer der ersten gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland auf dem Kongreß 1868 in Berlin sowie der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1892" gewesen war, bevor er 1894 in den Parteivorstand eintrat; ferner für *Baudert* („Mitbegründer des Textilarbeiterverbandes"), *Hofrichter* (1901—1905 Arbeitersekretär in Köln), *König* („Mitbegründer des Deutschen Metallarbeiterverbandes" und 1901—1906 Arbeitersekretär in Dortmund), *Schmitt* („Gründer verschiedener Berufsorganisationen"), *Thöne* (1904—1907 Gauleiter des Maurerverbandes in Kassel) und *Wels* (1906/07 vorübergehend Angestellter des Verbandes der Tapezierer). Bei 4 von den 5 übrigen besoldeten Funktionären, bei denen das Handbuch keine Auskunft über die gewerkschaftliche Bindung gibt, ist Gewerkschafts-

[40]) Molt S. 241 nennt zusätzlich *Cohen*, verwechselt jedoch Max *Cohen*-Reuß, der Ende 1912 durch Nachwahl in den Reichstag gelangte, mit dem Metallarbeiterführer Adolf *Cohen*, der dem Reichstag überhaupt nicht angehörte.

[41]) Nach Molt a.a.O. insgesamt 12, von denen 3 gleichzeitig der Generalkommission angehörten.

[42]) Varain S. 45, der den Anteil der Gewerkschaftsführer in der Fraktion seit 1893 untersucht, ohne dabei das Kriterium der hauptberuflichen Tätigkeit zu berücksichtigen, kommt zu wesentlich höheren Werten.

[43]) Die Frage, wieviele Abgeordnete als ausgesprochene Gewerkschaftskandidaten gewählt worden waren, läßt sich allerdings nicht so leicht entscheiden, wie Molt S. 241 f. meint. Dazu auch das folgende Kapitel.

zugehörigkeit bzw. frühere gewerkschaftliche Betätigung entweder nachzuweisen, wie bei den Vorstandsmitgliedern *Molkenbuhr*[44]) und *Scheidemann* (nach den Memoiren in seiner Marburger Zeit, wo er von 1888—1895 im erlernten Beruf tätig war, „auch Bezirksvorsteher des Verbandes der deutschen Buchdrucker und zweiter Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse")[45]), oder doch mit großer Wahrscheinlichkeit auf Grund der beruflichen Herkunft (*Antrick* war gelernter Zigarrenmacher, *Haberland* gelernter Schneider und vor seinem Eintritt in den Parteidienst AOK-Angestellter) zu vermuten.

Von den übrigen bereits angeführten „Arbeiterbeamten" attestiert das Reichstagshandbuch gewerkschaftliche Aktivität den Parteiredakteuren *Dittmann* („seit 1894 Mitglied des deutschen Holzarbeiterverbandes und der sozialdemokratischen Partei"), *Henke* („mehrfach delegiert zu gewerkschaftlichen Generalversammlungen"), *Schöpflin* (Tätigkeit im Holzarbeiterverband), *Segitz* („14 Jahre Arbeitersekretär") und *Stücklen* (u. a. Mitbegründer des Metallarbeiterverbandes), sowie dem Geschäftsführer *Schwartz* (u. a. 1891—1901 Vorsitzender des „Centralvereins der deutschen Former"), dem Expedienten *Grenz* (ebenfalls seit den 80er Jahren führend in der Gewerkschaftsorganisation der Former, 1891 Mitbegründer des Zentralvereins der Former und 1894 „Gründung der Organisation der Lagerhalter") und dem Konsumvereinsbeamten *Feuerstein* (1899—1902 Gauvorsteher des Buchdruckerverbandes für Württemberg).

Weiterhin wären nach den Handbuchangaben aus dem restlichen Teil der Fraktion noch zu nennen: *Metzger* (1873 Mitbegründer des Zentralverbandes der Klempner, Leiter des Verbandes und Redakteur des Fachorgans bis 1876, 1888—1891 Vertrauensmann der Klempner, Mitbegründer des Metallarbeiterverbandes), *Pinkau* („seit 1885 für die Gewerkschaftsorganisation tätig") und *Reißhaus* („Mitbegründer des unter dem Ausnahmegesetz wieder neu geschaffenen Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes; Vertrauensmann und Geschäftsführer des Verbandes von 1888—1892").

Diese Liste läßt sich statistisch nur sehr beschränkt verwenden, da die biographischen Angaben des Handbuches, wie bereits erwähnt, zu fragmentarisch sind, um ein vollständiges Bild zu ermöglichen. Zu ergänzen wären beispielsweise noch die Namen von *Keil*[46]) und *Noske*[47]), deren Lebensläufe sich an Hand ihrer Erinnerungsbücher mühelos verfolgen lassen.

Zieht man eine vorläufige Gesamtbilanz, so ergibt sich unter Einbeziehung der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre nachweisbar für 46 Mitglieder der insgesamt 110köpfigen Fraktion eine in den meisten Fällen sehr starke Bindung an die Gewerkschaftsbewegung. Daß diese Zahl erheblich unter der wirklichen Größenordnung bleibt, zeigt die einfache Überlegung, daß diejenigen Fraktionsmitglieder, die ursprünglich Handwerker oder Arbeiter waren, d. h. mehr als zwei Drittel, fast ausnahmslos — mindestens zeitweise — gewerkschaftlich gebunden gewesen sein dürften.

Rechnet man alle Kategorien von „Arbeiterbeamten" zusammen, so verbleiben, wenn man diejenigen Abgeordneten ausklammert, die als Verleger und Druckereibesitzer firmieren, immerhin 68 Personen, die in diese Gruppe gehören, was einem Mindestanteil von 62 % an der Gesamtstärke der Fraktion gleichkommt. Von diesen 68 befinden sich wiederum die meisten, nämlich 36 oder 53 %, unter den 48 Fraktionsmitgliedern, die 1912 erstmalig in den Reichstag gewählt wurden. Damit beträgt der Anteil der „Arbeiterbeamten" an den Neugewählten

[44]) Vgl. Osterroth, Biographisches Lexikon S. 222 f.

[45]) Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 59.

[46]) Vgl. Keil I bes. S. 121 ff.

[47]) Vgl. Noske S. 8 ff.

75%, gegenüber 52% (32 von 62) bei den übrigen Mitgliedern der Fraktion, die entweder auch in der abgelaufenen XII. Wahlperiode, in der die Fraktion durch die „Hottentottenwahlen" auf ihren Kern zusammengeschrumpft war, dem Reichstag angehört hatten (41, davon 22 „Arbeiterbeamte") oder aber nach einer mandatslosen Zwischenzeit 1912 wiedergewählt worden waren (21, davon 10 „Arbeiterbeamte"). Das Übergewicht der „Arbeiterbeamten", die sich nach der Spaltung von 1916 ziemlich gleichmäßig auf die beiden sozialdemokratischen Fraktionen verteilten[48]), verstärkte sich noch im Laufe der überlangen, den Kriegsreichstag mit umfassenden XIII. Wahlperiode; befanden sich doch unter den bei Nachwahlen zum Zuge gekommenen 13 Abgeordneten insgesamt 11, nämlich 5 Parteibeamte[49]), 3 Parteiredakteure[50]) und 3 Gewerkschaftsbeamte.[51]) Lassen sich einerseits die Partei- und Gewerkschaftsbediensteten durchweg als Berufspolitiker bzw. Berufssozialpolitiker einordnen, so bleibt andererseits die Frage offen, wieviele von ihnen ausgesprochene Berufsparlamentarier waren. Es wird nur sehr schwer und in vielen Fällen überhaupt nicht festzustellen sein, in welchem Maße diese Abgeordneten tatsächlich die Funktionen ausübten, für die sie ihre Gehälter bezogen. Waren manche, wie staatliche Beamte in anderen Fraktionen, praktisch für ihre parlamentarische Tätigkeit freigestellt, so versuchten andere, den Pflichten ihres Mandats und ihres Partei- oder Gewerkschaftsamtes gleichermaßen gerecht zu werden, während für wieder andere das Mandat in erster Linie eine Anerkennung für die Position bedeutete, die sie sich innerhalb der Arbeiterbewegung erworben hatten. Die Übergänge zwischen den Extremen des hauptberuflich ausgeübten Mandats und des Mandats als Statussymbol oder zusätzlicher Pfründe sind fließend. Verantwortbare Aussagen darüber, welche Stellung den einzelnen Abgeordneten auf dieser breiten Skala zuzuweisen wäre, würden überdies die volle Berücksichtigung der in den Kommissionen geleisteten Kleinarbeit, der innerfraktionellen Aktivität und der Wahlkreisbetreuung erfordern. Unzweifelhaft waren jedoch Amt und Mandat für die in und um Berlin ansässigen Funktionäre und Redakteure am reibungslosesten miteinander zu vereinen, während für die Redakteure auswärtiger Tageszeitungen neben der vollen Mandatsausübung eine reguläre Erfüllung ihrer Redaktionspflichten kaum denkbar war.[52])

[48]) Unter den 18 Abgeordneten, die sich im März 1916 als Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft konstituierten, befanden sich 5 Parteiredakteure, 2 weitere Parteibeamte (Geschäftsführer eines Parteiunternehmens bzw. Expedient), 3 Gewerkschaftsbeamte und 1 Krankenkassenbeamter, unter den 8 später zur SAG bzw. USPD Übergetretenen 4 Gewerkschaftsbeamte und 1 Parteisekretär *(Ryssel;* s. die folgende Anm.). Nur die Parteisekretäre blieben also so gut wie geschlossen in der Mehrheitsfraktion.

[49]) Die Parteisekretäre Hermann *Müller* (Parteivorstand), *Meier*-Zwickau, *Ryssel*, *Stubbe* und *Uhlig*.

[50]) Oscar *Geck*, *Meerfeld*, *Stolten*.

[51]) *Buck*, *Stahl*, *Wissell*.

[52]) Vgl. KeilI S. 192f., 261 f. *Keil* hatte sich schon als württembergischer Landtagsabgeordneter ernsthaft mit dem Gedanken getragen, seine hauptamtliche Redakteurstätigkeit aufzugeben, schied jedoch erst aus der Redaktion der *Schwäbischen Tagwacht* aus, als er zusätzlich auch noch in den Reichstag gewählt worden war. Dagegen berichtet Scheidemann, Memoiren I S. 161, daß er „acht Jahre lang, bis zur Wahl in den Parteivorstand 1911, [. . .] im Reichstag die gesamte Redaktion der von [ihm] geleiteten Blätter besorgt" habe.

Berufspolitiker und Berufsparlamentarier sind jedoch nicht nur unter den „Arbeiterbeamten" zu suchen, sondern auch in den anderen in der Fraktion vertretenen Berufsgruppen, von denen zwei in dieser Hinsicht besondere Beachtung verdienen, nämlich die Gruppe der freien Schriftsteller und Journalisten und die der Rechtsanwälte.

Die erste dieser Gruppen ist sehr schwer abzugrenzen und sehr heterogen, zumal die Berufsbezeichnung „Schriftsteller" sich großer Beliebtheit erfreute. Daher waren von vornherein alle Redakteure auszuscheiden, die es vorzogen, sich als Schriftsteller zu bezeichnen, obgleich sie eine von der Partei oder den Gewerkschaften finanzierte beamtete Stellung bekleideten. Trotzdem muß damit gerechnet werden, daß unter hier zu den freien Publizisten gezählten 16 Fraktionsmitgliedern sich noch Grenzfälle befinden, deren Stellung sich der eines beamteten Parteijournalisten näherte, wenn nicht gleichkam.

Als wirtschaftlich unabhängig können *Bebel* und *Vollmar*[53]) gelten, *Bebel* u. a. auf Grund des großen Bucherfolges, den er mit seiner immer wieder aufgelegten „Frau" gehabt hatte. Daß es sich bei beiden um praktische Berufspolitiker par excellence handelte, die sich seit langem nur beiläufig auch schriftstellerisch und journalistisch betätigten, bedarf — ungeachtet von *Bebels* außerordentlich umfangreicher literarischer Produktion — keiner näheren Erläuterung. Einen angesehenen Namen als politische Schriftsteller hatten sich *Blos*, *Bernstein* und *Göhre* gemacht. *Davidsohn* war neben seiner anderweitigen publizistischen Tätigkeit Redakteur der Zeitschrift *Der abstinente Arbeiter* und hatte sich damit ähnlich wie *Vogtherr*, der als „Herausgeber und Mitarbeiter freidenkerischer Zeitschriften" fungierte, in den Dienst von Bestrebungen gestellt, die in der Sozialdemokratie stark vertreten waren, mit denen sich die Partei aber weder identifizieren konnte noch mochte. Abgesehen von *Bebel*, *Göhre* und *Vogtherr* waren im übrigen alle in die Rubrik der Schriftsteller eingeordneten Fraktionsmitglieder meist längere Zeit, mindestens aber vorübergehend Parteiredakteure gewesen; jedoch läßt sich in der überwiegenden Zahl der Fälle kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Übergang zu freier journalistischer Tätigkeit und der Belastung durch parlamentarische Arbeit feststellen; so schieden von den bisher noch nicht Genannten Dr. *Erdmann* („1906 bis heute Schriftsteller in Köln, Mitarbeiter an sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Blättern"), Dr. *Weill* („seit 1910 Schriftsteller in Straßburg") und *Rühle* („Schriftsteller und Wanderlehrer für den Zentralbildungsausschuß"; ob als solcher fest angestellt, bleibt unklar) aus ihren Redaktionsstellungen aus, bevor sie 1912 in den Reichstag gewählt wurden; für *Fischer*-Sachsen und *Thiele* fällt der Übergang in die Zeit der XII. Wahlperiode, in der sie ihr Mandat verloren hatten; *Metzger*, der seit 1890 ununterbrochen dem Reichstag angehörte und bei dem sich Partei- und Gewerkschaftskarriere miteinander verquicken, gibt an, daß er sich seit der 1887 erfolgten Unterdrückung der Hamburger *Bürgerzeitung* als „Mitarbeiter des *Hamburger Echo* und mehrerer Gewerkschaftszeitungen" betätigt habe. Dem neuen Typus des Berufsparlamentariers entsprachen wohl am ehesten *Ledebour*,

[53]) Im Reichstagshandbuch 1912 ohne Berufsangabe; bezeichnet sich in dem a.a.O. S. 395 f. abgedruckten Lebenslauf jedoch als „Mitarbeiter an deutschen und ausländischen Zeitschriften" und „Verfasser verschiedener politischer und wirtschaftlicher Schriften", so daß es noch am ehesten möglich erscheint, ihn zu den „Schriftstellern" zu rechnen. So auch Molt S. 177; ebenfalls in dem Verzeichnis der Reichstagsabgeordneten bei Max Schippel, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch, Berlin 1902, S. 990.

David[54]) und *Keil*[55]), die auch aus wirtschaftlichen Gründen weiter publizistisch tätig sein mußten, sich jedoch, nachdem sie Abgeordnete geworden waren (*David* schon als Landtagsmitglied), von der Routinearbeit des Redakteurs freigemacht hatten.

Der im Vergleich zu den liberalen Parteien und zum Zentrum kleinen, aber gewichtigen Gruppe der Rechtsanwälte gehörten 7 Fraktionsmitglieder an, von denen sich 4 bereits als profilierte Abgeordnete bewährt hatten, nämlich *Haase* (1897—1906), W. *Heine* (seit 1898), Dr. *Herzfeld* (1898—1906) und Dr. *Frank* (seit 1907), während Dr. *Cohn*, *Landsberg* und Dr. *Liebknecht* (seit 1908 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses) 1912 zum ersten Mal in den Reichstag gewählt wurden. Eine wichtige Voraussetzung für die Rolle, die die Anwälte in der Fraktion spielten, lag darin, daß sich 4 von ihnen schon vor längerer Zeit in Berlin niedergelassen hatten und ein weiterer (*Haase*, der 1911 zum Parteivorsitzenden neben *Bebel* gewählt worden war) zu Anfang der Legislaturperiode seine Praxis nach Berlin verlegte.

Von den restlichen 14 Fraktionsmitgliedern — darunter eine ganze Reihe von parlamentarischen Veteranen der Partei und nur 5 erstmals Gewählte — waren die meisten Inhaber selbständiger Handwerksbetriebe oder kleiner Geschäfte:

Albrecht (Schneidermeister), *Brühne* (Schuhmachermeister und Schuhwarenhändler), *Böhle* (Inhaber eines „Zigarren- und Pfeifengeschäfts", gelernter Schuhmacher), *Hildenbrand* („Kaufmann"; gelernter Buchdrucker, bis zu seiner Wahl in den Reichstag 1903 Parteiredakteur)[56]), *Leutert* (Malermeister), *Pinkau* (Photograph, gelernter Lithograph), *Raute* (Zigarrenfabrikant), *Reißhaus* (Inhaber eines „Damen- und Modeartikelgeschäfts", ursprünglich selbständiger Schneidermeister), *Stolle* (Gastwirt, ursprünglich gelernter Gärtner und Inhaber einer Handelsgärtnerei).

Hinzu kommen der „Privatier" *Förster* (ehemals selbständiger Zigarrenmacher) und der Elfenbeinschnitzer *Hasenzahl*, dessen Status unsicher erscheint. Eine nicht selbständige handwerkliche Tätigkeit übte bis zu seiner 1912 erfolgten Wahl in den Reichstag mit Sicherheit nur *Fischer*-Hannover aus, der es in der Druckerhierarchie bis zum Korrektor gebracht hatte.[57]) Als neues Element in der Berufsstruktur der Fraktion sind schließlich die beiden pfälzischen kommunalen Wahlbeamten *Binder* („Privatmann und Adjunkt" in Ludwigshafen, vorher selbständiger Bäckermeister), der bereits 1908 durch eine Nachwahl in den Reichstag gekommen war, und *Hoffmann* (als „I. Adjunkt" Stellvertreter des Bürgermeisters in Kaiserslautern, vorher Lehrer) hervorzuheben.

Ebenso eindeutig wie die „Arbeiterbeamten" in der Berufsgliederung der Fraktion von 1912 vorherrschten, wurde die soziale Infrastruktur der Fraktion durch das Übergewicht der ehemaligen Handwerker und Arbeiter geprägt, aus denen sie sich zu fast 70% rekrutierte. Der weitaus größte Teil von diesen 76

[54]) *David* war von 1914 bis Anfang 1917 im Parteiarchiv angestellt; vgl. seine Tagebucheintragung vom 3. 2. 1917, David, Kriegstagebuch.

[55]) Vgl. Anm. 52.

[56]) Für die weitere nebenberufliche journalistische Tätigkeit *Hildenbrands*, der nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion der *Schwäbischen Tagwacht* ein Zigarrengeschäft gegründet hatte, vgl. Keil I S. 194 f.

[57]) Vermutlich in der Druckerei des Hannoverschen Parteiblattes, was sich jedoch nicht mit Sicherheit feststellen ließ.

Fraktionsmitgliedern[58]) hatte ein Handwerk oder einen qualifizierten Facharbeiterberuf erlernt[59]), und verhältnismäßig viele hatten sich auch im erlernten Beruf selbständig gemacht, meist jedoch ihre Geschäfte wieder aufgegeben oder aufgeben müssen; nur sehr wenige hatten als ungelernte Arbeiter angefangen.[60])

Verschwindend klein ist hingegen die Gruppe der Fraktionsmitglieder, die ursprünglich aus Angestelltenberufen kamen. Sie umfaßt nur 4 Abgeordnete[61]), von denen 2 höhere Schulbildung[62]) besaßen, während die Arbeiter und Handwerker ausnahmslos nur die Volksschule besucht oder — in wenigen Fällen — den Besuch einer Mittelschule bzw. Höheren Bürgerschule vorzeitig abgebrochen hatten, um in die Lehre einzutreten.

So teilt sich die Fraktion nach den Bildungsgängen ihrer Mitglieder im wesentlichen in zwei große Gruppen. Das Gros bildeten die Abgeordneten aus handwerklichen und industriellen Arbeitnehmerberufen mit bloßer Volksschulbildung, die in ihrer Mehrzahl zwar zu beamteten Funktionären geworden waren, jedoch ihrer Herkunft nach nichts anderes darstellten als die von der Arbeiterbewegung selbst produzierte Führungsschicht der Massenpartei und der Gewerkschaften. Daneben stand eine respektable Gruppe von akademisch gebildeten Intellektuellen, meist bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Herkunft, zu einem guten Teil

---

[58]) 16 gelernte Metallarbeiter (Schmiede, Schlosser, Mechaniker, Maschinenbauer, Gießer, Former, Feingoldschläger); 8 gelernte Holzarbeiter (Tischler, Drechsler, Stellmacher); 8 Zigarrenarbeiter bzw. -macher; 8 Buchdrucker; 6 Schuhmacher; 5 Schneider; 4 Maurer; 3 Weber bzw. Wirker; 3 Maler bzw. Tapezierer; je 1 Bäcker, Müller, Sattler, Buchbinder, Bürstenmacher, Holzbildhauer, Bildhauer, Elfenbeinschnitzer, Klaviermacher, Glasmacher, Lithograph, Töpfer, Gärtner; nur 2 eindeutig Ungelernte (Fabrikarbeiter, Ziegeleiarbeiter). Als 77. könnte noch Dr. *Quessel* genannt werden, der ursprünglich das Uhrmacherhandwerk erlernt und sich als Autodidakt auf das Studium vorbereitet hatte. Bei der Auswertung dieser Statistik bleibt allerdings zu berücksichtigen, daß sich nicht in jedem Falle feststellen läßt, ob tatsächlich eine abgeschlossene Berufsausbildung vorliegt.

[59]) Dieser Berufsstruktur entspricht es auch, daß der weitaus größte Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten in kleineren Städten oder ländlichen Gemeinden geboren war. Vgl. Snell a.a.O. S. 199 f. Auch darin hatte sich gegenüber der älteren Abgeordnetengeneration (vgl. oben) wenig geändert.

[60]) Nach Snell a.a.O. S. 197 nur 2; vgl. auch oben Anm. 58. Wieviele Fraktionsmitglieder — entweder als Facharbeiter im erlernten Beruf oder auch anderweitig — in industriellen Betrieben tätig gewesen waren, läßt sich auf Grund der vorliegenden Unterlagen nicht zuverlässig auszählen. Molt S. 233 f. konstatiert, daß die ehemaligen Handwerksgesellen zwar immer noch die große Mehrzahl der in den Reichstag gewählten Parteifunktionäre gestellt hätten, die aus Arbeitnehmerberufen hervorgegangen seien; doch seien in der XIII. Legislaturperiode „dann auch ehemalige Industriearbeiter in größerer Zahl als Parteifunktionäre ins Parlament" gelangt; dazu auch die Zahlenangaben a.a.O. S. 230 f. Indes wird sich kaum eine strenge Grenze zwischen den handwerklichen und industriellen Facharbeitern ziehen lassen. Auf jeden Fall blieb die Zahl der ehemaligen — gelernten oder ungelernten — Industriearbeiter in der Fraktion in Anbetracht des Gewichtes, das die industriellen Arbeitnehmer in der Partei und ihrer Wählerschaft besaßen, verhältnismäßig gering.

[61]) *Bernstein* (Bankangestellter), *Vogtherr* (nach kaufmännischer Lehrzeit „als Angestellter und selbständig im Handelsgewerbe tätig bis 1910, seitdem ausschließlich als Schriftsteller") sowie *Bauer* und *Giebel* (beide waren Anwaltsbürovorsteher gewesen).

[62]) Die beiden in der vorigen Anm. zuerst Genannten; vgl. auch unten Anm. 64.

aus jüdischen Familien stammend[63]), ergänzt durch eine Reihe von ehemaligen Volksschullehrern. So gut wie ganz fehlte dagegen die mittlere Bildungsschicht. Abgesehen von den Akademikern und Lehrern, hatten es insgesamt nur 4 Abgeordnete, die alle dem intellektuellen Flügel der Fraktion zuzurechnen sind, bis zur mittleren Reife gebracht[64]) und keiner bis zum Abitur. Umso respektabler erscheint allerdings das, was viele der Volksschüler, *Bebel* an der Spitze, aus sich gemacht hatten. In ihrem Werdegang tritt der Charakter der Arbeiterbewegung als einer Bildungsbewegung besonders deutlich hervor.

Die Gruppe der akademisch Gebildeten umfaßte 23 Abgeordnete, von denen 18 ihr Studium auch abgeschlossen hatten. Unter diesen befanden sich 9 Juristen (außer den 7 Rechtsanwälten der ehemalige Anwalt *Stadthagen* und der Dr. jur. *Quarck*); 4 hatten zum Dr. phil. (*David*, *Erdmann*, *Gradnauer*, *Südekum*), 3 zum Dr. rer. pol. (*Lensch*, *Quessel*, *Weill*) promoviert, einer war Chemiker (*Wurm*)[65]) und einer *Theologe* (der ehemalige evangelische Pfarrer *Göhre*). Kein akademisches Examen abgelegt hatten *Blos*, *Davidsohn*, *Hoch*, *Peus* und *Wendel*. Volksschullehrer waren *Hoffmann*, *Kunert*, *Rühle*, *Schulz* und *Thiele* gewesen; zwei von ihnen[66]) hatten außer ihrer Lehrerausbildung noch einige Semester studiert.

Diese 28 Akademiker und ehemaligen Lehrer verteilen sich, soweit sie nicht den Anwaltsberuf ausübten, fast ausschließlich auf die Berufsgruppen der Parteiredakteure (9 Akademiker und 1 Lehrer) und der Schriftsteller (6 Akademiker und 2 Lehrer), von denen sie 45 bzw. 50% stellen. Dagegen bildeten — wie oben erwähnt — die Posten der Parteisekretäre und der Gewerkschaftsbeamten eine Domäne des Arbeiterflügels. Nur ein Akademiker fungierte als Arbeitersekretär und zugleich Redakteur eines Gewerkschaftsblattes (*Hoch*), und nur ein Lehrer (*Schulz*) war bei den Parteisekretären einzugruppieren, unter denen er sich allerdings als Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses und Leiter der Parteischule von vornherein in einer Sonderstellung befand.

Abschließend wäre noch zu bemerken, daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch in ihrer konfessionellen Gliederung grundlegend von allen übrigen Fraktionen des Hauses unterschied, da die meisten ihrer Mitglieder keiner Kirche angehörten und sich als Dissidenten, als konfessionslos, religionslos oder freireligiös bezeichneten, sofern sie nicht überhaupt auf jede Angabe ver-

[63]) Das gilt für 11 von den 23 akademisch Gebildeten. Auch *Bernstein*, das einzige jüdische Fraktionsmitglied, das nicht regulär studiert hatte, kann in diesem Zusammenhange genannt werden. Damit betrug der oft überschätzte Anteil der Abgeordneten jüdischer Herkunft an der Stärke der Fraktion insgesamt nicht ganz 11%. — Auch Blaustein, in: Die Parteien (s. oben 2. Kapitel Anm. 43), S. 371, kommt auf 12 sozialdemokratische Abgeordnete jüdischer Herkunft bei insgesamt 19 im gesamten 1912 gewählten Reichstag, wobei die restlichen 7 sich auf die Fortschrittler (4), die Nationalliberalen (2) und die Freikonservativen (1) verteilen.

[64]) *Bernstein*, *Vollmar*, *Ledebour* und *Vogtherr*. Allerdings ließ sich bei den beiden Letztgenannten nicht sicher feststellen, ob sie die höhere Schule tatsächlich bis zur mittleren Reife besucht hatten.

[65]) Vgl. oben Anm. 25. Naturwissenschaftler war auch der Dr. phil. *Erdmann*.

[66]) *Hoffmann* und *Schulz*.

zichteten.[67]) Dieser Sachverhalt erklärt sich mühelos aus der Geschichte der ersten Jahrzehnte der Arbeiterbewegung; und zwar einmal aus der Haltung der Kirchen gegenüber der Sozialdemokratie, zum anderen nicht minder aus der von der bürgerlichen Emanzipationsbewegung übernommenen aufklärerischen Wissenschaftsgläubigkeit, die das sozialdemokratische Gedankengut von Anfang an entscheidend geprägt hatte und die Autonomie der menschlichen Vernunft als selbstverständlich voraussetzte. Indessen hatte sich seit der Begründung der Partei keine der innerparteilichen Strömungen durchsetzen können, die wiederholt den Versuch unternahmen, den Austritt aus der Kirche für Parteimitglieder obligatorisch oder atheistische Propaganda zur offiziellen Parteiangelegenheit zu machen.[68]) Vielmehr hielten alle Parteitage strikt an dem Programmpunkt der „Erklärung der Religion zur Privatsache"[69]) fest, aus dem die Forderung nach einer konsequenten Trennung von Staat und Kirche abgeleitet wurde. Dabei setzte sich mit dem Anschwellen der sozialdemokratischen Wählermassen und mit dem sich verstärkenden Bemühen, Einbrüche in die Reihen der katholischen Arbeiterwähler zu erzielen, immer eindeutiger die Interpretation durch, daß, wie *Bebel* auf dem Parteitag von 1902 betonte, mit der „Erklärung der Religion zur Privatsache [...] in keiner Weise den religiösen Anschauungen einzelner zu nahe getreten werden" solle und daß die Sozialdemokratie in „religiösen Glaubensfragen absolute Neutralität und nichts als Neutralität zu beobachten" habe.[70]) Eine Analyse der Reichstagsfraktion von 1912 belegt, daß sich im Zuge dieser Entwicklung offenbar auch bei den Angehörigen der sozialdemokratischen Führungsschicht die Neigung verringerte, aus der Kirche auszutreten.[71]) Jedoch darf bei dem guten Viertel der Fraktionsmitglieder, das sich zu einer Religionsgemeinschaft bekannte, nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden, daß die konfessionelle Bindung mehr als einen bloß formalen Charakter besaß. Das gilt um so mehr, als es sich bei diesen Fraktionsmitgliedern vor allem um Protestanten handelte; war doch im evangelischen Bereich die religiöse Indifferenz schon vor dem ersten Weltkrieg weit verbreitet, ohne daß sie in der Regel auch zu einer offiziellen Trennung von der Kirche führte. Im übrigen fällt besonders auf, daß einerseits fast die Hälfte der sozialdemokratischen

[67]) Nach dem Reichstagshandbuch bezeichneten sich von den 1912 gewählten 110 sozialdemokratischen Abgeordneten insgesamt 62 als Dissidenten (27), konfessionslos (19; davon 2 mit abweichender Formulierung: „aus der Kirche ausgeschieden" [so der ehemalige Pfarrer *Göhre*] bzw. „keiner Religionsgemeinschaft angehörig" [*Landsberg*]), religionslos (7) oder freireligiös (9). Bei weiteren 19 findet sich überhaupt keine Angabe. Die Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften wird bei 29 Fraktionsmitgliedern erwähnt, von denen sich 20 als evangelisch (bzw. protestantisch oder lutherisch), 5 als jüdisch (bzw. mosaisch), 3 als katholisch und 1 als deutsch-katholisch bezeichneten.

Bei Blaustein, in: Die Parteien (s. 1. Kapitel Anm. 21) S. 373, dem andere Unterlagen zur Verfügung gestanden haben müssen, werden folgende Werte angegeben: 22 evangelisch, 3 katholisch, 69 konfessionslos (darunter 10 Dissidenten und 6 religionslos), 8 Freireligiöse und 1 Deutsch-Katholik, 5 Israeliten, 2 „nicht angegeben aus prinzipiellen Gründen".
Vgl. auch Snell a.a.O. S. 203 f.; wiederum mit teilweise abweichenden Daten.

[68]) Vgl. Schröder I S. 491 ff.

[69]) So im Erfurter und auch schon im Gothaer Programm.

[70]) Protokoll SPD-Parteitag 1902 S. 244; vgl. auch die Ausführungen *Vollmars* a.a.O. S. 240 f.

[71]) Vgl. Snell a.a.O. S. 203 f.

Abgeordneten jüdischer Herkunft auch die Bindung an die jüdische Religionsgemeinschaft aufrechterhalten hatte[72]), andererseits jedoch die Zahl der der katholischen Kirche angehörenden Fraktionsmitglieder außerordentlich gering[73]) war. Diese letzte Aussage ließe sich allerdings nur mit Hilfe einer Statistik der konfessionellen Herkunft der sozialdemokratischen Abgeordneten zuverlässig interpretieren. Auf keinen Fall darf einfach von der These ausgegangen werden, daß der Unterrepräsentation des katholischen Elements in der Mitgliedschaft und im Wähleranhang der Partei auch eine vergleichbare Unterrepräsentation der Funktionäre und Abgeordneten katholischer Herkunft in der Führungsschicht habe entsprechen müssen.

[72]) Nämlich 5 von insgesamt 12; vgl. oben Anm. 63 und 67.

[73]) Nur 3; vgl. oben Anm. 67.

4. Bemerkungen zur Praxis der Kandidatenaufstellung und zur Frage einer „wirklich proletarischen Repräsentation"

Als August *Bebel* 1895 eine Broschüre über „Die Sozialdemokratie und das Allgemeine Stimmrecht" veröffentlichte, sprach er sich, wie es für ihn und seine Partei selbstverständlich war, für ein konsequent durchgeführtes Proporzsystem im Reich und in den Bundesstaaten aus, das allein „ein richtiges Gleichgewicht zwischen Wählern und Gewählten für alle Parteien herzustellen" vermöge.[1]) Die bloße, nach den offensichtlichen Mängeln des Reichstagswahlrechts und der Antiquiertheit der Wahlsysteme in den meisten Einzelstaaten nur allzu verständliche Bekräftigung des Prinzips, dem ein abstraktes demokratisches Gerechtigkeitsideal zugrunde lag, brauchte hier kaum Erwähnung zu finden. Um so mehr interessiert es jedoch, wie sich *Bebel* die Handhabung des Proportionalsystems vorstellte. Er dachte sich, auf bereits früher von ihm vorgebrachte Vorschläge zurückgreifend[2]), das gesamte Reichsgebiet für die Reichstagswahlen als einen einzigen Wahlkreis. Dann habe jede Partei nur eine Kandidatenliste einzureichen; und nach vollzogener Wahl sei eine ihrem Stimmenanteil entsprechende Zahl von Kandidaten „in der Reihenfolge, in der ihre Namen auf der Liste stehen", für gewählt zu erklären.[3]). Dieses Verfahren, das an Stelle von Einzelkandidaten die Parteien und ihre „Grundsätze" in den Vordergrund des Wahlkampfes rücke[4]), biete u. a. den Vorteil, daß es den Parteien die Sicherheit gebe, tatsächlich ihre Abgeordneten selbst bestimmen zu können und „diejenigen Personen, die sie in erster Linie im parlamentarischen Kampfe tätig sehen will, in die Parlamente" zu entsenden.[5])

Wenn *Bebel* auch einschränkend, unter Apostrophierung des bayerischen Zentrums, aber wohl mit dem deutlichen Hintergedanken an die sich nicht gerade durch Linientreue auszeichnenden bayerischen Vertreter seiner eigenen Partei, hinzufügt, daß es den Parteien unbenommen bleibe, die Kandidaten auch nach Landsmannschaften aufzustellen[6]), so ändert das nichts an der sich hier äußernden Grundauffassung von der Stellung des Abgeordneten als eines Parteifunktionärs.[7]) Bedarf die Partei des Vertrauens der Wähler, um möglichst viele Abgeordnete ins Parlament delegieren zu können, so bedürfen die Abgeordneten allein des Vertrauens ihrer Partei, auf die praktisch das Recht der Abgeordnetenernennung übergeht. Kandidatenaufstellung und Festlegung der die Chancen der Bewerber bestimmenden Listenplätze durch eine zentrale Parteiinstanz erscheinen damit als ideale Lösung des Auswahlproblems. Eine solche Lösung

[1]) August Bebel, Die Sozialdemokratie und das Allgemeine Stimmrecht. Mit besonderer Berücksichtigung des Frauen-Stimmrechts und des Proportional-Wahlsystems, Berlin 1895, S. 53.

[2]) In der *Zukunft, Sozialistische Revue*, 1. Jg. (1877/78), S. 507 ff.

[3]) Bebel, Die Sozialdemokratie a.a.O. S. 53.

[4]) Vgl. a.a.O. S. 54: „Indem statt der Personen die Parteien und ihre Bestrebungen in den Vordergrund der Erörterung treten, verliert der Wahlkampf jeden persönlichen Charakter, er vertieft sich und wird prinzipiell, er wird um Grundsätze geführt. Auch der Kampf um Kirchturmsinteressen wäre beseitigt."

[5]) A.a.O.

[6]) A.a.O.

[7]) Vgl. in diesem Zusammenhang auch Ritter S. 56.

mußte aber auf jeden Fall, selbst wenn sie formal dem Parteitag die definitive Entscheidung über die Liste überlassen hätte, der Parteiexekutive ausschlaggebenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Fraktion verschaffen, was *Bebel* offenbar für prinzipiell erstrebenswert hielt.

So klar sich die prinzipielle Stellungnahme des maßgebenden Parteiführers *Bebel* herausschält, so schwer ist die Frage zu beantworten, auf welche Weise und in welchem Umfang die Parteileitung unter den Bedingungen des herrschenden Wahlsystems, das keinen derartig weitreichenden Einfluß gestattete, ihre eigenen, mit den Interessen der Gesamtpartei identifizierten Intentionen bei der Kandidatenaufstellung zur Geltung zu bringen versuchte. *Bebel* selbst erklärte auf dem Hamburger Parteitag von 1897, daß die Aufstellung von Kandidaten „ganz unabhängig vom Parteivorstand" erfolge, der immer die Kompetenzen der einzelnen Wahlkreise streng respektiert habe:

„Sollte einmal ein Vorstandsmitglied auf Anfrage einem Wahlkreis einen Vorschlag gemacht haben, so war das Sache der Person. Der Vorstand hat, solange ich die Ehre habe, sein Mitglied zu sein, derartige Anträge stets abgelehnt."[8])

Muß dieses Bekenntnis zur Autonomie der Wahlkreise nach den eben zitierten Ausführungen Bebels überraschen, so zieht *Kautsky* nur die aktuelle praktische Nutzanwendung aus den theoretischen Überlegungen des Parteiführers, wenn er 1904 in einem Artikel zum Fall *Göhre*[9]) die „Anerkennung des Prinzips" fordert, „daß die Aufstellung eines Reichstagskandidaten eine Angelegenheit ist, welche die Gesamtpartei ebensosehr angeht wie den Wahlkreis". Um zu belegen, daß dieses Prinzip gar nichts Neues darstelle, beruft *Kautsky* sich auf den Parteitag von 1876, der selbst, soweit seine Zeit reichte, über die Kandidaturen für die Reichstagswahlen des folgenden Jahres beschlossen und die restlichen Kandidaturen dem von ihm eingesetzten Zentralwahlkomitee zur Entscheidung überwiesen habe.[10]) Er plädiert jedoch nicht für eine Erneuerung dieser Regelung, sondern räumt ein, daß es unsinnig wäre, den Wahlkreisorganisationen, denen die Hauptlast des Wahlkampfes zufalle, einen Kandidaten oktroyieren zu wollen. Umgekehrt jedoch könnten auch sie nicht das Recht beanspruchen, „der Partei einen Abgeordneten aufzudrängen, gegen den deren Mehrheit schwere Bedenken hat".[11]) Eine solche „absolute Souveränität" in der Kandidatenaufstellung widerstreite dem Interesse der Gesamtpartei, das am einfachsten dadurch zu berücksichtigen sei, daß man es den Wahlkreisorganisationen zur Auflage mache, sich über ihre Landtagskandidaten mit den Instanzen der Landespartei und über ihre Reichstagskandidaten mit dem Landesvorstand und dem zentralen Parteivorstand zu verständigen.[12])

Die erregte Diskussion über den Fall *Göhre* lieferte den Anlaß, die Kompetenzen der übergeordneten Parteiinstanzen bei der Kandidatenaufstellung generell festzulegen. Jedoch billigte die durch das Organisationsstatut von 1905 getroffene

[8]) Zitiert nach Schröder I S. 19 (= S. 149 des Protokolls).

[9]) Karl Kautsky, Wahlkreis und Partei, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 22/II, S. 36—46 (6. 4. 1904).

[10]) A.a.O. S. 44.

[11]) A.a.O. S. 45.

[12]) A.a.O. S. 44.

Regelung, die dann auch in die Neufassung des Statuts von 1909 übernommen wurde, dem Parteivorstand kein formales Bestätigungsrecht zu, wie *Kautsky* es gewünscht hatte, sondern nur eine Schiedsrichterstellung bei etwaigen Streitigkeiten zwischen Wahlkreisorganisationen und mittleren Parteiinstanzen:

„Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bzw. der Landesorganisation ergeben."[13])

Obgleich die sehr uneinheitlichen Praktiken der Kandidatenauswahl bisher nur unzureichend erforscht sind, scheint die Feststellung erlaubt, daß diese Bestimmung weniger neues Parteirecht schuf als bisher bereits geübtes, wenn auch nicht unumstrittenes Gewohnheitsrecht statuarisch fixierte. War auf der einen Seite die formelle Genehmigung der Kandidaturen durch den Parteitag bzw. das Zentralwahlkomitee, wie sie 1876/77 vorgenommen worden war[14]), ein Ausnahmefall geblieben[15]), so hatte sich andererseits auch niemals eine „absolute" Wahlkreissouveränität als generell anerkanntes Prinzip durchgesetzt. Zwar war und blieb die Wahlkreisorganisation die Parteiinstanz, die das größte Gewicht bei der Kandidatenauswahl besaß und insofern auch regelmäßig das letzte Wort behielt, als kein Kandidat ohne ihre Zustimmung aufgestellt wurde. Aber schon seit den Anfängen der Partei, selbst für die Zeit des Sozialistengesetzes, ist auch die Beteiligung von regionalen Instanzen, wie Landes- oder Provinzkonferenzen, verbürgt.[16]) Von 1893 ab erhielt diese Beteiligung, deren Ausmaß sich schwer abschätzen läßt, durch die Einrichtung der jeweils mehrere Wahlkreise umfassenden Agitationsbezirke einen festeren institutionellen Rahmen, so daß die Mitwirkung übergeordneter Regionalinstanzen mehr und mehr zur Regel wurde.[17])

Ist auch kein Beispiel dafür bekannt, daß irgendwo versucht worden wäre, einem Wahlkreis einen bestimmten Kandidaten aufzuzwingen, so waren doch Landes- und Bezirksvorstände unzweifelhaft stark daran interessiert, die Nominierung von Kandidaten verhindern zu können, die — ob zu Recht oder Unrecht — für sachlich ungeeignet, politisch unzuverlässig oder noch nicht genügend im Parteidienst bewährt gehalten wurden. Wieweit dabei indirekt der Einfluß des Parteivorstandes wirksam wurde und in wie vielen Fällen tatsächlich massive „Pressionsmittel, wie z. B. die Drohung, jeden Mann und jeden Groschen für die Agitation zu verweigern, falls nicht bestimmte mißliebige Persönlich-

[13]) So der Wortlaut des Statuts von 1905 § 23 Abs. 2; 1909 in § 19 Abs. 2 bis auf eine geringfügige redaktionelle Abweichung („Bezirksverband oder Landesorganisation") unverändert übernommen; ebenso im Statut von 1912. Vgl. Schröder I S. 378 und 384.

[14]) Dazu auch Nipperdey S. 305.

[15]) Dagegen hatte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein die Aufstellung von der Genehmigung des Präsidiums abhängig gemacht. Vgl. Ritter S. 57.

[16]) Vgl. Nipperdey S. 302 Anm. 4, 305 Anm. 3, 308 bes. auch Anm. 7. Ferner Schröder I für den Kopenhagener Beschluß von 1883: „Der Kongreß erwartet, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Aufstellung der Kandidaten nicht auf Vorschlag einzelner zu Rate gezogener Genossen stattfindet, sondern daß die Aufstellung einheitlich organisiert werde und durch Territorialwahlkonferenzen im Einvernehmen mit den betreffenden Wahlkreisen erfolge [...]."

[17]) Vgl. Ritter S. 57 f.

keiten von den Parteigenossen bei Kandidaturen fallengelassen würden"[18]), angewandt worden sind, läßt sich nach dem heutigen Forschungsstand kaum nachprüfen. Jedoch wird man in den erregten innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Fall *Göhre*[19]), der außergewöhnliche Publizität gewann und im übrigen noch im Schatten des Dresdener Ketzergerichts über die Revisionisten stand, ein Indiz dafür sehen dürfen, daß die hier von den sächsischen Parteiinstanzen praktizierte Methode „nicht einer regulären Übung"[20]) entsprach.[21]) Im Normalfall ließen sich die Instanzen aufeinander abstimmen, ohne daß es dabei zu offenen Konflikten kam.

Darum sollte auch die Bedeutung der seit 1905 im Organisationsstatut verankerten Schiedsrichterfunktion des Parteivorstandes nicht überschätzt werden. Sah sich die Parteileitung jedoch in einem Ausnahmefall zum Eingreifen gezwungen, so operierte sie, wie das Solinger Beispiel[22]) belegt, sehr vorsichtig.

Im Wahlkreis Solingen war die Partei so in sich zerfallen, daß es 1893 sogar zur Aufstellung von zwei sozialdemokratischen Reichstagskandidaten gekommen war, die sich erbittert bekämpften. Als schließlich der Parteivorstand durch den Parteitag von 1897 beauftragt wurde, für die im folgenden Jahre fälligen Neuwahlen „einen den Solinger Streitigkeiten fernstehenden Kandidaten aufzustellen"[23]), präsentierte er den Wahlkreisinstanzen nicht weniger als sechs Kandidaten zur Auswahl.[24])

Wenn der Parteivorstand als offizielle Instanz bei der Kandidatenaufstellung kaum in Erscheinung trat, besagt das allerdings noch nichts über den tatsächlichen Einfluß, den er dank der Autorität und der Verbindungen seiner Mitglieder auf informale Weise auszuüben vermochte. Von Parteivorstandsmitgliedern protegierte Kandidaten konnten umso leichter untergebracht werden, als es bis zu den letzten Wahlen im Kaiserreich immer aussichtsreiche Wahlkreise gab, die sich von sich aus um geeignete auswärtige Kandidaten bemühten. So bedurfte es im allgemeinen auch keiner schwierigen Manipulationen, um prominenten Partei- und Gewerkschaftsführern zu einem Mandat zu verhelfen, da sie ohnehin von vornherein zu den favorisierten Anwärtern gehörten, denen das Gesetz von Angebot und Nachfrage auch am ehesten den Weg zur Kandidatur in einem Wahlkreis ebnete, zu dem sie bisher keine Beziehungen gehabt hatten.

[18]) Michels, Soziologie S. 113; unter Berufung auf den 1904 in den *Sozialistischen Monatsheften* erschienenen Artikel Wolfgang *Heines* „Demokratische Randbemerkungen zum Fall Göhre".

[19]) Zum Fall *Göhre* vgl. jetzt zusammenfassend Nipperdey S. 348 f. S. auch Nr. 123.

[20]) A.a.O. S. 349.

[21]) Auch auf den Fall *Schippel* wäre hier zu verweisen. *Schippel* verzichtete, nachdem Fraktion und Parteitag sich gegen ihn ausgesprochen hatten, 1905 auf sein Reichstagsmandat. Dazu u. a. Nipperdey S. 375; Molt S. 275; Schröder I S. 584 ff. Ferner Nr. 124.

[22]) Vgl. Schröder I S. 510 ff. Dazu auch Nipperdey S. 375.

[23]) Schröder I S. 512.

[24]) Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 144 ff. bes. S. 150 f. Obgleich *Scheidemann* von den beiden streitenden Gruppen zunächst als Kandidat akzeptiert worden war, kam es auch bei den Wahlen von 1898 schließlich wieder zu zwei sozialdemokratischen Kandidaturen, da der bisherige Abgeordnete Georg *Schumacher* seinen Verzicht widerrief. Auf diese Weise ging das Solinger Mandat der SPD vorübergehend verloren, bis es 1903 durch *Scheidemann* zurückerobert wurde.

Aber auch in manchem andersgelagerten Fall, wo man zwischen verschiedenen Bewerbern schwankte oder bereits einen bestimmten Kandidaten in Aussicht genommen hatte, werden zu- oder abratende Stellungnahmen aus der Parteileitung bei der definitiven Entscheidung eine Rolle gespielt haben.

Bedingt durch den informalen Charakter des vom Parteivorstand geübten, im einzelnen jedoch schwer nachweisbaren Einflusses[24a]), muß sich jeder Versuch, seine Relevanz für die Zusammensetzung der Fraktion näher zu bestimmen, weitgehend auf Vermutungen stützen. Nur dadurch wird es auch verständlich, daß zwei neue Untersuchungen, die dieser Frage nachgehen, zu ganz verschiedenen Antworten kommen.

Formuliert *Nipperdey* sehr vorsichtig, daß der Einfluß des Vorstands auf die Kandidatenaufstellung, „wenn wir darüber auch noch nicht mit Sicherheit urteilen können, wohl nicht so groß wie man nach manchen Klagen meinen möchte"[25]), gewesen sei, so sieht *Molt* in der Parteileitung die schlechthin ausschlaggebende Instanz, deren Einfluß im wesentlichen nur durch das kompakt eingesetzte, nicht ignorierbare Eigengewicht der Gewerkschaften geschmälert worden sei[26]); lasse doch schon die „proportionale Vertretung aller großen Gewerkschaften" in der Fraktion, wie sie sich seit 1893 angebahnt habe, auf eine mit Hilfe der Generalkommission unschwer zu bewerkstelligende „zentrale Planung" schließen.[27])

Demzufolge spielten auch, wie *Molt* kühn deduziert, lokale und regionale Rücksichten „nur eine untergeordnete Rolle", allerdings „mit Ausnahme von Bayern".[28]) *Nipperdey* hingegen konstatiert: „Das Selbstbewußtsein der Bezirke und die Position der Flügel verhinderten ein ständiges Eingreifen des Vorstands; gerade gegenüber dem Einfluß der regionalen Instanzen wird es sehr zurückgetreten sein [...]."[29])

Trotzdem möchte *Nipperdey* den „indirekten und persönlichen Einfluß" des Vorstandes nicht unterschätzt wissen. Doch sei damit „kaum Politik getrieben" worden. In der Tatsache, daß Kandidaten weiter zu den Revisionisten oder Radikalen zählten, zeige sich, „daß der Vorstand nicht über die Zusammensetzung der Fraktion verfügte". So sei auch die Stärke der Funktionäre in der Fraktion nicht als „Ergebnis einer Politik des Vorstands" zu erklären, „wenn sie auch seinen zentristischen Tendenzen vielleicht entsprach".[30])

Aus den konsequent weitergeführten Überlegungen von *Molt*, für den der überlegene Einfluß von Partei- und Gewerkschaftsspitzen eine unabdingbare Prämisse bedeutet, ergibt sich die genau entgegengesetzte These: „Der Zugang zum Reichstagsmandat

[24a]) Dazu ein im Nachlaß Kautsky überlieferter Brief *Antricks*, der 1903 nicht wiedergewählt worden war, an *Kautsky* vom 21. 11. 1903, in dem auf Fälle hingewiesen wird, in denen Reichstagsabgeordnete ihre Mandate direkt oder indirekt dem Parteivorstand, der sich doch an sich verpflichtet habe, „keine Kandidaten zu empfehlen", zu danken hätten. Daß er, *Antrick*, nicht wieder in den Reichstag komme, könne er sich infolgedessen nur so erklären, daß da „doch etwas gegen mich vorliegen" müsse.

[25]) Nipperdey S. 375.

[26]) Molt S. 276.

[27]) A.a.O. S. 275.

[28]) A.a.O. S. 276.

[29]) Nipperdey S. 375.

[30]) A.a.O.

bei den Sozialdemokraten, der anfangs sehr stark von der Individualität der Politiker abhängig gewesen war — entsprechend vielfältig waren auch berufliche und soziale Abkunft[31]) —, wurde durch die Ausbreitung der Organisation und die in ihr wirksame Disziplin immer mehr eine Stufe der Karriere. Ob diese Stufe erreicht wurde, hing weitgehend vom Willen der zentralen Instanzen, Parteivorstand und Generalkommission, ab."[32])

Die Unvereinbarkeit der Feststellungen *Nipperdeys* und *Molts* bietet jedoch keinen Anlaß zur Resignation. Obgleich die Voraussetzungen für ein abschließendes Urteil fehlen, stellt sich schnell heraus, daß *Molt* viel zu sehr der Spekulation Raum gewährt, um auch nur den nachprüfbaren Sachverhalten gerecht werden zu können. Gegen seine Auffassung, daß lokale und regionale Rücksichten nur einen untergeordneten Einfluß bei der Kandidatenauswahl gehabt hätten[33]), spricht nicht nur das von ihm selbst angeführte bayerische Gegenbeispiel, wie sich gerade an der Zusammensetzung der Fraktion von 1912 zeigt, die sich zum größten Teil aus hauptamtlichen Partei- und Gewerkschaftsbediensteten („Arbeiterbeamten") rekrutierte. Diejenigen Abgeordneten, die nicht aus der Parteiorganisation ihres eigenen Wahlkreises hervorgegangen waren, kamen in der Regel doch aus benachbarten Gebieten[34]), in den meisten Fällen aus dem gleichen Bundesstaat bzw. in Preußen aus dem Regierungsbezirk oder der Provinz. Auch die gleichzeitige oder frühere Zugehörigkeit der Mehrzahl der Fraktionsmitglieder zu Landtagen und Kommunalvertretungen[35]) bestätigt die Bedeutung lokaler und regionaler Bindungen, wobei zu berücksichtigen ist, daß

---

[31]) S. dagegen oben 3. Kapitel. Der dort durchgeführte Vergleich zwischen den Fraktionen von 1890 und 1912 widerlegt klar die These *Molts*.

[32]) Molt a.a.O. S. 276.

[33]) Ähnliche Vorstellungen auch bei Bertram S. 166, der behauptet, daß die wahlkreisfremden Abgeordneten „am stärksten bei der Sozialdemokratie" zugenommen hätten, und sich dabei bedenkenlos auf eine Frankfurter Dissertation von 1923 (Louis Rosenbaum, Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847—1919) beruft, deren „Ergebnis, daß die Sozialdemokratie, ‚die auf ein allgemein gültiges Dogma eingeschworen war und sich an keine Überlieferung gebunden fühlte, auch in der Auswahl ihrer Parlamentsvertreter diesen Gesichtspunkt zum Ausdruck' brachte, [. . .] zweifellos berechtigt" sei.

[34]) Unterscheidet man, wie das meist geschieht, einfach zwischen im Wahlkreis ansässigen und wahlkreisfremden Abgeordneten, ohne dabei regionale Bindungen und durch den Lebenslauf der Abgeordneten bedingte Beziehungen zum Wahlkreis zu berücksichtigen, so gewinnt man statistische Daten von nur sehr begrenzter Aussagekraft. Dazu unten S. CLXIII ff. (Anlage B).

[35]) Den einzelstaatlichen Landtagen und den Bürgerschaften der Hansestädte gehörten von den 110 Abgeordneten, die 1912 gewählt worden waren, gleichzeitig 21 an, während weitere 11 frühere Landtags- oder Bürgerschaftsmitglieder waren. Kommunalpolitisch betätigten sich 41 Fraktionsmitglieder (als Stadtverordnete, Gemeindevertreter, Magistratsmitglieder, Mitglieder von Bezirkstagen und Distriktsräten etc.); 18 weitere hatten kommunalpolitische Erfahrungen aufzuweisen. Die Gesamtzahl der Fraktionsmitglieder, die neben ihrem Reichstagsmandat noch Landtagsmandate bzw. kommunale Ämter oder auch beides ausübten, betrug 51; rechnet man die ehemaligen Mandatsinhaber hinzu, so waren es 75 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, die auch parlamentarische Erfahrung aus ihrer Mitarbeit in Landtagen oder kommunalen Vertretungskörperschaften besaßen. Vgl. auch die von Snell (s. 3. Kapitel Anm. 34) S. 200 f. mitgeteilten Werte. Im übrigen s. S. CLXIII ff. (Anlage B).

die Sozialdemokratie bei den Landtags- und Kommunalwahlen fast überall durch die herrschenden Wahlsysteme benachteiligt wurde.[36])

Von den 9 bayerischen Abgeordneten, die 1912 gewählt wurden, kam nur einer, und zwar der für Nürnberg gewählte Dr. *Südekum*, der seinen Wahlkreis schon seit zwölf Jahren vertrat und dort zur Zeit seiner ersten Wahl als Redakteur tätig gewesen war, nicht aus Bayern; 5 waren Landtagsabgeordnete, einer ehemaliger Landtagsabgeordneter; die beiden übrigen waren führende Kommunalpolitiker *(Binder:* Adjunkt in Kaiserslautern; *Hugel:* Magistratsmitglied in Bayreuth). Die 3 in Württemberg gewählten Fraktionsmitglieder waren sämtlich, ebenso wie der einzige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus Baden, gleichzeitig Landtagsabgeordnete. Ausnahmslos wahlkreisgebunden waren die 4 hessischen Abgeordneten, darunter ein amtierendes und ein ehemaliges[37]) Landtagsmitglied. Unter den 5 elsaß-lothringischen Abgeordneten, von denen 4 auch dem Landtage angehörten, befand sich keiner, der nicht im Reichsland seßhaft war.

Sachsen stellte 19 Abgeordnete, von denen 12, darunter 5 frühere Landtagsabgeordnete[38]), auch im Lande wohnten und tätig waren; 3 weitere waren von Haus aus Sachsen; einer war vorübergehend in Leipzig und Chemnitz Redakteur gewesen *(Wendel)* und einer *(Stücklen)* während seiner Redakteurstätigkeit in dem benachbarten Kleinstaat Altenburg in einem sächsischen Wahlkreis gewählt worden, den er seit 1903 innehatte; nur bei 2 Abgeordneten *(Molkenbuhr* und *Krätzig)* läßt sich keine regionale Bindung erkennen.

---

[36]) Insofern ist auch die Feststellung von Snell a.a.O. S. 201, daß „comparatively few of the Socialist Deputies had sat in Landtagen" irreführend; vor allem wenn man berücksichtigt, daß die Sozialdemokratie im preußischen Landtag des Dreiklassenwahlrechts überhaupt erst seit 1908 (mit 7 Mandaten, von denen eins bei einer Nachwahl wieder verloren ging) vertreten war. So befand sich auch unter den 51 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten preußischer Wahlkreise nur ein Doppelmandatar *(Liebknecht)*. Sieht man von den insgesamt 70 sozialdemokratischen Vertretern preußischer und sächsischer (dazu unten bes. auch Anm. 38) Reichstagswahlkreise ab, so liegt der Anteil der Doppelmandatare sogar erstaunlich hoch (20 von 40; ohne Berücksichtigung ehemaliger Landtagsabgeordneter), zumal die Sozialdemokratie auch 1912 noch nicht in allen einzelstaatlichen Landtagen vertreten war. Für die Verteilung der 224 Landtagsmandate, über die die SPD nach dem Stande von 1912 verfügte, vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 37. Keine sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten gab es in den beiden Mecklenburg, die bis zur Revolution von 1918 an ihrer ständischen Verfassung festhielten, in Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Reuß ä. L.

[37]) *David*, der nach mehrjähriger Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter des Mainzer Wahlkreises seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt hatte, ohne daß sich jedoch seine Beziehungen zu seinen Mainzer Wählern lockerten.

[38]) Nach der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Wahlrechtsänderung vom März 1896 im „roten Königreich" Sachsen, war die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsmandate außerordentlich stark zurückgegangen; vorübergehend war die SPD sogar überhaupt nicht im Landtag vertreten. Erst die Wahlen von 1909, denen eine neuerliche Änderung des Wahlrechts vorangegangen war, brachten wieder — obgleich auch das jetzt eingeführte Pluralwahlrecht die Sozialdemokratie noch immer erheblich benachteiligte — eine nennenswerte Zahl (25) von Sozialdemokraten in den Landtag. Daß trotzdem keiner der sächsischen Reichstagsabgeordneten gleichzeitig auch dem Landtag angehörte, war die Konsequenz eines Beschlusses der sächsischen Landesorganisation, keine Doppelkandidaturen zuzulassen. Auf dem Parteitag von 1912 warnte *Bebel* ausdrücklich die Delegierten davor, einem Antrag zuzustimmen, der eine derartige Regelung für die Gesamtpartei vorsah, wenn auch, wie er betonte, „im Prinzip" der Auffassung beizupflichten sei, daß Doppelmandate möglichst vermieden werden sollten. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 391.

Aus Sachsen-Weimar kamen 2 einheimische sozialdemokratische Abgeordnete, einer auch Landtagsmitglied, der andere kommunalpolitisch sehr aktiv. Landtagsmitglied war auch der im Wahlkreis gewählte Abgeordnete von Gotha. Schwarzburg-Rudolstadt wurde durch einen in Sachsen-Meiningen seßhaften und dort auch dem Landtag angehörenden Abgeordneten vertreten und der im sozialdemokratischen Besitz befindliche 2. Meininger Wahlkreis durch einen selbständigen Kaufmann aus dem benachbarten preußischen Erfurt. Der 1912 erstmals in den Reichstag gewählte Vertreter von Sachsen-Altenburg *(Käppler)* hatte dem Landtag des Herzogtums von 1895 bis zu seinem durch seine hauptamtliche gewerkschaftliche Tätigkeit bedingten Umzug nach Berlin im Jahre 1910 angehört. In Reuß ä. L. wurde 1912 ein Abgeordneter aus Hamburg, in Reuß j. L. einer aus Berlin gewählt; beide hatten ihre Wahlkreise, die 1907 vorübergehend verlorengegangen waren, bereits von 1890—1906 ununterbrochen vertreten. Auch die beiden Anhaltschen Wahlkreise hatten auswärtige Abgeordnete, von denen der eine schon seit 1898 als Vertreter eines Berliner Wahlkreises[39]) dem Reichstag angehört hatte; der andere, der 1912 neu gewählt wurde, war von 1901 bis 1907 Gewerkschaftsfunktionär in Magdeburg gewesen.

Der 1. Braunschweigische Wahlkreis war seit langem die Domäne des in Cannstatt wohnenden Parteiveteranen *Blos*, der Anfang der 70er Jahre als junger Redakteur in Braunschweig tätig gewesen war, 1881 dort zuerst kandidiert[40]) und dann das Mandat von 1884 bis 1887 und von 1890 bis 1906 innegehabt hatte; der Abgeordnete für Braunschweig 3 saß, aus Berlin kommend, seit 1906 als Parteisekretär in der Landeshauptstadt.[41]) Den Wahlkreis Rostock im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin vertrat ein Berliner Rechtsanwalt, der auch 1898 und 1903 dort gewählt worden war. Die beiden Abgeordneten für Bremen und Lübeck waren zugleich Mitglieder der Bürgerschaft ihrer Stadtstaaten. Dagegen hatte nur einer der 3 Hamburger Wahlkreise einen einheimischen Abgeordneten, während die beiden übrigen sich im Besitz der Parteiprominenz befanden; *Bebel* war 1898 — nachdem er für eine Wahlperiode das Straßburger Mandat ausgeübt hatte — wieder in seinen alten Wahlkreis Hamburg 1 zurückgekehrt, der bereits von 1883 bis 1893 durch ihn vertreten worden war[42]), Hamburg 2 wurde seit 1881 ununterbrochen durch den geborenen Lübecker *Dietz* vertreten, der zu Anfang des Sozialistengesetzes aus Hamburg ausgewiesen worden war und in der Folgezeit in Stuttgart seinen Verlag aufgebaut hatte.

Diese vielleicht etwas langatmige, aber doch wohl instruktive Übersicht berücksichtigt alle 1912 von der Sozialdemokratie erworbenen nichtpreußischen Mandate. Würde man auch die preußischen Mandate Revue passieren lassen, ergäbe sich kein wesentlich anderes Bild, wenn auch die Fälle, wo sich nach dem Stand unserer biographischen Kenntnisse keine lokale oder regionale Bindung feststellen läßt, etwas häufiger sind. Sie bleiben jedoch Ausnahmen, was um so mehr Beachtung verdient, als die Sozialdemokratie durch die preußische Wahlkreiseinteilung besonders benachteiligt wurde.

[39]) Wolfgang *Heine*, an dessen Stelle 1912 im 3. Berliner Wahlkreis das Parteivorstandsmitglied *Pfannkuch* aufgestellt und gewählt wurde. Dazu Bertram S. 145.

[40]) Vgl. Georg Eckert, Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz. I. Teil (1878—1884), Braunschweig 1961, S. 100.

[41]) *Antrick*. Der Wahlkreis war schon einmal, und zwar in der X. Legislaturperiode (1898—1903) durch Richard *Calwer*, sozialdemokratisch vertreten gewesen. Für seine Ablösung als Kandidat durch *Antrick*, der zuerst 1907 in Braunschweig 3 aufgestellt wurde, vgl. *Calwers* in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichte Erklärung vom 14. 8. 1907, Wortlaut bei Michels, Soziologie S. 461 f., sowie die Gegendarstellung von *Rieke*-Braunschweig auf dem Parteitag von 1907, Protokoll S. 333 f.

[42]) Als *Bebels* Nachfolger wurde im Oktober 1913 der Hamburger *Stolten*, der seit 1901 der Bürgerschaft angehörte, in den Reichstag gewählt.

Von den 236 preußischen Wahlkreisen wurden 1912 nur 51[43]) von Sozialdemokraten erobert, was einem Anteil von 21,6%[44]) gleichkommt; von den 161 nichtpreußischen Wahlkreisen befanden sich hingegen 59[45]) oder 37%[46]) in den Händen der Partei.[47])

[43]) Das entspricht 46,4% der 110 Mandate, die insgesamt auf die Sozialdemokratie fielen. Dagegen wurden in Preußen 56,6% der sozialdemokratischen Stimmen (2 407 316 von 4 250 399) bei den Hauptwahlen aufgebracht. Vgl. auch die Übersicht bei Bertram S. 206 f. über die regionale Stimmenverteilung bei den Reichstagswahlen von 1903 und 1912.

[44]) Dagegen betrug der sozialdemokratische Stimmenanteil in Preußen 32,1% und lag damit etwas unter dem Reichsdurchschnitt (34,8%). Vgl. auch Bertram a.a.O.

[45]) = 53,6% der sozialdemokratischen Mandate, bei einem Anteil an der sozialdemokratischen Gesamtstimmenzahl von 43,4% (absolut: 1 843 083) in den nichtpreußischen Wahlkreisen des Reiches. Vgl. auch Anm. 43.

[46]) Dieser Prozentsatz lag nur wenig unter dem durchschnittlichen sozialdemokratischen Stimmenanteil in den nichtpreußischen Wahlkreisen, der sich mit 39% erheblich über dem Reichsdurchschnitt bewegte. Dabei wirkte sich das herrschende Wahlsystem, das die Sozialdemokratie generell benachteiligte, in einer Reihe von Gebieten stark zu ihren Gunsten aus, am ausgeprägtesten in den Hansestädten, deren 5 Mandate bei einem durchschnittlichen sozialdemokratischen Stimmenanteil von 55% sämtlich an die SPD fielen, und im Königreich Sachsen, wo sie mit ebenfalls 55% der Stimmen in 19 von 23 Wahlkreisen erfolgreich war. Ähnlich günstige Verhältnisse ergaben sich in Preußen, abgesehen von Berlin, vor allem in der Provinz Sachsen, wo bei einem durchschnittlichen Stimmenanteil von 42,7% 10 der 20 Wahlkreise an die SPD gingen.

[47]) Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen von Snell a.a.O. S. 200, die allerdings ergänzt und modifiziert werden müßten: „Data regarding the areas in which SPD deputies were born and in which they lived in 1912 tell more about their social backgrounds. As might be expected, more of the deputies were born in Prussia than in any other part of Germany; 49.1 percent first knew life in this largest of German states. Within Prussia, thirteen deputies were born in Brandenburg, which is to say in the Berlin industrial area. The Saxon industrial region (Prussian Saxony plus the Kingdom of Saxony) gave birth to twenty-five deputies. Fourteen were born in the more rural states of Baden and Bavaria, while the birth areas of the remaining deputies were not significantly concentrated. When areas of birth are compared with areas of 1912 residence, the previous movement of these men from rural or older industrial areas to expanding industrial regions is further documented. Though fourteen deputies had been born in Baden and Bavaria, nine lived in these states in 1912. Sixty-four lived in Prussia (58.2 percent); although thirteen were born in Brandenburg, thirty-three resided there in 1912. The Kingdom of Saxony, where nineteen had been born, was home for twelve in 1912; though Saxony remained highly industrialized, industrial capitalism had burgeoned more rapidly in the Berlin and Ruhr areas, and this fact was reflected by the residences of the SPD deputies." — Dazu wäre vor allem zu bemerken, daß sich die 33 Abgeordneten, die ihren Hauptwohnsitz in der Mark Brandenburg hatten, sämtlich auf Berlin und seine Vororte konzentrierten. Für diese Ballung, zu der sich auch im rheinisch-westfälischen Raum kein Pendant ergibt (in den Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Köln hatten insgesamt 8 Fraktionsmitglieder ihren Wohnsitz, von denen 6 der im sozialdemokratischen Besitz befindlichen 8 Wahlkreise dieser Region vertreten wurden), ist jedoch weniger der Grad der Industrialisierung verantwortlich zu machen als die Tatsache, das die Reichshauptstadt Sitz des Parlaments, der Parteileitung und der Generalkommission war, so daß hier natürlicherweise ein großer Teil der Berufspolitiker residierte, die jedoch, soweit sie in weit entfernten Wahlkreisen gewählt worden waren, nicht von vornherein als „wahlkreisfremd" eingestuft werden dürfen. So läßt sich diese Bezeichnung beispielsweise auf keinen Fall auf *David* (vgl. oben Anm. 37), *Haase* (vgl. voriges Kapitel) oder *Käppler* (vgl. oben) anwenden. Charakteristisch für die Konzentration der Berufspolitiker im Berliner Raum, deren Bedeutung für die Arbeitsfähigkeit der Fraktion nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, ist die Berufsstruktur der hier wohnhaften 33 Fraktionsmitglieder, von denen 22 „Arbeiterbeamte" (10 Gewerkschaftsfunktionäre, 6 Parteifunktionäre, 4 Parteiredakteure, 1 Expedient, 1 Krankenkassenbeamter), 6 „Schriftsteller" (dazu auch voriges Kapitel) und 5 Rechtsanwälte waren.

Die starke Beachtung lokaler und regionaler Rücksichten, die sich schon für die Periode des Sozialistengesetzes nachweisen läßt[48]), braucht einen erheblichen Einfluß der Parteileitung nicht auszuschließen, berechtigt jedoch zu der Annahme, daß sich dieser Einfluß in Grenzen hielt, so daß *Nipperdeys* These, die „Macht über die Kandidatenaufstellung" und damit über „die Ergänzung des Führungsorgans Fraktion" sei zwischen Bezirks- und Wahlkreisinstanz verteilt geblieben[49]), im wesentlichen zutreffen dürfte.

Der Ausbau und die Bürokratisierung der Parteiorganisation waren keineswegs automatisch mit einer Zentralisierung der Macht im Parteivorstand gleichzusetzen, dessen unmittelbarer Einfluß auf die Wahlkreisorganisationen durch die Schaffung der Bezirks- und Landesinstanzen und die dezentralisierte Führung des Wahlkampfes, zu der man 1893 übergegangen war, sogar in mancher Hinsicht abgeschwächt wurde[50]). Auch die Bezirkssekretäre, die vielfach gleichzeitig den Vorständen ihrer Organisationen angehörten, wird man nicht einseitig als bloße Instrumente der Zentrale betrachten dürfen[51]).

Sie wurden zwar durch den Parteivorstand angestellt, jedoch „im Einvernehmen mit den Genossen"[52]) in den betroffenen Bezirken. Die Version der Parteileitung, daß die Sekretäre, „abgesehen von der Verpflichtung [...], dem Vorstand mindestens vierteljährlich Bericht zu erstatten, [...] unter der Kontrolle der Bezirksleitungen bzw. Landesorganisationen" stünden und deren weisungsgebundene Organe seien[53]), mag den Grad ihrer Abhängigkeit verharmlosen, trifft jedoch die doppelte Verantwortlichkeit der regionalen Sekretäre.

---

[48]) Vgl. Deutscher Parlamentsalmanach, begr. u. hrsg. von Georg Hirth, 15. Ausgabe Nov. 1884. Von den dort berücksichtigten 22 sozialdemokratischen Abgeordneten (2 weitere, die in Wahlkreisen gewählt wurden, in denen die Hauptwahlen wiederholt werden mußten, kamen im Dezember hinzu) waren 11 am Ort gewählt: *Bock* (Gotha), *Dietz* (Hamburg, von dort ausgewiesen und seither in Stuttgart wohnhaft), *Grillenberger* (Nürnberg), *Harm* (Elberfeld), *Kräcker* (Breslau), *Meister* (Hannover), *Rödiger* (Gera, Reuß; war dorthin jedoch erst 1884 nach seiner Ausweisung aus Berlin gekommen), *Sabor* (Frankfurt/M.), *Schumacher* (Solingen), *Singer* (Berlin), *v. Vollmar* (München); auch *A. Heine* (Halberstadt, gewählt in Magdeburg), *Kayser* (Dresden, gewählt in Reichenberg-Auerbach) und *Stolle* (Gesau bei Glauchau, geb. bei Crimmitschau, gewählt in Zwickau-Crimmitschau) können kaum als wahlkreisfremd klassifiziert werden. Der gebürtige Gießener *W. Liebknecht* wurde in Offenbach gewählt; für *Blos* vgl. oben (bes. auch Anm. 40). *Auer*, *Bebel* und *Hasenclever* behaupteten ihre bisherigen Wahlkreise. — Für 1887 ergibt sich ein ähnliches Bild; unter den 11 sozialdemokratischen Abgeordneten, die ihre Reichstagssitze behauptet hatten, befanden sich 7 der auch 1884 am Ort gewählten. Vgl. Deutscher Parlamentsalmanach, 16. Ausgabe März 1887. — Nach Nipperdey S. 305, waren 1877 „fast alle" Kandidaten „außerhalb, z. T. weit entfernt von ihren Wohnorten" aufgestellt worden. Für die Änderung dieser Praxis vgl. auch oben 1. Kapitel Anm. 7.

[49]) Nipperdey S. 390.

[50]) Vgl. Ritter S. 56 ff.

[51]) So bes. Molt S. 229 und S. 275 f. Auch die Feststellung von Nipperdey S. 373, daß die Zentrale „durch die Anstellung der Bezirkssekretäre schon einen fast beherrschenden Einfluß" auf den „Apparat der Parteisekretäre" genommen habe, ist überspitzt. Vgl. auch folgende Anm.

[52]) Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 22 f. (Bericht des Parteivorstandes), die a.a.O. angegebenen Namen der bisher eingestellten Sekretäre sprechen dafür, daß im Regelfalle tatsächlich in dieser Weise prozediert wurde. S. auch Schröder I S. 78 f.

[53]) Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 25; Schröder I S. 379.

Ihr Anteil an der Fraktion von 1912 fiel zwar insgesamt wenig ins Gewicht, lag jedoch verhältnismäßig hoch, wenn man berücksichtigt, daß es sich um eine im Vergleich zu den Parteiredakteuren und Gewerkschaftsbeamten noch recht neue, auch zahlenmäßig viel schwächere Kategorie von „Arbeiterbeamten" handelte. Es spricht jedoch wenig dafür, daß die 8 regionalen Parteisekretäre in der Fraktion[54]), die durch die Bank[55]) schon vor der Übernahme ihrer Ämter in ihren Bezirken verwurzelt gewesen[56]) und auch, mit einer Ausnahme[57]), in zum Bezirk gehörenden Wahlkreisen gewählt worden waren, ihre Mandate in erster Linie dem „Wohlwollen"[58]) des Parteivorstandes zu verdanken gehabt hätten. Das gleiche gilt in noch höherem Maße für die Parteiredakteure, von denen mancher in seiner Zeitung bewiesen hatte, daß er nicht als williges Sprachrohr der Vorstandspolitik zu betrachten war.

Auch die These *Molts* von dem starken, zentral gelenkten gewerkschaftlichen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung erscheint überspitzt. „Bedeutsamer als die Zahl der Gewerkschaftler in der Fraktion", so erklärt er, sei „der Umstand, daß ihre Wahl nicht auf ihre Parteitätigkeit zurückzuführen ist, sondern auf ihre Stellung im Verband und die durch ihn repräsentierte Mitgliederzahl".[59]) Jedoch selbst bei über der Hälfte der 8 Verbandsvorsitzenden, die 1912 gewählt wurden, bietet sich zwanglos eine andere Motivation an.[60]) Auch mögen sich mancherorts,

[54]) Vgl. voriges Kapitel.

[55]) Mit Ausnahme von *Antrick*, der erst 1906, als er das Braunschweiger Parteisekretariat übernahm, von Berlin nach Braunschweig übergesiedelt war.

[56]) Vgl. die Lebensläufe der im vorigen Kapitel genannten Regionalsekretäre im Reichstagshandbuch. Für Franz *Schmitt*, der bereits in den 90er Jahren als Vertrauensmann der Münchener Sozialdemokratie fungierte, s. auch R. Jansen, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 13), Düsseldorf 1958, S. 61, 95.

[57]) Der Münchener Parteisekretär Franz *Schmitt* wurde in Würzburg, seinem Geburtsort, gewählt. Das einzige oberbayerische Mandat (München 2), über das die Sozialdemokratie verfügte, befand sich seit 1890 im sicheren Besitz von *Vollmar*, der 1884 dort zuerst gewählt worden war.

[58]) Molt S. 275.

[59]) A.a.O. S. 241 f.

[60]) So bei *Brey*, Vors. des Fabrikarbeiterverbandes, Hannover (in Hannover gewählt, auch Vors. der sozialdem. Landesorganisation für die Provinz Hannover), *Deichmann*, Vors. des Tabakarbeiterverbandes, Bremen (1912 in Einbeck-Northeim-Uslar gewählt; in Uslar geb.), *Jäckel*, stellv. Vors. des Textilarbeiterverbandes, Berlin (1912 in sächs. Wahlkreis gewählt; stammte aus Sachsen und war dort auch als Arbeiterbeamter tätig gewesen), *Käppler*, stellv. Vors. des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes, Berlin/Boxhagen (s. oben), *Simon*, Vors. des Schuhmacherverbandes, Nürnberg (1912 in Hof gewählt, vertrat auch einen Nürnberger Wahlkreis im bayerischen Landtag). *Giebel*, Vors. des Verbandes der Büroangestellten, Berlin/Niederschönhausen, und *Schumann*, Vors. des Transportarbeiterverbandes, Berlin/Mahlsdorf, beide 1912 in Wahlkreisen des Regierungsbezirks Frankfurt/Oder gewählt, also im Einzugsbereich von Berlin. Das schließt nicht aus, daß die Vermutung von Molt S. 254 zutreffen könnte, hinter der Aufstellung *Giebels* und ebenso der des 2. Vors. der Generalkommission, *Bauer*, in aussichtsreichen Wahlkreisen, habe die Absicht gestanden, die Angestelltenbewegung zu fördern. Mit Sicherheit hingegen darf ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsstellung und Reichstagsmandat bei *Sachse*, Bochum, Vors. des Bergarbeiterverbandes seit 1902, vorher Vors. des sächs. Berg- und Hüttenarbeiterverbandes, angenommen werden, der — als Nachfolger des Bergarbeiterführers *Möller* — seit 1898 den schlesischen Wahlkreis Waldenburg vertrat.

wenn beispielsweise ein Bergarbeiterführer in einem Bergbaubezirk[61]) oder ein Textilarbeiterführer in einem wirtschaftlich durch die Textilindustrie geprägten Wahlkreis[62]) gewählt wurde, gewerkschaftliches Verbandsinteresse und lokales Parteiinteresse unmittelbar gedeckt haben.

Will man dem Vorgang der Kandidatenauswahl tatsächlich gerecht werden, so drängt sich die Einsicht auf, daß dabei Momente der verschiedensten Art berücksichtigt werden müssen, die nicht voneinander isoliert werden können und sich vielfach überschneiden. Ein Katalog dieser Momente müßte Protektion seitens des Parteivorstandes und Auswirkungen gewerkschaftlicher Personalpolitik[63]) ebenso berücksichtigen wie Eignung, Prominenz, Parteiposition und Anciennität, hätte jedoch, von der Zusammensetzung der Fraktion her gesehen, eindeutig zwei Momente in den Vordergrund zu rücken, nämlich die bereits hervorgehobene Bedeutung der lokalen und regionalen Bindungen sowie den schlechthin unbestrittenen Vorrang des Prinzips der Kontinuität.

Ein einmal gewählter Abgeordneter wurde „in der Regel selbstverständlich [...] auch bei der nächsten Wahl"[64]) wieder in seinem Wahlkreis aufgestellt, der, wenn er nur sicher genug war, in seinen festen Besitz überging, so daß sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte „eine beträchtliche Reihe von Ganz- und Halbinvaliden"[65]) in der Fraktion ansammelte. Ob ein zu parlamentarischer Tätigkeit kaum noch tauglicher Veteran auf die Wiederaufstellung verzichtete oder es vorzog, in den Sielen zu sterben, hing im allgemeinen nur von seiner eigenen „Einsicht" ab, da sein erworbener Besitztitel, auch wenn er inzwischen dem „Parteiinteresse" widersprach[66]), durchweg sowohl von der Wahlkreisorganisation als auch von den mittleren und höheren Parteiinstanzen respektiert wurde. Das Moment der Kontinuität zeigte sich jedoch nicht nur bei den Wiederwahlen, sondern es spielte auch bei den Kandidaturen in weniger aussichtsreichen Wahlkreisen eine erhebliche Rolle.[67])

[61]) Wie *Sachse*.

[62]) Wie *Krätzig*.

[63]) Dazu die bei Molt S. 238 mit falscher Quellenangabe und bei Varain S. 30 zitierte Klage Ignaz *Auers* auf dem Lübecker Parteitag von 1901.

[64]) Anleitung zur Organisation und Agitation für die sozialdemokratische Partei in Württemberg, hrsg. vom Landesvorstand, Stuttgart 1907, S. 9. Zitiert nach Nipperdey S. 330 Anm. 2. Vgl. in diesem Zusammenhang auch oben Anm. 24a.

[65]) Severing I S. 161; vgl. auch a.a.O. S. 164. Ferner Nr. 169, wonach das 25jährige parlamentarische Jubiläum in der Fraktion gefeiert wurde.

[66]) Keil I S. 252 zitiert einen an ihn gerichteten Brief *Bebels* von Anfang 1907, in dem es hieß: „Wenn nur alle unsere Invaliden die Einsicht von *Tauscher* hätten und nicht mehr kandidierten. Leider fehlt verschiedenen diese Einsicht und die Genossen wagen nicht zu sagen, was das Parteiinteresse gebietet." Zitiert auch bei Nipperdey S. 330.

[67]) So erwähnt beispielsweise *Grenz* in seinem Lebenslauf, Reichstagshandbuch 1912, S. 259, ausdrücklich, daß er seit 1890 Kandidat für den 21. sächsischen Wahlkreis gewesen sei. Dazu auch die Tabelle „Sozialdemokratische Abgeordnete, die zum ersten Mal 1912 (XIII. LP) in den Reichstag gewählt wurden", bei Molt S. 234, die allerdings den Nachteil besitzt, daß sie, ohne daß ein Wort darüber verloren wird, nur 43 der 48 erstmals Gewählten berücksichtigt; von diesen 43 waren nach den Feststellungen *Molts* insgesamt 17 nach mehrfachen Kandidaturen im gleichen Wahlkreis zum Zuge gekommen.

Kontinuität und lokale oder regionale Bindungen, die für die Beziehungen der meisten Abgeordneten zu ihren Wahlkreisen konstituierende Bedeutung besaßen, machen zusammengenommen am besten deutlich, wie wenig davon die Rede sein kann, daß die Zusammensetzung der Fraktion von oben beliebig manipulierbar gewesen wäre. Im übrigen bildeten auch die Mitglieder der Parteileitung keine so politisch geschlossene Gruppe, daß ihr Einfluß auf die einseitige Begünstigung einer innerparteilichen Richtung hätte hinauslaufen können.[68]) Für die Wahlkreise wiederum waren das persönliche Ansehen der Kandidaten, ihre Verdienste um die Organisation und die Einschätzung ihrer Fähigkeiten oft von größerem Interesse als die politische Richtung, die sie innerhalb der Partei vertraten.[69]) Es ist überhaupt noch völlig ungeklärt, in welchem Maße Auseinandersetzungen um politische Richtungsfragen Entscheidungen über Kandidaturen beeinflußt haben.

Gewiß unabsehbare politische Folgen hatten die sich ständig verstärkende Bevorzugung der hauptamtlichen Funktionäre bei den Kandidaturen und die dadurch bedingten Änderungen in der Sozialstruktur der Fraktion, die, wie *Molt* zutreffend betont, den „Veränderungen des Funktionärskörpers"[70]) entsprachen, nur daß es sich dabei nicht, wie er meint, um einen weitgehend gelenkten Prozeß handelte. Auch die oligarchischen Tendenzen innerhalb der eng miteinander verflochtenen Apparate von Partei und Gewerkschaften und die kollegiale „Funktionärssolidarität"[71]) können nicht in erster Linie für die dominierende Stellung verantwortlich gemacht werden, die die „Arbeiterbeamten" in der Reichstagsfraktion erlangten. Das hieße eindeutig, Ursache und Wirkung verwechseln. Selbst *Michels* hat mit Nachdruck hervorgehoben, daß die Schicht der hauptamtlichen Funktionäre zunächst einmal als eine durch „eine Art natürlicher Selektion" entstandene „proletarische Elite"[72]) angesehen werden muß:

„Eine so ausgezeichnet organisierte Riesenpartei, wie die Sozialdemokratie es unzweifelhaft ist, muß, ebenso wie auch der andere Zweig der modernen Arbeiterbewegung, die Gewerkschaft, ein dieser Massenhaftigkeit entsprechendes Bedürfnis nach Männern besitzen, die ihren ausschließlichen Beruf darin finden, diese Monstre-Maschine zu bedienen: Presseredakteure, Parteisekretäre, Buchhalter, Buchhändler und andere Beamte. Zum Ausfüllen aller dieser Stellen steht der deutschen Arbeiterbewegung [...] eine nur beschränkte Zahl von Überläufern aus der Bourgeoisie zur Verfügung. Auf diese Weise ist es zu erklären, daß die große Mehrzahl der von der Partei gegründeten und dotierten Stellen mit Männern aus den arbeitenden Klassen, die sich durch Bil-

[68]) Ein solches Verfahren wäre aber auch der herrschenden Integrationstaktik strikt zuwidergelaufen, die ihren institutionellen Ort im Parteivorstand und im Vorstand der Reichstagsfraktion hatte. Vgl. Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkriege, in: Marxismusstudien, 2. Folge, hrsg. von Iring Fetscher, Tübingen 1957, S. 159 ff.

[69]) Dazu bes. Nipperdey S. 334 ff.

[70]) Molt S. 233. Dazu jetzt auch die Übersicht über die Hauptberufe der sozialdemokratischen Kandidaten und Abgeordneten 1903 und 1912 bei Bertram a.a.O. S. 164. Zur Kritik der von Bertram vorgenommenen Einordnung s. 3. Kapitel Anm. 34.

[71]) A.a.O. S. 275.

[72]) Michels, Soziologie S. 264.

dungsdrang und Rührigkeit das Vertrauen ihrer Genossen erworben haben, besetzt worden sind."[73])

Stellten aber die Partei- und ebenso die Gewerkschaftsbeamten in diesem Sinne eine Elite dar, so mußten sie gleichsam automatisch zu dem Reservoir werden, aus dem die Wahlkreisorganisationen in zunehmendem Maße ihre Kandidaten entnahmen. Das gilt unabhängig davon, wie das Auswahlverfahren gehandhabt wurde, ob oligarchische Praktiken die Mitgliedschaft zu völliger Einflußlosigkeit verurteilten oder ob ihre Stimme in den Mitglieds- und Delegiertenversammlungen wirksam zur Geltung kam.[74])

Es gilt um so mehr, als die Mindestanforderungen an die Eignung der Kandidaten seit jeher nicht nur an sachliche, sondern auch an technische Voraussetzungen gebunden waren. Außer einem bestimmten, schon für die Führung des Wahlkampfes erforderlichen Maß an politischer Schulung und Erfahrung mußte der Kandidat auch „eine hinreichend unabhängige Stellung"[75]) besitzen, d. h., er durfte von keinem privaten Arbeitgeber abhängig sein, wollte er sich nicht schon durch die Kandidatur der Maßregelung aussetzen, ganz abgesehen davon, daß Lohnarbeit und Mandatsausübung auch praktisch nicht miteinander vereinbar waren.[76]) Diese Bedingung, die ursprünglich kleine selbständige Handwerker, Händler und Wirte stark begünstigte, wurde durch die hauptamtlichen Bediensteten von Partei und Gewerkschaften in fast idealer Weise erfüllt. Aber die Entwicklung seit 1890 wurde nicht nur durch eine Umschichtung innerhalb des Kandidatenreservoirs gekennzeichnet, sondern der Selektionsprozeß, der mit dem Anwachsen der Organisationen immer mehr Menschen in den hauptamtlichen Dienst der Arbeiterbewegung führte, vermehrfachte damit zugleich auch die Zahl derer, die — sowohl sachlich als auch technisch — für Kandidaturen und Mandate in Frage kamen.

Berücksichtigt man den Rhythmus dieses Selektionsprozesses[77]), so erscheint der Anteil von 23 Gewerkschaftsbeamten in der großen Fraktion von 1912 gar nicht einmal übertrieben hoch; denn die Gewerkschaften verfügten inzwischen über die große Mehrzahl der dotierten Stellungen. Dieses Potential hätte auch dann erheblich ins Gewicht fallen müssen, wenn die Gewerkschaftsinstanzen ganz darauf verzichtet hätten, sich als personalpolitische pressure groups zu betätigen.

Von der Vergrößerung des Potentials her wird es auch ohne weiteres verständlich, daß Anciennitätsgesichtspunkte eine größere Rolle zu spielen begannen und daß damit auch das durchschnittliche Eintrittsalter der erstmals gewählten Abgeordneten etwa seit der Jahrhundertwende stieg[78]), zumal viele sichere oder aussichtsreiche Wahlkreise durch Wiederwahlen blockiert waren. Trotzdem war das System der Kandidatenaufstellung bei der Unterschiedlichkeit der lokalen und regionalen Voraussetzungen noch immer elastisch genug, um sehr ver-

[73]) A.a.O.

[74]) Dazu Nipperdey S. 307 f., 316 f., 334 f., 337, 348 f., 390 f.

[75]) S. 1. Kapitel Anm. 7.

[76]) Vgl. 3. Kapitel bes. auch Anm. 17.

[77]) Vgl. 3. Kapitel bes. auch Anm. 28.

[78]) Vgl. 3. Kapitel Anm. 23.

schiedenartige Interessen und Bedürfnisse ohne sichtbare zentrale Reglementierung befriedigen zu können; und noch immer bot es genügend Raum, um auch jungen Kräften nicht den Weg in den Reichstag zu versperren.

Das Übergewicht, das die hauptamtlichen Funktionäre in der Reichstagsfraktion erlangten, kann um so weniger überraschen, als die technischen Kriterien, die bei der Kandidatenauswahl berücksichtigt werden mußten, schon immer die Sozialstruktur der Fraktion weitgehend präjudiziert hatten. Es bleibt freilich die Frage, wieweit die Fraktion ihrer Zusammensetzung nach überhaupt dazu in der Lage war, der politischen Haltung der — an der Kandidatenauswahl nur sehr beschränkt beteiligten — Mitgliedschaft der Partei und der Massen ihrer Arbeiterwähler unverfälscht Ausdruck zu geben. Diese Frage war keineswegs erst durch die Entwicklung der Partei zum politischen „Großbetrieb" akut geworden, sondern sie hatte, wie bereits im vorigen Kapitel erwähnt, schon unter dem Sozialistengesetz eine große Rolle in der innerparteilichen Polemik gespielt.

Damals hatte auch *Engels* von seinem Londoner Beobachtungsstand aus bittere Kritik an der sozialdemokratischen Reichstagsvertretung geübt, wobei er den Kern des Übels in ihrer sozialen Zusammensetzung zu erkennen glaubte. Sein Zorn galt allen „bürgerlichen und bürgerlich angehauchten Sozialisten"[79]), in erster Linie aber den „Gebildeten"[80]), „diesen verbummelten Studenten, Kommis etc.", die der „Fluch der Bewegung" seien.[81]) Eines Tages müsse es zu einer Auseinandersetzung mit diesen Elementen in der Partei kommen, die „weder Anhang in den Massen noch Talente noch Kenntnisse"[82]) besäßen und sich mit „staatssozialistischen Brocken"[83]) zufriedengäben. In diesem Sinne zog er beispielsweise in einem Brief an *Bebel* vom 6. Juni 1884 über die „*Blos*, *Geiser* und Co." her:

„Diese angeblich ‚gebildeten', in Wirklichkeit absolut unwissenden und mit Gewalt nichts lernen wollenden Philanthropen, die man gegen *Marx* und meine Warnung nicht nur zugelassen, sondern in Reichstagssitze hineinprotegiert hat, scheinen mir mehr und mehr zu merken, daß sie in der Fraktion die Mehrzahl haben [...] Wie soll das aber gehen bei den nächsten Wahlen, wenn diesen Leuten, wie es scheint, die sichersten Wahlkreise zufallen."[84])

Es sei zwar „ganz in Ordnung", bemerkt er in einem weiteren, unmittelbar vor den Oktoberwahlen von 1884 geschriebenen Brief an *Bebel*, „daß solche Leute in verhältnismäßig unterentwickelten Wahlkreisen aufgestellt und gewählt" würden; doch in den alten Wahlkreisen der Partei, „die bessere Vertreter verdienen", hätten sie nichts zu verlieren.[85]) Diese „besseren Vertreter" suchte *Engels* zunächst ganz selbstverständlich unter den Arbeitern, während er, der doch

[79]) Friedrich Engels, Briefe an Bebel, besorgt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 92 (11. 10. 1884).

[80]) A.a.O.; s. auch unten.

[81]) A.a.O. S. 85 (18. 1. 1884).

[82]) A.a.O. S. 64 f. (21. 6. 1882).

[83]) A.a.O. S. 90 (6. 6. 1884).

[84]) A.a.O.

[85]) A.a.O. S. 92 (11. 10. 1884).

selbst einer Familie der Großbourgeoisie entstammte und ein umfassend gebildeter Mann war, andere Elemente für fast völlig entbehrlich hielt:

„Wir brauchen nicht zu fürchten, dann keine präsentablen Reichstagskandidaten mehr zu haben. Das ist reine Einbildung. Wenn ein Arbeiter im Reichstag auch einmal mir und mich verwechselt, so brauchen wir nur zu sagen: Wie lange ist es her, daß die Hohenzollern mir und mich unterscheiden können, von den Feldmarschällen gar nicht zu reden."[86])

Aber schließlich mußte auch *Engels* sich davon überzeugen lassen, daß es, mindestens „in Friedenszeiten wie den jetzigen" unmöglich sei, eine „wirklich proletarische Repräsentation" zu schaffen. Resigniert erklärte er die „notwendig mehr oder weniger bürgerlichen Parlamentarier", mochte es sich dabei um kleinbürgerliche Existenzen handeln oder um die immer wieder geschmähten „Gebildeten", für ein „ebenso unvermeidbares Übel" wie die „von der Bourgeoisie in Verruf erklärten, also beschäftigungslosen Arbeiter", die der Partei als „berufsmäßige Agitatoren" zur Last fielen.[87]) Auch die aus dem sozialdemokratischen Wahlsieg von 1890 hervorgegangene größere Reichstagsfraktion nötigte ihm ganz ähnliche Stoßseufzer ab:

„[...] was sitzen in der Fraktion für Spießer und kommen immer wieder hinein! Eine Arbeiterpartei hat nur die Wahl zwischen Arbeitern, die sofort gemaßregelt werden und dann leicht als Parteipensionäre verlumpen, oder Spießbürgern, die sich selbst ernähren, aber die Partei blamieren."[88])

Die Äußerungen *Engels'*, der in Briefen an seine Freunde kein Blatt vor den Mund nahm, sind nicht nur ungeniert, sondern auch überspitzt und in mancher Hinsicht ungerecht, weisen jedoch bereits deutlich auf das Dilemma der — von ihm mit Verlumpung gleichgesetzten — Verbürgerlichung auch der Arbeiterführer proletarischer Herkunft hin, dem dann vor allem Robert *Michels* seine Aufmerksamkeit gewidmet hat. Dabei müssen zwei Grundtypen voneinander unterschieden werden. Dem ersten Typus entsprechen die aus dem Zwang der politischen Verhältnisse entstandenen selbständigen kleinbürgerlichen Existenzen. Sie waren meist auf Arbeiterkundschaft angewiesen und häufig auch mit finanzieller Unterstützung der Partei begründet worden, die ein vitales Interesse daran hatte, einen Teil der Führer, auf denen die Hauptlast der Organisation und der Agitation lag, wirtschaftlich einigermaßen sicherzustellen. Diesem Typus, der unter dem Sozialistengesetz geradezu das Rückgrat der Bewegung im Lande gebildet hatte, aber auch nachher unentbehrlich blieb, gehörten auch die von *Engels* apostrophierten „Spießbürger, die sich selbst ernähren", in der

[86]) A.a.O. S. 65 (21. 6. 1882). Ähnlich auch in einem Brief vom 10./11. 5. 1883, in dem *Engels* über den „geborenen Schulmeister" *Liebknecht* herzieht: „Wenn einmal ein Arbeiter im Reichstag mir statt mich sagt oder einen lateinischen kurzen Vokal lang ausspricht und die Bourgeois lachen, dann ist er *[Liebknecht]* in Verzweiflung. Daher muß er ‚jebildete' Leute haben, wie den Schlappes *Viereck* [...]".

[87]) A.a.O. S. 110 f. (22.—24. 6. 1885), wo es weiter heißt: „Gibt's Diäten, so werden diese sich neben die vorwiegend bürgerlichen und kleinbürgerlichen resp. ‚gebildeteten' Abgeordneten stellen. Aber das wird alles überwunden. Auf unser Proletariat habe ich dasselbe unbedingte Vertrauen wie unbegrenztes Mißtrauen gegen die verkommene deutsche Spießbürgerei."

[88]) *Engels* an Victor *Adler* (30. 8. 1892), in: V. Adler, Aufsätze, Reden und Briefe, Heft 1, Wien 1922, S. 45; zitiert bei Ritter S. 83.

Reichstagsfraktion an. Der zweite Typ, der, wie gezeigt wurde, in der Fraktion Schritt für Schritt den ersten zurückdrängte und ersetzte, wobei der Gesamtanteil der ehemaligen Handarbeiter sich etwa gleich blieb, ist der Typus des Partei- und Gewerkschaftsbeamten proletarischer Herkunft. Auch die Vertreter dieses Typus traten, um mit *Michels* zu sprechen, professionell, ökonomisch und schließlich auch psychologisch „aus dem Proletariat aus und in die kleine Bourgeoisie ein".[89]) Beide Typen stehen nicht unvermittelt nebeneinander, sondern die Schicht der beamteten Funktionäre sog mit der Vermehrung der dotierten Stellen auch viele nur vorübergehend Selbständige auf[90]); auch Mischtypen, darunter mehr oder minder nur formal selbständige Druckereibesitzer oder Verlagsinhaber[91]) sowie solche Funktionäre, die nur geringere Entschädigungen erhielten und gleichzeitig auf gewerbliche Einnahmen angewiesen blieben, waren keine Seltenheit.

Die selbständigen kleinen Existenzen waren zwar oft kümmerlich genug; und auch die von der Partei[92]) und den Gewerkschaften[93]) gezahlten Gehälter waren keineswegs üppig. Trotzdem handelte es sich in dem einen wie in dem anderen Falle nicht um Führer, die Arbeiter unter Arbeitern geblieben waren, sondern um ehemalige Arbeiter und Handwerker, deren soziale Stellung und Funktion sich entscheidend geändert hatte, selbst wenn sie sich noch so radikal gebärdeten.

Daß der Übergang in eine hauptamtliche Partei- oder Gewerkschaftsstellung in den meisten Fällen auch eine Verbesserung der materiellen Lage bedeutete, kann keinem Zweifel unterliegen. Blieben auch die Vergütungen, gemessen an der geforderten Arbeitsleistung gering, so hatte sich doch nie der Standpunkt durchgesetzt, daß „Proletarier nur Proletariergehälter bezahlen"[94]) könnten. Schon in den siebziger Jahren hatte die Partei ihren Angestellten wenigstens „die Lohnsätze bessergestellter Arbeiter"[95]) zugebilligt; und seit den neunziger Jahren waren die Bedingungen, generell gesehen, etwas günstiger, wenn auch die Höhe der Gehälter stark differierte.

Die Gehälter gaben zwar im allgemeinen wenig Anlaß zur Beanstandung. Aber es zeigte sich doch wiederholt auf den Parteitagen, daß es in der Partei Kreise gab, deren Stellung zu den Parteibeamten, die als Avancierte betrachtet wurden, durch unterschwellige soziale Ressentiments mitbestimmt wurde. Das ist beispielsweise deutlich spürbar, wenn konstatiert wurde, daß die „aus den Kreisen der Arbeiter hervorgegangenen" Parteibeamten, „in ihren früheren Stellungen sicherlich weniger gehabt" hätten und daß die Gehälter zwar ausreichen sollten, „um die Bedürfnisse in vernünftiger Weise zu befriedigen", durch diesen Maßstab aber auch in ihrer Höhe limitiert sein müßten.[96]) Von hier aus gesehen

[89]) Michels, Soziologie S. 267.

[90]) Vgl. auch Nipperdey S. 331.

[91]) Vgl. voriges Kapitel Anm. 38.

[92]) Für die Entwicklung der Parteigehälter vgl. bes. Schröder I S. 70 ff.

[93]) Dazu Molt S. 236, bes. auch Anm. 20.

[94]) *Bebel* auf dem Kongreß von Gotha 1876; zitiert nach Schröder I S. 70.

[95]) Mehring II S. 467.

[96]) *Timm*-Berlin auf dem Frankfurter Parteitag 1894; zitiert nach Schröder I S. 75.

gab gerade ein relativ niedriges Gehalt den Parteibeamten die Gelegenheit, den „Idealismus“[97]), der von ihnen erwartet wurde, praktisch zu bewähren. Sie wurden an die „Opferfähigkeit“ der Arbeiter erinnert, die „sich abends und nachts in den Dienst der Partei“ stellten: „dafür fordern die Arbeiter nichts, sie leisten Ungeheures und erhalten nichts“.[98]) Auch das Argument, daß der Parteidienst die beamteten Funktionäre aus Handarbeitern in Kopfarbeiter verwandelt habe, die sich viel weniger anzustrengen brauchten, wurde nicht verschmäht: „Leistet der Kohlengräber nicht eine schwerere Arbeit als der Mann, der in der Stube sitzt?“[99]) Auf der gleichen Linie lag es auch, wenn beantragt wurde, daß auskömmlich besoldete Parteibeamte für nicht mit ihrem Amt zusammenhängende anderweitige Tätigkeiten im Dienst der Partei keinen Anspruch auf „Extrahonorierung“ haben und auch als Reichstagsabgeordnete keine zusätzlichen Parteidiäten beziehen sollten.[100])

Derartige Stimmungen waren immerhin so weit in der Partei verbreitet, daß sich Richard *Fischer*, der damals dem Parteivorstand angehörte, auf dem Parteitag von 1892 mit einem unüberhörbaren Unterton persönlicher Verbitterung beklagte:

„In unserer Partei herrscht vielfach noch die Unsitte, die Gehälter der Parteiangestellten, die Entschädigung an die Agitatoren für ihre Auslagen und Zeitversäumnisse gleichsam als eine Art Trinkgeld, als Gnadengehalt anzusehen, womit man dem betreffenden eine Wohltat erweise. Mit dieser Art und Weise der Bezahlung machen Sie es einer Anzahl sensitiver oder sentimental angelegter Naturen einfach unmöglich, ihre Dienste der Partei zu widmen. (Sehr richtig!) Es ist nicht jedermanns Sache, sich von dem ersten besten öffentlich abtrumpfen zu lassen, wenn man in sich das Gefühl der Pflichterfüllung trägt.“[101])

Zehn Jahre später meinte Ignaz *Auer*, es sei wenig angenehm, immer daran erinnert zu werden, „daß man Parteibeamter ist, wo doch zwischen den Zeilen immer das Wort ‚besoldet‘ steckt“.[102]) Wenn man die Parteibeamten aber auf diese Weise ihre Abhängigkeit spüren ließ, so verbarg sich dahinter offensichtlich das subjektive Bedürfnis, gerade ihnen gegenüber ein sehr vulgär verstandenes demokratisches Gleichheitsprinzip zu demonstrieren. Man konnte sich zwar der Erkenntnis nicht verschließen, daß auch die aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Funktionäre in ihren hauptberuflichen Parteistellungen nicht hatten Arbeiter bleiben können, wollte es aber gleichzeitig nicht recht wahr haben. Was nicht sein durfte, konnte eigentlich auch nicht sein. So fügte sich der von *Michels* durchaus zutreffend umschriebene, wenn auch hinsichtlich seiner Konsequenzen überschätzte Sachverhalt, daß auch der Arbeiterführer proletarischer Herkunft, nicht anders „wie sein Führerkollege Advokat oder Doktor“,

[97]) A.a.O.

[98]) A.a.O.

[99]) *Kobel*-Spremberg auf dem Frankfurter Parteitag 1894; zitiert nach Schröder I S. 77.

[100]) Vgl. die auf dem Breslauer Parteitag 1895 abgelehnten Anträge 43 und 44; Wortlaut bei Schröder I S. 77.

[101]) Schröder I S. 73.

[102]) Auf dem Münchener Parteitag 1902; Schröder I S. 517.

wohl oder übel „zu einem professionellen Zwischenträger" werde[103]), nur schwer in das Weltbild klassenbewußter Sozialdemokraten ein.

Weitaus stärker als das Ressentiment gegen die Parteibeamten, die früher Arbeiter oder Handwerker gewesen waren und denen zugutegehalten wurde, daß sie „von der Pike auf gedient"[104]) und ihren Weg als „Autodidakten"[105]) gemacht hatten, äußerten sich die Vorbehalte gegenüber den zur Partei gestoßenen Akademikern. Gegen sie richtete sich auch der Antrag, „bei der Aufstellung von Kandidaten zur Reichstagswahl soviel wie möglich Männer aus Arbeiterkreisen zu nehmen", den der Lübecker Parteitag von 1901 durch Mehrheitsbeschluß den Wahlkreisen zur Berücksichtigung überwies[106]), was einem Begräbnis erster Klasse gleichkam. Man würde es sich überhaupt zu einfach machen, wenn man die Partei schlechthin akademikerfeindlich nennen wollte, die mehr als jede andere dem Wahlspruch huldigte, daß Wissen Macht sei, die *Marx* und *Lassalle* als ihre geistigen Führer verehrte und *Liebknecht* und *Kautsky* als Autoritäten ersten Ranges respektierte. Ihr Verhältnis zu den Akademikern war ambivalent und läßt sich vielleicht am besten durch den Begriff der Haßliebe charakterisieren.

Schon *Lassalle* hatte gemahnt, bei der Aufnahme von „Literaten" in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Vorsicht walten zu lassen.[107]) Diese Warnung war gewiß nicht unberechtigt, da sich von Anfang an „allerhand Outsider und Quacksalber"[108]) an die Arbeiterpartei herandrängten. Auch daß die Partei daran interessiert sein mußte, sich vor Ehrgeizlingen, Unzufriedenen und verkrachten Akademikern zu schützen, bedarf keiner näheren Erläuterung. Aber es kann gar keine Rede davon sein, daß die Akademiker, die der Partei als Redakteure und Abgeordnete dienten, etwa zum größten Teil gescheiterte Existenzen oder Männer gewesen wären, die in der Sozialdemokratie in erster Linie ein Sprungbrett für ihren anderweitig nicht befriedigten persönlichen Geltungsdrang sahen. Trotzdem mußten sie vielfach mit Mißtrauen oder Mißachtung rechnen. Sie schienen als ohne eigenes Verdienst — nur durch ihre bürgerliche Herkunft, die ihnen auch den Weg zur Universität eröffnet hatte — vom Schicksal Privilegierte, denen eine Arbeiterpartei keine Sonderstellung zuerkennen dürfe.

Aber gerade in diesem Punkte zeigt sich das ambivalente Verhältnis der Partei zu den Akademikern besonders deutlich. Wurde einerseits darüber geklagt, daß „diese Elemente ihre Parteitätigkeit damit an[fangen], daß sie Führerrollen übernehmen"[109]), daß sie zu schnell avancierten und in den Reichstag einrückten, so wäre doch andererseits das schnelle Avancement mancher Akademiker in der Partei gar nicht denkbar gewesen, hätte man ihnen nicht von vornherein — ob berechtigt oder unberechtigt — Vertrauen entgegengebracht und

[103]) Michels, Soziologie S. 288.

[104]) *Ewald*-Brandenburg auf dem Parteitag 1894; Schröder I S. 18.

[105]) *Jahn*-Berlin; a.a.O.

[106]) A.a.O. S. 20.

[107]) A.a.O. S. 18.

[108]) Michels, Soziologie S. 90; vgl. auch a.a.O. S. 246 f., 503.

[109]) *Hoffmann*-Hamburg auf dem Dresdener Parteitag 1903; Schröder I S. 21.

ihre privilegierte Stellung anerkannt. So konnte auch *Bebel* der Beschwerde, „daß so vielfach Akademiker als Kandidaten der Partei" aufträten und sich „nur in das Bett hineinzulegen" brauchten, „das ihnen die Arbeiter bereitet" hätten, mit dem Argument entgegentreten, „daß die Akademiker sich doch nicht selbst aufstellen oder etwa von der Parteileitung aufgestellt werden"[110]). Die vorherrschende Stimmung ging indes eindeutig dahin, daß auch die Akademiker „nicht als Offiziere, sondern als Rekruten"[111]) ihre Parteilaufbahn beginnen sollten und vor ihrer Zulassung zu Parteiämtern und Kandidaturen eine „Zeit der Probe"[112]) durchzumachen hätten. Eine solche „Karenzzeit"[113]), wie sie auch manche, die selbst Akademiker waren, energisch befürworteten, wurde dann in der Weimarer Zeit ausdrücklich durch das Organisationsstatut vorgesehen.[114]) Ihre eigentliche Schärfe gewann die Akademikerfrage jedoch erst dadurch, daß sie als Trumpf bei den innerparteilichen Richtungskämpfen ausgespielt wurde, wie das in besonders ausgeprägter Weise in den Auseinandersetzungen um den Revisionismus geschah. Die Debatte über die Taktik der Partei auf dem Dresdener Parteitag von 1903 appellierte geradezu an die Ressentiments gegen die Akademiker und *Bebel* erntete „stürmischen Beifall", als er ausrief:

„Nach der Entwicklung der letzten Jahre bin ich aber leider noch auf meine alten Tage dazu gekommen zu sagen: Seht euch jeden Parteigenossen an, aber wenn es ein Akademiker ist oder ein Intellektueller, dann seht ihn euch doppelt und dreifach an."[115])

Als Spiegel hielt *Bebel* den Akademikern die proletarischen „Massen" vor, „die besser als die Akademiker wissen, um was es sich bei dem Kampfe des Proletariats handelt".[116]) Ebenso wie die Akademiker hatten sich nach seiner Argumentation die in den Geruch des Revisionismus geratenen ehemaligen Proletarier „in gehobenen Lebensstellungen"[117]) von den Massen entfernt. Es handelt sich also in den Grundzügen um nichts anderes als um eine modifizierte und aktualisierte Wiederholung der alten *Engels*schen Angriffe auf die „Gebildeten" und die „Spießbürger". In dem einen wie dem anderen Falle wird die Existenz einer mißliebigen, des Opportunismus verdächtigten Richtung innerhalb der Partei schlankweg aus dem sozialen Habitus ihrer führenden Vertreter erklärt.

Diese Rechnung geht jedoch nicht so einfach auf. Der Spieß ließe sich durchaus umkehren; und er wurde auch umgekehrt, wenn beispielsweise von gewerkschaftlich-reformistischer Seite den theoretisierenden radikalen Intellektuellen unterstellt wurde, sie stünden den wirklichen Interessen der Arbeiter und der Arbeiterbewegung ahnungslos gegenüber. Intellektuelle und Akademiker waren nicht

[110]) Auf dem Hamburger Parteitag 1897; a.a.O. S. 19.

[111]) S. Anm. 104.

[112]) Robert *Schmidt*-Berlin auf dem Gothaer Parteitag 1896; Schröder I S. 19.

[113]) *Kautsky* auf dem Dresdener Parteitag 1903, Protokoll S. 174; im gleichen Sinne *Quarck*, a.a.O. S. 198 f.

[114]) In dem 1924 in Berlin beschlossenen Organisationsstatut war generell eine Karenzzeit vorgesehen; ebenso in der revidierten Fassung des Statuts von 1929.

[115]) Schröder I S. 21.

[116]) A.a.O. S. 22.

[117]) A.a.O. S. 548 (ebenfalls Dresden 1903).

nur Wortführer der Revisionisten, sondern fanden sich „ziemlich gleichmäßig in allen Lagern“[118]) der Partei, so daß sich generelle Aussagen über ihre Haltung kaum machen lassen. Wollte man es trotzdem versuchen, so würde sich noch am ehesten die These anbieten, daß zur Sozialdemokratie gestoßene Akademiker mehr zu einer intransigenten und radikalen Haltung neigten als zu einer gemäßigten.[119]) Voreilige Schlüsse von der Sozialstruktur der sozialdemokratischen Führerschicht auf ihre Zugehörigkeit zu den verschiedenen innerparteilichen Richtungen verbieten sich schon deshalb, weil die Richtungskämpfe am erbittertsten zwischen den Führern selbst ausgefochten wurden, zwischen Führern, die sich fast ausnahmslos den Arbeitern gegenüber „in gehobenen Lebensstellungen“ befanden, die zwar wirtschaftlich keineswegs auf Rosen gebettet waren, aber doch das Proletarierschicksal entweder hinter sich gelassen oder niemals erlebt hatten.

Aber was besagt es schon, wenn die Angehörigen dieser Schicht sich gegenseitig vorwarfen, daß sie keine Proletarier seien? Was besagt es, daß die Führerschaft im ganzen einen „kleinbürgerlichen“ Anstrich hatte, dem es gerade auch bei den Gralshütern des Radikalismus nicht an muffigen und penetranten Zügen fehlte?[120]) Den Habitus welcher Schicht hätten die führenden Männer der Arbeiterbewegung denn annehmen sollen, wenn sie — soweit sie ursprünglich Handarbeiter gewesen waren — ihren manuellen Berufen schon nicht treu bleiben konnten und ihnen ihre neuen Funktionen zwangsläufig einen anders konturierten sozialen Standort zuwiesen, der allerdings keineswegs mit einer gültigen Eingliederung in die bürgerliche Gesellschaft des Kaiserreiches identisch war. Dem stand wiederum die Sonderstellung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und ihre partielle Ächtung entgegen.

Was jedoch für die Führungsschicht im allgemeinen gilt, gilt im besonderen für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sich zwangsläufig aus dieser Schicht rekrutieren mußte. Der Gedanke an eine „wirklich proletarische Repräsentation“ war nichts als ein immer wieder auftauchender Wunschtraum, der von den romantischen Vorstellungen mancher Intellektueller über die Arbeiter ebenso genährt wurde wie von Stimmungen innerhalb der klassenbewußten organisierten Arbeiterschaft. Selbst wenn es möglich gewesen wäre, Arbeiter direkt von der Werkbank in den Reichstag zu holen, hätten sie entweder nicht Arbeiter bleiben können oder aber auf ihr Mandat verzichten müssen. Es handelte sich um eine Inkompatibilität, die unter den bestehenden Voraussetzungen nicht zu beseitigen war. Das bedeutete aber noch nichts für die Qualität der Repräsentation, die nicht an dem irrealen radikaldemokratischen Ideal einer absoluten sozialen und politischen Identität der Repräsentanten mit den Repräsentierten

[118]) Michels, Soziologie S. 307.

[119]) Vgl. a.a.O. S. 302 ff.

[120]) Amüsant ist die lebendige Schilderung, die Gorki, Erinnerungen an Zeitgenossen, 1962 (deutsche Übersetzung), S. 171 f., von einem Mittagessen mit *Bebel*, *Singer* und *Kautsky* 1907 „in einer geräumigen, gemütlichen“ Berliner Wohnung gibt, „in der die Kanarienvogelkäfige fein säuberlich mit bestickten Tüchelchen bedeckt und an den Sessellehnen ebenfalls bestickte Tüchelchen festgesteckt waren, damit man, wenn man saß, mit seinem Genick nicht den Bezug beschmutzte“. Ausführlich zitiert bei W. B. Scharlau/Z. A. Zeman, Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie, Köln, 1964, S. 116 f.

gemessen werden darf. Immerhin fanden alle Tendenzen und Differenzen innerhalb der Partei und ihrer Massenanhängerschaft auch ihren Ausdruck in der Fraktion. Nicht einmal die Formel, daß die „Massen" im Schnitt radikaler gewesen seien als die Führer und Abgeordneten, darf als Axiom hingenommen werden.

Auch die Annahme, daß die Fraktion sich durch den steigenden Anteil der Partei- und Gewerkschaftsbeamten unter ihren Mitgliedern und die dadurch bedingte Verstärkung oligarchischer Tendenzen in erhöhtem Maße von der Massenbasis der Partei entfernt habe, wird sich kaum erhärten lassen. Man wird der jüngeren Führergeneration kaum gerecht, wenn man in ihr den „Typ des bürokratisch handelnden, seinen persönlichen Aufstieg durch Einordnung in das bestehende politisch-soziale System erstrebenden Berufspolitikers" verkörpert sieht und diesen Typ — auch auf Grund seiner angeblich eigensüchtigeren Ziele — einseitig negativ von dem älteren Führertyp des „Volkstribunen" abhebt.[121]) Auch der Vorwurf, daß die Berufspolitiker neuen Typs in der Reichstagsfraktion „allzu leicht dazu neigten, über die Geschäftigkeit im Parlament die soziale Realität außerhalb des Parlaments zu vergessen"[122]), kann nicht überzeugen. Eine pauschale Diskriminierung der jüngeren Führergeneration erscheint ebensowenig angemessen wie eine generalisierende Verklärung der älteren[123]), so unangebracht es auch wäre, die Auslassungen des alten *Engels* über die zeitgenössischen parlamentarischen Vertreter der Partei unkritisch zu akzeptieren.

Auf jeden Fall sollte man den Schlüssel für die Schwächen der sozialdemokratischen Politik, die nach dem Ausbruch der Novemberrevolution unübersehbar zutage traten und sich während der ganzen Zeit der Weimarer Republik verhängnisvoll genug auswirkten, nicht voreilig in den Strukturveränderungen der Führerschicht suchen. Das eigentliche Dilemma der nachrückenden Führer beruhte vielmehr darauf, daß sie viel zu sehr durch die alte Partei geprägt worden waren, um sich genügend gerüstet der Bewährungsprobe revolutionärer und demokratischer Machtausübung stellen zu können, die ihren Vorgängern erspart geblieben war. Gerade *Bebels* Autorität hatte wesentlich dazu beigetragen, die Führerschicht im Bannkreis einer Taktik gefangenzuhalten, die es ihr unmöglich machte, ein realistisches Verhältnis zur Macht zu gewinnen und die Voraussetzungen einer Beherrschung der Staatsmaschinerie auch nur zu durchdenken.[124])

Wenn die Sozialdemokratie schon in der Vorkriegszeit dahin tendierte, ernsthaften politischen Risiken auszuweichen und aus einem Instrument zur Durchsetzung weitreichender politischer Ziele zum Selbstzweck zu werden, so bewegte sie sich auf einer Bahn, die ihr keiner so streng vorgezeichnet hatte wie *Bebel*. Dabei darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß der politische Aktionsradius der Partei durch Verfassung und Machtverteilung im kaiserlichen

[121]) Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, Frankfurt/M. 1964, S. 29 f.

[122]) A.a.O. S. 39.

[123]) Vgl. beispielsweise Molt S. 176 ff. (über die „politischen Unternehmer [...] im Gegensatz zu der aufsteigenden Schicht der Funktionäre") und S. 276 (dazu auch oben, bes. Anm. 31).

[124]) Dazu bes. Matthias a.a.O. S. 172, 192 ff.

Deutschland sehr stark eingeengt war. Ebensowenig läßt sich freilich übersehen, daß sich die Sozialdemokratie mit der bestehenden Ordnung der Dinge, deren Überwindung sie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, weitgehend abfand und daß ihre Intransigenz immer mehr zum Theaterdonner wurde. Eine Sozialdemokratie, die eine aktivistische revolutionäre Politik weder betreiben wollte noch konnte, die den Weg einer demokratischen parlamentarischen Oppositionspartei eingeschlagen hatte, jedoch unentwegt darauf bestand, daß sie „einen Anteil an der Regierungsgewalt in der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben" dürfe[125]), verurteilte sich selbst zur Sterilität.

Diese Sterilität, die den politischen Horizont der Führerschicht begrenzte, wurde zweifellos durch das wachsende Eigengewicht des noch im Aufbau befindlichen Apparats der modernen Massenpartei und der modernen Massengewerkschaft gefördert, nicht minder aber durch die vorgegebene, in ihren Grundzügen seit dem Ende des Sozialistengesetzes unverändert praktizierte[126]) sozialdemokratische Taktik. Die politische Relevanz der oligarchischen Tendenzen des Apparats bleibt unbestritten; man sollte sich jedoch davor hüten, sie von vornherein mit einem negativen Vorzeichen zu versehen. Bei einer historischen Betrachtung des Wachstumsprozesses der Sozialdemokratie, läßt sich jedenfalls kaum der Schluß vermeiden, daß zunächst nicht das Eigengewicht des Apparats die Taktik lähmte, sondern die Taktik der Selbstgenügsamkeit des Apparats — und damit, wenn man so will, seiner „Zweckentfremdung"[127]) — Vorschub leistete.

Trotzdem wäre es unbillig, die Vorzüge einer Taktik zu leugnen, die sich beim Ausbau der Organisationen und beim Vormarsch der Partei in den Wahlkämpfen so glänzend bewährt hatte. Sie wurde jedoch um so stärker zur Fessel, je mehr das innenpolitische Machtpotential, daß die Sozialdemokratie darstellte, dahin drängte, sich zu realisieren. Eines kann man allerdings der sozialdemokratischen Taktik nicht vorwerfen, nämlich daß sie zu wenig Rücksicht auf die Mitglieder und Wähler der Partei genommen hätte.[128]) Diese von *Bebel* selbst virtuos gehandhabte Taktik erschöpfte sich im Gegenteil viel zu sehr darin, den in sich widerspruchsvollen, unartikulierten und nicht politisch durchgeformten Massenstimmungen rezeptiv entgegenzukommen und sie auf einen Generalnenner zu bringen. Dadurch wurde die Partei auf einen Kurs festgelegt, der zwar kaum hinter den aktuellen Erwartungen des Gros der Massenanhängerschaft zurückblieb, jedoch der Entwicklung eines zielklaren, in die Zukunft weisenden politischen Kampfprogramms strikt entgegenstand. Wenn die Reichstagsfraktion eine reformistische Tagespolitik trieb, die den praktischen Interessen der Arbeiterschaft entsprach, im übrigen aber auf einem „prinzipiellen" Proteststandpunkt verharrte, der die oppositionelle Grundstimmung der Anhänger befriedigte, so hielt sie sich in den Grenzen dieser nach innen gewandten, um die Einheit und Geschlossenheit der Partei bemühten Integrationstaktik, die allerdings ein um-

[125]) So in der vom Dresdener Parteitag angenommenen Resolution gegen den Revisionismus („gemäß der Resolution *Kautsky* des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900"); Schröder I S. 503.

[126]) Vgl. Matthias a.a.O. S. 159 ff.

[127]) S. oben Anm. 121.

[128]) Vgl. Matthias a.a.O. S. 172 ff. (über das Verhältnis von Ideologie und Mentalität).

fassendes politisches Konzept in den Lebensfragen der Nation nicht ersetzen konnte und die Frage nach der Macht im Staate sträflich vernachlässigte.[129])

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war zwar keine Fraktion von Arbeitern. Doch war sie alles andere als ein Fremdkörper in der Arbeiterpartei, die sie parlamentarisch vertrat. Wer aus den Merkmalen der Sozialstruktur der Fraktion etwas anderes herausliest, unterschätzt die prägende Kraft der Partei, der die zur Sozialdemokratie gestoßenen Akademiker und Intellektuellen[130]) ebenso unterworfen waren wie die ehemaligen Arbeiter und Handwerker. Mit diesen beiden Hauptbestandteilen zeigte die sozialdemokratische Fraktion aber auch ein unverwechselbares soziales Profil, das sie von allen anderen Fraktionen des Reichstags unterschied und dessen Züge noch klarer hervortreten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß andere soziale Elemente so gut wie ganz in der Fraktion fehlten.

[129]) Vgl. a.a.O. S. 194 ff.

[130]) Dazu auch Michels, Soziologie S. 310 ff. über die Intellektuellen als „integrierender Bestandteil der Bewegung selbst".

5. Die Diätenregelung

Bis zur Verabschiedung des Diätengesetzes von 1906 erhielten die sozialdemokratischen Abgeordneten für ihre parlamentarische Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung aus der Parteikasse. Wie *Bebel* berichtet, setzte diese parteiinterne Diätenregelung bereits 1874 ein.[1]) Nach *Blos* betrug das Tagegeld 1877 pro Sitzungstag 3,— Mark.[2]) Einem Beschluß des Gothaer Parteitages von 1876 zufolge sollte dieser niedrige Satz jedoch nur für die in Berlin wohnenden Abgeordneten gelten, die als besoldete Parteibeamte „mit mindestens 100 Mark Gehalt monatlich angestellt" waren, während auswärtige Abgeordnete, auf die die gleichen Voraussetzungen zutrafen, 6 Mark erhielten. Hingegen waren für „jeden Abgeordneten, welcher kein besoldeter Parteibeamter ist", unabhängig von seinem Wohnsitz, Diäten in Höhe von 9 Mark vorgesehen.[3]) Auch unter dem Sozialistengesetz wurden die sozialdemokratischen Abgeordneten weiter durch Tagegelder aus der Parteikasse unterstützt, obgleich *Bismarck* die Gerichte bemühte, um die Zahlung von Parteidiäten zu unterbinden.[4]) Ob sich die Diätensätze wesentlich veränderten, läßt sich nicht feststellen. Es ist jedoch kaum anzunehmen. Jedenfalls wurden unmittelbar nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, wie aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag von 1891 hervorgeht, Beträge gezahlt, die sich in der gleichen Größenordnung bewegten:

„Die Diätenhöhe ist gegen früher insofern verändert worden, als der Satz für den Aufenthalt in Berlin pro Tag von 5 auf 6 Mk. erhöht wurde. Es wurde Klage geführt, daß der frühere Satz in Anbetracht der Aufwendungen, die gefordert würden, zu niedrig sei. An Wohnungsgeld werden für die Abgeordneten, die eine besondere Wohnung zu nehmen gezwungen sind, monatlich 25 Mk. gewährt. In der Höhe der Diäten besteht insofern eine Abstufung, als Fraktionsmitglieder, die ein eigenes Geschäft haben und in demselben durch ihre Abwesenheit geschädigt werden, statt 6 Mk. täglich 9 Mk. erhalten. In Berlin oder dessen nächster Umgebung wohnende Fraktionsmitglieder erhalten für den Tag, an dem sie einer Sitzung beiwohnen, 3 Mk., und wenn sie geschäftlich geschädigt werden, 6 Mk. Eine Anzahl besser situierter Fraktionsmitglieder verzichtet auf Entschädigung. Diäten werden nur für die Tage der Anwesenheit in Berlin und die Reisetage bezahlt."[5])

Symptomatisch erscheint, daß in dieser Regelung die Parteibeamten gar nicht erwähnt werden, während die Belange der selbständigen Gewerbetreibenden besondere Berücksichtigung finden. Darin spiegeln sich deutlich die Veränderungen in der Sozialstruktur der sozialdemokratischen Führerschaft, die unter dem Sozialistengesetz eingetreten waren, das viele der führenden Männer der Partei zur Begründung von selbständigen kleinen Existenzen gezwungen hatte.

Die abgestufte Diätenzahlung wurde auch für die Folgezeit beibehalten, wenn auch detaillierte Angaben fehlen. Für 1903 berichtet *Scheidemann*, daß der

[1]) Vgl. Bebel II S. 159

[2]) Vgl. Blos I S. 230.

[3]) Protokoll des Socialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876, Berlin 1876, S. 103 f.

[4]) Vgl. Molt S. 45, bes. auch Anm. 18. Dazu auch Eduard Bernstein, Ignaz Auer. Eine Gedenkschrift, Berlin 1907, S. 19.

[5]) Protokoll SPD-Parteitag 1891 S. 46, vgl. Ritter S. 56.

Tagessatz je nach Vermögensstand der Abgeordneten nur 3 bis 7 Mark betragen habe:

„[...] Damit mußten die sozialdemokratischen Reichstagabgeordneten in Berlin auskommen. Wer ein Zimmer in Berlin mieten mußte, bekam noch einen kleinen Mietzuschuß monatlich. Damit die Parteikasse möglichst geschont blieb, wurde von dem Fraktionskassierer Hein *Meister* sorgsam darauf geachtet, daß kein Abgeordneter, der entbehrlich war, in Berlin etwa antrat. Wer aus irgendeinem Grunde einmal mehr als drei bis vier Tage in der Woche in Berlin gewesen war, mußte mit Hein erst schwere Kämpfe durchfechten, bis ihm für jeden Tag die ihm zustehenden Diäten ausgezahlt wurden. Die Auszahlung der Diäten erfolgte am Freitagnachmittag [...] Hein *Meister*, der ein Glasauge trug und in der Unterhaltung stotterte, während er in freier Rede ganz leidlich sprach, hatte dann einen der rabiatesten Genossen neben sich sitzen. Diese beiden fauchten jeden, der für mehr als drei Tage Diäten beanspruchte, an, als ob er Ungeheuerliches forderte. Während der Sekundant Heins — lange Jahre hindurch war das der brave Genosse Friedrich *Grüner* aus Frankfurt am Main — die Tagegelder heischenden Abgeordneten examinierte und die Quittungen unterschreiben ließ, fädelte Hein *Meister*, unausgesetzt knurrend, eigenhändig die Quittungen mit einer großen Nähnadel auf eine lange Schnur. Diese Stunde der Diätenauszahlung war immer ein großes Gaudium, denn jeder wußte natürlich, daß *Meister* und sein Helfer die besten Kerle von der Welt, aber eifrig bestrebt waren, jeden Pfennig, der für die Parteikasse gespart werden konnte, auch wirklich zu sparen. Wenn ein Kollege einmal für vier Tage in der Woche Diäten ausbezahlt bekommen hatte, ohne daß er für eine wichtige Abstimmung dringend notwendig gewesen war, dann wurde er angeschnauzt: ‚Nun laß dich bloß vier Wochen lang nicht mehr sehen, sonst kriegste überhaupt nix!'"[6])

Erhielten auch die Reichstagsabgeordneten bis 1906 keine Zuweisungen aus der Reichskasse[7]), so kam es doch 1902, als bei den Verhandlungen über den Zolltarif Kommissionssitzungen während der Sommerferien notwendig wurden, zu einer Sonderregelung. Der Reichstag beschloß ein Gesetz über die Zahlung einer einmaligen Entschädigung von 2000,— Mark pro Kommissionsmitglied aus Reichsmitteln.[8]) Bezeichnenderweise faßte die Fraktion diese Entschädigung als einen „Reichsbeitrag für die Agitation zur Bekämpfung des Zolltarifs"[9]) auf, der nach Abzug der den Kommissionsmitgliedern von der Fraktion zugebilligten Entschädigungen an die Parteikasse abgeführt wurde.

Es wäre allerdings verfehlt, diese Haltung als prinzipielle Stellungnahme gegen die Diätengewährung aus Staatsmitteln zu interpretieren. Schon *Marx* und *Engels* hatten sich 1848 für eine Besoldung der Volksvertreter ausgesprochen.[10]) Das Ende 1866 von der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen

[6]) Scheidemann, Memoiren I S. 159 f. Vgl. auch Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947, S. 22.

[7]) Abgesehen von dem seit 1874 bestehenden Recht zur freien Eisenbahnfahrt, das 1884 auf die Fahrten zwischen dem Wohnort des Abgeordneten und der Reichshauptstadt eingeschränkt worden war. Diese Einschränkung wurde durch das Diätengesetz von 1906 wieder aufgehoben. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte III S. 895. Ferner Molt S. 38.

[8]) S. Nr. 88 Anm. 4.

[9]) S. Nr. 92.

[10]) Vgl. die bei Wilhelm Mommsen, Deutsche Parteiprogramme (Deutsches Handbuch der Politik 1), München 1960, S. 290 ff. abgedruckten Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland.

Arbeitervereins beschlossene Programm forderte „Diätenzahlung für die staatlichen Volksvertretungen im gesamten deutschen Vaterlande".[11]) Der Gründungskongreß der Eisenacher machte sich die gleiche Forderung zu eigen[12]), die schließlich auch unter den „zunächst" zu verwirklichenden Forderungen des Erfurter Programms von 1891 auftaucht, und zwar in der Formulierung: „Entschädigung für die gewählten Vertreter".

Mit der Forderung nach Diäten aus Reichsmitteln standen die Sozialdemokraten keineswegs allein. Auch gingen die Vorstöße, die der Reichstag in dieser Frage unternahm, nicht einmal von ihnen aus, sondern von anderer Seite. Es war auch gar nicht einzusehen, daß die Reichstagsabgeordneten schlechter gestellt sein sollten als die Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses, dessen Sozialstruktur, was die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Abgeordneten betraf, ein viel günstigeres Bild zeigte. Im konstituierenden Norddeutschen Reichstag[13]) von 1867 war in der Diätenfrage zunächst eine kompakte Mehrheit vorhanden gewesen. Die Gewährung von Diäten scheiterte jedoch am Widerstand *Bismarcks*, der in der Diätenlosigkeit des Reichstages ein Gegengewicht zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht sah.[14])

Nach der Reichsgründung nahm zwar der Reichstag — zum erstenmal bereits 1871 — immer wieder Diätenvorlagen an.[15]) Doch diese Gesetzesinitiativen, die im Parlament im wesentlichen nur auf den Widerstand der Konservativen stießen, wurden regelmäßig durch den Bundesrat zurückgewiesen. Erst 1906 erfolgte dann die längst fällige gesetzliche Regelung der Diätenfrage, auf die vor allem die liberalen Parteien und das Zentrum gedrängt hatten. Den Sozialdemokraten, die über ihre eigene, gut funktionierende, wenn auch bescheidene Diätenregelung verfügten und überdies in zunehmendem Maße durch besoldete Berufspolitiker im Reichstag vertreten wurden, war es um so leichter, eine mehr abwartende Haltung einzunehmen, als die Auswirkungen der Diätenlosigkeit die bürgerlichen Mittelparteien viel stärker getroffen hatten als die Arbeiterpartei. Daher überließen die Sozialdemokraten in der Diätenfrage gern den bürgerlichen Parteien die Initiative und verzichteten auch nicht darauf, ihrer Schadenfreude Ausdruck zu geben.[16]) So konnte *Bebel* bei der Diätendebatte von 1901 den bürgerlichen Abgeordneten zurufen:

„Wir finden uns mit der Tatsache der Diätenlosigkeit ab und befinden uns ganz wohl dabei. Wenn Sie aber zu dem Beschlusse gelangen, wir wollen Diäten einführen, haben wir nichts dagegen."[17])

---

[11]) Vgl. Schröder I S. 460.

[12]) „Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren." Vgl. Schröder I S. 465.

[13]) Nach Bebel II S. 141 bezogen im konstituierenden Reichstag „übrigens die Abgeordneten sämtlicher Staaten, mit Ausnahme jener von Preußen, Mecklenburg und Reuß jüngerer Linie, Diäten, so zum Beispiel wir sächsischen Abgeordneten vier Taler pro Tag, die aus der Landesstaatskasse gezahlt wurden".

[14]) So Nipperdey S. 24. Vgl. auch Huber, Verfassungsgeschichte III S. 893 und Molt S. 38.

[15]) Vgl. Molt S. 38 und Huber a.a.O. S. 894 f.

[16]) Vgl. Molt S. 45.

[17]) Am 2. 2. 1901 im Plenum; zitiert auch bei Molt.

Auch 1906 sah die sozialdemokratische Fraktion „der ganzen Diätenaktion mit heiterster Ruhe zu".[18]) Es war allerdings selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten den Diätenvorlagen, bei denen es um die Verwirklichung einer alten Forderung der Partei ging, ihre Stimmen nicht versagten.

Nur Mitte der siebziger Jahre hatten sich *Bebel* und *Liebknecht* einmal der Stimme enthalten und provozierten damit eine erregte Debatte auf dem Gothaer Parteitag von 1876[19]), in deren Verlauf *Bebel* erklärte, daß er sich nicht dazu hergebe, „für den Papierkorb des Bundesrats" zu arbeiten[20]), während *Liebknecht*, der die Diäten „eine ebenso selbstverständliche als untergeordnete Forderung" nannte, im gleichen Sinne betonte, daß er sich nicht an „Komödien" beteilige; vielmehr sei es „hier, wo das sechste Mal bereits dem Reichstage eine liberale Forderung vor die Füße geworfen wurde", die Pflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten gewesen, „die schmachvolle heuchlerische Taktik des Liberalismus aufzudecken und ihm die Maske abzureißen".[21]) Diese Argumentation fand jedoch in der Partei wenig Verständnis, wenn auch der Parteitag davon absah, die Stimmenthaltung der beteiligten Abgeordneten ausdrücklich zu rügen.

Das Diätengesetz von 1906 billigte den Reichstagsabgeordneten für ihre parlamentarische Tätigkeit eine Entschädigung von jährlich 3000,— Mark aus Reichsmitteln zu. Diese Summe wurde in Raten ausgezahlt[22]) und für versäumte Sitzungen wurden Abzüge gemacht. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktionen hatten von ihren Diäten einen bestimmten, durch Fraktionsbeschluß festgesetzten prozentualen Anteil, dessen Höhe sich mehrfach änderte, an die Fraktionskasse abzuführen.

Von der ersten Entschädigung in Höhe von 2500 Mark, die den Reichstagsmitgliedern nach Inkrafttreten des Diätengesetzes 1906 als Übergangsregelung[23]) gewährt wurde, mußte jeder sozialdemokratische Abgeordnete den Pauschbetrag von 570 Mark an die Fraktionskasse abliefern.[24]) In der Folge wurden generell die in Groß-Berlin

---

[18]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 91 (Bericht der Reichstagsfraktion).

[19]) Dazu auch Bebel II S. 347 f.

[20]) Protokoll (s. oben Anm. 3) S. 27.

[21]) A.a.O. S. 31.

[22]) Das „Gesetz betreffend die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags" vom 21. 5. 1906 sah nach § 1, Abs. 1b generell „eine jährliche Aufwandsentschädigung von insgesamt 3000 Mark" vor, „die am 1. Dezember mit 200 Mark, am 1. Januar mit 300 Mark, am 1. Februar mit 400 Mark, am 1. März mit 500 Mark, am 1. April mit 600 Mark und am Tage der Vertagung (Artikel 26 der Reichsverfassung) oder Schließung des Reichstags mit 1000 Mark zahlbar wird".

[23]) Nach § 10, Abs. 1 des Diätengesetzes (s. vorige Anm.): „Während der Zeit bis zum 30. November 1906 wird bei Vertagung oder Schließung des Reichstags den Mitgliedern an Stelle der nach § 1, Abs. 1 unter b zu zahlenden Entschädigung eine solche von 2500 Mark gewährt."

[24]) Vgl. Nr. 168. — Die Bemessungsgrundlage für diese erste Diätenabgabe liegt klar auf der Hand. Es handelte sich praktisch um eine Umlage, deren Gesamtertrag es der Fraktion ermöglichte, der Parteikasse die im Geschäftsjahr 1905/06 durch die Reichstagsfraktion entstandenen Unkosten (42565 Mark „Reichstagskosten" laut Finanzbericht, zuzüglich eines Gehaltsanteils für den Fraktionssekretär, der gleichzeitig als Parteiarchivar tätig war) zu erstatten. So ist auch im Finanzbericht an den Parteitag von 1906 die Rede von „zurückgezahlten Reichstagsdiäten mit 44945, 50 Mk". Dazu Nr. 168 Anm. 6.

wohnenden Fraktionsmitglieder, die, vermutlich ab 1. Dezember 1906[25]), 20% der Diäten abzuführen hatten, stärker belastet als die auswärtigen, denen eine Abgabe von 10% auferlegt wurde.[26]) Eine im März 1909 von der Fraktion beschlossene „Neuregelung" ermäßigte die Abgabe für „selbständige Geschäftsleute, denen aus ihrer Abwesenheit wirtschaftlicher Schaden erwächst durch Stellung eines Ersatzes für ihre Geschäfte und dergleichen", auf 5%.[27]) Noch stärker wurden die persönlichen Verhältnisse seit Beginn der XIII. Legislaturperiode berücksichtigt. Laut Fraktionsbeschluß vom 8. Februar 1912 sollten „die in Groß-Berlin wohnenden Fraktionsmitglieder, soweit sie in fester Stellung oder in auskömmlichen Verhältnissen sich befinden", nunmehr 15% der Diäten abführen, „diejenigen ohne festes oder ohne genügendes Gehalt bzw. Einkommen" dagegen nur 5%; der gleiche Satz von 5% sollte auch für die auswärtigen Fraktionsmitglieder gelten, sich jedoch bei Abgeordneten, die kein festes Einkommen besaßen oder „durch ihre Teilnahme an den Parlamentsverhandlungen große Einbuße an ihrem Einkommen" erlitten, auf 2% reduzieren.[28]) Bei besonders langen Tagungen des Reichstags faßte die Fraktion in zwei Fällen den Beschluß, bei der letzten Rate der Diäten, die „am Tage der Vertagung (Artikel 26 der Reichsverfassung) oder Schließung des Reichstags mit 1000 Mark zahlbar"[29]) war, die pro-

[25]) Vor der Reichstagsauflösung war am 1. 12. 1906 noch eine Diätenrate fällig geworden; vgl. oben Anm. 22. — Die Fraktion hatte zunächst am 17. 5. und dann am 28. 11. 1906 über die Abzüge für die Fraktionskasse beraten. Die Beschlüsse, die dem Protokollbuch beigefügt werden sollten, sind jedoch nicht überliefert. Nach den Neuwahlen und der Neukonstituierung des Reichstags wurde in der Fraktionssitzung vom 22. 2. 1907 „beschlossen, es bei der in der letzten Session [definitiv am 28. 11. 1906] beschlossenen Regelung zu belassen [...]". Vgl. Nr. 168, 172, 177. Dazu auch folgende Anm.

[26]) Diese Sätze waren nach dem Fraktionsbeschluß vom 17. 3. 1909 (vgl. Nr. 219) zu erheben, jedoch vermutlich schon vorher maßgebend gewesen; vgl. in diesem Zusammenhang Nr. 182, wonach Auswärtige auch 1907 10% abzuführen hatten. Die „Neuregelung" bezog sich offenbar auf die im folgenden erwähnte Ermäßigung der Abgabe für „selbständige Geschäftsleute". Vgl. auch die folgende, im Nachlaß Molkenbuhr überlieferte Quittungskarte:

„*1909/10* Quittungskarte *No. 30* über die Beiträge des Genossen *Molkenbuhr* in die Fraktionskasse

Empfangen am	Diäten Mk	am	Mk	Abgef. Proz.	Empfangen zu haben bescheinigt
1. Dezember	*200*	*1. 12.*	*40*	*20%*	*Kaden*
1. Januar	*300*	*1. 1.*	*60*		*Kaden*
1. Februar	*400*	*1. 2.*	*80*		*Kaden*
1. März	*500*		*100*		*Kaden*
1. April	*600*		*120*		*Kaden*
Restsumme			*200*		*Kaden*"

— Zu beachten ist, daß der Fraktionskassierer *Kaden* einen zwanzigprozentigen Abzug (200 Mark) auch von der Restsumme (1000 Mark; vgl. Anm. 22) bescheinigt, obgleich eine Ermäßigung von der Fraktion beschlossen worden war. Dazu unten Anm. 30.

[27]) Vgl. Nr. 219.

[28]) Vgl. Nr. 286.

[29]) Vgl. Anm. 22.

zentuale Abgabe an die Fraktionskasse allgemein zu ermäßigen[30]) oder ganz zu erlassen.[31])

Insgesamt setzte sich in der Fraktion also mehr und mehr die Tendenz durch, die Abzüge von den Diäten in Grenzen zu halten. Charakteristisch erscheint es, daß sie unmittelbar bei der Einführung der amtlichen Entschädigung einen Antrag des Gewerkschaftsführers *Sachse*[32]) ablehnte, alle Diätenzahlungen in einen zentralen Fonds fließen zu lassen und aus diesem Fonds in der gleichen Weise wie bisher den Fraktionsmitgliedern Tagegelder, Wohnungsgelder und anderweitige Entschädigungen zu gewähren. Ebenso verfiel Anfang 1907 ein von einem anderen Gewerkschaftsführer, *Bömelburg*, gestellter Antrag der Ablehnung, „Fraktionskollegen, die in festem Gehalt stehen, [...] pro Sitzungstag 8 Mark von ihrem Gehalt in Abzug zu bringen".[33]) Im Gegenteil ging die herrschende Auffassung innerhalb der Reichstagsfraktion von vornherein dahin, Bestrebungen, wie sie in den Organisationen und wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterbewegung auftauchten, entgegenzuwirken, Abgeordnete, die Partei- oder Gewerkschaftsbeamte waren, für die Zeit der Tagungen des Reichstages mit Stellvertretungskosten oder Gehaltsabzügen zu belasten.[34])

Die von den Abgeordneten abgeführten Beträge bildeten praktisch die einzige Einnahmequelle der Fraktionskasse, aus der die allgemeinen Fraktionsausgaben zu bestreiten waren und deren Überschüsse jährlich an die Parteikasse überwiesen werden sollten.[35]) In der Belastung der Abgeordneten mit einer derartigen aus den Diäten zu entrichtenden Parteisteuer wurde jedoch zweifellos nicht nur ein erfreulicher Zuschuß zu den Parteifinanzen gesehen. Nicht minder entsprach diese Abgabe auch der besonders stark in der Sozialdemokratie ausgeprägten Auffassung von der Stellung des Volksvertreters, der in erster Linie als Inhaber eines ebenso begehrenswerten wie wichtigen Parteiamtes galt. Um so mehr verdient es beachtet zu werden, daß die Abgabe von den Diäten in steigendem Maße einerseits der sehr verschieden gelagerten wirtschaftlichen Situation der einzelnen Abgeordneten, andererseits den tatsächlichen finanziellen Bedürfnissen der Gesamtfraktion angepaßt wurde. Zwar war es für die Fraktion nichts als selbstverständlich, daß sie nach der Einführung der amtlichen Entschädigung keine Unterstützung von seiten der Partei für die Deckung der Fraktionsaus-

[30]) Vgl. Nr. 231, Fraktionsbeschluß vom 7. 7. 1909, „angesichts der langen Dauer der Session von einer Abführung der 5% [sic!] seitens der auswärtigen Kollegen [die an sich, soweit sie nicht ‚selbständige Geschäftsleute' waren, generell 10% abzuführen hatten] ganz abzusehen und für die in Berlin wohnhaften Fraktionsgenossen den Prozentsatz von 20 auf 10% herabzusetzen."

[31]) Vg. Nr. 330, Fraktionsbeschluß vom 25. 6. 1913, „daß angesichts der langen Parlamentstagung die letzte Rate zur Abführung an die Fraktionskasse erlassen werde". — Im Juni 1916 wurde ein gleichgerichteter Antrag von der Mehrheitsfraktion abgelehnt; vgl. Nr. 415.

[32]) Vgl. Nr. 168 bes. Anm. 5. — In der gleichen Fraktionssitzung vom 17. 5. 1906 wurde ein Antrag *Legien* abgelehnt: „Für die laufende Session 1570 Mark [pro Fraktionsmitglied] an die Parteikasse abzuliefern." Vgl. a.a.O. sowie oben bes. auch Anm. 23 und 24.

[33]) Vgl. Nr. 177.

[34]) Vgl. bes. Nr. 172 und 286. Ferner Nr. 182 für die vergebliche Intervention des Fraktionsvorstandes beim Aufsichtsrat der Mannheimer Aktiendruckerei im Falle des Buchhalters *Lehmann*, der, unter gleichzeitiger Offerierung einer niedriger dotierten Stelle, gekündigt worden war, „weil seine Wahl zum Reichstagsabgeordneten ihm die Wahrung seiner Berufspflichten unmöglich mache".

[35]) Vgl. unten 7. Kapitel, bes. Anm. 51.

gaben mehr in Anspruch nehmen konnte; doch genau so selbstverständlich setzte sich — trotz gegenläufiger Tendenzen in der organisierten Arbeiterbewegung, die sich zunächst auch in der Fraktion bemerkbar machten — der Standpunkt der finanziellen Autonomie der Fraktion durch, während der Abführung von Überschüssen an die Parteikasse offensichtlich sehr bald nur noch sekundäre Bedeutung zukam.[36])

[36]) Charakteristisch erscheint der Beschluß von 1909, einen Fonds von 10000 Mark zurückzubehalten; vgl. unten 7. Kapitel, bes. auch Anm. 52. Über die Ablieferung von Überschüssen nach 1909 geben die den Parteitagsprotokollen beigegebenen Finanzberichte keinen Aufschluß mehr; s. Anm. 51 zum 7. Kapitel. Im Oktober 1916 beschloß die Mehrheitsfraktion, nachdem eine Kassenrevision (dazu Nr. 415 und 416) vorgenommen worden war, daß angesichts des hohen Standes der Fraktionskasse 10000 Mark an die Parteikasse überwiesen werden sollten (vgl. Nr. 420), was darauf hindeutet, daß routinemäßige Überweisungen von Überschüssen mindestens in den ersten Kriegsjahren kaum noch erfolgt sein dürften. 1916 wurden aus der Fraktionskasse auch Sonderdiäten an Fraktionsmitglieder gewährt, die als Mitglieder von Reichstagsausschüssen vor dem Zusammentritt des Reichstages in Berlin zu sein hatten oder an der sozialdemokratischen Reichskonferenz im Herbst teilnahmen; vgl. Nr. 415 und 416.

6. Die Präsenz der Abgeordneten

Die „Diätenlosigkeit" der Reichstagsabgeordneten wurde allgemein als einer der wichtigsten Gründe für den nachweislich sehr schlechten Besuch der Plenarsitzungen angesehen. So war es auch durchaus keine Übertreibung, wenn die *Parlamentarische Korrespondenz* der Fortschrittspartei im Mai 1881 klagte:

„Alltäglich zeigt die überaus lückenhafte Besetzung des Reichstages, wie schwer der Mangel an Diäten der Mehrzahl der Abgeordneten aller Parteien den längeren Aufenthalt in Berlin macht. Zum Glück ist nur selten ein Interesse vorhanden, die Zahl der anwesenden Abgeordneten genau festzustellen. Andernfalls würde sich ergeben, daß der Reichstag seit der Eröffnung um Mitte Februar auch nicht fünf Sitzungen in beschlußfähiger Anzahl abgehalten hat. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten ist also nicht in Berlin anwesend gewesen."[1])

In der Tat litten bis zu der 1906 getroffenen gesetzlichen Regelung der Diätenfrage die Reichstagssitzungen darunter, daß vielfach — besonders wenn weniger wichtige Routineangelegenheiten auf der Tagesordnung standen — nicht einmal die Hälfte der 397 Abgeordneten im Plenarsaal anwesend waren. Wurde dann, was allerdings selten geschah, „namentliche Abstimmung" bzw. „Auszählung" beantragt, erwies sich das Haus als beschlußunfähig. Es wird noch darauf einzugehen sein, wie die Sozialdemokraten die Beschlußunfähigkeit zu Obstruktionszwecken auszunutzen verstanden.

Über die Anwesenheit der Abgeordneten in Berlin während der Sitzungsperioden geben die Fraktionsprotokolle keine Auskunft. Die Listen der bis 1906 aus der Fraktionskasse an die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gezahlten Tagegelder sind nicht erhalten. So läßt sich die Anwesenheit der Abgeordneten nur an Hand der in den stenographischen Berichten des Reichstags abgedruckten Listen über die Ergebnisse namentlicher Abstimmungen feststellen. Diese Listen zeigen beispielsweise, daß konservative Abgeordnete, die zugleich Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses waren, den Reichstagssitzungen fast regelmäßig fernblieben, während die sozialdemokratische Fraktion selbst an „kleinen Tagen" ziemlich stark vertreten war.

Daß diese verhältnismäßig hohe Präsenz nur unter erheblichen Opfern von seiten der sozialdemokratischen Abgeordneten zu erzielen war, die sich durchweg in keiner allzu günstigen wirtschaftlichen Position befanden, dürfte auch dann unbestritten bleiben, wenn man berücksichtigt, daß einerseits aus Parteimitteln bescheidene Diäten gewährt wurden, andererseits die Fraktion sich seit den neunziger Jahren in zunehmendem Maße aus „Arbeiterbeamten" mit einem gesicherten, wenn auch nicht allzu hohem Einkommen rekrutierte. Trotz dieser Voraussetzungen, ohne die die Tätigkeit der Reichstagsfraktion kaum denkbar erscheint, können die folgenden Ausführungen *Pfannkuchs* auf dem Parteitag von 1904 als kennzeichnend für die Situation des sozialdemokratischen Durchschnittsabgeordneten vor der Einführung der Diäten aus Reichsmitteln betrachtet werden:

„Wenn die Genossen, soweit sie Abgeordnete sind, allen Wünschen in legislativer Hinsicht nachkommen sollen, dann müssen sie sich ständig in Berlin aufhalten und

[1]) *Parlamentarische Korrespondenz* (s. 2. Kapitel Anm. 4), 5. Jg. Nr. 4, 6. 5. 1881, S. 26.

können ihrem bürgerlichen Beruf nicht nachgehen. Dann erwächst aber auch der Partei die Pflicht, für ihren Unterhalt und den ihrer Familie aufzukommen. Ob die Partei dies will, soll jetzt nicht untersucht werden."[2])

Allerdings fehlten auch bei den Sozialdemokraten, ebenso wie in anderen Fraktionen, sehr häufig — wenn nicht fast regelmäßig — die süddeutschen Abgeordneten. Auf Grund dieses Sachverhalts wurde im Dezember 1904 von bürgerlicher Seite bei der Haushaltsdebatte im Plenum betont, daß erst die Diätengewährung durch das Reich eine de-facto-Repräsentation des ganzen deutschen Volkes im Reichstage möglich machen könne:

„Die Diätenfrage ist eine Frage des Deutschen Volkes in bezug auf seine Stellung im Deutschen Reich. Wenn wir vor so gewichtige Fragen gestellt werden, wie diese Session sie uns schon mit diesem Etat mit der Aussicht der Bewilligung neuer Steuern bringt, dann ist es unbedingt notwendig, daß die Vertreter des deutschen Volkes in möglichst großer Zahl hier versammelt sind. Wer von uns will eine Verantwortung dafür übernehmen, mit neuen Steuern das Volk zu belasten, wenn nur eine geringe Minderheit hier ist, und diese Minderheit sich zusammensetzt aus Mitgliedern Preußens und einer geringen Zahl von Vertretern einiger anderer Staaten. Die Diäten sollen uns die Vertreter aller Staaten Deutschlands hier zusammenhalten und sie zur Mitwirkung bei der Gestaltung der Geschicke Deutschlands als Vertreter des gesamten deutschen Volkes zwingen, und wenn der Herr Reichskanzler sich diesen Gedanken bewußt hält, dann bin ich überzeugt, daß es ihm rasch gelingen wird, der Idee der Diäten, der er selbst nahesteht, zum Durchbruch zu verhelfen."[3])

Weiter wurde in der Debatte vom Dezember 1904 darauf hingewiesen, daß Doppelmandatare ihrer parlamentarischen Tätigkeit in den Landtagen, für die sie Diäten erhielten, gegenüber der entschädigungslosen Tätigkeit im Reichstag den Vorzug gaben:

„Daß namentlich die Vertreter der süddeutschen Parlamente durch ihre Diäten in den Landtagen in Süddeutschland festgehalten und von unseren Verhandlungen zum Schaden für Süddeutschland und das Reich ferngehalten werden, das beweist jeden Tag der Augenschein."[4])

Unzweifelhaft wurde das ohnehin bestehende preußische Übergewicht im Reichstag durch die geringe Präsenz der süddeutschen Abgeordneten noch erheblich verstärkt. Im übrigen ließ der anstrengende Tagungsrhythmus denjenigen Abgeordneten, die ständig an den Reichstagsverhandlungen teilnahmen, für die Monate der Session kaum Zeit für andere Tätigkeiten. In der Regel wurde durchgehend von Montag bis in die Nachmittagsstunden des Sonnabend getagt. Ausschüsse und Fraktionen traten vormittags zusammen. Wegen dieser starken Belastung bat *Pfannkuch* 1904 den Parteitag, die Abgeordneten nicht allzu stark für Reden außerhalb des Parlaments und andere Agitationszwecke in Anspruch zu nehmen:

„Unsere Genossen im Lande haben immer den dringendsten Wunsch, Reichstagsabgeordnete als Referenten zu bekommen; wenn das nicht geht, geben sie sich auch mal mit einem Landtagsabgeordneten oder Stadtverordneten zufrieden [Heiterkeit].

[2]) Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 152.

[3]) *Spahn* in seiner Rede vom 5. 12. 1904; s. Sten. Berichte Bd. 201 S. 3353.

[4]) *Pausche* in seiner Rede vom 25. 1. 1904; s. Sten. Berichte Bd. 197 S. 460.

Immer aber wünschen sie, daß der Referent einen Titel hat. Unsere Genossen sollten doch von dieser Gepflogenheit lassen."[5])

Ohnehin waren gerade prominente Reichstagsabgeordnete oft gleichzeitig mit außerparlamentarischen politischen Verpflichtungen überladen; überdies hatten manche als Doppelmandatare neben dem Reichstagsmandat noch Mandate in den einzelstaatlichen Landtagen wahrzunehmen. Kam es während einer Session, von den üblichen Ferien abgesehen, aus besonderen Gründen oder wegen der Aufeinanderfolge von Feiertagen zu Unterbrechungen der Reichstagsverhandlungen, so vermochten auch diese Pausen dem Abgeordneten das Leben nicht zu erleichtern. In ihrem 1905 dem Parteitag vorgelegten Bericht beklagte sich die SPD-Reichstagsfraktion:

„Die verflossene Tagung des Reichstages währte vom 29. November v. J. bis zum 30. Mai d. J., also 183 Tage. Während dieser Zeit haben 93 Plenarsitzungen stattgefunden. Wenn man eine Durchschnittsberechnung anstellt, so ergibt sich, daß der Reichstag so ziemlich einen um den anderen Tag Ferien gehabt hat. So freilich hat sich nun in Wirklichkeit die Sache nicht abgespielt. Aber oft genug ist es so gekommen, daß, wenn am Beginn der Woche das Haus versammelt war, die Verhandlungen plötzlich auf einige Tage unterbrochen wurden und dann am Schluß der Woche wieder ihren Fortgang nahmen. Daß diese Art, die Geschäfte zu erledigen, gerade nicht als gut bezeichnet werden kann, wird niemand bestreiten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß doch ein Teil der Abgeordneten eine weite Reise zu machen hat, so werden diese, ganz besonders wenn der Reichstag so wie angegeben seine Geschäfte zu erledigen beliebt, in Mitleidenschaft gezogen. Sollen sie nun diese Tage, wo der Reichstag Pause macht, untätig in Berlin sich aufhalten, so kostet das Geld; reisen die Abgeordneten aber nach Hause, wer will es ihnen verdenken, daß sie nicht, wenn sie eben die Stiefel ausgezogen haben, gleich wieder kehrt nach Berlin machen. Denkt man an die Diätenlosigkeit, so tritt der Zustand in seiner ganzen Lächerlichkeit in die Erscheinung."[6])

Als 1906 die Regierungsvorlage über die Diätenregelung beraten wurde[7]), beantragte die Reichstagskommission gleichzeitig, den Tagungsrhythmus des Plenums zu ändern. An Sonnabenden und Montagen sollten keine Plenarsitzungen mehr stattfinden.[8]) Dieser Empfehlung schloß sich jedoch der Reichskanzler nicht an. Hier ist anzumerken, daß auch die Bürokratie der obersten Reichsbehörden durch die parlamentarischen Geschäfte des Reichstages, des Plenums wie seiner Ausschüsse, stark in Anspruch genommen war. Die Staatssekretäre oder ihre Stellvertreter mußten während der Haushaltsberatungen bzw. bei der Verhandlung wichtiger Vorlagen ständig im Plenum anwesend sein.[9]) Der Reichstag hielt

[5]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 152.

[6]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 96.

[7]) Vgl. Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Artikel 28 und 32 der Reichsverfassung vom 20. 4. 1906, Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) Nr. 353, 354.

[8]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) Nr. 403.

[9]) Zur Anwesenheit der Bundesratsvertreter oder ihrer Kommissare im Reichstagsplenum und in den Kommissionen vgl. Robert von Mohl, Lebenserinnerungen, Stuttgart und Leipzig 1902, Bd. 2, S. 172; Adolf Neumann-Hofer, Die Wirksamkeit der Kommissionen in den Parlamenten, in: Zeitschrift für Politik, Bd. 4, 1911, S. 79. Vgl. ferner die jeweils mit der Haushaltsvorlage oder mit sonstigen Regierungsvorlagen dem Reichstag mitgeteilten Namen der bestellten Kommissare, z. B. in Sten. Berichte Bd. 227 S. 42—44.

pro Jahr ca. 80 bis 100 Sitzungen ab, was ungefähr einer Sitzungszeit von 15 bis 20 Wochen entsprach.

Die Gewährung von Diäten aus Reichsmitteln seit 1906 wirkte sich in dreifacher Weise aus: Einmal war es, wie H. *v. Gerlach* schon 1907 schreiben konnte, „mit der Beschlußunfähigkeit [...] seit Einführung der Diäten vorbei".[10]) Zum anderen beschleunigte die Diätenregelung das Vordringen der süddeutschen Elemente in den nichtkonservativen Parteien, das allgemein in den letzten Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges zu beobachten war. Schließlich schufen die Diäten die Voraussetzungen dafür, daß der Typus des Berufsparlamentariers sich in allen Parteien in stärkerem Maße ausbilden konnte.

Vor der Einführung der Diäten hatte sich das häufige Fernbleiben der nichtpreußischen sozialdemokratischen Abgeordneten von den Berliner Verhandlungen auch auf das innere Leben der Reichstagsfraktion ausgewirkt, in der sich, je größer sie wurde, um so ausgeprägter „Gruppen", „Flügel", „Richtungen", „Mehrheiten" oder „Minderheiten" herausbildeten. Wie sich der Teilnehmerkreis einer Fraktionssitzung zusammensetzte, blieb oft eine Frage des Zufalls, so daß eine Minderheit der Fraktion durch die Gunst des Augenblicks und die Abwesenheit der Opponenten sich ohne weiteres in eine Mehrheit verwandeln und der Gesamtfraktion ihre Entscheidung aufzwingen konnte. Allerdings ergab sich diese Möglichkeit in der Praxis nur in seltenen Fällen. Die Stellung des Fraktionsvorstandes war stark. Er konnte „die Vorsehung" spielen oder voreilig gefaßte Entschlüsse leicht rückgängig machen lassen.[11]) Anders lagen die Dinge, sobald der Vorstand selbst Auffassungen vertrat, die nicht den Auffassungen der Fraktionsmehrheit entsprachen. Solche Situationen stellten sich vor allem dann ein, wenn Personalaffären die Gesamtpartei und die Fraktion beschäftigten. Der Vorstand, besonders *Bebel*, versuchte stets diese Affären in seinem Sinne zu regeln. Des öfteren wurde in solchen Fällen die zufällige Abwesenheit innerfraktioneller Opponenten dazu ausgenutzt, um eine kritische, umstrittene Frage ohne Vorankündigung in einer Routinefraktionssitzung zur Entscheidung zu bringen. Die überraschten Fraktionsmitglieder konnten dann nur noch nachträglich dagegen protestieren, daß der Vorstand bei einer derartig wichtigen Tagesordnung die Fraktionsmitglieder nicht schriftlich unter Angabe der Beratungsgegenstände eingeladen habe.

Als beispielsweise 1903 der „Fall *Heine*" die Fraktion zu beschäftigen begann, schrieb *Heine* an Georg *von Vollmar*, dieser möge *Ehrhart* bewegen, zur Verhandlung des Falles unbedingt nach Berlin zu kommen, anderenfalls würden die Berliner gegen *Heine* entscheiden.[12]) Auf der gleichen Linie lag es, daß *Südekum* sich über das Ausbleiben süddeutscher Hilfe beklagte, als er 1904 an *Vollmar* wegen des „neuen Falles *Schippel*" schrieb:

„Die Veröffentlichung ist mal wieder mit 28 gegen 25 Stimmen beschlossen worden; wenn nicht *Ehrhart*, *Bock*, *Cramer*, *Peus*, *Stolle*, *Lindemann*, *Sperka*, *Hildenbrand* usw.

[10]) Vgl. Hellmut von Gerlach, Das Parlament, Frankfurt/M., 1907, S. 73.

[11]) S. *Singers* Schreiben an *Adler* vom 23. 5. 1907; Adler, Briefwechsel S. 457 f. Vgl. auch das folgende Kapitel.

[12]) Vgl. das Schreiben *Heines* an *Vollmar* vom 29. 11. 1903; Nachlaß Vollmar. Die Protokolle enthalten allerdings keinen Hinweis auf eine Erörterung des „Falles *Heine*" in den Fraktionssitzungen.

— wie gewöhnlich — gefehlt hätten, dann wäre der Ausgang wieder mal anders gewesen. August und seine sächsische Leibgarde vulgo Wohlfahrtsausschuß siegen sosusagen per Distance, nämlich durch die Distance, in der sie unsere Süddeutschen halten. Das kann nicht so weitergehen; natürlich werden die ‚Fälle' immer nur verhandelt, ‚Klarheit' wird immer nur geschaffen, wenn die Luft rein genug ist."[13])

In der Debatte über *Schippel*, so schrieb auch *Heine* an *Vollmar*, stimmte eine kompakte Majorität „uns" nieder. „Freilich fehlten auch von der Seite der Vernünftigen sehr viele."[14]) Ebenfalls 1904, einige Wochen nach dem Fall *Schippel* „überraschte" der Fraktionsvorstand die Fraktion mit dem „Fall *Göhre*". *Heine* beantragte „zunächst Vertagung und Einladung aller Fraktionsmitglieder unter Angabe der Geschäftsordnung sowie Druck des Materials."[15]) Nach zweistündiger Geschäftsordnungsdebatte in der Fraktion wurde sein Antrag abgelehnt, und der „Fall *Göhre*" kam ungehindert zur Verhandlung. In der gleichen Sitzung wurde beschlossen, den „Fall *Schippel*" erneut auf die Tagesordnung der nächsten Fraktionssitzung zu setzen, wobei wiederum ein Antrag *Heines*, daß die Fraktionsmitglieder schriftlich dazu eingeladen werden sollten, zurückgewiesen wurde. „Man will sich grundsätzlich das Recht zur Überrumpelung vorbehalten", schrieb *Heine* darauf an *Vollmar*.[16]) In anderen Briefen an *Vollmar* hieß es 1905: „Unser Fehlen in der Fraktion ist sehr schädlich"[17]); oder: „Werden Sie und *Ehrhart* nach Berlin kommen? Voraussichtlich kommt der *Vorwärts*-Konflikt zur Sprache."[18])

Aber nicht nur der rechte Flügel der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte unter dieser Taktik zu leiden. Einige Jahre später, nicht zuletzt wegen der Diätengewährung und des Vordringens der Süddeutschen in der Fraktion, wandte sich das Blatt und der linke Flügel wurde überspielt. So konnte *Dittmann* den Vorwurf erheben, daß nach dem Tode *Bebels* die Wahl *Scheidemanns* zum Fraktionsvorsitzenden nur durch einen „Trick" durchgesetzt worden sei:

„Als wir feststellten, wer von unseren radikalen Freunden gefehlt hatte", berichtet *Dittmann* über den zweiten Wahlgang, „wurden wir gewahr, daß *Scheidemanns* Freunde geschickt vorgearbeitet hatten. Mehrere unserer radikalen Fraktionskollegen hatten sich für den betreffenden Tag von rechtsstehenden Kollegen als Redner für Versammlungen außerhalb Berlins verpflichten lassen. Einige waren sogar für angeblich verhinderte Kollegen der Rechten als Redner eingesprungen [. . .] Daß in der betreffenden Fraktionssitzung die Wahl vorgenommen werden sollte, wußten zudem die Fehlenden nicht, erst nach ihrer Abreise von Berlin wurde das im Laufe des Nachmittags den Fraktionsmitgliedern mitgeteilt. Durch diesen Trick seiner Freunde von rechts wurde

[13]) *Südekum* an *Vollmar*, 5. 3. 1904; Nachlaß Vollmar. Vgl. auch Nr. 124 Anm. 6.

[14]) *Heine* an *Vollmar*, 5. 3. 1904; Nachlaß Vollmar.

[15]) S. Nr. 123 Anm. 5.

[16]) S. Nr. 124 Anm. 2.

[17]) *David* an *Vollmar*, 18. 11. 1905; Nachlaß Vollmar.

[18]) *Heine* an *Vollmar*, 29. 11. 1905; Nachlaß Vollmar. — Es ging allerdings bei diesen fraktionsinternen Gruppenbildungen und bei deren Einfluß auf Abstimmungsergebnisse nicht nur um Fragen statistisch faßbarer Präsenz von Fraktionsmitgliedern, sondern *Heine*, *David*, *Südekum* fehlte es vor allem an einem Gegengewicht gegen die Autorität *Bebels*, der gegenüber sie selbst sich nicht durchsetzen konnten; vgl. das Schreiben *Heines* an *Vollmar* vom 24. 11. 1905, Nachlaß Vollmar, worin es heißt: „[. . .] Sind Sie anwesend, so wird er /*Bebel*/ schon von vornherein bescheidener auftreten [. . .]."

Philipp *Scheidemann* einer der beiden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er neigte dann auch in der Folge immer mehr nach rechts. Die Taktik *Franks* hatte bei ihm ihre Wirkung getan."[19])

Es braucht kaum betont zu werden, daß der linke Flügel der Fraktion diese fraktionsinternen Vorgänge nicht zum Anlaß einer Kritik am Diätengesetz machte. Jedoch glaubte *Ledebour* aus einem anderen Grunde auf dem Parteitag von 1913 von einem „infamen Diätengesetz" sprechen zu dürfen.

Das Gesetz, so führte er aus, liefere „einen Korruptionsfonds [. . .], der darauf berechnet ist, den Abgeordneten eine Prämie dafür zu zahlen, daß sie sobald wie möglich die Verhandlungen abbrechen. (Sehr richtig!) Das ist der Zweck des Diätengesetzes, wir sind dumm genug gewesen, damals diesem infamen Gesetz unsere Zustimmung zu geben, weil wir die raffinierten Wirkungen des Gesetzes nicht durchschaut haben. [. . .] Ich werde eine Reform des Diätengesetzes in der nächsten Session anregen. (Bravo!) Denn die 1000 Mark, die letzte Rate, können vom 1. Mai an gezahlt werden, ob die Abgeordneten nun noch einen Tag, noch eine Stunde oder hundert Tage sitzen. Und da sagt sich jeder von den anderen Abgeordneten (Heiterkeit) oder wenigstens eine große Anzahl von ihnen, die plumpe schwere Masse der bürgerlichen Abgeordneten, die den Ausschlag geben: wenn wir die anderen noch einen Tag länger sitzen lassen, dann müssen wir es mit unserem Gelde büßen, weil wir die Aufenthaltskosten haben und uns obendrein unsere schöne Zeit verlorengeht. Deshalb wird systematisch darauf hingearbeitet, wenn der 1. Mai gekommen ist, möglichst bald Schluß zu machen. Das ist die Maifeier der bürgerlichen Abgeordneten, daß sie möglichst rasch die parlamentarische Arbeit einzustellen versuchen. (Beifall.)"[20])

So plausibel aber auch das Argument *Ledebours* klingen mag, daß die Fälligkeit der letzten Diätenrate am „Tage der Vertagung oder Schließung des Reichstages" — wie das Diätengesetz besagte — einen Anreiz dazu biete, möglichst schnell die laufenden Verhandlungen abzuschließen, so wenig läßt sich dieses Argument durch einen Vergleich der Dauer der Tagungen des Reichstages vor und nach der Einführung der amtlichen Diäten stützen. Vielmehr zeigt ein solcher Vergleich eindeutig, daß das Diätengesetz ganz gewiß nicht auf diese Weise der von *Ledebour* apostrophierten „Verkümmerung des Parlamentarismus"[21]) Vorschub geleistet haben kann, mochte auch der Parteitag seinen Ausführungen applaudieren.

[19]) Nachlaß Dittmann, Erinnerungen. Dazu auch das folgende Kapitel.

[20]) Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 358.

[21]) A.a.O.

7. Organe und Geschäftsgewohnheiten der Fraktion

Versteht man den Begriff der Fraktion im modernen Sinne des Wortes, nämlich als Bezeichnung für die Partei im Parlament, die der organisierten, außerhalb des Parlaments stehenden Partei im Lande zugeordnet ist[1]), so beginnt die Geschichte der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Gothaer Einigungskongreß von 1875, der auch den Zusammenschluß der Abgeordneten beider bisheriger Richtungen zu einer einheitlichen Reichstagsvertretung mit sich brachte. Bis dahin war es durchaus üblich gewesen, die organisatorisch unverbundenen, miteinander konkurrierenden „beiden deutschen Arbeiterfraktionen"[2]) der Eisenacher und der Lassalleaner als Bestandteile einer „Partei" zu begreifen, die nach dem älteren Sprachgebrauch kein organisiertes Gebilde darstellte, sondern allein durch die Überzeugungen der Vertreter einer „politischen Grundvorstellung"[3]) konstituiert wurde. Das schloß keineswegs aus, daß sich die Richtungen oder „Fraktionen" solch einer übergreifenden „Partei" gegenseitig so heftig bekämpften, wie es der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Eisenacher Sozialdemokratische Arbeiterpartei noch bis über die Reichsgründung hinaus getan hatten. Aber so groß auch die stark persönlich gefärbte Erbitterung war, die das Verhältnis der beiden sozialdemokratischen Gruppen belastete, politisch wurden sie in der ersten Hälfte der siebziger Jahre immer stärker zueinander gedrängt, zumal sie „jetzt von oben herab mit gleichem Maße gemessen" wurden[4]) und die gleichen Verfolgungen zu erleiden hatten. So sahen sich auch die 1874 in den Reichstag gewählten sechs Eisenacher und drei Lassalleanischen Abgeordneten genötigt, „öfter gemeinsame Sache bei den Beratungen zu machen"[5]); und wenn auch die dem ADAV angehörenden Abgeordneten den Vorschlag der Eisenacher noch ablehnten, eine gemeinsame parlamentarische Fraktion zu bilden, so kam man doch überein, „sich gegenseitig bei Stellung von Anträgen zu unterstützen"[6]). Diese lockere Kooperation der beiden kleinen sozialdemokratischen Parlamentariergruppen, die sich 1874 einspielte, war die unmittelbare Vorstufe der im folgenden Jahre gebildeten einheitlichen Fraktion.

Aber wenn seither auch ganz selbstverständlich von einer sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gesprochen wurde, so war doch die Vertretung der Partei zahlenmäßig noch zu schwach, um Rang und Privilegien einer anerkannten Fraktion beanspruchen zu können. Zwar schwieg sich die Geschäftsordnung[7])

[1]) Vgl. Nipperdey S. 9.

[2]) So in einem von *Geib* gestellten Antrag, den der vom 18.—21. 7. 1874 in Koburg tagende Kongreß der Eisenacher Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit großer Mehrheit annahm. Vgl. Bebel II S. 307.

[3]) Nipperdey S. 11.

[4]) Aus dem Bericht *Geibs* zum Stande der Einigungsfrage in Koburg (vgl. Anm. 2); zitiert nach Bebel II S. 306.

[5]) Bebel II S. 305.

[6]) A.a.O. S. 299.

[7]) Beschlossen vom Norddeutschen Reichstag am 12. 6. 1868 und vom Deutschen Reichstag durch Beschluß vom 21. 3. 1871 übernommen, seither mehrfach geändert. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte III S. 884 f. bes. Anm. 19. Text in den Reichstagshandbüchern und, in der zuletzt gültigen Form mit Nachweis der wichtigsten Änderungen, bei Huber, Dokumente II S. 329 ff.

des Reichstages ebenso wie die Reichsverfassung, die auch die Existenz der politischen Parteien ignorierte[8]), über die Fraktionen aus. Jedoch gab es neben Verfassung und Geschäftsordnung noch eine weitere, nicht minder bedeutsame „dritte Quelle des Parlamentsrechts: nämlich die parlamentarische Observanz, den festen Brauch, der vor allem auch für die Bildung und Funktion der Fraktionen bestimmend war"[9]). Nach diesem Geschäftsordnungsgewohnheitsrecht, wie man mit einem etwas umständlichen Terminus die parlamentarische Observanz auch bezeichnen könnte, waren nur Gruppen in einer Mindeststärke von 15 Abgeordneten, die entweder einer Partei angehörten oder doch zu fester parlamentarischer Zusammenarbeit entschlossen waren, berechtigt, dem Reichstagspräsidium ihre „Konstituierung" als Fraktion anzuzeigen.[10]) Wie die durch die Geschäftsordnung geregelte „Konstituierung des Reichstags" erfolgte auch die Konstituierung der Fraktionen, von Ausnahmefällen abgesehen, zu Beginn jeder Legislaturperiode[11]) und jeder neuen Session[12]) innerhalb einer Legislatur. Im Verhältnis zu ihrer Stärke wurden die Fraktionen am Seniorenkonvent — dem wiederum nur auf parlamentarischer Observanz beruhenden „wichtigsten interfraktionellen Parlamentsorgan", das „sich einer unangetasteten Autorität" erfreute[13]) — und an den Kommissionen beteiligt, so daß die laut Geschäfts-

[8]) Nach Werner Conze, Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933 (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1960, S. 9, wurden sie „extrakonstitutionell hingenommen". Vgl. auch Eberhard Pikart, Die Rolle der Parteien im deutschen konstitutionellen System, *Zeitschrift für Politik* 1962, bes. S. 19 f.

[9]) Huber, Verfassungsgeschichte III S. 885 f.

[10]) Nach der Geschäftsordnung des Reichstages (vgl. oben Anm. 7), § 22 Abs. 1, mußten Anträge aus dem Hause von mindestens 15 Abgeordneten unterzeichnet sein. Hieraus entwickelte sich die gewohnheitsrechtlich verankerte Regelung, nur Gruppen in dieser Mindeststärke den Status einer anerkannten Fraktion zuzubilligen. Dazu auch Nr. 291 bes. Anm. 1 und 2.

[11]) Eine Legislaturperiode rechnet von der Eröffnung des Reichstages nach einer Neuwahl bis zum Auslaufen der zunächst auf 3 und seit 1888 auf 5 Jahre festgesetzten Legislaturperiode oder bis zur vorzeitigen Reichstagsauflösung nach Art. 24 der Reichsverfassung („auf Beschluß des Bundesrates unter Zustimmung des Kaisers").

[12]) Die Legislaturperioden wurden in — erst einjährige oder sogar noch kürzere, dann zwei- oder mehrjährige — Sessionen unterteilt. Sie rechneten von der Eröffnung bis zur Schließung des Reichstages durch (vom Kanzler gegenzuzeichnende) Verordnung des Kaisers, dem es nach Art. 12 der Reichsverfassung ausschließlich zustand, „den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen". Jedoch hatte die Berufung des Reichstages nach Art. 13 „alljährlich" zu erfolgen. Stärker war der Kaiser bei Vertagungen durch die Vorschrift des Art. 26 gebunden, die unter bestimmten Voraussetzungen ein Zustimmungsrecht des Reichstages vorsah. Danach durfte „ohne Zustimmung des Reichstages" eine Vertagung „die Frist von 30 Tagen nicht überschreiten und während derselben Session nicht wiederholt werden". Mit der Schließung des Reichstages am Ende einer Session waren — im Gegensatz zur Vertagung — alle seine Organe aufgelöst, so daß der Vorstand, der Seniorenkonvent, die Abteilungen und die Kommissionen nach der Wiedereinberufung des Parlaments für die folgende Session, die ungeachtet der fortlaufenden Legislaturperiode eine nochmalige Konstituierung des Reichstages erforderlich machte, neu gebildet werden mußten. Auch waren nach § 70 der Geschäftsordnung alle „Gesetzesvorlagen, Anträge und Petitionen", über die das Haus noch nicht beschlossen hatte, mit Ablauf der Session „erledigt", so daß zwischen den verschiedenen Sessionen einer Legislaturperiode „scharfe Diskontinuität", dagegen „Kontinuität über alle Vertagungen hinweg" innerhalb einer Sitzungsperiode bestand. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte III S. 882.

[13]) A.a.O. S. 886.

Parteivorstand 1900 bis 1917

V = Vorsitzender; S = Sekretär; Sf = Schriftführer; K = Kassierer; B = Beisitzer; gleichzeitige Zugehörigkeit zur Fraktion wurde bei Mitgliedern des Fraktionsvorstandes durch Fettdruck, in anderen Fällen durch Kursivdruck kenntlich gemacht.

Name	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1917
Bebel	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	.	.
Singer	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	**V**	.	.	.	.
Auer	**Sf**	**S**	**S**	**S**	**S**	**S**	**S**	.	.	.	.	.	.	.	.
Pfannkuch	**Sf**	**S**	**S**	**S**	**S**	**S**	**S**	S	Sf	Sf	Sf	Sf	*S*	*S*	*Sf*
Gerisch	K	K	K	*K*	*K*	*K*	*K*	K	K	K	K	K	S	S	.
Eberhardt	B	B	B	B	B	B	B	B	B	.	.	.	.	.	.
Ernst	B	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	B
Wengels	.	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	.
Molkenbuhr	.	.	.	.	*S*	*S*	*S*	*S*	*S*	*Sf*	*Sf*	*Sf*	S	S	Sf
Ebert	.	.	.	.	.	S	S	S	S	Sf	Sf	Sf	S	**V**	**V**
H. Müller	.	.	.	.	.	.	S	S	S	Sf	Sf	Sf	S	S	*Sf*
Frau Zietz	.	.	.	.	.	.	.	.	B	B	B	B	S	S	.
Liepmann	.	.	.	.	.	.	.	.	.	B	B	B	.	.	.
Haase	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	V	**V**	**V**	.
O. Braun	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	Sf	K	K	K
Scheidemann	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	*Sf*	*S*	S	**V**
Brühl	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	B	.	.
Silberschmidt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	*B*	.	.
Bartels	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	S	Sf
Wels	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	*B*	*B*
Frau Juchacz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	Sf

Fraktionsvorstand 1898 bis 1914)*

V = Vorsitzender; VM = Vorstandsmitglied; P = Protokollführer; Sf = Schriftführer; K = Kassierer

Name	X. Legislatur-Periode		XI. Legislatur-Periode		XII. Legislatur-Periode		XIII. Legislatur-Periode
	1. Sess. 1898–1900	2. Sess. 1900–03	1. Sess. 1903–05	2. Sess. 1905–06	1. Sess. 1907–09	2. Sess. 1909–11	1. Sess. 1912–14
Auer	P	VM	VM	VM	VM bis †10.4.07	.	.
Bebel	VM	VM	VM	VM	VM	V	V bis † 13.8.13
Meister	VM	VM	VM	VM bis † 5.4.06	.	.	.
Pfannkuch	P	VM	VM	VM	.	.	.
Singer	V	V	V	V	V	V bis † 31.1.11	.
Kaden	.	.	.	VM seit 25.4.06	VM	VM	K bis † 21.6.13
R. Fischer	.	.	.	.	VM	VM	Sf
Ulrich	.	.	.	.	VM seit 17.4.07	VM	.
Molkenbuhr	.	.	.	.	.	V seit 8.2.11	V
Haase	.	.	.	.	.	.	V
David	.	.	.	.	.	.	Sf
Ebert	.	.	.	.	.	.	K
Ledebour	.	.	.	.	.	.	K seit 25.6.13
Scheidemann	.	.	.	.	.	.	V seit 10.12.13

*) Für die Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes während des Weltkrieges vgl. unten S. CXV.

Sozialdemokratische Mitglieder in Seniorenkonvent, Budgetkommission und Geschäftsordnungskommission des Reichstages 1898-1914

Legislaturperiode	Session	Seniorenkonvent	Budgetkommission*	Geschäftsordnungskommission*
X	1898/1900	Bebel Singer	Bebel Singer Meister Vollmar	Singer[1]) Meister
	1900/1903	Bebel Singer	Bebel Singer Meister Vollmar	Singer[1]) Meister
XI	1903/1905	Bebel Singer Geyer	Bebel Singer Meister Dietz Ledebour Südekum	Singer Meister Förster
	1905/1906	Bebel Singer Geyer	Bebel Singer Ledebour Südekum Schöpflin	Singer Meister Förster
XII	1907/1909	Bebel Singer Geyer	Bebel Singer Ledebour	Singer[2]) Dietz
	1909/1911	Bebel Singer Geyer	Singer Ledebour Frank	Singer[3]) Geyer[4])
XIII	ab 1912	Bebel Geyer Dietz Fischer Haase Molkenbuhr Ledebour[7]) Scheidemann[7])	Ledebour Südekum[6]) Schöpflin Lensch Noske Reißhaus Schmidt Schulz	Haase[5]) Geyer David Frank

*) Stand zu Beginn der Legislaturperiode bzw. Session. Besonders bei der Entsendung von Fraktionsmitgliedern in die Budgetkommission gab es während der Sessionen eine starke Fluktuation (dazu u. a. Nr. 180 und 211); jedoch wurde auch bei den von der Fraktion gestellten Mitgliedern der Geschäftsordnungskommission gelegentlich ein entsprechender Austausch vorgenommen.

[1]) Vors. der Kommission (seit 1893).

[2]) Stellv. Vors. der Kommission.

[3]) Wieder Vors. der Kommission.

[4]) Eingetreten am 31. 3. 1910 für Singer, der wegen Krankheit beurlaubt worden war († 31. 1. 1911). Vgl. auch Nr. 246.

[5]) Vors. der Kommission.

[6]) Stellv. Vors. der Kommission.

[7]) Ledebour und Scheidemann wurden am 10. 12. 1913 an Stelle von Bebel († 13. 8. 1913) und Dietz (zurückgetreten) von der Fraktion in den Seniorenkonvent delegiert.

ordnung vorgenommene Wahl der Kommissionsmitglieder durch die für die parlamentarische Arbeit bedeutungslosen sieben Abteilungen[14]) des Reichstages eine bloße Fiktion war[15]). Auch für die Besetzung des Reichstagspräsidiums, der Schriftführerämter im Vorstand des Reichstages und der Vorsitze in den Kommissionen spielte der Fraktionsproporz eine wesentliche Rolle, die allerdings erheblich durch Koalitionsgesichtspunkte eingeschränkt wurde[16]).

So entsprach es der parlamentarischen Sonderstellung der Sozialdemokratie, daß sie bis zu der veränderten Situation von 1912 regelmäßig bei den Präsidiumswahlen und bei der Wahl der Schriftführer leer ausging.[16a]) Auch der Vorsitz in der Geschäftsordnungskommission, den *Singer* seit der Neukonstituierung des Reichstages nach den Wahlen von 1893 (IX. Legislaturperiode) innegehabt hatte, ging ihr 1903, als die Partei ihren bis dahin größten Wahlerfolg buchen und 81 Abgeordnete in den Reichstag entsenden konnte, vorübergehend verloren.[16b]) Erst in der folgenden XII. Legislaturperiode, also nach der Wahlniederlage von 1907, wurde der Fraktion zunächst der stellvertretende Vorsitz, und dann in der Ende 1909 beginnenden 2. Session erneut der Vorsitz dieser Kommission, und zwar in beiden Fällen wieder für *Singer*, zugestanden. 1912 erlangte sie schließlich neben dem Vorsitz der Geschäftsordnungskommission, den *Haase* übernahm, noch den stellvertretenden Vorsitz in der Budgetkommission für *Südekum*[17]), der im Juni 1918 sein Amt verlor, als *Ebert* auf Grund vorangegangener koalitionspolitischer Absprachen zwischen den Mehrheitsfraktionen zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewählt wurde[17a]).

[14]) Laut Art. 26 der Geschäftsordnung.

[15]) Vgl. Nr. 1 Anm. 5 sowie Huber, Verfassungsgeschichte III S. 886. Ferner Adolf Neumann-Hofer, Die Wirksamkeit der Kommissionen in den Parlamenten, in: *Zeitschrift für Politik*, 4. Bd., 1911, S. 81 f., bes. die unten in Anm. 4 zum 9. Kapitel zitierte Partie.

[16]) Vgl. unten 9. Kapitel, bes. Anm. 1—3.

[16a]) Vgl. u. a. Nr. 1 Anm. 4, Nr. 52, Nr. 113. — Im Februar 1912 wurde *Scheidemann* nach der Konstituierung des Reichstags zum 1. Vizepräsidenten gewählt und konnte auch vorübergehend als solcher fungieren, unterlag jedoch bei der endgültigen Wahl am 8. 3. 1912; vgl. unten 9. Kapitel. Bei der Besetzung der Schriftführerposten kam die Fraktion 1912 erstmalig mit R. *Fischer* und *Stücklen* zum Zuge.

[16b]) Dazu Nr. 113 bes. Anm. 6 und Nr. 116, wo es heißt, „daß die Kollegen in den ständigen Kommissionen die Übernahme von Schriftführerposten abgelehnt" hätten, „weil die Fraktion bei der Verteilung der Posten der Vorsitzenden nicht berücksichtigt worden" sei.

[17]) Vgl. auch Nr. 292.

[17a]) Nach dem Tode des Reichstagspräsidenten *Kaempf* ging es im Juni 1918 darum, „die Mehrheitspolitik bei der Bildung des Präsidiums zum Ausdruck zu bringen"; so in Nr. 480. Dabei erkannten das Zentrum und die Fortschrittler den sozialdemokratischen Anspruch „auf den ersten Vizepräsidentenposten voll an", ebenso wie die Mehrheitssozialdemokraten den Anspruch des Zentrums auf das Amt des Präsidenten. Weil jedoch keine Möglichkeit gesehen wurde, den bisherigen nationalliberalen ersten Vizepräsidenten, „Herrn *Paasche*, zu beseitigen", kam der Gedanke auf, für die Sozialdemokraten „durch Änderung der Geschäftsordnung einen dritten Vizepräsidentenposten zu schaffen" (als zweiter Vizepräsident amtierte der Fortschrittler *Dove)* und ihnen als Kompensation für den Verzicht auf den ersten Vizepräsidenten gleichzeitig den Vorsitz im Hauptausschuß zu überlassen; vgl. Nr. 479. Auf diese Weise waren *Fehrenbachs* Wahl zum Präsidenten, *Scheidemanns* Wahl zum Vizepräsidenten und *Eberts* Wahl zum Vorsitzenden des Hauptausschusses (als Nachfolger *Fehrenbachs)* koalitionspolitisch miteinander verkoppelt.

Keinerlei politische Gesichtspunkte spielten hingegen bei der Wahl der Abteilungsvorstände mit, bei der wiederum der uneingeschränkte Fraktionsproporz maßgebend und damit auch die Berücksichtigung der Sozialdemokraten gemäß ihrer Fraktionsstärke selbstverständlich war.[17b])

Solange die sozialdemokratische Vertretung nicht die vorgeschriebene Mindeststärke einer anerkannten Fraktion erreichte, d. h. also, wenn man von der 24-köpfigen Fraktion der VI. Wahlperiode (1884—1887) absieht, bis 1890, solange verfügte sie auch bei ihrer Teilnahme an der parlamentarischen Arbeit nur über eine begrenzte Bewegungsfreiheit. Sie war nicht einmal in der Lage, selbständige Anträge einzubringen, die wiederum von mindestens 15 Abgeordneten unterzeichnet werden mußten.[18]) So bestand die Aufgabe der Fraktionsberatungen wesentlich darin, ein einheitliches Votum zu den auf der Tagesordnung stehenden Gesetzesvorlagen und Anträgen vorzubereiten und die Redner für das Plenum zu bestimmen.

Diesen Aufgaben blieb auch weiterhin ein erheblicher Anteil an den Verhandlungen innerhalb der Fraktion vorbehalten, deren parlamentarische Geschäfte seit den Wahlen von 1890, die 35 Sozialdemokraten in den Reichstag brachten, einen weit größeren Umfang annahmen, zumal jetzt auch die freiwillige Selbstbeschränkung der parlamentarischen Aktivität aufgegeben wurde, die in der VI. Wahlperiode geübt worden war.[19]) Das Jahr 1890 bedeutete aber auch insofern den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Fraktion, als mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes die Parteileitung organisatorisch von der Fraktion getrennt wurde. So konnte sich die Fraktion zwar einerseits in zunehmendem Maße auf ihren parlamentarischen Aufgabenbereich konzentrieren, mußte jedoch andererseits trotz ihrer wachsenden personellen Stärke eine relative Schwächung ihrer Stellung innerhalb der Gesamtpartei in Kauf nehmen.

Die teils bereits früher, teils in den neunziger Jahren ausgebildeten Formen, in denen sich die Tätigkeit der Fraktion vollzog, und die von ihr entwickelten Geschäftsgewohnheiten lassen sich erst seit der 1898 einsetzenden regelmäßigen Protokollierung der Fraktionssitzungen detaillierter verfolgen. Da diese Gewohnheiten sich niemals in einer schriftlich fixierten Fraktionsordnung niederschlugen, konnte *Singer* im Mai 1907 auf eine Anfrage Victor *Adlers* antworten:

[17b]) Vgl. u. a. Nr. 52 bes. auch Anm. 6, Nr. 115.

[18]) Vgl. Anm. 10. Dazu auch oben 2. Kapitel (Anm. 52).

[19]) Dazu Blos II S. 123 sowie Mehring II S. 616: „Diese Fraktion [in der Wahlperiode 1884—1887] war zum ersten Male stark genug, um im Reichstag selbständig vorgehen zu können. Getreu den Überlieferungen der Partei und den Beschlüssen von Wyden und Kopenhagen legte sie das Hauptgewicht ihrer parlamentarischen Tätigkeit in die Agitation und Propaganda, aber daneben nahm sie mit, was für die proletarischen Interessen mitzunehmen war, ohne alle sonstigen Illusionen über die Leistungsfähigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus. Sie beteiligte sich an manchen, wenn auch nicht an allen Kommissionen, nicht an der Budgetkommission, da sie das Budget des Militärstaats doch ein für allemal verwerfen mußte, wohl aber an der Petitions- und Wahlprüfungskommission, in denen wichtige Interessen der Arbeiterklasse geschützt werden konnten." — Die sozialdemokratische Fraktion war in der Geschäftsordnungskommission mit *Hasenclever*, in der Petitionskommission mit *Viereck* und in der Wahlprüfungskommission sogar durch zwei ihrer Mitglieder, nämlich *Liebknecht* und *Singer*, vertreten. Letzteres gibt zu der Vermutung Anlaß, daß sie sich ihren Verzicht auf einen Sitz in der Budgetkommission durch diese doppelte Vertretung kompensieren ließ.

„Wir leben in der Fraktion ‚wild'. Keine Statuten, keine Geschäftsanweisung; bei den Verhandlungen gelten allgemeine Regeln, ungeschrieben!"[20])

Wie aus *Singers* weiteren Ausführungen — ebenso wie aus den Fraktionsprotokollen — hervorgeht, gaben jedoch die ungeschriebenen „allgemeinen Regeln" dem Leben in der Fraktion ein recht festes Gerüst:

„[Es herrscht] insoweit Fraktionszwang als Reden und Abstimmung gegen den Mehrheitsbeschluß nicht erlaubt ist. Redner und Kommissionsmitglieder werden von der Fraktion, die einmal in der Woche — wenn nötig öfter — tagt, bestimmt. In den Sitzungen werden die Vorlagen besprochen. Initiativanträge und Interpellationen festgestellt, die Haltung zu den einzelnen Vorlagen etc. festgelegt und alles Nötige geregelt. Fraktionsvorstand von 5 Personen bildet die ‚Vorsehung', also mit Schriftlichem kann ich nicht dienen [. . .]"[21])

Schon in der Periode des Sozialistengesetzes hatte ein 5köpfiger Fraktionsvorstand amtiert, der allerdings gleichzeitig die Funktion des Parteivorstandes wahrzunehmen hatte. Nur so erklärt sich auch sein unverhältnismäßig großer Umfang, der am besten dadurch illustriert wird, daß nach den Kartellwahlen, als die sozialdemokratische Vertretung nur noch aus 11 Mitgliedern bestand, praktisch jeder zweite sozialdemokratische Abgeordnete auch dem Vorstand angehörte.[22]) Ob die Zahl von 5 Vorstandsmitgliedern auch nach 1890 kontinuierlich beibehalten wurde, läßt sich nach dem Stand unserer Quellenkenntnis nicht nachprüfen, muß jedoch auf Grund des Protokolls der konstituierenden Fraktionssitzung vom 6. Dezember 1898 zweifelhaft erscheinen. Danach wurden *Bebel, Meister* und *Singer* „in den Vorstand" gewählt und zusätzlich, da „in Zukunft" Protokolle geführt werden sollten, *Auer* und *Pfannkuch* „als Protokollführer [. . .] bestimmt"[23]).

Demnach wäre eine Erweiterung des Rumpfvorstandes um die beiden „Protokollführer" zu vermuten, obgleich der Wortlaut des Protokolls keineswegs ausschließt, daß auch in den vorangegangenen Legislaturperioden mehr als 3 Fraktionsmitglieder dem Vorstand angehört haben könnten. Schließlich muß auch bedacht werden, daß einmal etablierte Führungsgremien sich nur selten verkleinern. Zwar war der Fraktionsvorstand nach 1890 nicht mehr ohne weiteres mit dem Parteivorstand identisch. Dafür hatte jedoch die Fraktion weit mehr Mitglieder als zuvor. Auch die Tatsache, daß die Fraktion vom November 1895 bis zum Hamburger Parteitag im Oktober 1897 wieder vorübergehend als Parteileitung fungieren mußte und die politische Leitung der Partei für diese Zeit an den Fraktionsvorstand delegierte[24]), spricht kaum für eine Verkleinerung des Vorstandes.

Charakteristisch für die Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes waren die außerordentlich enge Verpflechtung mit dem Parteivorstand und die nicht minder bemerkenswerte personelle Kontinuität. So befanden sich unter den fünf 1898 gewählten Mitgliedern des weiteren Fraktionsvorstandes vier Parteivorstands-

[20]) Adler, Briefwechsel S. 475.

[21]) A.a.O. S. 475 f.

[22]) Für den Fraktionsvorstand unter dem Sozialistengesetz vgl. Ritter, S. 45, der für 1887 *Bebel, Grillenberger, Hasenclever, Singer* und *Meister* nennt. An *Hasenclevers* Stelle trat 1888 *Liebknecht.*

[23]) Vgl. Nr. 1.

[24]) Vgl. Ritter S. 55.

mitglieder[25]); und alle drei Mitglieder des engeren Vorstandes hatten bereits unter dem Sozialistengesetz dem Fraktionsvorstand angehört.[26]) Die Unterscheidung zwischen dem engeren „Vorstand" und den „Protokollführern", die 1898 gemacht worden war, wurde bei der Neukonstituierung der Fraktion im November 1901, zu Beginn der 2. Session der X. Legislaturperiode, fallengelassen; im übrigen ergab die Konstituierung „die Wiederwahl des seitherigen Vorstandes, bestehend aus den Kollegen *Auer*, *Bebel*, *Meister*, *Pfannkuch*, *Singer*".[27]) Dabei blieb es, bis der Tod diese Führungsgruppe auseinanderriß.[28]) Die einzige Ausnahme machte *Pfannkuch*, aber nur, weil er 1907 sein Mandat verlor.

Wenn auch bis zum Tode *Singers* 1911 niemals ein offizieller „Fraktionsvorsitzender" gewählt wurde, so hebt sich doch die führende Rolle *Bebels* und *Singers* klar heraus. Was ihre Bedeutung für die Fraktionsführung angeht, gab es zwischen ihnen keinen Rangunterschied, wohl aber eine eingespielte Aufgabenverteilung. Man könnte *Singer* als geschäftsführenden Fraktionsvorsitzenden und *Bebel* als politischen Führer der Fraktion charakterisieren, ohne jedoch damit dem Verhältnis, in dem die beiden zueinander standen, ganz gerecht zu werden. Sie ergänzten sich auf sehr individuelle Weise; beide zusammen prägten den Stil der Fraktionsführung; und keiner von ihnen konnte so ohne weiteres ersetzt werden. Als langjähriger und erfahrener amtierender Vorsitzender hatte *Singer* den größeren und meist auch den ausschlaggebenden Einfluß bei der Regelung aller praktischen Angelegenheiten der Fraktionsführung. Er präsidierte in den Fraktionssitzungen und führte auch die Korrespondenz mit den nicht in Berlin anwesenden Fraktionskollegen. Als geschickter parlamentarischer Taktiker und ausgezeichneter Kenner der Geschäftsordnungs- und Verfahrensfragen leitete er die Fraktion in den parlamentarischen Debatten und Kämpfen. Auch war er der maßgebende Vertreter der Fraktion bei den Verhandlungen im Seniorenkonvent, mit dem Reichstagsvorstand und mit anderen Fraktionsführern. *Bebel* hingegen, der streng über die Disziplin und die Geschlossenheit des Auftretens seiner Fraktion im Reichstag wachte[29]), kümmerte sich weniger um die Details der parlamentarischen Taktik. Auf die Auswahl der Sprecher der Fraktion im Plenum und auch auf die Vorbereitung ihrer Reden scheint er jedoch entscheidenden Einfluß genommen zu haben.

Meister, der 1898 mit *Bebel* und *Singer* zusammen den Rumpfvorstand bildete, fungierte als Fraktionskassierer[30]). Als Protokollant betätigte sich nur *Pfannkuch*[31]), obgleich auch *Auer*, der als das gewichtigste Mitglied des Fraktionsvor-

[25]) *Meister*, der als einziger nicht gleichzeitig dem Parteivorstand angehörte, „war aber als Berichterstatter über die Arbeit der Kontrollkommission an die Parteitage von 1893—1905 das einflußreichste Mitglied der Kontrollkommission". So Ritter S. 55.

[26]) Vgl. Anm. 22.

[27]) Vgl. Nr. 52.

[28]) *Meister* starb 1906, *Auer* 1907, *Singer* 1911; bei Beginn der XIII. Legislaturperiode 1912 lebten nur noch *Bebel*, der 1913 starb, und *Pfannkuch*, dessen Platz 1907 von R. *Fischer* eingenommen worden war und der nach seiner Wiederwahl in den Reichstag 1912 nicht mehr zum Fraktionsvorstand kandidierte. Vgl. die Übersicht auf S. CVII; dort auch die Namen der jeweiligen Nachfolger.

[29]) Charakteristisch sind die in Nr. 26 wiedergegebenen Ermahnungen *Bebels* an die Fraktion.

[30]) Vgl. oben 5. Kapitel.

[31]) Ab 1907 übernahm R. *Fischer* diese Aufgabe. Vgl. auch Anm. 28.

standes neben *Bebel* und *Singer* angesehen werden muß[32]), zunächst formal als Protokollführer in den Vorstand eingetreten war. Die Führungsrolle von *Bebel* und *Singer* wurde jedoch nie ernsthaft gefährdet, zumal auch die erforderlich werdenden Nachwahlen keine profilierteren Persönlichkeiten in den Fraktionsvorstand brachten.

Als *Singer* 1911 starb, wurde entgegen dem bisher geübten Brauch *Molkenbuhr* expressis verbis zum „Fraktionsvorsitzenden" gewählt[33]), ohne daß *Bebels* nie zuvor präzisierte Stellung im Fraktionsvorstand dadurch berührt worden wäre. Korrekter als das Fraktionsprotokoll berichtete der *Vorwärts* am 9. 2. 1911 über die Wahl *Molkenbuhrs:*

„Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde an Stelle des Genossen *Singer* der Genosse *Molkenbuhr* gewählt. Die Genossen *Bebel* und *Molkenbuhr* sind sonach Vorsitzende mit gleichen Rechten."

Aber auch diese Version entsprach insofern nicht den tatsächlichen Verhältnissen, als *Molkenbuhrs* Vorsitz ein Papiertitel blieb. Wenn *Bebel* zu den Reichstagssitzungen nach Berlin kam, übernahm er selbstverständlich die Führung der Fraktion und den Vorsitz in ihren Sitzungen.

Bei der Konstituierung der Fraktion zu Beginn der XIII. Legislaturperiode 1912 erfolgte eine Erweiterung des Fraktionsvorstandes auf 7 Mitglieder[34]), bei denen jetzt drei verschiedene Kategorien unterschieden wurden: 3 „Vorsitzende" *(Bebel, Haase, Molkenbuhr)*, 2 „Schriftführer" *(David, R. Fischer)* und 2 „Kassierer" *(Ebert, Kaden)*. Nach *Bebel*, der wegen seiner Krankheit immer seltener nach Berlin kam, war nunmehr *Haase* der zweite Mann in der Fraktionsführung, während *Molkenbuhr* weiterhin im Hintergrund blieb.

Molkenbuhr vertraute im September 1913, kurz nach *Bebels* Tod, seinem Tagebuch[35]) an, daß dem Fraktionsführer sein Titel nur wenig nütze, „weil es ihm an Rechtsmitteln fehlt, die Kollegen als Untergebene zu behandeln". Tatsächlich beruhte die Stellung eines parlamentarischen Parteiführers nicht auf Titeln, sondern auf persönlicher Autorität und, was ebenso wichtig war, auf bestimmten Ämterverbindungen. *Bebel* und *Singer* standen nicht nur an der Spitze der Fraktion, sondern waren auch die beiden Vorsitzenden der Partei. Auch *Haases* Stellung, der, als *Bebel* gestorben war, nach außen hin sowohl in der Fraktion wie in der Partei an dessen Platz rückte, ohne allerdings seine unangefochtene Führerrolle übernehmen zu können[35a]), beruhte auf der gleichen Kombination. Diese

[32]) Obgleich der Schwerpunkt seiner Tätigkeit in der Parteiorganisation lag. Vgl. das instruktive kleine *Auer*-Porträt von Eduard Bernstein, Ignaz Auer. Eine Gedenkschrift, Berlin 1907.

[33]) Vgl. Nr. 263.

[34]) Von den bisher amtierenden Vorstandsmitgliedern schied *Ulrich* aus; laut Fraktionsprotokoll lehnte er „einen Wiedereintritt in den Vorstand ab, da er durch seine Tätigkeit im Hessischen Landtag zu oft abwesend sein müsse", und schlug vor, „an seiner Stelle *Ebert* zu wählen". Neben *Ebert* traten *Haase* und *David* neu in den Vorstand ein. Vgl. Nr. 284.

[35]) Nachlaß Molkenbuhr, Tagebuchkladde 1, Eintragung vom 5. 9. 1913.

[35a]) Schon die Wahl *Haases* zum Parteivorsitzenden neben *Bebel*, die nach dem Tode *Singers* auf dem Parteitage von 1911 in Jena erfolgte, war umstritten gewesen. Zwar konnte sich *Haase* als der vom Parteivorstand nominierte und von *Bebel* unterstützte Kandidat durchsetzen. Doch hatte sich der rechte Parteiflügel unter dem vermutlich ausschlaggebenden Einfluß des Vorsitzenden der Generalkommission *Legien* nicht davon abhalten lassen, *Ebert* als Gegenkandidaten vorzuschlagen, auf den immerhin 102 Stimmen fielen; ungeachtet seiner

parteiintern äußerst wichtigen Ämterverbindungen wurden ergänzt durch die Akkumulation der wichtigsten parlamentarischen Ämter. So vertraten *Bebel* und *Singer* ihre Fraktion sowohl im Seniorenkonvent als auch in der Budgetkommission. Wie die Mehrzahl der Fraktionsvorstandsmitglieder in der Periode seit 1898, für die über die Zusammensetzung des Vorstandes vollständige Angaben vorliegen, gehörte zwar auch *Molkenbuhr* gleichzeitig dem Parteivorstand an. Doch gelang es ihm nicht, sich im parlamentarischen Bereich durchzusetzen. In der Fraktion wurde er zunächst von *Scheidemann*[36]) und dann auch von *Ebert* überrundet, deren Aufstieg in der Partei- und Fraktionshierarchie ebenfalls von ständigen Ämterkumulationen begleitet wurde.

Über das bei den Vorstandswahlen praktizierte Verfahren geht aus den Fraktionsprotokollen wenig hervor. Bis 1912 wurden zu Beginn der Legislaturperioden bzw. Sessionen die bisherigen Mitglieder des Fraktionsvorstandes regelmäßig und offenbar widerspruchslos wiedergewählt. Auch bei Ergänzungswahlen scheint es keine Komplikationen gegeben zu haben. Im Protokoll der konstituierenden

vorangegangenen Erklärung, daß er „unter keinen Umständen zur Wahl der Vorsitzenden kandidiere[n]" wolle und auch seinerseits die Kandidatur *Haase* empfehle. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1911 S. 371 ff., 410. Dazu Nipperdey S. 363.

Für die Vorgeschichte der Kandidatur *Haase* vgl. einen im Nachlaß Dittmann überlieferten eigenhändigen Brief *Haases* an *Dittmann* vom 26. 7. 1911, der auch insofern bemerkenswert erscheint, als er einen, wenn auch undeutlichen Einblick in die interne Kooperation zwischen den führenden Männern der linken Mitte der Partei gewährt und dabei auf eine offenbar zu diesem Zweck gebildete „Siebener-Kommission" hinweist. In diesem Brief heißt es:

„Ich habe freilich im März dieses Jahres nach reiflichster Überlegung die mir angebotene Kandidatur zum Parteivorstand abgelehnt, in erster Linie, weil ich mich der Aufgabe nicht gewachsen fühlte. Inzwischen ist mir von verschiedenen Seiten erklärt worden, ich solle im Parteiinteresse meine Weigerung zurückziehen, da sich schwer ein geeigneter Kandidat finden lasse und mein Bedenken nicht begründet sei. Dadurch bin ich zu wiederholter Selbstprüfung veranlaßt worden, die für mich noch dadurch erschwert wird, daß ich mit vielen Banden an Königsberg fest und gern hänge und eine Verlagerung meines Wohnsitzes nach Berlin die Gründung einer neuen wirtschaftlichen Existenz erfordert sowie für meine Familie eine völlige Veränderung der Lebenshaltung. Eine Besoldung meiner Parteitätigkeit ist für mich ausgeschlossen. Genosse *Bebel* riet mir dazu, in Berlin Anwalt zu werden, und dieser Ausweg ließe sich wohl betreten. Ich bin bis heute noch nicht zu einem Entschluß gelangt, da ich mich noch mit einem Freunde beraten muß, der mich bei Beginn der nächsten Woche besuchen wird. Wenn ich bis dahin nicht mein Schreiben an Sie hinausgeschoben habe, so bestimmt mich dazu der Wunsch, mich mit Ihnen ohne Zögern über die Vorbereitung zum Parteitag zu verständigen. Soweit ich unterrichtet bin, beabsichtigt der Parteivorstand die Wahl eines neuen Sekretärs vorzuschlagen. Da *Gerisch* dauernd arbeitsunfähig ist, so bedeutet dies weiter nichts als einen Ersatz für ihn zu schaffen. Das entspricht nicht der Intention, die die Mehrzahl der Genossen in Magdeburg [1910] hatten. In Berlin soll auch bereits der Antrag ventiliert werden, zwei neue Sekretärstellen zu schaffen. Von weiteren Plänen ist mir nichts bekannt geworden. Für zwei Sekretäre stimme ich auch, und ich nehme nach Ihrer Haltung in Magdeburg an, Sie auch. Kandidatennamen schwirren verschieden durch die Luft, außer *Dittmann* und [Otto] *Braun* namentlich *Hoch* [zu besoldeten Vorstandsmitgliedern wurden 1911 neu gewählt: *Braun* und *Scheidemann*], meiner Meinung nach alle geeignet. Es wird genügen, wenn wir am 9. oder 10. 9. [also unmittelbar vor Zusammentritt des Parteitages] in Jena die Mitglieder der Siebener-Kommission zu einer Besprechung zusammenberufen, und ich bitte Sie, die Leitung zu übernehmen."

[36]) Dazu *Molkenbuhr* a.a.O.: „Ich wurde, als ich Fraktionsvorsitzender wurde, nicht in die Budgetkommission gewählt [...] Jetzt soll *Scheidemann* [der am 10. 12. 1913 dann als *Bebels* Nachfolger zum Fraktionsvorsitzenden neben *Haase* und *Molkenbuhr* gewählt wurde] sein Glück versuchen [...]"

Fraktionssitzung vom 6. 2. 1912 heißt es ausdrücklich, daß die drei Vorsitzenden „per Akklamation ernannt“[37]) worden seien. Zu umstrittenen Richtungskandidaturen und zur Aufstellung von Gegenkandidaten kam es erst seit 1913. Mit der Zunahme der inneren Spannungen in der Fraktion, die sich besonders durch die Auseinandersetzungen um die Wehr- und Deckungsvorlagen verstärkten, und mit dem Ausscheiden *Bebels* begann auch die bisher mindestens äußerlich gewahrte Einheit der Fraktionsführung zu zerfallen.

Als im Juni 1913 nach dem Tode *Kadens* eine Nachwahl für den Fraktionsvorstand erforderlich wurde, erbrachte erst ein zweiter Wahlgang eine Entscheidung mit 51 gegen 40 Stimmen für *Ledebour*.[38]) Noch härter wurde Anfang Dezember 1913 um die Nachfolge *Bebels* gekämpft. Für das freigewordene Amt des Fraktionsvorsitzenden — neben *Haase* und *Molkenbuhr* — kandidierten *Ledebour*, der dem Fraktionsvorstand ohnehin schon angehörte, und *Scheidemann*. In zwei Wahlgängen am 2. Dezember[39]) hatte *Ledebour* jeweils eine Stimme Vorsprung, ohne jedoch die absolute Mehrheit zu erreichen. Da das Wahlverfahren in keiner Geschäftsordnung fixiert war, konnte *Frank* das Resultat erfolgreich anfechten.[40]) Als die Wahl eine Woche darauf in der nächsten Fraktionssitzung wiederholt wurde, siegte *Scheidemann* mit der knappen Mehrheit von 51 zu 48 Stimmen.[41]) Wie aus den Erinnerungen *Dittmanns* hervorgeht[41a]), waren diese Wahlgänge bezeichnenderweise nicht mehr in Form offener Abstimmungen, sondern als geheime Stimmzettelwahlen vorgenommen worden.

Auch *Hochs* Wahl in den Fraktionsvorstand als Nachfolger *Ledebours*, der im Januar 1915 unter Protest gegen die Geschäftsführung seiner Vorstandskollegen zurückgetreten war[42]), erfolgte mit einer sehr knappen Mehrheit.[43]) Bei den nächsten Ersatzwahlen, die ein Jahr später, nach dem Rücktritt *Haases* und *Hochs*[44]), stattfanden und *Ebert* in den Kreis der drei Fraktionsvorsitzenden aufrücken ließen, zeigte sich deutlich der Grad, den das gegenseitige Mißtrauen in der kurz vor der definitiven Spaltung stehenden Fraktion inzwischen erreicht hatte.[45])

---

[37]) Vgl. Nr. 284.

[38]) Vgl. Nr. 330.

[39]) Vgl. Nr. 335.

[40]) Vgl. Nr. 335 Anm. 4.

[41]) Vgl. Nr. 336. Dazu auch voriges Kapitel.

[41a]) Nachlaß Dittmann, Erinnerungen. — Ob auch die Nachwahl vom Juni 1913 bereits auf diese Weise durchgeführt worden war, ließ sich nicht feststellen.

[42]) Mit 52 gegen 48 Stimmen, die auf Robert *Schmidt* fielen. Vgl. Nr. 356.

[43]) Vgl. Nr. 358a.

[44]) Vgl. Nr. 389a.b. und 390 a.b. S. auch bes. Nr. 389 b, wo *Haase* auseinandersetzt, aus welchen Gründen er wohl als Fraktions-, jedoch nicht als Parteivorsitzender zurücktrete: „Es wäre ein böser Präzedenzfall, wenn ich mir von der Fraktion diktieren ließe, ob ich mein Amt als Parteivorsitzender niederlegen solle oder nicht. Ich werde bis zum Parteitag durchhalten. Wenn ich so handle, dann handle ich im Geiste *Bebels* [. . .]“

[45]) *Ebert* erhielt 56 von 86 Stimmen. Die Zahl der abgegebenen „weißen Zettel“ (27) und der zersplitterten Stimmen (3) entsprach ziemlich genau der Zahl der Fraktionsmitglieder, die sich bei der Plenarabstimmung über die Kriegskredite am 20.8.1915 (s. die Übersicht auf S. CLXXXVII) der Stimme enthalten hatten. Ähnlich war das Verhältnis auch bei den beiden anderen Nachwahlen. Vgl. Nr. 392. — Danach setzte sich der Vorstand nunmehr aus den drei Vorsitzenden *Scheidemann*, *Ebert* und *Molkenbuhr* sowie aus *David*, R. *Fischer* und den in der Fraktionssitzung vom 11. 1. 1916 neugewählten Vorstandsmitgliedern *Krätzig* und *Gradnauer* zusammen. Für die Ergänzung des Vorstandes der Mehrheitsfraktion durch zwei „Beisitzer“ *(Landsberg* und *Noske; Hoch* unterlag knapp) am 23. 10. 1918 s. Nr. 506.

Auf die formale Unterscheidung von verschiedenen Ämtern innerhalb des Fraktionsvorstandes wird man, abgesehen von der — allerdings auch nicht uneingeschränkt relevanten — Heraushebung der Vorsitzenden aus der Zahl der übrigen Vorstandsmitglieder, kein besonders großes Gewicht legen dürfen. Bei der Neuwahl eines „Schriftführers" oder „Kassierers" ging es niemals in erster Linie um die Ausfüllung bestimmter technischer Funktionen; zur Debatte stand vielmehr die personelle und politische Zusammensetzung des Vorstandes. Aber auch soweit sich Vorstandsmitglieder tatsächlich bei den Sitzungen der Fraktion als Protokollanten betätigten, geschah dies in einer Weise, daß sie kaum durch ihre Aufgabe besonders belastet wurden. Erheblich größerer Arbeitsaufwand scheint mit der Verwaltung der Fraktionskasse verbunden gewesen zu sein, zumindest solange es zu den Obliegenheiten des Kassierers gehörte, die Auszahlung der von der Partei gewährten Diäten an die Fraktionsmitglieder vorzunehmen.[46])

Man geht gewiß kaum fehl, wenn man den Fraktionskassierer als das älteste Organ der Fraktion bezeichnet, hatte die Partei doch ihren parlamentarischen Vertretern bereits seit den siebziger Jahren Tagegelder gewährt. Der Sache nach war die Fraktionskasse bis zur amtlichen Diätenregelung von 1906 nur ein Annex der Parteikasse; und die Kosten für die Fraktion erschienen als gesonderte Ausgaben im Finanzbericht des Parteivorstandes.[47]) Dabei waren neben den Entschädigungen für die Abgeordneten andere finanzielle Aufwendungen kaum erforderlich. Da die Reichstagsverwaltung den Fraktionen kostenlos Zimmer [47a]) im Reichstagsgebäude[48]) und Briefpapier zur Verfügung stellte und auch die von den Fraktionen gestellten Anträge kostenlos gedruckt wurden, konnten die Verwaltungskosten sehr niedrig gehalten werden. Lediglich das Porto für den Briefwechsel[49]) mußte die Fraktionskasse tragen. Über besoldetes Hilfspersonal hat die Fraktion bis zur Einrichtung der Stelle eines Fraktionssekretärs offenbar überhaupt nicht verfügt.

---

[46]) Für das Folgende vgl. oben 5. Kapitel.

[47]) Vgl. Ritter S. 228 f.

[47a]) Dazu die Bemerkung *Liebknechts* auf dem Gothaer Parteitag von 1877, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten bereits „alle nennenswerten Vorteile einer selbständigen Fraktion" genössen, „insofern uns ein eigenes Zimmer und ein Fraktionszimmer zur Verfügung gestellt worden sei". Vgl. oben 2. Kapitel Anm. 52.

[48]) Vgl. in diesem Zusammenhang v. Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Breslau 1895, Bd. 2, S. 170, wo es heißt: „[. . .] Das Verhältnis unter den Fraktionen ist ein äußerst höfliches. Die Kanzlei des Reichstags besorgt auch die Fraktionsbestellungen [durch von der Reichstagsverwaltung angestellte „Diener"; s. auch Anm. 50] und die Sitzungen der letzteren [d. h. der Fraktionen] finden im Reichstagsgebäude statt. Dadurch ist die Kommunikation unter den Fraktionen ungemein erleichtert. Gewöhnlich haben dieselben abends Sitzung und machen sich durch Abgesandte Mitteilungen. So kommt es, daß häufig eine im Reichstag vorkommende Angelegenheit schon vorher durch die Beratungen und Kommunikationen der Fraktionen entschieden ist. Übrigens geht alles sehr förmlich zu in den Fraktionssitzungen sowohl wie im Reichstag." Diese aus der Bismarckzeit stammenden Beobachtungen haben für die in ihrer Frühzeit isolierte und bewußt keine „Kommunikationen" pflegende Sozialdemokratie nur begrenzte Bedeutung, weisen aber auf die Entwicklung der interfraktionellen Beziehungen und der Aufgaben der Parlamentsverwaltung hin.

[49]) Portofreiheit war zwar den Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung und anfangs auch denen des Norddeutschen Reichstags gewährt worden; dieses Privileg wurde jedoch 1869 wieder aufgehoben. Vgl. Tatarin-Tarnheyden, Die Rechtsstellung der Abgeordneten, ihre Pflichten und Rechte, in: Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, S. 413 ff.

Als seit 1906 die Abgeordneten Diäten aus Reichsmitteln erhielten, wurde die Fraktionskasse von der Parteikasse unabhängig. Sie speiste sich aus von den Fraktionsmitgliedern erhobenen Diätenabgaben, aus denen, wie es im Protokoll der Fraktionssitzung vom 17. 3. 1909 heißt, die „allgemeinen Fraktionskosten (Sekretariat, Gratifikationen für die Diener etc.)" zu bestreiten waren.[50]) Zunächst wurden jährlich sämtliche Überschüsse an die Parteikasse abgeführt[51]), bis 1909 beschlossen wurde, daß „ein Fonds bis zur Höhe von 10000 Mk zurückbehalten werden" solle, „aus dem in außerordentlichen Fällen (z. B. Erkrankung in Berlin, außerordentliche Session) Gelder zur Verfügung gestellt werden können".[52])

Mit der von Reichstagswahl zu Reichstagswahl wchsenden personellen Stärke der Fraktion drängte sich die Frage auf, ob nicht der Fraktionsvorstand durch die Anstellung eines hauptamtlichen Fraktionsgeschäftsführers entlastet werden könne. Bereits 1901 sprach sich die Fraktion auf einen Vorschlag *Bebels* hin dafür aus, die Stelle eines Fraktionssekretärs zu schaffen[53]); und der Parteivorstand erklärte sich auch bereit, den Sekretär aus der Parteikasse zu bezahlen.[54]) Da sich jedoch kein geeigneter Kandidat fand[55]), verzögerte sich die Besetzung der Stelle bis Anfang 1904. Sie wurde nunmehr dem vom Partei- und Fraktionsvorstand vorgeschlagenen Journalisten Max *Grunwald* übertragen[56]), der seit 1901 Redakteur der Erfurter *Tribüne* gewesen war und 1903 erfolglos zum Reichstag kandidiert hatte. Etwa gleichzeitig übernahm *Grunwald* auch die Leitung des Parteiarchivs[57]); außerdem betätigte er sich noch als Lehrer an der Berliner Arbeiterbildungsschule. Bei der gewiß nicht sehr sinnvollen Verbindung von Fraktionssekretariat und Parteiarchiv handelte es sich offenbar um eine auf die Person *Grunwalds* zugeschnittene Lösung[58]), die sich jedoch nicht bewährte.

[50]) Vgl. Nr. 219. Für die Besoldung des Fraktionssekretärs s. auch Anm. 58.

[51]) Vgl. Nr. 168 Anm. 6 sowie Protokoll SPD-Parteitag 1908, S. 70 (Finanzbericht, Fußnote 1 zu dem Posten „Vermischte Einnahmen") und Protokoll SPD-Parteitag 1909, S. 70 (Finanzbericht, Fußnote zu dem Posten „Allgemeine Einnahmen"). In den späteren Parteitagsprotokollen wird auf abgeführte Überschüsse nicht mehr besonders hingewiesen. Für 1907 s. Anm. 58.

[52]) Vgl. Nr. 219.

[53]) Vgl. Nr. 75.

[54]) Vgl. Nr. 78.

[55]) Vgl. Nr. 77 und 78.

[56]) Vgl. Nr. 118. Dagegen gibt das Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1914, S. 266 an, daß *Grunwald* bereits seit 1903 Geschäftsführer der Fraktion gewesen sei und — obgleich er 1909 ausschied — diese Tätigkeit bis 1912 fortgesetzt habe.

[57]) Nach Auskunft von Herrn Paul *Mayer*, der eine Studie über die Geschichte des Parteiarchivs vorbereitet, wurde *Grunwald* von *Motteler* protegiert, der schon 1899 angeregt habe, ihn als Archivar einzustellen. Das sei jedoch zunächst an *Grunwalds* finanziellen Forderungen gescheitert.

[58]) Für seine Doppelfunktion konnte er auch ein höheres Gehalt erwarten (vgl. vorige Anm.), das zunächst ganz von der Parteikasse, seit der amtlichen Diätenregelung von 1906 jedoch durch Partei- und Fraktionskasse gemeinsam getragen wurde. Vgl. dazu Protokoll SPD-Parteitag 1907, S. 69, Fußnote zur Position „Archiv und Fraktionssekretariat" des Finanzberichts: „Der auf die Fraktion entfallende Anteil des Gehalts des Archivars, der zugleich Fraktionssekretär ist, wurde von der Fraktionskasse der Parteikasse ersetzt und ist dieser Posten unter den vermischten Einnahmen gebucht." Ferner Protokoll SPD-Parteitag 1908, S. 71, Finanzbericht, Fußnote zu „Archiv": „Die Reichstagsfraktion hat im verflossenen Geschäftsjahr während der Tagung des Reichstages den Archivar, der zugleich Fraktionssekretär ist,

Wie sehr *Grunwald* die Sekretariatsgeschäfte vernachlässigt hatte, läßt sich daraus schließen, daß *Singer* im Juli 1909, als die Neubesetzung der Sekretärstelle akut geworden war[59]), namens des Fraktionsvorstandes dafür plädierte, nur „eine Person in Aussicht zu nehmen, die ihre ganze Kraft während des ganzen Jahres zur Verfügung zu stellen habe".[60]) Als Jahresgehalt wurde ein Betrag von 4200 Mark durch die Fraktion festgesetzt.[61]) Trotz dieser verhältnismäßig guten Dotierung blieb die Stelle bis zum Beginn der folgenden Legislaturperiode vakant.[62]) Erst im Frühjahr 1912 wurde sie durch Friedrich *Zietsch*, der vorübergehend selbst der Fraktion angehört hatte, aber im Januar 1912 nicht wiedergewählt worden war, übernommen.[63]) *Zietsch* starb jedoch bereits im folgenden Jahr; und nachdem der Abgeordnete *Davidsohn* eine Zeitlang vertretungsweise die Sekretärsgeschäfte wahrgenommen hatte[64]), wählte die Fraktion Anfang 1914 den bisherigen Redakteur an der *Leipziger Volkszeitung* Alfred *Keimling* zum neuen Fraktionssekretär.[65]) Aber auch *Keimling* fand kaum Gelegenheit, sich gründlich einzuarbeiten. Er wurde durch den Krieg aus seiner Tätigkeit herausgerissen und fiel 1915 an der Ostfront.[66]) Sein Nachfolger *Reimes*, der seit Anfang 1916 amtierte, scheint dem Amt erstmalig ein deutlicheres Profil gegeben zu haben. Zwar lassen es die vorliegenden Quellen nicht zu, seinen Aufgabenbereich im einzelnen zu rekonstruieren. Doch schon die Tatsache, daß er regelmäßig als Protokollführer[67]) zu den Fraktionssitzungen hinzugezogen wurde, spricht dafür, daß er einen stärkeren Anteil an den laufenden Geschäften der Fraktion genommen hat als seine Vorgänger.

Wenn das Fraktionssekretariat bis in den Weltkrieg hinein einen provisorischen Charakter behielt und noch keinen fest abgegrenzten Geschäftsbereich ausfüllte[68]), so wurde dieser Mangel teilweise dadurch ausgeglichen, daß die meisten Mitglieder des Fraktionsvorstandes gleichzeitig dem Parteivorstand angehörten und auf dessen — allerdings noch sehr bescheidenen — Apparat zurückgreifen konnten. Trotzdem bestand offensichtlich Übereinstimmung darüber, daß von der Sache her eine institutionalisierte Geschäftsführung nicht zu entbehren sei,

---

direkt besoldet. Aus diesem Grunde ist die Ausgabe gegenüber dem Vorjahr entsprechend niedriger."
Nachdem *Grunwald* 1909 aus dem Dienst der Fraktion ausgeschieden war, stiegen die Ausgaben für das Archiv sprunghaft auf 8416,14 M (gegenüber 3925,67 M im Vorjahr) an; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1910, S. 67

[59]) Vgl. die vorige Anm. sowie Anm. 56.

[60]) Vgl. Nr. 231.

[61]) Vgl. Nr. 232.

[62]) Dazu Nr. 254.

[63]) Zur Neubesetzung der Stelle vgl. Nr. 294, 297, 299 (Nominierung von *Zietsch* und *Kalinski)*, 300 (Wahl *Zietsch*' mit 56 gegen 46 Stimmen), 302 (Festsetzung des Jahresgehalts für *Zietsch*, der seinen Dienst am 15. 5. 1912 antreten sollte, auf 4000 M).

[64]) Vgl. Nr. 333.

[65]) *Keimling* war vom Fraktionsvorstand vorgeschlagen worden; außerdem kandidierte ein Dr. *Hanauer*. Vgl. Nr. 337 und 338.

[66]) Vgl. Nr. 337 Anm. 3.

[67]) Die Protokolle zeigen seit dem 13. 3. 1916 seine Handschrift. Vgl. Nr. 396.

[68]) Charakteristisch Nr. 299.

wenn es sich auch sowohl bei der ersten Besetzung der Stelle des Fraktionssekretärs als auch bei den folgenden Vakanzen immer wieder als schwierig erwies, geeignete Kandidaten ausfindig zu machen. Diese Schwierigkeit war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Mehrheit der Fraktion den prinzipiellen Standpunkt vertrat, für das Amt des Sekretärs komme kein Fraktionsmitglied in Frage. Die Gründe für diese 1909 zum Beschluß erhobene[69]) und im Januar 1914 nochmals formal bekräftigte[70]) Auffassung lassen sich zwar aus dem Wortlaut der Fraktionsprotokolle nicht erkennen. Jedoch wird die Ablehnung der Fraktion, interessierte Bewerber aus dem Kreise ihrer eigenen Mitglieder zu berücksichtigen, kaum aus der Furcht zu erklären sein, ein zugleich als Abgeordneter tätiger Sekretär werde die Sekretärsgeschäfte allzusehr auf die leichte Schulter nehmen. Viel eher dürfte sich einerseits die Frage gestellt haben, ob man ein einzelnes der Fraktionsmitglieder, die alle neben den Diäten auf zusätzliche Einnahmen angewiesen waren, durch die Betreuung mit einem aus Fraktionsmitteln dotierten Amt materiell privilegieren solle. Andererseits jedoch könnten die Überlegungen des Fraktionsvorstandes und der Fraktion auch dahin gegangen sein, daß das Amt des Fraktionssekretärs durch die Vereinigung mit einem Abgeordnetenmandat einen ganz anderen Charakter gewinnen und seinen Inhaber die Chance bieten würde, es aus einem technischen Hilfsorgan der Fraktion in eine politisch einflußreiche Stellung zu verwandeln.

Für die Kontakte zur Presse war kein besonderes Organ der Fraktion zuständig, die weder über eine eigene Pressestelle noch über einen Pressereferenten verfügte. Wesentliche Bedeutung für die sozialdemokratische Parlamentsberichterstattung kam zweifellos der Tatsache zu, daß viele Fraktionsmitglieder selbst Redakteure oder Korrespondenten von Parteizeitungen waren[71]) und daß wieder andere ihnen nahestehende Redaktionen informal über fraktionsinterne Vorgänge oder den Verlauf von Kommissionssitzungen informierten. Es gab jedoch auch bescheidene Ansätze zu einer offiziellen Pressepolitik der Fraktion, die sich vor allem dann äußerten, wenn Berichte der Parteipresse zu Beanstandungen Anlaß boten. Dabei bediente sich die Fraktion, soweit es sich aus den spärlichen Hinweisen in den Sitzungsprotokollen schließen läßt, des parlamentarischen Korrespondenzbüros *Baake*[72]), das wohl als parteioffiziös charakterisiert werden kann, und später des 1907 begründeten Pressebüros[73]) beim Parteivorstand. Vor allem aber suchte sie auf die Berichterstattung des Zentralorgans *Vorwärts* Einfluß zu nehmen[74]), das nicht nur ausführlich über die Plenar- und teilweise auch die Kommissionsverhandlungen[75]) des Reichstags schrieb, sondern darüber hinaus des öfteren Details aus den Fraktionssitzungen brachte. Auf Grund einer Beschwerde *Davids*

[69]) Vgl. Nr. 232.

[70]) Vgl. Nr. 333 und 338.

[71]) Vgl. oben 3. Kapitel.

[72]) Vgl. Nr. 17 bes. Anm. 3, Nr. 28 sowie Nr. 32, 78 und 79 (über die Lieferung von Berichten aus Kommissionen an *Baake* durch Fraktionsmitglieder).

[73]) Dazu Nr. 271. S. auch unten Anm. 78.

[74]) Vgl. Nr. 17, 27, 28, 66.

[75]) Zur Frage der Berichterstattung über Kommissionssitzungen durch Mitglieder der Fraktion vgl. Nr. 217 (Debatte aus Anlaß von „Indiskretionen" aus der Budgetkommission, die auf *Noske* zurückgingen). S. auch oben Anm. 72.

beschloß die Fraktion im Februar 1907, daß künftig „die Berichte über die Fraktionssitzungen vom Schriftführer dem *Vorwärts* übermittelt werden" sollten.[76]) Ob sich dieses Verfahren als feste Übung einbürgerte, ließ sich nicht nachprüfen; auf keinen Fall dürfte es — angesichts der Fraktionszugehörigkeit von Redaktionsmitgliedern des *Vorwärts*[77]) und vieler anderweitiger persönlicher Kontakte zur Redaktion — in der Lage gewesen sein, unautorisierte Berichte zu verhindern.[78]) Nach Ausbruch des Krieges wurde der *Vorwärts*-Redakteur *Ströbel* zu den Fraktionssitzungen eingeladen[79]); und auch *Stampfer* konnte, nachdem er Ende 1916 die Leitung des Blattes übernommen hatte, an den Sitzungen der Mehrheitsfraktion als Pressevertreter teilnehmen.[80])

Fraktionssitzungen fanden im allgemeinen nur statt, wenn auch der Reichstag versammelt war. Bis zum August 1914 ist nur eine Sondersitzung der Fraktion außerhalb der Tagungen des Reichstages nachweisbar, und zwar während des Jenaer Parteitags 1911.[81]) Der Rhythmus, in dem die Sitzungen angesetzt wurden, richtete sich in erster Linie nach den Bedürfnissen der parlamentarischen Arbeit. Wohl war der Mittwoch als Tag für die „regelmäßigen Sitzungen"[82]) der Fraktion bestimmt worden. Doch fielen bereits in der Vorkriegszeit so häufig mehrere Sitzungen — oft an aufeinanderfolgenden Tagen — in eine Woche, daß es kaum sinnvoll erscheint, der zeitweise von der Fraktion vorgenommenen Unterscheidung zwischen den wöchentlichen Routinesitzungen und „Extra-Sitzungen"[83]) zu folgen. Schriftliche Einladungen zu den Fraktionssitzungen ergingen in der Regel nicht.[84]) Erst die kurzfristigen Einberufungen des Reichstages in den

[76]) Vgl. Nr. 177. Für die Ende 1903 beschlossenen „allgemeinen Verhaltensregeln" hinsichtlich der Berichterstattung über Verhandlungen der Fraktion s. Nr. 113; dazu auch Nr. 120, 122, 152.

[77]) So *Stadthagen* (seit 1906 *Vorwärts*-Redakteur) und der Redaktionssekretär *Kunert*. — *Stücklen* gehörte dem Pressebüro beim Parteivorstand als Redakteur an.

[78]) Dazu Nr. 233 Anm. 1 (über unkorrekte Berichterstattung des *Vorwärts*, der sich auf Informationen des Pressebüros gestützt hatte) und Nr. 285 (Berichte in der bürgerlichen Presse, die auf Indiskretionen beruhten). S. ferner in diesem Zusammenhang Nr. 342 (Ablehnung, den Parteizeitungen Hintergrundinformationen über Vorgänge in der Fraktion zur Verfügung zu stellen).

[79]) Vgl. Nr. 350 Anm. 1, sowie für den Beschluß des Fraktionsvorstandes von Anfang Juli 1915, *Ströbel* nicht mehr als Vertreter der *Vorwärts*-Redaktion zuzulassen, Nr. 370.

[80]) Vgl. Stampfer, Erfahrungen S. 214 *(Stampfer* war jedoch nicht, wie er irrtümlich schreibt, durch die Übernahme der Redaktion gleichzeitig auch automatisch Mitglied des Parteivorstandes geworden) und 223.

[81]) Vgl. Nr. 277.

[82]) Diese Formulierung in Nr. 114, mit dem Zusatz „nach dem Plenum"; so auch Nr. 77 und Nr. 286, wo es weiter heißt: „doch soll im Seniorenkonvent versucht werden, die anderen Parteien dafür zu gewinnen, daß jede Woche ein Vormittag freibleiben solle für die Fraktionssitzungen aller Parteien". Auch Ende 1902 hatte man schon versucht, die Mittwochssitzungen auf den Vormittag zu verlegen, und zwar sollten sie 10 Uhr beginnen. Vgl. Nr. 99. Ferner Nr. 52, 177 und 255, wo jeweils der Mittwoch ohne weitere Erläuterungen genannt wird.

[83]) Vgl. Nr. 62, 77 („Außerordentliche Sitzungen werden nach Bedarf angesetzt."), 88, 98.

[84]) Im allgemeinen war für Routinesitzungen der Fraktion eine Einladung nicht notwendig. Das Verfahren, nicht förmlich einzuladen und damit auch die Tagesordnung den Fraktionsmitgliedern nicht im voraus bekanntzugeben, wurde nur bemängelt, sobald Parteiaffären auf die Tagesordnung gesetzt wurden; vgl. Nr. 123 (Antrag *Heine)* sowie unsere Ausführungen im vorangehenden Kapitel über Präsenz und Diäten. — Am 28. 4. 1900 wurde dem Fraktionsvorstand ausdrücklich „aufgegeben" zu der für den 1. Mai angesetzten Reichstagssitzung

Jahren des Weltkrieges führten zu Änderungen dieser Praxis. In Ausnahmefällen wurden zu den Sitzungen auch Nichtmitglieder der Fraktion eingeladen[85]) und an den Beratungen beteiligt. Während des Krieges erhielten, wie bereits erwähnt, die leitenden Redakteure des *Vorwärts* und — als Protokollführer — der seit 1916 amtierende Fraktionssekretär *Reimes* das Recht zur regelmäßigen Teilnahme.

Selbständige Sitzungen des Fraktionsvorstandes lassen sich erst für die Zeit des Weltkrieges nachweisen.[86]) Sie dürften jedoch, wenn auch Belege bisher fehlen, schon in den letzten Vorkriegsjahren, nicht zuletzt bedingt durch die 1912 vorgenommene Vergrößerung des Vorstandes und den zunehmenden Einfluß der innerparteilichen Richtungskämpfe auf seine Zusammensetzung, eine Rolle gespielt haben. Bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode hatte der Parteivorstand, vermutlich unter Hinzuziehung auch der ihm nicht angehörenden Fraktionsvorstandsmitglieder, im Reichstagsgebäude getagt[87]), wobei es sich kaum um einen Einzelfall gehandelt haben dürfte, wenn auch weitere gemeinsame Sitzungen von Partei- und Fraktionsvorstand wiederum erst für die Kriegsperiode verbürgt sind.[88]) Im übrigen kann angenommen werden, daß, solange die Führung der Fraktion in den Händen *Singers* und *Bebels* lag, formlose, nichtinstitutionalisierte Besprechungen ausreichten, um eine Verständigung innerhalb des Fraktionsvorstandes herbeizuführen.

Bei der Vorbereitung der Beschlüsse und Stellungnahmen der Reichstagsfraktion hatten neben — und teilweise in Verbindung mit — dem Fraktionsvorstand fraktionsinterne Ausschüsse eine wichtige Funktion zu erfüllen. Dabei sind zwei Typen von Ausschüssen zu unterscheiden: ad hoc eingesetzte, nichtständige Kommissionen, denen eine sachlich und zeitlich begrenzte Aufgabe übertragen wurde, und ständige Fraktionsausschüsse.

Die Sitzungsprotokolle der Fraktion registrieren seit 1899 die Bildung von ad hoc-Kommissionen, ihre Zusammensetzung und Tätigkeit.[89]) Sie wurden meist zur Ausarbeitung oder — als sogenannte Redaktionskommissionen — zur formalen Redigierung von Entwürfen für Gesetzesinitiativen, Zusatz- und Abänderungsanträgen zu Regierungsvorlagen, Interpellationen, Resolutionen und an die Öffentlichkeit gerichteten Aufrufen der Fraktion eingesetzt[90]), gelegentlich aber

„sämtliche Kollegen brieflich einzuladen". Vgl. Nr. 40; im gleichen Sinne auch Nr. 164 (1. Mai kein Entschuldigungsgrund „für Fehlen bei namentlichen Abstimmungen" im Plenum; alle nicht anwesenden Kollegen seien brieflich von diesem Beschluß zu verständigen).

[85]) Vgl. Nr. 19 *(Legien* und *Demuth* von der Generalkommission), 107 (Wunsch Berliner Vertrauensleute, an einer Fraktionssitzung teilzunehmen), 134 *(Josephson*, Vorsitzender des Verbandes der Handlungsgehilfen), 265 und 266 (Aussprache mit dem *Vorwärts*-Redakteur *Ströbel)*, 315 (chinesischer Gast). Ferner Nr. 350 bes. Anm. 1, 352, 353, 355 (Beteiligung. *Kautskys* an Fraktionssitzungen und fraktionsinterner Ausschußarbeit zu Anfang des Krieges).

[86]) Dazu besonders Nachlaß David, Kriegstagebuch, passim.

[87]) Dazu ein Schreiben *Eberts* an *Kautsky* vom 5. 12. 1910, in dem zu einer im Reichstagsgebäude stattfindenden Sitzung des Parteivorstandes eingeladen wurde, zu der auch *Kautsky* hinzugezogen werden sollte; überliefert im Nachlaß *Kautsky*.

[88]) S. Anm. 86.

[89]) Für die erste dieser Kommissionen, die in den Protokollen erwähnt wird, vgl. Nr. 21, 22.

[90]) Vgl. vorige Anm. sowie Nr. 23, 31, 33, 42, 43, 62, 92, 93, 96, 97, 98, 100, 101, 113, 114, 115, 118, 131, 132, 139, 140, 142, 148, 156, 177. S. auch Anm. 107.

auch für andere Zwecke.[91]) In der Regel wurden die durch die Kommissionen erstellten Entwürfe der Gesamtfraktion vorgelegt, die über ihre Weiterbehandlung beriet und beschloß; jedoch konnten in Ausnahmefällen auch Kommissionsvorschläge an den Fraktionsvorstand zur Entscheidung überwiesen[92]) oder fraktionsinterne Ausschüsse mit weitergehenden Vollmachten ausgestattet werden.[93]) So erhielt die im Oktober 1902 eingesetzte 5er-Kommission[94]), die mit der Lenkung der von der Fraktion geübten parlamentarischen Obstruktion gegen die Zolltarifvorlage betraut wurde, u. a. das Recht, von ihr vorbereitete und einstimmig beschlossene Anträge selbständig „namens der Fraktion einzubringen"[95]) sowie, in Verbindung mit dem Fraktionsvorstand, über das taktische Vorgehen im Plenum zu entscheiden und Sondersitzungen der Fraktion einzuberufen.[96])

Ständige Fraktionsausschüsse wurden zuerst Anfang März 1907, kurz nach Konstituierung des im Januar neugewählten Reichstages gebildet, und zwar auf Grund eines Antrages von *Hue*[97]), dem die Fraktion unter der Voraussetzung zustimmte, daß die Ausschußmitglieder nicht gewählt werden sollten und die Beteiligung freiwillig bleiben müsse.[98]) Auf diese Weise kamen ein Ausschuß „für Arbeitsschutz- und Versicherungsgesetzgebung, Gewerkschaftliches etc." mit 10 Mitgliedern, in der Folge innerhalb der Fraktion als sozialpolitischer oder sozialer Ausschuß bezeichnet, und vier weitere, sehr viel schwächer besetzte Ausschüsse für „Wirtschafts-, Steuer- und Agrarpolitik" (3 Mitglieder), „Handels- und Kolonialpolitik" (4 Mitglieder), „Militär- und Marinewesen" (3 Mitglieder), „Straf- und Zivilrecht, Verfassung, Strafprozeßordnung" (4 Mitglieder) zustande.[99])

[91]) So wurde im Oktober 1902 eine „Redaktionskommission" mit dem Auftrage „der Zusammenstellung und Beschaffung des Manuskripts eines parlamentarischen Handbuchs" eingesetzt; vgl. Nr. 93 bes. auch Anm. 3. Zu nennen wäre in diesem Zusammenhang auch die gemischte Kommission, „bestehend aus dem Parteivorstand und den Genossen *Dreesbach*, *Frohme*, *Geyer* und *Stadthagen*", die im Januar 1900 gebildet wurde, um die Revision des Organisationsstatuts der Partei vorzubereiten; vgl. Nr. 29, 38, 51. Für eine weitere gemischte Kommission, die sich mit dem „im 6. Berliner Wahlkreis ausgebrochenen Organisationsstreit" befaßte, s. Nr. 87.

[92]) Vgl. Nr. 268 (Beauftragung einer dreiköpfigen Kommission, den Wortlaut einer Resolution zum Etat des Auswärtigen Amtes auszuarbeiten „und dem Fraktionsvorstand [zu] unterbreiten"). S. auch Nr. 239, 243 (in Bezug auf Vorschläge des sozialpolitischen Ausschusses; vgl. unten).

[93]) Vgl. Nr. 43 (Obstruktion gegen die Lex *Heinze;* Arbeitsplan für die Plenarberatungen), 62 (Aufruf der Fraktion; Vollmacht für die Redaktionskommission, „den redigierten Entwurf zu veröffentlichen, ohne denselben vorher der Fraktion zur Beschlußfassung unterbreiten zu müssen"), 139 („Ermächtigung, einzelne Kategorien des Entwurfs [für einen Initiativantrag der Fraktion] zur Einbringung von Anträgen oder Resolutionen vorzubereiten"). S. ferner die folgenden Anm. 94—96.

[94]) Vgl. Nr. 92.

[95]) A.a.O. sowie Nr. 93.

[96]) Vgl. Nr. 96, 97, 98, 100 und 101.

[97]) Vgl. Nr. 179. Nach den Intentionen des Antragstellers sollten „tunlichst die jüngeren Kräfte zwecks Erzielung eines geschulten Nachwuchses" herangezogen werden.

[98]) Vgl. Nr. 181.

[99]) A.a.O. Dort auch die Namen der Mitglieder; *David* und *Stadthagen* meldeten sich jeweils für zwei Ausschüsse.

Auch zu Beginn der folgenden XIII. Legislaturperiode wurden wieder fünf ständige Ausschüsse gebildet. Am 8. Februar 1912 erfolgte zunächst die Einsetzung eines sozialpolitischen Ausschusses von 21 Mitgliedern — „zur Vorbereitung und Ausarbeitung sozialpolitischer Anträge" und „mit dem Rechte der Kooptation derjenigen Fraktionsmitglieder, die zum Eintritt geneigt seien".[100]) Eine Woche später beschloß die Fraktion, die übrigen Ausschüsse — „1. für Wirtschaftspolitik, 2. für Recht, 3. für Kultur", wie der Fraktionsvorstand vorgeschlagen hatte, und zusätzlich, auf einen in der Fraktionssitzung gestellten Antrag hin, für Militär-, Marine- und Kolonialpolitik — einzurichten und allen Interessierten den Eintritt freizustellen.[101]) Damit waren, abgesehen vom Kulturausschuß, für den sich 20 Fraktionsmitglieder meldeten[102]), wieder die gleichen Arbeitsgebiete für die Ausschüsse ausgewählt worden wie 1907, wenn auch in einer etwas anderen Gruppierung. Zur Mitarbeit im wirtschaftspolitischen Ausschuß erklärten sich 27, im Rechtsausschuß 10 und im Militär-, Marine- und Kolonialausschuß 17 Abgeordnete bereit.[103])

Nach den für die fünf Ausschüsse genannten Zahlen zeigte sich ein weitaus größerer Prozentsatz der Fraktionsangehörigen an der Ausschußarbeit[104]) interessiert als in der vorigen Legislaturperiode. Vermutlich mochten auch die fraktionsinternen Aussschüsse, die sich als Vorläufer der heutigen Arbeitskreise präsentieren, den vielen Neulingen in der auf 110 Mitglieder angewachsenen Fraktion als probates Mittel erscheinen, schneller mit den Techniken der legislatorischen Arbeit vertraut zu werden. Doch blieb es offenbar in beiden Legislaturperioden bei den guten Vorsätzen. Nur die 1907 und 1912 gebildeten sozialpolitischen Ausschüsse, in denen der gewerkschaftliche Einfluß dominierte[105]), entwickelten eine rege, kontinuierliche Aktivität[106]), während es keinen Beleg dafür gibt, daß irgendeine der anderen ständigen Kommissionen — nach ihrer von den Fraktionsprotokollen verzeichneten Einrichtung — jemals zu einer eigenen Sitzung zusammengetreten ist.

Trotzdem setzte die Fraktion in der Zeitspanne von 1907 bis 1914 nur noch verhältnismäßig selten ad hoc-Ausschüsse ein.[107]) Das erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß bisher die meisten dieser Ausschüsse auf dem im Mittelpunkt der legislatorischen Tätigkeit der Fraktion stehenden Gebiete der Sozialpolitik

[100]) Vgl. Nr. 286.

[101]) Vgl. Nr. 289.

[102]) Vgl. Nr. 292.

[103]) A.a.O.

[104]) „An die Fraktionen eingehende Schriftstücke, welche Materien betreffen, die den eingesetzten Ausschüssen überwiesen sind", sollten, wie es in Nr. 294 heißt, „diesen zugestellt werden."

[105]) Für die Zusammensetzung des 1907 gebildeten Ausschusses vgl. Nr. 181. Für 1912 wird in den Protokollen keine Liste der Mitglieder mitgeteilt.

[106]) Dazu Nr. 182, 201, 233, 235, 239, 243, 244, 257, 258, 288, 333, 348.

[107]) Vgl. Nr. 220 (Ausarbeitung des Entwurfs für einen Aufruf der Fraktion an die Wähler; Stellungnahme zu Steuergesetzen), 261 und 272 (5köpfige Kommission zur Ausarbeitung von „Verbesserungsvorschlägen" zum Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen), 268 (s. auch oben Anm. 92), 283 (Redaktionskommission für Wahlaufruf), 294 (10köpfige Kommission zur Beratung der Frage des Kalimonopols).

gewirkt hatten[108]), auf dem Gebiet also, dessen sich seit 1907 der einzige funktionierende ständige Ausschuß annahm. Als er sich 1912 neu konstituierte, war er bereits zu einer festen Einrichtung im Leben der Fraktion geworden. In der neuen Situation nach Kriegsausbruch, in der andere Fragen sich zunächst in den Vordergrund drängten, trat er allerdings nicht mehr in Erscheinung.[109]) Hingegen wurden in der Folge wieder häufiger ad hoc-Ausschüsse gebildet[110]); beginnend mit der am 3. August 1914 eingesetzten Kommission, der die Aufgabe zufiel, den Entwurf der sozialdemokratischen Zustimmungserklärung zu den Kriegskrediten zu formulieren, und der bemerkenswerterweise auch der Nichtparlamentarier *Kautsky* als ideologische Autorität angehörte.[111])

Haben die ad hoc-Ausschüsse und der ständige sozialpolitische Ausschuß auch unstreitig eine bedeutsame Rolle gespielt, so darf doch nicht übersehen werden, daß nur ein Teil der von der Fraktion geleisteten Arbeit mit Hilfe formal gebildeter fraktionsinterner Ausschüsse vorbereitet wurde. Unabhängig davon, ob Ausschüsse eingesetzt wurden oder nicht, lag die Hauptlast der legislatorischen Kleinarbeit bei dem Kreis derjenigen Abgeordneten, die als Experten für bestimmte Sachgebiete galten[112]), auf denen sie die Fraktion in den Reichstagskommissionen und als Hauptredner im Plenum vertraten. Man geht auch gewiß nicht fehl in der Annahme, daß die Zugehörigkeit mehrerer Fraktionsangehöriger zu ein und demselben Ausschuß des Reichstages in vielen Fällen eine so enge Zusammenarbeit zwischen ihnen begründete, daß sie de facto gleichzeitig als kleine fraktionsinterne Ausschüsse fungierten.[113])

---

[108]) Vgl. die in Anm. 106 angeführten Belegstellen.

[109]) Jedenfalls bieten die Fraktionsprotokolle keinen Beleg.

[110]) Vgl. die folgende Anm. sowie Nr. 382 (9köpfige Kommission zur Beratung der eingegangenen sozialpolitischen Anträge), 383 (9köpfige „Subkommission" zur Vorbereitung von Anträgen für das Plenum; Kriegsgewinnsteuervorlage), 396 und 399 („Kommission zur nochmaligen Durcharbeitung der Steuervorschläge"), 397 (13köpfige Kommission; Fragen der Lebensmittelversorgung).

[111]) Vgl. Nr. 350. Auch Ende November wurde wieder eine Kommission eingesetzt, „bestehend aus Fraktionsvorstand und den Genossen *Heine*, *Hoch* und *Kautsky*", um die Fraktionserklärung zu den Kriegskrediten vorzubereiten; s. Nr. 352 und 355.

[112]) Besonders ist in diesem Zusammenhang auf die Rolle der „juristischen Mitglieder" der Fraktion hinzuweisen, die beispielsweise, im Dezember 1898, den Auftrag erhielten, Material für „eine Novelle zur Änderung des Strafgesetzbuches vorzubereiten"; S. Nr. 1.

[113]) Vgl. z. B. Nr. 249 („Fraktions-Kommission" zur Reichsversicherungsordnung; dazu auch Nr. 248), 269 („Entgegennahme des Berichtes der Kommissionsmitglieder der Reichs-Versicherungs-Kommission"), 295 („den Mitgliedern der Budgetkommission" von der Fraktion erteilte Vollmacht).

8. Parlamentarische Taktik und parlamentarische Mittel

Die neuen Massenparteien des Kaiserreiches, das Zentrum und die Sozialdemokratie, hatten ihre politische Form im offenen Konflikt mit der Reichsleitung entwickeln müssen. So fest in sich geschlossen die Zentrumspartei jedoch auch nach ihrer Auseinandersetzung mit *Bismarck* sein mochte, mit dem Abschluß des Kulturkampfes war auch ihre Isolierung im parlamentarischen Spiel beendet. Sie konnte nun nach allen Seiten Bündnisse schließen, um Mehrheiten für oder gegen die Reichspolitik durch ihr parlamentarisches Gewicht zu unterstützen oder erst zu begründen. Hingegen erwies sich der Weg der Sozialdemokratie aus der Isolierung als weitaus schwieriger, wobei in diesem Prozeß die Aufhebung des Sozialistengesetzes nur eine relativ unbedeutende Zäsur darstellte. Die parlamentarischen Mittel, die einer isoliert — d. h. als Minderheit ohne Rücksicht auf Mehrheitsunterstützung — operierenden Fraktion zur Verfügung standen, und die Taktik, die diese Mittel zum rechten Zeitpunkt zur Wirkung brachte, waren deshalb für die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von allergrößter Bedeutung.

Sofort mit dem ersten Auftauchen sozialistischer Abgeordneter im Reichstag traten die Plenarrede als das wichtigste Mittel der parlamentarischen „Propaganda“[1]) und die demonstrative Abstimmung in den Mittelpunkt der parlamentarischen Taktik der Sozialdemokratie. Man nutzte die Redefreiheit, um Dinge zu sagen, die man sonst ungestraft nicht sagen durfte, oder versuchte die Reichsleitung und die bürgerlichen Fraktionen zu Äußerungen zu zwingen, die sich agitatorisch gegen sie verwenden ließen. Da die Redezeit kaum Einschränkungen unterlag[2]), konnte die Sozialdemokratie, auch bevor sie Fraktionsstärke erreicht hatte, dieses Mittel der Rede voll und wirksam ausnützen. Vor allem *Bebel*, W. *Liebknecht* und *von Vollmar* waren gefürchtete, beachtete und — auch wenn die Vertreter der Reichsleitung oftmals die Regierungsbank verließen, sobald Sozialdemokraten das Wort ergriffen[3]) — zum Teil von ihren Gegnern respektierte Sprecher der Sozialdemokratie. Ihre Reden wurden nicht nur im Plenum gehört, sondern in der überregionalen Tagespresse, deren parlamentarische Berichterstattung unter dem besonderen Schutz der Verfassung stand, vielfach in extenso abgedruckt. Aber nicht nur die große parlamentarische Rede, auch die

[1]) Vgl. Blos II S. 123, der über die Situation der Fraktion nach den Wahlerfolgen von 1884 berichtet: „Unsere Fraktion war nun zum ersten Male stark genug, um selbständig auftreten zu können, und hatte nicht mehr nötig, bei den anderen Fraktionen Bittgänge um Unterschriften zu tun, wenn sie einen Initiativantrag einbringen wollte. Trotzdem betrachteten wir, entsprechend den Traditionen der Partei, unsere parlamentarische Tätigkeit nur als Mittel der Propaganda für den Sozialismus.“

[2]) Vgl. Robert von Mohl, Kritische Erörterungen über Ordnung und Gewohnheiten des deutschen Reiches, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 31. Bd. 1875, das Kapitel „Rede-Ordnung“ S. 64 ff., besonders S. 76, wo es heißt: „Über die dem einzelnen Redner verstattete Zeit ist nichts bestimmt. Die Dauer der Vorträge ist also dem Takte eines Jeden anheimgestellt.“

[3]) Dazu s. Protokoll SPD-Parteitag 1911 S. 147, über die Beratung der sozialdemokratischen Anträge zum Entwurf einer Verfassung für Elsaß-Lothringen: „Kein einziger Regierungsvertreter nahm Stellung zu den Anträgen. Der Reichskanzler hatte sich wiederum, wie an anderen Tagen, wenn Sozialdemokraten sprachen, aus dem Hause entfernt.“

anderen parlamentarischen Mittel, über die die SPD als ständige oppositionelle Minderheit im Reichstag verfügte, standen meist im Dienste einer Agitation, die weniger an das Parlament als an die organisierte Arbeiterschaft „draußen" und an die breite Öffentlichkeit gerichtet war.[3a])

Seit die Sozialdemokraten im Reichstag Fraktionsstärke im Sinne der Reichstagsgeschäftsordnung erlangt hatten, konnten sie, wie bereits in anderem Zusammenhang geschildert, eigene Anträge[4]) einbringen und begannen im Seniorenkonvent und in den Kommissionen des Reichstages, zuerst im Petitionsausschuß und in der Wahlprüfungskommission, dann auch im Haushaltsausschuß[5]), mitzuarbeiten. Regelmäßig zu Beginn einer jeden Legislatur- bzw. Sessionsperiode brachten sie bestimmte „Initiativanträge", d. h. eigene Gesetzentwürfe, ein.[6]) Hatten diese Entwürfe — z. B. das Gerichtsverfassungsgesetz, das Strafgesetzbuch, die Fideikommisse, das Verbindungsverbot, den Diktaturparagraphen in den Reichslanden, den Achtstundentag, später auch die Verantwortung der Reichsleitung betreffend — auch so gut wie keine Chance, unter den zur Zeit der Einbringung gegebenen Verhältnissen angenommen zu werden, so konnte doch die Fraktion entweder durch ihre Vorlage eine parlamentarische Diskussion erzwingen oder deren Ablehnung als Zeugnis für die reaktionäre Haltung der Reichstagsmehrheit und der Reichsleitung auswerten.[7])

Bei der Festlegung des Arbeits- und Zeitplanes des Reichstages genossen die Bundesrats- oder Regierungsvorlagen, besonders die Budgetvorlage, den absoluten Vorrang.[8]) Aus dem Haus vorgebrachte „Initiativanträge" wurden in der

[3a]) Vgl. in diesem Zusammenhang u. a. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 70: „Besonders gegen die Sozialdemokraten wurde der Vorwurf erhoben, daß sie durch Reden die Geschäftserledigung aufhielten. Das konnte natürlich unsere Partei nicht abhalten, ihrer hauptsächlichen parlamentarischen Pflicht, Mißstände zu rügen und auf deren Abstellung zu dringen, im vollsten Maße Genüge zu tun. Hätte sie darauf verzichtet, oder ihre Rügetätigkeit bei der Etatsberatung auch nur eingeschränkt, so hätte ja die Regierung mit ihrer Praxis der Verspätung die für sie sehr erfreuliche Wirkung erzielt, die Einwirkung der parlamentarischen Verhandlungen auf unser öffentliches Leben einzuschränken. Sie würde darin eine Ermutigung gefunden haben, auch künftig sich eine unbequeme Opposition durch möglichste Hinausschiebung der parlamentarischen Geschäfte vom Halse zu halten."

[4]) Nach § 22 Abs. 1 der Geschäftsordnung: „Alle von Mitgliedern des Reichstages ausgehenden Anträge müssen von mindestens 15 Mitgliedern unterzeichnet und mit der Eingangsformel ‚Der Reichstag wolle beschließen' versehen sein." — Zur Einbringung von SPD-Initiativanträgen vgl. Nr. 2, 52, 189. Der Fraktionsvorstand bestimmte, in welcher Reihenfolge die Initiativanträge eingebracht werden sollten; s. Nr. 153. Für die Unterstützung sozialdemokratischer Anträge in der Anfangsperiode, in der die sozialdemokratische Reichstagsvertretung noch nicht Fraktionsstärke besaß, vgl. auch oben 3. Kapitel Anm. 52. — Die Initiativanträge aller Fraktionen mußten innerhalb der ersten 10 Tage einer Sessionsperiode eingebracht werden; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 341.

[5]) Vgl. oben 7. Kapitel Anm. 19.

[6]) Vgl. Nr. 2, 52, 189.

[7]) Vgl. die den Parteitagen regelmäßig vorgelegten Berichte der Reichstagsfraktion, z. T. auch die Berichte des Parteivorstandes.

[8]) Eine Nachprüfung aller Gesetzesvorlagen, die in der ersten Session der XI. Legislaturperiode 1903—1905 zur ersten Lesung kamen, ergibt, daß sich unter ca. 40 Vorlagen, Haushaltsgesetze und Nachträge zum Haushalt eingeschlossen, nur 2 Initiativanträge befanden, die aber nur Novellen bzw. Abänderungsanträge zu bestehenden Gesetzen beinhalteten. Die Priorität der Regierungsvorlagen im Geschäftsgang des Reichstages wird auch durch die unregelmäßige Folge der Schwerinstage (vgl. Nr. 30 Anm. 5) belegt. Leider sind uns die Akten des Reichs-

Regel an den recht unregelmäßig abgehaltenen „Schwerinstagen“[9]) zur Verhandlung gebracht. Die sozialdemokratischen Anträge erlitten meist bei der ersten Lesung schon ihr Schicksal, sobald das Plenum es ablehnte, sie an eine Kommission zu überweisen.[10]) Die Entwürfe waren damit auf dem Verfahrenswege, ohne daß es direkt zu einer Abstimmung über ihren Inhalt gekommen wäre, abgelehnt. Oftmals wandelte nun die Fraktion ihre Initiativanträge in einfache Anträge zum Reichshaushalt bzw. zu anderen Regierungsvorlagen um.[11]) Derart umformulierte Anträge konnten in der an die erste Lesung des Haushalts- bzw. der Regierungsvorlage sich anschließenden Kommissionsberatung oder aber in der zweiten Lesung (Spezialdebatte) im Plenum eingebracht werden.

Die parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie zielte darauf ab, ihre Anträge möglichst oft und an möglichst vielen Stellen des parlamentarischen Prozesses vorzutragen. Hierfür stand aber auch noch ein anderes Mittel zur Verfügung, die „Resolution“. Derartige Resolutionen, auch „Etatsresolutionen“ genannt, waren mit einfacher Mehrheit beschlossene Aufforderungen des Reichstages an die Reichsleitung, dem Reichstag Gesetzentwürfe vorzulegen oder zu bestimmten Fragen Auskunft zu erteilen.[12]) Eine solche Resolution war jedoch nicht mehr als eine Bitte an die Exekutive. Der Kanzler wurde durch sie in keiner Weise unter Druck gesetzt, oft ließ er sie, mochten inzwischen auch Sessionen oder Legislaturen zu Ende gegangen sein, erst nach Jahren beantworten.[13])

---

tages, die *Hatschek* benutzen konnte, nicht zugänglich, so daß wir über Schriftverkehr zwischen dem Reichstagspräsidenten und der Reichsleitung sowie über die Sitzungen des Seniorenkonvents nicht zureichend unterrichtet sind. Die Bemerkung *Pikarts* (Die Rolle der Parteien im deutschen konstitutionellen System, in: Zeitschrift für Politik, 9. Jg. [Neue Folge] 1962, S. 22), daß „in allen Fragen der Regie der Reichstagsverhandlungen und des Termins der Einbringung der einzelnen Vorlagen“ der Reichstagspräsident „die Wünsche der Reichsleitung mit denen des Reichsparlaments in Übereinstimmung zu bringen“ hatte und daß er sich im Fall der Nichtübereinstimmung dem Parlament gegenüber für die Reichsleitung einzusetzen pflegte, läßt sich aus der reichen Memoirenliteratur der Bismarckzeit belegen und steht auch im Einklang mit den Aussagen der zeitgenössischen Rechtslehre über die Funktion des konstitutionellen Reichstages.

[9]) Vgl. Nr. 30 Anm. 5.

[10]) Vgl. jeweils die Register der Sten. Berichte für die einzelnen Sessionsperioden. Initiativanträge tragen meist den Vermerk „unerledigt“. Oft folgt dann der Hinweis, sie seien in Resolutionen umgewandelt, vgl. Anm. 12.

[11]) Vgl. Nr. 52, 70, 71.

[12]) Zu den Etatsresolutionen vgl. den Beschluß des Reichstags vom 12. 12. 1891, seither als Anhang zur Geschäftsordnung in den Reichstagshandbüchern abgedruckt. Z. B. beschloß am 11. 3. 1907 die SPD-Fraktion folgende Resolution zum Etat für das Reichsamt des Innern: „[. . .] *Albrecht* und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, angesichts der Explosion der Roburitfabrik bei Witten-Annen [. . .] gesetzgeberische Maßnahmen und bundesratliche Verordnungen auf Grund der Gewerbeordnung in die Wege zu leiten, wodurch derartigen Unglücksfällen nach Möglichkeit vorgebeugt und eine wirksame gesetzliche Entschädigung zu Gunsten aller Beschädigten geschaffen wird.“ S. Sten. Berichte Bd. 222 (Anlagen) Nr. 210.

[13]) Die „Übersicht der vom Bundesrate gefaßten Entschließungen auf Beschlüsse des Reichstags“ des Jahres 1907 enthält z. B. Antworten auf Resolutionen des Jahres 1900, wodurch eigenartigerweise die Reichsleitung eine Kontinuität des Reichstages anerkannte, die sie sonst, in Übereinstimmung mit der Staatsrechtslehre, strikt leugnete. Vgl. Sten. Berichte Bd. 222 (Anlagen) Nr. 211.

Um eine Interpellation, eine förmliche Anfrage einer qualifizierten Minderheit an die Reichsleitung, einbringen zu können, bedurfte es der Unterstützung durch 30 Abgeordnete; um eine Diskussion über eine Interpellation — unter den Bedingungen, auf die sogleich einzugehen sein wird — eröffnen zu können, bedurfte es der Unterstützung durch 50 Abgeordnete.[14]) 1890 bzw. voll erst 1898 kam die Sozialdemokratie zu jener Fraktionsstärke, die ihr erlaubte, auch dieses parlamentarische Mittel anwenden zu können.[15]) Jedoch bis 1912, als eine Geschäftsordnungsänderung neue Verhältnisse schuf, konnte der Kanzler die Antwort auf eine Interpellation verweigern, oder er konnte sie ohne Terminangabe zusagen und dann hinauszögern, bis die Schließung des Reichstages die Angelegenheit hinfällig machte. Nach Gewohnheitsrecht konnte der Reichstag den Gegenstand einer Interpellation auch nur im Anschluß an die Antwort des Kanzlers debattieren. In einer solchen anschließenden Debatte durften Zusatzanträge, die möglicherweise eine Billigung oder Mißbilligung der Regierungspolitik hätten enthalten können, nicht gestellt werden. Doch wurde der Brauch, Interpellationen nur nach der Antwort des Kanzlers oder seines Stellvertreters zu debattieren, in Einzelfällen durchbrochen. So gelang es den Sozialdemokraten, am 7. Februar 1906 eine Diskussion über ihre Interpellation, das Grubenunglück auf der Zeche Borussia betreffend, zu erzwingen, obwohl der Staatssekretär des Innern zuvor eine Antwort der Reichsleitung verweigert hatte.[16])

Seit der *Daily-Telegraph*-Affäre verstärkten sich die Forderungen der Sozialdemokratie nach einer Ausbildung des Interpellationsrechtes zu einem wirksamen parlamentarischen Kontrollmittel.[17]) Der konstitutionelle Reichskanzler konnte allerdings durch eine Geschäftsordnungsänderung des Reichstags nicht gezwungen werden, Interpellationen zu beantworten. Die SPD-Fraktion forderte jedoch, daß einmal der Reichstag in die Lage versetzt werden solle, auch dann eine Interpellation zu debattieren, wenn der Reichskanzler die Antwort verweigere oder ohne Terminangabe hinauszögere, und daß zum anderen im Anschluß an die Debatte auch Mißbilligungs- oder Zustimmungsanträge zuzulassen seien.

Diese Forderungen der Sozialdemokratie fanden in der Situation nach der *Daily-Telegraph*-Affäre und im Zusammenhang der sich hieran anschließenden sehr vielschichtigen Diskussion über eine Reform der Reichstagsgeschäftsordnung[18]) auch bei den nichtkonservativen bürgerlichen Parteien weitgehende

[14]) Vgl. Julius Hatschek, Das Interpellationswesen im Rahmen der modernen Ministerverantwortlichkeit, Leipzig 1909; Jungheim S. 82 ff.

[15]) Vgl. die in Nr. 30, 78, 96, 113, 131 erwähnten SPD-Interpellationen.

[16]) Vgl. Nr. 160. — Die Reichsleitung verweigerte in diesem wie auch in anderen Fällen die Antwort mit dem Hinweis auf ihre Unzuständigkeit.

[17]) Vgl. Nr. 209 Anm. 4.

[18]) Der Geschäftsordnungskommission, die ad hoc auf 28 Mitglieder verstärkt worden war, wurden Anfang Dezember 1908 alle im Anschluß an die *Daily-Telegraph*-Affäre gestellten Anträge auf Änderung der Reichsverfassung und der Geschäftsordnung des Reichstages überwiesen. Auch während der Tagung 1909/10 wurde die Kommission auf einen sozialdemokratischen Antrag hin wieder für die Beratung der Änderungsanträge zur Geschäftsordnung verstärkt. Vgl. die Berichte der Kommission vom 18. 5. 1909 (Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 255, Drucksache Nr. 1425) und vom 10. 5. 1910 (Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 276, Drucksache Nr. 514). 1912 wurde die verstärkte Kommission unmittelbar nach Beginn der

Zustimmung, und sie wurden nach den für die parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie so entscheidend wichtigen Wahlen von 1912 mit großer Mehrheit in einem die Geschäftsordnung ändernden Beschluß des Reichstages vom 8. Mai 1912 angenommen.[19]) Wurde einerseits durch die eigenmächtige Erweiterung des Interpellationsrechtes[20]), durch die Einführung der Fristen und die Möglichkeit billigender bzw. mißbilligender Voten, das politische Gewicht des parlamentarischen Mittels der Interpellation erheblich verstärkt, so erwies es sich andererseits als notwendig, gleichzeitig für kleinere, weniger die große Politik als Detailfragen der Verwaltung betreffende Anfragen ein neues Geschäftsordnungsmittel zu schaffen. *Singer* forderte deswegen schon 1910 die Einführung von „kurzen Anfragen", „damit jederzeit an bestimmten Tagen der Woche wenigstens, direkte aktuelle Vorkommnisse in etwas kürzerer Form besprochen werden können, als dies durch den Apparat der Interpellation möglich ist."[21]) Auf das „besprochen werden" kam es an, denn sonst hätte man auch die Resolutionen in dieser Weise benutzen können, aber sie verlangten ja nur, ähnlich wie die Petitionen, eine nicht-termingebundene schriftliche Auskunft durch die Reichsleitung. Ebenfalls am 8. Mai 1912 wurden diese kurzen Anfragen auf Antrag der Geschäftsordnungskommission in die Geschäftsordnung aufgenommen.[22]) Zögernd gab die Reichsleitung ihre Zustimmung. *Delbrück*, Stellvertreter des Reichskanzlers und Staatssekretär des Innern, erklärte am 3. Mai 1912 vor dem Reichstag:

„Nach Art. 27 der Reichsverfassung hat der Reichstag seine Geschäftsordnung allein zu regeln. Dementsprechend verzichten auch die verbündeten Regierungen darauf, an Ihren Verhandlungen teilzunehmen. Sie halten es aber für notwendig, ausdrücklich festzustellen, daß die Geschäftsordnung einseitiges Recht nur für den Reichstag und seine Mitglieder schafft (sehr richtig! rechts), daß daher die von Ihnen zu beschließenden Abänderungen der Geschäftsordnung weder eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags noch eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers, der verbündeten Regierungen und des Reichskanzlers herbeiführen (sehr

Legislaturperiode erneut eingesetzt und gelangte bereits im April zu einer Einigung über die vorzunehmenden Geschäftsordnungsänderungen, die dann Anfang Mai im Plenum beschlossen wurden. Hatten in der vorangegangenen Legislaturperiode die Mehrheitsverhältnisse die konservative Verschleppungstaktik begünstigt und jedes praktische Resultat vereitelt, so war der schnelle Erfolg von 1912 auf die Schwenkung des Zentrums zurückzuführen, das sich jetzt in dieser Frage den liberalen Fraktionen und den Sozialdemokraten anschloß. Dazu Westarp I S. 204 f. und 217 sowie Bachem VII S. 43 f., dessen irrtümliche Darstellung die Konstellation von 1912 vorverlegt. Für die sozialdemokratische Aktivität s. bes. die einschlägigen Partien in den Berichten der Reichstagsfraktion an die Parteitage von 1909 (Protokoll S. 100 ff., 105 f.), 1910 (Protokoll S. 113 f., mit dem Text der sozialdemokratischen Etatsresolution) und 1912 (Protokoll S. 115 f.); ferner Nr. 209 (bes. auch Anm. 4), 213, 239, 289, 290, 299 (bes. auch Anm. 6).

[19]) Vgl. vor allem Hatschek S. 82 f. und Jungheim S. 80 ff. — Huber, Dokumente II S. 333 f. bringt die Geschäftsordnungsänderungen im Wortlaut, datiert sie irrtümlich jedoch auf 1910 bzw. auf 1911 (S. 445 Anm. 4).

[20]) § 33a der Geschäftsordnung.

[21]) In der Haushaltsdebatte am 4. 2. 1910, s. Sten. Berichte Bd. 259 S. 1037 f. Bereits 1908 hatte der linksliberale Abgeordnete *Müller*-Meiningen sogenannte „question days" gefordert; s. *Ledebours* Hinweis in der Plenardebatte vom 2. 12. 1908, Sten. Berichte Bd. 233 S. 5921.

[22]) § 31a—c der Geschäftsordnung.

richtig! rechts) [. . .] Unter dieser ausdrücklichen Verwahrung erkläre ich aber, daß der Herr Reichskanzler Ihren Wünschen auf weitere Ausgestaltung Ihrer Geschäftsordnung insoweit entgegenzukommen bereit ist (Zuruf von den Sozialdemokraten: Angenehm!), als er unter Wahrung des Rechtes der Ablehnung im einzelnen Falle die in Aussicht genommenen kurzen Anfragen nach Möglichkeit beantworten oder durch seinen Stellvertreter und Kommissare beantworten lassen will, sofern ihr Gegenstand zur verfassungsmäßigen Kompetenz des Reichs gehört und nicht ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betrifft."[23])

Ohne daß sich ihre Rolle schon im einzelnen genau beschreiben ließe, stand die Sozialdemokratie als eine der wichtigsten treibenden und anregenden Kräfte hinter diesen Geschäftsordnungsänderungen vom Mai 1912, die ohne sie nicht hätten durchgesetzt werden können. Damit verließ sie ihre bislang teils freiwillig, teils erzwungen geübte Stellung als isolierte Minderheitsfraktion und konstituierte in der noch unwichtiger scheinenden Frage der Geschäftsordnungsreform eine Parlamentsmehrheit, was zur Folge hatte, daß die parlamentarischen Mittel des Reichstages — mit der Tendenz auf eine dem Konstitutionalismus gefährlich werdende Parlamentarisierung — eine neue Qualität gewannen. Die Opposition, die qualifizierte Parlamentsminderheit, hatte sich vor der Öffentlichkeit ihre ersten Kontrollrechte erkämpft.

Daß die Verfassungsentwicklung an einem kritischen Punkt angelangt war, zeigte die Entgegnung des Reichskanzlers auf den Mißbilligungsbeschluß des Reichstages nach der Zabern-Affäre, an den *Scheidemann* vor dem Plenum die Aufforderung an *Bethmann Hollweg* anschloß, er solle zurücktreten. Der Kanzler entgegnete:

das setze „einen Zustand unserer verfassungsrechtlichen Verhältnisse voraus, den wir nicht haben [. . .] Das ganze Haus ist damals der Ansicht gewesen, daß dieser Antrag ein Internum des Reichstags ist, und heute wollen Sie mit einem Mal durch den Antrag, der an eine Interpellation geknüpft wird, einen Druck ausüben, sei es auf die Entscheidung des Kaisers, sei es auf die Entscheidung des Reichskanzlers! Meine Herren, das ist eine Veränderung unserer verfassungsrechtlichen Zustände. Das bedeutet die Aufrichtung der Herrschaft des Parlaments."[24])

Im allgemeinen hatte sich die Sozialdemokratie mit einer in Gesamtpartei wie Fraktion festverankerten beispielhaften Disziplin in die Geschäftsgewohnheiten des Reichstages eingefügt, zumal diese Konventionen gleichzeitig einen wirksamen Schutz für parlamentarische Minderheiten darstellten. So wandte auch die Sozialdemokratie jenes sehr wirksame, wenn auch umstrittene Mittel der Obstruktion[25]), das gerade die internen Konventionen im Geschäftsverfahren und zwischenfraktionellen Verkehr negiert und es mehr auf Kampf, denn auf Zusammenarbeit ankommen läßt, nur zweimal an, zuerst 1900 gegen die „Lex *Heinze*" und dann 1902 gegen den Zolltarif. Jedoch stellten diese beiden Obstruktionen in der Geschichte der sozialdemokratischen Reichstagspolitik eher ein Intermezzo als eine Angelegenheit von beispielhafter Bedeutung dar.

[23]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 285 S. 1653 f.

[24]) Zitiert auch bei Huber, Dokumente II S. 415.

[25]) Zur allgemeinen Problematik der Obstruktion vgl. Ernst Müller-Meiningen, Zolltarif, Reichsverfassung, Geschäftsordnung des deutschen Reichstages, in: Annalen des Deutschen Reiches 1902, S. 713 ff.

Den Anlaß für die erste Obstruktionskampagne, die die SPD zusammen mit dem Fortschritt im Reichstag ausfocht, lieferte 1898/1900 die „Lex *Heinze*", eine Novelle zum Strafgesetzbuch, die, durch eine Kuppeleiaffäre veranlaßt, u. a. vorsah, eine strengere Polizeiaufsicht über das kulturelle und wissenschaftliche Leben einzuführen (Theater- und Schaufensterparagraphen). Die Opposition der linken Parteien verschärfte sich noch wegen eines Zusatzantrages des Zentrums. Während der zweiten Lesung der Vorlagen setzte eine heftige außerparlamentarische Agitation gegen die „Lex *Heinze*" ein, die von linksliberalen und sozialdemokratischen Kreisen getragen wurde, ohne daß sich die Reichstagsfraktion vorerst stärker engagierte. Erst einige Monate später begannen die Fraktionen die Führung im Kampf gegen die Vorlage zu übernehmen[26]) und gingen zur offenen Obstruktion über. Die öffentliche Meinung war nun in stärkstem Maß an den Ereignissen im Reichstag interessiert und gegen die Reichsleitung, die konservative Partei und die Zentrumspartei eingenommen.

„Diese in Deutschland neue Form parlamentarischer Praxis lenkte auf einmal die öffentliche Meinung auf das Gesetz und auf die Führerin des Kampfes, die Sozialdemokratie."[27])

Die Obstruktion bedeutete weniger eine Kraftprobe, die die Festigkeit der die Regierung unterstützenden Reichstagsfraktionen erschüttern sollte, sie erlangte vielmehr symptomatischen Wert für das Verhältnis von Regierung und öffentlicher Meinung. Der Kampf der durch das Wahlrecht erzeugten Scheinminderheiten im Reichstag, die sich gegen die Scheinmehrheiten zur Wehr setzten, fand so seine demokratische Rechtfertigung.

Die parlamentarischen Mittel, die Sozialdemokratie und Fortschritt zu Obstruktionszwecken ausnützten, bestanden darin, ständig Anträge zur Geschäftsordnung zu stellen, die Geschäftsordnungsdebatten endlos auszudehnen und

[26]) Zum Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, gegen die „Lex *Heinze*" zu obstruieren, vgl. Nr. 35 Anm. 4; dort auch Literaturhinweise.

[27]) Nachlaß Heine, Erinnerungen. — Vgl. auch die Beurteilung des sozialdemokratischen Vorgehens in *Naumanns* Zeitschrift *Die Hilfe*, Nr. 12 vom 25. 3. 1900: „Wie die Freunde der Zuchthausvorlage neues Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen leiteten, ist jetzt das konservativ-ultramontane Kartell ein Förderer der Sozialdemokratie geworden, indem es dieser Partei billige Siege verschaffte und sie als eifrigste Hüterin der Kunst erscheinen läßt, wo sie durch geschickte Taktik sich in den Vordergrund drängte, in welchem eigentlich die Kunstfreunde aus dem bürgerlichen Lager stehen müßten." — Über die durch die Obstruktion bedingte Änderung des parlamentarischen Stils hieß es in der gleichen Nummer dieser Zeitschrift: „War das noch der deutsche Reichstag, dessen stürmische Verhandlungen wir in der letzten Woche als Berliner Parlamentsberichte lasen? Unser Reichstag, der trotz einzelner heftiger Debatten bei entscheidenden nationalen oder sozialpolitischen Fragen sonst doch als die ruhigste und gesittetste Volksvertretung Europas gelten darf und in dessen Räumen jetzt plötzlich eine Flut von Gehässigkeit brandete, ein Sturm gegenseitiger Entrüstung tobte, ja in dessen Geschäftsordnung schließlich an die Stelle verständiger parlamentarischer Auseinandersetzungen eine erregte Obstruktionspolitik trat, als wäre die neue Kaiserstadt an der Spree mit der altersgrauen an der blauen Donau vertauscht! Es war, als hätten die Wogen der Protestbewegung gegen die ‚Lex *Heinze*', die sich in unseren Städten Bahn brachen, alle bisherigen Gepflogenheiten unseres hohen Hauses am Königsplatz auf den Kopf gestellt, wurde doch selbst die olympische Ruhe unseres klassischen Reichstagspräsidenten von ihnen hinweggespült, so daß er daran war, seinen würdigen Sitz zu verlassen, ohne eine nächste Sitzung anzuberaumen."

immer wieder namentliche Abstimmungen zu beantragen.[28]) Die Reichsverfassung schrieb in Art. 28 vor:

„Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlußfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder erforderlich."

Theoretisch hätten bei jeder Abstimmung 199 von den 397 Reichstagsabgeordneten anwesend sein müssen. Über die Gründe für die geringe Präsenz der Abgeordneten während der Reichstagsverhandlungen wurde bereits berichtet. Diesem Mangel hatte das Reichstagspräsidium in stillschweigender Übereinkunft mit den Fraktionen das Abstimmungsverfahren angepaßt.[29]) Das verfassungsmäßig vorgeschriebene Quorum wurde als gegeben angesehen, solange im Hause ein Einspruch nicht erfolgte, wobei es gleichgültig blieb, wie viele Abgeordnete nun wirklich im Plenum anwesend waren. Wenn die Fraktionen die Feststellung des Quorums ihrerseits nicht verlangten, so vor allem deswegen, weil sie sich in bezug auf die Präsenz ihrer Abgeordneten alle in dem gleichen Dilemma befanden.

Die obstruierenden Fraktionen nutzten diese Lage und verlangten die „Auszählung". Der Präsident mußte dem Antrag stattgeben. Danach verließen die Sozialdemokraten, bevor es zur Abstimmung kam, den Plenarsaal; der Reichstag war dann bestimmt beschlußunfähig, worauf die Sitzung geschlossen werden mußte. Die Sozialdemokratie begründete ihr Vorgehen:

„Wir hatten uns das Ziel gesteckt, die Theater- und Schaufensterparagraphen nur dann Gesetz werden zu lassen, wenn die Anhänger derselben für sich allein die zur Beschlußfähigkeit notwendige Anzahl von Abgeordneten zusammenbrächten."[30])

Der Zentrumsabgeordnete *Gröber* nannte dagegen später die Obstruktion einen Versuch, „einen Reichstagsbeschluß zu verhindern, um der Mehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen".[31]) Tatsächlich mußte die hinter der „Lex *Heinze*" stehende „Mehrheit" der Obstruktion der Minderheit nachgeben. Die Zentrumspartei brachte einen Kompromißvorschlag ein, der die umstrittensten Paragraphen der Strafgesetzänderungsnovelle zurücknahm. Daraufhin stellten die Sozialdemokraten und die Freisinnigen ihre Obstruktion gegen die Vorlage ein und die entschärfte „Lex *Heinze*" konnte am 22. Mai 1900 gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und des Freisinns vom Reichstag beschlossen werden.[32])

Weniger Erfolg war der Sozialdemokratie 1902 bei ihrer Obstruktion gegen den Zolltarif[33]) beschieden, obwohl die Gründe für ihr Vorgehen jetzt mindestens ebenso berechtigt waren wie zuvor bei der Obstruktion gegen die „Lex *Heinze*". Die Fraktion versuchte nicht nur, den Tarif zu Fall zu bringen, sondern sie wehrte sich auch gegen das Durchpeitschen der Tarifvorlage, setzte also die Verfahrenstricks der Minderheit gegen jene der Reichsleitung und der sie unter-

[28]) Vgl. Nr. 35, 43.

[29]) *Müller*-Meiningen (s. o. Anm. 25) forderte aus diesem Grunde, einfach das Quorum herabzusetzen.

[30]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 66 f.

[31]) S. Sten. Berichte Bd. 185 S. 6998.

[32]) Vgl. Schulthess 1900 S. 76 f.

[33]) Vgl. Nr. 91 sowie Nr. 95 Anm. 1 und 2.

stützenden Reichstagsfraktionen. Taktisch wandte die SPD die gleichen Mittel wie bei der Obstruktion von 1900 an, nur trat noch das neue Mittel der Dauerrede hinzu. *Antrick* mit seiner Achtstunden-Rede erreichte dabei einen zweifelhaften Rekord.[34]) Selbst W. *Heine* hielt völlig sinnlose Reden, bei denen es ihm nur auf Zeitgewinn ankam. So führte er z. B. am 13. 11. 1902 aus:

„Meine Herren, wie schwierig wird es schon in diesem großen Saale sein, sämtliche Abgeordnete herbeizurufen. Wir haben eine –, zwei –, drei –, vier –, fünf –, sechs – Türen. Wenn ich noch in Betracht ziehe, daß hinter dem Präsidium sich auch noch Ausgänge befinden, — ich weiß nicht, wie viele, da ich diesen Weg nie wähle — ich nehme aber nur an, es wäre eine Tür, so haben wir eine –, zwei –, drei –, vier –, fünf –, sechs –, sieben –, acht –, neun – Türen. Nehme ich aber an, es wären zwei Türen, dann wären es eine –, zwei –, drei –, vier –, fünf –, sechs –, sieben –, acht –, neun –, zehn – Türen. Nehme ich aber an, es gäbe drei Türen, so würden eine –, zwei –, drei– usw. Nun haben wir, meine Herren, im Saale einen –, zwei –, drei –, vier –, fünf –, sechs –, sieben –, acht –, neun – Gänge; zähle ich aber die äußeren Gänge hinzu, so haben wir einen –, zwei –, drei –, vier –, fünf –, sechs –, sieben –, acht –, neun –, zehn –, elf – Gänge [. . .]“[35])

Hatte die Obstruktion gegen die „Lex *Heinze*“ in der Öffentlichkeit Zustimmung gefunden, so blieb die neue Obstruktion unpopulär und scheiterte. Dafür hatte sie eine Änderung der Geschäftsordnung zur Folge, die es dem Reichstagspräsidenten erlaubte, Geschäftsordnungsdebatten abzukürzen, und die gleichzeitig ein weniger zeitraubendes Abstimmungsverfahren einführte.[36])

Aber auch der sozialdemokratischen Fraktion war die Obstruktion als parlamentarisches Mittel fragwürdig geworden. Sooft nach 1902 Partei- oder Fraktionsmitglieder forderten, erneut zu obstruieren, stimmte die Fraktion nicht mehr zu. W. *Heine*, einer der Initiatoren und Organisatoren der Obstruktion gegen die „Lex *Heinze*“, äußerte später selber „ernste Bedenken gegen die Methode der parlamentarischen Obstruktion“ und befürchtete wegen der „zügellosen Schwatzsucht“ der Dauerredner eine „Verwilderung der parlamentarischen Sitten“. Auch begrüßte er im Interesse der Disziplin des Reichstages die 1902 gegen die SPD durchgesetzten Geschäftsordnungsänderungen.[37]) In der Tat widersprach die Obstruktion im Grunde den sozialdemokratischen Auffassungen von parlamentarischer Disziplin, sie gefährdete aber auch die Zukunft einer Partei, die auf dem Wege zur stärksten Fraktion des Reichstages war, zumal sie wichtige parlamentarische Rechte, insbesondere deren Kernstück, die Redefreiheit, in Frage stellte, und durch die Inhaltslosigkeit der praktizierten Dauerreden das Prestige des Parlaments beeinträchtigte.

War auch die parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie bis etwa 1912 weitgehend auf die Agitation, auf die außerparlamentarische Wirkung ihrer Tätigkeit, eingestellt, so sah sich doch die Fraktion im Prozeß des Budget- und

[34]) *Antrick* begann seine Rede am 13. 12. 1902 um 16 Uhr 30 und endete am 14. 12. um 0 Uhr 30. Vgl. Schulthess 1902 S. 181.

[35]) Vgl. den Bericht der *Germania*, zit. bei Schulthess 1902 S. 164. Das amtliche Protokoll berücksichtigt diese Passage der Rede *Heines* nicht; u. U. könnte sie in den Zusammenhang der in den Sten. Berichten Bd. 185 auf S. 6355 wiedergegebenen Ausführungen gehören.

[36]) S. Nr. 95 und 114 bes. Anm. 2.

[37]) Vgl. den Hinweis in Nr. 102 Anm. 2.

Gesetzesberatungsverfahrens gezwungen, eine nuanciertere Taktik anzuwenden, die nicht nur grundsätzlichen, sondern auch interessenbedingten Überlegungen folgte. In den einzelnen Stadien des Beratungsprozesses einer Vorlage, die z. B. von der Reichsleitung eingebracht war, wurde diese, vor allem in den Ausschußberatungen, oft stark durch Zusatzanträge modifiziert. Da Regierungskommissare in allen Phasen der Beratung auch an den Ausschußsitzungen teilnahmen[38]), konnten die Modifizierungen im allgemeinen mit den obersten Reichsbehörden abgestimmt werden, zumal die Reichsleitung ihre Vorlagen jederzeit wieder zurückziehen konnte. In den Ausschüssen fanden sich deswegen oft verschiedene Mehrheiten für Annahme oder Ablehnung dieses oder jenes Paragraphen eines Entwurfes oder für Abänderungsanträge; und die Sozialdemokratie machte hier als Interessenpartei der Arbeiter und kleinen Leute von ihrem Stimmrecht zur „Verbesserung" — oder um eine „Verböserung" zu verhindern — der Vorlage vollen Gebrauch.[39]) Der parlamentarische Berichterstatter für den Parteitag 1909 schilderte diese Taktik:

„Um das Verhalten der Sozialdemokratie während der Kommissionsberatungen sowohl wie bei den späteren Plenarsitzungen richtig zu verstehen, ist folgendes im Auge zu behalten: Indem die Partei sich an den Verhandlungen über Regierungsvorlagen und Anträge der Parteien beteiligt, sucht sie stets auch dann, wenn sie mit einer Vorlage und ihrem Zweck nicht einverstanden ist, in den einzelnen Stadien der Vorberatung der Vorlage eine den sozialdemokratischen Bestrebungen möglichst günstige Gestalt zu geben. Ihre Endabstimmung macht sie dann abhängig von dem Gesamtresultat der Beratungen, indem sie Vorteile wie Nachteile der Vorlage gegeneinander abwägt. Überwiegen die ersteren, dann nimmt sie die Vorlage an, überwiegen die letzteren, dann lehnt sie sie ab. Genau wie bei den Gesetzentwürfen oder Anträgen aller Art verhält sich die Partei auch gegenüber dem Budget und den Steuervorlagen. Die Partei behält sich stets vor, eine Vorlage bei der letzten Entscheidung, die bei Gesetzentwürfen erst in dritter Lesung zu erwarten ist, völlig abzulehnen, trotzdem die Partei in den Kommissionsberatungen wie in der zweiten Lesung im Plenum Verbesserungsanträge nicht nur gestellt, sondern auch durchgesetzt hat."[40])

Durch diese positive Einflußnahme in den verschiedenen Stadien der Beratung, besonders in den Ausschüssen, und jene davon unabhängige Haltung bei der Endabstimmung konnte die Sozialdemokratie gleichzeitig Grundsatz- wie Interessenpolitik betreiben. Das Budget wurde prinzipiell in der Endabstimmung abgelehnt, aber leider läßt sich nicht feststellen, welche seiner Posten in den Jahren vor Kriegsausbruch mit dem Gewicht der sozialdemokratischen Stimmen abgeändert wurden. Daß das konstitutionelle System im sozialpolitischen Bereich deswegen so gut funktionierte, weil es trotz der stark ausgeprägten Neigung der Parteien, ihre „weltanschaulichen" Grundsätze herauszustellen und sich ideologisch abzuschließen, diese relative Offenheit für den Interessenausgleich besaß, sei nur am Rande erwähnt.

[38]) Vgl. Pikart a.a.O. S. 23.

[39]) Vgl. z. B. Nr. 20.

[40]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1909 S. 119 f.

9. Vizepräsidentenfrage, höfische Pflichten und Kaiserhoch

Das Reichstagspräsidium war die wichtigste parlamentarische Instanz, die nicht nach dem Fraktionsproporz, sondern nach koalitionspolitischen Gesichtspunkten besetzt wurde.[1]) Das lief darauf hinaus, daß es sich im wesentlichen als Ausdruck einer gouvernementalen, die Regierungspolitik unterstützenden Mehrheit des Hauses präsentierte.[2]) Erfolgte die Verteilung der Sitze in den ständigen Kommissionen — mit Ausnahme der Vorsitzendenämter, bei deren Besetzung wiederum koalitionspolitische Rücksichten eine Rolle spielten[3]) — im allgemeinen anstandslos und ohne Reibungen zwischen den Fraktionen nach dem Proporz[4]), so gingen den Wahlen zum Präsidium oft schwierige Koalitionsverhandlungen voraus. Dabei nahm die Sozialdemokratie insofern eine Sonderstellung ein, als sie, ungeachtet ihrer Fraktionsstärke, von allen anderen Parteien als nicht oder bestenfalls nur beschränkt koalitionsfähig angesehen wurde, aber auch von sich aus den größten Wert darauf legte, dem gesamten „bürgerlichen" Lager gegenüber ihren Charakter als prinzipiell andersartige politische Kraft demonstrativ zu betonen.[5]) Diese Ausgangslage bestimmte bis 1912 auch das —

[1]) Vgl. Hatschek S. 202 f.; ferner Heinz Matthes, Die Präsidenten des Reichstages, in: Ernst Deuerlein (Hrsg.), Der Reichstag. Aufsätze, Protokolle und Darstellungen zur Geschichte der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst 58), Bonn 1963, S. 101; Pikart (s. oben 7. Kapitel Anm. 8) S. 22. Dazu oben 7. Kapitel bes. auch Anm. 16.

[2]) Vgl. weiter in diesem Zusammenhang Bachem VII S. 107 f. über die Neubildung des Präsidiums nach dem Zerfall des *Bülow*-Blocks Ende 1909. Charakteristisch auch Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 100 (Bericht der Reichstagsfraktion): „Bei den früheren Präsidentenwahlen forderte die Fraktion, daß die Präsidentenposten nach Maßgabe der Stärke der Parteien verteilt würden. Der Reichstag hat bisher im Gegensatz zu dieser Auffassung das Präsidium aus denjenigen Parteien zusammengesetzt, die der vom Reichstag verfolgten politischen Tendenz das Gepräge geben." Ferner die von *Molkenbuhr* auf dem Dresdener Parteitag von 1903 gegebene instruktive Übersicht; Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 405 f. sowie Schröder I S. 483 ff.

[3]) Dazu auch oben 7. Kapitel. Vgl. Adolf Neumann-Hofer, Die Wirksamkeit der Kommissionen in den Parlamenten, in: Zeitschrift für Politik, 4. Bd., 1911, S. 84: „Anstatt es den Mitgliedern der Ausschüsse zu überlassen, den Kollegen zum Vorsitzenden zu wählen, [. . .] wird der Vorsitz in den einzelnen Kommissionen nach einem [. . .] verwickelten, ich möchte beinahe sagen, verzopften rechnerischen Zeremoniell besetzt [. . .] Sehen wir von der Adreßkommission ab, [. . .] so gibt es im Reichstag 5 ständige Kommissionen, deren Vorsitzende immer von den 5 stärksten Fraktionen gestellt werden." Diese „rechnerische" Verteilung könne jedoch durch Absprachen zwischen den Fraktionen abgeändert werden; so hätten z. B. die Konservativen „ihren Anspruch auf den Vorsitz in der Budgetkommission den Freikonservativen abgetreten, als Entschädigung dafür, daß diese bei der Vorstandswahl des Hauses auf eigene Kandidaten verzichten und ihre Stimmen für die Konservativen zählen lassen".

[4]) Vgl. oben 7. Kapitel sowie Neumann-Hofer a. a. O. S. 81: „Im übrigen wird der Grundsatz, daß die Kommission ein verkleinertes Abbild der Parteigruppierung sei, nirgends strenger durchgeführt als im deutschen Reichstage. In Wirklichkeit liegt die Sache hier so, daß die einzelnen Parteien sich an der Zusammensetzung der Kommissionen mit arithmetischer Genauigkeit nach dem Verhältnis ihrer Zahlenstärke beteiligen; man kann sogar, Durchschnittsziffern nehmend, sagen bis auf Bruchteile von Mann. Das gibt dann ziemlich verwickelte Berechnungen, die im Auftrage des Seniorenkonvents dem Bureaudirektor des Reichstags obliegen."

[5]) Vgl. u. a. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 100.

allerdings innerhalb von Partei und Fraktion nicht unumstrittene — sozialdemokratische Taktieren bei den Wahlen zum Reichstagspräsidium.

Ohne sich um Koalitionsgesichtspunkte, interfraktionelle Verhandlungen und Erfolgsaussichten zu kümmern, erhob die isoliert operierende sozialdemokratische Fraktion seit Ende 1898 immer wieder ihren „Anspruch" auf Beteiligung an dem dreiköpfigen Präsidium nach dem Schlüssel der Fraktionsstärke.

Als die sozialdemokratische Fraktion nach den Wahlen von 1898 auf 56 Mitglieder angewachsen war, so daß sie zusammen mit der genau gleich starken Fraktion der Deutsch-Konservativen direkt nach dem Zentrum rangierte, präsentierte sie einen eigenen Kandidaten für das Amt des 1. Vizepräsidenten und einen weiteren für ein Schriftführeramt.[6]) Auch 1900 machte sie bei Sessionsbeginn wiederum den „ihr zustehenden Anspruch" geltend und forderte für sich den 2. Vizepräsidenten.[7]) Nach dem Wahlerfolg von 1903 nominierte sie *Singer* für den 1. Vizepräsidenten und stellte weiterhin zwei Kandidaten für Schriftführerämter auf[8]); ebenso verfuhr sie in der nächsten Session.[9]) Auch in der 1907 beginnenden XII. Legislaturperiode, in der die Sozialdemokraten auf den Rang der viertstärksten Fraktion zurückgefallen waren, der bei Beachtung des Proporz' keiner der Vizepräsidenten, wohl aber ein Schriftführer zugestanden hätte, „trat die Fraktion für ihren alten Grundsatz ein, daß für die Vertretung im Präsidium das Stärkeverhältnis der Parteien maßgebend sein soll".[10])

Wurden Kandidaten für das Präsidium nominiert, die nicht den drei stärksten Fraktionen angehörten und folglich auch keinen durch den Proporz legitimierten „Anspruch" vertraten, gaben die Sozialdemokraten weiße Stimmzettel (Enthaltung) ab. Andere Kandidaten hingegen, die im Einklang mit diesem Grundsatz aufgestellt worden waren, unterstützte die sozialdemokratische Fraktion ohne Rücksicht auf deren Parteirichtung und unterstrich damit zugleich auch ihre eigene Forderung auf Vertretung im Präsidium.

Als die Sozialdemokratie 1912 die mit Abstand stärkste Reichstagsfraktion stellen konnte, änderte sie, begünstigt durch die Parteienkonstellation, die nach dem Auseinanderbrechen des *Bülow*-Blocks eingetreten war und die sich auch im Wahlkampf für sie ausgewirkt hatte, schlagartig ihr taktisches Vorgehen bei der Vorbereitung der Präsidiumswahlen. Zunächst trat sie mit den beiden liberalen Fraktionen in Verbindung, „um evtl. ein Linkspräsidium zu erreichen". Um den Nationalliberalen diesen Plan schmackhafter zu machen, „verzichtete" sie zu deren Gunsten auf die ihr nach der Fraktionsstärke zustehende „Stelle des Präsidenten", erhob dagegen „Anspruch auf die Stelle des 1. Vizepräsidenten".[11])

Ein solches von den Sozialdemokraten, den Nationalliberalen und den Fortschrittlern gebildetes Linkspräsidium wäre zwar dem herkömmlichen Charakter des Reichstagspräsidiums als Ausdruck der approximativen Mehrheitsverhältnisse gerecht geworden, hätte jedoch als Auftakt zu einem Versuch von seiten des

[6]) Vgl. Nr. 1.

[7]) Vgl. Nr. 52.

[8]) Vgl. Nr. 113.

[9]) Vgl. Nr. 151.

[10]) So in Nr. 233; vgl. auch Nr. 176.

[11]) Vgl. Nr. 284. Für die Vorgeschichte der Kandidatur *Scheidemanns* s. Scheidemann, Memoiren I S. 205 f.

Reichstages erscheinen müssen, der Reichsleitung eine parlamentarische Linkskoalition aufzuzwingen oder gar eine Mehrheit gegen die Reichsleitung zu bilden. So war es auch verständlich, daß die Nationalliberalen auf das sozialdemokratische Angebot nicht eingingen und statt dessen der sozialdemokratischen Fraktion ein Präsidium unter Einschluß des Zentrums vorschlugen, wobei sie sich mit gutem Grund darauf berufen konnten, daß, wenn überhaupt, nur mit einer sehr knappen und unsicheren „Majorität der Linken" zu rechnen sei „und daher ein solches Linken-Präsidium bei der nächsten Gelegenheit auffliegen könnte".[12]) Um die von den Nationalliberalen vorgeschlagene Kombination — Sozialdemokratie/Zentrum/Nationalliberale — zu ermöglichen, erklärten sich die Fortschrittler bereit, ihrerseits auf Vertretung im Präsidium zu verzichten. Aber die Verhandlungen mit dem Zentrum führten zu keinem Ergebnis[13]), obgleich die sozialdemokratische Fraktion sich in der Frage, „ob wir den Posten des 1. oder 2. Vizepräsidenten besetzen"[14]), nachgiebig zeigte.

Als am 8. Februar die sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden den negativen Ausgang der Verhandlungen mit dem Zentrum, die am Vortage stattgefunden hatten, den Vertretern der Nationalliberalen und der Fortschrittler mitteilten, ergab sich, nach dem schriftlichen Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Parteitag von 1912, folgende Situation:

„Die Fortschrittliche Volkspartei war wie von Anbeginn der Verhandlung an bereit, für einen Nationalliberalen als Präsidenten, einen Sozialdemokraten als ersten Vizepräsidenten zu stimmen und den zweiten Vizepräsidentenposten aus ihrer Fraktion zu besetzen. In der nationalliberalen Fraktion herrschten offenbar zwei Strömungen: eine die für einen Ausschluß des schwarzblauen Blocks und eine, die für einen Ausschluß der Sozialdemokraten aus dem Reichstagspräsidium war, in dem sie den Präsidenten zu stellen begehrten. Sie erklärten nach Mitteilung des Inhalts der Unterhandlung mit dem Freiherrn *v. Hertling*, daß ihrer Meinung nach unter diesen Umständen kein anderer Ausweg bliebe, als daß jede Partei selbständig vorgehe. Sie würden dann wohl weiße Zettel abgeben. Den Einwand unserer Vertreter, daß dies ein taktischer Fehler sein würde, da dann sofort die Wahl eines schwarzblauen Blockpräsidiums zustande käme, erkannten sie als zutreffend an."[15])

Daraufhin faßten die Sozialdemokraten den Beschluß, ebenfalls selbständig vorzugehen, *Bebel* für das Amt des Präsidenten zu nominieren und seine Kandidatur durch alle Wahlgänge hindurch aufrechtzuerhalten.[16]) Jedoch kam es am 8. Februar noch nicht, wie ursprünglich vorgesehen, zur Wahl des Präsidiums, da sofort nach Beginn der Plenarsitzung ein Antrag der Nationalliberalen und des Zentrums auf Vertagung angenommen wurde. Statt dessen setzten fieberhafte Verhandlungen zwischen den Parteien ein, von denen allerdings die Konser-

[12]) Vgl. Nr. 285 bes. auch Anm. 2.

[13]) Dabei wurde von seiten des Zentrums die Frage der „höfischen Pflichten" und der Beteiligung am „Kaiserhoch" stark in den Vordergrund gestellt. Vgl. Nr. 286 bes. auch Anm. 1. Dazu auch Bachem VII S. 386.

[14]) Vgl. Nr. 285.

[15]) Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 101.

[16]) Vgl. Nr. 286.

vativen weitgehend ausgeschlossen blieben.[17]) Zunächst präsentierten die Nationalliberalen den Sozialdemokraten einen Vorschlag, von dem diese kaum zu Unrecht annahmen, daß er durch die Reichsleitung lanciert worden sei.[18]) Dieser Vorschlag sollte einerseits auch den Linksliberalen annehmbar erscheinen, andererseits die Sozialdemokratie damit über ihre Nichtberücksichtigung hinwegtrösten, daß für die Deutsch-Konservativen ebenfalls keine Vertretung im Präsidium vorgesehen war.

Der Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schildert den Verlauf der Verhandlungen nach der Vertagung des Plenums[19]) folgendermaßen: „Auf Einladung der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei fand alsdann nochmals eine Besprechung zwischen den Vertretern dieser Fraktionen und unseren Fraktionsvorsitzenden statt. Hierbei wurde von dem Vertreter der Nationalliberalen mitgeteilt, es sei die Kombination aufgetaucht, zu den drei bisherigen Präsidenten noch die Stelle für einen vierten Präsidenten zu schaffen und dann unter Ausschluß der äußersten Rechten und der äußersten Linken die Präsidenten aus den übrigen Fraktionen zu wählen.[20]) Unsere Fraktionsvorsitzenden erklärten diese Kombination für ganz undiskutabel. Es wurde erwidert, daß sie damit erledigt sei. Dann wurde weiter mitgeteilt, es sei angeregt worden, das Präsidium aus einem Nationalliberalen, einem Zentrumsmann und einem Fortschrittler zusammenzusetzen. Auf die Erklärung unserer Vertreter, daß wir dazu selbstverständlich unsere Zustimmung nicht geben könnten, schloß sich die Fortschrittliche Volkspartei dieser Erklärung sofort an, und auch die Nationalliberalen äußerten, daß dann auch diese Kombination nicht weiter in Frage komme. Auf Wunsch der Liberalen nahmen dann unsere Fraktionsvorsitzenden noch an einer Besprechung mit dem Zentrum teil, zu der auch der nationalliberale Abgeordnete *Schiffer* erschien. Das Resultat dieser Unterredung war, daß die Vertreter des Zentrums erklärten, sie könnten über die Stellung des Zentrums zur Besetzung des Präsidiums keine Mitteilung machen, da ihre Fraktion noch keinen Beschluß gefaßt habe. Sie würde aber für einen nationalliberalen Präsidenten nicht stimmen, und ebensowenig für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten, hätten doch die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion dem Freiherrn *v. Hertling* gegenüber die Übernahme höfischer Verpflichtungen abgelehnt. Auf die Frage, welchen Zweck denn eigentlich diese Konferenz habe, erwiderten die Vertreter des Zentrums, sie hätten von ihrer Fraktion nur den Auftrag, eine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien zu versuchen. Unsere Vertreter erklärten darauf, daß sie danach keinen Augenblick länger bleiben könnten. Als sie sich entfernten, schlossen sich ihnen die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei

[17]) Nach Westarp I S. 342 „spielten sich die erregten und langwierigen Verhandlungen meist hinter unserem Rücken ab. Indessen wandten wir uns an die bürgerlichen Parteien, um ihnen, ohne eigenen Anspruch auf den Präsidentensitz, der lange Zeit und bis 1912 von uns verwaltet war, ein Präsidium vorzuschlagen, das aus Zentrum, den beiden liberalen Parteien und uns bestand [und damit die Schaffung einer weiteren Vizepräsidentenstelle vorausgesetzt hätte; vgl. dazu unten, bes. auch die folgende Anm.]. Einen Gegenvorschlag *Bassermanns*, mit uns ein liberal-konservatives Präsidium unter Ausschluß des Zentrums zu bilden, lehnte ich ab. Es sollte wohl den schwarzblauen Block sprengen, kam aber ernstlich gar nicht in Betracht, weil die Fortschrittspartei für die Wahl eines konservativen Präsidenten oder Vizepräsidenten nicht zu haben war."

[18]) Nach dem Protokoll der den Präsidiumswahlen vom 9. 2. 1912 vorangehenden Fraktionssitzung berichteten *Bebel* und *Haase:* „Feststehe, daß der Reichskanzler durch den Unterstaatssekretär *Wahnschaffe* Versuche mache, ein Präsidium mit Ausschluß der Sozialdemokraten zu Stande zu bringen. Zu dem Zwecke sollen 4 Präsidenten gewählt werden, bei der Besetzung aber die äußerste Rechte und die äußerste Linke ausfallen [. . .]." Vgl. Nr. 287.

[19]) Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 101 f.

[20]) S. Anm. 18.

und der Nationalliberalen mit dem Bemerken an, daß sie dann auch an der Besprechung kein Interesse hätten.

Unmittelbar darauf verhandelten die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen mit unseren Vertretern über die Frage der Besetzung des Präsidiums weiter. Unsere Vertreter betonten aufs neue, daß unsere Fraktion bereit sei, für einen Präsidenten aus der nationalliberalen Fraktion und für einen zweiten Vizepräsidenten aus der Fortschrittlichen Volkspartei zu stimmen, falls diese beiden Fraktionen sich verpflichteten, unserem Kandidaten für den ersten Vizepräsidentenposten ihre Stimmen zu geben und uns eine offizielle Zusage zur Erfüllung dieser Bedingung machen würden. Die Fortschrittliche Volkspartei gab eine solche Erklärung sofort ab, während der Nationalliberale *Schiffer* äußerte, er glaube nicht, daß seine Fraktion eine offizielle Erklärung abgeben würde. Unsere Vertreter erwiderten, daß wir davon nicht Abstand nehmen könnten, obwohl wir uns nicht verhehlten, daß ein Teil des rechten Flügels der nationalliberalen Fraktion trotz eines Fraktionsbeschlusses nicht für unsere Kandidaten stimmen würde."

Hatte sich das Zentrum auch weiterhin jedem Kompromiß mit den Sozialdemokraten abgeneigt gezeigt, so erbrachten die weiteren Beratungen innerhalb der nationalliberalen Fraktion schließlich zwar keine Mehrheit für die „Unterstützung des Sozialdemokraten als 1. Vizepräsidenten", „wohl aber eine große Mehrheit" für die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten zum 2. Vizepräsidenten, wenn auch „eine Garantie für ein einstimmiges Votum der nationalliberalen Fraktion [. . .] nicht in Aussicht gestellt werden" konnte.[21])

Unter diesen Voraussetzungen beschloß die sozialdemokratische Fraktion endgültig, für die Ämter des Präsidenten und des 1. Vizepräsidenten mit *Bebel* und *Scheidemann* „reine Parteikandidaturen" aufzustellen, aber „eventuell" für den fortschrittlichen Kandidaten als 2. Vizepräsidenten einzutreten.[22]) Hatte doch die fortschrittliche Fraktion auch der Reichsleitung gegenüber, die durch Verhandlungen mit den Parteien eine sozialdemokratische Beteiligung am Reichstagspräsidium zu durchkreuzen versuchte, „von Anfang an jede Mitwirkung an einer Kombination abgelehnt, die auf Ausschluß der Sozialdemokraten hinarbeite".[23]) So blieb der Ausgang der Präsidiumswahlen vom 9. Februar, auch angesichts der unübersichtlichen Mehrheitsverhältnisse, bis zum letzten Augenblick offen. Erst in einem dritten Wahlgang[24]) wurde der Zentrumskandidat Dr. *Spahn* mit einer knappen Mehrheit gegenüber *Bebel*, den auch ein Teil der Nationalliberalen unterstützte, zum Präsidenten gewählt.[25]) Bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten,

[21]) Vgl. Nr. 287 sowie Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 102.

[22]) Vgl. Nr. 287.

[23]) A.a.O.

[24]) Nach § 9 der Geschäftsordnung waren, falls kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichte, „diejenigen fünf Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten" hatten, „auf eine engere Wahl zu bringen". Erbrachte auch diese keine absolute Mehrheit, so hatte „eine zweite engere Wahl" zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen stattzufinden.

[25]) Für das Stimmenverhältnis vgl. SPD-Protokoll 1912 S. 103: „Bei der Wahl des Präsidenten im Plenum am 9. Februar entfielen im ersten Wahlgang auf *Spahn* (Z.) 185, *Bebel* 110, Prinz *zu Schönaich-Carolath* (natl.) 88 Stimmen, 3 waren ungültig, 2 zersplittert. Bei der danach erforderlichen engeren Wahl entfielen von 388 abgegebenen Stimmen auf *Spahn* 186, auf *Bebel* 114, auf Prinz *zu Schönaich-Carolath* 85 Stimmen, 3 Stimmzettel waren ungültig. Bei der Stichwahl erhielten von 384 abgegebenen Stimmen *Spahn* 196, *Bebel* 175 Stimmen, 13 Stimmzettel waren ungültig."

bei der sich die Stimmen der Nationalliberalen aufsplitterten, siegte *Scheidemann* noch knapper über den deutsch-konservativen Kandidaten.[26]) Daraufhin führten die Sozialdemokraten bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten geschlossen ihre Stimmen dem nationalliberalen Kandidaten *Paasche* zu.[27])

Indessen hatte das Reichstagspräsidium in dieser Zusammensetzung keinen Bestand, da *Spahn*, der „es ablehnte, das Präsidium ohne den Ersten Vizepräsidenten *Scheidemann* dem Kaiser vorzustellen", aber genausowenig bereit gewesen wäre, „mit *Scheidemann* vor dem Kaiser zu erscheinen"[28]), sein Amt niederlegte und *Paasche* sich ihm, wenn auch zögernd[29]), anschloß.[30]) An die Stelle von *Spahn* und *Paasche* traten bei den Ersatzwahlen vom 14. Februar zwei Linksliberale, nämlich *Kaempf* als Präsident und *Dove* als 2. Vizepräsident.[31]) Damit

---

[26]) Mit 188 Stimmen gegen 174 für den Konservativen *Dietrich*, bei 21 ungültigen und 3 Stimmen für den Nationalliberalen *Paasche*. Insgesamt waren 386 Stimmen abgegeben worden. Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 207; Protokoll SPD-Parteitag 1912 a.a.O.

[27]) Zu dessen Gunsten die Fortschrittler ihren Kandidaten nach der Wahl *Scheidemanns* zurückzogen. Auf *Paasche* fielen von 385 abgegebenen Stimmen 274, während 95 Stimmen ungültig und 16 zersplittert waren. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag a.a.O.

[28]) Bachem VII S. 387, der besonders das vordergründige Argument herausstellt, daß *Scheidemann* schon deswegen nicht tragbar gewesen wäre, weil er in einer Plenarrede vom 10. 12. 1909 die — von *Bachem* nicht korrekt zitierte, jedoch sinngemäß richtig wiedergegebene — Wendung gebraucht hatte, „daß der Wortbruch sozusagen zu den erhabensten Traditionen des in Preußen regierenden Hauses gehört". Dazu auch Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 103 f. sowie Scheidemann, Memoiren I S. 187 f.

[29]) Vgl. Nr. 288 *(„Paasche* soll als 2. Vizepräsident niederlegen, wolle aber vorläufig noch nicht"). sowie im gleichen Sinne Scheidemann, Memoiren I S. 210.

[30]) Für den Rücktritt *Spahns* und *Paasches* vgl. auch Nr. 287 Anm. 2. Ferner die Erklärung der nationalliberalen Reichstagsfraktion vom 12. 2. 1912, abgedruckt in: Die Parteien (s. oben 2. Kapitel Anm. 43) S. 176 f., die „nahezu einstimmig" beschlossen worden sein soll: „Die nationalliberale Fraktion ist [. . .] bei der Frage des Reichstagspräsidiums davon ausgegangen, daß sie weder ausschließlich mit der Rechten, noch ausschließlich mit der Linken ein Präsidium bilden könne. Diesem Standpunkt entsprechend ist am 9. ds. ein Präsidium gewählt worden, das nach Ansicht der Fraktion als ein reines Geschäftspräsidium deswegen arbeitsfähig erschien, weil in ihm die beiden stärksten Parteien des Reichstags vertreten waren. Der Entschluß des Herrn *Spahn*, aus diesem Präsidium auszuscheiden, hat die Sachlage so verändert, daß die nationalliberale Partei sich nunmehr außerstande sieht, sich an dem Präsidium weiterhin zu beteiligen. Darum hat Prinz *Carolath* es abgelehnt, für den freigewordenen Posten des ersten Präsidenten zu kandidieren, und die Fraktion hat Herrn Dr. *Paasche* ersucht, das Amt des zweiten Vizepräsidenten niederzulegen."

[31]) Für das Zustandekommen dieser Lösung vgl. das als Nr. 288 abgedruckte Protokoll der sozialdemokratischen Fraktionssitzung vom 13. 2. 1912. Danach standen die Nationalliberalen nach *Spahns* Rücktritt vor der Alternative, entweder die Gelegenheit zu benutzen, ihre Stellung im Präsidium zu verbessern und erneut *Schönaich-Carolath* für das Präsidentenamt zu präsentieren, oder aber dem Beispiel des Zentrums zu folgen (vgl. vorige Anm.) und damit den äußeren Einflüssen nachzugeben, denen sich die in sich gespaltene Fraktion ausgesetzt sah (vgl. unten Anm. 56). Dem Fraktionsprotokoll zufolge scheint den Sozialdemokraten zunächst die erste Lösung in Aussicht gestellt worden sein, um dann wieder verworfen zu werden. Nach *Bebels* Bericht herrschte bei den Nationalliberalen „völliger Wirrwarr", wobei „heute niemand sagen" könne, „ob nun aber bis morgen nicht die ganze Sache wiederum umschlage". In dieser verfahrenen Situation solle, „soweit jetzt bekannt, [. . .] als Präsident *Kaempf* vorgeschlagen werden [. . .]".

rückte das Präsidium so weit nach links, daß sich sein Charakter als bloße Interimslösung[32]) unverkennbar enthüllte.

Scheidemann verdankte seine Wahl einer Zufallsmehrheit, die aber nicht mit einer zufälligen Mehrheit gleichgesetzt werden darf. Erklärte sich doch die Aufsplitterung der nationalliberalen Stimmen sowohl beim letzten Wahlgang der Präsidentenwahl als auch bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten wesentlich daraus, daß am 9. Februar in beiden Fällen Sozialdemokraten gegen Kandidaten des in den Reichstagswahlen unterlegenen schwarzblauen Blocks antraten. Damit kündigte sich in der Mehrheit für *Scheidemann* ebenso wie in der Tatsache, daß 1912 zum ersten Mal Sozialdemokraten als Schriftführer in den Vorstand des Reichstages gewählt wurden[33]), aber auch bereits das Ende der sozialdemokratischen Sonderstellung im Parlament an, die besonders durch die Kämpfe um die Wehr- und Deckungsvorlagen von 1913 und durch die parlamentarische Behandlung der Zabern-Affäre weiter aufgeweicht wurde, bis sie dann in der Situation des Weltkrieges ganz fiel.

Der Prozeß, der zu diesem Ergebnis führte, war 1912 immerhin schon so weit fortgeschritten, daß nunmehr der Gedanke einer Beteiligung der Sozialdemokraten am Reichstagspräsidium für einen großen Teil des bürgerlichen Liberalismus, einschließlich nicht unerheblicher Kräfte in der nationalliberalen Reichstagsfraktion, ernsthaft akut geworden war. Das war keine automatische Folge der nominellen Stärke der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach den Neuwahlen und auch mehr als das unmittelbare Resultat des Kampfes gegen den schwarzblauen Block. Als nicht minder bedeutsam muß es angesehen werden, daß der Reichstag seit der *Daily-Telegraph*-Affäre begonnen hatte, der Reichsleitung gegenüber ein neues Selbstbewußtsein zu entwickeln.[34]) Im Zuge dieser Entwicklung veränderte sich auch die parlamentarische Stellung der Sozialdemokratie, die trotz der Mandatsverluste, die sie Anfang 1907 bei den „Hottentottenwahlen" hatte hinnehmen müssen, als eine der wichtigsten treibenden

[32]) Das spiegelte sich auch deutlich in dem Ergebnis der unter dem Präsidium *Scheidemanns* vorgenommenen Wahl. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 104: „Abgegeben wurden 374 Stimmen, darunter 174 unbeschriebene. Von den gültigen 200 Stimmen erhielt *Kaempf* (Vp.) 195, 5 Stimmen waren zersplittert. Zum 2. Vizepräsidenten wurde *Dove* (Vp.) gewählt. Abgegeben waren 166 unbeschriebene und 205 gültige Stimmzettel. Von diesen entfielen auf *Dove* 194, die übrigen waren zersplittert. Nun hatte der Reichstag trotz der konservativ-klerikalen Obstruktion ein Präsidium."

[33]) Vgl. oben 7. Kapitel; auch für die Berücksichtigung der sozialdemokratischen Fraktion bei der Vergabe der Vorsitze in den ständigen Kommissionen im Reichstag von 1912. S. ferner in diesem Zusammenhang Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 103 über die Wahl *Südekums* zum Mitglied der Reichsschuldenkommission, in die der Bundesrat und der Reichstag je 6 Vertreter entsandten.

[34]) Eine entscheidende Etappe auf diesem Wege bedeutete der Rücktritt *Bülows* im Juli 1909, der, wie Th. Eschenburg, Das Kaiserreich am Scheideweg, Berlin 1929, S. 277, meint, der erste Reichskanzler gewesen sei, „der durch eine parlamentarische Mehrheit fiel". Diese von Zentrum und Konservativen getragene Mehrheit hatte dem Reichskanzler in der Frage der Reichsfinanzreform die Initiative entrissen und dadurch den *Bülow*-Block gesprengt. Das hatte wiederum zur Folge, daß Nationalliberale, Linksliberale und Sozialdemokraten, die Gegner der Finanzreform von 1909, näher aneinander gedrängt wurden und sich bei den Neuwahlen von 1912 in der erklärten Absicht fanden, die schwarzblaue Mehrheit zu zerstören. Für die Bedeutung des Einschnitts von 1909 vgl. neben der ausführlichen Darstellung Eschenburgs bes. Bachem VII S. 56 ff., 63 f., 71 f. sowie Westarp I S. 76 und 203.

Kräfte in die freilich noch zaghafte Emanzipationsbewegung des Reichstages einbezogen wurde. Das belegen besonders die Arbeiten der „erweiterten Geschäftsordnungskommission" seit Ende 1908[35]), von der die im Mai 1912 schließlich durchgesetzte Änderung der Geschäftsordnung[36]) des Reichstages vorbereitet wurde, die in den Augen der Konservativen „einen ersten, aber sehr bedeutsamen Schritt zum parlamentarischen Regiment" darstellte.[37])

Trotz der im Reichstag von 1912 so deutlich veränderten Voraussetzungen wandte sich allerdings bei der definitiven Wahl des Reichstagspräsidiums, die nach der Geschäftsordnung vier Wochen später zu erfolgen hatte, in der Regel aber auf eine bloße Bestätigung des Ergebnisses der ersten Wahl hinauslief, die nationalliberale Fraktion geschlossen gegen *Scheidemann*. Wenn er seinen Platz im Präsidium, das sich in der Zusammensetzung, die es seit dem 14. Februar hatte, eindeutig als Provisorium präsentierte, nicht zu behaupten vermochte, lag das jedoch nicht nur — wie vielfach angenommen — daran, daß er sich geweigert hatte, den „höfischen" Verpflichtungen nachzukommen[38]), oder daß etwa die Nationalliberalen durch den Rücktritt *Paasches* endgültig festgelegt gewesen wären. Entscheidend war vielmehr, daß die nationalliberale Fraktion einerseits danach trachten mußte, eine Lösung zu finden, die nicht die in den eigenen Reihen — sowohl innerhalb der Fraktion als auch in der Gesamtpartei — aufeinanderprallenden Gegensätze[38a]) noch verschärfte, daß sie andererseits aber

[35]) Vgl. voriges Kapitel, bes. Anm. 18.

[36]) Vornehmlich wurde das Interpellationsrecht geändert und dabei ein — verfassungsrechtlich allerdings unverbindliches — Mißtrauensvotum (§ 33a der Geschäftsordnung) ermöglicht. Ferner kam es zur Einführung der in der sozialdemokratischen Etatsresolution von 1910 (s. vorige Anm.) geforderten „kurzen Anfragen" (§ 31a—c). — Dazu vgl. voriges Kapitel, bes. auch Anm. 19—22.

[37]) Westarp I S. 207, in bezug auf § 33a. Dazu auch a.a.O. S. 214 ff.

[38]) Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 216 f. sowie Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 104: „Das Ergebnis der ersten Präsidentenwahlen [d. h. der Stand nach den Ersatzwahlen] wurde geschäftsordnungsmäßig dem Kaiser schriftlich angezeigt. Ferner suchten der Reichstagspräsident *Kaempf* und der zweite Vizepräsident *Paasche* [so irrtümlich; müßte heißen: *Dove*] um eine Audienz beim Kaiser nach. Der Kaiser erwiderte, er lasse bestens danken, sei aber verhindert, die Herren zu empfangen. Das Wolffsche Telegraphenbüro teilte mit, der bisher übliche Empfang habe dem Präsidium in seiner Gesamtheit gegolten, nicht den einzelnen Personen, die ihm angehörten; die Antwort sei auf Vorschlag des Reichskanzlers gegeben, der dem Kaiser nicht empfehlen konnte, Abweichungen von der gewohnten Regel zu folgen und sie damit gutzuheißen."

[38a]) Dazu vgl. oben 2. Kapitel, bes. auch Anm. 131, sowie die Übersicht über „Die Stellung der zentralen und lokalen Instanzen [der nationalliberalen Partei] zur Frage der Besetzung des Reichstagspräsidiums" in: Die Parteien (s. oben 2. Kapitel Anm. 43) S. 176 ff. Danach traten die Jungliberalen und die Großblockanhänger dafür ein, bei der definitiven Bildung des Präsidiums „am Zusammengehen der Linken festzuhalten" (Beschluß der nationalliberalen Fraktion der Zweiten badischen Kammer vom 13. 2. 1912; zitiert a.a.O. S. 178) und „den tatsächlichen bei der Wahl zum Ausdruck gekommenen Machtverhältnissen" sowie „dem gegen den schwarzblauen Block gerichteten Willen der Nation [. . .] Rechnung zu tragen" (Resolution einer Versammlung der jungliberalen Vereine Groß-Berlins vom 14. 2. 1912; zitiert a.a.O. S. 179). Demgegenüber wurde von den Großblockgegnern betont, daß „an den bewährten Grundlagen vaterländischer Zuverlässigkeit und bürgerlicher Solidarität gegenüber der Sozialdemokratie" nicht gerüttelt (Beschluß des Wahlkreisvorstandes für Bielefeld–Wiedenbrück vom 16. 2. 1912; zitiert a.a.O. S. 180) und „die Grenzlinie gegenüber der Umsturzpartei" nicht verwischt werden dürfe, damit auch fernerhin „ein verständiges Zusammenarbeiten mit den rechtsgerichteten Parteien" möglich sei (Beschluß des Zentralkomitees der national-

auch im Reichstag jetzt eine andere Konstellation als bei der vorläufigen Wahl des Präsidiums vorfand; und zwar eine Konstellation, die es erlaubte, die inneren Gegensätze im eigenen Lager mit einem Kompromiß zu überbrücken.[38b]) In dieser neuen Konstellation, in der es nicht mehr darum ging, durch Unterstützung eines Sozialdemokraten Kandidaturen der Deutsch-Konservativen oder des Zentrums zu Fall zu bringen, waren die Nationalliberalen auch ihrerseits nicht mehr auf sozialdemokratische Hilfe angewiesen.[39]) Obgleich sie bei der Wahl des Präsidenten ausschlaggebend zu dem knappen Sieg des Fortschrittlers *Kaempf* über den schwarz-blauen Kandidaten *Spahn* beitrugen[40]), ließen nämlich Zentrum und Konservative ihre Stimmen bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten dem gegen *Scheidemann* aufgestellten Nationalliberalen *Paasche*[41]), und bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten dem Fortschrittler *Dove* zukommen, der gegen die Stimmen seiner eigenen Fraktion, die loyal an *Scheidemann* festhielt, in seinem Amt bestätigt wurde.[42]) Damit hatten sich die Bestrebungen der Reichsleitung, die unter allen Umständen die Wahl eines sozialistenfreien Reichstagspräsidiums erreichen wollte, zwar einerseits durchgesetzt; doch andererseits prägte sich entgegen ihren Intentionen in dem endgültig gewählten Präsidium, das direkt nur eine schmale Minderheit repräsentierte und aus zwei Fortschrittlern und einem Nationalliberalen bestand, eine deutliche Linkstendenz aus, die mittelbar der starken Stellung der Sozialdemokratie Rechnung trug.[43])

liberalen Partei für die Provinz Westfalen vom 5. 3. 1912; zitiert a.a.O. S. 182). — Wie von sozialdemokratischer Seite hervorgehoben wurde, begann nach der vorläufigen Wahl des Präsidiums „die nationalliberale Kommerzienratsseele im Lande [. . .] zu kochen" *(Leipziger Volkszeitung*, 13. 2. 1912; zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 325), so daß sich die „Fraktion Durcheinander" *(Frankfurter Volksstimme*, 26. 2. 1912; zitiert a.a.O. S. 347) in die größten Schwierigkeiten durch den Streit im eigenen Lager versetzt sah.

[38b]) D. h., daß ein Präsidium unter nationalliberaler Beteiligung, das diesen Voraussetzungen gerecht werden sollte, weder ein „Großblockpräsidium" noch ein „schwarzblaues Präsidium", ergänzt durch einen Vertreter der Nationalliberalen, sein durfte. Dazu auch unten Anm. 56.

[39]) Nach dem Bericht der Reichstagsfraktion, Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 105, waren Konservative und Zentrum „im Verein mit der Regierung" lebhaft bemüht, *Scheidemann* aus dem Präsidium zu entfernen, wobei den Nationalliberalen „als Preis" der Posten des 1. Vizepräsidenten versprochen worden sei. Diese Situation bestimmte das am 7. 3. beschlossene Vorgehen der Sozialdemokraten bei der endgültigen Wahl des Präsidiums am folgenden Tage; vgl. Nr. 294.

[40]) *Kaempf* wurde mit 192 Stimmen gegen 187 für *Spahn* gewählt; 4 Stimmen waren zersplittert.

[41]) Nach dem Bericht der Reichstagsfraktion a.a.O. erklärten die Konservativen nach dem Scheitern *Spahns* zunächst, „sie würden unbeschriebene Zettel abgeben. Erst auf eindringliche Beschwörung durch den Adlatus des Reichskanzlers, Unterstaatssekretär *Wahnschaffe*, gaben sie ihre Abstinenz auf und vereinten ihre Stimmen auf den Nationalliberalen", der 197 gegen 155 sozialdemokratische und fortschrittliche Stimmen für *Scheidemann* und 5 zersplitterte Stimmen erhielt.

[42]) Mit 200 Stimmen gegen 147 für *Scheidemann* und bei 4 zersplitterten. Da *Dove* „nicht durch das Vertrauen der Schwarzblauen ins Präsidium kommen" wollte, erklärten die Sozialdemokraten, wie es a.a.O. heißt, „ebenso wie seine Parteifreunde" ihr Einverständnis mit der Annahme der Wahl.

[43]) In diesem Sinne besonders eindringlich Bachem VII S. 388, der das liberale Präsidium „eine Errungenschaft von Gnaden der Sozialdemokratie" nennt. — Vgl. auch die *Frankfurter Zeitung*, 9. 3. 1912 (zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 233), die von diesem „bürgerlichen Präsidium der Linken" sprach, sowie die sozialdemokratische *Frankfurter Volksstimme* vom gleichen Tage (zitiert a.a.O. S. 327), die durch die Zusammensetzung des definitiven Präsidiums „lediglich die Übergangszustände, in denen wir uns befinden", gekennzeichnet sah.

Insofern spiegelten sich in der ungewöhnlichen Zusammensetzung des Reichstagspräsidiums doch die veränderten parlamentarischen Kräfteverhältnisse wieder, die auch die Reichsleitung in der letzten Phase der Vorkriegsentwicklung dazu zwangen, die Sozialdemokratie in stärkerem Maße als entscheidenden parlamentarischen Machtfaktor mit in ihr Kalkül einzubeziehen. Dem entsprach, daß die Konservativen immer mehr in die Isolierung gerieten, nicht zuletzt, weil sich auch das Zentrum zunehmend von ihnen zu distanzieren begann und die in der Struktur der katholischen Volkspartei angelegten demokratischen Tendenzen in der neuen Situation größeren Einfluß[44]) auf die ohnehin flexible und pragmatische Zentrumspolitik erlangten. Eine detaillierte Untersuchung der Haltung des Reichstages von 1912 in den beiden Jahren bis zum Kriegsausbruch könnte zeigen, daß sich die Voraussetzungen und die Problematik der parlamentarischen Kräftegruppierung der beiden letzten Kriegsjahre — mit der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution in ihrem schwierigen Verhältnis zu den schwankenden Nationalliberalen — sowie der in dieser Kräftegruppierung vorgeformten Weimarer Koalition und Großen Koalition der Nachkriegszeit bereits hier ansatzhaft abzeichnen.[45])

Als im Juni 1918 nach dem Tode des Reichstagspräsidenten *Kaempf* eine Umbesetzung des 1912 gebildeten Reichstagspräsidiums[45a]) erfolgte, war die Berücksichtigung des sozialdemokratischen Beteiligungsanspruches zur Selbstverständlichkeit geworden, so daß *Scheidemanns* Wahl zum Vizepräsidenten diesmal ohne Komplikationen vonstatten ging. Auch die Frage der „höfischen" Verpflichtungen war jetzt kein Streitpunkt mehr, weder zwischen den Parteien noch innerhalb der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion.[46])

Diese Frage hatte zuerst 1903, als die sozialdemokratische Fraktion zur zweitstärksten des Reichstags aufgerückt war, zu erregten innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt, die durch einen Artikel *Bernsteins* in den *Sozialistischen Monatsschriften* unter dem Titel „Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?"[47]) ausgelöst worden waren. Darin hatte *Bernstein* u. a. betont, daß gar nicht einzusehen sei, „warum der für das Reichstagspräsidium Regel gewordene Brauch, dem Reichsoberhaupt bei gewissen Anlässen einen Besuch abzustatten, für die Sozialdemokratie ein Grund sein soll, den Gegnern einen

---

[44]) Das zeigte sich nicht erst bei der Beratung der Deckungsvorlagen 1913 und bei der Zabern-Affäre, sondern kündigte sich schon bei Beginn der Legislaturperiode an, als zunächst der wiedergewählte alte Fraktionsvorstand durch *Erzberger* und den Arbeitersekretär *Giesberts* erweitert wurde und gleich darauf das Zentrum für die Änderung der Geschäftsordnung (vgl. oben Anm. 35) eintrat. Von hervorragender Bedeutung für diese Entwicklung war es, daß der profilierteste Vertreter des rechten Zentrumsflügels und bisherige Fraktionsvorsitzende Graf *Hertling* bereits am 13. Februar 1912 auf Grund seiner Berufung zum bayerischen Ministerpräsidenten sein Reichstagsmandat niederlegte.

[45]) So auch Westarp I S. 216 f. in einem knappen Überblick über den „zehnjährigen Kampf um die Einführung des parlamentarischen Regimentes".

[45a]) Für die Bestätigung des Präsidiums zu Beginn der Kriegssession am 4. 8. 1914 vgl. Westarp I S. 412.

[46]) Vgl. Nr. 479 u. 480. Dazu auch oben 7. Kapitel bes. Anm. 17a.

[47]) *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 7/II, 1903, S. 478 ff.

Vorwand für die Übergehung der Partei bei der Zusammensetzung des Präsidiums zu liefern".[48])

Nachdem bereits *Mehring* und *Bebel* in der *Neuen Zeit Bernstein* scharf entgegengetreten waren[49]), verurteilte auch der Dresdener Parteitag, der ganz im Zeichen der Revisionismusdebatte stand, seinen Vorstoß, der vor allem durch *Vollmar* unterstützt wurde. So bezeichnete *Vollmar* im Einklang mit *Bernstein* die Frage des Antrittsbesuches beim Kaiser auf dem Parteitag als eine „untergeordnete Formalie", die „ein Prinzip in keiner Weise berührt".[50])

Es läßt sich jedoch kaum verkennen, daß *Bernstein* und *Vollmar*, wie Wilhelm *Keil* zurecht in seinen Erinnerungen betont, 1903 noch „über ungelegte Eier" gegackert hatten; denn

„die bürgerlichen Parteien dachten nicht daran, einem Sozialdemokraten einen Sitz im Reichstagspräsidium einzuräumen, selbst wenn er die höfischen Verpflichtungen auf sich nehmen sollte. In der Partei aber entstand nun um des nichtigen Streitpunktes willen eine ungeheure Gärung."[51])

In der Situation von 1912 hingegen, in der es einerseits der Sozialdemokratie darum zu tun war, ihre Machtstellung im Reichstag auch nach außen hin durch Beteiligung am Präsidium zu dokumentieren, andererseits aber der sozialdemokratische Anspruch auf „Gleichberechtigung"[52]) bei den bürgerlichen Parteien nicht mehr auf eine geschlossene Front der Ablehnung stieß, besaß der Rat *Vollmars* an *Scheidemann*[53]), notfalls auch an der gewohnheitsrechtlich eingebürgerten persönlichen Vorstellung des Präsidiums beim Kaiser teilzunehmen, da „ein solcher Zwirnsfaden die weitere politische Entwicklung in diesem Reichstage nicht hindern" dürfe, eine eminente praktische Bedeutung. Die Fraktion und *Scheidemann* hatten sich jedoch bereits darauf festgelegt, keine anderen Verpflichtungen als die „in der Geschäftsordnung begründeten"[54]) zu akzeptieren. Mit dieser Formel waren auch die Nationalliberalen zunächst einverstanden gewesen.[55]) Wenn sie *Paasche* aus dem vorläufigen Präsidium zurück-

[48]) A.a.O. S. 479, wobei *Bernstein* sich darauf berief, daß der Vertreter der preußischen Dynastie sich verfassungsrechtlich in einer nicht sehr viel anderen Lage befinde als der Präsident einer Republik. Vgl. Labusch S. 240 und 345, wo es heißt, daß diese Einschätzung der verfassungsrechtlichen Stellung des Kaisers in der deutschen Sozialdemokratie sehr verbreitet gewesen sei. In diesem Sinne auch Ludwig *Quessel* am 14. 3. 1912 in den *Sozialistischen Monatsheften* (zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 328): „Als Oberhaupt des Reichs ist *Wilhelm II.* nach dem Wortlaut und dem Wesen unserer bundesstaatlichen Verfassung nichts anderes als der Präsident des deutschen Staatenbundes, der den monarchischen Titel Deutscher Kaiser führt. Das demokratische Interesse weist uns gebieterisch den Weg des Parlamentarismus, der auch ins Kaiserschloß führt [. . .]"

[49]) Vgl. Labusch S. 240, 345.

[50]) Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 325.

[51]) Keil I S. 208.

[52]) Vgl. den Bericht der Reichstagsfraktion, Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 100: „Das Verlangen der Fraktion, an dem Präsidium des Reichstags beteiligt zu sein, entspringt dem Recht auf Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Partei mit den bürgerlichen."

[53]) In einem Brief vom 10. Februar 1912; s. Nr. 287 Anm. 2. Vgl. auch oben Anm. 48.

[54]) Vgl. Nr. 284 sowie Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 100.

[55]) Vgl. Nr. 285 und Protokoll a.a.O. S. 101.

zogen und sich bei der endgültigen Präsidiumswahl gegen *Scheidemann* entschieden, lag der stärkste Grund dafür kaum in der Weigerung *Scheidemanns*, sich bei Hofe vorzustellen.[56]) Umgekehrt erscheint es keineswegs ausgemacht, daß die sozialdemokratische Fraktion bei ihrem ersten Beschluß geblieben wäre, falls sich *Scheidemann* im Präsidium hätte behaupten können. Jedenfalls wird man sagen dürfen, daß der Fraktion die eigentliche Entscheidung in der Frage der höfischen Pflichten durch eine Mehrheit des Reichstages abgenommen wurde, die *Scheidemann* bei der definitiven Wahl wieder aus dem Präsidium verdrängte.[57]) Das gilt um so mehr, als der Einzug der Sozialdemokraten in die einzelstaatlichen Landtage bereits zu zahlreichen Präzedenzfällen in den Fragen der Leistung des Verfassungseides, der „Hofgängerei" und der Anwesenheit bei „Huldigungen" für Monarchen von Bundesstaaten geführt hatte, ohne daß die Beteiligten gewillt gewesen wären, darin ein Bekenntnis zur monarchischen Staatsform zu sehen.[58]) Trotzdem betonte die Gesamtpartei, wie sich besonders aus den erregten Debatten und den Beschlüssen der Parteitage ablesen läßt, immer wieder den Vorrang des vielfach durchbrochenen „Prinzips". Das war nicht zuletzt in den innenpolitischen Verhältnissen Preußens, dessen Herrscher zugleich deutscher Kaiser war, in der Person *Wilhelms II.* und in den ideologisch verbrämten Bedürfnissen der innerparteilichen Integrationstaktik der Parteiführung[59]) begründet. So erklärt es sich auch, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre prinzipielle und demonstrative Abstinenz in der Frage der „Huldigungen" für den Kaiser von seiten des Reichstages vor Kriegsausbruch nicht aufgab,

[56]) Dazu Protokoll a.a.O. S. 103 f. und Scheidemann, Memoiren I S. 211. — Bedingt durch das Beispiel des Zentrums, das durch *Spahns* Rücktritt betont seine „nationale" und monarchistische Zuverlässigkeit herausstellte, sah auch die in sich gespaltene nationalliberale Fraktion keinen anderen Ausweg, als vor den emotionalen Reaktionen aus den Reihen — besonders des rechten Flügels — der eigenen Partei auf die Tatsache, daß ein Nationalliberaler gemeinsam mit einem Sozialdemokraten im Reichstagspräsidium saß, und vor der sofort nach *Scheidemanns* Wahl einsetzenden Kampagne in der Rechtspresse zurückzuweichen. Was in dieser Situation primär für die Fraktion zur Debatte stand, war gar nicht eine definitive Entscheidung über die Zusammensetzung des Präsidiums und erst recht keine Stellungnahme zur Frage der „höfischen" Pflichten, sondern die mögliche Gefährdung der ohnehin labilen Parteieinheit und das Vertrauen der Wählerschaft. Aus dem gleichen Grunde konnte sich aber die Fraktion, wie der Verlauf der endgültigen Präsidiumswahl zeigt, auf kein Arrangement mit dem schwarzblauen Block auf Kosten der Linksliberalen einlassen, die wiederum die Brücke zu den Sozialdemokraten bildeten. Wollten die Nationalliberalen nach keiner Seite den Anschluß verlieren, so durften sie sich auch nach keiner Seite eindeutig binden. Insofern stand und fiel für sie die Mitgliedschaft in einem Präsidium unter sozialdemokratischer Beteiligung tatsächlich mit der gleichzeitigen Bereitschaft des Zentrums, sich ebenfalls — als neutralisierender, prinzipiell nach allen Seiten kooperationsfähiger Faktor — zu beteiligen.

[57]) Dazu das allzu beflissene Dementi im Bericht der Reichstagsfraktion, Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 104 f. Tatsächlich hatte das demonstrative Pochen auf die „in der Geschäftsordnung begründeten" Pflichten in erster Linie parteiinterne Gründe, da es das veränderte Vorgehen der Fraktion bei den Präsidiumswahlen mit ihrer bisherigen Haltung nach außen hin notdürftig synchronisierte. Vgl. auch a.a.O. S. 100. Ferner den Artikel von Wilhelm *Schröder* „Der Kampf um die Macht" in den *Sozialistischen Monatsheften* vom 29. 2. 1912 (zitiert nach: Die Parteien a.a.O. S. 326), in dem es heißt: „Die Äußerlichkeit des Hofganges, die ganz im Gegensatz zu früher heute die Partei (der Arbeiterschaft im ganzen völlig zu geschweigen) ziemlich kühl läßt [. . .]" — Dazu Labusch S. 241 f.

[58]) Vgl. Labusch S. 234 f.

[59]) Vgl. auch oben 4. Kapitel.

wenn auch eine starke Gruppe in der Fraktion von 1912 keine Beeinträchtigung der parlamentarischen Stellung und der parlamentarischen Möglichkeiten der Sozialdemokratie auf Grund dieser generellen Praxis in Kauf nehmen wollte.[60]) Grundsätzlich blieben die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten seit jeher der feierlichen Eröffnung des Reichstages im Stadtschloß des Kaisers fern. Aber nicht nur bei dieser Gelegenheit wurden Huldigungen für den Kaiser, „Kaiser-Hochs", ausgebracht, sondern auch im Reichstagsplenum zu Beginn und Ende einer jeden Legislaturperiode bzw. Session, sowie bei Geburts- und Erinnerungstagen der kaiserlichen Familie und bei anderen nationalen Anlässen. Das hatte zur Folge, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten regelmäßig den Plenarsaal verließen, sobald ein „Kaiser-Hoch" drohte.[61])

Erst ein Vorfall, der sich 1913 ereignete, veranlaßte die Fraktion, ihre Haltung zu überprüfen[61a]), allerdings mit einem sehr problematischen Ergebnis, das ihrem parlamentarischen Ansehen nur Abbruch tun konnte. Aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums *Wilhelms II.* hatte der Seniorenkonvent für den 14. Juni 1913 vormittags eine Jubiläumsfeier einberufen, an der die Sozialdemokraten wie üblich nicht teilnahmen. Im Anschluß an die Huldigung eröffnete jedoch der Reichstagspräsident überraschend die ordentliche Sitzung, und das Plenum nutzte die Abwesenheit der SPD-Fraktion, um eine auf den Nachmittag angesetzte Plenarsitzung zu vertagen. Damit fiel eine von den Sozialdemokraten mit Spannung erwartete Debatte über die Wehrvorlage aus.[62]) Nach diesem Vorfall wurde in der Fraktion das Verhalten beim Kaiser-Hoch erörtert, bis schließlich am 4. Februar 1914[63]) mit einer knappen Zufallsmehrheit[64]) der als „Fraktionsgeheimnis" bezeichnete Beschluß gefaßt wurde, nunmehr beim Ausbringen von Huldigungen im Plenarsaal zu bleiben, sich aber nicht von den Sitzen zu erheben.[65])

---

[60]) S. Nr. 284.

[61]) Im Dezember 1894 befanden sich zufällig „einige wenige Sozialdemokraten", darunter W. *Liebknecht*, bei einer Huldigung im Plenarsaal und blieben beim Kaiserhoch auf ihren Plätzen sitzen. Der Kanzler verlangte deswegen eine Strafverfolgung gegen *Liebknecht*, dessen Immunität jedoch vom Reichstag nicht aufgehoben wurde. Dafür wurde schließlich im Plenum eine zuvor in der Kommission mit Stimmengleichheit abgelehnte Änderung des Paragraphen 60 der Geschäftsordnung beschlossen, die es dem Reichstagspräsidenten gestattete, Abgeordnete „im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung" von einer Sitzung auszuschließen. Vgl. Eugen Richter, Politisches ABC-Buch, 8. Jg., Berlin 1896, S. 363 f.

[61a]) Bei der Vertagung des Reichstages im Mai 1912 ließ sich *Landsberg* einen Verstoß gegen die Fraktionsdisziplin zuschulden kommen, indem er im Saale blieb und das Hoch stehend mitanhörte. Der Vorfall beschäftigte auch den folgenden Parteitag; s. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 176, 182, 386 f., 394, 403. Vgl. im übrigen die in: Die Parteien a.a.O. S. 341 f. zitierte Kritik der *Leipziger Volkszeitung*, 24. 5. 1912, des *Vorwärts*, 26. 5. 1912, und der *Chemnitzer Volksstimme*, 30. 5. 1912, an der „vernunftmonarchischen" Demonstration *Landsbergs*.

[62]) Vgl. Nr. 332 Anm. 7.

[63]) Vgl. Nr. 339.

[64]) Das belegen auch die in der folgenden Fraktionssitzung bekanntgegebenen nachträglichen Erklärungen von am 4. 2. nicht anwesenden Fraktionsmitgliedern.

[65]) Publizistisch nahmen u. a. Wolfgang *Heine* (Kaiserhoch, in: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 1914, S. 651 ff.) und Edmund *Fischer* (Der deutsche Reichstag, a.a.O. S. 655 ff.) gegen den Fraktions-

Ludwig *Frank* schrieb am folgenden Tage an *von Vollmar:* „Die Fraktion hat gestern mit 50 gegen 47 Stimmen beschlossen, künftig bei Kaiserhochs sitzen zu bleiben [...]. Die revolutionäre Energie hat sich aus den Köpfen in die entgegengesetzten Körperteile verzogen. Der Beschluß ist aber nicht bloß lächerlich, sondern auch unheilvoll. Er wäre nicht gefaßt worden, wenn nicht fast alle süddeutschen Freunde gefehlt hätten [...]"[66]) *Molkenbuhr* notierte in sein Tagebuch: „*Bebels* Tod macht diese dumme Taktik möglich."[67])

Als wenige Monate später[68]) der Kaiser durch eine von Staatssekretär *Delbrück* verlesene Botschaft die Sitzungsperiode des letzten Friedensreichstages schließen ließ und nach der Verlesung ein Kaiser-Hoch ausgebracht wurde, blieben die Sozialdemokraten, ihrem Beschluß getreu, sitzen.[69]) Man geht wohl kaum fehl, wenn man in dieser Haltung ebenso wie in dem vorangegangenen Fraktionsbeschluß, dessen Konsequenz sie darstellte, in entscheidendem Maß den Einfluß der verschärften innenpolitischen und parlamentarischen Atmosphäre nach der Zabern-Affäre erkennt.

Unmittelbar nach Kriegsausbruch revidierte die Fraktion dann den ebenso unglücklichen wie unklugen Beschluß, dem sich viele ihrer Mitglieder nur mit Unbehagen gefügt hatten. Eine wichtige Voraussetzung schuf allerdings der Kaiser selbst. Unter dem Zwang der Situation mußte er sich dazu verstehen, von seinen gehässigen und provozierenden Äußerungen gegen die „vaterlandslosen Gesellen" abzurücken und die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Sozialdemokratie öffentlich anzuerkennen. Aber auch die anderen Parteien kamen jetzt den Sozialdemokraten einen Schritt entgegen, indem sie sich vor

---

beschluß Stellung, worauf der *Vorwärts* am 5. 6. 1914 entgegnete: „Ist der Grundsatz, die Person des Monarchen aus der politischen Diskussion auszuschalten, noch verständlich in Ländern des reinen Parlamentarismus wie England, so wird er geradezu eine Gefahr für die politische Entwicklung in Ländern des Halbabsolutismus wie Deutschland." — Vgl. im übrigen Labusch S. 238, der S. 226 ff. auch das Verhältnis der Partei zur Monarchie zusammenfassend darstellt.

[66]) Ludwig *Frank* an *von Vollmar*, 5. 2. 1914, Nachlaß Vollmar.

[67]) Nachlaß Molkenbuhr.

[68]) Ein im März 1914 in der Fraktion unternommener Versuch, eine Revision des Beschlusses herbeizuführen, war fehlgeschlagen. Dazu die folgende eigenhändige Aufzeichnung *Davids* vom 18. 3. 1918, Nachlaß David (Privatbesitz), die auch insofern wichtig ist, als eine Niederschrift über die Fraktionssitzung dieses Tages in den offiziellen Fraktionsprotokollen fehlt: „Fraktionssitzung betr. Revision des Kaiserhochbeschlusses: Stiernackiger Maulterrorismus und doktrinäre Verblendung auf der einen — Feigheit, Waschlappigkeit und Mangel an politischem Weitblick auf der anderen Seite. — *Franks* Wegbleiben unerhört oder Krankheit ?! — Die Demonstration ein Akt der Dummheit und Rüpelei zugleich. — Das Gefühl, meine Pflicht getan zu haben, hält einer tiefen Depression die Waage. Aber wo soll das hinaus? Man wälzt sich immer neue Felsblöcke in den Weg. Die Demagogen regieren. Die junkerl[ich-] klerikale Reaktion lebt von der Borniertheit der Sozialdemokratie."

[69]) Dazu Westarp I S. 348.

[70]) Westarp I S. 412.

[71]) Vgl. auch Nachlaß David, Kriegstagebuch 3. 4. 1914. Danach war dieser Vorschlag, den *Delbrück* am 3. 2. in der Parteiführerbesprechung im Reichskanzlerpalais „offiziell gemacht" habe, von *Scheidemann* ausgegangen.

der im Zeichen des „Burgfriedens“ stehenden Reichstagssitzung vom 4. August über ein „von dem bisherigen Brauch“ abweichendes Hoch auf „Kaiser, Volk und Vaterland“[70]) mit ihnen einigten[71]), „das die Sozialdemokraten stehend mit anhörten und das bis zum Kriegsende Brauch blieb“.[72])

[72]) Westarp I S. 412. — Für die erregten Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Fraktion am 4. 8. 1914 über die Beifallsäußerungen einiger Fraktionsmitglieder während der Kanzlerrede im Plenum sowie über die Frage, ob man bei der neuen Formel für das Hoch „auch als Sozialdemokrat einstimmen“ könne, vgl. bes. Nachlaß David, Kriegstagebuch 4. 8. 1914, wo es abschließend heißt: „Ich glaube, die Zeit ist nicht fern, daß wir auch das Kaiserhoch schlucken werden.“ Ferner Nr. 351 Anm. 4.

Anlage A

Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1874—1918

N = Nachwahl; † = Mandat erledigt durch Tod; * = erledigtes bzw. ruhendes Mandat; U = ausgeschieden und zur SAG (Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft) bzw. USPD (Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei) übergetreten. Hinter dem Geburtsdatum eines Fraktionsmitgliedes ist in Klammern sein Alter beim ersten Eintritt in den Reichstag angegeben. Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages und des Deutschen Reichstages der I. Legislaturperiode wurden nicht aufgeführt: In den konstituierenden Norddeutschen Reichstag waren im Februar 1867 Bebel und Schraps, in den (I.) Norddeutschen Reichstag ein halbes Jahr später Bebel, Schraps, Liebknecht und Götz für die Sächsische Volkspartei gewählt worden. Ferner gehörten dem (I.) Norddeutschen Reichstag die Lassalleaner Försterling (Mandat am 5. 4. 1870 niedergelegt), Fritzsche (nachgewählt am 24. 7. 1868), Hasenclever (nachgewählt am 25. 1. 1869), Mende (nachgewählt März 1869), Reincke (Mandat am 19. 6. 1868 niedergelegt) und von Schweitzer an. Im I. Deutschen Reichstag von 1871 waren wieder nur Bebel und Schraps vertreten.

Name	II 1874	III 1877	IV 1878	V 1881	VI 1884	VII 1887	VIII 1890	IX 1893	X 1898	XI 1903	XII 1907	XIII 1912	XIII 1914
Agster, Alfred 12. 4. 1858 (40)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·	·
Albrecht, Karl 14. 7. 1855 (43)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	N ▬ 1	▬	▬	U 2
Antrick, Otto 24. 11. 1858 (40)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	▬	▬
Auer, Ignaz 19. 4. 1846 (31)	·	▬	N ▬ 3	·	▬	·	▬	▬	▬	▬	† 4	·	·
Baudert, Friedrich L. A. 16. 6. 1860 (38)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	·	▬	▬
Bauer, Gustav 6. 1. 1870 (42)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Bebel, August 22. 2. 1840 (27) [6]	▬	▬	▬	N ▬ 6	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬	† 7	·
Bender, Ferdinand 24. 10. 1870 (42)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Bernstein, Eduard 6. 1. 1850 (48)	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 8	▬	·	▬	U 9
Berthold, Heinrich 10. 6. 1856 (49)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 10	·	·	·
Binder, Jakob 19. 11. 1866 (46)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 11	▬	▬
Birk, Georg Johann 11. 10. 1839 (51)	·	·	·	·	·	·	▬	▬	·	▬	·	·	·
Blos, Wilhelm 5. 10. 1849 (28)	·	▬	·	▬	▬	·	▬	▬	▬	▬	·	▬	▬
Bock, Wilhelm 28. 4. 1846 (38)	·	·	·	·	▬	·	▬	▬	▬	▬	·	▬	U 12

[1]) 24. 1. 1905
[2]) Mai 1917
[3]) 2. 3. 1880
[4]) † 10. 4. 1907
[5]) Für den ersten Eintritt in den Reichstag vgl. oben (Legende)
[6]) Juli 1883
[7]) † 13. 8. 1913, s. Nr. 332
[8]) 20. 3. 1902
[9]) März 1916
[10]) 4. 5. 1906
[11]) 15. 9. 1908, s. Nr. 208
[12]) März 1916

Anlage A

Name	II 1874	III 1877	IV 1878	V 1881	VI 1884	VII 1887	VIII 1890	IX 1893	X 1898	XI 1903	XII 1907	XIII 1912	XIII 1914
Böhle, Bernhard 2. 3. 1866 (41)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬
Bömelburg, Theodor 27. 9. 1862 (41)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	·	·
Bracke, Wilhelm 29. 5. 1842 (35)	·	▬	▬ † 13	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Brandes, Alwin 12. 6. 1866 (46)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ U 14
Braun, Heinrich 23. 11. 1854 (49)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬ * 15	·	·	·
Brey, August 1. 8. 1864 (42)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 16	▬	▬	▬
Brühne, Friedrich 20. 8. 1855 (38)	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	▬	▬	▬
Bruhns, Julius August 15. 8. 1860 (30)	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·	·	·	·
Buchwald, Bruno 4. 11. 1847 (56)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬ * 17	·	·	·
Buck, Johann Wilhelm 12. 11. 1869 (43)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 18	▬
Bueb, Fernand 12. 12. 1865 (28)	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ * 19	·	·	·	·
Büchner, Otto 7. 2. 1865 (46)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 20	▬	▬ U 21
Busold, Heinrich 8. 12. 1870 (39)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 21a	·	·
Calwer, Richard 21. 1. 1868 (30)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·	·
Cramer, Balthaser 4. 12. 1851 (47)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ * 22	·	·	·
Cohen, Emanuel, gen. Max 30. 1. 1876 (36)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 23	▬
Cohn, Oskar 15. 10. 1869 (43)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ U 24
David, Eduard 11. 6. 1863 (40)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬
Davidsohn, Georg 20. 8. 1872 (40)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Deichmann, Karl 5. 10. 1863 (49)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Demmler, Georg Ad. 22. 12. 1804 (73)	·	▬	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Dietz, Joh. Heinrich W. 3. 10. 1843 (38)	·	·	·	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬
Dittmann, Wilhelm 13. 11. 1874 (38)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ U 25
Dreesbach, Aug. Herm. Jos. 13. 8. 1844 (46)	·	·	·	·	·	·	▬	·	▬	▬ † 26	·	·	·

[12]) † 27. 4. 1880

[13]) 10. 10. 1913, s. Nr. 330

[22]) Mandat niedergelegt: 11. 2. 1906

[14]) Datum des Übertritts zur SAG / USPD unbekannt, s. Nr. 462

[19]) Mandat niedergelegt: 25. 4. 1900

[23]) 19. 12. 1912

[15]) Wahl für ungültig erklärt am 27. 4. 1904

[20]) 10. 4. 1911

[24]) März 1916

[16]) 22. 6. 1906

[21]) März 1916

[25]) März 1916

[17]) Wahl für ungültig erklärt am 16. 3. 1904

[21a]) 26. 10. 1910

[26]) † 25. 11. 1906

Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1874—1918

Name	II 1874	III 1877	IV 1878	V 1881	VI 1884	VII 1887	VIII 1890	IX 1893	X 1898	XI 1903	XII 1907	XIII 1912	XIII 1914
Ebert, Friedrich 4. 2. 1871 (41)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Ehrhart, Franz 6. 2. 1853 (45)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬ † 27	·	·
Eichhorn, Robert Emil 9. 10. 1863 (40)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	·	·
v. Elm, Adolph 24. 9. 1857 (37)	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 28	▬	▬	·	·	·
Emmel, Josef Leopold 25. 3. 1863 (44)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬
Erdmann, August 22. 1. 1862 (50)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ U 29
Ewald, Ferdinand 26. 11. 1846 (67)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 30	▬
Faber, Emil 27. 6. 1861 (49)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 30a	·	·
Feldmann, Theodor Fr. 30. 1. 1868 (44)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Feuerstein, Franz Wilhelm 15. 10. 1866 (46)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Fischer-Berlin, Richard 3. 4. 1855 (38)	·	·	·	·	·	·	·	▬	N ▬ 31	▬	▬	▬	▬
Fischer-Hannover, Gustav 9. 12. 1866 (46)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Fischer-Sachsen, Edmund 9. 1. 1864 (34)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	·	▬	▬
Förster, Carl H. 18. 9. 1853 (37)	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	·	▬ † 32	·
Frank, Ludwig 23. 5. 1874 (33)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ † 33	·
Fräßdorf, Karl Julius 26. 5. 1857 (46)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·
Fritzsche, Friedrich Wilh. 25. 3. 1825 (43) [6]	·	▬	▬	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Frohme, Karl Franz 4. 2. 1850 (31)	·	·	·	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬
Fuchs, Richard 1. 9. 1873 (39)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Geck, Ernst Adolf 9. 2. 1854 (44)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	·	·
Geck, Oscar 8. 8. 1867 (47)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 34
Geib, August 10. 4. 1842 (32)	▬	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Geiser, Bruno 10. 4. 1846 (35)	·	·	·	▬	▬	·	·	·	·	·	·	·	·
Gerisch, Karl Alwin 14. 3. 1857 (37)	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 34a	·	▬	·	·	·
Geyer, Friedrich August 12. 3. 1853 (31)	·	·	·	·	N ▬ 35	·	▬	▬	▬	▬	▬	▬	▬ U 36

---

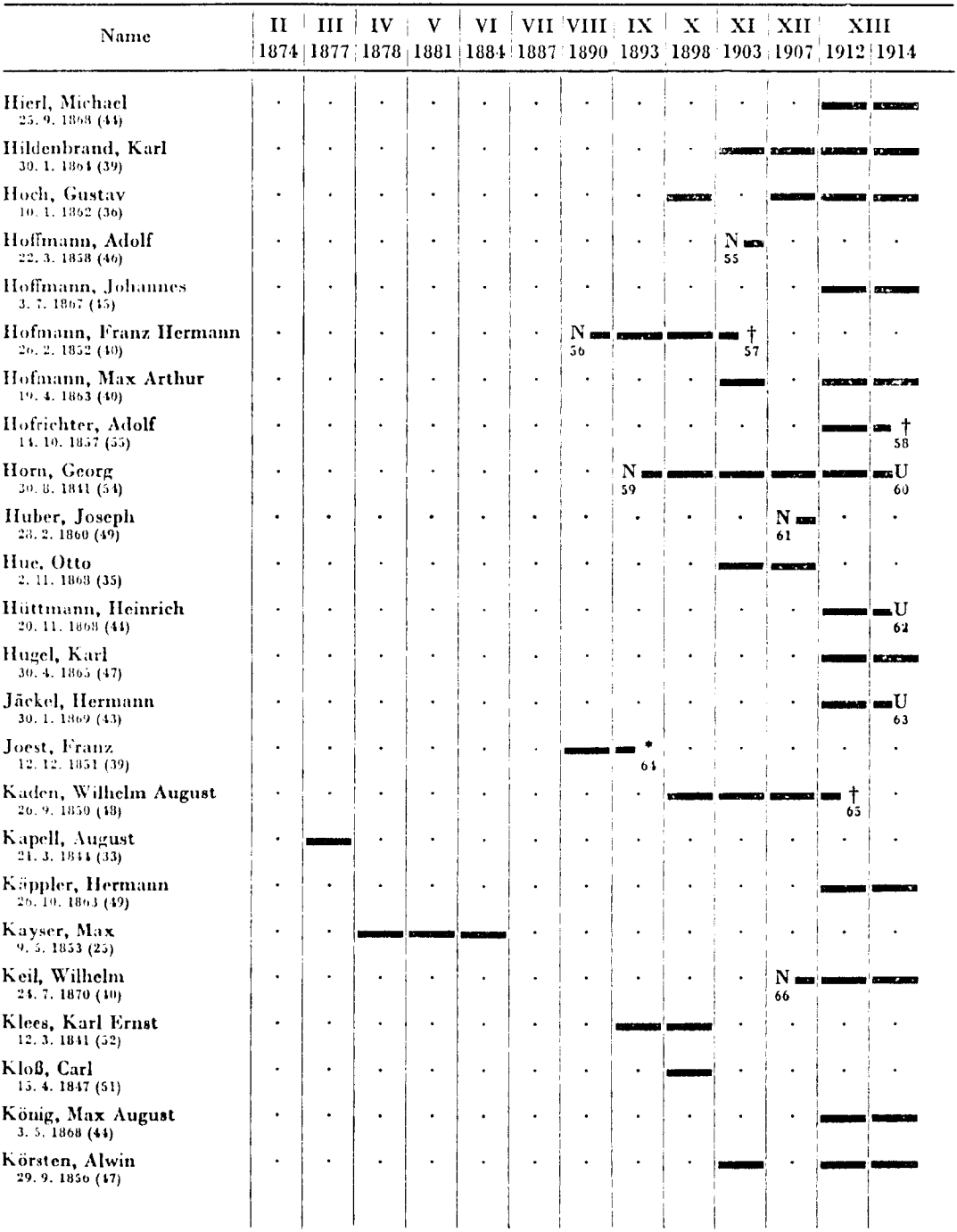
[27]) † 20. 7. 1908
[28]) 23. 6. 1894
[29]) Datum des Übertritts zur SAG/USPD unbekannt
[30]) 11. 7. 1913
[30a]) 26. 9. 1910
[31]) 11. 11. 1899
[32]) † 25. 11. 1912
[33]) † 3. 9. 1914, s. Nr. 352
[34]) 17. 11. 1914
[34a]) 3. 6. 1894
[35]) 1886
[36]) März 1916

Anlage A

Name	II 1874	III 1877	IV 1878	V 1881	VI 1884	VII 1887	VIII 1890	IX 1893	X 1898	XI 1903	XII 1907	XIII 1912	XIII 1914
Giebel, Carl 26. 5. 1878 (34)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Göhre, Paul 18. 4. 1864 (39)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬ * 37	N ▬ 38	▬	▬
Goldstein, Hermann 25. 1. 1852 (51)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ † 39	·	·
Gradnauer, Georg 16. 11. 1866 (32)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	·	▬	▬
Grenz, Ernst 9. 3. 1855 (48)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	▬	▬
Grillenberger, Carl 22. 2. 1848 (33)	·	·	·	▬	▬	▬	▬	▬ † 40	·	·	·	·	·
Grünberg, Carl Friedrich 22. 10. 1847 (55)	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 41	▬ † 42	·	·	·
Haase, Hugo 29. 9. 1863 (34)	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 43	▬	▬	·	▬	▬ U 44
Haberland, Carl 20. 5. 1863 (40)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 45	N ▬ 46	▬	▬
Harm, Friedrich 25. 8. 1844 (46)	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	·	·	·	·	·
Hartmann, Georg Heinr. 1. 12. 1842 (38)	·	·	N ▬ 47	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Hasenclever, Wilhelm 19. 4. 1837 (31) [a]	▬	▬ * 48	N ▬ 49	▬	▬	▬ † 50	·	·	·	·	·	·	·
Hasenzahl, Ludwig 13. 6. 1876 (36)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Hasselmann, Wilhelm 25. 9. 1844 (30)	▬	·	▬ * 51	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Haupt, Wilhelm 13. 9. 1869 (43)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬ * 52	·
Heine, August 11. 1. 1842 (42)	·	·	·	·	▬	·	▬	·	·	·	·	·	·
Heine, Wolfgang 3. 5. 1861 (37)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	▬
Hengsbach, Klemens 16. 3. 1857 (50)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·
Henke, Alfred 1. 3. 1868 (44)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ U 53
Herbert, Fritz 7. 6. 1860 (33)	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	▬	·	·	·
Herzfeld, Joseph 18. 12. 1853 (45)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	·	▬	▬ U 54
Hickel, Charles 1. 10. 1848 (42)	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·	·	·	·

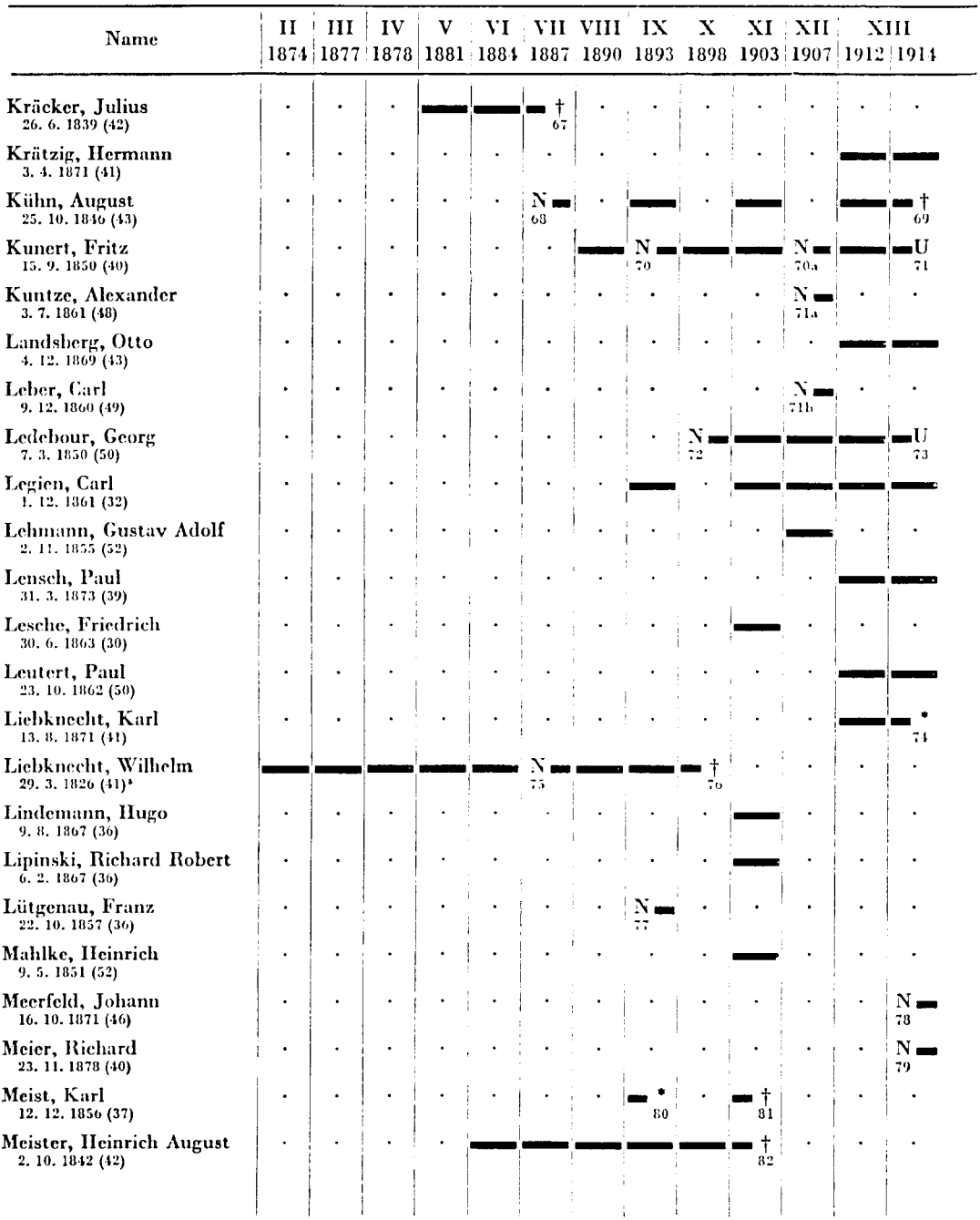
[37]) Mandat niedergelegt: 1. 10. 1903
[38]) 24. 8. 1910
[39]) † 14. 6. 1909
[40]) † 19. 10. 1897
[41]) 28. 1. 1902
[42]) † 14. 7. 1906
[43]) 10. 6. 1897
[44]) März 1916
[45]) 27. 6. 1906
[46]) 29. 9. 1911
[47]) 27. 4. 1880
[48]) Mandat für ungültig erklärt; im Juli 1877 wiedergewählt
[49]) 18. 7. 1879
[50]) Mandat niedergelegt: 2. 6. 1888; † 3. 7. 1889
[51]) Am 22. 3. 1880 aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen
[52]) Mandat für ungültig erklärt am 2. 12. 1913
[53]) März 1916
[54]) März 1916

Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1874—1918



[53]) 5. 1. 1904
[54]) 15. 3. 1892
[57]) † 4. 11. 1903
[58]) † 14. 10. 1916, s. Nr. 420
[59]) 25. 4. 1895
[60]) März 1916
[61]) 29. 7. 1909
[62]) Datum des Übertritts zur SAG/USPD unbekannt, s. Nr. 462
[63]) Datum des Übertritts zur SAG/USPD unbekannt, s. Nr. 462
[64]) Mandat niedergelegt: 24. 7. 1896
[65]) † 21. 6. 1913, s. Nr. 330
[66]) 30. 7. 1910

Anlage A



67) † 2. 10. 1888
68) 14. 1. 1889
69) † 18. 3. 1916
70) 30. 6. 1896
70a) 26. 11. 1909
71) März 1916
71a) 17. 6. 1910
71b) 29. 1. 1910
72) 30. 10. 1900
73) März 1916
74) Seit Januar 1916 fraktionslos; Mandat erloschen: 27. 11. 1916
75) 30. 8. 1883
76) † 7. 8. 1900
77) 5. 11. 1895
78) 5. 1. 1917
79) 13. 5. 1918, s. Nr. 479 Anm. 1
80) Wahl für ungültig erklärt am 8. 2. 1895
81) † 19. 2. 1907
82) † 5. 4. 1906

Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1874—1918

Name	II 1874	III 1877	IV 1878	V 1881	VI 1884	VII 1887	VIII 1890	IX 1893	X 1898	XI 1903	XII 1907	XIII 1912	XIII 1914
Metzger, Friedrich Wilh. 9. 5. 1848 (42)	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	▬	▬ † [83]	·
Molkenbuhr, Hermann 11. 9. 1851 (39)	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	N [84] ▬	▬	▬
Möller, Heinrich 30. 7. 1850 (43)	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·	·	·
Most, Johann 5. 2. 1846 (28)	▬	▬	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Motteler, Julius 18. 6. 1838 (36)	▬	▬	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·
Müller, Hermann 18. 5. 1876 (40)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ [85]
Nitzschke, August Ernst 23. 7. 1855 (48)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·
Noske, Gustav 9. 7. 1868 (38)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ [86]	▬	▬	▬
Oertel, Carl 29. 1. 1866 (31)	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ [87]	▬ † [88]	·	·	·	·
Peirotes, Jacques 11. 9. 1869 (43)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Peus, Heinrich 24. 7. 1862 (34)	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ [89]	N ▬ [90]	▬	·	▬	▬
Pfannkuch, Wilhelm 28. 11. 1841 (43)	·	·	·	·	▬	·	·	·	▬	▬	·	▬	▬
Pinkau, Johann Karl 1. 6. 1859 (47)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ [91]	·	▬	▬
Quarck, Max 9. 4. 1860 (52)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Quessel, Ludwig 1. 7. 1872 (49)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Rauch, Friedrich 18. 11. 1859 (53)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Raute, Gustav 1. 12. 1859 (53)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ U [92]
Reimers, Otto 26. 5. 1841 (33)	▬	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Reinders, Klaas P. 6. 9. 1847 (31)	·	·	▬ † [93]	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Reißhaus, Hermann Paul 29. 9. 1855 (38)	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	·	▬	▬
Rittinghausen, Moritz 22. 11. 1814 (63)	·	▬	·	▬	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Rödiger, Carl Hugo 9. 2. 1850 (34)	·	·	·	·	▬	·	·	·	·	·	·	·	·
Rosenow, Emil 9. 3. 1871 (27)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ † [94]	·	·	·
Rühle, Otto 23. 10. 1874 (38)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ * [95]

[83]) † 8. 11. 1914, s. Nr. 352
[84]) 10. 4. 1907
[85]) 23. 6. 1916, s. Nr. 416 Anm. 2
[86]) 13. 2. 1906
[87]) 2. 12. 1897
[88]) † 4. 4. 1900
[89]) 6. 11. 1896
[90]) 26. 10. 1900
[91]) 22. 10. 1906
[92]) Datum des Übertritts zur SAG/USPD nicht bekannt
[93]) † 22. 5. 1879
[94]) † 7. 2. 1904
[95]) Solidarisierte sich nach dem Ausschluß Liebknechts aus der Fraktion im Januar 1916 mit diesem; seither fraktionslos

Name	II 1874	III 1877	IV 1878	V 1881	VI 1884	VII 1887	VIII 1890	IX 1893	X 1898	XI 1903	XII 1907	XIII 1912	XIII 1914
Ryssel, Karl 17. 2. 1869 (45)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N [96]	U [97]
Sabor, Adolf 26. 9. 1841 (43)	·	·	·	·	▬	▬	·	·	·	·	·	·	·
Sachse, Gottfried Herm. 29. 1. 1862 (36)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	▬
Scheidemann, Philipp 26. 7. 1865 (38)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬
Schippel, Max 6. 12. 1859 (31)	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬ * 93	·	·	·
Schlegel, Louis 30. 10. 1858 (41)	·	·	·	·	·	·	·	·	N [99]	▬	·	·	·
Schmalfeldt, Johann 28. 11. 1850 (53)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·
Schmidt-Berlin, Robert 15. 5. 1864 (29)	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	▬	▬	▬	▬
Schmidt-Sachsen, Richard 4. 5. 1871 (41)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Schmidt-Aschersleben, A. 2. 3. 1858 (32)	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬ * [100]	▬ † [101]	·	·	·
Schmidt-Frankfurt, H. W. 28. 11. 1851 (39)	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	·	·	·
Schmitt, Franz 11. 3. 1862 (50)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Schönlank, Bruno 16. 5. 1859 (34)	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬ † [102]	·	·	·	·
Schöpflin, Johann, Georg 5. 4. 1869 (34)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	N [102a]	▬	▬
Schultze (Königsb.), Carl 15. 10. 1858 (32)	·	·	·	·	·	·	▬	▬ † [103]	·	·	·	·	·
Schulz, Heinrich 12. 9. 1872 (40)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Schulze (Sachsen), Ernst 19. 10. 1855 (48)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	·
Schumacher, Georg 31. 10. 1844 (40)	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	·	·	·	·	·
Schumann, Oswald 11. 12. 1865 (47)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Schwartz, Joh. Carl Theod. 14. 4. 1841 (49)	·	·	·	·	·	·	▬	·	▬	▬	▬	▬	U [104]
Segitz, Johann Martin 26. 7. 1853 (45)	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·	▬	▬
Seifert, Heinrich Julius 12. 1. 1848 (42)	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	·	·	·	·
Severing, Carl 1. 6. 1875 (32)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	·	·
Silberschmidt, Ernst Herm. 9. 10. 1866 (46)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬

[96]) 26. 3. 1914, s. Nr. 479 Anm. 1

[97]) Datum des Übertritts zur SAG/USPD unbekannt

[98]) Mandat niedergelegt: 20. 11. 1905

[99]) 7. 11. 1899

[100]) Mandat im Oktober 1899 entzogen

[101]) † 16. 10. 1904 (Selbstmord)

[102]) † 30. 1. 1901

[102a]) 7. 9. 1909

[103]) † 1. 4. 1897

[104]) März 1916

Name	II 1874	III 1877	IV 1878	V 1881	VI 1884	VII 1887	VIII 1890	IX 1893	X 1898	XI 1903	XII 1907	XIII 1912	XIII 1914
Simon, Josef 23. 5. 1865 (47)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	—	U [105]
Sindermann, Karl Ernst 22. 2. 1869 (34)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	—	·	·	·
Singer, Paul 16. 1. 1844 (40)	·	·	·	·	—	—	—	—	—	—	† [106]	·	·
Spiegel, Karl Michael 4. 5. 1868 (44)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	—	—
Sperka, Karl 6. 10. 1853 (50)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	—	·	·	·
Stadthagen, Arthur 23. 5. 1857 (33)	·	·	·	·	·	·	—	—	—	—	—	—	U † [107] [108]
Stahl, Emil 17. 11. 1879 (38)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N — [109]
Stolle, Karl Wilhelm 19. 12. 1842 (39)	·	·	·	—	—	·	—	—	—	—	—	—	U † [110] [111]
Stolten, Otto 4. 4. 1853 (60)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N — [112]	—
Stubbe, Heinrich 21. 1. 1864 (51)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N — [113]
Stücklen, Daniel 30. 4. 1869 (34)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N — [114]	—	—	—
Südekum, Albert 25. 1. 1871 (29)	·	·	·	·	·	·	·	·	N — [115]	—	—	—	—
Taubadel, Paul 29. 10. 1875 (37)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	—	—
Thiele, Friedrich Adolf 26. 9. 1853 (45)	·	·	·	·	·	·	·	·	—	—	·	—	—
Thöne, Georg 5. 1. 1867 (45)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	—	—
Tutzauer, Franz August 10. 3. 1852 (38)	·	·	·	·	·	·	—	—	—	—	·	·	·
Uhlig, Otto 12. 4. 1872 (45)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N — [116]
Ulrich, Carl 28. 1. 1853 (37)	·	·	·	·	·	·	—	—	—	·	—	—	—
Vahlteich, Carl Julius 30. 12. 1839 (35)	—	·	—	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Viereck, Louis 21. 3. 1851 (33)	·	·	·	·	—	·	·	·	·	·	·	·	·
Vogtherr, Ewald 2. 11. 1859 (34)	·	·	·	·	·	·	·	—	·	·	·	—	U [117]
v. Vollmar, Georg Heinr. 7. 3. 1850 (31)	·	·	·	—	—	·	—	—	—	—	—	—	—
Weill, Georg 17. 9. 1882 (30)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	—	* [118]
Wels, Otto 15. 9. 1873 (39)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	—	—

[105]) Datum des Übertritts zur SAG/USPD unbekannt, s. Nr. 453
[106]) † 31. 1. 1911
[107]) März 1916
[108]) † 5. 12. 1917
[109]) 14. 3. 1917
[110]) März 1916
[111]) † 11. 3. 1918
[112]) 17. 10. 1913, s. Nr. 332
[113]) 29. 1. 1915, s. Nr. 357 Anm. 3
[114]) 17. 11. 1903
[115]) 26. 5. 1900
[116]) 25. 1. 1918, s. Nr. 465
[117]) März 1916
[118]) Mandat erloschen am 9. 1. 1915

Anlage A

Name	II 1874	III 1877	IV 1878	V 1881	VI 1884	VII 1887	VIII 1890	IX 1893	X 1898	XI 1903	XII 1907	XIII 1912	XIII 1914
Wendel, Hermann 2. 3. 1884 (28)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬
Wiemer, Philipp 17. 1. 1849 (29)	·	·	▬	·	N ▬ 119	·	·	·	·	·	·	·	·
Wissell, Rudolf 8. 3. 1869 (49)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 120
Wurm, Emanuel 16. 9. 1857 (33)	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	·	▬	▬ U 121
Zietsch, Fritz 23. 4. 1877 (32)	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·	N ▬ 122	·	·
Zubeil, Karl Fritz 11. 1. 1848 (45)	·	·	·	·	·	·	·	▬	▬	▬	▬	▬	▬ U 123

[119]) 1884
[120]) 26. 3. 1918, s. Nr. 474
[121]) März 1916
[122]) 22. 10. 1909
[123]) März 1916

Anlage B

Wahlkreisbindung, Landtagsmandate und kommunalpolitische Tätigkeit der Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der XIII. Legislaturperiode (1912—1918)

Die folgende Tabelle geht davon aus, daß die übliche statistische Unterscheidung zwischen wahlkreisfremden und im Wahlkreis ansässigen Abgeordneten nur einen unzureichenden Eindruck von der Wahlkreisbindung der Parlamentarier vermittelt, da auch regional gebundene oder auf Grund alter Beziehungen zum Wahlkreis zustande gekommene Kandidaturen nicht ohne weiteres als „wahlkreisfremd" klassifiziert werden können. Weiterhin wäre an sich noch zu berücksichtigen, ob ein Abgeordneter vor seiner ersten Wahl bereits als Kandidat an seinen Wahlkreis gebunden war. Gab es doch Fälle, in denen Reichstagsabgeordnete ihr Mandat erst nach mehrfachen Kandidaturen im gleichen Wahlkreis errangen. So heißt es beispielsweise bei den biographischen Angaben über den Abgeordneten *Grenz* im Reichstagshandbuch, daß er, der 1903 zuerst gewählt wurde, schon seit 1890 Kandidat für den 21. sächsischen Wahlkreis gewesen sei. Leider war es nicht möglich, auch die erfolglosen früheren Kandidaturen der 1912 gewählten Abgeordneten in der Tabelle zu erfassen, die jedoch insgesamt ein zutreffenderes Bild der Wahlkreisbindungen geben dürfte als die üblichen Statistiken.

Hinsichtlich der Mandate in Landtagen und Kommunalvertretungen sowie der berücksichtigten kommunalen Ämter stützt sich die Tabelle auf die Angaben des Reichstagshandbuches. Ob diese Angaben vollständig sind, läßt sich allerdings nicht sagen und dürfte, was die kommunalen Mandate und Ämter angeht, zweifelhaft sein.

Die Tabelle berücksichtigt alle Abgeordneten der Legislaturperiode. Dabei wurden die Angaben für in Ersatzwahlen gewählte und nachträglich in den Reichstag eingetretene Abgeordnete *kursiv* gesetzt. Die Namen derjenigen Fraktionsmitglieder, die sich am 24. März 1916 als Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) konstituierten oder später zur SAG bzw. USPD-Fraktion übertraten, wurden durch einen * am Anfang der Spalte herausgehoben; das gleiche gilt auch für *Liebknecht* und *Rühle*, die seit Januar 1916 fraktionslos waren.

Abbkürzungen für die Spalten „Bindung":

l = lokale Bindung
r = regionale Bindung
k = Kontinuität (bereits früher im gleichen Wahlkreis gewählt)
a = alte Bindungen an den Wahlkreis oder an die Region

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
* **Albrecht**, K. L. A., Halle a. d. S.	7. RB. Magdeburg (Calbe-Aschersleben) seit 1905	r, k	1898—1903 2. Anhalt (Bernburg)	r	
Antrick, O. F. W., Braunschweig	3. Braunschweig (Holzminden-Gandersheim) seit 1912	r	1898—1903 9. RB. Frankfurt (Cottbus-Sprembergh)	r	Bis 1906 Berlin, dann Parteisekretär Hzgt. Braunschweig
Baudert, F. A., Weimar	1. Sachsen-Weimar (Weimar-Apolda-Ilmenau) 1898—1906 und seit 1912	l, k			In Apolda geboren
Bauer, G., Neukölln	6. RB. Breslau (Breslau O) seit 1912				
Bebel, A., Berlin	1. Hamburg seit 1898	k	1867—1877, Sachsen (Glauchau-Meerane) 1877—1881 Stadt Dresden 1883—1893 1. Hamburg 1893—1898 Straßburg	r r k	† 13. 8. 1913
Bender, F., Elberfeld	2. Anhalt (Bernburg-Köthen-Ballenstedt) seit 1912	a (r)			1901—1907 Gauleiter d. dt. Transportarb.-Verb. in Magdeburg, nachher in Elberfeld
* **Bernstein**, E., Berlin	7. RB. Breslau (Breslau W) 1902 bis 1906 und seit 1912	k			
Binder, J., Ludwigshafen	1. Pfalz (Speyer) seit 1908	l, k		l	
Blos, W., Cannstatt	1. Braunschweig (Braunschweig-Blankenburg) 1884—1887, 1890 bis 1907 und seit 1912	a, k	1877—1878 } Reuß 1881—1884 } ä. L.	k	In den siebziger Jahren Redakteur in Braunschweig, war 1884 auch f. Reuß ä. L. gewählt

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
			1895—1901 Halle a. d. S.	* **Albrecht,** K. L. A.
			1902—1906 Berlin	**Antrick,** O.F.W.
Seit 1894 Groß-Hzgt. Sachsen		Seit 1909 Weimar	1891—1906 Apolda	**Baudert,** F. A.
				Bauer, C.
	1881—1890 Sachsen	Seit 1910 Schöneberg bei Berlin		**Bebel,** A.
				Bender, F.
		Seit 1910 Schöneberg bei Berlin		* **Bernstein,** E.
		Seit 1900 Ludwigshafen, Mitgl. d. Distriktsrats, seit 1905 städt. Adjunkt		**Binder,** J.
				Blos, W.

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
* **Bock**, W., Gotha	2. Sachsen-Coburg-Gotha (Gotha) 1893–1906 und seit 1912	l, k	1884—1887 2. Sachsen-Coburg-Gotha 1890—1893 4. RB. Magdeburg (Stadt Magdeburg)	l	
Böhle, B., Straßburg	8. Elsaß-Lothringen (Stadt Straßburg) seit 1907	l, k			
* **Brandes**, A., Magdeburg	8. RB. Magdeburg (Halberstadt-Wernigerode-Oschersleben) seit 1912	r			
Brey, A., Hannover	8. RB. Hannover (Hannover-Stadt-Linden) seit 1906	l, k			
Brühne, F., Frankfurt/Main	1. RB. Wiesbaden (Höchst-Homburg-Usingen) 1893 bis 1898 und seit 1907	r, k			
Buck, J. W., Dresden	*4. Sachsen (Dresden rechts der Elbe) seit 1912*	*l*			*Nachwahl 10. 10. 1913*
* **Büchner**, O., Berlin	4. Berlin seit 1911	l, k			Zu Berlin geboren
Cohen, E. (Max), Neubabelsberg	*Reuß ä. L. seit 1912*				*Nachwahl 19. 12. 1912*
* **Cohn**, O., Berlin	1. RB. Erfurt (Nordhausen-Grft. Hohenstein) seit 1912				
David, E., Berlin (Nikolassee)	9. Hessen (Mainz) seit 1903	l, k			Übersiedelt als führender SPD-Abgeordneter 1910 von Mainz nach Berlin
Davidsohn, G., Berlin	1. RB. Liegnitz (Grünberg-Freystadt) seit 1912				

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
Seit 1893 Hzgt. Coburg-Gotha				* **Bock, W.**
Seit 1911 Elsaß-Lothringen		Seit 1896 Mitgl. d. Bezirkstages für Unterelsaß	1896—1906 Straßburg	**Böhle, B.**
		Seit 1900 Magdeburg		* **Brandes, A.**
				Brey, A.
		Seit 1908 Frankfurt/Main		**Brühne, F.**
		Seit 1908 Dresden		*Buck, J. W.*
				* **Büchner, O.**
		1909—1914 Frankfurt/Main		*Cohen, E. (Max)*
		Seit 1909 Berlin		* **Cohn, O.**
	1896—1908 Hessen			**David, E.**
				Davidsohn, G.

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
Deichmann, K., Bremen	11. Hannover (Einbeck-Northeim-Uslar) seit 1912	a (l)			In Uslar geboren, seit 1900 Vors. d. Tabakarbeiterverbandes in Bremen
Dietz, H., Stuttgart	2. Hamburg seit 1881	a (l), k			Wohnort bis 1878 (Ausweisung) Hamburg; besitzt dort Druckerei u. Buchhandlg.
* **Dittmann**, W., Solingen	1. RB. Düsseldorf (Lennep-Remscheid-Mettmann) seit 1912	r			1902—1904 u. seit 1909 Redakteur in Solingen, 1904 bis 1909 Parteisekretär in Frankfurt/Main
Ebert, F., Berlin	2. RB. Düsseldorf (Elberfeld-Barmen) seit 1912				Bis 1905 in Bremen, dann Mitglied des PV
Emmel, J. L., Mülhausen/Elsaß	2. Els.-Lothringen (Mülhausen) seit 1907	l, k			
* **Erdmann**, A., Köln	6. RB. Arnsberg (Dortmund-Hörde) seit 1912	a (r)			Wuchs in Iserlohn auf
Ewald, K. F. F., Berlin	*9. RB. Potsdam (Jüterbog-Luckenwalde) seit 1912*	*r*			*Nachwahl 11. 7. 1913*
Feldmann, Th. F. F., Oberlangenbielau	9. RB. Breslau (Striegau-Schweidnitz) seit 1912	r			
Feuerstein, F. W., Stuttgart	3. Württemberg (Besigheim-Brakkenheim-Heilbronn-Neckarsulm) seit 1912	r			
Fischer, E., Briesnitz b. Dresden	1. Sachsen (Zittau-Ostritz) 1898 bis 1907 u. seit 1912	r, k			

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
				Deichmann, K.
				Dietz, H.
			1907—1909 Frankfurt/Main	* **Dittmann, W.**
	1900—1905 Bremische Bürgerschaft u. Bürgeramt			**Ebert, F.**
Seit 1911 Elsaß-Lothringen	1902—1906 Elsaß-Lothr., Landesausschuß	Mülhausen, Mitgl. d. Oberelsässischen Bezirkstages		**Emmel, J. L.**
				* **Erdmann, A.**
		Seit 1900 Berlin	*1884/85 Berlin*	*Ewald, K. F. F.*
		Seit 1906 Langenbielau		**Feldmann, Th. F. F.**
Seit 1907 Württemberg				**Feuerstein, F. W.**
		Seit 1905 Briesnitz b.Dresden		**Fischer, E.**

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
Fischer, G., Hannover	9. Hannover (Hameln, Landkr. Linden) seit 1912	r			
Fischer, R., Berlin	2. Berlin, seit 1893 (Unterbrechung 1898/99)	l, k			RT-Handb. 1893: „Schriftsetzer zu München" mit Angabe von Berliner Wohnung; seit 1890 SPD-Vorstandsmitglied
Förster, C. H., Hamburg	Reuß ä. L., 1890 bis 1906 u. seit 1912	k			† 25. 11. 1912
Frank, L., Mannheim	11. Baden (Mannheim-Weinheim) seit 1907	l, k			† 3. 9. 1914
Frohme, K. F. E., Hamburg	8. Schlesw.-Holstein (Altona-Stormarn) seit 1884	r, k	1881—1884 8. RB. Kassel (Hanau-Gelnhausen-Orb)	r	1878—1890 Redakteur in Frankfurt a.M., seit 1890 Hamburg
Fuchs, R., Schiltigheim (Elsaß)	9. Elsaß-Lothringen (Straßburg-Land) seit 1912	l			
Geck, O., Mannheim	*11. Baden (Mannheim-Weinheim) seit 1914*	*l*			*Nachwahl 17. 11. 1914*
* **Geyer**, F. A. C., Leipzig	13. Sachsen (Leipzig-Land) seit 1890	l, k	1886/1887 19. Sachsen	l, k	In Großenhain geboren. War schon 1886 f. 19. Sachsen gewählt; 1887 unterlegen
Giebel, C., Niederschönhausen (Bln.)	9. RB. Frankfurt (Cottbus-Spremberg) seit 1912	r			
Göhre, P., Berlin (Zehlendorf)	20. Sachsen (Zschopau-Marienberg) seit 1910	a (r), k	1903 15. Sachsen (Mittweida-Limbach)	a (r)	In Wurzen i.S. geb., in Sachsen aufgewachsen

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
				Fischer, G.
				Fischer, R.
Hamburger Bürgerschaft				**Förster, C. H.**
Seit 1905 Baden		Mannheim		**Frank, L.**
				Frohme, K. F. E.
Seit 1911 Els.-Lothringen		Seit 1902 Schiltigheim, seit 1906 unterelsäss. Bezirkstag		**Fuchs, R.**
		Seit 1905 Mannheim		***Geck, O.***
1885—1897 Sachsen				*** Geyer, F. A. C.**
				Giebel, C.
				Göhre, P.

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
Gradnauer, G., Dresden	5. Sachsen (Dresden links d. Elbe) 1898—1906 u. seit 1912	l, k			
Grenz, E., Leipzig	21. Sachsen (Annaberg-Schwarzenberg) 1903—1906 u. seit 1912	r, k			Seit 1890 Kandidat für 21. Sachsen
* **Haase**, H., Berlin	3. RB. Königsberg (Stadt Königsberg) 1897—1906 u. seit 1912	l, k			Von 1890 bis 1. 4. 12 in Königsberg Rechtsanwalt, seit 1911 Parteivorsitzender, Übersiedlung nach Berlin
Haberland, C., Barmen	4. RB. Düsseldorf (Kreis u. Stadt Düsseldorf) seit 1911	r, k	1906 3. Arnsberg	r	
Hasenzahl, L., Erbach i. Odenw.	6. Hessen (Erbach-Bensheim) seit 1912	l			In Erbach geboren
Haupt, W., Magdeburg	3. RB. Magdeburg (Jerichow I u. II) seit 1912	r			Mandat am 2. 12. 13 für ungültig erklärt
Heine, W., Berlin	1. Anhalt (Dessau-Zerbst) seit 1912		1898—1912 3. Berlin	l, k	
* **Henke**, A., Bremen	Bremen seit 1912	l			
* **Herzfeld**, J., Berlin	5. Mecklenburg Schwerin (Rostock) 1898—1906 u. seit 1912	k			
Hierl, M., Schwabach	3. Mittelfranken (Ansbach-Schwabach) seit 1912	l			
Hildenbrand, K., Stuttgart	1. Württemberg (Stuttgart) seit 1903	l, k			

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
				Gradnauer, G.
				Grenz, E.
			1893—1908 Königsberg	* **Haase, H.**
		Seit 1910 Barmen		**Haberland, C.**
		Seit 1908 Erbach		**Hasenzahl, L.**
		Seit 1900 Magdeburg		**Haupt, W.**
				Heine, W.
Seit 1906 Bremer Bürgerschaft				* **Henke, A.**
				* **Herzfeld, J.**
Seit 1908 Bayern		Magistrat Schwabach seit 1908		**Hierl, M.**
Seit 1900 Württemberg				**Hildenbrand, K.**

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
Hoch, G., Hanau	8. RB. Kassel (Bockenheim-Hanau-Gelnhausen) 1898—1903 und seit 1907	l, k			
Hoffmann, J., Kaiserslautern	6. Pfalz (Kaiserslautern-Kirchheimbolanden) seit 1912	l			
Hofmann, M. A., Saalfeld a. S.	Schwarzburg-Rudolstadt 1903 bis 1906 u. seit 1912	l, k			
Hofrichter, A., Köln	1. RB. Köln (Stadt Köln) seit 1912	l			† 14. 10. 1916
* **Horn, G.,** Lindenau (Kötzschenbroda)	6. Sachsen (Dresden-Dippoldiswalde) seit 1895	r, k			
* **Hüttmann, H.,** Frankfurt a. M.	2. RB. Kassel (Kassel-Melsungen) seit 1912	r			
Hugel, K., Bayreuth	2. Oberfranken (Bayreuth) seit 1912	l			In Bayreuth geboren
* **Jäckel, H.,** Berlin	23. Sachsen (Plauen-Oelsnitz) seit 1912	a			Stellvertr. Vors. d. Textilarb.-Verb.; stammt aus Sachsen, hat dort 1899 bis 1905 polit. gearbeitet
Kaden, W., Gohlis b. Dresden	4. Sachsen (Dresden r. d. Elbe) seit 1898	l, k			† 21. 6. 1913
Käppler, H., Berlin (Boxhagen)	Sachsen-Altenburg seit 1912	a (l)			Seit 1910 2. Vors. des Brauerei- u. Mühlenarbeiter-Verb.; Übersiedl. n. Berlin (Boxhagen)
Keil, W., Stuttgart	2. Württ. (Cannstatt-Waiblingen-Ludwigsburg-Marbach) seit 1910	r, k			1913 Übersiedlung in den Wahlkreis nach Ludwigsburg

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
		Seit 1902 Hanau		**Hoch, G.**
Seit 1908 Bayern		Seit 1910 Kaiserslautern		**Hoffmann, J.**
Seit 1900 Meiningen			1892—1896 Saalfeld/S., 1896—1899 Bezirksausschuß	**Hofmann, M. A.**
				Hofrichter, A.
	1890—1896 Sachsen		1884—1896 Löbtau	* **Horn, G.**
		Seit 1905 Frankfurt a. M.		* **Hüttmann, H.**
		Seit 1912 Stadtmagistrat Bayreuth	1907—1911 Bayreuth	**Hugel, K.**
			1900—1902 Crimmitschau	* **Jäckel, H.**
	1885—1897 Sachsen			**Kaden, W.**
	1895—1910 Sachsen-Altenburg			**Käppler, H.**
Seit 1900 Württemberg				**Keil, W.**

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
König, M. A., Dortmund	4. RB. Arnsberg (Hagen) seit 1912	r			Seit 1906 Bezirkssekretär westl. Westfalen
Körsten, A., Berlin	3. RB. Stettin (Randow-Greifenhagen) 1903—1906 u. seit 1912	r, k			
Krätzig, H., Berlin	2. Sachsen (Löbau) seit 1912				
Kühn, A., Langenbielau	11. RB. Breslau (Reichenbach-Neurode) 1893—1898, 1903—1906 u. seit 1912	l, k	1889—1890 7. Breslau W.	r	† 18. 3. 1916
* **Kunert**, F., Berlin (Lichterfelde)	4. RB. Merseburg (Saalekreis/Stadt Halle) 1890—1893, 1896—1906 u. seit 1912	k			
Landsberg, O., Magdeburg	4. RB. Magdeburg (Stadt Magdeburg) seit 1912	l			
* **Ledebour**, G., Berlin	6. Berlin seit 1900	l, k			
Legien, C., Berlin	7. Schlesw.-Holstein (Kiel-Rendsburg) 1893—1898 u. seit 1903	a, k			1886—1890 Sekretär d. Drechslerverb. in Hamburg
Lensch, P., Leipzig	22. Sachsen (Reichenbach-Auerbach) seit 1912	r			
Leutert, P., Apolda	3. Sachsen-Weimar (Jena-Neustadt-Orla) seit 1912	r			
* **Liebknecht**, K., Berlin	7. RB. Potsdam (Potsdam-Osthavelland) seit 1912	r			Mandat 27. 11. 1916 erloschen
Meerfeld, J., Köln	*1. RB. Köln (Köln-Stadt) seit 1917*	*l*			*Nachwahl 5. 1. 1917*
Meier, R., Zwickau	*18. Sachsen (Zwickau-Werdau-Crimmitschau) seit 1918*	*l*			*Nachwahl 13. 5. 1918*

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
		Seit 1909 Dortmund		**König, M. A.**
				Körsten, A.
				Krätzig, H.
				Kühn, A.
			1888/1889 Berlin	* **Kunert, F.**
			1903—1909 Magdeburg	**Landsberg, O.**
				* **Ledebour, G.**
				Legien, C.
				Lensch, P.
		Seit 1895 Mitgl. d. Bez.-Ausschusses f. Apolda	1890—1898 u. 1908—1911 Apolda	**Leutert, P.**
Seit 1907 Preußen		Seit 1902 Berlin		* **Liebknecht, K.**
				Meerfeld, J.
				Meier, R.

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
Metzger, F. W., Hamburg	3. Hamburg seit 1890	l, k			† 8. 11. 1914
Molkenbuhr, H., Berlin	17. Sachsen (Glauchau-Meerane) seit 1907	k	1890—1893 6. Schlesw.-Holst. (Pinneberg-Segeberg) 1893—1898 1. Hamburg, 1898 b. 1906 2. RB. Düsseldorf	r l k	geb. in Wedel (Krs. Pinneberg), 1891 bis 1904 Redakteur in Hamburg, dann PV Berlin
Müller, H., Berlin	*11. RB. Breslau (Reichenbach-Neurode) seit 1916*	*a*			*1897—1899 Breslau, 1899 b. 1906 Redakteur in Görlitz, seit 1906 PV, Nachwahl 23. 6. 1916*
Noske, G., Chemnitz	16. Sachsen (Chemnitz) seit 1906	l, k			
Peirotes, J., Straßburg	3. Elsaß-Lothringen (Colmar) seit 1912	r			
Peus, W. H., Dessau	8. RB. Potsdam (Brandenburg-Westhavelland) 1896—1898, 1900 b. 1906 u. seit 1912	k			
Pfannkuch, W., Berlin	3. Berlin seit 1912	l, k	1884—1887 6. Berlin, 1898—1906 4. Magdeburg	l k	
Pinkau, J. K., Leipzig	10. Sachsen (Döbeln) Okt.-Dez. 1906 u. seit 1912	r, k			
Quarck, M., Frankfurt a. M.	6. RB. Wiesbaden (Frankfurt/M.) seit 1912	l			
Quessel, L., Darmstadt	4. Hessen (Darmstadt-Groß Gerau) seit 1912	l			
Rauch, F., Hannover	10. Hannover (Hildesheim) seit 1912	r			

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
				Metzger, F. W.
				Molkenbuhr, H.
				Müller, H.
		Seit 1906 Chemnitz	1900—1902 Königsberg	**Noske, G.**
Seit 1911 Elsaß-Lothringen		Seit 1903 Mitgl. d. Bez.-Tags f. Unterelsaß	1902—1908 Straßburg	**Peirotes, J.**
	1902—1908 Anhalt	Seit 1910 Dessau	1900—1906 Dessau	**Peus, W. H.**
		Seit 1900 Berlin		**Pfannkuch, W.**
	1893—1896 Sachsen		1893—1898 u. 1904—1910 Leipzig	**Pinkau, J. K.**
			1901—1912 Frankfurt a. M.	**Quarck, M.**
				Quessel, L.
			Mitgl. d. Gemeinde-aussch. u. d. Schul-vorst. Linmer	**Rauch, F.**

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
* **Raute**, G., Eilenburg	3. Merseburg (Bitterfeld-Delitzsch) seit 1912	l			In Eilenburg geb.
Reißhaus, H. P., Erfurt	2. Sachsen-Meiningen (Saalfeld-Sonneberg) 1893—1906 u. seit 1912	r, k			
* **Rühle**, O., Halle/S.	8. Sachsen (Pirna-Sebnitz) seit 1912	r			
* *Ryssel, K., Leipzig*	*14. Sachsen (Borna) seit 1914*	*r*			*Nachwahl 26. 3. 1914; in Borna geboren*
Sachse, H., Bochum	10. Breslau (Waldenburg) seit 1898	a (?), k			Früherer Wohnsitz: Niederplanitz (Zwickau); als Bergarbeiterfunktionär Verbind. z. schles. Kohlenbergbau
Scheidemann, Ph., Berlin	3. RB. Düsseldorf (Solingen) seit 1903	k			
Schmidt, Rich., Meißen	7. Sachsen (Meißen) seit 1912	l			In Krögis b. Meißen geb.
Schmidt, Rob., Berlin	5. Berlin 1893 bis 1898 u. seit 1903	l, k			In Berlin geb.
Schmitt, F., München	6. Unterfranken-Aschaffenburg (Würzburg) seit 1912	a (l), r			In Würzburg geb.
Schöpflin, G. J., Leipzig	19. Sachsen (Stollberg-Schneeberg) seit 1909	r, k	1903—1906 14. Sachsen	r	
Schulz, H., Berlin	4. RB. Erfurt (Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück) seit 1912	a (l)			1897—1901 Redakteur in Erfurt
Schumann, O., Berlin	8. RB. Frankfurt (Sorau-Forst) seit 1912	r			

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
		Seit 1906 Eilenburg		* **Raute**, G.
				Reißhaus, H. P.
				* **Rühle**, O.
				* *Ryssel*, K.
			1899—1902 Niederplanitz b. Zwickau	**Sachse**, H.
			1906—1911 Kassel	**Scheidemann**, Ph.
		Seit 1908 Meißen		**Schmidt**, Rich.
				Schmidt, Rob.
Seit 1899 Bayern				**Schmitt**, F.
				Schöpflin, G. J.
				Schulz, H.
		Seit 1908 Mahlsdorf b. Berlin		**Schumann**, O.

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
* **Schwartz**, J. C. Th., Lübeck	Lübeck 1890—1893 u. seit 1898	l, k			In Lübeck geboren
Segitz, M., Fürth	2. Mittelfranken (Fürth-Erlangen-Hersbruck-Lauf) 1898—1903 u. seit 1912	l, k			In Fürth geboren
Silberschmidt, E. H., Berlin-Neukölln	6. RB. Magdeburg (Wanzleben) seit 1912				
* **Simon**, J., Nürnberg	1. Oberfranken (Hof) seit 1912	r			
Spiegel, K. M., Düsseldorf	3. RB. Arnsberg (Altena-Iserlohn) seit 1912	r			
* **Stadthagen**, A., Berlin	6. RB. Potsdam (Niederbarnim) seit 1890	r, k			In Berlin geb.; † 5. 12. 1917
Stahl, E. T., Spandau	*7. RB. Potsdam (Potsdam-Spandau-Osthavelland) seit 1917*	*l*			*Nachwahl 14. 3. 1917*
* **Stolle**, K. W., Gesau b. Glauchau	18. Sachsen (Zwickau-Crimmitschau) 1881—1887 und seit 1890	r, k			In Frankenhausen b. Crimmitschau geb.; † 11. 3. 1918
Stolten, J. E. O., Hamburg	*1. Hamburg seit 1913*	*l*			*In Hamburg geb.; Nachwahl 17. 10. 1913*
Stubbe, H., Hamburg	*3. Hamburg seit 1915*	*l*			*Nachwahl 29. 1. 1915*
Stücklen, D., Berlin	15. Sachsen (Mittweida-Limbach) seit 1903	r, k			1898—1905 Redakteur in Altenburg, seit 1907 Berlin
Südekum, A. O. W., Berlin-Zehlendorf	1. Mittelfranken (Nürnberg-Altdorf) seit 1900	a (l), k			1898—1900 Redakteur in Nürnberg
Taubadel, P., Görlitz	9. RB. Liegnitz (Görlitz-Lauban) seit 1912	l			

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
Seit 1905 Bürgerschaft Lübeck				* **Schwartz, J. C. Th.**
	1897—1911 Bayern	Seit 1892 Gemeindebevollmächtigter Fürth		**Segitz, M.**
				Silberschmidt, E. H.
Seit 1907 Bayern		Seit 1907 Nürnberg		* **Simon, J.**
				Spiegel, K. M.
		Seit 1889 Berlin		* **Stadthagen, A.**
				Stahl, E. T.
	1885—1893 Sachsen			* **Stolle, K. W.**
Seit 1901 Bürgerschaft; seit 1907 auch Bürgerausschuß Hamburg				*Stolten, J. E. O.*
Seit 1904 Bürgerschaft Hamburg				*Stubbe, H.*
				Stücklen, D.
				Südekum, A. O. W.
		Seit 1910 Görlitz		**Taubadel, P.**

Anlage B

Name und Wohnort	Wahlkreis	Bindung	Frühere Wahlkreise	Bindung	Bemerkungen
Thiele, A., Halle/S.	8. RB. Merseburg (Zeitz-Weißenfels-Naumburg) 1898 b. 1906 u. seit 1912	r, k			
Thöne, G., Kassel	6. RB. Kassel (Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden) seit 1912	r			
Uhlig, K. O., Leubnitz b. Dresden	*3. Sachsen (Bautzen-Kamenz) seit 1918*	*r*			*Nachwahl 25. 1. 1918*
Ulrich, C., Offenbach a. M.	5. Hessen (Offenbach-Dieburg) 1890—1903 und seit 1907	l, k			
* **Vogtherr**, E., Wernigerode	4. RB. Stettin (Stadt Stettin) seit 1912	a (l)	1893—1898 3. Berlin	l	1901—1906 Stadtverordneter in Stettin
Vollmar, G. v., Soiensaß a. Walchensee/München	2. Oberbayern (München II) 1884—1887 und seit 1890	l, k	1881—1884 15. Sachsen	r	In München geb.; lebte bis 1889 abwechs. i. Sachsen und Bayern, Mandat 18. 8. 18 niedergelegt
Weill, G., Straßburg	14. Elsaß-Lothringen (Metz) seit 1912	r			1914 Mandat erloschen
Wels, O., Berlin	10. RB. Frankfurt (Kalau-Luckau) seit 1912	r			
Wendel, H., Frankfurt a. M.	9. Sachsen (Freiberg-Hainichen-Öderan) seit 1912	a			War 1906—1908 Redakteur in Sachsen
Wissell, R., Berlin-Treptow	*6. RB. Potsdam (Niederbarnim) seit 1918*	*r*			*Nachwahl 26. 3. 1918*
* **Wurm**, E., Berlin	Reuß j. L. 1890—1906 und seit 1912	a (r), k			1888—1890 in Dresden tätig
* **Zubeil**, K. F., Berlin	10. RB. Potsdam (Teltow-Beeskow-Storckow-Charlottenburg) seit 1893	r, k			

Landtagsabgeordnete		Kommunalvertreter		Name
gegenwärtig	früher	gegenwärtig	früher	
			1888—1891 Wurzen, 1901—1911 Halle/S.	**Thiele**, A.
		Seit 1908 Kassel		**Thöne**, G.
Seit 1909 Sachsen			*1899—1902 Nöthenitz b. Dresden, 1905—1908 Dresden*	*Uhlig, K. O.*
Seit 1885 Hessen		Seit 1895 Offenbach a. M.		**Ulrich**, C.
			1889—1899 Berlin, 1901—1906 Stettin	* **Vogtherr**, E.
Seit 1893 Bayern	1883—1889 Sachsen			**Vollmar**, G. v.
				Weill, G.
			Kommunale Ehrenämter Berlin	**Wels**, O.
			1910 Frankfurt/M.	**Wendel**, H.
			1905—1908 Lübeck	*Wissell, R.*
		Seit 1900 Stadtverordneter Berlin		* **Wurm**, E.
		Seit 1890 Stadtverordneter Berlin		* **Zubeil**, K. F.

Anlage C

Die Opposition gegen die Fraktionsmehrheit in der Frage der Bewilligung der Kriegskredite 1914/15

Berücksichtigt wurden die fraktionsinternen Abstimmungen über die Kriegskredite bis zum August 1915 sowie das Abstimmungsverhalten im Plenum (Entfernung vor der Abstimmung bzw. Gegenstimmen) am 20. August und am 21. Dezember 1915; ferner die in den gleichen Zusammenhang gehörenden Abstimmungen in der Fraktion am 18. und im Plenum am 20. März 1915 über die Budgetvorlage, in der die Kriegskredite enthalten waren. Die späteren Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG), die sich am 24. März 1916 als selbständige Fraktion konstituierte, wurden nach dem Mitgliederstand der SAG von diesem Tage durch **Fettdruck** kenntlich gemacht, ebenso Liebknecht und Rühle, die seit Januar 1916 fraktionslos waren. In *Kursivdruck* stehen die Namen derjenigen oppositionellen Fraktionsangehörigen, die nach der Abspaltung der SAG — mindestens zunächst noch — in der Mehrheitsfraktion verblieben und die Erklärung vom 25. März 1916 (s. Nr. 403) unterzeichneten. Nach dem März 1916 zur Fraktion der SAG bzw. zur USPD-Fraktion übergetretene Fraktionsmitglieder sind durch * hervorgehoben.

3. 8. 1914 Fraktion	30. 11. 1914 Fraktion	18. 3. 1915 Gegenstimmen in der Fraktion		20. 3. 1915 Plenum
Gegenstimmen[1])	Gegenstimmen[7])	Kriegskredite[16])	Budget[17])	Entfernung vor der Abstimmung[18])
[Albrecht][2])*	*[Albrecht*][8])*	*Albrecht**	*Albrecht**	*Albrecht**
[Antrick][3])	*[Antrick][8])*	*Antrick*	*Antrick*	*Antrick*
	[Baudert][9])		Baudert	Baudert[19])
	[Bernstein][10])	**Bernstein**	**Bernstein**	**Bernstein**
Bock	**Bock**	**Bock**	**Bock**	**Bock[19])**
			Brandes*	Brandes*
			Büchner	**Büchner**
			Cohn	**Cohn[19a])**
				Davidsohn
		Dittmann	**Dittmann**	**Dittmann**
	Emmel	*Emmel*	*Emmel*	*Emmel*
	[Fuchs][11])	Fuchs	Fuchs	Fuchs
Geyer	**Geyer**	**Geyer**	**Geyer**	**Geyer**
Haase	**Haase**	**Haase**	**Haase**	**Haase**
Henke	**Henke**	**Henke**	**Henke**	**Henke**
Herzfeld	**Herzfeld**	**Herzfeld**	**Herzfeld**	**Herzfeld**
			Hierl	
		Hoch	*Hoch*	*Hoch*
			Hoffmann	
			Hofrichter	*Hofrichter*
[Horn][4])	**[Horn][12])**	**Horn**	**Horn**	**Horn**
			Hugel	
Kunert	**Kunert**	**Kunert**	**Kunert**	**Kunert**
Ledebour	**Ledebour**	**Ledebour**	**Ledebour**	**Ledebour**
Lensch	[Lensch][13])			
		Leutert	*Leutert*	*Leutert*
Liebknecht	**Liebknecht**	**Liebknecht**	**Liebknecht**	**Liebknecht[20])**
[Peirotes][5])	[Peirotes][8])	Peirotes	Peirotes	Peirotes
[Raute][6])*	*[Raute*][14])*		*Raute*	*Raute[19])*
Rühle	**Rühle**	**Rühle**	**Rühle**	**Rühle[20])**
			Schmidt-Sachsen	Schmidt-Sachsen
[Schwartz][4])	**[Schwartz][12])**	**Schwartz**	**Schwartz**	**Schwartz**
		*Simon**	*Simon**	*Simon**
	Stadthagen	**Stadthagen**	**Stadthagen**	**Stadthagen**
[Stolle][4])	**[Stolle][15])**	**Stolle**	**Stolle**	**Stolle**
Vogtherr	**Vogtherr**	**Vogtherr**	**Vogtherr**	**Vogtherr**
		Zubeil	**Zubeil**	**Zubeil**

17. 8. 1915 Fraktion	20. 8. 1915 Plenum	21. 12. 1915 Plenum[23])	
Gegenstimmen[21])	Entfernung vor der Abstimmung[22])	Gegenstimmen	Entfernung vor der Abstimmung
*Albrecht**	*Albrecht**		*Albrecht**
Antrick	*Antrick*		*Antrick*
Baudert			Baudert
Bernstein	**Bernstein**	**Bernstein**[24])	
Bock	**Bock**	**Bock**	
Brandes*			Brandes*
Büchner	**Büchner**	**Büchner**	
Cohn	**Cohn**	**Cohn**	
Dittmann	**Dittmann**	**Dittmann**	
Emmel	*Emmel*		*Emmel*
Erdmann*	Erdmann*		Erdmann*
			Ewald
E. Fischer			*E. Fischer*
Fuchs	Fuchs		Fuchs
Geyer	**Geyer**	**Geyer**	
Haase	**Haase**	**Haase**	
Henke	**Henke**	**Henke**	
Herzfeld	**Herzfeld**	**Herzfeld**	
Hoch	*Hoch*		*Hoch*
Hofrichter	*Hofrichter*		*Hofrichter*
Horn	**Horn**	**Horn**	
			*Hüttmann**
			Hugel
			Jäckel
			Krätzig
Kunert	**Kunert**	**Kunert**	
Ledebour	**Ledebour**	**Ledebour**	
Leutert			*Leutert*
Liebknecht	**Liebknecht**[23])	**Liebknecht**	
Peirotes	Peirotes		Peirotes
*Raute**	*Raute**		*Raute**
Reißhaus			*Reißhaus*
Rühle	**Rühle**	**Rühle**	
			*Ryssel**
			Schmidt-Sachsen
Schwartz	**Schwartz**	**Schwartz**	
*Simon**	*Simon**		*Simon**
Stadthagen	**Stadthagen**	**Stadthagen**	
Stolle	**Stolle**	**Stolle**	
Stubbe			
Vogtherr	**Vogtherr**	**Vogtherr**	
Wurm	**Wurm**	**Wurm**	
Zubeil	**Zubeil**	**Zubeil**	

[1]) Nach den Fraktionsprotokollen (s. Nr. 350) stimmten 78 Fraktionsmitglieder für und 14 gegen die Bewilligung; Heinrich Ströbel, Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten, Berlin 1919, S. 12, spricht dagegen von 16 Gegenstimmen. Namentliche Aufschlüsselung, jedoch mit teilweise abweichenden Angaben, bei: Nachlaß David, Kriegstagebuch 3. 8. 1914; Nachlaß Dittmann, Erinnerungen; K. Liebknecht, Klassenkampf gegen den Krieg, o. O., o. J., S. 15. Alle zweifelhaften Namensangaben, bei denen diese drei Überlieferungen nicht übereinstimmen, stehen in [eckigen Klammern], abgesehen von *Kunert*, der zwar bei Liebknecht (danach Prager, S. 26) nicht angeführt wird, doch vermutlich nur versehentlich ausgelassen worden ist. Das läßt sich auch daraus schließen, daß Paul Frölich, 10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg. I. Der Krieg, Berlin 1924, S. 62, der sich offensichtlich im übrigen auf Liebknecht stützt, diesen Namen ergänzt, während umgekehrt bei Liebknecht zwar ausdrücklich von 14 Gegenstimmen gesprochen wird, jedoch nur 13 Namen angeführt sind. Am 4. August beteiligte sich *Kunert* nach Prager S. 25 als einziger der anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten nicht an der Abstimmung über die Kredite im Plenum. *Stadthagen* hatte sich laut Nachlaß David a.a.O. in der Fraktion wahrscheinlich der Stimme enthalten. Nach Liebknecht a.a.O. soll sich der fehlende *Emmel* nachträglich gegen die Bewilligung ausgesprochen haben.

[2]) Bei David und Liebknecht.

[3]) Bei Liebknecht sowie mit ? bei David.

[4]) Nur bei Dittmann.

[5]) Nur bei Liebknecht.

[6]) Nur bei David.

[7]) Das Stimmenverhältnis in der Fraktion betrug nach Nr. 353 82 gegen 17, die jedoch wiederum nicht eindeutig identifiziert werden können. Bei Liebknecht a.a.O. S. 40 heißt es: „Gegen 17 Stimmen (den 14 vom 3. August [also einschließlich *Kunert;* vgl. oben Anm. 1] — außer *Lensch*, der sich diesmal zur Mehrheit schlug — und weiter *Emmel, Stadthagen, Stolle, Baudert)* wurde die Bewilligung beschlossen." Nach dieser Version auch Prager S. 45 sowie Walter Bartel, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin (Ost) 1958, S. 208. Abweichend Heine (s. Nr. 355): „dagegen die 14 vom 4. [sic!] August und *Emmel, Fuchs, Stadthagen,* nicht aber *Bernstein,* Edmund *Fischer* und *Erdmann.*" Danach lassen sich als gesichert nur die für den 3. August übereinstimmend von David, Dittmann und Liebknecht genannten Namen, mit Ausnahme von *Lensch*, anführen sowie zusätzlich *Emmel* und *Stadthagen.* Alle Namen von Fraktionsmitgliedern, bei denen nur ausgesagt werden kann, daß sie möglicherweise — mit mehr oder minder großer Wahrscheinlichkeit — zu den Kreditverweigerern gehört haben, stehen wieder in [eckigen Klammern].

[8]) Nach Liebknecht; vgl. die vorige Anm. sowie Anm. 2, 3 und 5.

[9]) Nach Liebknecht; vgl. Anm. 7.

[10]) Laut Nachlaß Dittmann, Erinnerungen; dagegen Heine (s. oben Anm. 7).

[11]) Nach Heine (s. oben Anm. 7).

[12]) Für den 3. August von Dittman genannt (s. Anm. 4); kann daher nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

[13]) Kann nach Heine (s. Anm. 7), der sich für „die 14" vom 3. August vermutlich auf die gleichen Informationen wie David stützen dürfte, nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden; dagegen eindeutig Liebknecht (s. Anm. 7) sowie Nachlaß Dittmann, Erinnerungen. Laut Frölich a.a.O. S. 136 soll *Lensch* allerdings noch im November an „einer Vorbesprechung von 10 Linken" beteiligt gewesen sein, in der er sich jedoch zusammen mit *Ledebour* dagegen ausgesprochen habe, die Kreditablehnung als „prinzipielle Pflicht" zu deklarieren.

[14]) Für den 3. August von David genannt (s. Anm. 6); kann daher nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

[15]) Nach Liebknecht (s. Anm. 7); für den 3. August von Dittmann genannt (s. Anm. 4).

[16]) Stimmenverhältnis in der Fraktion nach Nr. 364 77 gegen 23. Aufschlüsselung der Gegenstimmen nach Liebknecht a.a.O. S. 67, dessen Angaben über die Gegenstimmen in der Fraktion bei den Abstimmungen über die Kriegskredite und den Notetat (danach auch Prager

S. 58) durch die Veröffentlichung der Namen der Fraktionsmitglieder, die sich am 20. März vor der Plenarabstimmung aus dem Sitzungssaal entfernten (s. übernächste Spalte), im *Vorwärts*, 21. 3. 1915, weitgehend bestätigt werden. Die Zahl von 25 (statt 23) Gegenstimmen kommt dadurch zustande, daß zwei Fraktionsmitglieder, „die bei der Abstimmung selbst fehlten, aber ihre Auffassung nachträglich dem Fraktionsvorstand schriftlich mitteilten", mit aufgezählt worden sind. Dazu auch Heines Ausführungen über die Etatabstimmung in Nr. 366, dessen Angaben jedoch in dieser Form nicht zutreffen können. Würde man ihnen folgen, so hätte die Zahl der Etatverweigerer in der Fraktion noch größer sein müssen.

[17]) Stimmenverhältnis in der Fraktion nach Nr. 364 69 gegen 30. Aufschlüsselung der Gegenstimmen nach Liebknecht a.a.O. S. 68, wo jedoch insgesamt 35 Namen genannt werden, und zwar mit der Begründung, daß die Zahl 30 nicht vollständig sei, „da mehrere Genossen, die auf ablehnendem Standpunkt standen, ebenso auch einige von denen, die gegen die Kreditbewilligung gestimmt hatten, bei der Abstimmung über die Budgetfrage fehlten". Vgl. im übrigen die vorige Anm.

[18]) Abstimmung über das Budget, in dem die Kriegskredite enthalten waren. Aufschlüsselung der Namen nach *Vorwärts*, 21. 3. 1915 (danach *Sozialdemokratische Partei-Correspondenz*, 24. 4. 1915; die gleichen Namen auch im Nachlaß Dittmann, Erinnerungen), unter Berücksichtigung der beiden Gegenstimmen sowie der oppositionellen Fraktionsmitglieder, die zwar der *Vorwärts* mit aufgeführt hatte, die jedoch verhindert gewesen waren, an der Sitzung teilzunehmen.

[19]) Nach *Partei-Correspondenz* a.a.O. waren *Baudert* und *Raute* noch vor der Abstimmung abgereist, während *Bock* geschäftlich verhindert gewesen sei, an der Sitzung teilzunehmen.

[19a]) War nach Dittmann a.a.O. durch Krankheit verhindert, an der Sitzung teilzunehmen, erklärte jedoch im *Vorwärts*, daß er sich nicht an der Abstimmung beteiligt haben würde. Vgl. auch *Partei-Correspondenz* a.a.O.

[20]) Gegenstimme.

[21]) Stimmenverhältnis nach Nr. 375 68 gegen 31; weitere 5 Fraktionsmitglieder erklärten nachträglich, daß sie bei Anwesenheit gegen die Bewilligung gestimmt hätten, während von 4 Fraktionsmitgliedern entsprechende Erklärungen für die Bewilligung abgegeben wurden. Unter Einschluß dieser nachträglichen Erklärungen ergibt sich also ein Stimmenverhältnis von 72 gegen 36; s. Nr. 377. Aufschlüsselung der 36 Kreditablehner nach einem Artikel *Dittmanns* in der *Bergischen Arbeiterstimme*. Zitiert im Nachlaß Dittmann, Erinnerungen, sowie in der *Sozialdemokratischen Partei-Correspondenz*, 11. 9. 1915, und bei Prager S. 81 f.; s. auch Nr. 375 Anm. 4.

[22]) Nach *Vorwärts*, 24. 8. 1915, wo es heißt, daß von den 36 Ablehnern in der Fraktion (s. vorige Anm.) 3 im Plenum für die Kreditvorlage gestimmt hätten, einer *(Liebknecht)* dagegen; 32 von ihnen hätten sich bei der Abstimmung außerhalb des Saales befunden, von denen wiederum 29 namhaft gemacht werden könnten, die sich aus „grundsätzlichen Bedenken" vor der Abstimmung aus dem Plenum entfernt hätten. Nach Dittmann kam die Abstimmung unerwartet schnell, „so daß einige Mitglieder der Mehrheit nicht im Saale waren, während Mitglieder der Minderheit [...] sich nicht mehr entfernen konnten".

[23]) Nach *Vorwärts*, 22. 12. 1915 (abgedruckt auch in der *Sozialdemokratischen Partei-Correspondenz*, 31. 12. 1915; vgl. Dittmann, Erinnerungen). — Am 14. Dezember hatten sich in der Fraktionssitzung 58 Fraktionsmitglieder für und 38 gegen die Kredite erklärt (s. Nr. 388); nach Zuzählung aller zu Protokoll gegebenen Erklärungen veränderte sich das Verhältnis, wie der *Vorwärts* a.a.O. berichtet, auf 66:44. Die 20 Fraktionsmitglieder, für die *Geyer* im Plenum eine Sondererklärung abgab, votierten bei der Plenarabstimmung, abgesehen von dem durch Krankheit verhinderten *Bernstein*, gegen die Kredite, während 22 weitere Fraktionsmitglieder vor der Abstimmung den Plenarsaal verließen. Von den restlichen beiden Abgeordneten, die zur Minderheit gezählt wurden, stimmte *Stubbe* im Plenum mit der Mehrheit; Stücklen blieb im Saale, weil er als Schriftführer fungierte.

[24]) Nahm wegen Krankheit nicht an der Abstimmung teil; vgl. vorige Anm.

Zur Edition

1. Die Protokollkladden

In der vorliegenden Quellenveröffentlichung werden die offiziellen Sitzungsprotokolle der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus den Jahren 1898 bis 1918 ungekürzt ediert. Während die Edition für die Vorkriegsperiode ausschließlich den Wortlaut dieser Protokolle wiedergibt, konnte sie für die Zeit des Ersten Weltkrieges, dank der günstigen Quellenlage, durch andere Dokumente ergänzt und bereichert werden.

Die handschriftlich geführten offiziellen Protokolle sind in drei Kladden überliefert, die heute zu den Beständen des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis), Amsterdam, gehören. Sie stammen aus dem alten SPD-Parteiarchiv, dessen wichtigste Teile, u. a. der Marx-Nachlaß, 1933 von Berlin ins Ausland gerettet werden konnten und 1937 vom Exilparteivorstand der SPD an das 1935 gegründete Amsterdamer Institut verkauft wurden.[1])

Die drei, je 370 bis 380 Seiten starken Protokollkladden in Halboktavformat enthalten — abgesehen von wenigen, in der Edition kenntlich gemachten Lücken — eine geschlossene Reihe der Protokolle seit 1898, die über den Kriegsreichstag hinaus bis in die Zeit der Nationalversammlung reicht und im August 1919 abbricht. (1. Kladde: 6. 12. 1898—29. 11. 1911; 2. Kladde: 6. 2. 1912—20. 7. 1917; 3. Kladde: 24. 8. 1917—20. 8. 1919.) Außer dem in der 3. Kladde überlieferten Torso der Sitzungsprotokolle der Nationalversammlungsfraktion, deren Veröffentlichung als selbständiger Band im Rahmen der „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" vorbereitet wird, konnten bisher keine Protokolle aus der Periode der Weimarer Republik aufgefunden werden.

Bis zum Jahre 1898 hatte es in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keine offiziellen Sitzungsprotokolle gegeben. Erst nach den Neuwahlen dieses Jahres wurde am 6. 12. 1898 in der ersten Sitzung der auf 56 Mitglieder angewachsenen Fraktion der formelle Beschluß gefaßt, daß „in Zukunft Protokolle geführt werden" sollten, und gleichzeitig *Auer* und *Pfannkuch* als Protokollführer gewählt. Tatsächlich jedoch betätigte sich, wie bereits oben geschildert[2]), bis 1906 nur *Pfannkuch* als Protokollant, der im neugewählten Reichstag von 1907 durch R. *Fischer* abgelöst wurde. Am 12. 3. 1916 übernahm dann der nicht dem Reichstag angehörende hauptamtliche Fraktionssekretär *Reimes* die Protokollführung. Bei drei Fraktionssitzungen, 26. 2. 1908, 12. 7. 1909 und 6. 5. 1914, wurde der Schriftführer von anderen Fraktionsmitgliedern, deren Handschriften

[1]) Die wichtigsten Bestände des SPD-Parteiarchivs wurden nach der nationalsozialistischen Machtergreifung im Frühjahr 1933 durch die Vermittlung ausländischer Sozialdemokraten sowie der dänischen und französischen Botschaften in Berlin ins Ausland überführt. Die Protokollbücher der Reichstagsfraktion kamen mit anderen Beständen des Parteiarchivs zunächst nach Paris und von dort, als der gesamte Restbestand des Archivs 1937 von dem neugegründeten Internationalen Institut für Sozialgeschichte, das seinen Hauptsitz in Amsterdam nahm, angekauft wurde, in die holländische Hauptstadt. Während des Krieges wurden sie dann, um sie dem deutschen Zugriff zu entziehen, mit den Hauptbeständen des Archivs des Internationalen Instituts nach England überführt, wo sie bis zum Ende der Okkupation verblieben.

[2]) Vgl. oben Einleitung, 7. Kapitel.

nicht identifiziert werden konnten, vertreten. Die Protokollbücher enthalten demnach sechs verschiedene Handschriften, die jeweils in den Kopfregesten nachgewiesen wurden.

In der ersten Protokollkladde fanden sich verschiedene eingelegte bzw. in den Heftrücken eingeklebte Schriftstücke und Zettel, die in der Edition an den entsprechenden Stellen in den Fußnoten wiedergegeben sind. Auch war dieser Kladde nachweislich eine Anweisung über die Regelung der Diäten als Anlage beigegeben, die leider nicht erhalten ist.

Die Protokolle wurden in der Regel unmittelbar nach der Fraktionssitzung niedergeschrieben, vermutlich an Hand von stichwortartigen Notizen. Gelegentlich jedoch verstrich zwischen einer Sitzung oder einer Reihe von Sitzungen und der Niederschrift ein Zeitraum von mehreren Tagen oder Wochen, woraus sich sowohl die falsche Datierung von Einzelprotokollen als auch die Berücksichtigung von Ereignissen, die dem Datum der protokollierten Fraktionssitzung zeitlich folgten (zusätzliche Zusammenkünfte der Fraktion, Zeitungsveröffentlichungen), erklären läßt.

Bis 1906 unterzeichnete der Protokollant *Pfannkuch* die Protokolle selbst, während der Fraktionsvorsitzende *Singer*, gelegentlich auch *Bebel* oder *Meister* gegenzeichneten. Seit 1906 fiel die Unterschrift des Protokollführers weg, so daß nur noch *Singer*, *Bebel* und später *Haase* als Unterzeichner auftreten.[3]) Die Praxis der Gegenzeichnung wurde jedoch nicht konsequent durchgehalten; seit 1915 blieben die Protokolle sogar durchweg ohne Unterschrift.[4])

Die Protokolle der Vorweltkriegszeit lassen sich als ausgesprochene Beschlußprotokolle charakterisieren. *Dittmann*, der erst 1912 in den Reichstag gewählt wurde, berichtet in seinen Erinnerungen, daß das „offizielle Protokoll der Fraktion, das von dem Fraktionsschriftführer Richard *Fischer* geführt wurde, [...] nach altem Herkommen nicht die Debatten, sondern nur die gefaßten Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse" verzeichnete.[5]) Die Abstimmungsergebnisse wurden übrigens nicht regelmäßig festgehalten; und kaum jemals wurde auf die Protokolle vorangegangener Fraktionssitzungen zurückgegriffen. Nicht einmal die Praxis, jeweils das letzte Protokoll zu verlesen, bürgerte sich ein.

---

[3]) Entsprechend der geschilderten Methode der Protokollführung, wurde auch die Gegenzeichnung bzw. Unterzeichnung der Protokolle vielfach nicht von Sitzung zu Sitzung, sondern für eine ganze Reihe von Sitzungen auf einmal vorgenommen. So erklärt es sich, daß *Singer*, *Bebel* und *Haase* auch Protokolle von Sitzungen abzeichneten, in denen sie selbst gar nicht anwesend gewesen waren und in denen, wie in manchen Fällen unzweideutig aus dem Protokolltext hervorgeht, ein anderer den Vorsitz geführt hatte.

[4]) Das letzte von *Haase* unterzeichnete Protokoll ist das der Sitzung vom 20. 3. 1915. Erst seit der Sitzung vom 16. 10. 1918 wurden die Protokolle wieder unterzeichnet, und zwar durch *Ebert*, der in dieser Sitzung die Vertrauensfrage gestellt und formal den Vorsitz niedergelegt hatte, um dann „per Akklamation einstimmig wiedergewählt" zu werden. Das Protokoll trägt den eigenhändigen Schlußvermerk *Eberts:* „In der Sitzung vom 17. 10. 1918 vorgelesen und genehmigt." Auch unter dem Protokoll der Sitzung vom 17. findet sich ein entsprechender Vermerk, der dann allerdings bei den weiteren Oktobersitzungen wieder fallengelassen wurde. Bei den letzten Fraktionssitzungen vor Ausbruch der Revolution (seit dem 6. 11.) unterblieb auch die Unterzeichnung.

[5]) Nachlaß Dittmann, Erinnerungen.

Es versteht sich von selbst, daß bei diesem Verfahren der Protokollführung der Quellenwert der Niederschriften nicht überschätzt werden darf. Die fraktionsinternen Diskussionen finden kaum Niederschlag, so daß auch die Stellungnahmen einzelner Fraktionsmitglieder nur in den wenigsten Fällen erkennbar werden. Selbst über Themen, die in der Sozialdemokratie so heftig umstritten waren, wie beispielsweise die Budgetfrage, die Zoll- und Steuerpolitik, die Heeres- und Flottenvorlagen sowie die Frage der „höfischen Pflichten", geben die Protokolle nur sehr unzureichend Auskunft.
Trotzdem wird man auch diese Protokolle — ungeachtet aller Einschränkungen — in zweifacher Hinsicht als Quelle von historischer Bedeutung ansehen dürfen. Unter anderem können sie bei genauer Interpretation wertvolle Einblicke in parteigeschichtliche Probleme, z. B. das diffizile Verhältnis von Fraktion und Gesamtpartei, die Koordinierung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Interessen sowie in bestimmte Parteiaffären, ermöglichen. Ferner sind die Protokolle für Fragen des konstitutionellen Reichstages und seiner Geschäftsgewohnheiten bei der augenblicklichen Quellenlage durch kein anderes uns zugängliches Zeugnis ersetzbar.[6]) Angelegenheiten, über die die Hauptquellen zur Reichstagsgeschichte, die Stenographischen Berichte, keine Auskunft mehr geben können, u. a. Verteilung der parlamentarischen Arbeiten und Ämter in Reichstag und Fraktionen sowie Verfahrensfragen, lassen sich genauer verfolgen.
In der Weltkriegszeit änderte sich das Verfahren der Protokollführung. Zwar sind die Protokolle der beiden Fraktionssitzungen vom August 1914 noch in der alten Form des Beschlußprotokolls abgefaßt, seit November 1914 jedoch werden die Protokolle ausführlicher. Die Anträge einzelner Fraktionsmitglieder werden jetzt eingehender begründet und Abstimmungsergebnisse häufiger wiedergegeben. Seit 1916, nachdem der Fraktionssekretär *Reimes* die Protokollführung übernommen hatte, wird auch detaillierter über den Gang der Diskussion in den Fraktionssitzungen berichtet. Allerdings zeigen die privaten Niederschriften aus den Sitzungen, die für diese Edition mit herangezogen werden konnten, wie sehr ergänzungsbedürftig die offiziellen Fraktionsprotokolle auch für diese Periode sind.

2. Parallelüberlieferungen und ergänzende Dokumente für die Zeit des Ersten Weltkrieges

Es ist gewiß kein Zufall, daß gerade für die Zeit des Ersten Weltkrieges die privaten Nachlässe von Reichstagsabgeordneten besonders ergiebig sind. Das gilt ebenso für die sozialdemokratischen Parlamentarier wie für die Vertreter anderer Parteien.[7]) Eine ganze Reihe von Abgeordneten begann offenbar überhaupt erst bei Kriegsausbruch damit, teils regelmäßig, teils sporadisch Niederschriften über ihre politische Tätigkeit abzufassen oder Notizen aus Sitzungen aufzubewahren. Charakteristisch erscheint es, wenn *Scheidemann* berichtet, daß er Ende Juli 1914, angesichts der nahenden Katastrophe, ein „umfangreiches Taschenbuch" erstanden habe, „um von nun ab Tagebuch zu führen" und „dann bis Weimar

[6]) Dazu oben Einleitung, 7. und 8. Kapitel.
[7]) Vgl. bes. Quellen 1/I S. XXXIX ff.

— Nacht für Nacht, oft nach wirklich aufregenden Tagen — 26 dicke Bücher" vollzuschreiben.[8]) Eduard *David* vertraut seinem Kriegstagebuch, das ebenfalls Ende Juli 1914 einsetzt, zu Neujahr 1915 an, daß der Krieg, „das bedeutsamste Stück Weltgeschichte seit Generationen", auch sein „Leben und Wirken viel bedeutsamer gemacht" habe. Pathetisch beendet er seine Neujahrsbetrachtung mit dem Satz: „Der Krieg rüttelt auch die Stumpfen auf, zwingt sie zum politischen Miterleben, fördert die sozialen Instinkte aus der Tiefe empor, macht die Menschen im Guten wie im Bösen größer."[9]) So verfehlt es auch wäre, die realen Einflußmöglichkeiten der sozialdemokratischen Partei und ihrer parlamentarischen Vertreter in den ersten Kriegsjahren zu überschätzen, so wenig läßt sich leugnen, daß in derartigen Zeugnissen ein neues Gefühl für die Bedeutung der von der Partei getroffenen aktuellen Entscheidungen zum Durchbruch gelangt, dessen Intensität wiederum ohne die erbitterten innerparteilichen Kämpfe um die Kriegspolitik kaum zu verstehen ist.

Die in der Fraktion herrschende Erregung erklärt es auch, daß bis zur Abspaltung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Frühjahr 1916 die privaten Aufzeichnungen einzelner Abgeordneter über Fraktionssitzungen weit ausführlicher über die fraktionsinternen Auseinandersetzungen unterrichten als die offiziellen Protokolle. Das gilt insbesondere für das Manuskript der Erinnerungen *Dittmanns*, dem u. a. sehr eingehende Notizen aus der Fraktion zugrunde liegen, und für das kontinuierlich geführte stenographische Tagebuch *Davids*. Diese Quellen werden jedoch — abgesehen von einer Ausnahme[10]) — in unserer Edition nur zur Kommentierung herangezogen, da die Veröffentlichung der Erinnerungen *Dittmanns* — von Georg *Kotowski* im Auftrage des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam, ediert — bevorsteht, während die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien gleichzeitig mit der Edition der Fraktionsprotokolle eine Ausgabe von *Davids* Kriegstagebuch vorlegen kann.[11]) Beide Zeugnisse lassen sich geradezu als Protokolle der Fraktionsspaltung aus der Sicht ihrer Verfasser charakterisieren, wobei *David* den äußersten rechten Flügel der Fraktion und *Dittmann* die Hauptströmung der späteren Arbeitsgemeinschaft bzw. USPD-Fraktion repräsentiert. *Davids* Aufzeichnungen sind im übrigen insofern von besonderem Wert, als sie Auskunft über die wichtigen Fraktionssitzungen vorausgehenden Sitzungen des Fraktionsvorstandes und über die Kontakte der Fraktionsführung mit der Reichsleitung geben.

Der Nachlaß *Südekum*[12]), als dessen wertvollster Bestandteil die stenographischen Niederschriften über die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses in den Jahren 1917/18 hervorzuheben sind, enthält nur verhältnismäßig wenige Mitschriften aus Fraktionssitzungen, die jedoch als stenographische Aufzeichnungen

---

[8]) Scheidemann, Zusammenbruch S. 3.

[9]) Nachlaß David, Kriegstagebuch.

[10]) *Davids* Niederschrift über die Fraktionssitzung vom 2. 12. 1914, für die kein offizielles Protokoll vorliegt.

[11]) Quellen 4, unter dem Titel: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914—1918. Für die Edition zeichnen Susanne *Miller* und Erich *Matthias* verantwortlich.

[12]) Vgl. Quellen 1/I S. XL ff.

manche Vorgänge wiederum besonders prägnant festhalten. Hierbei nimmt der allerdings nur maschinenschriftlich überlieferte Bericht über die Fraktionssitzungen vom 20. und 21. Dezember 1915, der durchweg den Charakter eines wörtlichen Stenogrammes besitzt, eine hervorragende Stellung ein. Dieser Bericht, der für die Ausgangssituation der Spaltung von gar nicht zu überschätzender Bedeutung ist, läßt sich in seinem Quellenwert nur mit dem vom Parteivorstand als Manuskript veröffentlichten „Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion" vom 23. September 1918[13]) vergleichen, in der der grundsätzliche Beschluß gefaßt wurde, Vertreter der Reichstagsfraktion in eine parlamentarische Reichsregierung zu entsenden. — In diesem Zusammenhange ist darauf hinzuweisen, daß die für den internen Gebrauch gedruckten Protokolle von Parteiausschußsitzungen aus der Kriegszeit, die durchweg sehr ausführlich sind und zum großen Teil die Diskussionen wörtlich wiedergeben, generell als Quelle von hohem Rang angesehen werden müssen. Soweit sie auf Vorgänge in der Fraktion Bezug nehmen, sind sie bei der Kommentierung berücksichtigt worden.[14]) Von einer weiteren gemeinsamen Sitzung, und zwar der vom 14. bis 16. August 1915, in der über die Leitsätze *Davids* und *Bernsteins* zur Kriegszielfrage verhandelt wurde, liegt leider nur ein Kurzprotokoll[15]) vor, das keinen Eindruck vom Verlauf der Diskussion zu vermitteln vermag.

Die Niederschriften *Giebels* aus den Fraktionssitzungen, die, mit dem 30. November 1914 beginnend, sich über die ganze Zeit des Krieges erstrecken, leiden daran, daß *Giebel* seine Notizen offensichtlich sehr mechanisch und ohne Rücksicht auf die Bedeutung der behandelten Themen angefertigt hat. Aber wenn seine Aufzeichnungen auch undifferenziert und zufällig sind, so geben sie doch den Gang der Diskussion, wie *Giebel* sie aufnahm, getreulich in Stichworten und teilweise nicht vollendeten Sätzen wieder. Aus diesem Grunde bilden seine Niederschriften eine nicht zu unterschätzende Ergänzung der übrigen Überlieferungen, wenn sie auch in sich selbst nur wenig Aussagewert besitzen. Wo es lohnend erschien, wurden sie als Parallelfassungen in die Edition aufgenommen.

Das handschriftliche Tagebuchmanuskript Hermann *Molkenbuhrs*, das Eintragungen aus der Zeit von März 1905 bis zum Juli 1927 umfaßt und insgesamt aus vier je 200 Seiten starken Kladden besteht, wurde — bis auf eine Eintragung — nur für die Kommentierung benutzt. Die Eintragungen erfolgten nicht regelmäßig, sondern je nach Anlaß in kürzeren oder längeren Abständen. Das Tage-

[13]) Abgedruckt als Nr. 492b.

[14]) Dazu die Sammelbroschüre: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses vom 27. September 1914, 12. und 13. Januar, 7. März, 7. und 8. April, 30. Juni und 1. Juli, 14., 15. u. 16. August, 28. und 29. Oktober 1915, 7. und 8. Januar 1916. Als Manuskript gedruckt. Hsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin o. J. Ferner die folgenden als Manuskript gedruckten Einzelprotokolle: Protokoll der Partei-Ausschußsitzung vom 30. Juni 1914; Protokoll der Sitzungen des Parteiausschusses am 20. und 21. Juli 1916 im Reichstag; Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am Freitag, den 18. August 1916; Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am Donnerstag, den 18. Januar 1917; Protokoll der Sitzung des erweiterten Parteiausschusses am 18. und 19. April 1917.
Es wurden jedoch nicht von allen Parteiausschußsitzungen der Kriegszeit gedruckte Protokolle für den parteiinternen Gebrauch ausgegeben.

[15]) Abgedruckt als Nr. 372a. Vgl. auch die vorige Anm.

buch kann als beachtenswertes Selbstzeugnis eines Mannes angesprochen werden, der in mancher Hinsicht ein typisches Repräsentant seiner Partei und seiner Zeit war; zur Klärung von Sachfragen vermag es jedoch nur wenig beizutragen.
Zu erwähnen sind ferner einige Berichte Wolfgang *Heines* über Fraktionsdebatten der Jahre 1914/15, die in seinen Briefen an *Vollmar* enthalten sind, der wegen seines Gesundheitszustandes an den Fraktionssitzungen nicht mehr teilnehmen konnte. Auch die Briefe *Heines* an *Vollmar* aus der Vorkriegszeit sind an dieser Stelle zu nennen, da sie die Kommentierung einer Reihe von fraktionsinternen Vorgängen erleichterten, die in den Sitzungen behandelt wurden. Ferner liegen zwei in ihrer Art sehr verschiedene Memoirenmanuskripte *Heines* vor, die von den Bearbeitern eingesehen werden konnten.
Abschließend sei bemerkt, daß der Zusammenhang es nahelegte, noch wenige ergänzende Dokumente anderer Provenienz — so eine Denkschrift *Ledebours*, verschiedene Rundbriefe *Liebknechts* und zwei Auszüge aus Berichten des Büros für Sozialpolitik — in die Edition aufzunehmen.
Wünschenswert wäre die Benutzung des in Familienbesitz befindlichen Nachlasses *Hoch* gewesen, der u. a. auch Aufzeichnungen aus Fraktionssitzungen enthält, jedoch bedauerlicherweise nicht zur Verfügung stand. Das Schicksal der umfangreichen Originalaufzeichnungen *Scheidemanns*, die teilweise wörtlich oder doch in naher Anlehnung in seine Erinnerungsbücher eingegangen sind, ist leider bis heute noch ungeklärt.[16])

3. Einrichtung der Edition

In ihrer editionstechnischen Einrichtung folgt die vorliegende Quellenpublikation in den Grundzügen den bisher erschienenen Bänden der „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien". Rechtschreibung und Zeichensetzung sind durchgehend normalisiert worden. Stillschweigend aufgelöst wurden die zahlreichen in den Sitzungsprotokollen verwendeten und manchmal nur schwer verständlichen Abkürzungen, insofern sie sich zweifelsfrei identifizieren ließen. Alle von den Bearbeitern eingefügten Ergänzungen im Text der Dokumente stehen in [eckigen Klammern]. Soweit bei zusätzlich zu den — grundsätzlich unverkürzt wiedergegebenen — offiziellen Sitzungsprotokollen in die Edition aufgenommenen Dokumenten nur Auszüge abgedruckt werden, sind die Auslassungen durch [. . .] gekennzeichnet. Im übrigen wurden alle Dokumente aus der Zeit des Weltkrieges, die nicht in den Protokollkladden überliefert sind, chronologisch eingeordnet und in die fortlaufende Numerierung einbezogen.
Namensangaben, mit Ausnahme der bei der Wiedergabe der Sitzungsprotokolle durch Fettdruck hervorgehobenen **Sprecher**, erscheinen sowohl im Text der Dokumente als auch in den Anmerkungen im Kursivdruck. Das gleiche Verfahren wurde auch bei *Titeln von Zeitungen und Zeitschriften* angewandt. Sperrungen im Druck kennzeichnen alle Hervorhebungen (durch Unterstreichung, Fettdruck bei Zeitungsausschnitten etc.) in den Vorlagen. In Petitdruck wiedergegeben sind:

[16]) Dazu Quellen 1/I S. XXXIX f.

Beschlüsse, Anträge, summarische Aufzählungen und in die Protokollkladden eingeklebte maschinenschriftliche oder gedruckte Passagen (u. a. Ausschnitte aus Zeitungen oder Reichstagsdrucksachen) sowie eine Reihe von hektographierten oder bereits — meist als Manuskript — gedruckten Dokumenten des zweiten Teils.

Die kommentierenden und erklärenden Erläuterungen und die Nachweise in den Anmerkungen sollten besonders für die Vorkriegsperiode der Aufgabe gerecht zu werden versuchen, den Zugang zu dem meist sehr spröden Text der Beschlußprotokolle zu erschließen und zu erleichtern, jedoch keinen unvertretbar großen Umfang annehmen. Aus diesem Grunde haben sich die Bearbeiter bemüht, einen Mittelweg zu finden, der trotz aller detaillierten Auskünfte, die in den Anmerkungen enthalten sind, notwendigerweise manche Wünsche unbefriedigt läßt.

Verzeichnis der Archivalien

I. Parteiakten

Protokollbuch I—III	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Sitzungsprotokolle der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1898—1919.

II. Nachlässe

Nachlaß Bernstein	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv Eduard Bernstein.
David, Kriegstagebuch	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Eduard David.
Dittmann, Erinnerungen (Manuskript)	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv Wilhelm Dittmann.
Nachlaß Giebel	Archiv des Vorstandes der SPD, Bonn, Nachlaß Carl Giebel.
Nachlaß Grimm	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv Robert Grimm.
Nachlaß Heine	Privatbesitz, Nachlaß Wolfgang Heine.
Nachlaß Hoch	Privatbesitz, Nachlaß Gustav Hoch.
Nachlaß Kautsky	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv Karl Kautsky.
Nachlaß Molkenbuhr	Archiv des Vorstandes der SPD, Bonn, Nachlaß Hermann Molkenbuhr.
Nachlaß Südekum	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Albert Südekum.
Nachlaß Vollmar	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv Georg von Vollmar.

III. Amtliche Überlieferungen

Politisches Archiv	Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv, Akten betr. die Sozialdemokratie in Deutschland.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Adler, Briefwechsel	Victor *Adler*, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich *Adler*. Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien 1954.
Amtliche Urkunden	Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs hrsg. vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern. 2. verm. Aufl. Berlin 1924.
Bachem	Karl *Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, 9 Bde. Köln 1927—1932.
Bebel	August *Bebel*, Aus meinem Leben, 3 Bde. Stuttgart 1911—1914.
Berlau	A. Joseph *Berlau*, The German Social Democratic Party 1914—1921. New York 1949.
Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung	Eduard *Bernstein*, Die Berliner Arbeiterbewegung von 1890 bis 1905. Berlin 1924.
Bertram	Jürgen *Bertram*, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 28.) Düsseldorf 1964.
Bethmann	Theobald *von Bethmann Hollweg*, Betrachtungen zum Weltkriege, 2 Tle. Berlin 1921.
Blos	Wilhelm *Blos*, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, 2 Bde. München 1914—1919.
Blumenberg	Werner *Blumenberg*, Kämpfer für die Freiheit. Berlin und Hannover 1959.
Bredt	Johann Viktor *Bredt*, Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg. Gutachten. (Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Bd. 8.) Berlin 1926.
Dokumente und Materialien 2/II	Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 2: November 1917 — Dezember 1918. (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914—1915, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.) Berlin 1957.
Epstein	Klaus *Epstein*, Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy. Princeton 1959.
Eschenburg	Theodor *Eschenburg*, Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block. Berlin 1929.

Fischer	Fritz *Fischer*, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1961.
Grünberg	Carl *Grünberg* (Herausgeber), Die Internationale und der Weltkrieg, Materialien. Leipzig 1916.
Hatschek	Julius *Hatschek*, Das Parlamentsrecht des Deutschen Reiches, 2 Tle. Berlin und Leipzig 1915.
Haußmann	Conrad *Haußmann*, Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. von Ulrich Zeller. Frankfurt a. M. 1924.
Helfferich	Karl *Helfferich*, Der Weltkrieg. Ausgabe in einem Band. Karlsruhe 1925.
Huber, Verfassungsgeschichte III	Ernst Rudolf *Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, Bismarck und das Reich. Stuttgart 1963.
Huber, Dokumente II	Ernst Rudolf *Huber* (Herausgeber), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851 bis 1918. Stuttgart 1964.
Joll	James *Joll*, The Second International 1889—1914. London 1955.
Keil	Wilhelm *Keil*, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2 Bde. Stuttgart 1948.
Kotowski, Ebert	Georg *Kotowski*, Friedrich Ebert, Bd. 1, Der Aufstieg eines deutschen Arbeiterführers 1879—1917. Wiesbaden 1963.
Labusch	Lothar Franz *Labusch*, Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zur „konstitutionellen Oppositionspartei" (1890—1914). Phil. Diss. Göttingen 1956 (Maschinenschrift vervielf.).
Prinz Max	Prinz *Max von Baden*, Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927.
Mehring	Franz *Mehring*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Neuaufl. in 2 Bden. Berlin (Ost) 1960.
Michels, Soziologie	Robert *Michels*, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen v. Werner *Conze*. Neudr. d. 2. Aufl., Stuttgart (1957).
Molt	Peter *Molt*, Der Reichstag vor der improvisierten Revolution. Köln–Opladen 1963 (Politische Forschungen Bd. 4).
Nipperdey	Thomas *Nipperdey*, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 18.) Düsseldorf 1961.
Noske	Gustav *Noske*, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach 1947.
Osterroth, Biographisches Lexikon	Franz *Osterroth*, Biographisches Lexikon des Sozialismus. Bd. I: Verstorbene Persönlichkeiten. Hannover 1960.
Osterroth/Schuster, Chronik	Franz *Osterroth*/Dieter *Schuster*, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963.
Prager	Eugen *Prager*, Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1921.

Protokoll SPD-Parteiausschuß	Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD (zitiert mit Datum der Sitzung; für die bibliographischen Angaben s. oben S. CIC Anm. 14).
Protokoll SPD-Parteitag	Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (zitiert mit Jahreszahl).
Quellen 1/I und 1/II	Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearbeitet von Erich *Matthias* unter Mitwirkung von Rudolf *Morsey*. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Band 1/I und 1/II.) Düsseldorf 1959.
Quellen 2	Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearbeitet von Erich *Matthias* und Rudolf *Morsey*. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Band 2.) Düsseldorf 1962.
Ritter	Gerhard A. *Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890 bis 1900. (Studien zur Europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Bd. III.) Berlin 1959.
Scheidemann, Memoiren	Philipp *Scheidemann*, Memoiren eines Sozialdemokraten, 2 Bde. Dresden 1928.
Scheidemann, Zusammenbruch	Philipp *Scheidemann*, Der Zusammenbruch. Berlin 1921.
Schorske	Carl E. *Schorske*, German Social Democracy 1905—1917. The Development of the Great Schism. Cambridge, Mass. 1955.
Schröder I	Wilhelm *Schröder* (Bearbeiter), Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909. München 1910.
Schröder II	Wilhelm *Schröder* (Bearbeiter). Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910 bis 1913. München o. J.
Schulthess	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Wilhelm *Stahl*.
Severing	Carl *Severing*, Mein Lebensweg, 2 Bde. Köln 1950.
Stampfer, Erfahrungen	Friedrich *Stampfer*, Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben. Köln 1957.
Stampfer, 14 Jahre	Friedrich *Stampfer*, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik. 3. Aufl. Hamburg 1953.
Sten. Berichte	Verhandlungen des Deutschen Reichstages. X.—XIII. Legislaturperiode. Stenographische Berichte und Anlagen. Berlin 1898—1919.
Urkunden der OHL	Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1917/18. Hrsg. von Erich *Ludendorff*. Berlin 1920.
Ursachen und Folgen	Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. u. Bearb. Herbert *Michaelis* und Ernst *Schraepler*. 3 Bde. Berlin 1958.

Varain	Heinz Josef *Varain*, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890—1920). (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 9.) Düsseldorf 1956.
Westarp	Kuno Graf *von Westarp*, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, 2 Bde. Berlin 1935.
WUA	Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918. Bd. 1—12/I. Berlin 1925—1930. Das Werk des Untersuchungsausschusses — s. a. Bredt.

Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum*)	Seite	Lfd. Nr.	Datum	Seite
	I. Bis zum Scheitern der Obstruktion				
1	6. 12. 1898	3	37	14. 3. 1900	35
2	14. 12. 1898	5	38	21. 3. 1900	36
3	11. 1. 1899	6	39	25. 4. 1900	36
4	18. 1. 1899	7	40	28. 4. 1900	38
5	25. 1. 1899	8	41	2. 5. 1900	39
6	1. 2. 1899	8	42	9. 5. 1900	39
7	8. 2. 1899	8	43	16. 3. 1900	40
8	15. 2. 1899	9	44	19. 5. 1900	41
9	22. 2. 1899	10	45	21. 5. 1900	42
10	12. 4. 1899	11	46	22. 5. 1900	42
11	18. 4. 1899	12	47	23. 5. 1900	43
12	26. 4. 1899	13	48	25. 5. 1900	44
13	3. 5. 1899	14	49	6. 6. 1900	45
14	9. 5. 1899	15	50	7. 6. 1900	45
15	10. 5. 1899	15	51	12. 6. 1900	46
16	13. 5. 1899	16	52	14. 11. 1900	46
17	17. 5. 1899	17	53	19. 11. 1900	48
18	6. 6. 1899	18	54	24. 11. 1900	49
19	7. 6. 1899	18	55	29. 11. 1900	49
20	13. 6. 1899	19	56	30. 11. 1900	50
21	21. 6. 1899	20	57	12. 12. 1900	52
22	15. 11. 1899	21	58	9. 1. 1901	53
23	17. 11. 1899	21	59	16. 1. 1901	55
24	21. 11. 1899	22	60	23. 1. 1901	56
25	23. 11. 1899	23	61	30. 1. 1901	57
26	29. 11. 1899	23	62	6. 2. 1901	58
27	6. 12. 1899	24	63	8. 2. 1901	60
28	13. 12. 1899	25	64	13. 2. 1901	60
29	10. 1. 1900	26	65	27. 2. 1901	61
30	17. 1. 1900	28	66	6. 3. 1901	62
31	24. 1. 1900	29	67	20. 3. 1901	63
32	31. 1. 1900	31	68	27. 3. 1901	64
33	14. 2. 1900	32	69	20. 4. 1901	65
34	21. 2. 1900	33	70	24. 4. 1901	65
35	28. 2. 1900	33	71	3. 5. 1901	66
36	7. 3. 1900	35	72	6. 5. 1901	67

*) Da der Erste Teil der Edition ausschließlich die in den Protokollkladden I und II überlieferten Protokolle der Fraktionssitzungen aus der Vorkriegszeit (X. Legislaturperiode bis XIII. Legislaturperiode - Erste Session) wiedergibt, beschränken sich die Angaben im Dokumentenverzeichnis auf die Anführung der Sitzungsdaten.

Lfd. Nr.	Datum	Seite	Lfd. Nr.	Datum	Seite
73	8. 5. 1901	68	94	5. 11. 1902	88
74	10. 5. 1901	69	95	10. 11. 1902	89
75	13. 5. 1901	70	96	21. 11. 1902	90
76	26. 11. 1901	71	97	26. 11. 1902	90
77	27. 11. 1901	72	98	27., 28., 30. 11. und 3., 4. 12. 1902	91
78	5. 12. 1901	73	99	6. 12. 1902	92
79	11. 12. 1901	75	100	10. 12. 1902	93
80	15. 1. 1902	75	101	12. 12. 1902	94
81	22. 1. 1902	77	102	14. 1. 1903	95
82	29. 1. 1902	77	103	20. 1. 1903	96
83	5. 2. 1902	78	104	29. 1. 1903	96
84	12. 2. 1902	78	105	4. 2. 1903	97
85	19. 2. 1902	79	106	11. 2. 1903	99
86	5. 3. 1902	80	107	18. und 25. 2. 1903	100
87	16. 4. 1902	80	108	4. 3. 1903	100
88	23., 24. und 28. 4. 1902	81	109	4. 3. 1903	101
89	6. 5. 1902	83	110	22. 4. 1903	101
90	4. 6. 1902	84	111	28. 4. 1903	102
91	14. 10. 1902	85	112	29. 4. 1903	103
92	22. 10. 1902	86			
93	29. 10. 1902	87			

II. Parlamentarische Routine und Parteiaffären

113	2. 12. 1903	107	131	11. 5. 1904	128
114	4. 12. 1903	109	132	8. 6. 1904	129
115	9. 12. 1903	110	133	11. 6. 1904	131
116	15. 12. 1903	111	134	14. 6. 1904	132
117	13. und 18. 1. 1904	112	135	29. und 30. 11. 1904	133
118	20. und 25. 1. 1904	113	136	7. 12. 1904	134
119	28. 1. 1904	115	137	14. 12. 1904	135
120	3. 2. 1904	116	138	11. und 12. 1. 1905	136
121	10. 2. 1904	118	139	18. 1. 1905	136
122	17. 2. 1904	119	140	25. 1. 1905	137
123	24. 2. 1904	120	141	1. 2. 1905	138
124	3. 3. 1904	121	142	8. 2. 1905	139
125	9. 3. 1904	123	143	22. 2. 1905	140
126	16. 3. 1904	124	144	8. 3. 1905	140
127	13. 4. 1904	125	145	22. 3. 1905	142
128	20. 4. 1904	126	146	29. 3. 1905	143
129	27. 4. 1904	126	147	5. 4. 1905	143
130	4. 5. 1904	128	148	10. 5. 1905	144

Lfd. Nr.	Datum	Seite	Lfd. Nr.	Datum	Seite
149	17. 5. 1905	145	162	21. 2. 1906	159
150	24. 5. 1905	146	163	7. 3. 1906	159
151	28. 11. 1905	147	164	25. 4. 1906	160
152	1. 12. 1905	149	165	2. 5. 1906	162
153	2. 12. 1905	150	166	9. 5. 1906	162
154	6. 12. 1905	150	167	14. 5. 1906	164
155	13. und 14. 12. 1905	153	168	17. 5. 1906	164
			169	13. 11. 1906	166
156	10. 1. 1906	154	170	20. 11. 1906	167
157	17. 1. 1906	155	171	22. 11. 1906	168
158	24. 1. 1906	156	172	28. 11. 1906	168
159	31. 1. 1906	156	173	5. 12. 1906	169
160	7. 2. 1906	157	174	12. 12. 1906	171
161	14. 2. 1906	158	175	13. 12. 1906	171

III. Zwischen Opposition und Mitarbeit

176	19. 2. 1907	175	203	26. 2. 1908	196
177	20. 2. 1907	176	204	11. 3. 1908	196
178	25. 2. 1907	177	205	2. 4. 1908	197
179	27. 2. 1907	179	206	7. 4. 1908	197
180	28. 2. 1907	180	207	29. 4. 1908	198
181	6. 3. 1907	180	208	4. 11. 1908	198
182	13. 3. 1907	182	209	11. 11. 1908	199
183	18. 3. 1907	183	210	19. 11. 1908	200
184	20. 3. 1907	183	211	25. 11. 1908	201
185	10. 4. 1907	184	212	30. 11. 1908	202
186	17. 4. 1907	185	213	2. 12. 1908	202
187	29. 4. 1907	186	214	9. 12. 1908	203
188	7. 5. 1907	186	215	13. 1. 1909	204
189	14. 5. 1907	187	216	20. 1. 1909	205
190	22. 11. 1907	188	217	10. 2. 1909	206
191	23. 11. 1907	189	218	17. 2. 1909	207
192	27. 11. 1907	190	219	17. 3. 1909	207
193	5. 12. 1907	190	220	24. 3. 1909	208
194	11. 12. 1907	191	221	26. 3. 1909	209
195	8. 1. 1908	192	222	31. 3. 1909	209
196	13. 1. 1908	192	223	21. 4. 1909	210
197	15. 1. 1908	193	224	28. 4. 1909	211
198	22. 1. 1908	193	225	5. 5. 1909	211
199	29. 1. 1908	194	226	12. 5. 1909	212
200	5. 2. 1908	194	227	17. 5. 1909	213
201	12. 2. 1908	195	228	15. 6. 1909	213
202	19. 2. 1908	195	229	19. 6. 1909	214

Lfd. Nr.	Datum	Seite	Lfd. Nr.	Datum	Seite
230	23. und 30. 6. 1909	215	257	30. 11. 1910	236
231	7. 7. 1909	216	258	7. 12. 1910	237
232	12. 7. 1909	217	259	11. 1. 1911	237
233	30. 11. 1909	218	260	13. 1. 1911	238
234	1. 12. 1909	220	261	18. 1. 1911	239
235	9. 12. 1919	221	262	31. 1. 1911	239
236	12. 1. 1910	222	263	8. 2. 1911	240
237	14. 1. 1910	222	264	15. 2. 1911	241
238	19. 1. 1910	223	265	22. 2. 1911	242
239	26. 1. 1910	223	266	1. 3. 1911	243
240	4. 2. 1910	224	267	8. 3. 1911	243
241	5. 2. 1910	225	268	15. 3. 1911	244
242	11. 2. 1910	225	269	29. 3. 1911	245
243	15. 2. 1910	226	270	3. 5. 1911	245
244	18. 2. 1910	226	271	5. 5. 1911	247
245	21. 2. 1910	227	272	17. 5. 1911	247
246	24. 2. 1910	227	273	22. 5. 1911	248
247	9. 3. 1910	228	274	26. 5. 1911	248
248	16. 3. 1910	228	275	30. 5. 1911	249
249	12. 4. 1910	229	276	31. 5. 1911	249
250	14. 4. 1910	230	277	12. 9. 1911	249
251	20. 4. 1910	231	278	17. 10. 1911	250
252	26. 4. 1910	231	279	23. 10. 1911	251
253	29. 4. 1910	232	280	25. 10. 1911	251
254	9. 5. 1910	233	281	8. 11. 1911	252
255	22. 11. 1910	234	282	15. 11. 1911	253
256	23. 11. 1910	235	283	29. 11. 1911	253

IV. Der Weg aus der Isolierung

284	6. 2. 1912	257	297	27. 3. 1912	269
285	7. 2. 1912	258	298	16. 4. 1912	270
286	8. 2. 1912	259	299	18. 4. 1912	272
287	9. 2. 1912	260	300	24. 4. 1912	273
288	13. 2. 1912	262	301	30. 4. 1912	273
289	14. 2. 1912	262	302	8. 5. 1912	274
290	15. 2. 1912	263	303	9. 5. 1912	275
291	19. 2. 1912	264	304	14. 5. 1912	275
292	21. 2. 1912	265	305	17. 5. 1912	276
293	28. 2. 1912	266	306	18. 5. 1912	277
294	7. 3. 1912	266	307	21. 5. 1912	278
295	12. 3. 1912	267	308	26. 11. 1912	278
296	15. 3. 1912	269	309	29. 11. 1912	280

Lfd. Nr.	Datum	Seite	Lfd. Nr.	Datum	Seite
310	4. 12. 1912	282	330	25. 6. 1913	299
311	11. 12. 1912	282	331	27. 6. 1913	301
312	18. 12. 1912	284	332	13. 11. 1913	301
313	13. 1. 1913	285	333	25. 11. 1913	303
314	22. 1. 1913	286	334	28. 11. 1913	305
315	29. 1. 1913	287	335	2. 12. 1913	306
316	10. 2. 1913	287	336	10. 12. 1913	307
317	19. 2. 1913	289	337	13. 1. 1914	308
318	26. 2. 1913	290	338	21. 1. 1914	308
319	5. 3. 1913	291	339	4. 2. 1914	310
320	3. 4. 1913	291	340	16. 2. 1914	311
321	4. 4. 1913	291	341	18. 2. 1914	311
322	14. 4. 1913	292	342	25. 2. 1914	312
323	23. 4. 1913	293	343	11. 3. 1914	313
324	27. 5. 1913	293	344	20. 3. 1914	314
325	30. 5. 1913	295	345	23. 3. 1914	314
326	2. 6. 1913	295	346	27. 4. 1914	315
327	9. 6. 1913	296	347	28. 4. 1914	316
328	11. 6. 1913	297	348	6. 5. 1914	316
329	18. 6. 1913	298	349	13. 5. 1914	317

I.

Bis zum Scheitern der Obstruktion

X. Legislaturperiode
(1898—1903)

1.

6. 12. 1898: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Unter dem Vorsitz des Genossen *Singer* konstituiert sich die Fraktion.[1]) In den Vorstand wurden gewählt die Genossen *Bebel*, *Meister* und *Singer*. Über die Verhandlungen sollen in Zukunft Protokolle geführt werden. Als Protokollführer werden die Genossen *Auer* und *Pfannkuch* bestimmt.[2])

An den seitherigen Diätsätzen wird festgehalten; dagegen die Entschädigung für Wohnungsmiete auf 30 Mark pro Monat erhöht.[3])

Einstimmig beschloß die Fraktion, selbständig bei der Wahl des Präsidiums vorzugehen. Als Vizepräsident wurde Genosse *Singer* und als Schriftführer Genosse *Schippel* designiert.[4])

Bei der Verteilung der parlamentarischen Arbeiten wurden delegiert[5]):

a) in den Seniorenkonvent[6]) die Genossen *Bebel*[7]) und *Singer*.
b) in die Budget-Kommission die Genossen *Bebel*, *Meister*, *Singer* und eventuell *Vollmar*.
c) in die Geschäftsordnungs-Kommission die Genossen *Meister* und *Singer*.
d) in die Wahlprüfungs-Kommission die Genossen *Auer* und *Antrick*.

---

[1]) Zur parlamentarischen Bedeutung der „Konstituierung" von Fraktionen s. Einl.

[2]) *Auer* fungierte nicht als Protokollführer. Bis zum 13. 12. 1906 wurden die Protokolle von *Pfannkuch* geführt. Zum Verfahren der Protokollführung s. Einl.

[3]) Bis zu der 1906 erfolgten Bewilligung von Diäten aus der Reichskasse erhielten die Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion Diäten aus der Zentralkasse ihrer Partei. Zur Höhe der Tage- bzw. Wohnungsgelder für den Zeitraum von 1898—1906 s. Einl.; vgl. Blos Bd. 1 S. 230; Ritter S. 59 f.

[4]) Die SPD-Reichstagsfraktion ging aus prinzipiellen Gründen bei der Wahl des Reichstagspräsidiums Vorschlags- bzw. Wahlverbindungen mit anderen Fraktionen nicht ein; s. a. Nr. 113. Zur erfolglosen Kandidatur *Schippels* vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 35; Adler, Briefwechsel S. 346 Anm. 11.

[5]) Nach § 26 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Reichstages wurden die Kommissionsmitglieder von den 7 Abteilungen des Reichstages gewählt. Die Zugehörigkeit zu den Abteilungen wurde nach § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung durch das Los bestimmt. Im Parlamentsgewohnheitsrecht spielten diese Bestimmungen lediglich eine fiktive Rolle. In der Praxis fiel die Entscheidung über die Kommissionsmitgliedschaft in den Fraktionen. Einen die Fraktionsstärken annähernd proportional berücksichtigenden Schlüssel über die Stärke der Vertretung der Fraktionen in den Kommissionen stellte der Seniorenkonvent auf; s. Hatschek S. 185—189. Nachdem sich am 12. 12. die Abteilungen konstituiert hatten, vgl. Sten. Berichte Bd. 165 S. 11 f., wurde am 10. 1. 1899 im Plenum das Resultat der Kommissionswahlen bekanntgegeben. Die 4. Abteilung hatte entsprechend vorhergehender Absprachen im Seniorenkonvent die in der Fraktionssitzung vom 6. 12. 1898 beschlossene Kandidatenliste der SPD en bloc gewählt; vgl. Sten. Berichte Bd. 165 S. 119—121.

[6]) Zur Zusammensetzung des Seniorenkonvents und zu seiner Sonderstellung innerhalb der Organisation des Reichstages vgl. Hatschek S. 175—191.

[7]) Ursprünglich *Meister*, abgeändert in *Bebel*.

e) in die Rechnungs-Kommission die Genossen *Blos* und *Wurm*.
f) in die Petitions-Kommission die Genossen *Calwer*, *Rosenow*, *Tutzauer* und *Schwartz*.[8])

Zum Generalredner beim Etat wurde *Vollmar* und bei dem Militärgesetz *Bebel* bestimmt.

Zur Teilnahme an dem im Januar nächsten Jahres stattfindenden Kongreß deutscher Seeleute wurden die Genossen *Metzger* und *Schwartz* delegiert.

Des weiteren wurde beschlossen, folgende Initiativanträge einzubringen:

a) Einführung obligatorischer Gewerbegerichte, ihre Ausdehnung auf die den Gewerbegerichten noch nicht unterstehenden Arbeiterkategorien und Verleihung des Wahlrechts an die Arbeiterinnen.[9])
b) Vorlegung eines Reichsberggesetzes.
c) Vorlegung eines Gesetzentwurfes betreffend die Erweiterung der Betriebsaufsicht unter Hinzuziehung weiblicher Beamter.
d) Abänderung bzw. Aufhebung des sogenannten Majestätsbeleidigungs-Paragraphen des Strafgesetzbuches.
e) Abänderung des Artikels 31 der Verfassung.
f) Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen.
g) Einen Gesetzentwurf das Recht der Vers[ammlung], der Vereinigung und der Koalition betreffend.[10])
h) Vorlegung eines Gesetzentwurfs den 8-Stunden-Tag betreffend.[11])

Des weiteren wurde Genosse *Molkenbuhr* beauftragt, Material zu einem Gesetzentwurf zu sammeln bezüglich des Schutzes der Kinder, die der Gewerbeinspektion nicht unterstellt sind.

Einen gleichen Auftrag erhalten die juristischen Mitglieder, um eine Novelle zur Änderung des Strafgesetzbuches vorzubereiten. — Grober Unfug, Sonntagsordnung etc.; denselben Genossen wird eine Beschwerde des Genossen *Horn* über eine ihm widerfahrene Rechtsbeugung überwiesen.[12])

Beschlossen wurde noch: Schleunigst die Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen die Genossen *Stadthagen*, *Thiele*, *Schmidt-Frankfurt*, *Bueb* und *Schmidt-Aschersleben* einzubringen.[13])

Singer W. Pfannkuch

---

[8]) Ursprünglich *Zubeil*, abgeändert in *Schwartz*.

[9]) S. Nr. 31.

[10]) S. Nr. 26 Anm. 1.

[11]) S. Initiativanträge *Agster* und Genossen Nr. 36—43, Sten. Berichte Bd. 172 (Anlagen) S. 182 f.

[12]) Vgl. *Heines* Ausführungen vor dem Plenum 22. 2. 1898, Sten. Berichte Bd. 166 S. 1040, und Entgegnung des stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat für das Königreich Sachsen, *Rüger*, vom gleichen Tage, Sten. Berichte Bd. 166 S. 1062.

[13]) Vgl. „Schleuniger Antrag *Agster* und Genossen" vom 8. 12. 1898, Sten. Berichte Bd. 172 (Anlagen) S. 181 f.

2.

14. 12. 1898: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Zu den seither eingebrachten Gesetzentwürfen bzw. Initiativanträgen[1]) wurden als Redner bestimmt, und zwar zum Antrag betreffend:

a) Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozeßordnung und des Strafgesetzbuches: Genosse *Haase.*

b) Abänderung des Absatzes 11 des § 360 des Strafgesetzbuches, große Anfrage: Die Genossen *Heine* und *Frohme.*[2])

c) Abänderung des § 55 des Strafgesetzbuches, Zeugnisverweigerung: Die Genossen *Schönlank* und *Schmidt-Aschersleben.*

d) Den Gerichtsstand der Presse: Die Genossen *Herzfeld* und *Oertel.*

e) Die Sicherstellung der geheimen Wahl: Genosse *Auer.*

f) Die Beaufsichtigung der Wasserstraßen: Genosse *Agster.*

g) Das Reichsberggesetz: Genosse *Sachse.*

h) Den Übergang der Fideikommisse in freies Eigentum: Genosse *Schönlank.*

i) Lex *Heinze* in Verbindung mit dem Amendement „die schwere Kuppelei" und die Ausdehnung der Sittlichkeitsdelikte auf die Arbeitgeber: Genosse *Bebel.*[3])

k) Aufhebung des Verbindungsverbotes p[olitischer] Vereine: Genosse *Singer.*

l) Den Diktaturparagraphen der Reichslande: Genosse *Bueb.*[4])

m) Die Gewerbegerichte: Genosse *Zubeil.*

n) Die Betriebsaufsicht: Genosse *Wurm.*

o) Aufhebung der Majestätsbeleidigungs-Paragraphen: Die Genossen *Frohme* und *Liebknecht.*

p) Die Aufhebung der Strafhaft während der Dauer der Session: Die Genossen *Liebknecht* und *Stadthagen.*

q) Das Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht: Die Genossen *v. Elm und Singer.*

r) Den Achtstundentag: Genosse *Kloß.*

s) Die Arbeitskammern: Die Genossen *Agster* und *Segitz.* Zur Ausarbeitung einer Resolution soll eine Kommission eingesetzt werden.[5])

t) Den Jesuiten-Antrag: Genosse *Blos.*

u) Die Beruf[sgenossenschaften][6]): Genosse *Molkenbuhr.*

[1]) Die von den Fraktionen des Reichstages eingebrachten Gesetzentwürfe.

[2]) S. Nr. 10 Anm. 6.

[3]) Vorschläge zur Änderung der Kuppelei-Paragraphen im Strafgesetzbuch (Lex *Heinze*), Antrag des Zentrums vom 7. 12. 1898 und Regierungsvorlage vom 3. 2. 1899 s. Sten. Berichte Bd. 171 (Register) S. 6260 ff. Zur Vorgeschichte der Lex *Heinze* vgl. Bachem VI S. 63 f.

[4]) Antrag auf Änderung des Gesetzes betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens vom 4. 7. 1879.

[5]) S. Nr. 23 Anm. 2.

[6]) Im Or. „Berufungsvereine", wahrscheinlich Schreibfehler des Protokollführers. Die „Berufsvereine" könnten gemeint sein, da aber *Molkenbuhr* als Sprecher zu Versicherungsfragen hervortrat, ist die Lesart „Berufsgenossenschaften" die wahrscheinlichste.

v) Den Gewerbebetrieb in den Werkstätten: Die Genossen *Molkenbuhr*, *Pfannkuch* und *Reißhaus*.
w) Die Werkführer etc., den Handelsangestellten gleichzustellen: Genosse *Singer*.
x) Die kaufmännischen Schiedsgerichte: Genosse *Singer*.
y) Die Behandlung der unter Zollaufsicht stehenden Betriebsstätten als Zollausland: Genosse *Schippel*.
z) Die Veredelung der Lederfabrikation, Denaturierung des Zuckers zu Viehfutter etc.: Genosse *Wurm*.
aa) Das Reichsarbeitsamt: Die Genossen *Molkenbuhr* und *Segitz*.[7])
ab) Die Selbstbeschäftigung der in Besitz der Ehrenrechte befindlichen Gefangenen. Eventuell Resolution zum Etat: Genosse *Heine*.
ac) Abänderung des § 316 des Strafgesetzbuches; Zulassung von Geldstrafe bei Gefährdung eines Eisenbahnzuges: Genosse *Heine*.

Des weiteren wurde beschlossen: Redner der Fraktion bei der 2. Lesung des Etats, Kapitel Reichsamt des Innern, sind die Genossen *Agster* und *Wurm*. Dito bei der Interpellation die Ausweisungen betreffend: Genosse *Liebknecht*.[8]) Interpellation die Fleischnot betreffend: *Stolle*. Nächste Sitzung am Mittwoch, dem 11. 1. 1899, zu der die Mitglieder schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungs-Verhandlung über den in dem Novemberheft der S[*ozialistischen*] *Monatshefte* erschienenen Artikel „War Friedrich Engels milizgläubig?"[9]) eingeladen werden sollen.

Singer W. Pfannkuch

[7]) S. Nr. 23 Anm. 2.

[8]) Stellungnahme zur Interpellation *Johannsen* zur Ausweisung dänischer Staatsangehöriger aus den nordschleswigschen Kreisen; vgl. Sten. Berichte Bd. 166 S. 939.

[9]) Isegrimm, Pseudonym für *Schippel*, „War Friedrich Engels milizgläubig?" in *Sozialistische Monatshefte*, 1898 S. 495—498; s. a. Nr. 3 Anm. 2.

3.

11. 1. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die von freisinniger Seite nachgesuchte Unterstützung des Antrags — die staatsrechtliche Stellung Lippes betreffend — wird abgelehnt. Die beschlossene Stimmenthaltung soll im Plenum motiviert werden.[1]) Der Antrag *Dietz*, die Beratung

[1]) Der Streit um die lippische Thronfolge wurde von der Deutschen Freisinnigen Volkspartei wegen der damit verbundenen Frage der Zuständigkeiten des Bundesrats nach Abs. 1 Art. 76 der Reichsverfassung, Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten, aufgegriffen. S. Antrag *Meier Jobs* zur Regelung der lippischen Thronfolge, Sten. Berichte Bd. 172 (Anlagen) S. 87; Rede *Lenzmanns* vom 17. 1. 1899, Sten. Berichte Bd. 165 S. 236—242. Die Fraktion der SPD nahm zu dieser Frage nicht Stellung.

über den Isegrimm-Artikel von der Tagesordnung abzusetzen, wird abgelehnt und nach eingehender Diskussion folgender Beschluß gefaßt:

Die Fraktion erklärt:

1. daß sie den Ton, in dem Genosse *Schippel* seinen Isegrimm-Artikel gegen *Engels* und die Partei geschrieben hat, auf das schärfste verurteilt;
2. daß sie auch sachlich den Inhalt des Artikels nicht billigt.[2])

Singer W. Pfannkuch

[2]) Zu der durch den Artikel *Schippels* ausgelösten Diskussion innerhalb der Gesamtpartei vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 248—281, besondere Stellungnahme *Schippels* S. 256—265; s. a. Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung S. 13; Ritter S. 187—191; Nachlaß Heine, Erinnerungen I S. 518.

4.

18. 1. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Als Fraktionsredner wurden bestimmt zu

a) Nr. 65 und 72 der Drucksachen, betreffend Weingesetz und den Verkehr mit Wein: die Genossen *Bueb* und *Dietz*;

b) Nr. 66 der Drucksachen, die Staatsangehörigkeit betr.: Genosse *Schippel*;

c) Nr. 69 der Drucksachen, die Reichstagswahlpflicht betr.: Genosse *Blos*.

Von der Bestellung eines offiziellen Redners zu den Nr. 59, 70 und 71 der Drucksachen — betr.:

a) Die Zollfestsetzung für veredelte Gewebe,

b) die Schlachtung der Tiere,

c) Verbot der Einwanderung der Juden, wird Abstand genommen;

d) Nr. 73 der Drucksachen, betr. Arbeitsnachweis: Genosse *Segitz*.

Auf Anregung erklärt die Fraktion: die Verwaltung der Arbeitsnachweise gebührt den Arbeitern; jedoch fördert die Fraktion jede Maßnahme, die auf eine Verbesserung der derzeitigen einseitig von Unternehmern geleiteten Arbeitsnachweise abzielt.[1])

Der Bewilligung eines Reichszuschusses für ein Goethe-Denkmal in Straßburg stimmt die Fraktion zu.

Singer W. Pfannkuch

[1]) Zur Problematik der Arbeitsnachweise s. a. Ritter S. 165 und Nr. 23 Anm. 2.

5.

25. 1. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Anstelle *Vollmars* wird der Genosse *Metzger* in die Budget-Kommission delegiert. Desgleichen in die Kommission die Gewerbegerichte betreffend die Genossen *Tutzauer* und *Zubeil*. Als Generalredner zum Bankgesetz wird Genosse *Schönlank* bestimmt und ihm aufgegeben, unter Betonung unseres prinzipiellen Standpunktes — der Verstaatlichung der Reichsbank — alle die Bedenken zur Sprache zu bringen, die zur Zeit gegen die Zweckmäßigkeit der Verstaatlichung sprechen. Für die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz wird Genosse *Molkenbuhr* bestimmt mit der Maßgabe, in nächster Fraktionssitzung über die vorgesehenen Änderungen zu referieren.[1]) Dem Antrag des Genossen *Schmidt-Magdeburg*, den Antrag auf Entbindung von seiner Immunität bei dem Reichstag einzubringen, wird stattgegeben.[2])

H. Meister W. Pfannkuch

[1]) S. Nr. 6.

[2]) *Schmidt-Aschersleben* war in ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung verwickelt, vgl. Sten. Berichte Bd. 165 S. 515 f., Bd. 168 S. 2769.

6.

1. 2. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Genosse **Molkenbuhr** erstattet das Referat über die Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Als Fraktionsredner werden die Genossen *Molkenbuhr* und *Wurm* bestimmt. Dieselben und eventuell die Genossen *Oertel*, *Segitz* oder *Sachse* sollen als Kommissionsmitglieder delegiert werden. Die Redner der Fraktion haben zwar das Für und Wider zu erörtern, jedoch die Stellungnahme der Fraktion offenzulassen.

Singer W. Pfannkuch

7.

8. 2. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

In der Diskussion über das Postgesetz wurde die Stellungnahme der Fraktion wie folgt präzisiert:

Eine grundsätzlich ablehnende Stellung ist nicht einzunehmen. Die Zustimmung soll abhängig gemacht werden von der Übertragung der von den Privatanstalten eingeführten Verkehrserleichterungen[1]) auf die Reichspost. Die Übertragung hat in Form gesetzlicher Festlegung zu geschehen. Des weiteren soll eine höhere Entschädigung für die eine längere Zeit im Dienst der Privatanstalten Befindlichen gefordert werden.[2]) Als Redner der Fraktion wurden die Genossen *Singer* und *Dietz* bestimmt.

Bei Erörterung der Interpellation *Kanitz* Nr. 117 der Drucksachen wird Genosse *Bebel* den Standpunkt der Fraktion vertreten.

Desgleichen bei der Beratung der sogenannten Lex *Heinze* Nr. 112 der Drucksachen.[3])

Zu Generalrednern bei dem Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen der Zivil- und Strafprozeßordnung Nr. 108 der Drucksachen werden die Genossen *Frohme* und *Herzfeld* vorgesehen.

Die Diskussion über die Novelle zum Invaliditätsgesetz ergab, daß die Zustimmung der Fraktion von dem Ausmerzen agrarischer Forderungen abhängig zu machen sei. Als solche wurden die Übernahme der Kosten, die Einführung der Krankenversicherung auf die jetzt dem Krankenkassengesetz nicht Unterstehenden und die Übernahme der Kosten der vorgesehenen Rentenstellen bezeichnet.

Nächster im Plenum zu behandelnder Initiativantrag der Fraktion soll das Berggesetz sein.[4])

Singer Pfannkuch

[1]) Gemeint ist die Beförderung von Zeitungsdrucksachen: „Die Reichsverwaltung" müsse dem Publikum „ebenso billige Tarife gewähren als die Privatanstalten", s. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 51.

[2]) Die SPD-Fraktion stellte in der Kommissionsverhandlung die Forderungen: Keine Verteuerung der Tarife, s. Anm. 1, Entschädigung der Angestellten von Privatpostanstalten bzw. deren Übernahme in den Dienst der Reichspost unter Anrechnung der vorhergehenden Beschäftigung, Sonntagszustellung von Zeitungen; vgl. Bericht der XIX. Kommission vom 16. 5. 1899, Sten. Berichte Bd. 174 (Anlagen) S. 2122—2149; Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 51.

[3]) Zur ersten Beratung der Lex *Heinze* s. Rede *Bebels* vom 9. 3. 1899, Sten. Berichte Bd. 166 S. 1420—1427.

[4]) S. Antrag *Agster* und Genossen auf Vorlage eines Reichs-Berggesetzes, Sten. Berichte Bd. 172 (Anlagen) S. 182.

8.

15. 2. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Beschlossen wird die Einbringung eines schleunigen Antrags betreffend die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Genossen *Stadthagen* wegen Beleidigung der preußischen Richter, Polizeibeamten etc.[1])

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 165 S. 121.

Für die Beratung des Hypothekengesetzes werden die Genossen *Calwer* und *Stadthagen* als Redner bestimmt. Aufgabe der Genossen soll es sein, die hypothekarische Sicherstellung der Forderungen der Bauhandwerker an Bauten zu vertreten.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs „Die gemeinsamen Rechte von Gläubigern an Schuldverschreibungen" wird sich die Fraktion passiv verhalten.

An der Besprechung der bundesrätlichen Verordnung vom 28. 1. dieses Jahres, die Einrichtung und den Betrieb der Roßhaarspinnereien etc. betreffend, wird sich Genosse *Oertel* beteiligen.

Die juristischen Mitglieder der Fraktion werden beauftragt, für die Abänderung des Absatzes 11 des § 360 des Strafgesetzbuches eine passende Form zu finden.

Der Antrag 96 der Drucksachen, die Gefährdung eines Eisenbahntransports betreffend, soll zugunsten des Antrags *Gröber*, Nr. 120 der Drucksachen, zurückgezogen werden.

Singer Pfannkuch

9.

22. 2. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Für den Gesetzentwurf, die Gebührenordnung des Fernsprechwesens betreffend, Nr. 129 der Drucksachen, wurden die Genossen *Dietz* und *Singer* bestimmt.

Desgleichen für den Gesetzentwurf, die Vieh- und Fleischschau betreffend, Nr. 138 der Drucksachen Genosse *Wurm*. Forderungen der Fraktion sind:

a) Internationale Vereinbarungen;

b) Einschränkung bundesrätlicher Bestimmungen;

c) Obligatorische Viehversicherung mit eventuellem Reichszuschuß.

Auf Anregung der Kommission-Mitglieder der Gewerbegerichts-Kommission wird die selbständige Stellung eines Antrags auf Einführung des Proportionalwahlsystems abgelehnt.[1]) Wird ein diesbezüglicher Antrag von anderer Seite eingebracht, so ist derselbe unsererseits zu unterstützen.

Singer Pfannkuch

[1]) S. a. Nr. 31.

10.

12. 4. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Bei Besprechung der von den Freisinnigen beabsichtigten Interpellation Samoa betreffend[1]) wird Genosse *Liebknecht* den Standpunkt der Fraktion vertreten.

Genosse **Hoch** regt eine Interpellation darüber an, welche Maßregeln zum Schutze der Bauarbeiter seitens der Bundesregierungen infolge des Rundschreibens des Staatssekretärs des Innern vom 30. Juni 1898 getroffen sind bis zum 1. April 1899, evtl. welche Schritte der Reichskanzler zum Schutze der Bauarbeiter zu tun gedenkt? Der Anregung soll in einem späteren Stadium der Session Folge gegeben werden.

Genosse *Herzfeld* wird beauftragt, in der nächsten Sitzung über die Kommissionsverhandlungen die Lex *Rintelen* und die Lex *Salisch* betreffend Bericht zu erstatten.[2]) Desgleichen Genosse *Singer* über die Novelle zur Gewerbeordnung.[3])

Genosse **Molkenbuhr** gibt bekannt, daß bekannte Sozialpolitiker unter der Führung der Herren *von Berlepsch*, *Francke*, *Roesicke* etc.[4]) zur Teilnahme an einer Konferenz zur Förderung des Arbeiterschutzes eingeladen haben. Hauptzweck der Konferenz ist die Einsetzung eines leitenden Komitees und Errichtung eines aus privaten Mitteln zu unterhaltenden internationalen Büros. Genosse *Molkenbuhr* ist mit einer Einladung bedacht worden[5]), hegt jedoch gewichtige Bedenken, derselben Folge zu geben, und wünscht, die Meinung der Fraktion darüber zu hören. Da sowohl aus dem Inhalt des Statutenentwurfs, der die Einsetzung und Befugnisse des Komitees bzw. Büros regelt, als wie auch aus der getroffenen Auslese der mit einer Einladung bedachten bekannteren Sozial-

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 173 (Anlagen) S. 1531 f.

[2]) S. Nr. 12, Referat *Herzfeld*. Zu den Änderungen und Ergänzungen zur Strafprozeßordnung, Bestrafung wissentlich falscher unbeeideter Aussagen, Anträge *Rintelen* und *Salisch*., s. Sten. Berichte Bd. 171 (Register) S. 6263.

[3]) S. Nr. 11, Referat *Pfannkuch*.

[4]) *Hans Hermann Frhr. v. Berlepsch*, 1890—1896 preußischer Minister für Handel und Gewerbe, setzte sich nach seinem Rücktritt für soziale Reformen, vor allem im Rahmen der „Gesellschaft für soziale Reform" ein, s. a. Anm. 5. Professor Dr. *Ernst Francke*, Herausgeber der Zeitschrift „*Soziale Praxis*" war der Generalsekretär der „Gesellschaft für Soziale Reform". *Gustav Roesicke*, als MdR Hospitant bei den Deutsch-Konservativen war Vorsitzender des „Bundes der Landwirte".

[5]) Nach von Berlepsch, Sozialpolitische Erfahrungen und Erinnerungen, M.-Gladbach 1925, S. 60, waren die Gründer der „Gesellschaft für Soziale Reform" bereit gewesen, „Sozialdemokratisch gesinnte Mitglieder und namentlich Vertreter der freien Gewerkschaften aufzunehmen. Es wurden Verhandlungen mit ihnen eingeleitet, die aber zu einer Ablehnung führten. Als Gründe wurden angegeben, daß nicht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sondern einzelne Mitglieder zum Beitritt aufgefordert wären — wie das ganz allgemein geschehen war — und daß der Sozialdemokratie nicht der genügende Einfluß in der Gesellschaft gesichert sei." S. a. Varain S. 21 f.

demokraten offensichtlich das Bestreben erkennbar ist, daß die eingeladenen Sozialdemokraten der Konferenz nur als Dekoration dienen sollen, resolviert die Fraktion dahin:

Die Mitglieder der Fraktion haben der Einladung keine Folge zu geben. Den Genossen wird der Beschluß durch Veröffentlichung im *Vorwärts*[6]) bekanntgegeben.[7])

Mit der Formulierung eines Antrags, zur Beseitigung des mit Absatz 11 des § 360 des Strafgesetzbuches getriebenen „groben Unfugs", wird Genosse *Heine* beauftragt.[8])

H. Meister Pfannkuch

[6]) Vgl. *Vorwärts* 14. 4. 1899: „[...] Auch sei den Parteigenossen, die nicht Mitglieder der Fraktion seien, der Nichtbesuch zu empfehlen. In diesem Sinne wurde einstimmig beschlossen."

[7]) Letzter Satz von *Pfannkuch* nachträglich in Or. eingefügt.

[8]) Die SPD war am § 360 Abs. 11 des Strafgesetzbuches besonders interessiert, weil er zum Vorgehen gegen Streikposten herangezogen wurde. Die Fraktion brachte aber einen eigenen Antrag zur Abänderung nicht ein. Zum Antrag der Freisinnigen Volkspartei vom 6. 12. 1898, der unerledigt blieb, s. Sten. Berichte Bd. 172 (Anlagen) S. 88; s. a. Rede *Bassermanns* vom 20. 6. 1899, Sten. Berichte Bd. 167 S. 2668.

11.

18. 4. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Genosse **Pfannkuch** erstattet das Referat über die Novelle zur Gewerbeordnung.[1]) Die Diskussion ergibt, daß die Fraktion einstimmig in folgenden Forderungen ist:

a) Beseitigung der Heimarbeit bzw. Hausindustrie.

b) In der Verneinung der Ausdehnung der Konzessionspflicht auf das Gewerbe der Stellenvermittler und der Gesindevermieter. Zu letzteren sind die Theateragenten und Heuerbaase[2]) zu zählen.

c) In der anderweitigen Organisation der Gewerbeinspektion und des Arbeitsnachweises, aufgebaut auf den Arbeitskammern, dem Arbeitsrat und dem Arbeitsamt.[3])

Als Redner der Fraktion werden die Genossen *Bebel* und *Pfannkuch* bestimmt, die auch nebst den Genossen *Reißhaus* und evtl. *Molkenbuhr* für die Kommission vorgesehen werden.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Nr. 21.

[2]) Agenten von Büros zur Vermittlung von Schiffspersonal.

[3]) Vgl. Nr. 4 und Nr. 22, 23.

12.

26. 4. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion delegiert den Genossen *Thiele* an Stelle *Rosenows* in die Petitions-Kommission.

Die Beschlüsse des schlesisch-posenschen Parteitags sind der Fraktion von dem Genossen *Keller-Görlitz* zur Kenntnisnahme überreicht.[1])

Zum Referenten einer für den 3. Mai vorgesehenen Versammlung der Angestellten der Berliner Theater wird Genosse *Reißhaus* bestimmt.

Über die Stellungnahme bzw. Abstimmung der Fraktion bei der 2. Lesung im Plenum wurde beschlossen wie folgt:

Organisation der Reichsbank:[2])

Artikel 1. Die Erhöhung des Bankkapitals auf 180 Millionen Mark abzulehnen.

Artikel 2. Die Fraktion bringt den Antrag ein, daß die Dividende der Anteilseigner nach der unter Ziffer 1 und 3 der Kommissionsbeschlüsse gegebenen Berechnung 5% nicht übersteigen darf.[3]) Wird der Antrag abgelehnt, stimmt die Fraktion für 6%, eventuell [für] die Kommissionsbeschlüsse.

Artikel 3. Unter Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse für die Regierungsvorlage zu stimmen. Betrifft die Besteuerung der umlaufenden ungedeckten Noten.

Artikel 5. Paragraphen 1—3, den Diskontsatz der Reichs- und Privatnotenbanken betreffend: Für die Kommissionsbeschlüsse.

Artikel 6. Öffentliche Zeichnung der Anteilscheine: Für die Kommissionsbeschlüsse.

Artikel 7. Paragraphen 1—3 unverändert nach der Regierungsvorlage; betreffend die Einlösung der Noten der Preußischen Bank. Termin 1. Januar 1901. Die Fraktion stimmt gegen beide eingebrachten Resolutionen. Nr. 1 betreffend die Diskontierung von Genossenschaftswechseln unter Berücksichtigung der Haftsummen. Nr. 2 die Zinsfestsetzung für Lombarddarlehen auf $^1/_2$ Prozent über den Bankdiskont.

Die Begründung der Anträge bzw. Stellung der Fraktion ist zunächst Aufgabe der Kommissionsmitglieder, ohne daß damit dem Redebedürfnis der Kollegen Abbruch getan werden soll.

Über die Kommissionsverhandlungen, über die Lex *Rintelen*, Nr. 17 der Drucksachen, und über die sogenannte Lex *Salisch*, Nr. 108 der Drucksachen, erstattet Genosse **Herzfeld** Bericht.[4]) Den Kommissionsmitgliedern wird aufgegeben, unter

[1]) Der Parteitag „der ein Agitationsgebiet bildenden Provinzen Schlesien und Posen" fand am 2. 4. 1899 in Görlitz statt; vgl. *Vorwärts* vom 5. 4. 1899.

[2]) Vorstehende drei Worte in Or. nachträglich von *Pfannkuch* eingefügt.

[3]) S. Antrag *Auer* und Genossen, Sten. Berichte Bd. 173 (Anlagen) S. 1633; zur Regierungsvorlage vgl. Sten. Berichte Bd. 172 (Anlagen) S. 839 ff.

[4]) S. Nr. 10 Anm. 1.

Zuziehung unserer Juristen bis zur nächsten Sitzung der Fraktion die Anträge vorzubereiten, die von der Fraktion bei der zweiten Lesung im Plenum eingebracht werden sollen.

Singer Pfannkuch

13.

3. 5. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] teilt den Beschluß des Seniorenkonvents mit, nach dem das Gesamtbüro mit der Vertretung des Reichstags bei der Leichenfeier Dr. *Simsons* betraut ist.[1]) Die Teilnahme steht außerdem jedem Mitglied des Reichstags frei. Treffpunkt Neue Kirche. Eine offizielle Vertretung der Fraktion wird nicht beliebt.

Durch eine nochmalige Besprechung der an Mitglieder der Fraktion ergangenen Einladung behufs Teilnahme an der unter der Führung *Berlepschs*[2]) vorgesehenen Arbeiterschutz-Konferenz veranlaßt, bestätigt die Fraktion die eingenommene ablehnende Haltung.[3]) Bei den Verhandlungen über das Gesetz betreffend die Kanalgebühren soll[en] *Metzger* [und] eventuell, wer das Bedürfnis dazu hat, reden.

Des weiteren werden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Kommissionsmitglieder haben die Verpflichtung, nach Abschluß der Kommissionsverhandlungen die Anträge vorzubereiten und der Fraktion zu unterbreiten, die für die 2. Lesung im Plenum eingebracht werden sollen. Die Vertretung der Anträge steht den Kommissionsmitgliedern zu.
2. Die bereits unter dem Vordruck „*Auer* und Gen." zu der Lex *Rintelen*[4]) eingebrachten Anträge gelten als von der Fraktion gestellt.[5])
3. Für die von den Genossen *Frohme* und *Stadthagen* gestellten Anträge steht den Kommissionsmitgliedern die Abstimmung frei, soweit die Anträge nicht in früheren Verhandlungen bereits vorgelegen haben.[6])

[1]) *Eduard von Simson*, liberaler Politiker, Präsident der Frankfurter Nationalversammlung und 1. Präsident des Deutschen Reichstages (1867—1873), war am 2. Mai gestorben; vgl. Sten. Berichte Bd. 167 S. 2021.

[2]) Name im Or. nachträglich doppelt unterstrichen.

[3]) Vgl. Nr. 10 Anm. 5.

[4]) Vgl. Nr. 10 Anm. 2.

[5]) S. Abänderungsanträge *Auer* und Genossen vom 28. 4. 1899, Sten. Berichte Bd. 173 (Anlagen) S. 1638—1640.

[6]) S. Abänderungsanträge *Frohme* und *Stadthagen* vom 28. 4. 1899, Sten. Berichte Bd. 173 (Anlagen) S. 1665—1667.

4. Die Abstimmung über Gesetze in 3. Lesung wird durch Fraktionsbeschluß festgestellt.
5. Zur Lex *Rintelen* sollen namens der Fraktion Anträge gestellt werden, die bezwecken:
   a) Die Entscheidung über die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft ist in öffentlicher Gerichtssitzung nach Anhörung des Angeschuldigten zu entscheiden.
   b) Obligatorische Verteidigung.
   c) Die Bestimmung der Lex *Salisch*, die Bestrafung uneidlich unwahrer Aussagen betreffend, soll durch Ablehnung erledigt werden.

Endlich wird beschlossen, daß die von Fraktions wegen einzubringenden Anträge unter dem Vordruck von „*Albrecht* und Genossen" zu erfolgen haben.

Singer Pfannkuch

14.

9. 5. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Über den Gesetzentwurf eines Invalidenversicherungsgesetzes[1]) in Verbindung mit den von den Kommissionsmitgliedern gestellten Anträgen, Nr. 276 der Drucksachen[2]), referiert Genosse **Molkenbuhr.**[3]) Außer redaktionellen Änderungen unter den Ziffern 9, 16, 21 und 30 werden die Anträge angenommen und seitens der Fraktion eingebracht.

In die zu verstärkende Gewerbeordnungs-Kommission wird Genosse *Hoch* delegiert.

Der Wunsch *Bebels*, sich der Immunität begeben zu dürfen, um den Prozeß kontra *Finke* zum Abschluß zu bringen, wird von *Bebel* aufgegeben, da der Beschwerdeweg noch nicht erschöpft ist.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 172 (Anlagen) S. 577 ff.
[2]) S. Sten. Berichte Bd. 174 (Anlagen) S. 1983 ff.
[3]) Vgl. Nr. 2.

15.

10. 5. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende **[Singer]** teilt das Ergebnis der eben stattgefundenen Beratung des Seniorenkonvents mit. Danach hat der Präsident die Absicht, das Invaliden-

versicherungsgesetz in 2. Lesung zu Ende zu führen, ehe die Pfingstferien eintreten. Er hofft, seine Absicht bis zum Donnerstag nächster Woche zu erreichen.

Der Bitte des Präsidenten, die Fraktionen möglichst zusammenzuhalten, sei der Hinweis von ihm, *Singer*, und auch *Richter* entgegengesetzt, daß man den Mitgliedern, die zu Haus dringende Berufsgeschäfte zu erledigen hätten, nicht zumuten könne, nächste Woche in Berlin zu bleiben. Außerdem sei der Präsident ersucht, über eine nach Pfingsten bis zum Herbst eintretende Vertagung des Reichstages mit dem Reichskanzler zu verhandeln.

Einer Einladung der Genossen Kopenhagens, einen Vortrag dort zu halten, werden die Genossen *Vollmar* und *Förster* Folge leisten.

Die Fraktion beschließt, in eine nochmalige Beratung der Einladung zum Eintritt in das Komitee zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes einzutreten.[1])

Die eingehende Diskussion schloß mit folgendem Beschluß ab:

1. Die Fraktion hält an dem in der Sache am 12. April gefaßten Beschluß fest. Die Fraktion hat keinen Grund gefunden, von ihrem Beschluß auf Nichtbeteiligung abzuweichen.
2. Genosse *Bebel* erhält den Auftrag, Professor *Sombart* von dem Beschluß der Fraktion Kenntnis zu geben.
3. Der Beschluß der Fraktion ist im *Vorwärts* zu veröffentlichen.[2])

Letzteres ist in der Nr. 109 vom 11. Mai wie folgt geschehen:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat infolge erneuter Versuche aus den Kreisen des Komitees für Arbeiterschutz, das aus der Initiative des Herrn *v. Berlepsch* und Genossen hervorgegangen ist, am 10. dieses Monats noch einmal über die Frage beraten, ob sie sich an den Arbeiten dieses Komitees beteiligen solle. Die Fraktion hat keinen Grund gefunden, von ihrem Beschluß auf Nichtbeteiligung abzuweichen.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Nr. 10 Anm. 5.

[2]) Vgl. *Vorwärts* vom 11. 5. 1899.

16.

13. 5. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Genosse **Singer** teilt aus den Verhandlungen im Seniorenkonvent mit, daß die Absicht bestehe, die Vertagung des Reichstags vom 20. Juni bis eventuell den 20. November eintreten zu lassen. Als Voraussetzung des Eintritts der Vertagung sei die Erledigung des Invaliditätsgesetzes und einiger weiterer noch näher vom

Reichskanzler zu bezeichnender Gesetze vorgesehen. Der Wunsch des Präsidenten gehe auch dahin, die 2. Lesung des Invaliditätsgesetzes noch vor Pfingsten zu beenden.

Demzufolge resolvierte die Fraktion dahin:

1. Die Beschlußfähigkeit des Hauses nicht anzuzweifeln und
2. Namentliche Abstimmungen bei der 2. Lesung nicht zu beantragen.

Singer Pfannkuch

17.

17. 5. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Genosse **Liebknecht** regt an, ob in Anbetracht der Angriffe der Presse bezüglich des Verhaltens der Fraktion in Sachen des internationalen Komitees für Arbeiterschutz[1]) es angezeigt sei, daß der *Vorwärts* eine detaillierte Darstellung über die Verhandlungen der Fraktion über diesen Gegenstand bringe. Die Fraktion lehnt es ab, der Anregung Folge zu geben, betont jedoch, der *Vorwärts* habe die Pflicht, die Angriffe der gegnerischen Presse in entschiedener Form abzuweisen.

Die in 10 Nummern vorgelegte 2. Serie der Anträge zum Invalidenversicherungsgesetz sowie die in Artikel 2 vorgelegten Anträge zum Krankenversicherungsgesetz werden nach einigen redaktionellen Änderungen gutgeheißen.[2])

Bei den Abstimmungen der sonstigen Anträge etc. übernehmen die Kommissionsmitglieder die führende Rolle. Die Einbringung der Resolutionen betr. die Ausdehnung der Krankenversicherung sowie der Witwen- und Waisenversicherung erfolgt bei der 3. Lesung des Gesetzes.

Genosse **Stadthagen** bemängelt die parlamentarische Berichterstattung des *Vorwärts* im allgemeinen und die bei der Beratung über das Invalidenversicherungsgesetz gepflogene im besonderen. Die Berechtigung der Ausstellungen wird anerkannt und der Vorstand beauftragt, durch Rücksprache mit *Baake* und der Redaktion die Abstellung der Übelstände herbeizuführen.[3])

Singer Pfannkuch

[1]) S. Nr. 10 Anm. 5; Nr. 15.

[2]) Vgl. Änderungsanträge „*Albrecht* und Genossen" vom 9. 5. 1899, Sten. Berichte Bd. 174 (Anlagen) S. 1983 ff.

[3]) *Curt Baake*, 1864—1938, Gründer der „Freien Volksbühne" in Berlin, Leiter eines Büros für Parlamentsberichterstattung; vgl. Nr. 32; Stampfer, Erfahrungen S. 97; s. a. Osterroth, Biographisches Lexikon S. 13.

18.

6. 6. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Es erfolgt die Festsetzung der Referenten für die auf den 7. Juni in Berlin und Umgegend einberufene 19. Protestversammlung gegen die Zuchthausvorlage.[1]) Namens der Berliner Vertrauensleute beantragen die Genossen *Ernst*[2]) und *Wengels* eine Aussprache der Kollegen der Wahlprüfungskommission[3]) mit den Vertrauensleuten in bezug auf den Protest der Wahl im Kreise Gauch-Belzig. Die Fraktion lehnt es ab, auf den Wunsch der Genossen einzugehen, wozu um so weniger Veranlassung vorliegt, da Genosse *Ewald* als Beschwerdeführer ausreichende Aufklärung in der Sache von dem Kollegen *Stadthagen* erhalten habe. Die Fraktion beschließt, der ersten Lesung der Zuchthausvorlage in der jetzigen Tagung zuzustimmen.[4]) Ebenso sollen der Erledigung des Invalidenversicherungsgesetzes Schwierigkeiten nicht bereitet werden. Eine eventuelle namentliche Abstimmung soll nur bei § 130 in Erwägung gezogen werden.

Singer Pfannkuch

[1]) Ein Gesetzentwurf zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, der in seinem § 8 in bestimmten Fällen die Herbeiführung und Förderung von Streiks mit Zuchthaus zu bestrafen vorschlug, allgemein Zuchthausvorlage genannt, war am 2. Juni 1899 dem Reichstag vorgelegt worden; vgl. Sten. Berichte Bd. 171 (Register) S. 6054; s. a. Schulthess 1899 S. 96—98; Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 55 f.

[2]) Gemeint ist wahrscheinlich der 1864 geborene Buchdrucker und spätere Firmenträger der Druckerei des *Vorwärts Eugen Ernst*.

[3]) Im Or. „W.Pfr.C."

[4]) S. Anm. 1.

19.

7. 6. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Genosse **Singer** macht Mitteilung über im Seniorenkonvent getroffene Vereinbarungen über die Geschäftslage. Die Regierung stimmt der Vertagung zu. Dieselbe soll bis zum 15. November dieses Jahres dauern. Als vor der Vertagung zu erledigende Arbeiten sind von der Regierung bezeichnet:

Die Verabschiedung der Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz, der Nachtragetat, das Handelsabkommen mit England, die Gebührenordnung für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, die Vorlagen über das Flaggenrecht, die Hypotheken-

banken und die Schuldverschreibungen, sowie die erste Lesung über die Zuchthausvorlage. Als Redner für dieselbe werden die Genossen *Heine*[1]) und *Bebel*[2]) bestimmt. Seitens des Reichstags wird die Erledigung der Wahlprüfungen gewünscht, über die die Berichte vorliegen. In bezug auf die geschäftliche Behandlung der Zuchthausvorlage beschließt die Fraktion, gegen eine Verweisung der Vorlage an eine Kommission zu stimmen.[3])

Als Gäste der Fraktion sind anwesend die Mitglieder der Generalkommission *Legien*[4]) und *Demuth*.[5]) Dem Wunsche derselben, die Priorität der Agitation gegen die Zuchthausvorlage der Generalkommission zu überlassen, wird zugestimmt. Geäußerte Wünsche für die in einem späteren Stadium seitens der Partei zu betreibende Agitation, wie Sammlung und Sichtung ergangener Urteile, Sammlung von Material zur Widerlegung der dem Gesetz beigegebenen Denkschrift[6]) etc. werden dem Vorstand zur Erledigung überwiesen.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Nachlaß Heine, Erinnerungen I S. 469—471: „Meine Fraktionskollegen[...] übertrugen mir noch in derselben Session eine viel wichtigere Aufgabe, die Vertretung bei der Beratung des sogenannten Zuchthausgesetzes. [...] Vor dem Auseinandergehen des Reichstags im Sommer 1899 fand die erste Lesung statt, bei der ich in einer scharfen Rede das von allen Seiten zusammengeholte, lügenhaft aufgebauschte und trotzdem dürftige Begründungsmaterial zerpflückte. Die Nationalliberalen waren gespalten; ein Teil wollte den Entwurf einer Kommission überweisen, was eben zu solchen Handelsgeschäften hätte führen können, die wir vermeiden wollten. Das Zentrum schwankte anfänglich, aber der alte *Lieber* hielt eine groß angelegte, von wahrem Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft erfüllte Rede gegen das Gesetz; die christlichen Arbeiter ließen es an dem nötigen Druck nicht fehlen, und so erhielt der kaiserliche Entwurf nicht einmal die Ehre eines ‚Begräbnisses erster Klasse' in der Kommission, sondern es wurde beschlossen, die zweite Lesung im Plenum bis nach den Sommerferien zu verschieben. Diese wurde dann in einer halben Stunde abgemacht: Die Fraktionsführer gaben die kurze Erklärung ab, daß sie den Entwurf nicht für eine geeignete Grundlage einer weiteren Beratung hielten, und er wurde mit großer Mehrheit abgelehnt." S. a. Sten. Berichte Bd. 167 S. 2735—2750; Bachem VI S. 19; Ritter S. 39 ff.; Varain S. 19 f. Vgl. Nr. 18 Anm. 1.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 167 S. 2644—2658.

[3]) Abstimmung am 22. 6. 1899, vgl. Sten. Berichte Bd. 167 S. 2764.

[4]) *Legien, Carl*, Vorsitzender der Generalkommission der Freien Gewerkschaften seit 1890. 1893—1898 Mitglied des Reichstags, wiedergewählt 1903.

[5]) Nähere Angaben zur Person liegen nicht vor.

[6]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 174 (Anlagen) S. 2238 ff.

20.

13. 6. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion beschließt die in Anlage A unter Nr. 1—6 vorliegenden Anträge zu den Paragraphen 4, 12, 17, 40, 51 und 130a—e zu der Novelle zum Invaliden-

versicherungsgesetz einzubringen.[1]) Desgleichen stimmt die Fraktion für die Errichtung der Rentenstellen auch dann, wenn unsere Anträge bezüglich des Wahlverfahrens abgelehnt werden sollten. Weitere Anträge sollen nicht gestellt werden. Die von dem Genossen *Stadthagen* vorgeschlagene Resolution betreffend die Krankenversicherungspflicht der ländlichen Arbeiter soll eingebracht werden.

Als Redner für die Generaldebatte wird Genosse *Molkenbuhr* bestimmt. Ferner beschließt die Fraktion, in der Endabstimmung für das Gesetz zu stimmen auch in dem Fall, daß unsere sämtlichen Anträge abgelehnt werden sollten. Sollten wider Erwarten noch Verschlechterungsanträge angenommen werden, so behält sich die Fraktion eine nochmalige Beschlußfassung über ihre Endabstimmung vor. Auszählungen und namentliche Abstimmungen sollen nicht beantragt werden. Der Antrag, die namentliche Abstimmung über § 40f — Abgrenzung der Wahlberechtigung — zu beantragen, wird abgelehnt.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 174 (Anlagen) S. 2346 ff.

21.

21. 6. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende **[Singer]** regt die Frage an, ob und welche Anträge bei der 2. Lesung der Zuchthausvorlage seitens der Fraktion einzubringen sind. Desgleichen bei der 2. Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung.[1]) Die Fraktion beschließt zur Vorbereitung der bezüglichen Anträge die Einsetzung einer Kommission, die bis zum Zusammentritt des Reichstags am 14. November dieses Jahres eine Vorlage für die Beratung und Beschlußfassung der Fraktion legislatorisch zusammenstellen soll. In die Kommission werden die Genossen *Bebel*, *Heine*, *Molkenbuhr*, *Singer*, *Stadthagen* und *Wurm* gewählt.

Genosse *Hoch* wird mit der Abfassung des parlamentarischen Berichts an den Parteitag beauftragt.[2])

Zur Ausführung für die vom Vorstand vorgesehene allgemeine Agitation[3]) haben sich nach geschehener Umfrage 12 Kollegen zur Verfügung gestellt.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Nr. 22 Anm. 3 und Nr. 24 Anm. 2.

[2]) Vgl. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in: Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 35—56.

[3]) Zur Agitation gegen die Zuchthausvorlage s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 56.

22.

15. 11. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Die Fraktion stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden [*Singer*] zu, für die Vorschläge der Kommission bezüglich der Entschädigung der Besitzer der Privatpostanstalten zu stimmen. Der gedruckt vorliegende Antrag *Herzfeld* zum Postgesetz[2]) soll namens der Fraktion eingebracht werden.

Nunmehr gelangt der von der am 21. Juni dieses Jahres eingesetzten Kommission[3]) vorbereitete Entwurf, die Abänderung der Gewerbeordnung [betreffend][4]), zur Beratung. Derselbe wird mit einigen Ergänzungen der Paragraphen 152, 152a und 107a zum Strafgesetzbuch gutgeheißen. Die sofortige Einbringung wird abgelehnt und der Termin der späteren Einbringung vorbehalten.

Nach einem einleitenden Referat **Bebels** über den von der vorhin genannten Kommission gleichfalls vorbereiteten Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes[5]), von Arbeitsämtern und Arbeitskammern, beschließt die Fraktion die Vertagung der Beratung und setzt die nächste Sitzung auf Donnerstag den 16. currentis fest.

Pfannkuch Bebel

[1]) Überschrift im Or.: „Session 1899/1900, Sitzung vom [...]". Der Reichstag war jedoch am 22. 6. 1899 durch kaiserliche Verordnung mit „Zustimmung des Reichstages" — vgl. Reichsverfassung Art. 26 — „vertagt", s. Sten. Berichte Bd. 167 S. 2768, und nicht „geschlossen" worden. Eine neue Session hatte also nicht begonnen. Zur parlamentsrechtlichen Bedeutung der „Schließung" und „Vertagung" des Reichstages s. Einl.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 175 (Anlagen) S. 2524 und Rede *Herzfeld* vor dem Plenum vom 16. 11. 1899, Sten. Berichte Bd. 168 S. 2838—2840; s. a. Nr. 7 Anm. 2.

[3]) Es handelte sich hier um eine Unterkommission der Fraktion; s. Nr. 21.

[4]) Vgl. Nr. 24.

[5]) Vgl. Nr. 23.

23.

17. 11. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Zur Geschäftsordnung teilt Genosse **Bebel** mit, daß Dr. *Lieber*[1]) die Absicht habe, seine Anträge zur Sicherung des Koalitionsrechtes bei der 2. Lesung des Zuchthausgesetzes einzubringen, und stellt den Antrag:

[1]) *Ernst Lieber*, Abg. der Zentrumspartei.

Sofort nach dem Einbringen der Anträge Dr. *Liebers* unseren Entwurf[2]) dem Büro des Reichstags zu überreichen.

Der Antrag wird mit 13 gegen 9 Stimmen angenommen.

Ein Antrag des Genossen *Sachse*, bei der Beratung der Zuchthausvorlage[3]) den Versuch zu machen, die Sicherung erworbener vermögensrechtlicher Ansprüche von Mitgliedern der Knappschaftskassen etc. gesetzlich festzulegen, wird, als nicht zu der Materie gehörig, abgelehnt.

Die Fraktion erledigt sodann die Durchberatung des Entwurfs des Gesetzes [über] die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes etc. Änderungen werden vorgeschlagen und angenommen zu den Paragraphen 2, 5, 12, 13, 28 und 30. Die Paragraphen 31 bis incl. 40 werden zurückgezogen. Die Fraktion betraut die Genossen *Bebel*, *Pfannkuch* und *Wurm* mit der Redaktion des Entwurfs, wie derselbe sich durch die Amendierung gestaltet.

Pfannkuch Bebel

[2]) SPD-Gesetzentwurf über die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern, Sten. Berichte Bd. 175 (Anlagen) S. 2553 ff. — Die sozialdemokratische Fraktion hatte die Anträge des Zentrums (*Lieber*), des Freisinns und der Nationalliberalen nur soweit unterstützt, als sie für ihre Überweisung an die Kommission stimmte, s. Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 47, und eigene Änderungsvorschläge einbrachte; s. dazu Nr. 2, Nr. 4 und Nr. 11.

[3]) Vgl. Nr. 18 Anm. 1.

24.

21. 11. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Beschlossen wurde:

Der Entwurf zur Sicherung des Koalitionsrechtes ist in der nächsten Nr. des *Vorwärts* zu veröffentlichen[1]) und als Antrag bei der 2. Lesung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung einzubringen.[2])

Die 4 Kommissionsmitglieder der Fraktion in der G[ewerbeordnungs-]K[ommission] erhalten ausnahmsweise die Ermächtigung, 3 Anträge[3]) unter ihrem Namen einzubringen.

Pfannkuch Bebel

[1]) Der Abdruck erfolgte am 22. 11. 1899.

[2]) S. Nr. 25 Anm. 2.

[3]) Handelt sich wahrscheinlich um Anträge innerhalb der Kommission.

25.

23. 11. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Einer Anregung des Genossen **Meister** folgend stimmt die Fraktion dem Vorschlag **Bebels** zu, der Redaktion der *Neuen Zeit* den Wunsch der Fraktion zu unterbreiten, Arbeiten des Schriftstellers *Leuß*[1]) fernerhin nicht anzunehmen.

Genosse **Tutzauer** fragt an, ob die Fraktion geneigt ist, über den Rahmen der vorliegenden Anträge hinaus die Gewerbeordnungsnovelle zu amendieren. Die Fraktion beschließt, sich zur Zeit auf die vorliegenden Anträge zu beschränken.

Die weiteren Verhandlungen zeitigen das Ergebnis der in den Nr. 455 und 457 der Drucksachen verzeichneten Anträge.[2])

Singer Pfannkuch

[1]) *Hans Leuß*, Mitarbeiter der *Neuen Zeit* in Fragen des Strafrechts und Strafvollzugs. Zu seiner Person vgl. Stampfer, Erfahrungen S. 86.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 175 (Anlagen) S. 2550—2552.

26.

29. 11. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Nach Besprechung der vom Präsidenten ergangenen Einladung zu einem am 12. Dezember stattfindenden Bierabend beschließt die Fraktion, es den Kollegen freizustellen, der Einladung Folge zu leisten oder der Festivität fernzubleiben.

Betont wird noch, daß es Pflicht der Kollegen sei, auf alle Fälle die Einladung zu beantworten.

Als Fraktionsredner werden bestimmt für

a) das Münzgesetz: Genosse *Schönlank*;
b) den Initiativantrag: die Aufhebung des Verbots des Inverbindungtretens politischer Vereine[1]) [betreffend]: Genosse *Singer* (14. 12. 1898)[2]);
c) als Etatredner: die Genossen *Bebel* und *Liebknecht*.

[1]) Vgl. Antrag *Bassermann* und Genossen vom 6. 12. 1898, Sten. Berichte Bd. 172 (Anlagen) S. 180 f. und Antrag *Agster* und Genossen vom 8. 12. 1898, Sten. Berichte Bd. 172 (Anlagen) S. 183; s. a. Nr. 1.

[2]) *Singer* begrüßte am 6. 12. 1899 vor dem Plenum die vom Reichskanzler *Hohenlohe-Schillingsfürst* bekanntgegebene Zustimmung des Bundesrates zur Aufhebung des Koalitionsverbotes, Sten. Berichte Bd. 168 S. 3248—3250. Das Datum bezieht sich auf die Fraktionssitzung vom 14. 12. 1898; vgl. Nr. 2 (unter k).

Genosse **Stadthagen** stellt den Antrag zur Gewerbe-Ordnung, in Art. 11, Zeile 8, statt 604 zu setzen: 612 und 613. Die Fraktion stimmt dem zu.[3])

Genosse **Bebel** beklagt mehrere bei den Kollegen in die Erscheinung getretene Übelstände bei ihrem Verhalten während der Plenarsitzungen. Unter der ausdrücklichen Betonung, niemand ausnehmen zu wollen, auch sich nicht, bezeichnet **Bebel** als die berügten Übelstände: Mangelnde aufmunternde Unterstützung unserer Redner, Unaufmerksamkeit bei den Verhandlungen, zu lautes störendes Plaudern im Sitzungssaal bei den Reden der Kollegen und dergleichen mehr.

Die gegebenen Anregungen werden der Nachachtung empfohlen.

Singer Pfannkuch

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 175 (Anlagen) S. 2611.

27.

6. 12. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion beschließt, gegen den Antrag *Kopsch*, das Mandat des Abgeordneten *Jakobsen* durch die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen desselben für erloschen zu erklären[1]), zu stimmen.

Der Vorsitzende [Singer] teilt mit, der Präsident habe die Absicht, daß, falls vor Weihnachten sich ein beschlußfähiges Haus nicht ergeben sollte, die 2. Lesung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung nach den Weihnachtsferien zum Abschluß zu bringen.

Nach eingehender Diskussion über den § 137a[2]) beschließt die Fraktion, für die in dem Antrag *Heyl*/Drucksache 491 vorgesehene Fassung zu stimmen, auch dann, wenn das Amendement: hinter „in Fabriken", zu setzen: „und Werkstätten", abgelehnt werden sollte. Des weiteren wird beschlossen, bei der 3. Lesung stimmt die Fraktion dem Gesetz zu.[3])

Anschließend beschwert sich Genosse **Stadthagen** über die von der Redaktion des *Vorwärts* beliebte Verkürzung des Berichts seiner Rede vom 30. vorigen Monats. Dem Vorschlag des Vorsitzenden, „der *Vorwärts* hat die gestrichenen Stellen nachzutragen", stimmt die Fraktion zu.

[1]) *Kopsch*, Mitglied der Fraktion der Deutschen Freisinnigen Vereinigung; *Jakobsen*, Hospitant bei der Deutschen Freisinnigen Vereinigung; zu dem Vorgang s. Sten. Berichte Bd. 175 (Anlagen) S. 2617.

[2]) Der Novelle zur Gewerbeordnung, vgl. Sten. Berichte Bd. 175 (Anlagen) S. 2616 f.

[3]) Vgl. Nr. 28.

Genosse **Bebel** bringt eine Erklärung der Redaktion der *Neuen Zeit* zur Kenntnis, die dahin zielt, daß aus der Mitarbeiterschaft an der *Neuen Zeit* allein die Parteizugehörigkeit nicht abgeleitet werden kann.

Die Fraktion drückt jedoch den Wunsch aus: die Redaktion der *Neuen Zeit* möge in Zukunft die Arbeiten des *L[euß]*[4]) ablehnen und ebenso die bereits angenommene Arbeit nicht weiter veröffentlichen.[5])

Singer Pfannkuch

[4]) Vgl. Nr. 25 Anm. 1.

[5]) Die *Neue Zeit*, Jg. 1900, veröffentlichte eine 1899 angekündigte Arbeit von *Leuß* nicht mehr; s. a. Nr. 57.

28.

13. 12. 1899: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Im Verfolg der in der Fraktionssitzung vom 6. Dezember erörterten Beschwerde des Kollegen *Stadthagen*, die parlamentarische Berichterstattung des Preßbüros betreffend, teilt der Vorsitzende [**Singer**] mit, daß der Bericht über die Rede des Kollegen *Stadthagen* inzwischen vom *Vorwärts* vervollständigt worden ist, auch eine Animosität gegen *Stadthagen* bei der lückenhaften Berichterstattung nicht vorgelegen habe.[1])

Auf Anregung des Kollegen **Stadthagen** debattiert die Fraktion einen Artikel des *Vorwärts*[2]), der in der *Frankfurter Zeitung* vom 29. XI. bekrittelt worden ist und einen Satz enthält, aus dem auf die Zulässigkeit „schwarzer Listen" geschlossen werden kann. Die Fraktion beauftragt den Vorsitzenden, der Redaktion des *Vorwärts* bekanntzugeben, daß die in dem angezogenen Artikel ausgesprochene Meinung der Parteiauffassung widerspricht und die Fraktion erwartet, daß eine

[1]) Vgl. Nr. 27.

[2]) Am 22. 11. 1899 veröffentlichte der *Vorwärts* den sozialdemokratischen Gesetzentwurf zum Koalitionsgesetz. Auf darauf folgende Pressestimmen in der *Post*, *Berliner Neueste Nachrichten*, *National-Zeitung* u. a. bezieht sich ein am 24. 11. 1899 im *Vorwärts* unter der Überschrift „Die Diktatur des Proletariats" erschienener Artikel, in dem es heißt: „Diese liberalen Äußerungen sind offenbar nur zu dem Zwecke geschrieben, um die Sozialdemokratie vor der Gefahr zu behüten, aus Anlaß der Ablehnung der Zuchthausvorlage eine bessere Meinung von der Bourgeoisie und dem Liberalismus zu gewinnen; das war unnötig, denn diese Gefahr war niemals vorhanden. — Wenn schließlich die sämtlichen Organe sich über die Rechtsungleichheit empören, daß das infamste Kampfmittel des übermächtigen Kapitals, das System der schwarzen Listen, durch das Arbeiter, weil sie sich des Koalitionsrechts bedient haben, geächtet und dem Hunger preisgegeben werden, künftig unter Strafe gestellt werde, so sollten gerade diejenigen Elemente, die milderen Formen des Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern das Wort reden, diesen Vorschlag, der das grausamste und erbitterndste Kampfmittel, das Dum-Dum-Geschoß im sozialen Kriege, ausscheiden will, mit Freuden begrüßen..."

Wiederholung derartiger Schnitzer vermieden wird. Damit sind die Anträge dahingehend, 1. Eine Erklärung der Fraktion im *Vorwärts* zu veröffentlichen; 2. Einen den Gegenstand behandelnden Artikel im *Vorwärts* zu veröffentlichen, abgelehnt.

Zu Fraktionsrednern bei der 2. Beratung des Etats, Abschnitt Reichsamt des Innern, werden bestimmt:

a) Gewerbeinspektion: *Richard Fischer* und *Wurm.*
b) Seemannsordnung = Arbeiterstatistik: *Molkenbuhr.*
c) Bauarbeiterschutz: *Hoch.*
d) Heimarbeit: *Rosenow* und *Reißhaus.*
e) Ziegeleiarbeiter: *Zubeil.*

Singer Pfannkuch

29.

10. 1. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende [**Singer**] den Eingang zweier Schreiben mit. Das eine, von dem Vorstand des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen ausgehend, fordert von der Fraktion eine entschiedenere Bekämpfung der Heimarbeit bei Gelegenheit der Beratung der Gewerbe-Ordnung.

In dem anderen wird der Fraktion das Verlangen unterbreitet, bei der Beratung der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz[1]) darauf hinzuwirken, daß eine Bestimmung Aufnahme findet, die die Delegierten obligatorisch zur Teilnahme an den Generalvers[ammlungen] verpflichtet. Unentschuldigte Versäumnis soll mit einer Ordnungsstrafe von 5 bis 10 Mark belegt werden.

Die zur Tagesordnung stehende Frage: Ist durch die Aufhebung des Koalitionsverbotes für politische Vereine[2]) Anlaß zur Abänderung und Umgestaltung der Parteiorganisation gegeben ?[3]) zeitigte eine eingehende Diskussion, an der sich

[1]) Vgl. Nr. 20.

[2]) Vgl. Nr. 26 Anm. 2.

[3]) Vgl. die Ausführungen *Auers* vor dem Plenum des Parteitages in Mainz vom 17. und 18. September 1900, in denen er auf die in der Reichstagsfraktion, in der von der Fraktion eingesetzten Unterkommission und im Vorstand geführten Beratungen über die Neufassung des Organisationsstatutes berichtete: „Ich glaube nicht zuviel zu behaupten, wenn ich sage, daß mindestens zwei Drittel aller Personen, die zu den Vorberatungen zugezogen wurden, zweifellos mehr oder minder Anhänger der zentralistischen Richtung in der Organisationsform sind. Trotzdem ist man nach näherer Erwägung [...] zu der Überzeugung gekommen, daß es vollständig genügt, den Rahmen unserer Organisation, wie wir sie auf Grund des Hallenser Statuts haben, beizubehalten, und nur diejenigen Änderungen zu treffen, die absolut notwendig und möglich erscheinen durch die Änderung der Gesetzgebung"; Protokoll SPD-Parteitag

11 Kollegen beteiligten. Übereinstimmend war man der Ansicht, daß an den bewährten, eingelebten Einrichtungen wenig oder kaum etwas zu ändern sei, dieselben vielmehr der größeren Bewegungsfreiheit anzupassen und zu erweitern seien. Deshalb soll den Genossen anempfohlen werden, sich den neuen Verhältnissen anzupassen und bis zum nächsten Parteitag Erfahrungen zu sammeln. Die aus verschiedenen Kreisen der Genossen angeregte Frage: Ob die veränderten Verhältnisse es notwendig machten, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen? wurde verneint.

Von den Genossen **Bebel** und **Singer**[4]) wurde angeregt, es sei angezeigt, bei der Änderung bzw. Neuredaktion der Organisation die Merkmale der Zugehörigkeit zur Partei schärfer zu präzisieren.[5]) Desgleichen, ob es in Anbetracht der sich mehrenden dem Vorstand obliegenden Geschäfte nicht geboten erscheine, die Zahl der Vorstandsmitglieder zu vermehren.

Genosse **Stadthagen** wünscht eine anderweite Regelung der Delegation zum Parteitag[6]), der Zahl der s[ozial]d[emokratischen] Stimmen der Kreise entsprechend. Im ferneren macht der Genosse darauf aufmerksam, daß das Parteistatut zur Sicherung des Parteivermögens und der Vermeidung der Regreßpflicht der Vorstandsmitglieder[7]) Bestimmungen enthalten muß, die dem Abschnitt des B[ürgerlichen] G[esetzbuches] § 705 und folgende Rechnung tragen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, bestehend aus dem Parteivorstand und den Genossen *Dreesbach*, *Frohme*, *Geyer* und *Stadthagen*, die Revision des Organisationsstatuts vorzubereiten. Der Vorschlag der Kommission wird später Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung der Fraktion[8]), eventuell des Parteitags[9]), sein.

Singer Pfannkuch

1900, S. 132. Ermöglicht wurde durch die Aufhebung des Koalitionsverbotes die erneute statuarische Anerkennung der Gliederung der Parteispitze in Parteivorstand und Kontrollkommission. Diese Organisationsform hatte de facto auch unter den Behinderungen des Vereinsgesetzes schon bestanden, war aber unter dem Sammelbegriff „Parteileitung" juristisch getarnt worden. Vgl. hierzu das Referat *Auers* a.a.O. S. 139; Ritter S. 51, und besonders in Anm. 29 seine Kritik an Carl E. Schorske.

[4]) Name nachträglich in das Or. eingetragen.

[5]) Vgl. die zu den Paragraphen 1 und 2 des Statuts von der Fraktion vorgeschlagenen Änderungen; s. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 84.

[6]) S. hierzu Ritter S. 48: „Nach der Aufhebung des Verbindungsverbots der politischen Vereine in Preußen im Dezember 1899 wurde zunächst vielfach die Ansicht vertreten, daß an die Stelle der losen Form der Organisation durch Vertrauenspersonen eine straffe Zentralisation, gestützt auf obligatorische Lokalvereine der Partei, treten solle. Damit wären jedoch die sozialdemokratischen Frauen in Preußen, Bayern, Anhalt, Lippe, Braunschweig und den beiden Reuß von der Parteiarbeit ausgeschlossen worden, da dort den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verboten war. Man beschloß daher durch eine Resolution, in diesen Ländern die bisherige Organisation durch Vertrauenspersonen aufrechtzuerhalten." S. a. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 95 f., 132, 187.

[7]) Vgl. Änderungsanträge zu § 13 des Organisationsstatuts; Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 86.

[8]) S. Nr. 51.

[9]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 84—87.

30.

17. 1. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Als Fraktionsredner zu der Interpellation betreffend die Beschlagnahme deutscher Schiffe seitens der Engländer wird Genosse *Liebknecht*, eventuell *Bebel*[1]) bestimmt.

Es werden delegiert:

a) in die Kommission für das Gesetz die Konsulargerichtsbarkeit betreffend die Genossen *Metzger* und *Frohme*;
b) das Gesetz die Patentanwälte betreffend die Genossen *Heine* und *Fischer-Sachsen*.

Die Diskussion über die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz[2]) leitet Genosse **Molkenbuhr** ein. Die Tendenz der Vorlage gehe dahin, dem von *Posadowsky* angestrebten einheitlichen Unterbau für die Versicherungsgesetze nahe zu kommen.[3]) An Verbesserungen in der Novelle seien vorhanden die Herabsetzung der Karenzzeit, die Übertragung der Befugnisse der Schiedsgerichte an die Rentenstellen, womit eine beschleunigte Erledigung der anhängigen Sachen verknüpft sei; vor allem aber die angestrebte größere Stabilität der Renten.

Nach der Rentenfestsetzung soll erst nach 2 Jahren eine Änderung eintreten dürfen, wenn der Verletzte 1 Jahr im Besitz der Rente war. Nach 5 Jahren soll eine Änderung überhaupt nicht mehr durch die Berufsgenossenschaft zulässig sein.

Bemängelt wurde vom Redner, daß die Novelle nicht die volle Entschädigung des Arbeitsverdienstes bringe und daß sie ein besonderes Eherecht konstruiere. Ist die eheliche Gemeinschaft der Ehegatten im letzten Jahre vor dem Unfall aufgehoben gewesen und hat die Frau ihren Unterhalt selbst bestritten, so erhält sie keine Rente. Eine Hauptschwäche der Vorlage bestehe aber darin, daß die vorgesehenen Rechtswohltaten vielfach in das freie Ermessen der Berufsgenossenschaft gestellt seien.

Was speziell die einzelnen Abteilungen der Novelle betreffe, so versuche die Novelle für die Forst- und Landwirtschaft die in beiden Betrieben beschäftigten gewerblichen Arbeiter in ihren Rentenansprüchen wesentlich zu verschlechtern.

[1]) S. Rede *Bebels* vor dem Plenum vom 20. 1. 1900, Sten. Berichte Bd. 168 S. 2627 ff.

[2]) Zur Vorgeschichte des Unfallversicherungsgesetzes s. Ritter S. 38. Zur Novelle s. Sten. Berichte Bd. 175 (Anlagen) S. 3048—3312; zur parlamentarischen Verhandlung s. Sten. Berichte Bd. 171 (Register) S. 6276—6278.

[3]) *Arthur Graf von Posadowsky-Wehner*, Staatssekretär des Innern, befürwortete die Zusammenlegung der Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherungen. Als seinem Plan Widerstände entgegengesetzt wurden, gab er ihn zugunsten einer engeren Koordinierung der verschiedenen Versicherungszweige auf; s. Sten. Berichte Bd. 175 (Anlagen) S. 3052.

Durch die Novelle zur Seeunfallversicherung sei durch die Bestimmung, daß Schiffe, die mehr als 50 Kubikmeter Inhalt haben, in die Versicherung einbezogen werden sollen, die Seeunfallversicherung wesentlich erweitert worden.

Dagegen müßten wir dabei beharren, daß nur in den Fällen, in denen die Heuer höher wie der ortsübliche Tagelohn ist, jene als Unterlage der Rentenfestsetzung dienen darf.

In der ferneren Diskussion trat nur eine Meinungsverschiedenheit darüber zutage, ob es wirtschaftlich und für die Verletzten von Vorteil sei, daß für Renten bis zu 20 Prozent der Vollrente eine einmalige Abfindungssumme gegeben werden könne. Genosse **Wurm**, der die Forderung für zweckmäßig hielt, wurde von **Bebel** und **Stadthagen** bekämpft.

Beschlossen wurde:

Die Fraktion hält an dem bei den früheren Beratungen[4]) der Unfallversicherungsgesetze von den Kommissionsmitgliedern eingenommenen Standpunkt fest.

Als Fraktionsredner in der Generaldiskussion wurden die Genossen *Molkenbuhr* und *Stadthagen* bestimmt. In die betreffende Kommission wurden die beiden Vorgenannten, sowie die Genossen *Hoch* und *Fischer-Sachsen*, eventuell Genosse *Herzfeld* delegiert.

Der Vorsitzende [**Singer**] gibt noch bekannt, daß die geschäftlichen Dispositionen für das Plenum die folgenden sind: Freitag: Interpellation; Sonnabend: Etat und Montag: Unfallversicherung. Für den nächsten Schwerinstag[5]) bleibt das Berggesetz auf der Tagesordnung.

Singer W. Pfannkuch

[4]) Die verbündeten Regierungen hatten dem Reichstag 1896 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der nicht zur Verabschiedung gekommen war. S. Sten. Bericht Bd. 175 (Anlagen) S. 3052.

[5]) An gewöhnlichen Sitzungstagen konnte auf Vorschlag des Reichstagspräsidenten die Mehrheit beschließen, daß bestimmte Gegenstände vorzugsweise behandelt würden. Für Minderheitsanträge jedoch blieb es schwierig, auf die Tagesordnung zu kommen. Auf Antrag des Grafen *Schwerin-Putzar* wurden daher 1869 die nach ihm benannten „Schwerinstage" eingeführt, an denen Initiativanträge in der Reihenfolge der Einbringung und nicht „per majorem" nach Dringlichkeit verhandelt wurden. Diese Tage, die meist auf einen Mittwoch fielen, wurden jedoch nur äußerst unregelmäßig abgehalten. Vgl. Geschäftsordnung des Deutschen Reichstages, § 35 Abs. 2; Hatschek S. 73—75; Schippel S. 984. S. a. Sten. Berichte Bd. 185 S. 6317—6331, hier auch Hinweise über die Einführung und Handhabung der Schwerinstage.

31.

24. 1. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Einladungen bezüglich Referenten für Versammlung in Groß-Lichterfelde und Neu-Ruppin liegen vor. Den Wunsch der Genossen zu erfüllen, sind die Bemühungen des Vorsitzenden [*Singer*] vergebens.

In die Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs die Patentanwälte betreffend wird anstelle des Kollegen *Fischer-Sachsen* der Kollege *Schmidt-Frankfurt* delegiert.

Der Vorsitzende [**Singer**] gibt bekannt, daß auf Wunsch der Budgetkommission in den ersten Tagen der nächsten Woche die Generaldebatte über die Einrichtung des Scheckverkehrs bei der Post stattfinden werde. Der Kollege *Singer* wird beauftragt, die zustimmende Stellungnahme der Fraktion zu begründen. Bei dieser Gelegenheit den Versuch zu machen, die Disziplinarverhältnisse der Postbeamten zu regeln — einer von dem Kollegen *Stadthagen* gemachten Anregung —, wird von der Fraktion nicht stattgegeben.

Über die Gestaltung der Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz, wie dieselbe aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen ist[1]), berichtet Kollege **Tutzauer.** Als erreichte Verbesserungen seien zu verzeichnen:

1. Die zwangsweise Einführung des Gewerbegerichts in Gemeinden von über 20000 Einwohnern, wenn von einer Seite — Arbeitgeber oder -nehmer — die Einführung beantragt wird.
2. Die Zuständigkeit bei Entschädigungsansprüchen aus nicht zulässigen Eintragungen in die Arbeitsbücher [und] Zeugnisse oder [bei] der Verweigerung der Herausgabe derselben.
3. Die Anfertigung und Auslegung von Wählerlisten.
4. Die Zuständigkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt auch in dem Fall, wenn nur ein Teil der Parteien einen diesbezüglichen Antrag stellt. Das Nichterscheinen vor dem Einigungsamt soll mit Strafe bis zu 100 Mark belegt werden.

Ohne weitere Diskussion beschließt die Fraktion die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus den Kollegen *Herzfeld*, *Tutzauer* und *Zubeil*, mit der Maßgabe, die bei der 3. Lesung der Novelle einzubringenden Anträge vorzubereiten. Über die Anträge soll in einer späteren Sitzung beraten und Beschluß gefaßt werden.[2])

Die eingehende Beratung der zur 2. Lesung der Lex *Heinze*[3]) einzubringenden Anträge zeitigt das Resultat, wie solches in der Drucksache Nr. 537 vorliegt.[4])

Die von dem Kollegen **Wurm** befürwortete gesetzliche Regelung des Bordellwesens wird nach lebhafter Bekämpfung seitens **Bebels** und **Singers** abgelehnt.

Kollege **Heine** wünscht von der Fraktion Direktiven für die Stellungnahme der Kommissionsmitglieder in der Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse der Patentanwälte. Kollege **Heine** gibt bekannt: Daß aus den Kreisen der Patentanwälte eine Petition ein-

[1]) Zur Einsetzung der fraktionsinternen Kommission, die den Gesetzentwurf auszuarbeiten hatte, s. Nr. 21 und 22; zum Text des Entwurfs vgl. Sten. Berichte Bd. 174 (Anlagen) S. 1999 bis 2013.

[2]) Vgl. Nr. 33, 34.

[3]) Die zweite Lesung begann am 25. 1. 1900, s. a. Nr. 2 und Nr. 7.

[4]) Vgl. die Änderungsanträge der SPD-Fraktion vom 24. 1. 1900, Sten. Berichte Bd. 176 (Anlagen) S. 3331 f.

gegangen sei, die einen Entwurf enthalte, [nach dem][5]) die Machtvollkommenheiten, die der Regierung nach deren Gesetzentwurf zustehen, den von den Patentanwälten zu bildenden Korporationen zustehen sollen.

Der Vorsitzende [Singer] präzisiert die Meinung der Fraktion dahin:

Unsere Kommissionsmitglieder haben auf dem Boden der Vorlage fußend dieselbe so vorteilhaft wie möglich auszugestalten. Unsere Stellungnahme zu dem Gesetz behalten wir uns für die 3. Lesung vor.

Die Fraktion ist damit einverstanden.

Singer Pfannkuch

[5]) Im Or.: „der".

32.

31. 1. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] bringt eine Zuschrift der Genossinnen *Baader*[1]) und *Ihrer*[2]) zur Kenntnis der Fraktion, in der gewünscht wird, die dem Reichstag zugegangene Petition[3]), in der ein größerer Schutz der Arbeiterinnen und deren Teilnahme an den Wahlen und Besetzung der Gewerbegerichte verlangt wird, kräftig zu unterstützen.

Auf ergangene Rundfrage konnte die Liste der Referenten für die am 7. currentis abzuhaltende Protestversammlung gegen die Flottenvorlage abgeschlossen werden.[4])

Als Fraktionsredner für die Generaldebatte der Flottenvorlage wurden *Bebel*[5]) und *Frohme*[6]) bestimmt.

Auf Antrag **Wurms** wurde beschlossen:

Bezüglich der geschäftlichen Behandlung der eingegangenen Petition: „Die kommunale

[1]) *Ottilie Baader* „Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands", s. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 247. Zu ihrer Bedeutung für die sozialistische Frauenbewegung s. Anna Blos, Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus, Dresden 1930, S. 32 ff., 43 ff.

[2]) *Emma Ihrer*, Gewerkschaftlerin; s. Anna Blos a.a.O. S. 75 f.; Osterroth, Biographisches Lexikon S. 145 f.

[3]) Der Eingang einer solchen Petition konnte in den Drucksachen des Reichstages nicht festgestellt werden.

[4]) Am 25. 1. 1900 hatte der Reichskanzler dem Reichstag den Entwurf einer Novelle zum Gesetz betreffend die deutsche Flotte vorgelegt. S. Sten. Berichte Bd. 176 (Anlagen) S. 3358. Zur Stellungnahme der SPD zu dieser Vorlage vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 67—73.

[5]) Reichstagsreden *Bebels* zur Flottenfrage s. Sten. Berichte Bd. 171 (Register) S. 6066.

[6]) S. Rede im Plenum 8. 2. 1900, Sten. Berichte Bd. 169 S. 3964—3968.

Besteuerung der Konsumvereine" betreffend, den Antrag zu stellen, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.[7])

Eine eingehende Debatte ruft die von **Gradnauer** angeregte Angelegenheit, die Honorierung der aus den K[ommissionen] zu liefernden Berichte, hervor. Sämtliche Redner sind der Meinung, daß nur an die Honorierung der Berichte aus solchen K[ommissionen] gedacht sei, denen Gesetzentwürfe, wie das Invaliditäts- und jetzt das Unfallversicherungs-Gesetz, zur Vorberatung überwiesen seien.[8])

Genosse **Bebel** macht den Vorschlag, das Büro *Baake*[9]) mit der Herstellung der Berichte zu betrauen, dessen Aufgabe es dann sei, die Honorierung der Berichterstatter zu bewirken.

Singer gibt anheim zu erwägen, ob die Angelegenheit sich nicht durch eine anderweite Differenzierung der Diäten zur allseitigen Zufriedenheit regeln lasse.

Der Vorschlag *Bebels* wird mit 13 — 10 Stimmen angenommen.

Ein weiterer Antrag: „Der gefaßte Beschluß solle nur auf die Unfallversicherungs-Kommission Anwendung finden", wurde abgelehnt.

Die Diskussion der Anträge zu der Novelle zu den Gewerbegerichten[10]) wurde vertagt.

Genosse **Thiele** fragt an, ob die Fraktion dem „Fall *Agster*"[11]) nicht nähertreten wolle. Die Aussprache zeitigt das Resultat:

Daß die Fraktion oder der Vorstand außerstande sind, irgendeine Einwirkung außer der freundschaftlichen Aussprache geltend machen zu können, deren Ergebnis die Mandatsniederlegung *Agsters* zur Voraussetzung habe.

Singer Pfannkuch

[7]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 176 (Anlagen) S. 3329.

[8]) Gemeint ist wahrscheinlich die Honorierung der Berichte aus den fraktionsinternen Kommissionen, z. B. der Kommission für die Änderung der Gewerbeordnung, s. Nr. 21 und 22. — Bei dieser Honorierung handelte es sich wahrscheinlich um eine „Differenzierung der [noch aus der Parteikasse gezahlten] Diäten".

[9]) S. Nr. 17 Anm. 3.

[10]) S. Nr. 31.

[11]) Zur seelischen Erkrankung *Agsters* s. Nr. 105.

33.

14. 2. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die in der Sitzung vom 24. Januar eingesetzte Kommission zur Vorbereitung der Anträge zur Novelle des Gewerbegerichtsgesetzes[1]) hat ihre Arbeiten be-

[1]) Vgl. Nr. 31.

endet. Die Anträge liegen gedruckt vor und stehen zur Diskussion. Dieselbe leitet **Tutzauer** als Berichterstatter der Kommission ein. Die Fraktion kommt zur Erledigung der ersten 4 Paragraphen, wie dieselben unter Nr. 592 der Drucksachen[2]) vorliegen.

Bei § 5 werden die Verhandlungen abgebrochen und der Kommission [wird] aufgegeben, bis zur nächsten Sitzung für den Paragraphen eine neue Fassung zu finden, in der das in den Ziffern 6 und 7 der Vorlage Gewollte verbunden zum Ausdruck kommt.[3])

H. Meister Pfannkuch

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 176 (Anlagen) S. 3697.
[3]) S. Nr. 34.

34.

21. 2. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Ein Antrag, die Sitzung ausfallen zu lassen, wird abgelehnt. Die Beratung der Anträge zur Novelle des Gewerbegerichtsgesetzes wird fortgesetzt und zum Abschluß gebracht. Das Resultat der Beratung liegt in Nr. 608 der Drucksachen vor.[1])

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 176 (Anlagen) S. 3719; s. a. Nr. 33.

35.

28. 2. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende **[Singer]** macht Mitteilung von dem Eingang [von] zwei Einladungsschreiben. Das eine, von den Vereinen „Frauenwohl", des Vereins „Frauenstudium"[1]) und des Zweigvereins der „Internationalen Föderation" ausgehend, ersucht die Fraktion zur Teilnahme an einer am 2. März im Reichstagsgebäude stattfindenden Sitzung. Die Fraktion lehnt die offizielle Teilnahme ab.

[1]) Zur Kontroverse über die „Existenzberechtigung" der „Frauenbildungsvereine" vgl. den Bericht der Frauenkonferenz, die dem Mainzer sozialdemokratischen Parteitag vorausging, abgedruckt in: Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 255 f.

Das andere Einladungsschreiben wünscht eine Delegation der Fraktion zu dem am 6. März beginnenden Kongreß der deutschen Gastwirtsgehilfen. Die Fraktion entspricht der Einladung und delegiert die Kollegen *Molkenbuhr*, *Thiele* und *Zubeil* zur Teilnahme an den Beratungen des Kongresses.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden bestimmt die Fraktion, daß von den noch ausstehenden Initiativanträgen der Arbeiterschutzgesetzentwurf die Priorität erhalten soll.[2])

Die Stellungnahme der Fraktion bei der 3. Lesung der Lex *Heinze* wird nach erläuternden Ausführungen der Genossen **Bebel, Fischer, Heine** und **Singer** dahin präzisiert:

a) Außer den beiden zurückgestellten Anträgen[3]) werden neue Anträge nicht gestellt.
b) Die Beschlußunfähigkeit des Hauses wird gegebenenfalls herbeigeführt, bzw. die Beschlußfähigkeit angezweifelt.[4])
c) Sollen bei dieser Gelegenheit die spruchreifen Wahlproteste zur Erledigung gebracht werden.

Einer Anregung des Kollegen **Fischer-Berlin,** ob es angebracht sei, bezüglich der Schädigung des Paßfiskus seitens der preußischen Regierung, eine Interpellation einzubringen, gibt die Fraktion keine Folge.

Fischer stimmt der Ansicht des Vorsitzenden zu, daß die Angelegenheit bei der 3. Lesung des Etats zur Sprache gebracht werden kann.

Kollege **Heine** macht darauf aufmerksam, daß bei der demnächstigen Beratung der Petition auf Einführung eines Reichsvereinsgesetzes die Fraktion Stellung nehmen müsse.[5]) Die Fraktion ist mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden, daß die Kollegen *Fischer-Sachsen* und *Horn* sich das Material aus den letzten Lohnbewegungen der Textil- und Bergarbeiter zu beschaffen und [es] zu sichten haben, um dasselbe bei der Beratung zur Verwendung zu bringen.

Singer Pfannkuch

[2]) Gemeint sind die Anträge zur Gewerbeordnung, vgl. Nr. 25 Anm. 2, Nr. 26 Anm. 3, Nr. 27 Anm. 2.

[3]) Um welche Anträge es sich handelte, konnte nicht ermittelt werden.

[4]) Zum Beschluß der SPD-Fraktion, gegen die Lex *Heinze* zu obstruieren, vgl. Nachlaß Heine, Erinnerungen Bd. 1 S. 473. Die Obstruktion begann während der 3. Lesung der Lex *Heinze* am 17. 3. mit einem Antrag *Heines* auf Ausschluß der Öffentlichkeit; s. Sten. Berichte Bd. 170 S. 4775. Am Rande sei erwähnt, daß der „geheime" Teil der Reichstagssitzung vom 17. 3. 1900 nicht protokolliert wurde. Die Sten. Berichte Bd. 170 S. 4776 enthalten nur den Vermerk: „Geheime Sitzung von 12 bis 3 Uhr. — Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung um 3 Uhr." Zur Problematik des Ausschlusses der Öffentlichkeit von Plenarsitzungen s. Müller-Meiningen, Geheime Reichstagssitzungen, Lex Heinze, in: Annalen des Deutschen Reichs 1900 S. 567—576. Zu den Rechtsfragen der parlamentarischen Obstruktion s. Hatschek S. 179. Zur Taktik der Obstruktion vgl. die verschiedenen folgenden Geschäftsordnungsanträge *Singers* vom 15. und 16. 3. auf namentliche Abstimmung sowie die Zusatzanträge *Heines*, *Haases* und *Singers* vom 17. 3.; auch den Verlauf der tumultuarischen Schlußabstimmung vom 17. 3., worin die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung verlangte, um danach im Verlauf der Abstimmung durch Verlassen des Plenarsaales das Haus beschlußunfähig zu machen; s. Sten. Berichte Bd. 170 S. 4787; Schulthess 1900 S. 55 f.; Bachem VI S. 65 ff.; Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 66.

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 176 (Anlagen) S. 3355, 3739.

36.

7. 3. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Gegenstand der Beratung waren die von der Fraktion zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau zu stellenden Anträge. Das Resultat der Beratung ist niedergelegt in Nr. 636 der Drucksachen.[1])

Singer Pfannkuch

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 176 (Anlagen) S. 3829.

37.

14. 3. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] macht von den im Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen bzw. de[n] vor Ostern zu erledigenden Geschäfte[n] Mitteilung.

Zur Erledigung sollen gebracht werden: Die Lex *Heinze*[1]), das Fleischschaugesetz, das Münzgesetz, die Gewerbeordnung, Wahlprüfungen und die 2. und 3. Lesung des Etats.

Zur Tagesordnung steht die Stellungnahme der Fraktion bei der 3. Lesung des Fleischschaugesetzes. Beschlossen wurde:

Die gleiche Stellung wie bei der 2. Lesung einzuhalten. Neue Anträge sollen nicht gestellt werden. Die Fraktion stimmt für § 17 der Kommissionsbeschlüsse unter Ablehnung des Antrags *Bismarck-Bohlen*. Sollte der Wegfall des § 8, Ausschluß der Trichinenschau bei der Hausschlachterei, aufrechterhalten werden, stimmt die Fraktion gegen das Gesetz selbst dann, wenn es gelingen sollte, den § 14a auszuscheiden.

Als Fraktionsredner wird Genosse *Baudert* bestimmt.[2])

Singer Pfannkuch

[1]) Die dritte Lesung der Lex *Heinze* war am 17. 3. abgebrochen worden, s. a. Nr. 35 Anm. 4, und wurde erst am 17. 5. fortgesetzt, s. a. Nr. 43 Anm. 2.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 171 (Register) S. 6112 f.; s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 60—62.

38.

21. 3. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] gibt bekannt, daß nach den im Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen vor den Osterferien noch zur Erledigung kommen sollen: Die 2. Lesung des Gesetzes die Patentanwälte betreffend. Die 2. Lesung des Elektrizitätsgesetzes, eventuell die 3. Lesung der beiden genannten Gesetzentwürfe; die erste Lesung der Seemannsordnung, kleine Rechnungssachen und die 3. Lesung des Etats. Die Ferien sind bis zum 24. April vorgesehen.

Genosse **Heine** erläutert die unter Nr. 678 der Drucksachen vorliegenden Anträge zu dem Gesetz betreffend die Patentanwälte. Die Fraktion stimmt den Anträgen zu. Ein Antrag für § 21 bleibt eventuell für das Plenum vorbehalten.

Gleichviel jedoch, welche Fassung das Gesetz in der 2. Lesung erhält, bei der 3. Lesung stimmt die Fraktion gegen das Gesetz.[1])

Über die Kommissions-Beratungen bezüglich des Elektrizitätsgesetzes referiert Genosse **Stadthagen.** Die Kommission hat sich im wesentlichen auf den Boden der Vorlage gestellt. Die Fraktion stimmt dem Vorschlag des Referenten zu, für das Gesetz zu votieren.

Zu Fraktionsrednern der Seemannsordnung werden die Genossen *Metzger* und *Schwartz* bestimmt.

Der Vorsitzende[Singer]erinnert die von der Fraktion eingesetzte Kommission für die Ausarbeitung eines Vorschlages über die anderweite Organisation der Partei daran, ihre Arbeiten so zu fördern, daß die Fraktion in die Lage kommt, nach Ablauf der Osterferien den Organisationsentwurf zu beraten.[2])

Singer W. Pfannkuch

[1]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 57.

[2]) S. Nr. 29, Nr. 51.

39.

25. 4. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] macht die Mitteilung, daß der Photograph *Bratz* den Wunsch geäußert habe, Fraktionsbilder anzufertigen. Die Fraktion ermächtigt den Vorsitzenden, Herrn *Bratz* dahin zu bescheiden, daß die Fraktion kein Bedürfnis habe, dem Wunsche des Herrn willfährig zu sein.

Die Frage, welche Stellung die Fraktion bei der ferneren Beratung der Lex *Heinze* beobachten will, glaubt der Vorsitzende [**Singer**] einer späteren Beschlußfassung vorbehalten zu sollen. Dem wird widersprochen. Die Fraktion macht sich die Ausführungen **Bebels** und **Singers** zu eigen, nach denen die Obstruktion nur dann weiter betrieben werden soll, wenn dieselbe Aussicht auf Erfolg hat.[1]) Man müsse vor wie nach darauf bestehen, daß die b[ürgerlichen] P[arteien] Verpflichtung haben, die Beschlußfähigkeit sicher zu stellen. Neben der eventuellen Auszählung müsse von der Stellung von Anträgen der umfassendste Gebrauch gemacht werden. Von der letzteren Absicht soll gegebenenfalls im Seniorenkonvent Mitteilung gemacht werden.

In die Kommission für das Seuchengesetz werden die Kollegen *Wurm* und *Baudert* delegiert, dito in die Kommission für den Gesetzentwurf die Postdampfer-Subvention betreffend die Kollegen *Förster* und *Klees*. Zu dem letzteren Gesetzentwurf ist der Standpunkt der Fraktion ein ablehnender.

Anschließend gaben die vom Vorsitzenden bestellten Referenten **Molkenbuhr** und **Stadthagen** einen Überblick über den Stand der Verhandlungen in der Unfallversicherungs-Kommission.[2]) **Molkenbuhr** betont, daß wie in jeder Gesetzesnovelle neben Vorteilen auch Nachteile für die Arbeiterklasse enthalten seien, so auch bei der Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz. Es komme deshalb bei unserer Tätigkeit darauf an, die Nachteile auszumerzen und die Vorteile zu erweitern. Verbesserungen seien:

a) Die Trennung der Schiedsgerichte von den Bezirken der Berufsgenossenschaften und die damit verbundene Verkleinerung der Bezirke, die eine größere Unabhängigkeit der Gerichte sichere.
b) Die Erweiterung der Versicherung im Gewerbe. Unter Beibehaltung der
c) Berechnung der Rente von dem Jahresarbeitsverdienst, Kürzung der Rente nur von dem 1500 Mark Jahresarbeitsverdienst überschießenden Betrag.
d) Erhöhung der Waisenrente.

Verschlechterungen seien:

a) Die Zuweisung des Arbeitsnachweises an die Berufsgenossenschaften.
b) Das Ruhen der Rente bei denen, die über 1 Monat Gefängnis zu verbüßen haben und denen, die sich im Ausland aufhalten.
c) Die Kapitalabfindung, die den 3fachen Jahresbetrag der Rente[3]) betragen soll.
d) Die Bestrafung der Verletzung der Unfall-Verhütungsvorschriften durch die Berufsgenossenschaften. Das Strafmaß bewegt sich bis zu der Höchststrafe von 1000 Mark.[4])
e) Gewährung der Vollrente an die völlig Hilflosen.

[1]) Vgl. Nr. 35 Anm. 4.
[2]) Vgl. Nr. 30 Anm. 3.
[3]) Im Or. gestrichen „des Arbeitsverdienstes“ und verbessert in „der Rente“.
[4]) Satz im Or. irrtümlicherweise hinter Punkt e.

Außerdem wurde durch die Novelle die Vereinheitlichung des Reservefonds angestrebt. Denselben hoffe man bis zum Jahre 1930 auf 688 Millionen Mark zu bringen, um dann von dem Umlegeverfahren zu dem Kapitaldeckungsverfahren überzugehen. Bei Abwägung der von der Novelle zu erwartenden Vor- und Nachteile kommt der Redner zu dem Schluß, daß zur Zeit keine Veranlassung vorliege, zu dem Gesetzentwurf eine ablehnende Stellung einzunehmen, sondern alles zu tun, denselben im Interesse der Arbeiterklasse zu verbessern.

Kollege **Stadthagen** macht noch auf einige weitere Verschlechterungen aufmerksam. So sei das Verfahren komplizierter geworden. Die Belehrung über den Rekurs sei abgelehnt worden. Desgleichen die Belehrung der Gefangenen über die ihnen zustehenden Rechte. Vor allem bringe die Stärkung der Berufsgenossenschaften den Arbeitern ungeheure Nachteile. Auch sei die Haftpflicht der Unternehmer nahezu beseitigt. Gelinge es nicht, die Härten in der 2. Lesung zu beseitigen, dann befürworte er die Ablehnung des Gesetzes durch die Fraktion. Die beiden anderen Kollegen aus der Kommission, **Hoch** und **Fischer**, sind der Meinung, daß kein Anlaß vorliege, den ablehnenden Standpunkt des Kollegen *Stadthagen* zu teilen. Die erzielten Verbesserungen dürfe man nicht so ohne weiteres von der Hand weisen.

Auf Antrag **Bebels** wird die Weiterberatung bis nach der Verteilung des Berichts vertagt.[5])

Singer Pfannkuch

[5]) S. a. Nr. 40, Nr. 41.

40.

28. 4. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Anknüpfend an die Vorgänge in der Plenarsitzung, die Feststellung der Tagesordnung für die Sitzung am 1. Mai betreffend[1]), gibt der Vorsitzende [**Singer**] seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Anwesenheit der Kollegen am 1. Mai nicht erforderlich sein dürfte. Von verschiedenen Seiten wird die gegenteilige Auffassung vertreten. Eine Beschlußfassung wird einem späteren Stadium der Verhandlungen vorbehalten.

Von den Kommissionsmitgliedern für das Seuchengesetz wird die Art und Form getadelt, in der von Genossen in Versammlungen gegen das Seuchengesetz

[1]) *Singer* hatte am 27. 4. 1900 in einer Geschäftsordnungsdebatte beantragt, einige weniger wichtige Punkte auf die Tagesordnung vom 1. 5. zu setzen, um den sozialdemokratischen Abgeordneten ein Fernbleiben von der Plenarsitzung zu ermöglichen; s. Sten. Berichte Bd. 170 S. 5166 f.

agitiert wird. Die Fraktion war der gleichen Meinung. Die Art, in der von dem Genossen *Georg Wagner-Berlin* in der Frage die Agitation betrieben wird, wurde als geschmacklos bezeichnet.[2])

Anschließend trat die Fraktion in die Beratung der zur 2. Lesung der Unfallversicherungsgesetz-Novelle einzubringenden Anträge ein. Das Resultat der Beratung liegt in den Drucksachen Nr. 711 und 712 vor.[3])

Eine nochmalige Erörterung der eingangs der Beratungen angeregten Angelegenheit zeitigte den einstimmigen Beschluß: Die Anwesenheit sämtlicher Kollegen in der Sitzung am 1. Mai ist erforderlich. Dem Fraktionsvorstand wird aufgegeben, sämtliche Kollegen brieflich einzuladen.

Singer Pfannkuch

[2]) Zur Agitation der SPD gegen das Seuchengesetz s. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 62—64.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 177 (Anlagen) S. 5104.

41.

2. 5. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] gibt der Fraktion Kenntnis von einer in der Kellnerinnen-Versammlung am 21. März im Gr. Hotel gefaßten Resolution betr. den gesetzlichen Schutz der im Gastwirtsgewerbe beschäftigen Personen.

Die Rückgabe der der Fraktion zur Verfügung gestellten 3 Tribünenkarten zwecks Beteiligung an der Bewillkommnung des österreichischen Kaisers[1]) wird nicht beliebt.

Die Fraktion setzt die Beratung der bei der 2. Lesung der Unfallversicherungsnovelle einzubringenden Anträge fort. Das Resultat der Beratungen liegt vor unter Nr. 728 der Drucksachen.

Die Führung der Abstimmungen der Fraktion im Plenum liegt den Kommissionsmitgliedern ob.

Singer Pfannkuch

[1]) Besuch des Kaisers *Franz Joseph* von Österreich in Berlin zur Feier der Großjährigkeitserklärung des deutschen Kronprinzen vom 4.—6. 5. 1900, vgl. Schulthess 1900 S. 67.

42.

9. 5. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Von dem Geschäftsführer des Berliner Gewerkschaftshauses liegt eine Einladung zur Besichtigung des Hauses vor. Die Fraktion nimmt die Einladung an und beschließt:

Den Besuch Donnerstag, den 17. Mai nach Schluß der Plenarsitzung zur Ausführung zu bringen.

Kollege **Wurm** regt an, ob es nicht zweckmäßig sei, die Reichsregierung darüber zu interpellieren, ob das von Reuß ä. L. erlassene Kontraktbruchgesetz für ländliche Arbeiter nicht im Widerspruch mit den Reichsgesetzen stehe. Da ein ähnliches Gesetz auch bereits von Anhalt erlassen ist und in der Debatte betont wird, daß das vom Lübecker Senat erlassene Verbot des Streikpostenstehens ebenfalls zum Gegenstand einer Besprechung im Reichstag gemacht werden müsse, beschließt die Fraktion auf Antrag **Bebels,** die Einsetzung einer Kommission mit der Aufgabe, sich über die beiden Gesetze sowie die Senatsverordnung zu informieren und eine Interpellation zu redigieren.[1]) In die Kommission werden die Kollegen *Bebel, Heine, Schwartz, Stadthagen* und *Wurm* delegiert.

Die von den Kommissionsmitgliedern für die 2. Lesung zu dem Land- und Forstwirtschafts- sowie die auch zu dem See-Unfallversicherungsgesetz vorbereiteten Anträge werden von der Fraktion gutgeheißen. Dieselben sind enthalten in den Nr. 756 und 757 der Drucksachen.

Der Vorsitzende [**Singer**] macht darauf aufmerksam, daß höchstwahrscheinlich im Anschluß an die Beratungen der Unfallversicherungsgesetze sich zunächst die Beratung der Ergänzungsetats und dann die der Flottenvorlage anschließen werde. Es könne sich deshalb die Notwendigkeit herausstellen, eine Extra-Sitzung der Fraktion abzuhalten.

Singer Pfannkuch

[1]) Interpellation *Albrecht* und Genossen vom 18. 5. 1900, Sten. Berichte Bd. 178 (Anlagen) S. 5392.

43.

16. 3. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt **Bebel** namens der eingesetzten Kommission[1]) mit, daß dieselbe getagt und sich über die Grundzüge der Interpellation geeinigt habe. Mit der textlichen Ausarbeitung sei Kollege *Heine* beauftragt.

Zur Tagesordnung stehen die Fragen:

Ob die Obstruktion bei der Beratung der Lex *Heinze* weitergeführt werden solle, und wenn ja, wie soll die Obstruktion geführt werden.

Die Fraktion beschließt:

Die Obstruktion in der bisher geführten Weise weiterzuführen. Es sollen[:]

[1]) Der fraktionsinternen Redaktionskommission zur Ausarbeitung der Interpellation; vgl. Nr. 42.

1. Anträge eingebracht werden.
2. Bei etwaigen Schlußanträgen eventuell die namentliche Abstimmung verlangt werden.
3. Eventuell durch Hinausgehen die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeigeführt werden.

Die einzubringenden Anträge werden den Kollegen *Heine*, *Frohme* und *Stadthagen* zur ordnungsmäßigen Auf- und Zusammenstellung überwiesen, dieselben auch mit der Aufstellung des Arbeitsplanes für die Plenarberatungen betraut. Die Anträge sollen der Reihenfolge nach einzeln eingebracht werden.

Kollege *Singer* erhält die Vollmacht, für unvorhergesehene Fälle bei von den anderen Parteien vorbereiteten Überraschungen etc. im Einverständnis mit einigen Kollegen die als notwendig sich ergebenden Maßregeln zu treffen.[2])

Singer Pfannkuch

[2]) Die dritte Lesung der Lex *Heinze*, die am 17. 3. abgebrochen worden war, vgl. Nr. 35 Anm. 4 wurde am 17. 5. fortgesetzt. Am 18. 5. wurde eine Beschlußfassung über die Vorlage durch Obstruktion verhindert. Hiernach wurde auf Vorschlag des Abgeordneten *Eugen Richter* der nicht strittige Teil der Vorlage isoliert als neuer Antrag eingebracht, für den der Reichstagspräsident *Graf Ballestrem* eine Mehrheit finden konnte; s. Nr. 45 Anm. 2; Bachem VI S. 76 f. Zur Rolle *Singers* als Führer der parlamentarischen Obstruktion gegen die Lex *Heinze*, s. Nr. 35 Anm. 4.

44.

19. 5. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion beschließt:

Sämtliche Kollegen haben die Pflicht, bis zur Erledigung der Lex *Heinze* den Plenarverhandlungen beizuwohnen.[1])

Im Verfolg des Fraktionsbeschlusses vom 6. 12. 1899 stimmt die Fraktion in der Endabstimmung für die Novelle zur Gewerbeordnung.[2])

Bei der 3. Lesung des Fleisch[be]schaugesetzes stimmt die Fraktion gegen die gestellten Kompromißanträge sowie auch in der Endabstimmung gegen das Gesetz.

Die namentliche Abstimmung bei wichtigen Paragraphen wird vorbehalten.

Die Stellungnahme der Fraktion bei der Endabstimmung über das Unfallversicherungsgesetz wird bis zur nächsten Fraktionssitzung, die am 21. abends oder am 22. currentis vormittags stattfinden soll, vorbehalten.[3])

Singer Pfannkuch

[1]) S. Nr. 43 Anm. 2.

[2]) S. Nr. 27.

[3]) S. Nr. 46.

45.

21. 5. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] macht Mitteilung von den Bemühungen des Präsidenten, unter dem Beirat des Seniorenkonvents die bestehenden Schwierigkeiten bei der Beratung Lex *Heinze* zu beheben.[1]) Der Vorschlag des Präsidenten ging dahin, daß als Zusatz der Paragraphen 184a und b solche zu treten haben, die sich im wesentlichen mit unseren gestellten Anträgen decken. Dann habe während des Nachmittags eine freie Konferenz aller Parteien unter Ausschluß der Antisemiten stattgefunden, in der *Richter*[2]) einen Initiativantrag vorgelegt habe, der die Vorlage, wie sie unter Ausschluß der Paragraphen 184a und b durch die seitherigen Beschlüsse gestaltet war, enthält. Auf Einspruch des Zentrums sei das Zugeständnis von allen Parteien gemacht, den § 184a in seiner Ziffer 2 aufrecht zu erhalten. Die Fraktion ist mit dem gemachten Zugeständnis einverstanden und ermächtigt die Kollegen *Singer*, *Bebel* und *Heine* in der morgen stattfindenden Sitzung der freien Konferenz die Erklärung abzugeben, daß die Fraktion die getroffene Vereinbarung gutheiße und die Obstruktion aufgebe unter der Voraussetzung, daß die Fraktion des Zentrums der Vereinbarung beitrete.

Des weiteren beschließt die Fraktion:

Im übrigen wird bei den Beratungen der Lex *Heinze* die seitherige Haltung beibehalten. Anträge werden nicht mehr gestellt, auch sonst Hindernisse der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Vorlage nicht bereitet. Sollte wider Erwarten die getroffene Vereinbarung von der Fraktion des Zentrums nicht akzeptiert werden, dann wird die Obstruktion weitergeführt.

Singer Pfannkuch

[1]) Zur Vermittlung *von Ballestrems* s. Nr. 43 Anm. 2, zu den weiteren Verhandlungen des Seniorenkonvents s. Nr. 46 Anm. 1.

[2]) Zum Kompromißvorschlag *Eugen Richters* s. Nr. 43 Anm. 2; Bachem VI S. 76 f.

46.

22. 5. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Diskussion über die Stellungnahme der Fraktion bei der 3. Lesung bzw. der Endabstimmung über die Unfallversicherungsnovelle wird fortgeführt. Beschlossen wird:

1. Anträge auf Beseitigung der in das Gesetz aufgenommenen Verschlechterungen sollen gestellt werden.
2. Der Generalredner hat zu erklären, daß von dem Erfolg bzw. Nichterfolg unserer Anträge die Stellung der Fraktion bei der Endabstimmung bedingt werde. Als Generalredner wird Kollege *Molkenbuhr* bestimmt. Außerdem erhebt die Fraktion den von mehreren Seiten ausgesprochenen Wunsch zum Beschluß, der dahin geht, sämtliche Kollegen haben bei der 3. Lesung der Unfallversicherungsnovelle anwesend zu sein.

Der Vorsitzende [Singer] macht die Mitteilung, daß das Zentrum das gestern von den Parteien getroffene Abkommen betreffend die Lex *Heinze* akzeptiert habe.[1])

Die Fraktion beschließt:

Der 1., 2. und eventuell auch der 3. Lesung des im vorigen Protokoll erwähnten Initiativantrags nicht zu widersprechen. Die Fraktion stimmt gegen das Gesetz.

Singer Pfannkuch

[1]) Das Zentrum war wahrscheinlich noch am 21. 5. dem zwischen den Parteien im Seniorenkonvent getroffenen Abkommen beigetreten, vgl. Nr. 45 Anm. 1. *Graf von Hompesch*, der Führer der Zentrumsfraktion, gab am 22. 5. vor dem Reichstag folgende Erklärung ab: „Die Zentrumsfraktion hat den die sogenannte Lex *Heinze* in wichtigen Teilen ersetzenden Initiativantrag in Verbindung mit Mitgliedern anderer Parteien eingebracht, nachdem auf Grund einer von dem Herrn Präsidenten veranstalteten Verständigung mit den anderen Parteien des Hauses die Annahme des Initiativantrags gesichert und dadurch ein sofort zu erreichender erheblicher Fortschritt in der Bekämpfung der Unsittlichkeit gewährleistet ist [...]" S. Sten. Berichte Bd. 171 S. 5692; s. a. Schulthess 1900 S. 76 f., Bachem VI S. 77.

47.

23. 5. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] berichtet über die Verhandlungen im Seniorenkonvent. Freitag den 25. currentis soll die 3. Lesung der Unfallversicherungsnovelle beginnen. Bleibt vor dem 30. currentis, dem Termin des Beginns der Pfingstpause, noch freie Zeit, dann soll[en] das Seuchengesetz [und] eventuell die Anträge auf Errichtung von Arbeitskammern und eines Reichsarbeitsamtes zur Beratung gelangen. Nach erfolgter Berichterstattung über die gepflogenen Verhandlungen betreffs Erzielung noch einiger Verbesserungen respektive Ausmerzung vorhandener Verschlechterungen aus dem Unfallversicherungsgesetz erhalten die Kommissionsmitglieder die Vollmacht, die Anträge, die sie für unumgänglich notwendig halten, sowohl selbständig als wie auch im Verein mit anderen Mitgliedern des Reichstages einzubringen.

Des weiteren beschließt die Fraktion, die Kollegen haben die Pflicht, bei der 3. Lesung des Unfallversicherungsgesetzes anwesend zu sein.

Nach Pfingsten werden die Plenarsitzungen am 6. Juni wieder aufgenommen. Tagesordnung: 2. Beratung des Flottengesetzes.

Bebel Pfannkuch

48.

25. 5. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Nach getroffener Vereinbarung mit dem Präsidenten soll unsere Interpellation[1]) zwischen der 2. und 3. Lesung der Flottenvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden, sofern solches vor den Pfingstfeiertagen nicht mehr möglich ist.

Da innerhalb der Fraktion Gerüchte kursierten, *Auer* habe eine Liste der Kollegen aufgestellt, die eventuell für die Unfallversicherungsgesetze stimmen wollten, und die zu unterschreiben er wie auch *Fischer-Berlin* Kollegen zu bestimmen versucht habe, verwahrt sich **Auer** gegen eine derartige Unterstellung.

Auf Wunsch des Vorsitzenden **[Singer]** gibt **Molkenbuhr** nochmals eine Übersicht über den Stand der Beratungen über die Unfallversicherungsgesetze betreffend die Bereitwilligkeit der anderen Parteien bezüglich der Berücksichtigung unserer Wünsche.

Nachdem die Fraktion den Antrag, die endgültige Stellungnahme der Fraktion nochmals auszusetzen, abgelehnt hat, beschließt die Fraktion:

1. der Schlußabstimmung nicht zu widersprechen.
2. für das Gesetz zu stimmen.

Der erste Beschluß wurde einstimmig, der zweite mit 26 gegen 13 Stimmen gefaßt.

Singer Pfannkuch

[1]) Es handelt sich um die Interpellation *Albrecht* und Genossen vom 18. 5. 1900, die über Widersprüche zwischen Reichs- und bundesstaatlichem Recht vor allem in Fragen des Streikpostenstehens von der Regierung Aufklärung verlangte; s. Nr. 42 Anm. 1, Nr. 43 Anm. 1. Die Interpellation war am 21. 5. dem Plenum vorgetragen worden, jedoch erbat sich der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, *Nieberding*, Zeit zur Beantwortung, um die angesprochenen bundesstaatlichen Regierungen konsultieren zu können; s. Sten. Berichte, Bd. 171, S. 5659. *Nieberding* erteilte am 11. 6. 1900 dem Plenum seine Antwort; s. Sten. Berichte Bd. 171, S. 5964—5968; s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1900, S. 81 f.

49.

6. 6. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Nach den im Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen kommen außer der Flottenvorlage noch das Seuchengesetz, unsere Interpellation[1]), Wahlprüfungen und einige kleine Sachen wie z. B. das Handelsabkommen mit England zur Verabschiedung. Der Schluß der Session ist für den 12. currentis vorgesehen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden **[Singer]** wird die Beratung des Seuchengesetzes sowie des Organisationsstatuts[2]) von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Begründung der Interpellation wird, dem Antrag der Kommission entsprechend, dem Kollegen *Stadthagen* übertragen.[3])

Mit der parlamentarischen Berichterstattung für den Parteitag in Mainz wird der Kollege *Singer*[4]) betraut. Des weiteren beschließt die Fraktion, daß die Delegation der gesamten Partei zum internationalen Kongreß[5]) aus 3 Kollegen bestehen soll. Gewählt wurden die Kollegen *Bebel*, *Liebknecht* und *Singer*. Bezüglich der Beschaffung der Quartiere etc. wird dem Parteibüro aufgetragen, sich mit dem deutschen Verein in Paris in Verbindung zu setzen.

Ein Antrag des Kollegen **Hoch**, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages „Die Organisation der Krankenkassen" zu setzen, wird abgelehnt. Nächste Sitzung Donnerstag, den 7. currentis, nach dem Plenum. Tagesordnung Seuchengesetz, Organisationsstatut.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Nr. 48 Anm. 1.

[2]) S. Nr. 51.

[3]) S. Nr. 48 Anm. 1; zur fraktionsinternen Kommission s. Nr. 43, Anm. 1.

[4]) Die Berichte der Fraktion wurden vor Beginn des Parteitages gedruckt und versandt. Auf dem Parteitag wurden sie jedoch nicht verlesen, sondern lagen nur als schriftliches Material vor. Der Berichterstatter nahm während des Parteitages mündlich zu seinem Bericht, der anschließend diskutiert wurde, Stellung; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1900, S. 37—82 (Wiederabdruck des Fraktionsberichtes), S. 121—123 (Stellungnahme des Berichterstatters).

[5]) Ein internationaler Sozialistenkongreß war auf den 23. 9. 1900 nach Paris einberufen; s. Schulthess 1900 S. 231.

50.

7. 6. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Einem Wunsch der betreffenden Kommission entsprechend wird die Beratung des Organisationsstatuts der Sitzung vom 11. currentis vorbehalten.[1])

[1]) S. Nr. 51.

Bezüglich ihrer Stellungnahme zum Seuchengesetz beschließt die Fraktion:

1. Einem etwaigen Antrag auf en bloc Annahme des Gesetzes wird widersprochen.
2. Soll es bei diesem Gesetz ausnahmsweise jedem Kollegen freistehen, Anträge zu stellen und bei jedem einzelnen Paragraphen wie auch bei der Gesamtabstimmung zu stimmen wie es ihm beliebt.
3. Die gleiche Haltung beobachtet die Fraktion bei der 3. Lesung des Gesetzes.

Singer Pfannkuch

51.

12. 6. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion erledigt die Beratung des Organisationsstatuts nach dem Entwurf der Kommission.[1]) Unter Abänderungen der Paragraphen 2, 9, 13 und 18 wird der Entwurf angenommen. Der Entwurf wird namens der Fraktion dem Parteitag in Mainz zur Annahme empfohlen.[2])

Singer Pfannkuch

[1]) Über die Einsetzung und Zusammensetzung der Kommission s. Nr. 29.

[2]) Vgl. den Wortlaut des Antrages der Reichstagsfraktion zur Änderung des Organisationsstatutes, Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 84—87, und Referat *Auers* vor dem Parteitag a.a.O. S. 131—142.

52.

14. 11. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Die Konstituierung der Fraktion[2]) ergibt die Wiederwahl des seitherigen Vorstandes, bestehend aus den Kollegen *Auer*, *Bebel*, *Meister*, *Pfannkuch*, *Singer*.

Die Fraktionssitzungen finden in der Regel mittwochs statt.

In den Seniorenkonvent werden die Kollegen *Bebel* und *Singer* delegiert.

Bei der Präsidentenwahl stimmt die Fraktion für *Ballestrem* als Präsident. Für den konservativen Kandidaten des 1. Vizepräsidenten nur dann, wenn ein

[1]) Überschrift im Or. „III. Session. 1. Sitzung 14. November 1900". Die Bezeichnung „III. Session" ist unzutreffend. Mit dem 14. 11. 1900 begann die 2. Session der X. Legislaturperiode; s. Nr. 22 Anm. 1. Erst am 12. 6. 1900 war die 1. Session durch kaiserliche Verordnung geschlossen worden; vgl. Sten. Berichte Bd. 171 S. 6064.

[2]) Zur parlamentarischen Bedeutung der Konstituierung der Fraktion s. Einl.

anderer als *Frege* präsentiert wird. Wird *Frege* nominiert, gibt die Fraktion weiße Zettel ab.[3]) Auf den 2. Vizepräsident macht die Fraktion den ihr zustehenden Anspruch geltend und präsentiert dafür den Kollegen *Singer*. Im Falle einer Stichwahl, bei der die Fraktion nicht partizipiert, werden weiße Stimmzettel abgegeben.[4])

Desgleichen macht die Fraktion ihren Anspruch auf Besetzung des Postens eines Schriftführers geltend. Nominiert wird *Fischer-Berlin*. Gegen die en bloc Annahme einer Liste, in die unser Kandidat nicht aufgenommen ist, wird Widerspruch erhoben.[5])

Für die der Fraktion zustehende Besetzung der Posten eines Abteilungsvorsitzenden bzw. 2. Stellvertreters werden die Kollegen *Auer*, *Bebel* und *Singer* gewählt.[6])

Die Wahl der Kommissionsmitglieder für die Besetzung der ständigen Kommissionen hat folgendes Resultat:

a) Geschäftsordnungs-Kommission *Meister* und *Singer*.
b) Wahlprüfungs-Kommission *Auer* und *Fischer-Berlin*.[7])
c) Rechnungs-Kommission *Dietz*[8]) und *Wurm*.
d) Petitions-Kommission *Ledebour*, *Schwartz*, *Thiele* und *Tutzauer*.[9])
e) Budget-Kommission *Bebel*, *Meister*, *Singer*, *Vollmar*.[10])

Auf Antrag des Vorsitzenden [Singer] beschließt die Fraktion, eine Interpellation betreffend die 12000 Mark-Affäre einzubringen. Der von dem Vorsitzenden vorgelegte Entwurf der Interpellation wird nach einigen redaktionellen Änderungen angenommen. Als Redner dazu werden *Auer* und *Schönlank* gewählt.[11])

Zum Nachtragsetat werden *Bebel* und *Singer* als Fraktionsredner bestimmt.

Folgende Initiativanträge sollen von der Fraktion in den ersten 10 Tagen der Session eingebracht bzw. von den Nachbenannten vorbereitet werden.[12])

1. Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuches.[13])

[3]) Der deutschkonservative Abgeordnete Dr. *Arnold Woldemar von Frege-Weltzien* wurde am 15. 11. 1900 zum 1. Vizepräsidenten gewählt. Bei dieser Wahl gab die SPD-Fraktion „weiße" d. h. unbeschriebene Stimmzettel ab. S. Sten. Berichte Bd. 179 S. 7.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 179 S. 6 f.

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 179 S. 7, 9 f.

[6]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 179 S. 9. *Auer* wurde seit 1894 regelmäßig zum Abteilungsvorsitzenden gewählt; s. a. Max Schippel, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch Berlin 1902, S. 895.

[7]) *Fischer* trat anstelle von *Antrick*, vgl. Nr. 1.

[8]) *Dietz* trat anstelle von *Blos*.

[9]) *Ledebour* und *Thiele* lösten *Calwer* und *Rosenow* ab.

[10]) Zur Wahl der Reichstagskommissionen durch die „Abteilungen" des Reichstags s. Einl.

[11]) S. Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 283.

[12]) S. die Initiativanträge vom 22. 11. 1900, Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 356—365.

[13]) Vgl. Nr. 1.

2. Errichtung obligatorischer Gewerbegerichte: *Tutzauer* und *Zubeil.* Als Unterlage des Antrags sollen die Kommissionsbeschlüsse der vorigen Session[14]) mit den dazu von uns gestellten Anträgen dienen.
3. Die Einbringung eines Reichsberggesetzes, nachdem die Beschlüsse des Bundesrats über die Reichstagsbeschlüsse der vorigen Session vorliegen.[15])
4. Betr. die Erweiterung der Betriebsaufsicht.[16])
5. Änderung des § 31 der Verfassung.
6. Aufhebung des Diktatur-Paragraphen.
7. Gewährleistung des Versammlungs- und Koalitionsrechts.
8. Einführung des gesetzlichen 10- bzw. 9- resp. 8-Stunden-Tages: *Bebel, Fischer, Wurm.*
9. Errichtung von Arbeitsämtern und eines Reichsarbeitsamtes.
10. Verbot der gewerblichen Kinderarbeit: *Heine, Hoch, Molkenbuhr, Wurm.*
11. Verbot der Fabrikation von Phosphorzündhölzern.
12. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers bzw. der Reichsregierung: *Vollmar* und *Heine.*
13. Neueinteilung der Wahlkreise: *Tutzauer.*
14. Arbeiterinnenschutz: *Hoch.*[17])
15. Abänderung des Preßgesetzes. Fliegender Gerichtsstand. Dauerdelikte: *Heine.*

Nächste Sitzung, Montag, den 19. November.

H. Meister Pfannkuch

[14]) S. Nr. 1, Nr. 31.
[15]) S. Nr. 30.
[16]) Gewerbeaufsicht.
[17]) S. Nr. 55 Anm. 4.

53.

19. 11. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die im Protokoll der Sitzung vom 14. November aufgeführten, von der Fraktion einzubringenden Initiativanträge standen zur Beratung und Beschlußfassung. Die unter den Nummern 10, 12, 14 und 15 aufgeführten Anträge wurden zurückgestellt [,] und [es wurde] beschlossen, dieselben drucken zu lassen. Die übrigen Anträge wurden in der vorgelegten Form angenommen und auch deren Drucklegung beschlossen.[1])

Pfannkuch Bebel

[1]) S. Nr. 54.

54.

24. 11. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die in den amtlichen Drucksachen unter Nummer 64—77 enthaltenen Initiativanträge standen zur Beratung und wurden beschlossen.[1])

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Sten. Berichte Band 189 (Anlagen). Die Initiativanträge forderten den Erlaß eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Einigungskammern; sowie bestimmte Änderungen der Strafprozeßordnung und der Gewerbeordnung; ebenfalls eine Änderung der elsaß-lothringischen Verfassung, die Einführung einer Maximalarbeitszeit und Reformen im Presserecht. S. auch Nr. 52 und 53.

55.

29. 11. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

In die Kommission zur Beratung der Seemannsordnung werden die Kollegen *Herzfeld*, *Metzger* und *Schwartz* gewählt. Desgleichen für den Antrag *Rintelen*, die Einführung der Berufung für Schöffengerichtsurteile etc., die Kollegen *Frohme*, *Stadthagen* und *Schmidt-Frankfurt*.

Als Fraktionsredner für die Interpellation des Zentrums die Kohlennot betreffend wird Kollege *Sachse* bestimmt. Als Etatsredner werden *Bebel* und *Vollmar* gewählt.

Zu dem Gesetzentwurf die Regelung des Versicherungswesens betreffend hält Kollege **Calwer** ein einleitendes Referat. Die anschließende Diskussion ergibt die einstimmige Auffassung der Fraktion, daß dem Gesetzentwurf [mit] dem größten Mißtrauen zu begegnen ist; daß die Übernahme des Versicherungswesens auf das Reich zu betonen und die Sicherstellung der Arbeiterorganisationen zu erreichen, versucht werden muß. Als Fraktionsredner werden die Kollegen *Calwer* und *Dietz* gewählt.[1])

Zu der Frage, welchem von unseren Initiativanträgen[2]) die Fraktion die Priorität geben will, liegen 2 Anträge vor. Der eine will dem Antrag betreffend die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers den Vorzug geben, der andere dem Antrag betreffend die Gewerbegerichte. Der Letztere erhält die Mehrheit der Stimmen.

[1]) Vgl. Nr. 30 Anm. 2 und 3; s. a. Sten. Berichte Bd. 179 S. 231 ff.

[2]) S. Nr. 52 Anm. 12.

Als Fraktionsredner zu dem Antrag werden die Kollegen *Tutzauer* und *Zubeil* gewählt.

Die Feststellung der Reihenfolge, in welcher die anderen Initiativanträge im Plenum zur Beratung gelangen sollen, sowie der für dieselben zu bestimmenden Fraktionsredner wird einer späteren Sitzung vorbehalten.[3])

Endlich wird der von den Kollegen *Hoch* und *Molkenbuhr* neu redigierte Antrag betreffend den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen unter Änderung des Absatzes 1 und Streichung der Absätze 5 und 6 angenommen.[4])

Die eingeleitete Besprechung des Konfliktes zwischen der Geschäftsleitung der Leipziger Druckerei bzw. den Leipziger Genossen[5]) contra Buchdruckerverband wird der vorgerückten Zeit wegen vertagt. Nächste Sitzung Freitag, den 30. currentis, vormittags 10 Uhr.

Singer Pfannkuch

[3]) S. Nr. 58.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 373.

[5]) S. Nr. 56.

56.

30. 11. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Nach geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden **[Singer]** über die im Seniorenkonvent getroffenen Dispositionen für die Zeit bis zu den Weihnachtsferien wird die gestern abgebrochene Diskussion über die Leipziger Angelegenheit[1]) wieder aufgenommen. Das Ergebnis der Diskussion ist zunächst ein Beschluß, der den Parteigeschäften als Richtschnur bei der Entlassung von Arbeitern empfohlen wird. Der Beschluß lautet:

Die Fraktion ist der Ansicht, daß bei der Kündigung von Arbeitern in Parteigeschäften der Grundsatz maßgebend sein muß, daß man Arbeitern nicht oder nicht in erster Linie kündigt, die politisch kompromittiert sind und aus diesem Grunde keine oder nur schwer eine Stellung wieder finden.

[1]) Nach der Einführung von Setzmaschinen in der Druckerei der *Leipziger Volkszeitung* wurden Entlassungen von Buchdruckern, die der Buchdruckergewerkschaft angehörten, vorgenommen. Diese Entlassungen von Arbeitern einer sozialdemokratischen Parteizeitung wurden politisch — Lauheit in der Agitation — motiviert. Ein Konflikt zwischen den sich mit den Entlassenen solidarisch erklärenden organisierten Buchdruckern und der Geschäftsleitung war die Folge. Schon am 22. November hatte *Auer* mit einem sächsischen Parteigenossen über den Streitfall verhandelt. Nachdem am 30. 11. die Fraktion darüber beraten hatte, fuhr am 5. 12. der Fraktionsvorstand, mit Ausnahme *Singers*, zu Vermittlungsverhandlungen nach Leipzig; s. Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 200 f., Protokoll SPD-Parteitag 1901 S. 13—17.

Sodann wurde folgende im *Vorwärts* zu veröffentlichende Erklärung der Fraktion beschlossen.[2])

Singer Pfannkuch

Erklärung: Die sozialdemokratische Fraktion hat sich mit dem Konflikt beschäftigt, der zwischen der Buchdruckerei der *Leipziger Volkszeitung* und den Leipziger Parteigenossen einerseits, den ausständigen Setzern und dem Verbande der Buchdrucker andrerseits entstanden ist.

Die sozialdemokratische Fraktion konstatiert, daß es sich in diesem Konflikt nicht um Meinungsverschiedenheiten wegen der Arbeitsbedingungen handelt, die allen Ansprüchen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entsprechen. Es handelt sich vielmehr nur darum, daß die Geschäftsleitung der Buchdruckerei der *Leipziger Volkszeitung* auf Beschluß der Leipziger Parteigenossen den Grundsatz aufstellte, daß bei Entlassung von Arbeitern die Frage maßgebend sein solle, ob die Betreffenden an der agitatorischen Tätigkeit für die sozialdemokratische Partei sich beteiligen oder nicht.

Infolge der Einführung von Setzmaschinen war die Geschäftsleitung genötigt, Arbeiter zu entlassen; nachdem bereits vor einiger Zeit zwei Mitglieder der Buchdruckergewerkschaft entlassen worden waren, wurde neuerdings auf Grund jenes gefaßten Beschlusses zwei Mitgliedern des Buchdruckerverbandes gekündigt, die in Gemeinschaft mit ihren Verhandlungskollegen diese Gründe für ihre Kündigung nicht anerkannten, weshalb sämtliche in der *Leipziger Volkszeitung* beschäftigten Mitglieder des Buchdruckerverbands kündigten und die Arbeit niederlegten.

Die Fraktion ist von jeher, und zwar unter Zustimmung der ganzen Partei, dagegen aufgetreten, wenn die Leiter von Staats- oder Privatbetrieben Arbeiter entließen, weil diese einer ihnen mißliebigen Partei angehörten. Von diesem Gesichtspunkt aus kann die Fraktion es auch nicht billigen, daß die Frage, ob ein Arbeiter eine gewünschte politische Tätigkeit ausübe oder nicht, bei der Kündigung oder Entlassung in Parteigeschäften entscheidend sei.

Die Fraktion spricht deshalb die Hoffnung aus, daß die Leipziger Parteigenossen alles aufbieten werden, um den gemachten Mißgriff auszugleichen und die daraus entsprungenen Differenzen zu beseitigen, sie erwartet aber auch, daß der Buchdrucker-Verband eine Kampfweise einstellt, welche die herrschende Verbitterung nur verschärfen muß.

Die Fraktion erklärt sich bereit, die Vermittlung zwischen den Streitenden zu übernehmen.[3])

Berlin, den 30. November 1900.

Im Auftrag der Fraktion

Der Fraktionsvorstand: Auer Bebel Meister Pfannkuch Singer

[2]) Folgende am 1. 12. 1900 im *Vorwärts* veröffentlichte Erklärung ist als Zeitungsausschnitt in das Or. eingeklebt. Handschriftliche Unterstreichnungen sind durch Sperrung hervorgehoben.

[3]) S. Anm. 1.

57.

12. 12. 1900: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] teilt mit, daß der Präsident[1]) den Schluß der 1. Lesung des Etats am 13. currentis herbeizuführen gedenkt. Die Fraktion ist damit einverstanden.

Nachdem die Fraktion für den Gesetzentwurf betreffend das Urheberrecht[2]) den Kollegen *Dietz*, und desgleichen für die 2. Lesung des Etats — Kapitel „Reichsamt des Innern" — die Kollegen *Fischer-Berlin* und *Wurm* als Fraktionsredner bestimmt hat, beschließt die Fraktion einem Antrag *Bebels* folgend, die sonstige Festsetzung der Fraktionsredner bis zu der Sitzung nach Neujahr auszusetzen.

Ein Antrag des Kollegen **Hoch**, die Initiativanträge der Fraktion Nr. 75[3]) und 90[4]) der Drucksachen als Resolutionen zur 2. Lesung des Etats einzubringen, wird abgelehnt.

In bezug auf die Feststellung der Fraktionsredner legt die Fraktion die seither geübte Praxis durch folgenden Beschluß fest:

Die als Fraktionsredner bestimmten Kollegen haben die Debatte der ersten Lesung und die Generaldebatte der 3. Lesung zu führen; Änderungen bleiben im konkreten Fall der Fraktion vorbehalten. In der Spezialdebatte der 2. und 3. Lesung steht es den Kollegen frei, je nach Wunsch oder Bedürfnis das Wort zu nehmen.

Im Verfolg des Beschlusses der Fraktion vom 23. November 1899 in Sachen des Schriftstellers *Leuß*[5]) verhandelte die Fraktion über die Frage der weiteren Mitarbeiterschaft des Genannten an der sozialdemokratischen Presse.

Das Ergebnis der 3stündigen Verhandlungen war die Annahme des folgenden von dem Kollegen *Stadthagen* gestellten Antrags:

Die Fraktion spricht ihre Ansicht dahin aus, daß es nicht im Interesse der Partei liegt, daß *Leuß* unter seinem Namen für die Partei literarisch tätig ist oder innerhalb der Partei eine verantwortliche Tätigkeit ausübt oder gegen eine Pauschale als angestellter Mitarbeiter engagiert wird.

Außer dem angenommenen Antrag *Stadthagens* lag noch folgender Antrag *Bebels* vor:

---

[1]) Des Reichstages.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 386—431.

[3]) Verbot der Arbeit für schulpflichtige Kinder; s. Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 34; vgl. Punkt 10 der Liste der Initiativanträge in Nr. 52.

[4]) Arbeiterinnenschutz, vgl. Nr. 55 Anm. 4.

[5]) S. Nr. 25 Anm. 1; Nr. 27 Anm. 5.

Die Fraktion erklärt, daß sie keinen Grund sieht, den Parteiblättern zu untersagen, literarische Beiträge von *Leuß* aufzunehmen, nur wünscht sie, daß seine Artikel nicht unter seinem Namen veröffentlicht werden.

Zu diesem Antrag war von dem Kollegen *Singer* folgendes Amendement gestellt:

Zugleich spricht die Fraktion die Erwartung aus, daß Herr *Leuß* weder als mit Pauschalgehalt angestellter Mitarbeiter in der Parteipresse noch als Agitator für die Partei Verwendung findet.

In der Abstimmung wurde das Amendement *Singer* angenommen, jedoch der so erweiterte Antrag *Bebel* abgelehnt.

Der Vorsitzende [Singer] stellt fest, daß mit der Annahme des Antrags *Stadthagens* der Beschluß der Fraktion vom 23. November 1899 aufgehoben ist.

Außerdem lehnt es die Fraktion ab, sich in die Geschäfte der Redaktionen der Parteipresse einzumischen.

Singer Pfannkuch

58.

9. 1. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

In die Kommission für die Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend das Urheberrecht[1]) werden die Kollegen *Dietz*, *Südekum* und *Stadthagen* delegiert und *Fischer-Berlin*.

Anstelle des Kollegen *Calwer* tritt *Molkenbuhr* in die Kommission für das Versicherungsgesetz ein. Desgleichen anstelle des Kollegen *Dietz* Kollege *Antrick* in die Rechnungs-Kommission.[2])

Der Vorsitzende [Singer] teilt mit, daß Freitag, den 12. currentis, Schwerinstag ist und der konservative Antrag Nr. 38 der Drucksachen auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Als Fraktionsredner für die bisher eingebrachten Initiativanträge werden die Kollegen in nachstehender Reihenfolge bestimmt:

Agster für Nr. 32 der Drucksachen *Bauderts*.
Auer dito für 22. 33. 58. 69.[3])
Baudert für 87.

[1]) Vgl. Nr. 57 Anm. 2.
[2]) Vgl. Nr. 52.
[3]) Wahlgesetz, Koalitionsrecht etc.

Bebel für 26. 27. 64. 68.[4])
Blos für 82.
v. Elm für 30. 57. 60. 61.
Fischer-Berlin für 65.
Haase für 18. 49.
Heine für 17. 41. 49. 66. 71. 77. 79.[5])
Hoch für die Nr. 28. 75. 90.
Molkenbuhr für die Nr. 57. 60. 61.
Reißhaus für die Nr. 39. 46.
Rosenow für die Nr. 29. 59.
Schippel für die Nr. 19. 78.
Schmidt-Frankfurt für die Nr. 25. 55. 76.
Singer für die Nr. 34. 50. 56. 57.
Südekum für die Nr. 25.
Stadthagen für die Nr. 16. 19.
Stolle für die Nr. 55.
Pfannkuch für die Nr. 70.
Thiele für die Nr. 24. 47.
Tutzauer für die Nr. 72.
Vollmar für die Nr. 38. 40. 77. 79. 82.[6])
Wurm für die Nr. 23. 36. 48. 73.

Einer Anregung **Bebels** folgend, daß die als Fraktionsredner bestimmten Kollegen, die Fragen zu behandeln haben, in denen die Meinung der Partei noch nicht festgelegt ist, wie z. B. bei der Sicherung der Bauforderungen, der Wohnungsfrage etc., die Verpflichtung haben, im Laufe der Session in einer der Fraktionssitzung[en] Bericht zu erstatten, erhebt die Fraktion auf Antrag **Singers** zum Beschluß.

Bei der Besprechung der Interpellation des Zentrums betreffend Offizierswahl[en und die] Duell[frage] etc.[7]) wird Kollege *Vollmar* der Meinung der Fraktion Ausdruck geben.[8])

Auf Anregung des Kollegen **Stolle** tritt die Fraktion in eine Erörterung der Streitfrage *Leipziger Volkszeitung* kontra Buchdruckerverband. Einem Vorschlag des Vorsitzenden **[Singer]** folgend beschließt die Fraktion:

[4]) Elsaß-lothringische Frage, Arbeitskammern etc.

[5]) Rechts- und Gerichtsverfassungsfragen.

[6]) Heeres-, Verfassungs-, Kirchenfragen etc.

[7]) Vgl. die mündliche Begründung der Interpellation des Zentrums durch *Trimborn*, Sten. Berichte Bd. 179 S. 691: „Es hatten sich im Herbste vorigen Jahres neben anderen Herren auch vier Aspiranten zur Wahl zum Reserveoffizier bei dem Kölner Bezirkskommando gemeldet, welche studentischen Vereinen angehörten, deren Prinzipien den Zweikampf ausschließen [...]".

[8]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 179 S. 691—711; s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1901 S. 83 f.

a) der Fraktionsvorstand hat eine Bearbeitung des Tatsachenmaterials chronologisch geordnet vorzubereiten zwecks Abdrucks in der Parteipresse.

b) den Versuch zu machen, in erneute Verhandlungen mit dem Vorstand des Buchdruckerverbandes einzutreten.[9])

Singer Pfannkuch

[9]) Diese Verhandlungen fanden am 18. 1. in Berlin statt; s. Protokoll SPD-Parteitag 1901 S. 15. Für die Vorverhandlungen s. Nr. 56 Anm. 1. S. a. Nr. 60 Anm. 4.

59.

16. 1. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Kollege **Schmidt** leitet die Diskussion mit einem Referat über die Wohnungsfrage ein. Die Diskussion ergibt, daß die Fraktion einhellig der Meinung ist, daß ein Reichswohnungsgesetz zu fordern ist, durch das die Wohnungsinspektion, die Erweiterung des Enteignungsrechtes, die Sicherung der Mietverträge, die Bauplanordnungen und der Erlaß von Normativbestimmungen über die Beschaffenheit der Wohnräume geregelt wird.

Über andere angeregte Fragen, z. B. ob es zweckmäßig ist, daß der Staat oder die Gemeinde für ihre Arbeiter und Beamten bauen soll, herrschte Meinungsverschiedenheit.

Die Fraktion resolvierte:

Es bleibt den Fraktionsrednern *Schmidt-Frankfurt* und *Stolle* überlassen, nach dem in den Verhandlungen Gehörten die Meinung der Fraktion zu vertreten.

Ein Antrag des Kollegen *Ehrhart* lautend:

Es ist unverzüglich das Material zur Behandlung der Zoll- und Handelspolitik[1]) sowie unsere Stellung zu derselben in einer Broschüre zu sammeln und den Genossen zur Agitation zugänglich zu machen.

[1]) Zur Vorgeschichte der Zollvorlage vgl. Sten. Berichte Bd. 192 (Anlagen) S. 5 ff. (Allgemeiner Teil der Begründung); Bachem VI S. 129 f.; Martin Schmidt, Graf Posadowsky, Staatssekretär des Reichsamtes des Innern 1893—1907, Phil. Diss. Halle 1935 S. 126—137. Die Vorarbeiten zu einer Neuregelung der Zolltarife waren 1900 im Auftrage des Reichsamts des Innern und Reichschatzamtes von einem „wirtschaftlichen Ausschuß" begonnen worden, der im November 1900 seine Vorschläge den Reichsämtern vorlegte. Das Schatzamt bearbeitete die Vorlage, um sie dem Bundesrat weiterzuleiten; vgl. Sten. Berichte Bd. 188 (Register) S. 9242. Im Juni 1901 wurde während der Parlamentsferien durch eine Indiskretion ein Teil der Vorlage vorzeitig bekannt, worauf die amtlichen Entwürfe sofort veröffentlicht wurden, denen auf Ersuchen des Reichskanzlers die verbündeten Regierungen ihre Zustimmung gaben; vgl. Schulthess 1901 S. 120, 122 ff.; s. a. Nr. 77 Anm. 2. Die Stellung der SPD zur Zollfrage war Anfang 1901 vor allem durch ihre Opposition gegen die Forderungen des Bundes der Landwirte bestimmt.

Die Fraktion erläßt zur Einleitung der Agitation einen Aufruf.[2])
Der Parteivorstand wird beauftragt, eine planmäßige Agitation in die Wege zu leiten; wird zurückgestellt.

Bebel Pfannkuch

[2]) Der „Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages an das werktätige Volk" wurde am 10. 2. 1901 im *Vorwärts* veröffentlicht; s. a. Nr. 61 Anm. 2.

60.

23. 1. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Kollege **Kunert** wünscht den Standpunkt der Fraktion bei der Besprechung der Interpellation *Glebocki*[1]) zu vertreten. Die Fraktion stimmt dem zu.

Kollege **Thiele** regt an, ob die Fraktion geneigt sei, eine Besprechung der Petition betreffs Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuches im Plenum herbeizuführen. Die Fraktion gibt dem Kollegen *Thiele* anheim, zur Einbringung eines diesbezüglichen Antrags sich die notwendigen Unterschriften in der Fraktion zu sichern.[2])
Zu dem Gesetzentwurf betreffend die Invalidenpensionen der an der Chinaexpedition Beteiligten wird *Vollmar* namens der Fraktion reden mit der Maßgabe, daß die durch das zu erlassende Gesetz gewährten Bonifikationen Ausdehnung finden auf alle vorhandenen Kriegsinvaliden.

Kollege **Metzger** bringt die zwischen ihm und dem Kollegen *Herzfeld* bestehenden Differenzen zur Sprache und wünscht den Eintritt des Kollegen *Molkenbuhr* in die Kommission für die Seemannsordnung. Die Fraktion entspricht dem geäußerten Wunsch nicht.

Kollege **Bebel** berichtet über die am 18. currentis auf Initiative des Fraktionsvorstandes eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Leipziger Buchdruckerstreites.[3]) Kollege **Meister** rügt bei dieser Gelegenheit, daß der Fraktionsbeschluß betreffend die Veröffentlichung einer historischen Darstellung der Vorgänge in der Sache bisher nicht ausgeführt sei. Die Fraktion billigt die von *Auer* vorgetragenen Gründe der seitherigen Unterlassung und beschließt: Die Veröffentlichung muß sofort nach Abschluß der in Leipzig am 24. currentis beginnen-

[1]) Interpellation über die Zurückweisung polnisch beschrifteter Postsendungen durch die Reichspost, Sten. Berichte Bd. 179 S. 847—873. *Glebocki*, ein posenscher Rittergutsbesitzer, war Mitglied der Polenfraktion.

[2]) Diese Petition wurde von *Thiele* nicht eingebracht.

[3]) S. Nr. 58 Anm. 9.

den Vergleichsverhandlungen erfolgen, einerlei ob dieselben zu einem Friedensschluß führen oder ergebnislos verlaufen.[4])

Eine eingehende Debatte zeitigt der im Protokoll der Sitzung vom 16. currentis niedergeschriebene Antrag *Ehrhart* bezüglich der Betreibung der Agitation gegen die Zollerhöhungen.[5]) Der Antrag *Ehrhart* wird angenommen.

Singer Pfannkuch

[4]) Die Leipziger Verhandlungen führten zu keinem Vergleich; ebensowenig wie die erneuten Berliner Besprechungen vom 2. Februar, s. Protokoll SPD-Parteitag 1901 S. 15 f.

[5]) S. Nr. 59.

61.

30. 1. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] teilt mit, daß nach der Geschäftslage des Hauses ein Bedürfnis nicht vorliegt, in die Vorberatung eines Gesetzentwurfs einzutreten. Da aber für etliche Initiativanträge die Meinung der Partei eine noch nicht feststehende sei, könne, falls einer der bestimmten Redner dazu bereit sei, das Referat entgegengenommen werden. Es meldet sich niemand.

Anschließend referiert **Bebel** über die eingeleiteten Schritte bezüglich der Agitation gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle.[1]) Die Diskussion, die sich um die Art, Form und den Termin der Einsetzung bewegte, hatte folgende Beschlußfassung zum Ergebnis:

Von den im Verlag der *Nation* erschienenen Flugblättern sollen pro Nummer 100 Exemplare bezogen werden und an die Kollegen zur Verteilung gelangen. Der Antrag, Art, Form, Beginn und Umfang der Agitation den Genossen mittelst Zirkular bekanntzugeben, wird abgelehnt. Die diesbezüglichen Direktiven sollen im *Vorwärts* zur Kenntnis der Genossen gebracht werden. Zur Einleitung der Agitation soll sobald als möglich ein Aufruf des Parteivorstandes veröffentlicht werden.[2])

Kollege **Ledebour** wünscht, daß sich die Art und Weise der Einbringung der Resolution *Fischer-Berlin* — Untersuchung der 12000-Mark-Affäre — nicht wiederhole. Die Fraktion inklusive *Fischer* ist derselben Meinung. Der Vorgang fand aber als einer [der] nicht gänzlich zu beseitigenden Ausnahmefälle Klärung und Entschuldigung.[3])

[1]) Vgl. *Vorwärts* vom 1.—10. 2. 1901, auch die Hinweise im Anzeigenteil: „Volksversammlung in Berlin und Umgebung", in der Ausgabe vom 10. 2.

[2]) Der am 10. 2. 1901 im *Vorwärts* veröffentlichte Aufruf erfolgte nicht im Namen des Parteivorstandes, sondern im Namen der Fraktion; s. Nr. 59 Anm. 2.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 179 S. 629—635, 660; s. a. Nr. 52 Anm. 11.

Kollege **Stolle** wünscht die Unterstützung unserer Kommissionsmitglieder in der Gewerbegerichtskommission für den von dem Crimmitschauer Stadtrat befürworteten Antrag zu § 10 des Gesetzentwurfs. Die Fraktion erachtet die Unterstützung bzw. Befürwortung als selbstverständlich.

Einem Wunsche des Kollegen **Heine**, in der Debatte über die Theaterzensur eventuell als 2. Fraktionsredner zugelassen zu werden, stimmt die Fraktion zu.

Nunmehr referiert Kollege **Geyer** über den Stand der Verhandlungen mit den Buchdruckern in Leipzig. Eine Einigung wurde bisher nicht erzielt und nun soll der Abschluß der Verhandlungen unter Zuziehung des Verbandsvorstandes der Buchdrucker und des Parteivorstandes erfolgen. Die Konferenz findet Sonnabend, den 2. Februar statt.[4])

Auf das Verhalten des Kollegen *v. Elm* Bezug nehmend[5]), regt **Metzger** nochmals die sofortige Veröffentlichung der Vorgänge in chronologischer Reihenfolge an.

Die Fraktion gibt der Anregung keine Folge, sondern hält den Warnungen *Auers*, *Segitz'* und *Singers* folgend ihren Beschluß vom 23. Januar aufrecht.[6])

Singer Pfannkuch

[4]) S. Nr. 60 Anm. 4.

[5]) Worauf sich die Bemerkung bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Es ist anzunehmen, daß der Gewerkschaftler *Adolph von Elm* in diesem Streit eine vom Parteivorstand abweichende Stellung einnahm.

[6]) Vgl. Nr. 60, besonders die Anfrage *Meisters* „betr. die Veröffentlichung einer historischen Darstellung der Vorgänge". Materialien zum Leipziger Buchdruckerstreik wurden am 13. 2. 1902 vom Parteivorstand veröffentlicht; s. Nr. 62 Anm. 8.

62.

6. 2. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende **[Singer]** gibt bekannt, daß in den ersten Tagen der nächsten Woche das Weingesetz und das Schaumweinsteuergesetz zur Beratung gelangen und ersucht zu den Entwürfen die Fraktionsredner zu bestimmen. Gewählt werden die Kollegen *Ehrhart* und *Schlegel* mit der Maßgabe, daß die beiden Kollegen sich darüber verständigen, zu welchem Entwurf ein jeder zu reden hat.

Für die Diskussion der beiden Gesetzentwürfe wird eine Extra[-]Fraktionssitzung auf Freitag, den 8. currentis, vormittags 10 Uhr angesetzt.[1])

[1]) S. Nr. 63.

Kollege **Heine** ersucht die Fraktion um ihre Zustimmung, bei dem Justizetat das Verhalten *Schönstedts*[2]) bezüglich der Anstellung der Richter erörtern zu dürfen. Die Fraktion ist damit einverstanden.

Der Vorsitzende **[Singer]** macht die Mitteilung, daß zur Einleitung der Agitation gegen die geplanten Zollerhöhungen Mittwoch, den 13. currentis, in Berlin und Umgegend ca. 30 Versammlungen stattfinden, und es sei der Wunsch der Berliner Genossen, daß möglichst Abgeordnete die Referate übernehmen möchten. Der Namensaufruf ergibt das Resultat, daß dem Wunsche der Berliner Genossen entsprochen werden kann.[3])

Ledebour regt an, die weitere Behandlung der Agitation insbesondere die Veranstaltung von Touren mit Abgeordneten als Referenten festzustellen. Die Erledigung wird einer späteren Sitzung vorbehalten.[4])

Die Fraktion setzt eine aus den Kollegen *Bebel*, *Frohme* und *Gradnauer* bestehende Kommission ein mit dem Auftrag, den vorliegenden Entwurf eines Aufrufs der Fraktion zur Anfeuerung und Betreibung der Agitation einer Redaktion zu unterziehen. Die Kommission erhält die Vollmacht, den redigierten Entwurf zu veröffentlichen, ohne denselben vorher der Fraktion zur Beschlußfassung unterbreiten zu müssen.[5]) Die Kommission erhält den weiteren Auftrag, die den Versammlungen am 13. currentis zu unterbreitende Resolution zu verfassen.

Auer referiert über die am Sonnabend, den 3. currentis, stattgefundene Konferenz in Sachen der Leipziger Buchdrucker:

Das Resultat der Konferenz war das Einverständnis des Vorstandes des Verbandes der Buchdrucker, der Leipziger Genossen und des Parteivorstandes, daß zunächst 12 der arbeitslosen Ausständigen eingestellt werden sollen, und zwar in die vorher innegehabten Stellen, und weitere Einstellungen [der noch vorhandenen 19][6]) nach Bedarf vorgenommen werden sollen. Die Vertreter der Ausständigen machten ihre Entscheidung von der Rücksprache mit ihren Kollegen abhängig.

Daraufhin wird *Auers* Vorschlag, das bis auf den Schluß fertiggestellte Exposé als Zirkular an die Parteipresse zu versenden und dieser es zu überlassen, wie sie dasselbe zur Verwendung bringen kann und will, abgelehnt und beschlossen:

Nach Fertigstellung[7]) ist das Exposé im *Vorwärts* zu veröffentlichen.[8])

Singer Pfannkuch

---

[2]) *Karl Heinrich Schönstedt*, preuß. Justizminister 1894—1905, 1911 geadelt.

[3]) S. Nr. 61 Anm. 1.

[4]) S. Nr. 65.

[5]) S. Nr. 61 Anm. 2.

[6]) Lesart nicht sicher; gemeint wahrscheinlich: „der noch vorhandenen 19 entlassenen Arbeiter."

[7]) Hinter dem Wort „Fertigstellung" wurden die Worte „und Vorlegung in der Fraktion" im Or. gestrichen.

[8]) S. „Zum Leipziger Buchdruckerstreik", vom Parteivorstand herausgegebene und unterzeichnete Beilage zum *Vorwärts* vom 13. 2. 1901.

63.

8. 2. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen sind:

1. Einladungskarten zu den im Gewerkschaftshaus vorgesehenen Bierabenden. Dieselben finden statt am 14. 2., 14. 3. und 18. 4.

2. Eine Einladung des fortschrittlichen Frauenvereins zu einer am 10. currentis im Industriegebäude Beuthstr. stattfindenden Protestversammlung gegen das preußische Vereinsgesetz.

Über das Schaumweinsteuergesetz gibt der Kollege **Schlegel** das einleitende Referat. Die Fraktion stimmt gegen das Gesetz.

Zu dem Gesetzentwurf den Verkehr mit Wein betreffend hält Kollege **Ehrhart** das einleitende Referat. Die Fraktion lehnt den Antrag ab, der verlangt: daß a) die Fraktion sich für das Verbot des Kunstweins erklärt, und b) die umfassendste Kellerkontrolle zuläßt.

Die Fraktion beschließt:

Es bleibt den Kollegen *Schlegel* und *Ehrhart* überlassen, nach dem in der Diskussion Gehörten ihre Reden einzurichten.

Singer Pfannkuch

64.

13. 2. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Über die vom Präsidenten vorgesehenen geschäftlichen Dispositionen gibt der Vorsitzende [Singer] bekannt, daß bis zu den Osterferien die Schwerinstage ausfallen sollen. Die Etatsberatung soll bis zum 22. März zu Ende geführt werden, von diesem Termin ab sollen die Osterferien beginnen und bis zum 16. April dauern.

Von dem deutschen Arbeiterverein in Basel liegt eine Einladung vor zu der am 17. März von dem p. p. Verein veranstalteten Märzfeier einen Fraktionskollegen als Festredner zu delegieren. Die Beantwortung der Einladung ist erfolgt und sind die Genossen dahin beschieden, daß möglicherweise Genosse *Fischer-Sachsen*, der demnächst eine Agitationstour in Süddeutschland unternehme, der ehrenvollen Einladung Folge leiste. Andernfalls müßten die Genossen sich an einen der in Süddeutschland domizilierten Genossen wenden, und ihnen [wird] Genosse *Geck* in Offenburg empfohlen.

Um den aus allen Teilen Deutschlands jetzt einlaufenden Ersuchen um Zuwendung von Referenten zwecks Betreibung der Agitation gegen die Zollerhöhungen gerecht zu werden und eine einheitliche Organisation der Agitation[1]) zu ermöglichen, wird von den verschiedensten Seiten der Wunsch geäußert, eine Liste der Kollegen aufzustellen, die bereit sind, sich der Agitation zu widmen. Die Aufstellung der Liste wird für die nächste Sitzung zurückgestellt.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Nr. 59 Anm. 1.

65.

27. 2. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Zur Agitation bzw. Abhaltung von Protestversammlungen gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle[1]) während der Osterferien erklären sich bereit die Kollegen:

Ledebour
Förster für Thüringen
Ehrhart „ die Pfalz
Reißhaus „ Thüringen
Vollmar „ Apolda und Braunschweig
Seifert, *Agster* und *Molkenbuhr*.

Kollege **Dietz** berichtet aus der Kommission betreffend das Urheberrecht.[2]) **Dietz** beantragt:

Die Kommission zu beauftragen,
1. für die Bemessung der Schutzfrist für die Werke von Tondichtern auf 50 Jahre,
2. [dafür,] die Übertragung von Tondichtungen auf mechanische Musikinstrumente freizugeben,

zu stimmen.

Die Fraktion stimmt den beiden Anträgen ihrer Kommissionsmitglieder zu.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Nr. 59 Anm. 1.

[2]) Zum Gesetzentwurf über das Urheberrecht vgl. Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 386—431, Bd. 188 (Drucksachenregister) S. 86.

66.

6. 3. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] teilt mit, daß die Plenarsitzungen bis zu den Osterferien mit der Etatsberatung ausgefüllt würden. Höchstens würde noch der Gesetzentwurf betreffend die Unfallfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes zur Beratung gelangen. Für diesen Fall bestimmte die Fraktion den Kollegen *Molkenbuhr* zum Fraktionsredner, eventuell denselben und Kollegen *Hoch* als Kommissionsmitglieder.

Aus Anlaß eines Spezialfalles — Kommission für die Privatversicherungsgesetze — ergeht die Mahnung an die in den Kommissionen arbeitenden Kollegen, die Kommissionssitzungen regelmäßig zu besuchen und im etwaigen Behinderungsfall rechtzeitig für Ersatz zu sorgen, bzw. von der Behinderung dem Vorsitzenden der Fraktion Kenntnis zu geben.

Kollege **Stadthagen** wünscht die Ermächtigung der Fraktion:

[1.] in der Kommission zur Beratung der Lex *Rintelen*[1]) sich dagegen zu wehren bzw. zu verhindern, daß in dem Bericht auf die im Plenum bei Beratung der Lex *Heinze* geübte Obstruktion[2]) Bezug genommen wird und

2. eine Gesamtabstimmung über die nach den Kommissions-Beschlüssen gestaltete Vorlage vorgenommen wird.

Die Fraktion ist damit einverstanden.

Aus Anlaß der Debatten der Plenarsitzung vom 5. currentis regt Kollege **Gradnauer** an, ob es nicht angezeigt sei, daß abgesehen von der bestehenden Praxis der Wortmeldung zu den Debatten sogenannter „großer Tage" nur alte, erfahrene Parlamentarier das Wort nehmen sollten. Vielleicht sei ein Ausweg dahin gangbar, daß in solchen Fällen der Fraktionsvorstand vermittelnd, ratend oder bestimmend einzugreifen habe.[3])

In der eingehenden Diskussion wird hauptsächlich von den Mitgliedern des Fraktionsvorstandes die ihm zugedachte Rolle entschieden abgelehnt. Die Fraktion ist einmütig der Ansicht, daß der in Übung befindliche Usus der Wortmeldung beizubehalten ist und es dem Redner überlassen bleiben müsse zu entscheiden, ob er sich der gestellten Aufgabe gewachsen fühle. Verlangt müsse aber werden, daß der Redner seine Rede im Singular halte. Das gebiete das eigene und das Parteiinteresse.

[1]) Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Strafprozeßordnung etc., s. Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 303—334; die in der ersten Sessionsperiode vorgelegte Fassung der „Lex *Rintelen*", vgl. Nr. 10 Anm. 2, war unerledigt geblieben.

[2]) Zur Obstruktion gegen die „Lex *Heinze*" vgl. Nr. 35 Anm. 4 und Nr. 43 Anm. 2.

[3]) Am 5. 3. hatte *Ledebour* nach dem Reichskanzler *v. Bülow* in der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes das Wort erhalten; s. Sten. Berichte Bd. 180 S. 1697.

Kollege **Fischer-Berlin** gibt zu erwägen, ob die parlamentarische Berichterstattung des *Vorwärts* nicht auch den anderen Parteien mehr Rechnung tragen müsse. **Bebel** sekundierte *Fischer*. Die Gerechtigkeit fordere, auch den Gegner zum Worte kommen zu lassen. Der gegenteiligen Meinung gaben **Auer, Wurm, Singer** und **Meister** Ausdruck, und konnte der Vorsitzende als Meinung der Fraktion feststellen:

Die parlamentarische Berichterstattung des *Vorwärts* ist[4]) derart, daß Schritte zu einer Änderung zur Zeit nicht vorzunehmen sind.

Singer Pfannkuch

[4]) Hinter „ist" wurden im Or. die Worte: „zufriedenstellend, an derselben nichts zu ändern" gestrichen. Der Protokollführer fuhr nach der Streichung in dem Protokoll wie oben mit „derart" fort.

67.

20. 3. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Für die Teilnahme an der Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft sind der Fraktion Eintrittskarten zur Verfügung gestellt.

Bei Beratung der Vorlage betreffend die Unfallversicherung der Beamten und Personen des Soldatenstandes Nr. 176 der Drucksachen wünscht **Molkenbuhr** die Ermächtigung der Fraktion zur Einbringung des Antrags bezüglich der nichtversicherungspflichtigen Angestellten in Gemeindebetrieben und für den Fall der Ablehnung des Antrags die Einbringung einer diesbezüglichen Resolution. Die Fraktion beschließt, daß die vorgesehene Resolution bis zur 3. Lesung zurückgestellt werden soll.[1])

Kollege **Hoch** macht Vorschläge über die der Rentenberechnung dienenden Unterlagen und die Aufnahme der Anmeldepflicht in die Vorlage.[2]) Die Kommissionsmitglieder werden ermächtigt, diesbezügliche Anträge einzubringen. Einer weiteren Anregung das Prozeßverfahren betreffend wurde keine Folge gegeben, da die Fraktion der Meinung ist, daß die Anregungen nur in einer evtl. Kommissionsberatung verfolgt werden könnten.[3])

Kollege **Sachse** regt an, ob eine von der Redaktion des *Feierabend des Arbeiters* abgelehnte Berichtigung im Klagewege erzwungen werden soll. Nachdem Kollege **Heine** juristische Bedenken geltend gemacht, lehnt die Fraktion die Erhebung der Klage ab.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 190 (Anlagen) S. 1254.

[2]) Im Or. folgt der unvollendete gestrichene Satz: „Man ist allgemein [...]"

[3]) Vgl. Nr. 66 Anm. 1.

68.

27. 3. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

In Anbetracht des Umstandes, daß die zweiten Lesungen mehrerer Gesetzentwürfe unmittelbar bevorstehen, ersucht der Vorsitzende **[Singer]** die betreffenden Kommissionsmitglieder, die von ihnen etwa vorbereiteten Anträge baldigst der Fraktion zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Die von den Kommissionsmitgliedern zu der Vorlage des Urheberrechts, Nr. 215 der Drucksachen[2]), vorbereiteten Anträge erhalten die Sanktion der Fraktion.

Ein[em] von dem Kollegen *Hoch* zu § 7 des Entwurfs eines Unfallfürsorgegesetzes für Beamte und Personen des Soldatenstandes, Nr. 257 der Drucksachen, betreffend Feststellung der Entschädigung und Rekursverfahren, [vorgelegten Änderungsantrag] wird von der Fraktion zugestimmt.

Über die Tätigkeit der Kollegen in der Toleranz-Kommission referiert Kollege **Vollmar.** Redner bezeichnet den Zentrumsantrag als den größten Schwindel, wie er bisher im Reichstag noch nicht aufgeführt sei. Toleranz gegen andere sei dem Zentrum fremd. Unsere Tätigkeit könne nur darauf gerichtet sein, dem Antrag die Einseitigkeit zu nehmen und die Rechtsgleichheit zu wahren.[3])

Als Resultat der ausgedehnten Diskussion finden die von *Vollmar*, *Stolle* und *Kunert* formulierten [und] unter den Nr. 3, 4, 5, 6 und 8 der Drucksachen der IX. Kommission [aufgeführten Anträge] die Zustimmung der Fraktion.[4])

Einer Einladung zu einer am 18. currentis nachts 12½ Uhr stattfindenden Versammlung der Gastwirtsgehilfen wird Kollege *Heine* Folge leisten.

Der Vorsitzende **[Singer]** gibt bekannt, daß für den Fall, daß in der Zeit vor der nächsten Fraktionssitzung der Entwurf des Sacharingesetzes auf die Tagesordnung des Plenums komme, an diesem Tag vormittags Fraktionssitzung stattfinde.

Des weiteren macht der Vorsitzende, einer Anregung des Kollegen *Heine* folgend, bekannt, daß der nächste Schwerinstag[5]) einem konservativen Antrag gewidmet sei und wir deshalb Zeit haben, uns in einem späteren Stadium entscheiden zu können, welchem von unseren Anträgen wir die Priorität geben wollen. Damit ist die Fraktion einverstanden.

Singer Pfannkuch

[1]) Im Or. irrtümlich datiert: „17. März 1901".

[2]) S. a. Nr. 65.

[3]) Vgl. den Antrag *Lieber* und Genossen vom 23. 11. 1900, Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 367; s. a. Bachem VI S. 97—118. Zum Standpunkt der SPD und zur „Dissidentenfrage" s. Protokoll SPD-Parteitag 1901 S. 75 f.

[4]) So im Or. Zum Drucksachen- und Antragswesen der Reichstagskommission s. Einl.

[5]) Zum Schwerinstag vgl. Nr. 30 Anm. 5.

69.

20. 4. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Kollege **Wurm** referiert über das Sacharin- und Branntweingesetz und beantragt, in der Generaldiskussion hat der Fraktionsredner den ablehnenden Standpunkt der Fraktion zum Ausdruck zu bringen. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu. Für beide Gesetzentwürfe wird *Wurm* als Fraktionsredner für die erste Lesung bestimmt.

Eine längere Aussprache knüpft sich an die in der 2. Beratung des Urheberrechtsgesetzes vorgekommene Tatsache, daß die Fraktion bei der Abstimmung über die Verlängerung der Schutzfrist nicht einheitlich gestimmt hat, und daß ein Fraktionsmitglied bei einem anderen Paragraphen desselben Entwurfs, Freigabe von Anthologien, gegen einen vorher von den Kommissionsmitgliedern der Fraktion gefaßten Beschluß im Plenum gesprochen hat.[1])

Die Diskussion ergibt — ohne daß ein Beschluß hierüber gefaßt wird —, die Übereinstimmung aller Redner, daß es wünschenswert ist, Meinungsdifferenzen in der Fraktion zum Austrag zu bringen, und daß Spaltungen der Fraktion bei Abstimmungen nach Möglichkeit vermieden werden sollten.

Als selbstverständlich wurde allseitig betont, daß eine auseinandergehende Abstimmung evtl. nur in Fragen in Betracht kommen könne, die politische und wirtschaftliche Prinzipien der Partei nicht berühren.

Für die [zur] Beratung im Plenum kommende Vorlage den Eisenbahnbau in Ostafrika betreffend wird *Bebel* als Fraktionsredner bestimmt. Die Fraktion stimmt gegen das Gesetz.[2])

Singer Pfannkuch

[1]) S. Nr. 68.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 181 S. 2331.

70.

24. 4. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Über die Kommissionsverhandlungen der J. K.[1]) — Gesetzentwurf die privaten Versicherungsunternehmungen[2]) [betreffend] — referieren die Kollegen **Segitz,**

[1]) Im Or. „J.K.", diese Abkürzung konnte nicht entschlüsselt werden, gemeint ist die zur Beratung der Privatversicherungsvorlage eingesetzte VII. Kommission.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 154—215.

Heine, Molkenbuhr und **Fischer.** Die anschließende Diskussion zeitigt folgende Beschlüsse:

1. Die Fraktion bringt den Antrag ein, dem § 120 folgende Fassung zu geben: „Unberührt bleibt das Recht der Landesgesetzgebung, den Betrieb bestimmter Versicherungsgeschäfte öffentlichen Anstalten vorzubehalten."
2. Andere Anträge werden von der Fraktion nicht gestellt.
3. Die Fraktion stimmt in der 3. Lesung nach den Beschlüssen der Kommission.
4. Bei von anderer Seite gestellten Anträgen folgt die Fraktion der Direktive unserer Kommissionsmitglieder.

Anschließend folgt die Beratung über die Kommissionsbeschlüsse betreffend das Urheber-[3]) und das Verlagsrecht.[4]) Kollege **Dietz** hält das einleitende Referat.

In bezug auf den zuerst genannten Gesetzentwurf beschließt die Fraktion:

1. Die Wiedereinbringung des Antrags auf Beseitigung des sogenannten „fliegenden Gerichtsstandes";
2. Zu § 19 hinter das Wort „vielleicht", die Anführung u.s.f. wegzulassen und dafür zu setzen: „sofern dazu die Zustimmung des Urhebers eingeholt ist, falls dieser noch lebt".

Andere Anträge werden nicht eingebracht. Die Fraktion stimmt für die Vorlage auch in dem Fall der Ablehnung unserer Anträge.

Zum Gesetzentwurf das Verlagsrecht [betreffend] werden Anträge von der Fraktion nicht gestellt. Die Fraktion stimmt für das Gesetz. Den Kommissionsmitgliedern bleibt es überlassen, die Redner für die 2. Lesung zu bestimmen.

Singer Pfannkuch

[3]) Vgl. Nr. 65 Anm. 2, Nr. 68.

[4]) Der Verlagsrechts-Gesetzentwurf wurde von den verbündeten Regierungen zusammen mit dem Urheberrechtsentwurf eingebracht, s. Sten. Berichte Bd. 189 (Anlage) S. 386, 408—431.

71.

3. 5. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden [**Singer**] werden zur Beratung gestellt die Stellung[nahmen] der Fraktion zu:

1. der 3. Lesung der Invaliden-Versicherung[1]),
2. der 3. Lesung der Unfallfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes,
3. einer Interpellation betreffend die Griesheimer Katastrophe,
4. der 2. Lesung der Seemannsordnung.

[1]) Gemeint ist wahrscheinlich die am 4. 5. stattfindende 3. Lesung des Entwurfs zur Versorgung der Kriegsinvaliden, s. Sten. Berichte Bd. 181 S. 2545 f.

Zu ad 1 [sic!] beschließt die Fraktion:

Wir stellen keine Anträge und stimmen für die Beschlüsse der Kommission. Wir unterstützen den Antrag der Elsässer, der den Elsässer Optanten die Wohltaten des Gesetzes sichern will, sowie die Bestimmung, die den derzeitigen Inhabern der Zivilversorgungsscheine diese belassen will. In 3. Lesung stimmen wir für das Gesetz.[2])

Zu ad [sic!] 2:

Wir stellen keine Anträge, stimmen für jede Verbesserung und für das Gesetz.

Über die Griesheimer Katastrophe referiert Kollege **Hoch,** der an Ort und Stelle Informationen eingezogen hat. Die Fraktion stimmt der Einbringung der Interpellation zu, wie dieselbe unter Nr. 315 der Drucksachen zur Verteilung gekommen ist. Kollege *Hoch* wird die Interpellation begründen und ihm Kollege *Wurm* in der Besprechung sekundieren.[3])

Über die Kommissionsverhandlungen über die Seemannsordnung und die von den Kommissionsmitgliedern für die 2. Lesung einzubringenden Anträge, referiert Kollege **Herzfeld.**

Die Fraktion beschließt die Beratung der Anträge bis nach deren Drucklegung auszusetzen.[4])

Der Vorsitzende **[Singer]** gibt bekannt, daß für den Fall, daß Montag, den 6. currentis, das Weingesetz auf die Tagesordnung gesetzt wird, morgens 10 Uhr Fraktionssitzung stattfindet. Einverstanden erklärt sich die Fraktion mit der Absicht der Kollegen, im Seniorenkonvent dahin zu wirken, daß baldigst die Seemannsordnung und der Entwurf des Gewerbegerichtsgesetzes zur Verhandlung im Plenum gelangt.

Singer Pfannkuch

[2]) S. Anm. 1; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1901 S. 65 f.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 181 S. 2588—2603.

[4]) S. Nr. 74.

72.

6. 5. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Kollege **Antrick** hält das einleitende Referat über das Weingesetz nach den Beschlüssen der Kommission. Trotzdem die beiden Kommissionsmitglieder **Albrecht** und **Wurm** in einzelnen Punkten von den vorgetragenen Ansichten *Antricks* abweichen, beantragen sämtliche Kollegen der Kommission, für die Beschlüsse der Kommission und das Gesetz zu stimmen. Die Fraktion beschließt demgemäß. Einer etwa sofort vorzunehmenden 3. Lesung des Gesetzes soll nicht widersprochen werden.[1])

[1]) Die 3. Lesung fand am 8. Mai statt.

In bezug auf die zu dem Gesetz gestellten Resolutionen beschließt die Fraktion, für die unter 1 und 4 aufgeführten zu stimmen, dagegen die unter 2 und 3 aufgeführten abzulehnen.

Die nächste Fraktionssitzung wird von der Beratung der Seemannsordnung im Plenum abhängen. Wird die Seemannsordnung am Dienstag oder Mittwoch auf die Tagesordnung gesetzt, so findet an dem betreffenden Tag die Fraktionssitzung vormittags 10 Uhr statt, andernfalls Mittwoch, den 8. currentis, nach der Plenarsitzung.

Singer Pfannkuch

73.

8. 5. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Über die in der letzten Sitzung des Seniorenkonvents vereinbarten Geschäftsdispositionen macht der Vorsitzende [Singer] Mitteilung. Die Pfingstferien sollen am 14. currentis beginnen und bis zum 4. Juni dauern. Neben der Verabschiedung des Sacharin- und Branntweingesetzes soll auch die Seemannsordnung erledigt werden. Doch wollen die Konservativen die Seemannsordnung nur von einem beschlußfähigen Hause[1]) verabschieden lassen. Aus diesem Umstand wird von dem Präsidenten eine etwaige Vertagung über den Sommer hinaus nach einer etwa vierzehntägigen Sitzungsperiode im Juni in Erwägung gezogen.

Über die Kommissionsverhandlungen bzw. Kommissionsberichte über die Gewerbegerichte referiert Kollege **Zubeil.** Die Fraktion beschließt, die in den Nr. 229 und 230 der Drucksachen vorliegenden Anträge einzubringen. Die Begründung der Anträge und die Führung der Abstimmung bleibt den Kommissionsmitgliedern vorbehalten. Auch für den Fall, daß unsere Anträge abgelehnt werden, stimmt die Fraktion in 3. Lesung für das Gesetz.

Ebenso stimmt die Fraktion für den Diätenantrag.[2])

Nächste Fraktionssitzung Freitag, den 10. currentis, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Seemannsordnung.

Singer Pfannkuch

[1]) Nach Artikel 28 Abs. 2 der Reichsverfassung war „zur Gültigkeit der Beschlußfassung [im Reichstage] [...] die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder erforderlich". Nach den Geschäftsgewohnheiten blieb die Feststellung des Quorums jedoch Antragssache, d. h. das Haus galt solange als beschlußfähig, als die Beschlußfähigkeit nicht von Mitgliedern des Hauses bzw. dem Präsidium angezweifelt wurde; vgl. Geschäftsordnung § 54 Abs. 2 und 3. Zur Beschlußfähigkeit des Hauses s. a. Nr. 35 Anm. 4.

[2]) Antrag des Zentrums auf Änderung des Artikels 32 der Reichsverfassung v. 19. 2. 1901, Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 303. S. a. Hatschek S. 612; Schippel, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch S. 357; Protokoll SPD-Parteitag 1901 S. 67.

74.

10. 5. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] macht Mitteilungen von den im Seniorenkonvent getroffenen Geschäftsdispositionen. Es sollen erledigt werden der Diätenantrag, das Handelsabkommen mit England[1]), die Retorsionsmaßregeln gegen Haiti und das Brennsteuergesetz dergestalt, daß durch Initiativantrag der bestehende Zustand auf 1 Jahr verlängert wird. Einem etwaigen von agrarischer Seite in Szene zu setzenden Versuch, Änderungen an dem bestehenden Gesetz vorzunehmen, wird die Fraktion Widerstand leisten.[2]) Da von dem Abgeordneten *Kardorff* in Aussicht gestellt ist, bei der 3. Lesung der Gewerbegerichtsnovelle die Auszählung[3]) zu beantragen, sollen die fehlenden Kollegen zu Montag, den 13. currentis, telegraphisch geladen werden.

[Aus den][4]) von den Kollegen *Herzfeld*, *Metzger* und *Schwartz* zur 2. Lesung der Seemannsordnung vorbereiteten Anträge[n] erhalten die Ziffern 1—32 die Sanktion der Fraktion.[5])

Bezüglich der gegen Haiti getroffenen Retorsionsmaßregeln wird *Bebel* beauftragt, den ablehnenden Standpunkt der Fraktion zu begründen.

Für das englische Abkommen stimmt die Fraktion.

Auf Anregung **Bebels** hebt die Fraktion den früheren Beschluß auf, nach dem der Petitionssturm erst nach Veröffentlichung des Zolltarifs in Szene gesetzt werden sollte. Des weiteren wird beschlossen:

Die fernere Agitation gegen die Lebensmittelzölle nach Zeit, Art und Umfang dem Parteivorstand zu überlassen.

Kollege **Antrick** gibt von der Absicht Kenntnis, das Schaumweinsteuergesetz vor der Vertagung noch zur Erledigung zu bringen. Die Fraktion wird sich dem Ansinnen widersetzen.

Nächste Sitzung, Montag, den 13. currentis, nach dem Plenum.

Singer Pfannkuch

---

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 191 (Anlagen) S. 2204; die provisorischen handelsvertraglichen Beziehungen zu England, Irland und den engl. Kolonien wurden durch kaiserl. Verordnung unter gesetzl. Zustimmung des Reichstages vom 11. 5. 1901 auf zwei Jahre verlängert, wobei für 1903 eine allgemeine Überprüfung der Zoll- und Handelspolitik in Aussicht genommen wurde; s. Sten. Berichte Bd. 181 S. 2702.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 181 S. 2706.

[3]) Vgl. Nr. 73 Anm. 1, Nr. 75 Anm. 1.

[4]) Im Or. „Die".

[5]) S. Sten. Berichte Bd. 191 (Anlagen) S. 2300 f.

75.

13. 5. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] erläutert nochmals, weshalb die Kollegen geladen sind zu erscheinen. Es bestand die Gefahr, daß durch den angedrohten Widerspruch *Kardorffs*, das Gewerbegerichtsgesetz nur von einem beschlußfähigen Hause verabschieden zu lassen, das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet werden konnte. Dem war nach Möglichkeit vorzubeugen.[1])

Der Erledigung des Brennsteuergesetzes in der vorgesehen gewesenen Sitzung am 14. ist deshalb widersprochen worden, weil die Konservativen die im Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen gebrochen haben, und dann, weil auch die Möglichkeit besteht, daß am Mittwoch, den 15. currentis, ein beschlußfähiges Haus nicht vorhanden ist und dann nichts im Wege steht, die im Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen perfekt werden zu lassen. Unter diesen Umständen ist es ratsam, wenn die Kollegen der Sitzung am 15. currentis fernbleiben. Die Fraktion beschließt des weiteren:

Sich an der Generaldebatte der 3. Lesung zu beteiligen, und bestimmt den Kollegen *Wurm* als Fraktionsredner. Die Feststellung der Präsenz wird durch namentliche Abstimmung je nach Bedarf bei der Bestimmung der Erhöhung der Brennsteuer oder der des Kontingents herbeigeführt werden.[2])

Bebel regt die Frage an, ob es nicht an der Zeit sei, das Institut eines Fraktionssekretariats einzurichten. Das Bedürfnis wird allseitig anerkannt und beschlossen, der Parteivorstand in Verbindung mit dem Fraktionsvorstand solle die Angelegenheit in die Wege leiten.[3])

Für die während der Sommermonate von dem Parteivorstand vorgesehenen Agitationstouren melden sich auf Umfrage 15 Kollegen.

Parlamentarischer Berichterstatter f[ür] d[en] P[artei-] T[ag] *Wurm*.[4])

Singer Pfannkuch

[1]) Die Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses wurde in der Plenarsitzung vom 13. 5. nicht beantragt, Sten. Berichte Bd. 181 S. 2730.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 181 S. 2735—2756.

[3]) S. Nr. 77, 78.

[4]) Vgl. Bericht *Wurms* vor dem Parteitag v. 27. 9. 1901, Protokoll SPD-Parteitag 1901 S. 263 bis 268. S. a. Nr. 49 Anm. 4.

76.

26. 11. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Der Vorsitzende [Singer] teilt den im Seniorenkonvent vereinbarten Arbeitsplan für die Sitzungen bis zum Eintritt der Weihnachtsferien, der für den 13. Dezember vorgesehen ist, mit. Außer der von den National-Liberalen eingebrachten Interpellation das Duell betreffend, die am 27. currentis zur Beratung steht[2]), soll die laufende Woche der Seemannsordnung vorbehalten bleiben. Montag, den 2. Dezember, beginnt die 1. Lesung des Zolltarifs, dem sich die 1. Lesung des Etats anschließen soll. Einem Versuch der Konservativen, vor den Weihnachtsferien das Branntweingesetz zur Erledigung zu bringen, sollen alle zulässigen Hindernisse bereitet werden.

Bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten soll Zettelwahl verlangt werden. Die Fraktion stimmt für den Genossen *Singer*.[3])

Als Fraktionsredner für die Interpellation der National-Liberalen werden die Genossen *Bebel* und *Haase* bestimmt.[4])

Der Vorsitzende [Singer] weist auf die von dem Internationalen Sekretariat erfolgte Aufforderung hin, betreffend eine interparlamentarische Aktion gerichtet gegen durch die englische Kriegsführung in Südafrika verübten Greueltaten. Die Fraktion stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden bei, von einer diesbezüglichen Interpellation zur Zeit Abstand zu nehmen, und stimmte der von verschiedenen Seiten gegebenen Anregung zu, die Angelegenheit bei der Spezialberatung des Etats zur Sprache zu bringen. Die Beschlußfassung der Fraktion in dieser Sache soll im *Vorwärts* bekannt gegeben werden.[5])

Ferner beschließt die Fraktion die Einbringung einer Interpellation über die von reichswegen zu ergreifenden Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zur Formulierung der Interpellation wird eine Kommission eingesetzt, bestehend aus den Kollegen *Auer*, *Hoch*, *Molkenbuhr*, *Wurm* und *Zubeil*. Die Einbringung der Interpellation soll in der Art geschehen, daß die Verhandlung über dieselbe nach Neujahr stattfindet.

Singer Pfannkuch

[1]) Überschrift im Or.: „Session 1901—1902, Sitzung vom [...]". Der Reichstag war jedoch am 15. 5. 1901 durch Kaiserliche Verordnung bis auf den 26. 11. 1901 vertagt worden, d. h. die II. Session wurde verlängert; s. Sten. Berichte Bd. 181 S. 27; vgl. Nr. 22 Anm. 1, Nr. 52 Anm. 1.

[2]) S. Anm. 4.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 182 S. 2777 f.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 182 S. 2778—2880.

[5]) S. *Vorwärts* v. 27. 11. 1901.

77.

27. 11. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion erteilt den Kollegen in der Kommission für die Seemannsordnung die Ermächtigung, die vorbereiteten Anträge zu den Paragraphen 78b bis 116 namens der Fraktion einzubringen.[1])

Nach eingehender Debatte präzisiert die Fraktion ihre Stellungnahme bei der Beratung des Zolltarifs[2]) folgendermaßen:

1. Der Debatte in der 1. Lesung ist freier Lauf zu lassen. Die Fraktion lehnt jede Einschränkung ab.
2. Überweisung des Gesetzes und des gesamten Tarifs an eine Kommission.
3. Die Kollegen werden aufgefordert, sich Abschnitte des Tarifs auszuwählen, dieselben zu studieren, das Material dazu zu sammeln, um den ausgewählten Abschnitt sowohl in der Kommission wie auch bei der 2. und 3. Lesung im Plenum zu vertreten.

Als Fraktionsredner für die 1. Lesung werden die Kollegen *Bebel*, *Molkenbuhr* und *Singer* gewählt. Anschließend steht es jedem Kollegen frei, sich zum Wort zu melden. Für die prinzipielle Stellung der Fraktion sind die Parteitagsbeschlüsse von Stuttgart, Mainz und Lübeck[3]) maßgebend. Demzufolge lehnt die Fraktion den Zolltarifgesetzentwurf ab. Die einzuhaltende Taktik besteht in der Verschleppung der Verhandlungen über die Session hinaus.

Die Fraktion ermächtigt ihren Vorstand, die von der Partei in Umlauf gesetzten und eingegangenen Petitionen mit einem Verzeichnis derselben und einem Anschreiben in der nächsten Woche dem Büro des Reichstags zu überreichen.[4])

Die Kollegen *Hoch* und *Wurm* erhalten den Auftrag, die als Ergänzung der Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassenen Bundesrats-Verordnungen[5]) bezüglich des Arbeiterschutzes zu studieren und der Fraktion Bericht zu erstatten.

Kollege **Hoch** ersucht um Auskunft über die vorgesehene Anstellung eines Fraktionssekretärs. Der Vorsitzende [**Singer**] stellt die Berichterstattung über diese Angelegenheit für eine der nächsten Sitzungen in Aussicht mit der Erklärung, daß bis zur Stunde eine Anstellung nicht erfolgt sei.[6])

---

[1]) Vgl. Nr. 74.

[2]) Vgl. Entwurf des Zolltarifgesetzes, Sten. Berichte Bd. 192. Zur Veröffentlichung der Vorlage während der Parlamentsferien s. Nr. 59 Anm. 1.

[3]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1898 (Stuttgart) S. 67 f., 172—205; Protokoll SPD-Parteitag 1900 S. 49 f.; Protokoll SPD-Parteitag 1901 S. 284—291.

[4]) Handelt sich wahrscheinlich um Petitionen zur Zollvorlage; vgl. Sten. Berichte Bd. 193 (Anlagen) S. 2796.

[5]) S. Sten. Berichte Bd. 193 (Anlagen) S. 2540.

[6]) S. Nr. 78.

Der Vorsitzende [Singer] gibt noch bekannt, daß die Fraktionssitzungen regelmäßig jeden Mittwoch nach dem Plenum stattfinden. Außerordentliche Sitzungen werden nach Bedarf angesetzt.

Singer Pfannkuch

78.

5. 12. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Im Auftrag einer am 1. Dezember in Berlin abgehaltenen Versammlung der Polen stellt das Büro der Versammlung an die Fraktion das Ersuchen, die Reichsregierung über die Wreschener Affäre[1]) zu interpellieren. Die Fraktion lehnt die Einbringung der Interpellation ab. Die Sache soll bei der Etatsberatung zur Sprache gebracht werden. Eine von polnischer Seite in der Sache zur Beratung kommende Interpellation wird selbstverständlich von der Fraktion unterstützt. Als Generalredner zum Etat werden die Kollegen *Bebel* und *Südekum* bestimmt.

In die Kommission für den Zolltarifgesetzentwurf delegiert die Fraktion die Kollegen *Bebel*, *Molkenbuhr*, *Singer* und *Stadthagen*.

Kollege **Hoch** referiert namens der eingesetzten Kommission über die einzubringende Interpellation betreffend die Arbeitslosigkeit.[2]) Die Fraktion gibt dem Wunsch Ausdruck, daß der Referent in der über 8 Tage stattfindenden Sitzung nähere Angaben über die Aufgaben des Reichs zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mache. Bis zu dem genannten Termin wird die Beschlußfassung über den Termin zur Einbringung der Interpellation ausgesetzt.

Über die Bundesratsverordnung betreffend die Schutzbestimmungen in den Zinkhütten etc.[3]) berichtet Kollege **Wurm**. Die den Fabriken gewährte Schonzeit zur Einführung der Schutzmaßregeln, die am 1. Juli dieses Jahres ihr Ende erreichte, ist durch die Verordnung um 27 Monate verlängert worden. Auf Antrag **Bebels** ersucht die Fraktion den Kollegen *Wurm*, in der nächsten Fraktionssitzung den Wortlaut einer Resolution vorzulegen, die im Anschluß an die Besprechung der Verordnung eingebracht werden soll.

Bezüglich der Anstellung eines Fraktions-Sekretärs macht Kollege **Singer** anschließend an den diesbezüglichen Beschluß der Fraktion vom 13. Mai dieses Jahres die Mitteilung, daß der Parteivorstand mit der Übernahme der Kosten

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 182 S. 3083—3111; Schulthess 1901 S. 162 f., 169.

[2]) Vgl. Nr. 76.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 193 (Anlagen) S. 2571.

auf die Parteikasse einverstanden sei. Schwierigkeiten biete die Personenfrage. Der Partei- und Fraktions-Vorstand werde die Angelegenheit weiter verfolgen.[4])

Kollege **Sachse** bringt einen Beschluß der sächsischen Landeskonferenz zur Sprache betreffend den Verlust der Pensionsansprüche der entlassenen sächsischen Bergarbeiter aus Anlaß der letzten Lohnbewegung. Die Fraktion beschließt:

Sowohl über den [besprochenen][5]) Gegenstand als wie auch über das Geschäftsgebaren der in den Betrieben bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen, Resolutionen bei der Etatsberatung — Reichsversicherungsamt einzubringen.[6])

Auf seinen Wunsch bestimmt die Fraktion den Kollegen *Stadthagen* als Fraktionsredner zu dem Antrag der Konservativen betreffend die Veteranenpensionen.[7])

Die Fraktion stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden [**Singer**] zu, daß, wenn von anderer Seite der Versuch gemacht werden sollte, zwischen die Beratungen des Zolltarifs und des Etats die Beratung des Branntweinsteuergesetzes einzuschieben, wir uns diesem Versuch widersetzen und die Weiterberatung der Seemannsordnung verlangen.

Des weiteren stimmt die Fraktion einem Vorschlag **Bebels** zu, nach Neujahr eine Interpellation betreffend den Strafvollzug einzubringen. Kollege *Auer* wird beauftragt, den Text der Interpellation zu formulieren.[8])

Kollege **Bebel** bringt zur Kenntnis, daß es die Absicht der Genossen *Baake* und *Guttmann*[9]) sei, Berichte aus den Kommissionen anzufertigen und dieselben auch der bürgerlichen Presse zu liefern. Im Verfolg der eingehenden Diskussion kommt folgender vom Kollegen *Bebel* gestellter Antrag zur Abstimmung:

Ist den Kollegen erlaubt, den Genossen *Baake* und *Guttmann* Berichte aus den Kommissionen zu liefern unter der Voraussetzung, daß die Berichte auch in der bürgerlichen Presse abgesetzt werden.

Der Antrag wurde mit 20 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Singer Pfannkuch

[4]) S. Nr. 113 Anm. 2 und Einl.

[5]) Im Or.: „beregten".

[6]) Um welche Resolutionen es sich handelt, konnte nicht ermittelt werden.

[7]) Gemeint ist die von *Otto Arendt*, Reichspartei, eingebrachte Interpellation über die Veteranen-Beihilfen, die am 9. 12. 1901 im Plenum verhandelt wurde. Vgl. Sten. Berichte Bd. 182 S. 3069.

[8]) Die Interpellation wurde erst am 22. 11. 1903 eingebracht und verhandelt; s. Sten. Berichte Bd. 185 S. 6523.

[9]) Zur Parlamentsberichterstattung *Baakes* vgl. Nr. 17 Anm. 3 und Nr. 32; die Personalien *Guttmanns* konnten nicht ermittelt werden.

79.

11. 12. 1901: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Meister kommt auf die von *Bebel* in der Fraktionssitzung vom 5. Dezember in bezug auf die Berichterstattung aus der Kommission gemachten Ausführungen zurück[1]) und wünscht zu wissen, ob dieselben sich auf ihn bezögen. **Bebel** erklärt: Nein, das sei nicht der Fall.

Der Vorsitzende [**Singer**] regt an, daß es zweckmäßig sei, die Interpellation betreffend die Arbeitslosigkeit am 13. currentis einzubringen mit der Maßgabe, daß die Interpellation vor Weihnachten nicht mehr besprochen werde. Dem stimmt die Fraktion zu. Die Interpellation lautet:

Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, die sich in Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassung bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Notstand weiter Volksschichten entgegenzuwirken.[2])

Die Interpellation soll Kollege *Zubeil* begründen und eventuell als weitere Redner der Fraktion die Kollegen *Auer*, *Hoch* und *Molkenbuhr* das Wort ergreifen.

Anschließend referiert Kollege **Wurm** über die zum Etat zu stellende Resolution betreffend die Zinkhütten. Die Resolution verlangt den Termin zur Einführung der bezüglichen Schutzbestimmugen, der auf den 1. April 1903 vorgesehen ist, um 1 Jahr zurückzuverlegen.[3])

Als Fraktionsredner zum Etatstitel „Reichsamt des Innern" werden die Kollegen *Fischer-Berlin* und *Wurm* bestimmt. Im übrigen bleibt die Praxis bestehen, daß es den Kollegen freisteht, sich nach Belieben an der Etatsberatung zu beteiligen.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Nr. 78.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 193 (Anlagen) S. 2615, Bd. 182 S. 3440.

[3]) Vgl. Nr. 78 Anm. 3; s. a. Sten. Berichte Bd. 193 (Anlagen) S. 3161.

80.

15. 1. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] gibt bezüglich der nächsten geschäftlichen Dispositionen bekannt, daß nach der Erledigung der beiden Interpellationen betreffend

die Kriegsinvaliden[1]) und die Arbeitslosigkeit[2]), in die 2. Lesung des Etats eingetreten werden soll.

Außer den der Budgetkommission bereits überwiesenen Etatstiteln soll auch Kapitel 10, Titel 1 des Reichsamts des Innern — Angliederung der Arbeiterstatistischen Kommission — zur Vorberatung an die Budgetkommission verwiesen werden. Über die Organisation der Kommission und ihre Funktionen werden verschiedenartige Ansichten geäußert. Die Mehrheit der Redner erkannte an, daß die Umformung der Arbeiterstatistischen Kommission einen Fortschritt gegenüber dem derzeitigen Zustand bedeute. Ein Beschluß in der Sache wurde nicht gefaßt.[3])

Der Vorsitzende teilt mit Worten der Anerkennung mit, daß die Kollegen in umfassendem Maße ihre Arbeit bei der Beratung des Zolltarifs zugesagt haben. Die Verteilung der einzelnen Positionen des Tarifs an die Gemeldeten, die Kollege *Molkenbuhr* vorbereiten wird, soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Des weiteren verweist der Vorsitzende [**Singer**] auf den Umstand, daß es nicht angängig sein würde, alle Gemeldeten an den Kommissionsarbeiten zu beteiligen. Zwei der Kollegen müßten ständig in der Kommission bleiben. Kollege *Bebel* wird seinen Platz in der Kommission wieder einnehmen.

Zum Schaumweinsteuergesetz werden nach Ansicht unserer Kommissionsmitglieder die Freisinnigen ihren in der Kommission gestellten und abgelehnten Antrag betreffend die Aufhebung der kommunalen Besteuerung im Plenum wiederholen. Die Fraktion behält sich ihre Stellungnahme vor.

Kollege **Ledebour** wünscht Berichterstattung über die am 29. Dezember vorigen Jahres in Brüssel stattgefundene internationale Konferenz.[4]) Kollege **Singer** erklärt sich dazu bereit. Die Fraktion lehnt die Berichterstattung ab mit der Motivierung, die Kollegen seien durch die Kenntnisnahme der Berichterstattung des *Vorwärts* ausreichend informiert.[5])

Singer Pfannkuch

---

[1]) S. Nr. 78 Anm. 7.

[2]) S. Nr. 79 Anm. 2.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 193 (Anlagen) S. 3213. Über die Kommission für Arbeiterstatistik vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 44, 47; Schippel, Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch S. 813—815. Über den in den Etatsverhandlungen erörterten Plan zur Umwandlung dieser Kommission in einen „Beirat für Arbeiterstatistik" beim Statistischen Reichsamt s. Sten. Berichte Bd. 194 (Anlagen) S. 4203 f.

[4]) Sitzung der Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel vom 30. 12. 1901, an der für die deutsche Sozialdemokratie *Paul Singer* und *Karl Kautsky* teilnahmen; s. Protokoll SPD-Parteitag 1902 S. 18 f.

[5]) Vgl. *Vorwärts* vom 1. 1. 1902.

81.

22. 1. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen ist ein Schreiben des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, die Fraktion möge bei der Etatsberatung rügen, daß die bezügliche Bundesratsverordnung betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gastwirtsgehilfen noch nicht erschienen ist. Des weiteren verlangt der Verband, die Fraktion möge für die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gastwirtsgehilfen durch ein Spezialgesetz eintreten. Die Fraktion nimmt von dem Schreiben Kenntnis.

Die Vorschläge des Kollegen *Molkenbuhr* betreffend die wechselnde Besetzung der Zolltarif[positionen][1]) finden unter Berücksichtigung noch nachträglich vorgetragener Wünsche die Zustimmung der Fraktion.

Die Debatte über die Stellungnahme der Fraktion zu der Resolution *Roesicke-Pachnicke*, den paritätischen Arbeitsnachweis, betreffend zeitigt den Beschluß: Die Fraktion stimmt gegen die Resolution.

Kollege **Thiele** wünscht, daß die Kollegen im Seniorenkonvent dahin wirken möchten, die Ansetzung der Schwerinstage[2]) zu fördern. Der Vorsitzende [**Singer**] teilt mit, daß durch die Geschäftslage bedingt nicht daran zu denken sei, daß Schwerinstage abgehalten würden. Nach Ostern würde der Versuch gemacht werden, mehrere aufeinanderfolgende Plenarsitzungen den Initiativanträgen zu widmen.

Singer Pfannkuch

[1]) Gemeint ist die Aufteilung der einzelnen Positionen des Tarifs unter die Fraktionsmitglieder; vgl. Nr. 80.

[2]) Vgl. Nr. 30 Anm. 5.

82.

29. 1. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Von verschiedenen Seiten wird angeregt, die veröffentlichte Bundesratsverordnung betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gastwirtsgehilfen[1]) in geeigneter Form einer Besprechung im Plenum zu unterziehen. Die Fraktion stimmt dem Vorschlag des Kollegen **Wurm** zu, die Besprechung bei der Etatsberatung auszuführen. Dem Beschluß der Fraktion entsprechend, übernimmt Kollege *Thiele* die Ausführung des Beschlusses.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 193 (Anlagen) S. 3176 f.

83.

5. 2. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Kollege **Gradnauer** stellt und begründet den Antrag:

Bei dem Etatstitel „Auswärtiges Amt" eine Resolution einzubringen, durch die die Reichsregierung aufgefordert wird, die in Peking „abhanden" gekommenen astronomischen Instrumente, die im Park Sanssouci in Potsdam Aufstellung gefunden haben, der chinesischen Regierung wieder zu behändigen und in Peking aufstellen zu lassen.

Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.[2])

Ein weiterer Antrag des Kollegen *Gradnauer* dahingehend, die Reichsregierung möge bei der englischen Regierung dahin wirken, daß Friedensverhandlungen zwischen der englischen Regierung und den Burenrepubliken eingeleitet werden, wurde abgelehnt.

Desgleichen ein Antrag *Ledebour* betreffend die Aufhebung der Konzentrationslager.

Beschlossen wurde:

Die Anregungen der beiden abgelehnten Anträge, wie auch die „armenische Frage" bei dem Titel „Auswärtiges Amt" zum Gegenstand der Diskussion zu machen.

Als Fraktionsredner wurden die Kollegen *Gradnauer* und *Ledebour* bestimmt.

Anschließend wünscht Kollege **Antrick**, die Meinung der Fraktion darüber zu hören, ob die von ihm beliebte Form der Behandlung der Mißstände in den Krankenhäusern den Gepflogenheiten der Partei im Hause entspreche. Eine gegenteilige Ansicht wurde nicht geäußert, anknüpfend aber auch der Wunsch ausgesprochen, Kollege *Antrick* möge das ihm in der Folge zugehende, die Berliner Krankenhäuser betreffende Material der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordneten zur Erledigung übergeben.

Singer Pfannkuch

[1]) Im Or. datiert auf den „6. Februar". Am 6. 2., einem Donnerstag, berichtete jedoch der *Vorwärts* über diese „Mittwochssitzung".

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 183 S. 4544 f.

84.

12. 2. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Einer Anregung der General-Kommission der Gewerkschaften folgend, beschließt die Fraktion, den Versuch der Gerichte, die Arbeitersekretariate[1]) dem § 35 der

[1]) Die Fraktion brachte über die gewerbsmäßige Besorgung „angeblich fremder Rechtsangelegenheiten" durch die Arbeitersekretäre und die „Anmeldung des Arbeitersekretariats als eines Gewerbebetriebes" am 20. 2. 1902 eine Interpellation ein; s. Sten. Berichte Bd. 183 S. 4409.

Gewerbeordnung zu unterstellen, bei der 3. Lesung des Etats zur Sprache zu bringen. Kollege *Hoch* wird mit der Ausführung des Beschlusses betraut. Der Vorstand des Schneiderverbandes unterbreitet der Fraktion, den Schutz der Heimarbeiter bei der Etatsberatung zu erörtern. Kollege *Reißhaus* wird damit beauftragt, dem vorgetragenen Wunsche bei dem Titel „Reichsamt des Innern" bei der 3. Lesung des Etats Rechnung zu tragen.

Bezüglich des Erlasses des preußischen Handelsministers die Errichtung der Gewerbegerichte betreffend beschließt die Fraktion, nach Ostern eine Interpellation einzubringen.[2])

Kollege **Herzfeld** frägt an, ob Vereinbarungen im Seniorenkonvent über die Erledigung der Seemannsordnung getroffen seien, und wünscht, daß derselben die Priorität vor dem Branntweinsteuergesetz gegeben werde.

Der Vorsitzende [**Singer**] teilt mit, daß vor Ostern außer dem Etat nicht an die Erledigung anderer Arbeiten im Plenum gedacht werden könne.

Singer Pfannkuch

[2]) Der Erlaß des preußischen Handelsministers kam am 10. 3. 1902 im Plenum zur Sprache, s. Sten. Berichte Bd. 183 S. 4675 ff. Eine förmliche Interpellation wurde, wahrscheinlich weil es sich um eine preußische Angelegenheit handelte, jedoch nicht eingebracht.

85.

19. 2. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Aus Anlaß einer Äußerung des Abgeordneten *Kopsch*[1]) in einer Versammlung des Louisenstädtischen Bezirksvereins bringt Kollege **Antrick** nochmals sein Vorgehen in der Krankenhausfrage[2]) zur Sprache. Die Fraktion erklärt ihr Einverständnis mit dem Vorgehen des Kollegen *Antrick* und bezeichnet die Handlungsweise des Abgeordneten *Kopsch* als eine schäbige Taktlosigkeit. Eine alsbald formulierte Erklärung soll im *Vorwärts*[3]) veröffentlicht werden.

In Sachen des Arbeitersekretariats Beuthen beantragt Kollege **Hoch** die Einbringung einer von ihm entworfenen Interpellation. Die Fraktion beschließt die Einbringung.[4])

Singer Pfannkuch

[1]) *Julius Kopsch*, Fortschrittliche Volkspartei, MdR seit 1896.

[2]) Vgl. Nr. 83.

[3]) S. Ausgabe vom 20. 2. 1902, 2. Beilage unter „Lokales" der Artikel: „Eine Schäbigkeit".

[4]) S. Nr. 84.

86.

5. 3. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] teilt die im Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen über die Geschäftspositionen mit, wie dieselben der Präsident in der nächsten Zeit zur Ausführung zu bringen gedenkt. Bis zum Eintritt der Ferien sollen außer der Erledigung des Etats nur noch das Gesetz betreffend den Schutz des Neutralitätszeichens und die Petitionen verabschiedet werden, die von der Petitions-Kommission als zur Beratung im Plenum nicht geeignet bezeichnet werden. Die Osterferien sollen spätestens am 15. März beginnen und bis zum 15. April dauern.

Da die Absicht besteht, die Sitzungen der Zollkommission 8 Tage über die Vertagung hinaus tagen zu lassen[1]) und 8 Tage vor Ablauf der Ferien die Sitzungen wieder aufzunehmen, stimmt die Fraktion dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, daß unsere Kommissionsmitglieder dem 1. Teil[2]) der bestehenden Absicht zu opponieren haben.

Nach den Osterferien soll die Seemannsordnung zur 2. Beratung gelangen.

Änderungen in der Besetzung der Zoll-Kommission, die nach Ostern eintreten, werden den in Frage kommenden Kollegen rechtzeitig von dem Kollegen *Molkenbuhr* bekanntgegeben.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Nr. 88 Anm. 4.

[2]) Im Or. verbessert aus „2. Teil".

87.

16. 4. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion präzisiert ihre Stellungnahme zu folgenden Gesetzentwürfen:

1. Einschränkung der Kinderarbeit[1]);
2. Den sogenannten fliegenden Gerichtsstand der Presse[2]);
3. Die Änderung der Servisklassen[3]).

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 194 (Anlagen) S. 3824.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 194 (Anlagen) S. 3836.

[3]) Der Entwurf über die Servisklassen betraf die Ortsklasseneinteilung sowie die Wohnungsgeldstufen für Zivil- und Militärpersonen; vgl. Sten. Berichte Bd. 194 (Anlagen) S. 3775.

Zu 1 hält Kollege **Wurm** das einleitende Referat und empfiehlt: Die Redner der Fraktion haben an dem Gesetzentwurf Kritik zu üben und die Frage der Kontrolle dilatorisch zu behandeln. Die Fraktion beschließt demgemäß und bestimmt die Kollegen *Wurm* und *Reißhaus* zu Fraktionsrednern.

Nach einem Referat des Kollegen **Heine** zu Nr. 2 beschließt die Fraktion, den Gesetzentwurf ohne Kommissions-Beratung im Plenum zur Entscheidung zu bringen. Die Fraktion stimmt gegen das Gesetz. Als Generalredner werden die Kollegen *Heine* und *Dietz* bestimmt.

Zu 3 bemerkt der Vorsitzende [**Singer**], daß der Entwurf gemäß den Gepflogenheiten des Reichstags der Budgetkommission überwiesen wird. Die sich notwendig machenden Erklärungen abzugeben, wird Kollege *Singer* ermächtigt.

Über den im 6. Berliner Wahlkreis ausgebrochenen Organisationsstreit, die vor den Instanzen der Partei dieserhalb seither gepflogenen Verhandlungen und den derzeitigen Stand des Streites referiert Kollege **Pfannkuch.**[4]) Seien auch die seitherigen vom Parteivorstand versuchten Einigungsbestrebungen gescheitert, so wolle der Parteivorstand doch nochmals einen Versuch auf folgender Grundlage machen:

Es wird eine Kommission gebildet, bestehend aus dem Parteivorstand, der Kontroll-Kommission, Delegierten der Fraktion und der Frauenorganisation mit der Aufgabe, einen Einigungsvorschlag zu finden, dem möglichst sämtliche Kommissionsmitglieder zustimmen. Gelingt der Kommission die ihr gestellte Aufgabe zu lösen, so soll der Einigungsvorschlag den beiden streitenden Teilen der Genossen des 6. Kreises unterbreitet werden.[5])

Die Fraktion stimmt dem Vorschlag des Parteivorstandes zu und delegiert die Kollegen *Dietz*, *Geyer*, *Förster*, *Metzger*, *Molkenbuhr*, *Stadthagen* und *Thiele* in die Kommission.

Singer Pfannkuch

[4]) Der Streit war wegen der „Versicherung der Partei-Angestellten" ausgebrochen; s. Protokoll SPD-Parteitag 1902 S. 78 (Antrag 8).

[5]) Zur Tätigkeit dieser „freien Kommission aus Berliner Genossen und Genossinnen, dem Parteivorstand, der Fraktion und der Kontrolleure" s. Protokoll a.a.O. S. 113, 115.

88.

23., 25. und 28. 4. 1902: Fraktionssitzungen

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Der Vorsitzende [**Singer**] teilt mit, daß es in der Absicht des Präsidenten liege, die Arbeiten der laufenden Session vor Pfingsten zum Abschluß zu bringen.

[1]) Überschrift im Or.: „Sitzung vom 23. April 1902."

Wenn möglich solle Mittwoch vor Himmelfahrt die Vertagung des Reichstags bis zum Herbst eintreten.[2])

Zur Verabschiedung sollen noch gebracht werden die Seemannsordnung, der Schaumweinsteuergesetzentwurf, die Gesetze betreffend den fliegenden Gerichtsstand der Presse, [die][3]) Konvention betreffend die Zuckerprämien, die Servisklassen und [die][3]) Diäten an die Kommissionsmitglieder.[4]) Desgleichen sollen noch die ausstehenden Wahlprüfungen zur Erledigung kommen.

Zum Gesetzentwurf betreffend den fliegenden Gerichtsstand der Presse beschließt die Fraktion den Antrag *Heine*, *Stadthagen* Nr. [599][5]) der Drucksachen einzubringen. Wird der Antrag abgelehnt, stimmt die Fraktion gegen das Gesetz. Für die 3. Lesung der Seemannsordnung beschließt die Fraktion die auf Nr. 597 der Drucksachen aufgeführten Anträge einzubringen. Die Fraktion stimmt für das Gesetz auch in dem Fall der Ablehnung unserer Anträge.[6])

In die Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Kinderarbeit[7]) delegiert die Fraktion die Kollegen *Reißhaus*, *Wurm*, *Baudert* und evtl. *Hoch*.

Ihre Stellung zum Entwurf der Kommissionsdiäten präzisiert die Fraktion in folgender Weise:

Schärfste Bekämpfung der Vorlage, jedoch unter Nichtanwendung der Obstruktion. Einem etwaigen Versuch, die 1. und 2. Lesung zu verbinden, wird widersprochen. Anträge werden eingebracht. Die Endabstimmung ist eine ablehnende.[8])

Als Fraktionsredner werden die Kollegen *Bebel* und *Singer* bestimmt.

Die Regelung der Besetzung der Zolltarifkommission wird einer besonderen Fraktionssitzung vorbehalten, doch erneuert die Fraktion auf erfolgte Anregung ihren bereits früher gefaßten Beschluß, daß die Kollegen *Molkenbuhr* und *Stadthagen* ständige Mitglieder der Kommission bleiben sollen.

---

[2]) Der Reichstag wurde am 11. 6. vertagt.

[3]) Im Or.: „der".

[4]) Vom Stellvertreter des Reichskanzlers und Staatssekretär des Innern, *Graf von Posadowsky-Wehner* eingebrachter Gesetzentwurf betr. die geschäftliche Behandlung des Zolltarifgesetzes, wonach die Mitglieder der Zollkommission für die Kommissionssitzungen während der Sommerferien des Reichstages eine Entschädigung von je 2400 Mark erhalten sollten; vgl. Sten. Berichte Bd. 194 (Anlagen) S. 3960. Die zuständige Kommission schlug eine Herabsetzung des Pauschquantums auf 2000 Mark vor, ein Antrag, der in 3. Lesung am 5. 5. 1902 vom Plenum gegen die Stimmen der SPD angenommen wurde. Die im Sommer 1902 an die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder aus der Reichskasse gezahlten 8342,98 Mark Diäten wurden der SPD-Zentralkasse überwiesen; s. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 42 Anm. 3.

[5]) Die Angabe der Nummer ist im Or. offengelassen. S. zu dem angesprochenen Gesetzentwurf Sten. Berichte Bd. 194 (Anlagen) S. 3965.

[6]) S. Anm. 9.

[7]) S. Nr. 87 Anm. 1.

[8]) S. Anm. 4.

In einer am 25. April abgehaltenen Extra[-]Sitzung der Fraktion wurde die im Vorstehenden skizzierte Stellungnahme der Fraktion zu dem Gesetzentwurf betreffend die Kommissionsdiäten, aufrechterhalten.

Den in bezug auf die Gesamtabstimmung der Seemannsordnung gefaßten Beschluß annullierte die Fraktion in einer Extrasitzung am 28. April und beschloß, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen.[9])

Pfannkuch Bebel

[9]) Änderung des Beschlusses vom 23. 4. s. o.; s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1902 S. 56—59.

89.

6. 5. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Aus den am Vormittag stattgefundenen Erörterungen der Geschäftslage im Seniorenkonvent teilt der Vorsitzende **Bebel** mit, die Regierung bestehe auf der endgültigen Beschlußfassung über die Zucker-Konvention nebst Zuckersteuergesetz und über den Entwurf der ostafrikanischen Bahn[1]), der von der Budgetkommission angenommen sei.

Das gleiche verlangen die Konservativen bezüglich des Branntweinsteuergesetzes. Man habe sich geeinigt, die 3. Lesung der Branntweinsteuervorlage am 3. Juni zu beginnen, die Endabstimmung aber auszusetzen bis zur Endberatung der Zucker-Konvention bzw. [des] Zuckersteuergesetzes. Die für die letzten Vorlagen eingesetzte Kommission soll noch am 7. currentis tagen und am 27. Mai wieder zusammentreten.

Für die am 3. Juni beginnenden Sitzungen des Reichstags ist eine etwa 14tägige Dauer in Aussicht genommen.

Kollege **Wurm** referiert über das Branntweinsteuergesetz und macht über [die] Stellungnahme der Fraktion folgende Vorschläge:

1. Obstruktion wird nicht getrieben.
2. Die Stellung von Anträgen wird auf das Notwendigste beschränkt.
3. Die Kommissionsmitglieder werden ermächtigt, die Anträge auszuarbeiten und in ihrem Namen zu stellen.
4. Nur bei wichtigen Paragraphen wird namentliche Abstimmung beantragt.

Die Fraktion beschließt demgemäß.

Die in der Zuckerkommission einzuschlagende Taktik wird den Kommissionsmitgliedern überlassen.

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 194 (Anlagen) S. 4227—4245; s. a. Nr. 69 Anm. 2.

Den Gesetzentwurf betreffend die ostafrikanische Bahn lehnt die Fraktion ab. Die Höhe der den Mitgliedern der Zolltarifkommission zu zahlenden Diäten setzt die Fraktion auf 12 Mark pro Tag fest und Zahlung der Wohnungsmiete an die nicht in Berlin wohnenden Mitglieder nach dem üblichen Ansatz.[2])

Über die in der Zolltarifkommission zu beobachtende Taktik und den Wechsel der Mitglieder derselben referiert Kollege **Molkenbuhr.** Seiner Meinung: Für die Artikel des Massenkonsums Zollfreiheit anzustreben, stimmt die Fraktion zu.

Die weitere Beratung zeitigt das Resultat, daß ein Eintritt der Kollegen in die Kommission für einzelne Nummern des Tarifs nicht durchführbar ist. Der Wechsel kann nur für und bei den verschiedenen Abschnitten des Tarifs eintreten. Zum Eintritt in die Kommission für den Abschnitt Textilindustrie bestimmt die Fraktion die Kollegen *Baudert*, *Grünberg* und *Reißhaus* mit der Maßgabe, daß bei dem Eintritt der 3 Kollegen eines der ständigen Mitglieder als Beirat den Verhandlungen beiwohnt unter selbstverständlicher Fortzahlung der Diäten.

Kollege **Ledebour** regt an, daß in den Fällen, in denen Kommissionsmitglieder über die einzuschlagende bzw. einzuhaltende Taktik nicht einig sind, auch die differierenden Ansichten der Fraktion vorgetragen werden müssen.

Die Wichtigkeit der Anregung erkennt die Fraktion an, vertagt jedoch die Beratung auf gelegenere Zeit.

Singer Pfannkuch

[2]) Es handelt sich um die aus der Fraktionskasse an die Kommissionsmitglieder der Fraktion zu zahlenden Diäten. Das Gesetz über die Zahlung einer Entschädigung an die Mitglieder der Zollkommission — vgl. Nr. 88 Anm. 4 — trat erst am 20. 6. 1902 in Kraft.

90.

4. 6. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Mit der Anfertigung des parlamentarischen Berichts für den Parteitag betraut die Fraktion den Kollegen *Rosenow*.[1])

Die Fraktion beschließt, in der Endabstimmung das Branntweinsteuergesetz abzulehnen. Desgleichen den Gesetzentwurf betreffend die ostafrikanische Bahn. Als Fraktionsredner wird Kollege *Bebel* bestimmt. Ebenso wird Kollege *Bebel* die Stellung der Fraktion bei dem Gesetzentwurf betr. die Aufhebung des Diktatur-Paragraphen 2 zum Ausdruck bringen.[2])

[1]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1902 S. 41—77, 167—169; s. a. Nr. 49, Anm. 4.

[2]) Antrag auf Abänderung des § 2 betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens. Der Gesetzentwurf wurde am 9. 6. 1902 vom Reichstag in 3. Lesung angenommen; vgl. Sten. Berichte Bd. 188 (Register) S. 9235.

Über die Tätigkeit der Mitglieder in der Zuckerkommission referiert Kollege **Bernstein.** Unsere Mitglieder bekämpften die Kontingentierung und den Überzoll. Traten ein für Verkehrserleichterung und Abschaffung der Verbrauchsabgabe. Die Debatte im Plenum führen die Kommissionsmitglieder. Die Stellung der Fraktion für die 3. Lesung bleibt der späteren Beschlußfassung vorbehalten.

Bezüglich der Stellung der Fraktion zum Süßstoffgesetz stimmt die Fraktion den Vorschlägen des Kollegen **Wurm** zu. Dieselben richten sich gegen die Besteuerung und die Beschränkung des Verkaufs. Sollte ein Verbot der Produktion beantragt bzw. angenommen werden, so stimmt die Fraktion gegen jede Entschädigung an die Fabrikanten. Als Fraktionsredner wird Kollege *Fischer-Sachsen* bestimmt. Die Stellungnahme bei der 3. Lesung behält sich die Fraktion vor.

Zum Fraktionsredner bei dem Toleranzantrag[3]) wird Kollege *Kunert* bestimmt.

Die Fraktion beschließt für Absatz 1 und 2 des § 1 zu stimmen, und Absatz 3 abzulehnen. Wird Absatz 3 vom Hause angenommen, stimmt die Fraktion gegen § 1. Kommen weitere Verschlechterungen nicht in das Gesetz, stimmt die Fraktion für das Gesetz.

Die Regelung der ferneren Besetzung der Zollkommission bleibt den Kollegen *Molkenbuhr* und *Stadthagen* überlassen mit der Maßgabe, daß möglichst die Gemeldeten berücksichtigt werden, die der Kommission noch nicht angehört haben.

Von Vorstands[4]) wegen wird bekannt gegeben, daß die alljährlich zur Ausführung kommenden Agitationstouren Ende August beginnen sollen und die rege Anteilnahme der Fraktionskollegen erwünscht ist. Kollege *Pfannkuch* nimmt die Anmeldungen entgegen.

Pfannkuch Singer

[3]) Der Antrag über die Freiheit der Religionsausübung kam am folgenden Tage, dem 5. 6., im Plenum zur Verhandlung und Annahme; s. a. Nr. 68 Anm. 3.

[4]) Parteivorstand.

91.

14. 10. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Es ist eine Beschwerde der Hutmacher in Altenbg.[1]) eingegangen gegen die Stellung der Kommissionsmitglieder in der Zollkommission bei der Position Hutzölle. Das Schreiben wird den Kommissionsmitgliedern zur Berichterstattung überwiesen.

[1]) So im Or., es kann sich um Altenburg, Thüringen, oder um Altenberg, Erzgebirge, handeln.

Für die geschäftliche Behandlung des Zolltarifgesetzes und des Zolltarifs stellt die Fraktion folgende Grundsätze auf:

1. Nichts unversucht zu lassen, das Gesetz zu Fall zu bringen.[2]) Dementsprechend ist es
2. notwendig, daß die Kollegen vollzählig zu den Plenarsitzungen erscheinen.
3. Beschließt das Plenum, die Beratung mit dem Tarifgesetz zu beginnen, so werden alle in der Kommission gestellten Anträge wieder eingebracht.
4. Wird die Beratung und Abstimmung bei dem Tarif positionsweise verlangt. Wird die abschnittsweise Beratung beschlossen, so wird die Abstimmung nach Positionen verlangt.
5. Die Abstimmungen sind namentliche. Auch die über Schlußanträge.
6. Um eine systematische Beteiligung der Kollegen an den Verhandlungen zu ermöglichen, werden die Kollegen *Meister* und *Molkenbuhr* beauftragt, die Führung der Rednerliste zu übernehmen. Die ersten Redner sind die ersten Mitglieder der Kommission.
7. Auf ergangene Anregung soll der Versuch gemacht werden, die im *Vorwärts* erschienenen Kommissionsberichte[3]) zusammen[4])[-] und der Fraktion zur Verfügung zu stellen.
8. Die Auszählung des Hauses bleibt vorbehalten.

In Ausführung eines Beschlusses des Parteitags beschließt die Fraktion die Einbringung einer Interpellation die Fleischnot betreffend.[5])

Pfannkuch Singer

[2]) Zur Benutzung äußerster parlamentarischer Mittel durch die Opposition s. a. Nr. 35 Anm. 4 und Nr. 43 Anm. 2 (Obstruktion gegen die Lex Heinze).

[3]) Der *Vorwärts* berichtete laufend über die insgesamt 111 Sitzungen der Zolltarifkommission; vgl. Bericht über die Schlußsitzung vom 6. 10. 1902 in der Ausgabe vom 7. 2. unter „Parlamentarisches".

[4]) So im Or.

[5]) Beschluß der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in München v. 14. 9. 1902; Protokoll SPD-Parteitag 1902 S. 306 f.

92.

22. 10. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen ist der „Reichsbeitrag für die Agitation zur Bekämpfung des Zolltarifs", in Summa 8342,98 M.[1]) Nach Erledigung der Positionen Vieh- und

[1]) Ironische Bezeichnung für die aus der Reichskasse an die Mitglieder der Zollkommission gezahlte Entschädigung; s. Nr. 88 Anm. 4.

Fleischzölle des Tarifgesetzes ist die Fraktion bereit, für den Antrag *Barth*, die Verhandlungen über das Tarifgesetz und den Zolltarif abzubrechen, zu stimmen. Über die Angelegenheit hat jede Mitteilung in der Presse zu unterbleiben.

Das gleiche Verhalten wird bezüglich des materiellen Inhalts der Verhandlungen der am [19.] currentis[2]) abgehaltenen Polenkonferenz erwartet, über die **Pfannkuch** in formeller Weise referiert.

Zur Vorbereitung der bei der Weiterberatung des Tarifgesetzes einzubringenden Anträge setzt die Fraktion eine Kommission ein, bestehend aus den Kollegen *Antrick*, *Bebel*, *Molkenbuhr*, *Stadthagen* und *Vollmar*. Die Anträge, über die in der Kommission Einstimmigkeit erzielt wird, ist die Kommission berechtigt namens der Fraktion einzubringen.

Wird die Beratung nach Erledigung der Fleisch- und Viehzölle statt mit dem Tarifgesetz mit dem Zolltarif[3]) fortgesetzt, dann hat die Kommission das Recht, Anträge auf Zollfreiheit für Lebensmittel einzubringen.

Singer Pfannkuch

[2]) Im Or. „14". Im Protokoll des SPD-Parteitages 1903 S. 273 werden die Verhandlungen auf Sonntag, den 19. 10. 1902, datiert. Zu den Differenzen und Verhandlungen zwischen den polnischen und deutschen Sozialdemokraten in Oberschlesien s. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 272—279; Hans-Ulrich Wehler, Sozialdemokratie und Nationalstaat, Die Deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Marburger Ostforschungen 18), Würzburg 1962, S. 147 f.

[3]) Dem vom Reichskanzler am 19. 11. 1901 vorgelegten Entwurf eines Zolltarifgesetzes war als Anlage der „Zolltarif" beigefügt. § 1 Abs. 1 des Zolltarifgesetzentwurfes lautete: „Bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet werden Zölle nach Maßgabe des nachstehenden Zolltarifs erhoben, soweit nicht für die Einfuhr aus bestimmten Ländern andere Vorschriften gelten." S. Sten. Berichte Bd. 192 (Anlagen) S. 1. Die Entwürfe zum Zolltarifgesetz und zum Zolltarif wurden gleichzeitig verhandelt.

93.

29. 10. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Nach den von **Bebel** gemachten Mitteilungen erzielte die mit der Einbringung der Anträge zum Tarifgesetz [beauftragte Kommission][1]) über die bisher eingebrachten Anträge Einstimmigkeit.[2])

Der Vorsitzende [**Singer**] richtet die dringende Mahnung an die Kollegen, pünktlich bei Beginn der Sitzung anwesend zu sein.

Die Beilegung der zwischen den Kollegen *Elm* und *Geyer* ausgebrochenen Meinungsverschiedenheit darüber, wer von beiden als erster Redner bei der Zoll-

[1]) Über Einsetzung und Zusammensetzung der Kommission vgl. Nr. 92.

[2]) Im Or.: „Einstimmigkeit der Kommission".

position „Tabak" im Plenum reden soll, wird der für die Besetzung der Zolltarifkommission eingesetzten Kommission bzw. dem Kollegen *Molkenbuhr* zugewiesen.

Zwecks der Zusammenstellung und Beschaffung des Manuskripts eines parlamentarischen Handbuchs[3]) setzt die Fraktion eine Redaktionskommission ein, bestehend aus den Kollegen *Bebel*, *Stadthagen* und *Wurm*. Vom Kollegen **Bebel** wurde bei dieser Gelegenheit angeregt, ob es sich empfehle, das Wissenswerte aus den Zollreden der Kollegen zusammenzustellen und in Broschürenform herauszugeben. Der Vorsitzende [**Singer**] stellt fest, daß die Meinung der Fraktion dahin geht, daß die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit Sache des Parteivorstandes sei.

Singer Pfannkuch

[3]) Gemeint ist wahrscheinlich die Redaktion des Handbuches für sozialdemokratische Wähler, das 1903 in Berlin vom Parteivorstand herausgebracht wurde.

94.

5. 11. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Mit der vom Vorstand angeordneten Repräsentation der Fraktion bei der Totenfeier *Rickerts*[1]) durch die Kollegen *Dietz*, *Südekum* und *Stadthagen* erklärt sich die Fraktion einverstanden.

Das Resultat der anschließenden Debatte darüber, ob die seither beobachtete Taktik der Fraktion bei der Beratung des Zolltarifgesetzes und des Tarifs beizubehalten oder zu ändern sei, stellt der Vorsitzende [**Singer**] dahin fest:

Bleibt die Situation unverändert, so wird die seither geübte Taktik beibehalten, was nicht ausschließt, daß je nach der Sachlage von dem Recht der Auszählung Gebrauch gemacht wird.

Die Mitteilung des Vorsitzenden [**Singer**] von der Absicht der Freisinnigen Vereinigung betreffend die Einbringung einer Interpellation über die anderweite Einteilung der Reichstagswahlkreise[2]) nimmt die Fraktion zur Kenntnis und behält sich ihre Stellungnahme für später vor. Des weiteren wird gewünscht, die Beratung der Initiativanträge zu fordern. Dementsprechend wird im Seniorenkonvent die Ansetzung von Schwerinstagen gefordert werden.[3])

Singer Pfannkuch

[1]) *Heinrich Rickert*, Abgeordneter der Freisinnigen Vereinigung, gestorben 3. 11. 1902.

[2]) Der Antrag wurde von der Freisinnigen Volkspartei erst am 29. 1. 1903 eingebracht, vgl. Sten. Berichte Bd. 196 (Anlagen) S. 5592.

[3]) Vgl. Nr. 30 Anm. 5.

95.

10. 11. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Gegenstand der Beratung bildet der Antrag *Aichbichler* 743 der Drucksachen betreffend die Abänderung des § 58 der Geschäftsordnung.[1])

Die Fraktion kommt zu folgender einstimmigen Beschlußfassung:

1. Die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Antrags hat nach § 35 der Geschäftsordnung zu erfolgen, d. h. es wird verlangt, den Antrag *Aichbichler* in die Reihenfolge der Initiativanträge einzustellen.[2]) Die Abstimmung über den diesbezüglichen Antrag soll eine namentliche sein. Bei derselben hat die Zollmehrheit die Präsenz zu stellen.[3]) Im Falle des Erfolgs Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit.
2. Die sachliche Behandlung des Antrags *Aichbichler* soll in folgender Reihenfolge geschehen:
   a) Antrag auf einfache Tagesordnung.[4]) Über den Antrag namentliche Abstimmung.
   b) Überweisung des Antrags an die Geschäftsordnungskommission. Darüber namentliche Abstimmung.
   c) Einbringung von Anträgen, die jedoch sämtlich im Rahmen des Antrags *Aichbichler* gehalten sein müssen.
   d) Im Falle des Erfolgs Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit des Reichstags in allen Stadien der Beratung.

---

[1]) *Josef A. Aichbichler*, Zentrum, beantragte die Änderung der §§ 58, 59 der Geschäftsordnung. Anstelle der zeitraubenden Abstimmung durch Namensaufruf, die von der SPD-Fraktion bei der Beratung des Zolltarifgesetzentwurfes zu Obstruktionszwecken ausgenutzt wurde, sollte ein Abstimmungsverfahren durch Stimmkarten eingeführt werden; vgl. Sten. Berichte Bd. 195 (Anlagen) S. 4918. Zur parlamentarischen Obstruktion der SPD gegen die Zolltarifgesetzvorlage s. a. Schulthess 1902, S. 163; Karl Bachem VI S. 148—165; E. Brandenburg, Die parlamentarische Obstruktion, in: Vorträge der GEHE-Stiftung Bd. 10 Dresden 1904; Siegfried von Kardorff, Wilhelm von Kardorff, Ein nationaler Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1828—1907, Berlin 1936, S. 342—354. Zum Verfahren der Obstruktion s. a. Nr. 35 Anm. 4; Nr. 43 Anm. 2; Nr. 101 Anm. 2 (Dauerreden); Nr. 101 Anm. 3. Zu den durch die Obstruktion ausgelösten Geschäftsordnungsfragen s. Anm. 2.

[2]) *Spahn* hatte am 12. 11. 1902 im Plenum beantragt, den Antrag *Aichbichler* (s. o.) bevorzugt auf die Tagesordnung des nächsten Verhandlungstages zu setzen. Die SPD opponierte gegen diese Bevorzugung eines Initiativantrages und forderte dessen Verhandlung in ordentlicher Reihenfolge an einem der für Initiativanträge vorgesehenen Schwerinstage; vgl. Nr. 30 Anm. 5. Grundsätzlich bestritt die SPD der Zollmajorität das Recht, die Geschäftsordnung durch Mehrheitsbeschluß ändern zu dürfen; vgl. die instruktive Geschäftsordnungsdebatte vom 12. 11. 1902, Sten. Berichte Bd. 185 S. 6316—6335; s. a. Ernst Müller-Meiningen, Zolltarif-Reichsverfassung-Geschäftsordnung des Deutschen Reichstages, Abänderung der Beschlußfähigkeit, Dauer der Legislaturperiode, Beschränkung der Redefreiheit, in: Annalen des Deutschen Reichs 1902, S. 713—734; Zu den Rechtsfragen des Geschäftsordnungswesens und der Frage der Änderung der Geschäftsordnung s. Hatschek S. 33—51.

[3]) D. h. die Opposition wird während der Abstimmung den Plenarsaal verlassen.

[4]) Gemeint ist der Antrag *Singers* vom 13. 11. 1902 auf „Übergang zur einfachen Tagesordnung", der dazu dienen sollte, den Antrag *Aichbichler* stillschweigend zu erledigen; vgl. Sten. Berichte Bd. 185 S. 6342.

e) Die Gesamtabstimmung ist eine namentliche, bei der von der Zollmehrheit die Stellung der Präsenz verlangt wird. Andernfalls wird die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt.

Singer Pfannkuch

96.

21. 11. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Einbringung der auf Nr. 758 der Drucksachen verzeichneten Interpellation betreffend die polizeilichen Übergriffe und die Vorlegung eines Gesetzentwurfs über den Strafvollzug. Redner *Frohme* und *Heine.*[1])
2. Der Fraktionsvorstand hat Maßnahmen zu treffen, daß der in Nr. 274 des *Vorwärts* veröffentlichte Aufruf betreffend die „Neueste Sozialistentöterei" gleichzeitig in der gesamten Parteipresse publiziert wird.[2])
3. Anträge auf Übergang zur Tagesordnung dürfen in Zukunft nur dann gestellt werden, wenn durch Debatteschluß unseren Rednern das Wort abgeschnitten worden ist. In anderen Fällen[:] zur Stellung der Anträge ist nur die Redaktions-Kommission, für die Zollanträge [gemeinsam] mit dem Fraktionsvorstand berechtigt.[3])
4. Eine zweite angeregte Interpellation, die Beschäftigung von Unteroffizieren in kaufmännischen Geschäften [betreffend,] wird für gelegenere Zeit zurückgestellt. Kollege *Rosenow* soll dieselbe begründen.[4])

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 185 S. 6523.

[2]) Die Nr. 274 des *Vorwärts* erschien am 23. 11. 1902, zwei Tage nach der Fraktionssitzung. Zur Methode der Protokollführung s. Einl.

[3]) Vgl. Nr. 95 Anm. 4.

[4]) Eine solche Interpellation wurde in der X. Legislaturperiode nicht mehr eingebracht.

97.

26. 11. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion unterstützt die Polen-Interpellation Nr. 771 der Drucksachen betreffend den Militärboykott gegenüber polnischen Gewerbetreibenden. Als Redner ist Kollege *Ledebour* bestimmt.

Für den fleißigen und pünktlichen Besuch der Plenarsitzungen richtet der Vorsitzende [Singer] eindringliche Mahnworte an die Kollegen.

Über die fernere Stellungnahme der Fraktion bei der Beratung des Zolltarifs faßt die Fraktion folgende Beschlüsse:

1. Die Gruppenzusammenfassung der Tarif-Nummern wird zu verhindern gesucht. Wird die Zusammenfassung beschlossen, soll die Drucklegung der zusammengezogenen Nummern jedesmal verlangt werden.

2. Die Beschlußunfähigkeit soll nur, wenn Erfolg versprechend, herbeigeführt werden. Ist die 5er-Kommission[1]) mit dem Fraktionsvorstand einig, die Beschlußunfähigkeit herbeizuführen, so hat jeder Kollege der Aufforderung, den Saal zu verlassen, Folge zu leisten.

3. Die 5er-Kommission bestimmt die Reihenfolge der zu den einzelnen Abschnitten bzw. Tarifnummern gemeldeten Redner.

Die seitherige Praxis in der Stellung von Anträgen auf Übergang zur Tagesordnung wird beibehalten. Anträge auf Übergang zur Tagesordnung[2]) über Kommissionsbeschlüsse soll[en] nur in außerordentlichen Fällen [gestellt werden].[3])

4. Über die in den nächsten Tage einzuhaltende Taktik entscheidet die 5er-Kommission in Verbindung mit dem Fraktionsvorstand. Über die getroffenen Maßnahmen erstattet die 5er-Kommission in der nächsten Fraktionssitzung Bericht.

Singer Pfannkuch

[1]) Zur Zusammensetzung der 5er-Kommission s. Nr. 92.

[2]) Vgl. Nr. 95.

[3]) Im Or.: „geschehen".

98.

27., 28., 30. 11. und 3., 4. 12. 1902: Fraktionssitzungen

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Die 2tägigen Verhandlungen zeitigten folgende Beschlußfassung:

Vor der Abstimmung über die Zulässigkeit des Antrags *Kardorff*[2]) wird namens der Fraktion eine Erklärung abgegeben betreffend die Nichtbeteiligung der Fraktion an der Abstimmung. Die Fraktion entfernt sich demonstrativ aus dem Saal. Die freisinnige Vereinigung, deutsche Volkspartei und freisinnige Volkspartei sollen zwecks Teilnahme an der Demonstration sondiert werden.

[1]) Überschrift im Or.: „Sitzung vom 27. und 28. Nov. 1902."

[2]) Von der „Zollmajorität", Zentrum, Nationalliberale, Deutsch-Konservative und Reichspartei, unterstützter Antrag *Kardorffs* über die enbloc-Annahme der Sätze des Zolltarifs entsprechend eines auf der Grundlage des Regierungsentwurfes beruhenden Kompromißvorschlages; vgl. Sten. Berichte Bd. 186 S. 6651; s. a. Siegfried von Kardorff, Wilhelm von Kardorff, Ein nationaler Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1828—1907, Berlin 1936 S. 351; Bachem VI S. 157.

Die Redaktion der Erklärung wird der 5er-Kommission in Verbindung mit dem Fraktions-Vorstand zugewiesen. Für Sonnabend erhält die 5er-Kommission in Verbindung mit dem Fraktions-Vorstand die Vollmacht, im Falle des Erfolgs die Beschlußunfähigkeit herbeizuführen; auch durch Hinausgehen der Kollegen.

Kollege **Vollmar** teilt mit, daß die 5er-Kommission einmütig in der Auffassung sei, nach der Annahme des Antrags *Kardorff* so vorzugehen, als wenn derselbe nicht vorhanden sei.

Einer Anregung **Bebels**, betreffend die Einbringung eines auf die Abschaffung des § 175 des Straf-Gesetz-Buches abzielenden Initiativantrages, gibt die Fraktion keine Folge. Die Fraktion kann sich auch nicht damit einverstanden erklären, daß *Bebel* inoffiziell den bezüglichen Antrag einbringe.

Über die Ansetzung von Extra-Sitzungen der Fraktion bestimmt die 5er-Kommission in Verbindung mit dem Fraktionsvorstand.

In der Extra-Sitzung der Fraktion vom 30. November wurde die angeregte Initiative zur Abhaltung von A[gitations]-Vers[ammlungen] gegen den Zolltarif abgelehnt.

In der Extra-Sitzung am 3. Dezember lehnte die Fraktion ab, der Aufforderung der Berliner Vertrauensleute Folge zu leisten, für die für den 4. Dezember veranstalteten 27 Volksversammlungen die Referenten zu stellen.[3])

In der Extra-Sitzung am 4. Dezember faßte die Fraktion folgende Beschlüsse:

Dem zu Unrecht erfolgten Ausschluß des Kollegen *Singer* von der Plenarsitzung entgegen hat Kollege *Singer* seinen Platz einzunehmen.[4])

Kollege *Bebel* wird beauftragt, die Meinung der Fraktion, daß der Ausschluß *Singers* zu Unrecht erfolgt sei, im Plenum zum Ausdruck zu bringen.

Singer Pfannkuch

[3]) S. Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung S. 175 f.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 186 S. 6893. Die außerordentliche Fraktionssitzung vom 4. 12. 1902 fand in einer Pause während der Plenarsitzung statt. *Singer* kehrte trotz seines Ausschlusses ins Plenum zurück, wo er weiter verblieb, obwohl sein Ausschluß vom Plenum als zurecht erfolgt erklärt worden war.

99.

6. 12. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Bei dem Vorsitzenden sind zahlreiche Zuschriften eingegangen, in denen der Fraktion die Sympathien mit ihrer Haltung bei den Verhandlungen der letzten Wochen ausgesprochen werden.

Der Vorsitzende [**Singer**] gibt bekannt, daß die Absicht bestehe, vom Mittwoch,

den 10. currentis, ab, die Sitzungen vormittags 10 Uhr beginnen zu lassen. Am 19. Dezember sollen die Weihnachtsferien beginnen.

Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden debattiert die Fraktion über:

Die allgemeine Haltung der Fraktion bei der ferneren Behandlung des Tarifgesetzes und des Zolltarifs und die geschäftliche Behandlung des Antrages *Gröber* betreffend die Änderung der Geschäftsordnung.[1])

Die Fraktion kommt zu folgender Beschlußfassung:

1. Mittels Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung bestreitet die Fraktion die Zulässigkeit des Antrags *Gröber*.

2. Bei der sachlichen Debatte über den Antrag *Gröber* bestimmt die Fraktion die Kollegen *Bebel* und *Singer* als Fraktionsredner.

3. Zu dem Antrag *Gröber* stellt die Fraktion keine Anträge und beteiligt sich an der Abstimmung.

4. Nach der Annahme des Antrags *Gröber* bleibt in bezug auf die Referate die sachliche Behandlung des Antrags *Kardorff*[2]) sowie der namentlichen Abstimmungen die seitherige Taktik in Übung. Sollte der Präsident nach Annahme des Antrags *Gröber* bei der Wortmeldung „Zur Geschäftsordnung" die Frage stellen, zu welcher Sache das Wort zur Geschäftsordnung verlangt werde, so ist die Auskunft zu verweigern.

Kollege **Wurm** regt noch die Einbringung von Interpellationen an. Die Fraktion hält die Einbringung zur Zeit jedoch nicht für zweckentsprechend.

Singer Pfannkuch

[1]) *Gröber* hatte beantragt, den Präsidenten des Reichstages zu ermächigen, das Wort zur Geschäftsordnung nach freiem Ermessen geben zu dürfen, und zweitens, daß die Redezeit bei einer Wortmeldung zur Geschäftsordnuug auf 5 Minuten beschränkt werden solle; vgl. Sten. Berichte Bd. 186 S. 6999 f.

[2]) Vgl. Nr. 98 Anm. 2.

100.

10. 12. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen sind eine weitere Anzahl Zuschriften zustimmenden Inhalts mit dem Verhalten der Fraktion.

Für die 5er-Kommission berichtet Kollege **Stadthagen** über die zum Antrag *Kardorff* zu stellenden Anträge.[1]) Dieselben sollen in der Sitzung am 11. dem Präsidenten überreicht werden.

Über die Art der Abstimmung über die Abänderungsanträge, den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wie den Antrag *Kardorff* bestimmt die 5er-Kommission in Verbindung mit dem Fraktions-Vorstand. Vor der 3. Lesung des Zoll-

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 186 S. 7088—7107.

tarifgesetzes soll eine Fraktionssitzung stattfinden[2]), deren Ansetzung der 5er-Kommission mit dem Fraktions-Vorstand obliegt.

Singer Pfannkuch

[2]) S. Nr. 101.

101.

12. 12. 1902: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Nach mehrstündiger Diskussion stellt die Fraktion ihre Stellung bei der 3. Lesung des Zolltarifgesetzes[1]) fest wie folgt:

1. Alle zulässigen Mittel der Geschäftsordnung anzuwenden, die Beratungen über Sonnabend bzw. über die Weihnachtspause hinzuziehen.

2. Dazu gehören ausgiebige Reden unserer zu Worte kommenden Kollegen. Als Fraktions-Redner wird zu der Generaldiskussion *Molkenbuhr* und zu der Spezialdiskussion als erster Redner *Antrick*[2]) [bestimmt].

3. Einbringung von Anträgen. Über Art und Umfang der Einbringung entscheidet die 5er-Kommission.[3])

4. Für alle Abstimmungen wird die namentliche Abstimmung beantragt.

5. Im Falle des Erfolgs, Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit.

6. Wird uns das Wort in der Generaldiskussion abgeschnitten, dann wird die Aufhebung der Sitzung herbeigeführt. Das gleiche geschieht, wenn die Fraktion bei der Spezialdiskussion nicht zum Wort gelassen wird.

Auf Anregung deklariert die Fraktion: Der Abgeordnete *Bachem* durfte nur an dem Tag nicht reden, an dem er die verdächtigende Äußerung tat und nicht zurücknahm bzw. Namen nicht nannte.[4])

Über die Vorgänge während der Verhandlungen über das Zolltarifgesetz beschließt die Fraktion den Erlaß eines Manifestes. Dasselbe soll am 16. currentis im *Vorwärts* erscheinen.[5]) Kollege *Bebel* übernimmt die Herstellung des Manuskriptes.

Als Fraktionsredner zum Etat werden die Kollegen *Bebel* und *Vollmar* bestimmt.

Pfannkuch Bebel

[1]) Die dritte Beratung und die Gesamtabstimmung über die Zolltarifgesetzvorlage fanden am 13. und 14. 12. 1902 statt; s. Sten. Berichte Bd. 186 S. 7143—7240.

[2]) Die Rede *Antricks* vom 13./14. 12. dauerte 8 Stunden; s. Schulthess 1902 S. 181, Sten. Berichte a.a.O. S. 7181—7225.

[3]) Über die Zusammensetzung der 5er-Kommission s. Nr. 92; s. dazu auch Nr. 98.

[4]) *Bachem* hatte am 28. 11. 1902 vor dem Plenum Anspielungen über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Freisinnigen Vereinigung gemacht, worauf er von der SPD-Fraktion durch Lärm an der Fortführung seiner Rede gehindert wurde. Er kam am 28. 11. nicht mehr zu Wort; vgl. Sten. Berichte a.a.O. S. 6707 f.; Bachem VI S. 158.

[5]) S. Beilage zum *Vorwärts* vom 15. 12. 1902.

102.

14. 1. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Bei der Beratung der Petitionen Nr. 794 der Drucksachen, die Viehzölle betreffend, wird Kollege *Ledebour* mit der Vertretung der Fraktion betraut.

Einem Wunsche der Berliner Vertrauensleute betreffend Übernahme von Referaten in den für den 22. currentis vorgesehenen Volksversammlungen[1]) leisten 14 Kollegen Folge.

In die Budgetkommission delegiert die Fraktion den Kollegen *Hoch* anstelle des ausscheidenden Kollegen *Stadthagen*.

Als Fraktionsredner bei dem Kapitel Berichte der Gewerbeinspektoren des Etats des Reichsamts des Innern werden die Kollegen *Fischer-Berlin* und *Wurm* bestimmt.

Einer Anregung des Kollegen **Wurm**, die von dem Kollegen *Heine* in den *S[ozialistischen] M[onatsheften]* entwickelte Auffassung über die Führung der parlamentarischen Geschäfte zu erörtern, gibt die Fraktion keine Folge.[2])

Die Fraktion beschließt einen Antrag einzubringen dahingehend:

Die nach dem Schluß der Zolldebatten zu den Positionen Quebrachoholz, Pflastersteine etc. eingegangenen Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Kollege *Molkenbuhr* soll den Antrag begründen.[3])

Kollege **Heine** ersucht um fleißigen Besuch der monatlich einmal im Gewerkschaftshause abzuhaltenden Bierabende.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung, S. 176: „Nachdem der Zolltarif in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember durchgejagt war, vertagte sich der Reichstag, so daß eine unmittelbar darauf veranstaltete Antwort der Berliner Arbeiterschaft in seiner Abwesenheit erfolgt wäre. Kaum jedoch, daß der Reichstag wieder zusammengetreten war, wurde in 32 Volksversammlungen in verschärfter Form gegen die verfassungswidrige Art der Fertigstellung dieses Gesetzes protestiert und die Wählerschaft aufgefordert, den Protest dadurch wirksam zu machen, daß sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Sozialdemokratie nach Möglichkeit in ihrem Kampf unterstützt."

[2]) Wolfgang Heine, Eine Frage der parlamentarischen Arbeitsweise, in: Sozialistische Monatshefte 1902, S. 767—771. *Heine* hatte während der Reichstagsberatungen über die „Lex *Heinze*" sich für die Obstruktion ausgesprochen, wandte sich nun aber bei den Zolldebatten dagegen.

[3]) Ein solcher Antrag wurde in der X. Legislaturperiode nicht eingebracht.

103.

20. 1. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Im Verfolg des in der voraufgegangenen Plenarsitzung erfolgten Zusammenstoßes des Kollegen *Vollmar* mit dem Präsidenten *Ballestrem* beschließt die Fraktion: Die in Nr. 17 des *Vorwärts* zum Abdruck gelangte Erklärung namens der Fraktion zu veröffentlichen, und zwar wie geschehen am 21. Januar.[1])

Kollege **Reißhaus** regt an, ob es sich empfehle, den zum Gegenstand einer Polemik in der *Neuen Zeit* gemachten Artikel der *Zukunft*, betitelt „Parteimoral" und verfaßt von dem Genossen *Bernhard*[2]), in der Fraktion zu erörtern. Die Erörterung wird abgelehnt.

Ebenso lehnt die Fraktion ab, in eine Beratung über die Stellungnahme des Kollegen *Thiele* in der Petitions-Kommission bei der Petition betreffend die medizinischen Eingriffe am menschlichen Körper[3]) einzutreten. Um dem nicht anwesenden Kollegen *Thiele* Gelegenheit zur Klarstellung des Sachverhalts zu geben, wird die Angelegenheit für die nächste Sitzung zurückgestellt.

Singer Pfannkuch

[1]) *Vollmar* versuchte, als Redner in der Plenarsitzung vom 20. 1. auf zwei Kaiserreden Bezug zu nehmen und wurde hieran vom Präsidenten, *Graf Ballestrem*, gehindert. Zu dem folgenden Wortwechsel vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 83 f.; s. a. S. 84, wo der Text der darauf verfaßten Fraktionserklärung noch einmal abgedruckt ist. Zur Berücksichtigung späterer Ereignisse im Protokoll und zur Art der Protokollführung s. Einl.

[2]) Vgl. *Die Zukunft* 1903 S. 79—81; dazu ebenfalls die Polemik *Bernsteins* gegen *Bernhard* in *Die Neue Zeit* 21. Jg. Bd. 1 1903 S. 612—616; s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 230 bis 264 (Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse).

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 194 (Anlagen) S. 3591 f.

104.

29. 1. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

In die Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend das Verbot der Herstellung von Phosphorzündhölzern[1]) delegiert die Fraktion die Kollegen *Reißhaus*, *Segitz* und *Wurm*.

Singer stellt das Einverständnis der Fraktion mit seiner und *Bebels* Auffassung fest, daß außer in dem Seniorenkonvent Verkehr mit dem Präsidenten nicht zu pflegen ist.

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 195 (Anlagen) S. 4922.

Der Vorsitzende [Singer] macht darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftslage die 2. Beratung des Gesetzentwurfes betreffend das Verbot der Kinderarbeit Sonnabend, den 31. Januar erledigt sein müsse, wolle man die Verabschiedung des Gesetzes ermöglichen. Und da die Verabschiedung allseitig gewünscht werde, müsse die Fraktion in der Stellung von Anträgen sich Reserve auflegen.

Die Fraktion ist der gleichen Meinung und beschließt unter Ablehnung der Anträge *Hoch* und *Herzfeld*, außer den von unseren Kommissionsmitgliedern gestellten Anträgen von der Einbringung weiterer Anträge abzusehen.

Die Verhandlung über die Petition betreffend die medizinischen Eingriffe am menschlichen Körper[2]) wird einer der nächsten Sitzungen vorbehalten.

Als Fraktionsredner für die Gesetzentwürfe a) die Kaufmannsgerichte wird Kollege *Singer*, b) den sogenannten Klosettantrag[3]) [werden] die Kollegen *Blos* und *Dreesbach* bestimmt.

Die Verwendung von aus Kiel eingesandten Materials, [die][4]) Anwendung des § 61b des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend wird sistiert, da allseitig anerkannt wurde, bezüglich der Rechtswohltaten des genannten Paragraphen müßten für unsere Geschäfte erst feste Normen geschaffen werden.[5])

Zur Regelung dieser Frage regt Kollege **Dietz** die Abhaltung einer Pressekonferenz an, die sich auch aus anderen Gründen notwendig mache.

Eine Zuschrift der Gastwirtsgehilfen betrifft die Durchlöcherung der vom Bundesrat erlassenen Schutzvorschriften durch richterliche Entscheidungen. Kollege *Molkenbuhr* wird die Beschwerden der Gastwirtsgehilfen bei der Etatsberatung zur Sprache bringen.

Bebel Pfannkuch

[2]) Vgl. Nr. 103 Anm. 3.

[3]) Wahrscheinlich ist der Antrag *Rickert* vom 15. 11. 1900 zur Abänderung des Reichstagswahlgesetzes gemeint, der in § 11b die Einrichtung von Isolierräumen bei der Stimmabgabe vorschlug; s. Sten. Berichte Bd. 189 (Anlagen) S. 283. Der Antrag *Rickert* wurde in den Plenardebatten vom Januar/Februar 1903 wiederholt im Zusammenhang anderer Wahlrechtsfragen erwähnt; vgl. Sten. Berichte Bd. 187 S. 7640.

[4]) Im Or. „der".

[5]) Der betreffende Paragraph regelte die Einspruchsmöglichkeiten der Verwaltungsbehörden gegen Eintragungen ins Vereinsregister.

105.

4. 2. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen ist eine Einladung an die Fraktion des Genossen *Flatow* zur Teilnahme an einer geselligen Zusammenkunft am Abend des 5. currentis in den Arminhallen.

Anstelle des aus der Budgetkommission ausscheidenden Kollegen *Bebel* delegiert die Fraktion den Kollegen *Kaden* in dieselbe.

Aus Anlaß vorliegender Petitionen betreffend die Vivisektion und die medizinischen Eingriffe am menschlichen Körper[1]) beschließt die Fraktion:

In wissenschaftlichen Fragen steht den Kollegen die Stellungnahme und Abstimmung frei.

Im Verfolg einer Anregung des Kollegen **Peus** faßt die Fraktion den Beschluß:

Die Entscheidung über eine sich notwendigmachende Auszählung des Hauses wird von Fall zu Fall getroffen.

Bezüglich des Antrags *Barth*, betreffend die Wahlkreiseinteilung[2]), beschließt die Fraktion für den Antrag zu stimmen, jedoch von der Einbringung eines die Neueinteilung noch in der gegenwärtigen Session fordernden Amendements abzusehen.

Festgestellt wird, daß die Zeitungsnotiz, nach welcher die Fraktion von dem österreichischen *Dezinsky*[3]) Material verlangt habe, um in Sachen der Coburger Prinzessin *Louise* eine Interpellation einzubringen, auf Flunkerei beruht.

Die von **Bebel** gemachte Mitteilung, nach welcher, durch die Gewerkschaften angeregt, in den Berliner Parteikreisen die Frage der Einschränkung der Maifeier[4]) erörtert werde, führt zu dem Beschluß, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung[5]) zu setzen und zu dieser Sitzung sämtliche Kollegen einzuladen.

Über die Veranlassung und Art der Ausführung der Unterbringung des Kollegen *Agster* in der psychiatrischen Abteilung der Charité referiert Kollege **Singer**. Die Fraktion tritt dem Vorschlag *Singers* bei, die Kosten der Unterbringung *Agsters*, so lange das Mandat läuft, auf die Parteikasse zu übernehmen und eine die Parteipresse über den Vorgang informierende Notiz zu veröffentlichen.[6])

Singer Pfannkuch

---

[1]) S. Nr. 103 Anm. 3.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 196 (Anlagen) S. 5592.

[3]) So im Or. Gemeint ist vermutlich der führende österreichisch-polnische Sozialist Ignaz *Daszyński*, Mitglied des österr. Reichsrats; die Zeitungsnotiz konnte nicht nachgewiesen werden.

[4]) Zur Diskussion um die Neugestaltung der Maifeier s. Protokoll SPD-Parteitag 1902 S. 164 bis 166 und 1903 S. 422 f.; s. a. Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung S. 428 f.; Schorske S. 108—110; Ritter S. 81. Zur Stellung der Gewerkschaften zur Maifeier s. Fritz Opel, Der Deutsche Metallarbeiterverband während des ersten Weltkrieges und der Revolution (Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn 4), Hannover—Frankfurt 1957, S. 20—22; Protokoll der Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands 1905 S. 30—32, 229—248.

[5]) S. Nr. 106.

[6]) Vgl. Nr. 32.

106.

11. 2. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] berichtet aus dem Seniorenkonvent. Danach besteht die Absicht, die Session am 3. April zu schließen, wenn es gelingt, den Etat rechtzeitig fertigzustellen. Außer dem Etat soll noch das Kinderschutzgesetz und der zu erwartende Nachtragsetat verabschiedet werden. Desgleichen die Änderung des Wahlreglements.

Unerledigt bleiben wird der Gesetzentwurf betreffend das Verbot der Phosphorzündhölzer-Fabrikation. Ob der Entwurf betreffend die Kaufmannsgerichte dem Reichstag noch zugehen wird, ist zweifelhaft, dagegen besteht die Absicht, die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz die erste Lesung passieren zu lassen.

Um den Etat rechtzeitig fertigzustellen, ist von dem Präsidenten das Ersuchen an die Fraktion gestellt, das Redebedürfnis der Kollegen einzuschränken.[1]) Die Fraktion erklärt: dem gestellten Ersuchen nicht folgen zu können.

Die sich anschließende Debatte über eine anderweitige Organisation der Maifeier[2]) war eine sehr eingehende. Einmütig war man der Ansicht, daß es ausgeschlossen sei, in diesem Jahr eine Änderung vornehmen zu können. Demgemäß wurden weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefaßt. Jedoch stellte der Vorsitzende als Ergebnis der gepflogenen Aussprache die einmütige Meinung der Fraktion dahin fest:

Von den Kollegen hat jeder Versuch sowohl in der Presse als wie durch persönliche Einwirkung zu unterbleiben, der darauf abzielt, eine Änderung der diesjährigen durch Parteitagsbeschluß[3]) festgelegten Maifeier herbeizuführen.

Die Frage, ob eine Änderung der Maifeier durch eine diesbezügliche Beschlußfassung auf dem nächsten internationalen Kongreß anzustreben ist, soll Gegenstand der Erörterung einer späteren Fraktionssitzung sein.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Einl.

[2]) Die Forderungen zu einer Neugestaltung der Maifeier gingen in zwei konträre Richtungen: a) Erzwingung der Arbeitsruhe an diesem Tag; b) Verlegung der Feier auf den 1. Sonntag im Mai; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 422.

[3]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1902 S. 164; s. a. Nr. 105 Anm. 4.

107.

18. und 25. 2. 1903: Fraktionssitzungen

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Eingegangen ist ein Schreiben der Berliner Vertrauensleute, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, an einer Fraktionssitzung teilzunehmen, um betreffend die Übernahme von Referaten durch die Fraktionsmitglieder bei einer gegen Schluß der Session einzuleitenden Agitation zu einer Verständigung zu gelangen. Die Fraktion stimmt dem Wunsch der Vertrauensleute zu und beauftragt den Fraktionsvorstand, die gemeinschaftliche Sitzung auf den 25. currentis oder den 4. März anzuberaumen.[2])

Kollege *Thiele* erhält die Ermächtigung, im Plenum die Anregung zu geben, daß die der Beschlußfassung harrenden Petitionen demnächst auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden.[3])

Auf Anregung des Kollegen **Sachse** beschließt die Fraktion, bei dem Titel Reichsgesundheitsamt einen Antrag oder Resolution einzubringen, betreffend die Bekämpfung der im Ruhrgebiet fast epidemisch auftretenden Wurmkrankheit.

Auf eine Anfrage des Kollegen **Dreesbach** erfolgt von der eingesetzten Redaktionskommission die Antwort:

Das sozialdemokratische Handbuch werde vor Ende März nicht zum Versand gelangen.[4])

In der Sitzung vom 25. Februar wurde Kollege *Molkenbuhr* als Fraktionsredner für die Novelle zum Krankenkassengesetz bestimmt.

Singer Pfannkuch

[1]) Überschrift im Or. „Sitzung vom 18. Februar 1903".

[2]) Sowohl am 25. 2. als auch am 4. 3. fanden Fraktionssitzungen statt. Eine Teilnahme Berliner Vertrauensleute läßt sich jedoch nicht nachweisen.

[3]) *Thiele* nahm als Mitglied des Petitionsausschusses im März 1903 zu den verschiedensten Petitionen im Plenum Stellung. Vgl. Sten. Berichte Bd. 188 (Sprechregister) S. 148.

[4]) Vgl. Nr. 93 Anm. 3.

108.

4. 3. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

In die Kommission zur Vorberatung des Krankenkassengesetzes delegiert die Fraktion die Kollegen *Albrecht*, *Molkenbuhr* und *Stadthagen*. Die Genannten erhalten auch den Auftrag, der Einladung zu dem am 7. März im Architektenhause stattfindenden Ärztetag Folge zu leisten.

Des weiteren ist ein Einladungsschreiben eingegangen, gez. *Bömelburg*[1]), in dem die Fraktion zur Teilnahme an dem am 29. März im hiesigen Gewerkschaftshaus beginnenden Bauarbeiterschutzkongreß aufgefordert wird. Die Fraktion delegiert zur Teilnahme an dem Kongreß die Kollegen *Hoch*, *Pfannkuch* und *Zubeil*.

Auf eine von dem Kollegen **Molkenbuhr** gegebene Anregung beschließt die Fraktion:

Auch zu der Zeit, in der der Reichstag nicht versammelt ist, nimmt Kollege *Molkenbuhr* an den Sitzungen der Kartellkommission teil und erhält für die darauf zu verwendende Zeit Entschädigung aus der Parteikasse.[2])

Singer Pfannkuch

[1]) Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes.

[2]) Welche Kommission gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden, jedenfalls keine Reichstagskommission; vgl. die Diskussion von 1902 über eine Kartellenquete; Sten. Berichte Bd. 188a (Register) S. 9296.

109.

4. 3. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Zur Teilnahme an den Verhandlungen des Krankenkassen-Kongresses delegiert die Fraktion die Kollegen *Molkenbuhr*, *Pfannkuch* und *Stadthagen*.

110.

22. 4. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] gibt den Kollegen anheim, an den Verhandlungen der am 26. currentis stattfindenden Konferenz betreffend die preußischen Landtagswahlen teilzunehmen.[1])

Nach einem Referat des Kollegen **Stadthagen** beschließt die Fraktion, die unter Nr. 954 der Drucksachen verzeichneten Anträge bei der 2. Lesung der Krankenkassengesetz-Novelle einzubringen.[2]) Des weiteren beschließt die Fraktion, gegen

[1]) Zu dieser vom Parteivorstand einberufenen Konferenz s. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 18 f. Die preußischen Abgeordnetenhauswahlen fanden am 20. 11. 1903 statt.

[2]) Muß heißen: Novelle zum Kranken-Versicherungs-Gesetz. Wortlaut der Anträge der SPD-Fraktion s. Sten. Berichte Bd. 196 (Anlagen) S. 6379 ff.; s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 97—106.

die Paragraphen 20 und 56 zu stimmen. Die Begründung der Anträge ist Sache der Kommissionsmitglieder, doch steht es den Kollegen frei, sich an der Diskussion zu beteiligen. Doch hält es die Fraktion für wünschenswert, das Redebedürfnis auf das notwendige Maß einzuschränken.

Die Stellungnahme der Fraktion bei der 3. Lesung der Novelle bleibt der Beschlußfassung der nächsten Fraktionssitzung vorbehalten.

Dasselbe geschieht mit dem Manifest, das die Fraktion am Tage nach Schluß der Legislaturperiode an die Wähler richten und im *Vorwärts* veröffentlichen wird. Der vom Kollegen *Bebel* verfaßte Entwurf wurde verteilt und eingehend diskutiert.[3])

Kollege **Herzfeld** regt an, ein Flugblatt, enthaltend Erläuterungen zum Wahlreglement, herauszugeben und den mecklenburgischen Wahlkreisen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Dem Kollegen *Herzfeld* wird aufgegeben, ein diesbezügliches Flugblatt zu verfassen.

Singer Pfannkuch

[3]) Text des Manifestes, das am 1. Mai im *Vorwärts* veröffentlicht wurde, s. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 27.

111.

28. 4. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Bezüglich der Interpellation betreffend die Kündigung der Handelsverträge beschließt die Fraktion, die Besprechung der Interpellation dann zu unterstützen, wenn die Regierung zur Beantwortung sich bereit erklärt. Zum Fraktionsredner wird *Bebel* bestimmt.[1])

Des weiteren beschließt die Fraktion:

Für den § 42 der Novelle zum Krankenkassengesetz die namentliche Abstimmung zu beantragen. Die Stellungnahme der Fraktion bei der evtl. 3. Lesung wird für die nächste Fraktionssitzung vorbehalten.[2])

Die übliche Danksagung am Schluß der Legislatur wird seitens der Fraktion durch Entfernen aus dem Saal dem Präsidenten verweigert.[3])

Es erfolgt die Feststellung des Manifests der Fraktion.[4])

Singer Pfannkuch

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 188 S. 9157—9174.

[2]) S. Nr. 112.

[3]) In der letzten Sitzung einer Legislaturperiode wurde unmittelbar nach Verlesung der kaiserlichen Schließungsorder durch den Reichskanzler vom Präsidenten ein dreifaches Hoch auf den Kaiser ausgerufen; s. Sten. Berichte Bd. 188 S. 9202.

[4]) Vgl. Nr. 110 Anm. 3.

112.

29. 4. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] gibt Kenntnis von der Bereitwilligkeit des Zentrums, zur 3. Lesung der Novelle des Krankenkassenversicherungsgesetzes einen Antrag einzubringen, der [1.] die Absetzung eines Beamten auf den Fall beschränkt: „Bei grober Pflichtverletzung in der Kassenführung["], und [der] 2. die Streichung des letzten Absatzes des § 42 [„]betreffend die Dienstvorschriften" ausspricht.

Dementsprechend beschließt die Fraktion:

1. Zurückziehung des Antrags auf namentliche Abstimmung über den § 42.
2. Gegen die 3. Lesung wird Widerspruch nicht erhoben.
3. Die Fraktion stimmt gegen das Gesetz.
4. Die namentliche Abstimmung wird nicht beantragt.
5. Die Vertretung der Fraktion wird den Kollegen *Albrecht* und *Stadthagen* übertragen, die sich zu verständigen haben, wer von beiden die Generalrede hält.[1])

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 188 S. 9179—1201.

II.

Parlamentarische Routine und Parteiaffären

XI. Legislaturperiode
(1903—1906)

113.

2. 12. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Kollege **Singer** eröffnet die Sitzung mit einem Willkommensgruß an die Kollegen, insbesondere die neugewählten.[1])

Eingegangen sind

a) die telegraphische Anzeige von der erfolgten Wahl des Genossen *Adelung* in Mainz als Abgeordneter der Hessischen Kammer[2]);
b) Eine Einladung gezeichnet von den Genossen *Ströbel* und *Grunewald*, zu den an jedem Sonnabend im Gewerkschaftshaus stattfindenden Zusammenkünften von in der politischen und gewerkschaftlichen Agitation tätigen Genossen.

Bei der Konstituierung der Fraktion[3]) werden die Kollegen *Auer*, *Bebel*, *Meister*, *Pfannkuch* und *Singer* in den Vorstand gewählt.

In den Seniorenkonvent delegiert die Fraktion die Kollegen *Bebel*, *Geyer* und *Singer*.

Bezüglich der Taktik bei der Konstituierung des Reichstags beschließt die Fraktion:

a) bei der Präsidentenwahl — Abgabe weißer Zettel.
b) zum 1. Vizepräsidenten wird für *Singer* gestimmt[4]).
c) bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten Abgabe weißer Zettel.
d) als Schriftführer bringt die Fraktion die Kollegen *Fischer-Berlin* und *Schippel* in Vorschlag.[5])

Des weiteren beschließt die Fraktion:

Teilnahme an allen Kommissionen und entsprechend unserem Stärkeverhältnis die Beanspruchung eines Vorsitzenden in den ständigen Kommissionen und den Abteilungen.[6])

[1]) S. Einl.

[2]) Vgl. Bernhard Adelung, Sein und Werden, Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, bearbeitet von Karl Friedrich, Offenbach 1952 S. 95.

[3]) Zur Konstituierung der Fraktion s. Einl.

[4]) *Singer* unterlag bei der Wahl; s. Sten. Berichte Bd. 197 S. 10.

[5]) *Fischer* und *Schippel* wurden nicht gewählt; s. Sten. Berichte Bd. 197 S. 13.

[6]) Die Vorsitzenden für die ständigen aber auch für die ad hoc Kommissionen wurden gewöhnlich nach dem Proporzsystem benannt, d. h. von den größten Fraktionen bestellt. Das Proporzsystem konnte jedoch seit Bestehen des Reichstages auch durch Absprachen zwischen den Parteien außer Kraft gesetzt werden; vgl. Neumann-Hofer, Die Wirksamkeit der Kommissionen in den Parlamenten, in: Zeitschrift für Politik 1911, S. 84. Über die Nichtbeteiligung der 1903 eindeutig zur zweitstärksten Fraktion aufgerückten SPD an der Bestellung der Vorsitzenden in den ständigen Kommissionen s. Nr. 116.

Bei dem nicht konstituierten Reichstag[7]) wird die Frage der Änderung der Geschäftsordnung nicht angeregt.[8])

Interpellationen sollen eingebracht werden:

a) betreffend die Verbreitung und Bekämpfung der Wurmkrankheit,
b) bezüglich der Verhaftung Memeler und Königsberger Genossen unter dem Verdacht der Beihilfe zum Hochverrat etc.

Mit der Redaktion der Interpellationen werden die Genossen *Sachse* bzw. *Haase* beauftragt.

Die Beratung angekündigter Interpellationen über

a) die Stromzölle,
b) die kaufmännischen Schiedsgerichte,
c) des vom Verband der Schneider etc. eingereichten Gesetzentwurfs betreffend die Heimarbeit

wird für die Sitzung am 4. currentis zurückgestellt.

Dagegen wird der von der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz überreichte Entwurf eines Bauarbeiterschutzgesetzes einer Kommission bestehend aus den Kollegen *Bömelburg*, *Legien*, *Körsten*, *R. Schmidt*, *Herzfeld*, *Wurm* und *Fräßdorf* zur Vorberatung überwiesen.

Mit folgenden allgemeinen Verhaltungsregeln stellt der Vorsitzende [**Singer**] das Einverständnis der Fraktion fest:

a) Beschlüsse der Fraktion können veröffentlicht werden.
b) Aus nicht zum Abschluß gelangten Verhandlungen ist nichts zu veröffentlichen.
c) Vorsicht ist im Verkehr mit den Journalisten zu üben, insbesondere dürfen denselben keinerlei Mitteilungen über Internes der Partei resp. der Fraktion gemacht werden.
d) Aus den Kommissionen dürfen den bürgerlichen Blättern Berichte nicht geliefert werden.

Einer Anregung des Kollegen **Ledebour** folgend, soll der Versuch im Seniorenkonvent gemacht werden, 2 Sitze in der Arbeiterstatistischen Kommission für die Fraktion zu erreichen.

Die notwendigen Anträge auf Einstellung von Strafverfahren etc. werden vom Fraktionsvorstand vorbereitet.

Singer Pfannkuch

[7]) Zur „Konstituierung" des Reichstages s. Einl.
[8]) S. Nr. 114.

114.

4. 12. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion beschließt, die regelmäßigen Sitzungen mittwochs nach dem Plenum abzuhalten. Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 9. currentis, statt. Als Etatsredner werden die Kollegen *Bebel* und *Singer* bestimmt.

Die Feststellung der Interpellation betreffend die Verhaftung der Genossen in Königsberg etc. wird für die Sitzung am 9. currentis zurückgestellt.[1])

Auf die Einbringung der Interpellation betreffend die Stromzölle wird verzichtet. Die Angelegenheit soll bei der Etatsberatung erörtert werden.

Der Wortlaut der Interpellation betreffend die Wurmkrankheit wird gebilligt. Dieselbe wird eingebracht.

Die Fraktion beschließt, einen Antrag auf Wiederherstellung des § 44 der Geschäftsordnung einzubringen und dafür die „Dringlichkeit" der Beratung zu fordern.[2])

Unter die bevorrechtigten Initiativanträge werden aufgenommen

a) der Antrag betr. die Einführung einer auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählten Volksvertretung für alle Bundesstaaten einschließlich der Reichslande.

b) Aufhebung der Majestätsbeleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuches.

c) Erweiterung der Immunität der Abgeordneten.

d) Einführung der geheimen Wahl bei den Knappschaftskassen.

[e)] Betreffend die Einführung eines Reichsarbeitsamtes etc.[3])

Die Fraktion setzt eine Kommission ein bestehend aus den Kollegen *Bömelburg*, *Hue*, *Legien*, *Lindemann*, *Körsten*, *Molkenbuhr*, *Stadthagen*, *Schmidt-Berlin* und *Wurm* mit dem Auftrag, unter Anerkennung der Grundlagen des Entwurfs eine Redaktion desselben vorzunehmen. Erledigt die Kommission ihren Auftrag nicht bis zur nächsten Fraktionssitzung, dann wird der vorliegende Entwurf vorsichtshalber eingebracht.

---

[1]) S. Sitzung vom 13. 1. 1904 Nr. 117 Anm. 1.

[2]) 1902 hatte, s. Nr. 95, der Reichstag seine Geschäftsordnung derart geändert, daß von nun an die Wort-Erteilung bzw. -Verweigerung in Geschäftsordnungsdebatten in das Ermessen des Reichstagspräsidenten gestellt wurde. Zuvor hatte die Wortnahme „zur Geschäftsordnung" den Abgeordneten nicht verweigert werden können, s. Hatschek S. 70; Sten. Berichte Bd. 205 (Anlagen) S. 472.

[3]) Vgl. Anträge der Fraktion; Sten. Berichte Bd. 205 (Anlagen) S. 472—482.

Die bei Beginn der Sitzung von *Bebel* namens des Vorstandes vorgetragenen Änderungen der Diätensätze fanden einstimmige Billigung der Fraktion. Die festgestellte Skala wird gedruckt und nebst Abrechnungsformular jedem Kollegen behändigt.[4])

Mit der anderweitigen Redaktion des Antrags auf Einführung des Normalarbeitstags werden die Kollegen *Hue*, *Molkenbuhr* und *Stadthagen* betraut.

Singer Pfannkuch

[4]) Es handelt sich um die aus der Parteikasse gezahlten Diäten. Die Ausgaben der Parteikasse für die Reichstagsfraktion betrugen von August 1902 bis Juli 1903 33451,50 Mark auf 56 Abgeordnete. Für die 81 Abgeordneten des neugewählten Reichstages gab die Kasse 45347 Mark aus, vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 41 und 1904 S. 49. Die genauen Diätensätze konnten nicht ermittelt werden. S. a. Ritter S. 56 Anm. 43.

115.

9. 12. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] berichtet über die im Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen. Danach erhält die Fraktion einen Vorsitzenden[1]) und 2 Vorsitzende-Stellvertreter[2]) in den Abteilungen. Vor den Weihnachtsferien soll die erste Lesung des Etats beendigt und das Handelsprovisorium mit England erledigt werden. Die Weihnachtsferien sollen am 18. Dezember beginnen und am 12. Januar 1904 die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Die Fraktion beschließt, die ständigen Kommissionen folgendermaßen zu besetzen:

a) die Geschäftsordnungs-Kommission durch die Kollegen: *Förster*, *Meister*, *Singer*.

b) die Wahlprüfungs-Kommission durch die Kollegen: *Fischer-Berlin*, *Geyer* und *Goldstein*.

c) die Budget-Kommission durch die Kollegen: *Bebel*, *Dietz*, *Ledebour*, *Meister*, *Singer* und *Südekum*.

d) die Rechnungs-Kommission durch die Kollegen: *David*, *Schippel* und *Reißhaus*.

e) die Petitions-Kommission durch die Kollegen: *Fischer-Sachsen*, *Herzfeld*, *Peus*, *Schwartz*, *Thiele* und *Tutzauer*.

[1]) *Auer*; vgl. Nr. 1 Anm. 5; s. a. Einl.

[2]) *Bebel* und *Singer*.

In der weiteren Beratung beschließt die Fraktion die Einbringung folgender Initiativanträge:

a) betr. das Versammlungs- und Koalitionsrecht mit Ausnahme des § 152d, der zur weiteren Vorbereitung an eine Kommission bestehend aus den Kollegen *Heine*, *Legien*, *Molkenbuhr*, *Stadthagen* und *Schmidt-Berlin* zurückverwiesen wird;
b) betr. die tägliche, regelmäßige Arbeitszeit;
c) Gesetz über die Presse;
d) Resolutionen betreffend des Wohnungsgesetzes;
e) Gesetz betr. die Ministerverantwortlichkeit;
f) betr. das Reichsberggesetz;
g) Resolution *Wurm* betreffend den Erlaß von Verordnung betreffend die Regelung der Betriebe, in denen giftige Stoffe verarbeitet werden;
h) der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Bauarbeiterschutz.

Die Vorbereitung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Heimarbeit wird einer Kommission bestehend aus den Kollegen *Baudert*, *Elm*, *Geyer*, *Kaden*, *Legien*, *Mahlke* und *Reißhaus* überwiesen.[3])

Ein zugunsten der Crimmitschauer Ausgesperrten[4]) vorgelegter Aufruf wird zurückgezogen.

Singer Pfannkuch

[3]) S. Nr. 119.
[4]) S. Nr. 116 Anm. 5.

116.

15. 12. 1903: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Als Fraktionsredner für die Begründung bzw. bei der Besprechung folgender Interpellationen werden bestimmt:

a) die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine[1]), Arbeitsämter, die Kollegen *Schmidt-Berlin* und *Legien*.
b) die Wurmkrankheit[2]), die Kollegen *Sachse* und *Hue*.
c) die Handwerker-Versicherung[3]), Kollege *Molkenbuhr*.
d) die Handelsverträge, die Kollegen *Schippel* und *Bernstein*.

[1]) Vom Zentrum eingebrachte Interpellation; s. Sten. Berichte Bd. 197 S. 610.
[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 205 (Anlagen) S. 470.
[3]) Nationalliberale Interpellation; s. Sten. Berichte Bd. 205 (Anlagen) S. 484.

Bei der 2. Lesung des Etats „Titel Reichsamt des Innern" werden die Kollegen *Fischer-Berlin* und *Wurm* als Generalredner bestimmt.

Die Kollegen, die bei vorgenannten Titeln Einzelfragen behandeln wollen, haben sich mit den beiden als General-Redner bestimmte Kollegen ins Einvernehmen zu setzen.

Es wird festgestellt, daß die Kollegen in den ständigen Kommissionen die Übernahme von Schriftführerposten abgelehnt haben, weil die Fraktion bei der Verteilung der Posten der Vorsitzenden[4]) nicht berücksichtigt worden ist.

Die Fraktion beschließt:

daß die aufgestellte Referentenliste für die am 17. currentis in Berlin stattfindenden Volksversammlungen[5]) aufrechtzuerhalten ist und die abwesenden in Betracht kommenden Kollegen diesbezüglich vom Parteibüro verständigt werden.

Singer Pfannkuch

[4]) Gemeint ist der Vorsitz in den Kommissionen; vgl. Nr. 113 Anm. 6.

[5]) Zur Unterstützung der für den 10-Stunden-Arbeitstag in Crimmitschau (Sachsen) kämpfenden und ausgesperrten Arbeiter wurden in Berlin gleichzeitig 23 Volksversammlungen abgehalten. S. Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung, S. 186.

117.

13. und 18. 1. 1904: Fraktionssitzungen

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Für die Interpellation betreffend den Zeugniszwang werden die Kollegen *Heine* und *Stadthagen* als Fraktionsredner bestimmt.[1])

Desgleichen für den Gesetzentwurf betreffend die Kaufmannsgerichte die Kollegen *Singer* und *Lipinski*.[2])

Es folgt die Feststellung der Interpellation betr. die russische Polizeispionage in Deutschland.[3]) Als Redner bestimmt die Fraktion die Kollegen *Haase* und *Gradnauer*. Die Interpellation soll zwar sofort dem Büro eingereicht und im *Vorwärts* veröffentlicht werden, jedoch wünscht die Fraktion, daß seitens der Parteipresse die Veröffentlichung von Material, das bei der Begründung der Interpellation Verwendung finden soll, unterlassen wird.

Bei Erledigung des Antrags auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Kollegen *Thiele*[4]) hält die Fraktion an der seitherigen Praxis fest. Die Entschei-

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 197 S. 310 ff.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 197 S. 399 ff.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 205 (Anlagen) S. 777; zu den Königsberger Prozessen s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 102 f.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 197 S. 263 f.

dung darüber, ob die Angelegenheit sich zu einer Besprechung bei dem Justizetat eignet, bleibt späterer Beratung vorbehalten.

Gleicherweise auch eine von *Gradnauer* gegebene Anregung betreffend die Immunität der Reichstagsabgeordneten.[5])

Endlich akzeptiert die Fraktion den Antrag *Bebels* betreffend die Einbringung einer Resolution bei dem Etat des Reichsamts des Innern, in der die Vorlegung eines Gesetzentwurfs auf Einführung des 10-Stunden-Tages in der Industrie in der laufenden Session gefordert wird.

In der Sitzung vom 18. Januar beschloß die Fraktion bei der Beratung des Nachtragsetats zum Etat für Südwestafrika Stimmenthaltung ohne Präjudizierung der prinzipiellen Stellung zur Kolonialpolitik und bestimmte den Kollegen *Bebel* zum Fraktionsredner.

Eingegangen war eine Einladung, gez. *Ströbel*[6]) und *Grünewald*[7]), zur Teilnahme an einer von den genannten Genossen veranstalteten Zusammenkunft im Gewerkschaftshause am Donnerstag, den 21. currentis, abends 8½ Uhr.

Singer Pfannkuch

[5]) SPD-Antrag auf Abänderung des Art. 31 der Reichsverfassung, vgl. Sten. Berichte Bd. 205 (Anlagen) S. 476 f., blieb unerledigt.

[6]) *Heinrich Ströbel*, 1900—1916 Redaktionsmitglied des *Vorwärts*.

[7]) Name so im Or.; ob der hier genannte *Grünewald* bzw. *Grunewald*, vgl. Nr. 113, mit am späteren Fraktionssekretär *Max Grunwald*, vgl. Nr. 118, Anm. 2, identisch ist, ließ sich nicht ermitteln.

118.

20. und 25. 1. 1904: Fraktionssitzungen

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Zur Vertretung der Fraktion bei dem am 25. currentis stattfindenden Allgemeinen Krankenkassen-Kongreß bestimmt die Fraktion den Kollegen *Molkenbuhr*. Einladungsschreiben sind eingegangen:

1. betr. die Besichtigung der Strumpfwarenfabrik Landée Markusstr. und
2. zu einer am 21. currentis im Saale von Buggenhagen stattfindenden Versammlung der Allgemeinen Vereinigung der Buchhandlungsgehilfen.

Von den Wünschen der Genossen Oldenburgs und des Kreises Eschwege-Schmalkalden bezüglich der Unterstützung der Agitation durch Fraktionsmitglieder gibt **Pfannkuch** der Fraktion Kenntnis.

Dem Vorschlag des Partei- und Fraktionsvorstandes, die Anstellung eines Fraktions-Sekretärs betreffend, tritt die Fraktion bei und beschließt unter Ab-

[1]) Im Or. „Sitzung vom 20. Januar 1904".

lehnung der Ausschreibung der Stelle, den vom Vorstand in Vorschlag gebrachten Genossen *Grunwald*[2]) mit der Stelle zu betrauen.

Eine vom Kollegen *Braun* entworfene Resolution betreffend die Berufs- und Gewerbezählung wird namens der Fraktion bei der 2. Lesung des Etats eingebracht.

Kollege **Lindemann** wünscht die Ansicht der Fraktion darüber kennenzulernen, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Kollegen an dem im Laufe des Jahres stattfindenden Allgemeinen Wohnungskongreß zulässig ist. Die Diskussion über diesen Gegenstand wird vertagt.

Eine anderweitige Regelung der Wortmeldungen der Kollegen bei der 2. Lesung des Etats regt Kollege **Schmidt-Berlin,** an. Die Fraktion beschließt, die seither befolgte Praxis beizubehalten. Nächste Sitzung Donnerstag, den 28. currentis.

In der Sitzung vom 25. Januar beschloß die Fraktion, dem gegebenen Beispiel des Zentrums und der Nationalliberalen etc. zu folgen und unsere sozialpolitischen Initiativanträge wie die Regelung des Wohnungswesens, die Überwachung der giftige und infizierende Stoffe verarbeitende[n] Fabriken, den Bauarbeiterschutz, das Bergrecht, den 10-, 9-, 8-Stunden-Tag, die Frauenforderungen etc. als Resolutionen zum Etat des Reichsamts des Innern einzubringen. Desgleichen eine solche auf Anregung des Kollegen **Horn,** betreffend die Abschaffung der Sonntagsarbeit in den Glashütten.[3])

Mit der Redaktion der Resolutionen wird eine aus den Kollegen *Ledebour*, *Stadthagen* und *Wurm* bestehende Kommission betraut.

Bebel Pfannkuch

[2]) Im Or. „*Grunewald*". *Max Grunwald*, der um 1903 an der Arbeiterbildungsschule in Berlin unterrichtete, s. Osterroth, Biographisches Lexikon S. 154, war wahrscheinlich schon 1904 zum Verwalter des neuen Parteiarchivs vorgesehen und wurde nun zusätzlich mit dem Amt des Fraktionssekretärs betraut. Der Sekretär nahm jedoch vorerst an den laufenden Fraktionsgeschäften kaum Anteil. Er nahm nicht an den Fraktionssitzungen teil, konnte also auch nicht Protokoll führen; s. Einl. Zur Verbindung von Fraktionssekretariat und Parteiarchiv s. Nr. 231 Anm. 8. Zur Entstehung des Parteiarchivs s. Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 54 und E. Drahn, Das Archiv der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, seine Geschichte und Sammlungen, in: *Die Neue Zeit* Jg. XXXVI/II 1918 S. 519—523. Zur Errichtung des Fraktionssekretariats vgl. auch die Vorschläge von 1901, Nr. 75, 77, 78.

[3]) Zur Umwandlung der Initiativanträge in Etatsresolutionen s. Einl.

119.

28. 1. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Bei dem Fraktionsvorstand ist folgende Resolution eingegangen:

Die Generalversammlung des s[ozial]d[emokratischen]Z[entral]-W[ahl]-V[ereins] für Teltow—Beeskow—Charlottenburg[1]) kann sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion gegenüber der Forderung zur Unterdrückung des Aufstandes der Hereros nicht einverstanden erklären.

Von vornherein steht sie auf dem Standpunkte, daß sich die Vertreter in keinem Falle der Abstimmung enthalten sollen.

In dem besonderen Falle hält die Versammlung die prinzipielle Verweigerung aller Forderungen, die zur Fortsetzung der ausbeuterischen gemeinschädlichen kapitalistischen Kolonialpolitik dienen, für geboten.

Namentlich kann sie keinen Grund dafür einsehen, Mittel zur Unterdrückung eines Volkes zu bewilligen, das um seine von räuberischen Kapitalisten bedrohte Existenz kämpft.

Die Versammlung spricht daher den Wunsch aus, die Fraktion möge ihre Stellung einer nochmaligen Prüfung unterziehen und die geforderten Geldmittel in der dritten Lesung verweigern.[2])

Die Resolution soll in einer späteren Sitzung Gegenstand der Erörterung sein.

Zu den bei dem Etat des Reichsamts des Innern zur Erledigung kommenden Resolutionen bestimmt die Fraktion folgende Redner:

a) Maximalarbeitstag: *Fischer* und *Wurm*,
b) Bauarbeiterschutz: *Bömelburg*,
c) Heimarbeit: *Reißhaus*,
d) Bleihüttenarbeiter: *Wurm*,
e) Bergrecht: *Hue* und *Sachse*,
f) Reichsarbeitsamt: *Bebel*,
g) Berufs- und Betriebszählung: *Braun*,
h) Befähigungsnachweis etc.: *Pfannkuch*, *Bömelburg*,
i) Invalidenversicherung: *Molkenbuhr*,
k) Glashüttenarbeiter: *Horn*,
l) Sonntagsruhe: *Lipinski*,
m) Unlauterer Wettbewerb: *Peus*, *Tutzauer*,
n) Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten: *Heine*,
o) Fleischbeschau: *Scheidemann*,
p) Wohnungsfrage: *Südekum* und *Lindemann*.

[1]) Wahlkreis Potsdam 10.

[2]) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte bei der Abstimmung über den Nachtragsetat für die Kolonien Stimmenthaltung geübt. Zu den Einwänden gegen diese Haltung vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 88 f.

Um Mißdeutungen vorzubeugen, zu denen ein Bericht des *Vorwärts* betreffs eines vom Kollegen *Schippel* gehaltenen Referats über die mitteleuropäische Zollunion Anlaß bot, erklärt sich Kollege **Schippel** bereit, eine diesbezügliche Erklärung im *Vorwärts* zu veröffentlichen. Die vereinbarte Erklärung ist in Nr. 24 v[om] 29. currentis enthalten.[3])

Singer Pfannkuch

[3]) *Schippel* hatte am 26. 1. 1904 anstelle eines verhinderten Fraktionskollegen vor dem Wahlverein des 3. Berliner Wahlkreises, d. h. des Wahlkreises von *Wolfgang Heine*, eine Rede über Zollfragen gehalten, über die der *Vorwärts* am 28. 1. berichtete; zum Inhalt des Vortrages s. a. Brief *Heines* an *Vollmar* vom 25. 2. 1904 im Nachlaß Vollmar sowie Nachlaß Heine, Erinnerungen. Zu der durch diesen Vortrag ausgelösten Kontroverse vgl. Bericht *Schippels* vor dem Bremer Parteitag, Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 224: „An demselben Tage, an dem der *Vorwärts*bericht erschien, waren wir abends in der Fraktion zusammen. Damals war die Stimmung allgemein: Die Sache ist wenig erfreulich, aber nach den Aufklärungen, die erfolgt sind, müssen wir sehen, darüber hinwegzukommen. Man wollte überhaupt nichts gegen mich unternehmen. Im Laufe der Debatte hatte *Pfannkuch* — ich glaube, er war es — das Wort fallenlassen: ‚Wenn *Schippel* eine Erklärung abgibt, er teile den gegnerischen Standpunkt der Partei gegen den Zolltarif, so würde die Sache am besten erledigt.' Ein Beschluß wurde in dieser Beziehung nicht gefaßt, ich griff den Vorschlag, der mir einleuchtete, auf, und *Stadthagen* hatte die Freundlichkeit, eine entsprechende Erklärung zu formulieren. Und so fanden sie denn am nächsten Tage meine Erklärung im *Vorwärts*, die mit den Worten schließt: ‚Nach wie vor vertrete ich die beim Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mir betätigten Anschauungen'. Damit sollte die Sache erledigt sein; das war die allgemeine Stimmung."

S. dagegen *Bebels* Bericht auf dem Parteitag a.a.O. S. 235: „[...] Als jenes Referat im *Vorwärts* erschien [...] waren die im Reichstag anwesenden Parteigenossen einfach außer sich. Soll ich Ihnen sagen, was ich gesagt habe zu einem meiner Freunde: ‚Hast Du den Bericht gelesen?' —, Ja.' — ‚Ja, weißt Du, wie ich den beurteile: *Schippel* will ein Pronunziamento gegen die Partei machen, er will aus der Partei heraus, aber er will herausgeschmissen sein, sonst kann ich mir den Vortrag gar nicht erklären!' [...] Nun kam die Gegenerklärung *Schippels*, die den Inhalt an sich nicht bestritt, aber sagte, das sei nicht sein Standpunkt. Darauf erklärte der Genosse *Kautsky* in seiner Gegenerklärung: was *Schippel* in diesem Referat gesagt hat, das ist wirklich die Überzeugung *Schippels*, denn genau dasselbe steht in seinem Buche." Zu *Kautskys* Kritik an *Schippels* Buch „Grundzüge der Handelspolitik, zur Orientierung in den wirtschaftlichen Kämpfen", Berlin—Bern, 1. Aufl. 1901, 2. Aufl. 1902, vgl. Adler, Briefwechsel S. 385, wo *Kautsky* das Buch 1901 als einen „Gipfel schleichender Niedertracht und feiger Heimtücke" bezeichnete. *Schippels* Bedenken gegen die sozialdemokratischen Freihandelstheorien hatten in der Partei solange keine breitere Kontroverse ausgelöst, bis sie bei der Diskussion der Handelsvertrags- und Zollfragen mit der agrarpolitischen Konzeption der SPD in Konflikt kamen. S. a. Nr. 120.

120.

3. 2. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Verwaltung des Gewerkschaftshauses zeigt der Fraktion an, daß wegen zu geringer Beteiligung die seither arrangiert gewesenen Bierabende ausfallen,

dagegen jeden Donnerstag abend im Restaurationslokal zwanglose Zusammenkünfte der Genossen stattfinden.

Aus Anlaß eines konkreten Falles beschließt die Fraktion, daß Berichte über die Fraktionssitzungen nicht veröffentlicht werden dürfen, sondern nur die gefaßten Beschlüsse, sofern nicht das Gegenteil beschlossen worden ist.[1])

Vertagt wird die Debatte über den Wohnungskongreß und über die Resolution des Teltower Wahlkreises.

Ein Antrag *Legien*, bei dem Etat des Reichsamts des Innern Kapitel 7a die Einstellung von 500000 Mark für die Textilarbeiter Crimmitschaus, die ihr Koalitionsrecht nicht preisgeben wollen, zu fordern, wird abgelehnt. Dagegen eine Resolution *Stadthagen* einzubringen beschlossen betreffend die kriminelle Bestrafung der Unternehmer, die Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechtes hindern. Als Fraktionsredner zu dieser Resolution wird Kollege *Schöpflin* bestimmt.[2])

In die Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend die Entschädigung unschuldig Verhafteter werden die Genossen *Stadthagen* und *Frohme*, evtl. *Heine* und *Thiele* gewählt.

In Ausführung der vom Dresdener Parteitag angenommenen Resolution 73 beantragt **Bebel** folgende Resolution bei dem Etat des Reichseisenbahnamtes einzubringen:

Resolution: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den zwecks einer einheitlichen Organisation des Verkehrs und der besseren Durchführung der Bestimmungen der Artikel 42—46 der Reichsverfassung der Betrieb und die Verwaltung der deutschen Eisenbahnen dem Reich übertragen wird.[3])

Die Einbringung der Resolution wird beschlossen mit der Maßgabe, daß die Unterzeichnung von sämtlichen Fraktionsmitgliedern geschieht.

Der Streitfall *Schippel — Kautsky*, resultierend aus der Stellungnahme *Schippels* in der Agrarfrage speziell der landwirtschaftlichen Schutzzölle, wird dem Fraktionsvorstand zur Untersuchung überwiesen mit dem Auftrag, der Fraktion Bericht zu erstatten. Ein Antrag, den zuletzt gefaßten Beschluß in einer mit dem Kollegen *Schippel* zu vereinbarenden Form im *Vorwärts* zu veröffentlichen, wird abgelehnt.[4])

Singer Pfannkuch

[1]) Dieser Beschluß stand im Zusammenhang mit der Affäre *Schippel*; s. Anm. 4.

[2]) Zu dem 1902 um den Zehnstundenarbeitstag entbrannten Streik der Crimmitschauer Textilarbeiter vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 297; a.a.O. 1904 S. 17 f.

[3]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 124; Sten. Berichte Bd. 206 (Anlagen) S. 958.

[4]) *Bebel* berichtete über die Fraktionssitzung vor dem Bremer Parteitag am 21. September 1904, s. Nr. 119 Anm. 3: „Darauf erörterten wir in der Fraktion die Angelegenheit und der Vorstand wurde beauftragt, gewissermaßen als eine Art Untersuchungsbehörde die Genossen *Schippel* und *Kautsky* vorzuladen und mit ihnen über die Sache einen Austausch der Meinungen herbeizuführen." S. a. *Heines* Brief an *Vollmar* vom 25. 2. 1904 im Nachlaß Vollmar: „Der

Berichterstatter [des *Vorwärts*, der über *Schippels* Rede vom 26. 1. am 28. 1. berichtete, s. Nr. 119 Anm. 3] faßte das unglücklicherweise so auf, als ob *Schippel* dort für Ozeanzölle Propaganda machen wollte, und der *Vorwärts* verschärfte das durch tendenziöse Überschrift und Hervorhebung einzelner Sätze. Darob großer Lärm im *Vorwärts* und in der *N[euen] Zeit*, auch in der Fraktion. Hier benahm sich *Bebel* vernünftiger wie *Singer*, er soll auch scharf das Vorgehen *Kautskys* gemißbilligt haben. Es wurde neulich beschlossen, der Fraktionsvorstand solle sich mit *Schippel* über seinen Standpunkt auseinandersetzen, namentlich auch mit Rücksicht auf seine gedruckten Publikationen." Zur Kontroverse *Kautsky—Schippel* vgl. Kautskys Aufsatz „Zur Naturgeschichte Isegrimms [Max Schippels]" in: *Die Neue Zeit* Jg. 1904 S. 705—716, 746—757.

121.

10. 2. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] macht darauf aufmerksam, daß trotz des gegenteiligen in der Sitzung vom 3. currentis gefaßten Beschlusses die Angelegenheit *Schippel* wiederum in der Parteipresse erörtert worden ist, und zwar, wie festgestellt wurde, zuerst in der *Schwäbischen Tagwacht*. Der Fraktionsvorstand wird beauftragt festzustellen, wer der Urheber bzw. Verbreiter der betreffenden Notiz ist.[1])

Zu der Plenarsitzung am 12. currentis, in der über die Wahl *Brauns* verhandelt wird, sollen die abwesenden Kollegen telegraphisch geladen werden. Der Antrag auf Zurückweisung an die W[ahlprüfungs-]K[ommision] wird von der Fraktion gestellt, sofern es nicht von anderer Seite geschieht.[2])

Eine von dem Kollegen *Meist* vorgelegte Resolution betreffend die Soldatenmißhandlungen etc. wird von der Fraktion eingebracht. Als Redner zu der Sache werden die Kollegen *Bebel* und *Meist* bestimmt.[3])

Eine eingehende Debatte über die Führung der Geschäfte der Fraktion zeitigt folgenden Beschluß:

Alle Anträge der Kollegen, die von der Fraktion angenommen werden und von der Fraktion eingebracht werden, sollen vom Fraktionsvorstand in Gemeinschaft mit dem oder den Antragstellern redaktionell festgestellt werden.

Namens der Berliner Vertrauensleute bemüht sich der Genosse *Ernst*, für die am 18. currentis stattfindenden Protestversammlungen gegen den Zarismus in Deutschland Kollegen als Referenten zu gewinnen.[4])

[1]) Zur Pressediskussion s. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 226. S. a. Nr. 122.

[2]) Die Wahlprüfung *Brauns* wurde am 13. 2. verhandelt; s. Sten. Berichte Bd. 198 S. 930.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 206 (Anlagen) S. 960.

[4]) Zur Agitationswelle s. Bernstein, Berliner Arbeiterbewegung S. 189; zum Gegenstand des Protestes vgl. Nr. 117 Anm. 3. — Zur Persönlichkeit des 1905 zum Mitglied der Kontrollkommission ernannten *Eugen Ernst* s. a. Nr. 18 Anm. 2.

Kollege **Horn** rügt die in den Plenarsitzungen herrschende Unruhe, die auch dann auf der linken Seite andauere, wenn ein Kollege rede. Andere Redner schließen sich der Klage *Horns* an.

Pfannkuch Bebel

122.

17. 2. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Als Verfasser der *Schippel*notiz in der *Schwäbischen Tagwacht* hat sich Kollege *Hildenbrand*[1]) genannt und entschuldigend bemerkt, daß er dem Teil der Sitzung[1a]), in dem Geheimhaltung beschlossen wurde, nicht mehr beigewohnt habe.

Die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den Schutz der Heimarbeiter[2]) wird auf 8 Tage vertagt. Abänderungsanträge sollen bis zum 22. currentis dem Fraktionsvorstand eingereicht werden, damit sie gedruckt den Kollegen behändigt werden können.

Auf Antrag des Kollegen **Braun** beschließt die Fraktion die Einbringung einer Resolution betr. die Statistik der Arbeiter in den Militär- und Marinewerkstätten und des Submissionswesens.[3]) Die Redaktion der Resolution wird entsprechend einem Fraktionsbeschluß von dem Fraktionsvorstand und dem Antragsteller ausgeführt.[4])

Von Stettin aus wird die Fraktion auf die in letzter Zeit mehrfach vorgekommene Androhung der Ausweisung österreichischer Staatsangehöriger jüdischer Konfession aufmerksam gemacht. Da jegliche nähere Angaben fehlen, wird der Fraktionsvorstand Erkundigungen einziehen.

Singer Pfannkuch

[1]) *Karl Hildenbrand*, Stuttgarter sozialdemokratischer Redakteur und Reichstagsabgeordneter für Stuttgart. Chefredakteur der *Schwäbischen Tagwacht* war seit 1902 *Wilhelm Keil*. Vgl. Keil, Erlebnisse Bd. 1 S. 192 ff.

[1a]) S. Nr. 120.

[2]) Gemeint ist eine Resolution des Zentrums; s. Sten. Berichte Bd. 197 S. 476.

[3]) S. Resolution zum Etat des Reichsheeres, Sten. Berichte Bd. 206 (Anlagen) S. 1046 f.

[4]) Auf welchen Fraktionsbeschluß hier Bezug genommen wurde, ließ sich nicht ermitteln. Zur wachsenden Bedeutung des Fraktionsvorstandes gegenüber der Gesamtfraktion s. Einl.

123.

24. 2. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Betreffend die Kandidatur des Genossen *Göhre* im 20. sächsischen Wahlkreis[1]) unterbreitet der Fraktionsvorstand der Fraktion eine Resolution[2]) zur Annahme, die bereits die Zustimmung des Parteivorstandes und der sächsischen Agitationskomitees gefunden hat. Bezüglich der geschäftlichen Behandlung beantragt Kollege **Heine** die Vertagung auf eine spätere Sitzung, zu der sämtliche Kollegen unter Bekanntgabe der Tagesordnung zu laden seien. Ein Amendement des Kollegen **Braun** wünscht auch die Ladung des Genossen *Göhre* und des Wahlkomitees des 20. Kreises zu der neuen Sitzung.

Der Antrag des Kollegen *Heine*[3]) wird abgelehnt. Das Resultat der Beratung des Antrags des Fraktionsvorstandes ist folgendes:

1. Der Antrag des Fraktionsvorstandes wird angenommen.
2. Eine aus 3 Kollegen bestehende Deputation[4]) unternimmt nochmals den Versuch, den Genossen *Göhre* zum freiwilligen Verzicht auf die Kandidatur zu bewegen.
3. Bis zur Erledigung vorgenannter Mission unterbleibt die Veröffentlichung der angenommenen Resolution.
4. Lehnt Genosse *Göhre* es ab, von der Kandidatur zurückzutreten, wird die Resolution veröffentlicht.
5. Die zu entsendende Deputation wird aus den Kollegen *Fischer-Berlin*, *Pfannkuch* und *Singer* gebildet.[5])

[1]) *Paul Göhre* war 1903 für den 15. sächsischen Wahlkreis in den Reichstag gewählt worden. Am 1. 10. legte er sein Mandat wegen Streitigkeiten mit seiner Partei nieder. Nach dem Tode des Abg. *Rosenow* (7. 2. 1904) ließ sich *Göhre* erneut im 20. sächsischen Wahlkreis als Kandidat in der Reichstagsersatzwahl aufstellen. Wiederum erhoben das sächsische Agitationskomitee, die *Leipziger Volkszeitung* sowie der Partei- bzw. Fraktionsvorstand Einspruch. Vgl. Bericht des Parteivorstandes vom Sept. 1904, Protokoll SPD-Parteitag 1904, S. 19: „Der Wortlaut des Einspruchs [des Partei- und Fraktionsvorstandes] wurde in der Fraktionssitzung vom 24. Februar festgestellt, gleichzeitig aber auch beschlossen, nochmals mit dem Genossen *Göhre* in Verbindung zu treten." Zum „Fall *Göhre*" vgl. Kautsky, II. Wahlkreis und Partei, in: *Die Neue Zeit*, 1904 S. 36—46.

[2]) Text der Resolution s. unten vorletzter Absatz des Protokolls dieser Sitzung.

[3]) S. Anm. 5.

[4]) S. Anm. 5.

[5]) S. a. Brief *Heines* an *Vollmar* vom 25. 2. 1904, Or. im Nachlaß Vollmar: „[...] Gestern wurde nun die Fraktion mit der Tagesordnung ‚der Fall *Göhre*' überrascht [...] *Pfannkuch* referierte: Der Parteivorstand ist gegen die Kandidatur. In Leipzig hat am Dienstag eine Konferenz aller 5 sächsischen Komitees stattgefunden und eine heftige Resolution gegen die Kandidatur *Göhre* angenommen. Der Parteivorstand hat eine ähnliche gefaßt, der Fraktionsvorstand desgleichen. Es wurde beantragt, auch die Fraktion sollte die Kandidatur als für das Wohl der Partei schädlich mißbilligen. Ich beantragte zunächst Vertagung und Einladung aller Fraktionsmitglieder unter Angabe der Tagesordnung sowie Druck des Materials. Dies wurde nach zweistündiger Geschäftsordnungsdebatte mit 26 gegen 26 Stimmen abgelehnt. *Bebel*, *Wurm*, *Geyer* usw. sprachen für die sofortige Verhandlung."

Zu der nächsten Fraktionssitzung wird in der üblichen Weise eingeladen. Resolution:

Die 4 sächsischen Agitations-Komitees sowie das Zentrale Agitations-Komitee Sachsens erheben Protest gegen die Aufstellung des Genossen *Göhre* im 20. sächsischen Kreise. Maßgebend für den Protest der Agitations-Komitees ist die aller Parteidisziplin und Parteitradition Hohn sprechende Form der Mandatsniederlegung *Göhres* im 15. sächsischen Wahlkreis. Die von dem Genossen *Göhre* für seine Mandatsniederlegung in der Nr. 233 der *Chemnitzer Volksstimme* vom 8. 10. 1903 bekanntgegebenen Gründe veranlaßten die Genossen des 15. sächsischen Kreises zu einer Protestkundgebung gegen *Göhre*. Der erhobene Protest besteht unverändert in Kraft.

Singer Pfannkuch

124.

3. 3. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Einer Anregung des Kollegen **Dreesbach** folgend, soll die von der Fraktion in Sachen des Genossen *Göhre* angenommene Resolution in das Protokoll der vorigen Sitzung aufgenommen werden, was sofort geschehen ist.[1])

Durch die Initiative des Internationalen Büros ist ein Internationales Parlamentarisches Komitee gebildet. In dasselbe delegiert die Fraktion die dem Internationalen Büro angehörenden Kollegen *Auer*[2]) und *Singer*.[3])

Über die Stellung des Kollegen *Schippel* zu der Frage der Agrarzölle[4]) referiert

[1]) Soll wahrscheinlich heißen: „... was schon geschehen ist." Vgl. Nr. 123.

[2]) Im Or. hinter „*Auer*" durchgestrichen: „*Bebel*".

[3]) Das Interparlamentarische Büro, auch Interparlamentarische Kommission oder Komitee genannt, war eine Vertretung der Parlamentsfraktionen der in der Internationale zusammengeschlossenen sozialistischen Parteien. Die Sekretariatsgeschäfte der Kommission wurden von dem Internationalen Büro mitbesorgt. Meist schloß sich an die internationalen Kongresse eine Besprechung der sozialistischen Parlamentarier unter dem Namen „Interparlamentarische Konferenz" an. Aufgaben der Kommission wie der Konferenz war ein Austausch parlamentarischer Erfahrungen. Auch der Austausch von Gesetzesvorlagen, Drucksachen und einschlägiger Literatur war vorgesehen. Große praktische Wirkungen scheinen von diesen Einrichtungen jedoch kaum ausgegangen zu sein. S. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 317 und Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 268. Die interparlamentarischen sozialistischen Organisationen sind nicht zu verwechseln mit der nicht-sozialistischen Interparlamentarischen Union; vgl. hierzu Pierre Renouvin, La Crise Européenne et La Première Guerre Mondiale, in: Peuples et Civilisations XIX, Paris 1948, S. 123 ff.

[4]) Zur Behandlung des „Falles *Schippel*" in dieser Sitzung vgl. *Heine*, Brief an *Vollmar* vom 25. 2. 1904, im Nachlaß Vollmar: „In der nächsten ordentlichen Fraktionssitzung (Mittwoch) soll der Fall *Schippel* behandelt werden und entgegen einer von mir wiederholt gegebenen Anregung wurde ausdrücklich beschlossen, die Fraktionsmitglieder nicht [im Or. unterstrichen] dazu einzuladen. Man will sich grundsätzlich das Recht zur Überrumpelung vorbehalten. Ich teile *Schippels* Standpunkt nicht in allem, aber auch hier handelt es sich um einen Versuch des Gewissenszwanges, der bekämpft werden muß [...]" Zur „Überrumpelung" der Fraktion mit wichtigen Tagesordnungspunkten, bzw. zum Verfahren der Einladung zu Fraktionssitzungen s. Einl.

Kollege **Bebel** über die von dem Fraktionsvorstand mit dem Kollegen *Schippel* und dem Genossen *Kautsky*[5]) geführten Verhandlungen unter Zugrundelegung folgender von dem Fraktionsvorstand in Vorschlag gebrachten Resolution.

Antrag des Vorstandes der Fraktion.[6])

Die Fraktion wolle beschließen:

Nach Entgegennahme des vom Fraktionsvorstand erstatteten Berichts in der Angelegenheit *Schippel—Kautsky* und unter Berücksichtigung der in derselben Angelegenheit stattgehabten Erörterungen in der Parteipresse erklärt die Fraktion:

1. Die Art und Weise, wie *Schippel* sowohl in literarischen Arbeiten als in Vorträgen die Agrarzölle behandelt, steht im Widerspruch mit der von der Partei beschlossenen Taktik und ist geeignet, Unklarheit und Zersplitterung in dem Kampfe gegen die Lebensmittelzölle zu erzeugen.

2. Trotzdem *Schippel* behauptet, bei seinen Äußerungen nur über die Ansichten der Gegner referiert zu haben, führten seine Ausführungen zu der Annahme, daß er seine eigenen Ansichten über die Agrarzölle zum Ausdruck gebracht hat.

3. Der Umstand, daß *Schippel* sich bei parlamentarischen Beschlüssen dem Votum der Fraktion angeschlossen hat, ändert nichts an der Tatsache, daß seine in Wort und Schrift geäußerte Meinung über die Agrarzölle den Gegnern Gelegenheit gegeben [hat][7]), die Stellung der Partei in diesen Fragen zu bekämpfen.

4. Das unklare, zu Mißdeutungen führende Verhalten *Schippels* in Zollfragen ist mit einer wirksamen Vertretung der von der Partei wiederholt festgelegten Stellung zu diesen Fragen unvereinbar und führt zu einem für die Partei und die Fraktion unerträglichen Zustand.

5. Es ist erforderlich, daß *Schippel* ungesäumt Veranlassung nimmt, auf eine klare, unanfechtbare Weise der Öffentlichkeit gegenüber festzustellen, welche grundsätzliche Stellung er den Agrarzöllen gegenüber einnimmt.

Die Fraktion fordert in Rücksicht auf die Notwendigkeit einheitlicher und übereinstimmender Propagierung der Parteibeschlüsse *Schippel* auf, Zollfragen fortan nur in einer jede Mißdeutung ausschließenden Weise zu behandeln.

Im Verlauf der Diskussion werden noch folgende Resolutionen von den Kollegen *Gradnauer* und *Bernstein* eingebracht:

[5]) S. Nr. 120 Anm. 4.

[6]) Der Antrag ist als gedruckte Vorlage unter das handschriftliche Protokoll in das Or. eingeklebt. Am Rand neben der Einleitung, den 5 Paragraphen und dem Schlußsatz handschriftliche Vermerke „ang[enommen]". Darunter Schlußvermerk über die Abstimmungsergebnisse „34 — 20" und „28 gegen 25"; vgl. Anm. 5 und 6. Der Text des Antrages wurde von *Bebel* während der *Schippel*-Debatte auf dem Bremer Parteitag 1904 bis auf geringfügige Abweichungen wortgetreu verlesen; s. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 235 f. Zum Abstimmungsergebnis und zur Frage der Veröffentlichung s. a. *Südekum*, Brief an *Vollmar* vom 5. 3. 1904: „[...] Die Veröffentlichung ist mal wieder mit 28 gegen 25 Stimmen beschlossen worden; wenn nicht *Ehrhart*, *Bock*, *Cramer*, *Peus*, *Stolle*, *Lindemann*, *Sperka*, *Hildenbrand* usw. wie gewöhnlich gefehlt hätten, dann wäre der Ausgang wieder mal anders gewesen. *August* und seine sächsische Leibgarde vulgo ‚Wohlfahrtsausschuß' siegen sozusagen per distance, nämlich durch die Distanz, in der sich unsere Süddeutschen halten. Das kann so nicht weitergehen; natürlich werden die ‚Fälle' immer nur verhandelt, wenn die Luft rein genug ist [...]" Vgl. auch den ähnlich lautenden Brief *Heines* an *Vollmar* vom gleichen Tage im Nachlaß Vollmar.

[7]) Im Or. „haben".

a) Resolution *Gradnauer:* Die Fraktion wolle beschließen:

In der Parteipresse ist eine Veröffentlichung zu veranlassen, in welcher der Gang der Verhandlungen im Fraktionsvorstand und in der Fraktion dargestellt, in der insbesondere mitgeteilt wird, daß *Schippel* seine Gegnerschaft gegen jeden Getreidezoll zu erklären hat.

b) Resolution *Bernstein:* In Anbetracht des Umstandes, daß Aufsätze und Vorträge des Genossen *Schippel* Unklarheit über seine Stellung zu den Agrarzöllen zur Folge gehabt haben und von Gegnern im Kampfe gegen die Partei ausgespielt worden sind, ersucht die Fraktion *Schippel*, in Rücksicht auf die Notwendigkeit einheitlicher und übereinstimmender Propagierung der Parteibeschlüsse auf eine klare, alle Mißdeutungen ausschließende Weise der Öffentlichkeit gegenüber festzustellen, welche grundsätzliche Stellung er zu den Agrarzöllen einnimmt.

Durch die Abstimmung wird zunächst die Resolution *Gradnauer* abgelehnt. Anschließend wird der Vorschlag des Fraktionsvorstandes in getrennter Abstimmung absatzweise angenommen. In der Gesamtabstimmung erfolgt die Annahme des Vorschlags mit 34 gegen 20 Stimmen.[8])

Durch die erfolgte Abstimmung ist die Resolution *Bernstein* erledigt. Mit 28 gegen 25 Stimmen beschließt die Fraktion die Veröffentlichung des angenommenen Vorschlags des Fraktionsvorstandes.[9])

Singer Pfannkuch

[8]) Vgl. Anm. 6.

[9]) Vgl. *Bebels* Stellungnahme vor dem Bremer Parteitag, Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 236: „In dieser ganz klaren und deutlichen Weise hat damals nicht etwa eine zweifelhafte Mehrheit, sondern die übergroße Mehrheit der Fraktion in der Frage beschlossen. Nur darüber waren Meinungsverschiedenheiten vorhanden, ob die Resolution zu veröffentlichen sei. In dieser Frage gab es eine starke Minorität, die die Veröffentlichung nicht wollte, während die Majorität sie beschloß."

125.

9. 3. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] gibt von einer von den Genossen des 6. Berliner Wahlkreises eingesandten Resolution Kenntnis, die sich mißbilligend über die Abstimmung der Fraktion bei der 2. Lesung des Nachtragsetats betreffend die Unterdrückung des Hereroaufstandes ausspricht.[1])

[1.] Bei der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Stellung des Schleswig-Holsteinischen Fürstenhauses wird Kollege *Stadthagen* den Standpunkt der Fraktion, der ein ablehnender ist, präzisieren.[2])

[1]) *Ledebour* war Vertreter des 6. Berliner Wahlkreises im Reichstag. Zur Kolonialfrage s. a. Nr. 119 Anm. 2.

[2]) Die Sonderrechte ehemals regierender fürstlicher Häuser sollten auf das herzoglich holsteinische Haus ausgedehnt werden; s. Sten. Berichte Bd. 198 S. 1685—1689; Bd. 207 (Anlagen) S. 1751.

2. Bei dem Entwurf eines Münzgesetzes regt Kollege *Wurm* die Verweisung an eine Kommission an.

3. Bei dem Entwurf eines Gesetzes die Krankenversicherung der Seeleute betreffend verlangt die Fraktion Kommissionsberatung. Wird diese abgelehnt, sollen eine Reihe von Anträgen eingebracht werden, die von einer aus den Kollegen *Schmalfeldt*, *Metzger*, *Schwartz* und *Molkenbuhr* bestehenden Kommission vorbereitet werden sollen.[3])

Singer Pfannkuch

[3]) Abänderungsanträge s. Sten. Berichte Bd. 207 (Anlagen) S. 2050; Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 98.

126.

16. 3. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die ablehnende Stellung der Fraktion zum Nachtragetat betreffend die Kosten der Niederwerfung des Hereroaufstandes zu begründen, wird dem Kollegen **Bebel** übertragen.[1])

Eine Anregung, den besseren Besuch der Sitzungen, in denen wichtige Abstimmungen vorgenommen werden, betreffend, spricht die Fraktion den Wunsch aus, daß die in Berlin und dessen nächster Umgebung wohnenden Kollegen die Sitzungen am Montag und des Sonnabends regelmäßig besuchen sollten.

Kollege **Dietz** bringt zur Sprache, daß seitens der Russen Sammellisten in Umlauf gesetzt würden, deren Ertrag für die sozialdemokratische Bewegung in Rußland bestimmt sei. Die Fraktion ist einmütig der Ansicht, daß der Parteivorstand geeignete Mittel anzuwenden habe, der eigenmächtigen Handlungsweise der Russen zu steuern.

Der ab und zu sich unliebsam bemerkbar machenden Unruhe auf der Journalistentribüne, die meistens bei den Reden bestimmter Kollegen beliebt werden soll[2]), soll durch private Einwirkung gesteuert werden.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 199 S. 1889—1893; vgl. Nr. 119 Anm. 2.

[2]) So im Or. Wahrscheinlich demonstrierten Journalisten des linken sozialdemokratischen Flügels gegen die Reden „rechtsstehender" Abgeordneter der eigenen Partei. Zur Gruppenbildung und zu den Richtungskämpfen in der Sozialdemokratie s. Einl.

127.

13. 4. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Als Fraktionsredner werden bestimmt:

a) Für das Börsen- und Reichsstempelgesetz[1]) die Kollegen *Bernstein* und *Robert Schmidt;*

b) den Gesetzentwurf betreffend die Bekämpfung der Reblaus Kollege *Schulze-Cossebaude;*

c) den Gesetzentwurf betreffend die Zinsgarantie der Togobahn, Kollege *Ledebour;*

d) die Interpellation Oriola betreffend die Kriegspensionen, Kollege *Grünberg.*

Die Fraktion folgt einer Anregung des Kollegen **Hue** und beschließt die Einbringung einer Interpellation betreffend die Stillegung der kleinen Zechen.[2]) Als Fraktionsredner wird Kollege *Hue* bestimmt.

Kollege **Horn** bringt die Lage deutscher Glasarbeiter [in] Mexiko zur Sprache, die wegen unverschuldeter Arbeitslosigkeit mit der Ausweisung bedroht wurden und den nachgesuchten Schutz des Konsuls bzw. Gesandten nicht in der erwarteten Art und Weise erhalten haben.

Dem Kollegen *Horn* wird aufgegeben, das Auswärtige Amt um Auskunft zu ersuchen. Fällt letztere nicht befriedigend aus, soll die Sache im Plenum zur Sprache gebracht werden.

Aus Anlaß der Debatten auf der diesjährigen sächsischen Landesversammlung wünscht Kollege **Hoffmann** zu wissen, ob und wie Kollege *Schippel* dem in der Sitzung vom 3. März gefaßten Beschluß der Fraktion nachkommen wolle. Die Fraktion erklärt die Angelegenheit durch die von *Schippel* in der Nr. 86 des *Vorwärts* vom 13. currentis abgegebenen Erklärung für erledigt.[3])

In einer persönlichen Bemerkung gibt Kollege **Braun** eine Darstellung der von ihm gegen sich beantragten und von den Genossen des Frankfurter Kreises geführten Untersuchung und erklärt, daß damit für ihn die Sache erledigt sei.[4])

Kollege **Thiele** hält eine authentische durch eigene Berichterstatter auszuführende Information der Parteipresse von dem Kriegsschauplatz in Südwestafrika und Ostasien für notwendig.

Singer Pfannkuch

[1]) Novelle zum Abschnitt IV des Börsengesetzes; s. Sten. Berichte Bd. 199 S. 2468 ff.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 207 (Anlagen) S. 1917.

[3]) Vgl. *Vorwärts* vom 13. 4. 1. Beilage S. 3.

[4]) Zu dem Konflikt zwischen *Heinrich Braun* und *Franz Mehring* s. Adler, Briefwechsel S. 425 bis 428; zum Parteiverfahren s. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 39—43. *Brauns* 1903 erfolgte Wahl in den Reichstag wurde auf Vorschlag des Wahlprüfungsausschusses am 27. 4. 1904 für ungültig erklärt.

128.

20. 4. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Anknüpfend an die in der vorigen Sitzung von dem Genossen *Braun* gemachten persönlichen Bemerkung gibt **Pfannkuch** eine Darstellung der Vorgänge, die von dem Genossen *Braun* zwar richtig, aber nach der Auffassung des Parteivorstandes nicht erschöpfend vorgetragen waren.[1]) Das Resultat der ausgedehnten Debatte ist die Annahme des Antrags *Bömelburgs*, festzustellen, welche Auslegung dem § 2 des Organisationsstatuts[2]) zu geben ist. Die Erörterung und Beschlußfassung über diesen Antrag soll in der am 4. Mai abzuhaltenden Sitzung stattfinden. Zu dieser Sitzung sollen sämtliche Kollegen unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen werden.[3])

Anstelle des aus der Wahlprüfungskommission ausgetretenen Kollegen *Goldstein* wird Kollege *Schulze-Cossebaude* in die Wahlprüfungskommission delegiert.

Zum Fraktionsredner bei der Interpellation betreffend die Zechenstillegung[4]) war Genosse *Hue* bestimmt, der die Grundgedanken seiner Rede zum Vortrag bringt. Kollege *Schmidt-Berlin* macht auf die Gefahren aufmerksam, die mit der fiskalischen Verstaatlichung verbunden sind.

Die Fraktion erklärt sich mit *Hue* einverstanden, die Rede in dem Rahmen der von ihm gegebenen Skizze zu halten.

Bebel Pfannkuch

[1]) S. Nr. 127 Anm. 4.

[2]) Parteiausschußverfahren bzw. Berufung eines Schiedsgerichtes.

[3]) Die Verhandlung fand am 27. 4. statt; s. Nr. 129.

[4]) S. Nr. 127 Anm. 2.

129.

27. 4. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen sind und zur Verteilung gelangt Petitionen gegen die Stillegung der Zechen.

Zum Fraktionsredner bei dem Gesetzentwurf betreffend das Spiel am Totalisator wird *Singer* bestimmt.

Die Kollegen in der Kommission werden beauftragt, die von ihnen für nötig gehaltenen Anträge bei der 3. Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die

Krankenversicherung der Seeleute einzubringen. In der Schlußabstimmung stimmt die Fraktion für das Gesetz.[1])

Die vom Kollegen **Lipinski** vorgeschlagenen Anträge werden zur 2. Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Kaufmannsgerichte eingebracht.[2])

Kollege **Gradnauer** beantragt die Einbringung einer Resolution in der 3. Lesung beim Justizetat, in der Erhebungen über die Art, Zahl und Wirkung der Disziplinarstrafen in den Gefängnissen gefordert wird. Die Feststellung der Resolution wird den Kollegen *Gradnauer* und *Herzfeld* in Verbindung mit dem Fraktionsvorstand übertragen. Als Fraktionsredner wird *Gradnauer* bestimmt.[3])

Kollege **Südekum** referiert über die Kommissionsverhandlungen über das Steuergesetz, in dem eine andere Regelung der Überweisungen an die Einzelstaaten und Schuldentilgung angestrebt wird. Als Redner wird *Südekum* bestimmt. Die Fraktion stimmt gegen das Gesetz.[4])

Auf Anregung von verschiedenen Seiten hebt die Fraktion ihren in der vorigen Sitzung gefaßten Beschluß betreffend die Beratung des § 2 des Organisationsstatuts auf[5]) und beschließt einstimmig, [diesen][6]) in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Dem Genossen *Heinrich Braun* wird geraten, das vom Parteivorstand auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts gegen ihn berufene Schiedsgericht anzuerkennen.

Der vom Kollegen **Nitzsche** gegebenen Anregung, die Blattgründung des Kollegen *Bernstein*[7]) zu erörtern, gibt die Fraktion keine Folge.

Von seiner Absicht, die Art seiner Strafverfolgung bei der 3. Lesung des Etats zur Sprache zu bringen, macht Kollege **Thiele** Mitteilung. Da der Absicht *Thieles* widersprochen wird, wird die Angelegenheit dem Fraktionsvorstand überwiesen.

Unter Hinweis auf mehrere konkrete Fälle weist Kollege **Legien** auf das Bestreben der Gerichte hin, durch Erlaß von Einhaltsbefehlen Boykotterklärungen, einerlei ob dieselben in der positiven oder der negativen Form gehalten sind, zu verhindern, und hält die Einbringung einer Interpellation für notwendig. Die Angelegenheit soll dann betrieben werden, wenn sie in den richterlichen Instanzen zum Austrag gebracht worden ist.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 207 (Anlagen) S. 2079.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 207 (Anlagen) S. 2086.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 207 (Anlagen) S. 2410.

[4]) Gesetzentwurf betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reichs, s. Sten. Berichte Bd. 205 (Anlagen) S. 41 ff.

[5]) S. Nr. 128.

[6]) Im Or. verschiedene inhaltlich irrelevante redaktionelle Streichungen und Überschreibungen.

[7]) Der Hinweis bezieht sich wahrscheinlich auf das von *Bernstein* herausgegebene *Neue Montagsblatt*; s. Nr. 137 Anm. 2.

130.

4. 5. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] gibt bekannt, daß im Präsidium die Absicht bestehe, nach Verabschiedung des Etats und der Lex *Stengel*[1]) die Pfingstferien beginnen zu lassen. Voraussichtlich würden die Sitzungen nicht über den 18. currentis hinaus ausgedehnt werden.

Dem Antrag der Münz-Kommission, 3-Markstücke auszuprägen, stimmt die Fraktion zu.

Kollege **Legien** wünscht, daß der Heimarbeiterschutzgesetzentwurf in der nächsten Sitzung der Fraktion beraten werde.[2])

Pfannkuch lenkt die Aufmerksamkeit der Fraktion auf die von dem Dresdener Parteitag der Fraktion überwiesenen Anträge.[3]) Auf Antrag **Bebels** erklärt die Fraktion die ihr überwiesenen Anträge durch die im Reichstag gestellten Anträge sowie die eingebrachten Resolutionen und Interpellationen für erledigt.

Die Fraktion nimmt noch Kenntnis von der Mitteilung über die Angelegenheit des Schiedsgerichts gegen den Genossen *Braun*[4]) sowie von dessen und der Frankfurter Genossen Wunsch betreffs rednerischer Unterstützung im Wahlkampf.[5])

Singer Pfannkuch

[1]) Gesetzentwurf über Änderungen im Finanzwesen des Reiches s. Sten. Berichte Bd. 205 (Anlagen) S. 41. *V. Stengel* war Staatssekretär des Reichsschatzamtes.

[2]) Im März 1904 hatte in Berlin ein gewerkschaftlicher „Heimarbeiterschutz-Kongreß" getagt, dessen Resolutionen zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes durch die Fraktion führen sollten; s. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 17. Vgl. Nr. 131 Anm. 1.

[3]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1903 S. 447.

[4]) Vgl. Nr. 127 Anm. 4.

[5]) Am 13. 5. 1904 fand in Frankfurt-Lebus eine Reichstagsnachwahl statt, in der *Braun* gegen *Bassermann* unterlag.

131.

11. 5. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Durch die Absetzung der Beratung des Heimarbeiterschutzgesetzes trägt die Fraktion sowohl der Geschäftslage wie auch dem geäußerten Wunsche *Legiens* Rechnung.[1])

[1]) Vgl. *Bebels* Ausführungen auf dem Parteitag, Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 210: „[...] Der Heimarbeiterschutzgesetzentwurf wurde zu spät fertig, wir überwiesen ihn einer Kommission, aber der Beschluß der Kommission fand nicht die Zustimmung der Mehrheit der Fraktion, und es sollte abermals der Heimarbeiterschutz einer Beratung unterzogen werden. Aber mittlerweile wurde die Session vertagt."

Den ablehnenden Standpunkt der Fraktion bei dem Gesetz betreffend die Entschädigung unschuldig Verhafteter wird Kollege *Thiele* vertreten.[2])

Von den von der Hamburg-Amerika-Linie dem Reichstag zur Verfügung gestellten Karten für eine am 3. Juni beginnende Nordlandfahrt, von denen auf die Fraktion 6 Stück entfallen, Gebrauch zu machen, lehnt die Fraktion ab.

Als Fraktionsredner des Gesetzes betreffend die Entlastung des Reichsgerichts wird Kollege *Stadthagen* bestimmt. Die Kommissionsmitglieder soll der Fraktionsvorstand ernennen.[3])

Mit der Vorbereitung einer Interpellation die Ärzte kontra Krankenkassenfrage[4]) betreffend wird eine aus den Kollegen *Molkenbuhr*, *Geyer*, *Fräßdorf*, *Scheidemann*, *Körsten*, *Stadthagen* und *Wurm* bestehende Kommission betraut.

Eine von außenstehender Seite angeregte Interpellation betreffend das preußische Ansiedelungsgesetz[5]), wie auch die von **Stadthagen** befürwortete Einbringung einer Interpellation betreffs des preußischen Kontraktbruchgesetzes[6]) wird vertagt.

Bezüglich ihrer Stellung zu dem Gesetzentwurf, die Bekämpfung der Reblausherde und die Entschädigung der Betroffenen resolviert die Fraktion: Es sind Interessentenverbände zu bilden, die staatliche Zuschüsse erhalten.

Kollege **Geyer** moniert die von der Redaktion des *Volksblatt für Anhalt* ausgegangene Veröffentlichung der Urteile des Schiedsgerichts in Sachen der Genossen *Göhre* und *Heine*.

Singer Pfannkuch

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 200 S. 2913 f.

[3]) Letzter Satz nachträglich von gleicher Hand in Or. eingefügt.

[4]) Eine solche Interpellation wurde nicht eingebracht.

[5]) Gemeint ist wahrscheinlich die Bewilligung von 2 Millionen Mark für die innere Kolonisation durch das Preuß. Abgeordnetenhaus am 25. 1. 1905; s. Schulthess 1905 S. 21.

[6]) S. Nr. 133 Anm. 1.

132.

8. 6. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Zum parlamentarischen Berichterstatter für den Bremer Parteitag wählt die Fraktion den Kollegen *Ledebour*.[1])

[1]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 60—111 und mündlichen Bericht *Ledebours* a.a.O. S. 199—206. Zur Berichterstattung der Reichstagsfraktion vor dem Parteitag s. Nr. 49 Anm. 4.

Mit der Vertretung der Gesamtpartei auf dem Amsterdamer Kongreß beauftragt die Fraktion die Kollegen *Bebel*, *Pfannkuch* und *Singer*.[2])

Aus der Sitzung des Seniorenkonvents teilt der Vorsitzende [**Singer**] mit, daß mit Sicherheit mit der Vertagung des Reichstags gerechnet werden könne, die Ende der nächsten Woche erfolgen werde.

Vor der Vertagung sollen die Gesetzentwürfe betreffs Reblausschäden, des Münzgesetzes, der Kaufmannsgerichte sowie der afrikanischen Eisenbahnen verabschiedet werden.

Möglicherweise gehe dem Reichstag auch noch ein Nachtragsetat betreffend den Herero-Aufstand zu. Nach der Meinung des Präsidenten schließe die Ende nächster Woche zu erfolgende Vertagung jeden geschäftsordnungsmäßigen Eingriff seitens der Parteien aus.

Namens der eingesetzten Kommission[3]) referiert Kollege **Molkenbuhr** über die Interpellation die Krankenkassen betreffend. Die Fraktion stimmt dem Antrag ihrer Kommission zu, zur Zeit von der Einbringung der Interpellation abzusehen. Kollege *Molkenbuhr* wird beauftragt, den Leipziger Aktionsausschuß von der Entschließung der Fraktion unter Darlegung der Entscheidungsgründe in Kenntnis zu setzen. Nach der Unterrichtung der Leipziger Genossen soll eine vom Fraktionsvorstand zu verfassende Erklärung der Presse zwecks Veröffentlichung zugestellt werden.[4])

Betreffend das Servisgesetz beauftragt die Fraktion die Kollegen in der Budget-Kommission zu beantragen, den derzeitigen gesetzlichen Zustand noch 1 oder 2 Jahre bestehen zu lassen und die Regierung aufzufordern, je für die Regelung des Servis[5]) und des Wohnungsgeldzuschusses gesonderte Gesetzentwürfe vorzulegen.

Bei der 2. Beratung des Reblausgesetzes bringt die Fraktion zu § 6 den Antrag ein, der für die Aufbringung der Mittel Interessenverbände vorsieht, deren Mitglieder progressiv nach der Größe des Besitzes zur Beitragsleistung heranzuziehen sind. Die Fraktion stimmt für das Gesetz auch im Falle der Ablehnung des vorgenannten Antrags.

---

[2]) Der internationale Kongreß fand im August 1904 in Amsterdam statt; s. Joll S. 100—105.

[3]) Es handelt sich um eine von der Fraktion eingesetzte Kommission.

[4]) In Leipzig und Köln hatten Verwaltungsbehörden in die Selbstverwaltung der Krankenkassen eingegriffen. Die SPD-Fraktion erwog eine Interpellation über diese Vorfälle im Reichstag. Um nicht weitere amtliche Eingriffe zu provozieren, wurde die Einbringung der Interpellation aufgeschoben. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 207 f., 212. Zu den ideologischen Voraussetzungen der Stellungnahme der SPD zu Fragen der Versicherungsgesetzgebung s. Hertha Wolff, Die Stellung der Sozialdemokratie zur deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung von ihrer Entstehung an bis zur Reichsversicherungsordnung. Jur. Diss. Freiburg 1933.

[5]) Servistarif: Vergütung für militärische Quartiere; zum Gesetzentwurf s. Sten. Berichte Bd. 204 (Register) S. 6471.

Für das Münzgesetz stimmt die Fraktion sowohl [in der Form], wie dasselbe nach den Beschlüssen der Kommission gestaltet ist, als auch in dem Fall, daß im Verlauf der Beratungen eine Resolution Annahme finden sollte, die die Ausprägung von 3-Markstücken verlangt.

Da bei der Beratung des Entwurfs der Kaufmannsgerichte Verschlechterungen zu gewärtigen sind, bleibt die Stellungnahme der Fraktion einer späteren Sitzung vorbehalten.[6])

Den ablehnenden Standpunkt der Fraktion bei den afrikanischen Bahnen werden die Kollegen *Südekum* und *Ledebour* vertreten. Die Fraktion beschließt die Einbringung einer Resolution, in der die Rückgabe der den Negern in Togo seitens der Douglasgesellschaft abgekauften Ländereien verlangt wird. Die Redaktion und Einbringung der Resolution wird den Kollegen in der Budget-Kommission übertragen.[7])

Die Einbringung einer Interpellation betreffend das preußische[8]) Ansiedlungsgesetz wird vertagt.[9])

Die Entscheidung darüber, ob die Interpellation betreffs des preußischen Entwurfs eines Kontraktbruchsgesetzes noch vor der Vertagung einzubringen ist, wird dem Fraktionsvorstand übertragen.[10])

Pfannkuch macht die Fraktion mit den Wünschen der Parteigenossen bezüglich der Agitation bekannt und ersucht die Kollegen um zahlreiche Meldungen zur Übernahme von Agitations-Touren.

Singer Pfannkuch

[6]) Zum Regierungsentwurf vgl. Sten. Berichte Bd. 205 (Anlagen) S. 718 ff.; s. a. Nr. 134.

[7]) Vgl. Nr. 133 Anm. 2.

[8]) Im Or. hinter „preußische" ein „p.".

[9]) Vgl. Nr. 131 Anm. 5.

[10]) S. Nr. 133 Anm. 1.

133.

11. 6. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion beschließt die im Wortlaut von dem Vorsitzenden [Singer] vorgetragenen Resolutionen

a) betreffend das preußische Kontraktbruchsgesetz[1]),

[1]) Bei dem Kontraktbruchgesetzentwurf handelt es sich um den am 6. 5. 1904 vom preußischen Innenminister dem Abgeordnetenhause vorgelegten Entwurf eines Gesetzes „betr. die Erschwerung des Vertragsbruches landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes". Text der Interpellation der SPD vom 11. 6. 1904, s. Sten. Berichte Bd. 208 (Anlagen) S. 2537; s. a. Nr. 131, 132.

b) betreffend den Ankauf der Ländereien im Gebiet der Togobahn seitens der Douglas-Gesellschaft

einzubringen.[2])

Die Stellung der Fraktion in der 3. Lesung bzw. Endabstimmung über die Kaufmannsgerichte soll in der auf den 14. currentis festgesetzten Fraktionssitzung festgestellt und sämtliche Kollegen zu dieser Sitzung durch das Büro des Reichstags geladen werden.[3])

Singer Pfannkuch

[2]) Text der Resolution s. Sten. Berichte Bd. 208 (Anlagen) S. 2537.
[3]) S. Nr. 134.

134.

14. 6. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion erklärt sich bereit, die Meinung des Vorstandes des Verbandes der Handlungsgehilfen Deutschlands über den Entwurf des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte von dem anwesenden Vorsitzenden des Verbandes, Herrn *Josephson*, entgegenzunehmen.[1]) Herr **Josephson** spricht sich anerkennend über die Tätigkeit der Fraktion aus, den Entwurf in der Kommission und der 2. Lesung verbessert zu haben, ersucht jedoch die Fraktion, auch dann für das Gesetz zu stimmen, wenn die Anträge *Trimborn* in 3. Lesung Annahme finden sollten.
Kollege **Lipinski**, der anschließend über die Tätigkeit der Kommission referiert, kommt zu dem Schluß, der Entwurf mit der Verböserung *Trimborns* sei doch eine Verbesserung gegenüber dem bestehenden Zustand und könne deshalb die Fraktion dafür stimmen.[2])
Nach längerer Debatte beschließt die Fraktion:

a) Die Fraktion stimmt für den Entwurf, wie er nach den Kommissionsbeschlüssen gestaltet ist.
b) Werden die Anträge Trimborn etc. angenommen, stimmt die Fraktion gegen das Gesetz.
c) Fällt das aktive[3]) und passive[4]) Stimmrecht der Frauen, bleibt aber die Altersgrenze für das aktive bzw. passive Wahlrecht auf 21 bzw. 25 Jahre bestehen, stimmt die Fraktion für das Gesetz.

Zum Generalredner wird Kollege *Singer* bestimmt.

Singer Pfannkuch

[1]) Zur Anwesenheit von Nichtparlamentariern bei Fraktionssitzungen s. Einl.; *Max Josephson* war Vorsitzender des Centralverbandes der Handlungsgehülfen und -gehülfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg.
[2]) Zur Vorlage s. Nr. 132 Anm. 6; zum Antrag *Trimborns* s. Sten. Berichte Bd. 207 (Anlagen) S. 2490; zur Stellungnahme der SPD vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1904 S. 93 f.
[3]) Zur Wahl der Beisitzer in den Kaufmannsgerichten.
[4]) Zur Wählbarkeit der Beisitzer.

135.

29. und 30. 11. 1904: Fraktionssitzungen

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] bewillkomm[t][1]) den anwesenden Kollegen *Auer* und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Kollegen vergönnt sein möchte, wieder dauernd an den Arbeiten teilnehmen zu können.

Die geschäftlichen Dispositionen sind nach der Beratung im Seniorenkonvent folgendermaßen getroffen:

Mittwoch und Freitag Etatsresolutionen. Donnerstag, den 1. Dezember, keine Sitzung. Sonnabend, den 3. Dezember Beginn der Etatsberatung, mit der die Beratung der Entwürfe über die Friedenspräsenz des Heeres[2]) und des Nachtragetats für Südwestafrika[3]) verbunden werden soll.

Wenn möglich soll nach der Etatsberatung in die Beratung der Handelsverträge[4]) eingetreten werden. Können die Handelsverträge nicht frühzeitig genug vorgelegt werden, soll die Beratung der Pensionsgesetze[5]) sich an die Etatsberatung anschließen. Am 17. Dezember sollen die Weihnachtsferien beginnen.

Die Fraktion bestimmt zu Generalrednern

a) zum Etat die Kollegen *Bebel* und *Vollmar*,

b) für die Handelsverträge: *Bernstein* und *Singer*,

c) [für] die Pensionsgesetze: *Gradnauer* und *Südekum*.

Zu a bekundet die Fraktion, daß keine Veranlassung genommen werden soll, die Regierung für die Intervention des Friedens in Ostasien zu bestimmen.[6]) Zu b, daß unbeschadet unserer prinzipiellen Stellung zum Militarismus wir die Verpflichtung anerkennen, die Opfer des Militarismus schadlos zu halten.

Die Generaldiskussion über die Anträge *R[obert] Sch[midts]* soll in einer der nächsten Fraktionssitzungen stattfinden. Das gleiche soll mit dem von der Kommission für den Heimarbeiterschutz ausgearbeiteten Entwurf geschehen.[7]) Die seinerzeit in Sachen der Interpellation betreffend die Selbstverwaltung der Krankenkassen eingesetzte Kommission soll prüfen und der Fraktion Bericht erstatten, ob und wenn ja, was in der Sache getan werden soll.[8])

---

[1]) Im Or. „bewillkommend".

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 204 (Register) S. 6309.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 209 (Anlagen) S. 2670 ff.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 204 (Register) S. 6330—6332.

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 209 (Anlagen) S. 2565—2632.

[6]) Die deutsche Sozialdemokratie vertrat die These einer strikten deutschen Neutralität im ostasiatischen Konflikt, allerdings unter Hervorhebung stark antizaristischer Akzente. Vgl. *Bebels* Etatsrede vom 5. 12. 1904, Sten. Berichte Bd. 201 S. 3353—3371.

[7]) S. Nr. 136, 137.

[8]) S. Nr. 132 Anm. 4.

Kollege **Heine** wünscht, daß unsere Mitglieder in der Kommission für Änderung der Zivil- und Strafprozeßordnung der Erweiterung der Tätigkeit der Schöffengerichte zustimmen, dagegen die erschwerte Revision — Erhöhung des Klageobjekts von 1500 auf 3000 Mark ablehnen. Die Fraktion stimmt dem zu.

Die Kollegen *Fischer-Berlin* und *Wurm* werden als Fraktionsredner bei der 2. Lesung des Etats zum Titel Staatssekretär[9]) bestimmt.

Einstimmigkeit herrschte in der Fraktion darüber, daß Kollegen, die über Fragen im Plenum reden wollen, über die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion bestehen, die Verpflichtung haben, vorher die Angelegenheit der Fraktion vorzutragen.

Singer Pfannkuch

[9]) Nur *Wurm*, nicht jedoch *Fischer*, nahm in der Etatdebatte, allerdings erst am 27. 2. 1905, zum Titel „Reichsamt des Innern, Staatssekretär" das Wort, s. Sten. Berichte Bd. 202 S. 4843.

136.

7. 12. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Auf Grund brieflicher Nachricht konnte der Vorsitzende [**Singer**] die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Erkrankung des Kollegen *Meister* z. Zt. zu ernster Besorgnis Anlaß nicht bietet.

In das interparlamentarische Büro delegiert die Fraktion die Kollegen *Bebel* und *Singer*.[1])

Die Kollegen *Fischer-Berlin* und *Schöpflin* werden als Fraktionsredner für die Resolution über den Maximalarbeitstag bestimmt.[2])

Die Beratung der Anträge des Kollegen *Schmidt*, der nicht anwesend ist, [wird][3]) vertagt.

Für die Beratung der *Schmidtschen* Anträge wie über den Heimarbeiterschutzgesetzentwurf wünscht Kollege **Stadthagen** die Ansetzung einer besonderen Fraktionssitzung. Dem stimmt die Fraktion zu.[4])

In kurzer präziser Form empfiehlt Kollege **Bernstein** die Ablehnung eines jeden Handelsvertrags, der die Minimalzölle auf Getreide und die Vieh- und sonstigen Lebensmittelzölle enthalte. Die Fraktion beschließt dementsprechend.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Nr. 124 Anm. 3.

[2]) Die Resolution wurde erst am 1. 2. 1905 eingebracht; vgl. Sten. Berichte Bd. 212 (Anlagen) S. 3602.

[3]) Im Or. „werden".

[4]) S. Nr. 137.

137.

14. 12. 1904: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Nach der vom Kollegen **Schmidt** gegebenen Begründung seiner Anträge betreffend das Reichsarbeitsamt und die Abänderung der Gewerbeordnung[1]) beschließt die Fraktion, die Diskussion darüber in einer Sitzung nach den Weihnachtsferien aufzunehmen. Kollege **Bebel** referiert über den Angriff der *Leipziger Volkszeitung* auf den Reichstag vom 1. Dezember und das aus diesem Anlaß von ihm namens der Fraktion in der Sitzung vom 10. Dezember abgegebenen Desaveu, sowie der hieran von der *Leipziger Volkszeitung* geführten Polemik.[2])

Die vom Kollegen *Bebel* vorgeschlagene, namens der Fraktion zu erlassende Erklärung wird dem Fraktionsvorstand zur Redaktion überwiesen und soll in der auf Donnerstag 12 Uhr angesetzten Sitzung[3]) der Fraktion zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Letzteres ist geschehen.

Pfannkuch Bebel

---

[1]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 93.

[2]) Vgl. Bericht des Parteivorstandes, Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 43: „Während des Parteitages in Bremen Sept. 1904 hatte die *Leipziger Volkszeitung* einen heftigen Angriff gegen Genossen *Südekum* gebracht. Gegen diese Schreibweise wendeten sich zwei Anträge des Bremer Parteitages. Bevor diese Anträge zur Verhandlung kamen, traf eine Erklärung der Redaktion der *Leipziger Volkszeitung* ein, in welcher die Gesamtredaktion erklärte, daß sie den Druck der Notiz verhindert hätte, wenn sie die Notiz vor dem Druck gesehen hätte, und der Verfasser nahm die Notiz unter Ausdruck des Bedauerns zurück. Dadurch schien die Angelegenheit erledigt. Aber in unmittelbarem Anschluß an den Parteitag griff die *Leipziger Volkszeitung* die 116 Genossen sehr heftig an, welche den Antrag *Gruenwaldt* unterzeichnet hatten. Daneben entwickelte sich ein besonders heftiger Streit der *Leipziger Volkszeitung* mit dem vom Genossen *Bernstein* herausgegebenen *Neuen Montagsblatt* [vgl. Nr. 129 Anm. 7], in welchen eine Anzahl früherer Vorgänge hineingezogen wurden. Sowohl vom Genossen *Mehring* wie vom Genossen *Bernstein* wurde der Parteivorstand angerufen, einzelne in diesem Streit gefallene Behauptungen zu untersuchen. Der Parteivorstand lehnte beide Gesuche, soweit sie sich auf die Untersuchung und Beurteilung früherer Vorgänge bezogen, ab und veröffentlichte sein Urteil in der zuständigen Presse. Auch in späteren Konflikten zwischen einzelnen Preßorganen oder Preßorganen und der Fraktion wurde der Vorstand veranlaßt, einzugreifen. Die Vorgänge sind der Partei ebenfalls durch die Publikation des Vorstandes bekannt geworden."

[3]) Donnerstag, den 15. Dezember 1904. Zur Art der Protokollführung und zur Berücksichtigung außerordentlicher Sitzungen s. Einl.

138.

11. und 12. 1. 1905: Fraktionssitzungen

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Da für die Sitzung die Berichterstattung über die Situation im Ruhrgebiet vorgesehen ist, Kollege *Hue* jedoch erst um 7 Uhr eintrifft, werden von den Kollegen zunächst Anfragen gestellt und Anregungen gegeben.

Kollege **Schmidt** wünscht Auskunft über das Resultat der Mission des Parteivorstands in Sachen der *Leipziger Volkszeitung*.[2]) Kollege **Thiele** wünscht eine Regelung der Wortmeldungen bei der 2. Lesung des Etats. Kollege **Fräßdorf** teilt mit, daß er die Absicht habe, die Ärztefrage in Leipzig zu behandeln.

Kollege **Schmidt** regt an, ob nicht Sicherung der wöchentlichen Abhaltung von Schwerinstagen zu erreichen sei.

Nach Anhörung der Berichterstattung des Kollegen **Hue** und ausgedehnter Diskussion beschließt die Fraktion die sofortige Einbringung einer Interpellation. Die Interpellation soll von dem Fraktionsvorstand und dem Kollegen *Hue* vorbereitet und der Fraktion am 12. currentis abends zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Interpellation soll in der Nr. 10 des *Vorwärts* angekündigt werden. Das ist geschehen.[3])

Dem Fraktionsvorstand wird aufgegeben, die Redaktion der *Arbeiter-Zeitung* in Dortmund brieflich darauf aufmerksam zu machen, die Maßnahmen der Streikleitung kräftig zu unterstützen, sowie in steter Fühlung mit derselben zu bleiben. Der erhaltene Auftrag ist am Schluß der Sitzung ausgeführt.

Singer Pfannkuch

[1]) Im Or.: „Sitzung vom 11. Januar 1905".

[2]) S. Nr. 137 Anm. 2.

[3]) Vgl. Bericht *Hues* über den Bergarbeiterstreik vor dem Reichstag vom 20. 1. 1905, Sten. Berichte Bd. 201 S. 3903—3919. Zur Interpellation s. Sten. Berichte Bd. 212 (Anlagen) S. 3522; Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 79; *Vorwärts* vom 12. 1. 1905. Zum Streikverlauf vgl. Max Jürgen Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II., 1889—1914 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 5), Düsseldorf 1954, S. 85 ff.

139.

18. 1. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Aus Anlaß des 50jährigen Dienstjubiläums des Direktor *Knaak* wird der Fraktionsvorstand beauftragt, Herrn *Knaak*[1]) die Gratulation der Fraktion mündlich

[1]) Geheimer Regierungsrat, Direktor bei dem Reichstage.

oder schriftlich zu übermitteln. Anstelle des Kollegen *Vollmar* tritt Kollege *Förster* vertretungsweise in die Budgetkommission ein.

Nach eingehender Diskussion der Anträge des Kollegen *Schmidt-Berlin*, die Errichtung des Reichsarbeitsamts und die Abänderung der Gewerbe-Ordnung betreffend, werden die Anträge *Schmidt* sowie der Fraktions-Antrag Drucksache 67[2]) einer 7-gliedrigen Kommission mit dem Auftrag der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs überwiesen. In dem neuen Entwurf soll grundsätzlich die Einführung von Arbeitskammern und die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Landarbeiter verlangt werden.

In die Kommission delegiert die Fraktion die Kollegen *Bömelburg*, *Lesche*, *Lindemann*, *Körsten*, *Schmidt-Berlin*, *Stadthagen* und *Wurm*.

Die Kommission erhält die Ermächtigung, einzelne Kategorien des Entwurfs zur Einbringung von Anträgen oder Resolutionen vorzubereiten. Da in der Diskussion sich gezeigt hat, daß der Urtext des Arbeiterschutzgesetzentwurfs durch die späteren zweimaligen Abdrücke Änderungen erfahren hat, werden die Kollegen *Bebel*, *Stadthagen* und *Wurm* beauftragt festzustellen, wie die Änderungen zustande gekommen sind, und eine berichtigte Fassung des eingebrachten Gesetzentwurfs zu veranlassen.

Singer Pfannkuch

[2]) Der Antrag war im Dezember 1903 eingebracht worden; vgl. Nr. 114 Anm. 3.

140.

25. 1. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] teilt mit, daß, nachdem die Nationalliberalen davon zurückgekommen seien, dem Direktor *Knaak*[1]) ein besonderes Geschenk zu dessen Jubiläum 50jähriger Dienstzeit zu widmen, vom Seniorenkonvent der ursprüngliche Gedanke wieder aufgenommen sei, dem Direktor *Knaak* eine Garnitur silberner Leuchter namens des gesamten Reichstags zu überreichen. Nach dem Voranschlag würden auf den Abgeordneten 1½ Mk. entfallen. Die Fraktion beschließt die Beteiligung. Der Betrag soll von der Fraktionskasse bestritten werden.

Kollege **Vollmar** regt an, zum Etat eine die Ministerverantwortlichkeit betreffende Resolution einzubringen. Die Fraktion stimmt dem zu.[2])

[1]) S. Nr. 139 Anm. 1.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 212 (Anlagen) S. 3589.

Auf Vorschlag **Bebels** beschließt die Fraktion:

Die Forderungen der Bergleute in Form eines Antrags sofort einzubringen. Der Präsident soll ersucht werden, den Antrag auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. Widerspricht das Haus der Tagesordnung, so werden die Forderungen der Bergleute als Resolution zum Etat eingebracht.[3])

Für den Fall, daß künftig regelmäßig jede Woche ein Schwerinstag angesetzt wird, beschließt die Fraktion, dem Arbeiterschutzgesetzentwurf Nr. 67 der Drucksachen die Prirorität zu geben.[4])

Die vom Kollegen *Lipinski* vorgeschlagene Resolution bezüglich der Sonntagsruhe wird der Kommission *Schmidt* (Gewerbe-Ordnung etc.) überwiesen.

Allgemein wurde der Wunsch geäußert, die Vorgänge in Rußland im Reichstag zur Sprache zu bringen. Wie es möglich zu machen ist, wußte niemand anzugeben.[5])

Singer Pfannkuch

[3]) Zum Bergarbeiterstreik s. a. Nr. 138 Anm. 3. Zur Umwandlung von Anträgen in Resolutionen s. Einl.

[4]) Vgl. Nr. 139 Anm. 2. Der Gesetzentwurf wurde in der laufenden Session nicht mehr eingebracht.

[5]) Zu außenpolitischen Fragen konnte im Reichstag nur im Zusammenhang der Etatsberatungen, bei den Titeln Reichskanzler und Auswärtiges Amt, oder durch Abschweifungen vom Thema Stellung genommen werden. Anlaß des Vorschlages zur Diskussion der russischen Ereignisse war der Petersburger „rote Sonntag" vom 22. 1. 1905.

141.

1. 2. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Kollege **Molkenbuhr** macht der Fraktion Mitteilung von dem Eingang eines Briefes der Redaktion der *Arbeiter-Zeitung* in Dortmund. Die Redaktion glaubt Anlaß zu haben, den ihr freundschaftlich erteilten Rat, die Taktik der Leitung des Ausstandes im Ruhrgebiet nicht zu stören, als einen von ihr der Fraktion zugedachten Rüffel auffassen zu müssen, wogegen sie Verwahrung einlegt. Da die von der Redaktion der *Arbeiter-Zeitung* der Fraktion gemachte Unterstellung unzutreffend ist, hält die Fraktion die Angelegenheit für erledigt.

Die Fraktion beschließt folgende Resolutionen[1]) zum Etat „Reichsamt des Innern" einzubringen und bestimmt dazu folgende Kollegen als Redner:

a) 593 der Drucksachen Arbeitskammern, Reichsarbeitsamt. Redner: *Bebel* und *Thiele*[2]).

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 212 (Anlagen) S. 3602.

[2]) „*Legien*" im Or. gestrichen, ersetzt durch „*Thiele*".

b) 594 der Drucksachen 8-Stundentag. Redner: *Fischer-Berlin.*
c) 595 der Drucksachen Vorschriften gegen die Vergiftungsgefahr. Redner: *Wurm.*
d) 596 der Drucksachen Bauarbeiterschutz. Redner: *Bömelburg.*
e) 597 der Drucksachen Verbot der Sonntagsarbeit in Glashütten. Redner: *Horn.*
f) 598 der Drucksachen Änderung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Redner: *Stadthagen.*
g) 599 der Drucksachen Verbot der gewerblichen Arbeit an Sonn- und Festtagen. Redner: *Lipinski.*

Eine vom Kollegen **Förster** angeregte zum Etat einzubringende Resolution betreffend die Heimarbeit wird der Kommission überwiesen.

Die vom Kollegen **Lindemann** befürwortete Resolution betreffend ein Reichswohnungsgesetz wird von der Fraktion abgelehnt einzubringen.

Die Beratung der Resolution betreffend das Fremdenrecht wird vertagt bis zur nächsten Sitzung.

Dem Brauch entsprechend laufen die Anträge der Fraktion jetzt unter dem Signum *Albrecht* und Genossen.[3])

Singer Pfannkuch

[3]) Die Anträge liefen stets unter dem Namen des Fraktionsangehörigen, der alphabetisch an erster Stelle stand. Zur Erkrankung *Agsters* s. Nr. 105, auch Nr. 32.

142.

8. 2. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion beschließt zum Etat des Reichskanzlers folgende Resolution einzubringen:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Aufenthaltsverhältnisse der Ausländer im deutschen Reiche vorzulegen.[1]) Zum Redner wird der Kollege *Stadthagen* bestimmt.

Eine zu demselben Etat einzubringende, vom Kollegen **Eichhorn** angeregte Resolution, die Erwerbung und Aufgabe der Staatsangehörigkeit betreffend wird zur endgültigen Redaktion dem Fraktionsvorstand unter Hinzuziehung der Kollegen *Eichhorn* und *Stadthagen* überwiesen.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 212 (Anlagen) S. 3938.

143.

22. 2. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Zum Etat des Reichskanzlers beschloß die Fraktion folgende Resolution einzubringen[1]):

Der Reichstag wolle beschließen:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Regierungen von Preußen und Bayern dahin zu wirken, daß die Auslieferungsverträge, welche die genannten Regierungen am 13./1. Januar beziehungsweise 1. Oktober/19. September 1885 mit der russischen Regierung abgeschlossen haben, sofort gekündigt werden.[2])

Bebel und *Vollmar* werden die Resolution begründen.

Singer Pfannkuch

[1]) Der Text der Resolution sowie der darauffolgende Satz sind als Zeitungsausschnitt aus dem *Vorwärts* in das Or. eingeklebt.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 212 (Anlagen) S. 3841.

144.

8. 3. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] bringt eine vom Wahlverein in Hanau beschlossene Resolution, in der das Fehlen von Mitgliedern der Fraktion bei der Abstimmung[1]) über die Handelsverträge verurteilt wird, zur Kenntnis der Fraktion.

[1]) Vgl. den parlamentarischen Bericht, vorgelegt dem Parteitag zu Jena, Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 96: „Die verflossene Tagung des Reichstages währte vom 29. November v. J. bis zum 30. Mai d. J. Also 183 Tage. Während dieser Zeit haben 93 Plenarsitzungen stattgefunden. Wenn man eine Durchschnittsberechnung anstellt, so ergibt sich, daß der Reichstag so ziemlich einen um den anderen Tag Ferien gehabt hat. So freilich hat sich nun in Wirklichkeit die Sache nicht abgespielt. Aber oft genug ist es vorgekommen, daß, wenn am Beginn der Woche das Haus versammelt war, die Verhandlungen plötzlich auf einige Tage unterbrochen wurden und dann am Schluß der Woche wieder ihren Fortgang nahmen. Daß diese Art, die Geschäfte zu erledigen, gerade nicht als gut bezeichnet werden kann, wird niemand bestreiten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß doch ein Teil der Abgeordneten eine weite Reise zu machen hat, so werden diese, ganz besonders wenn der Reichstag so wie angegeben seine Geschäfte zu erledigen beliebt, in Mitleidenschaft gezogen. Sollen sie nun diese Tage, wo der Reichstag Pause macht, untätig in Berlin sich aufhalten, so kostet das Geld; reisen die Abgeordneten aber nach Hause, wer will es ihnen verdenken, daß sie nicht, wenn sie eben die Stiefel ausgezogen haben, gleich wieder kehrt nach Berlin machen. Denkt man nun noch an die Diätenlosigkeit, so tritt der erwähnte Zustand in seiner ganzen Jämmerlichkeit in die Erscheinung."

Die vom Fraktionsvorstand ergangene Einladung zu der am 15. currentis stattfindenden Fraktionssitzung soll sekret behandelt werden.[2])

Über die bei dem Etat zur Abstimmung kommenden Resolutionen[3]) referiert **Bebel.** Die Fraktion beschließt:

1. Zurückziehung der Resolution betreffend die Einführung des Reichsarbeitsamtes.
2. Annahme der Resolution betreffend die Regelung der Arbeitszeit in der Industrie und den unterirdischen Betrieben.
3. Zurückziehung des Antrags betreffend die Vergiftungsgesetze zugunsten des Zentrumsantrags.
4. Annahme der Resolution Bauarbeiterschutz betreffend.
5. Annahme der Resolution die Sonn- und Festtagsarbeit in den Glashütten betreffend, die dahin erweitert werden soll, daß der sanitäre Arbeitstag auf die gesamte Glasindustrie ausgedehnt wird.
6. Annahme der Resolution 599 die Sonntagsarbeit der Büro- und Transportarbeiter betreffend. Es wird getrennte Abstimmung verlangt.
7. Annahme der Resolution Eickhoff, Änderung der Prüfungsordnung der Ärzte betreffend.
8. Annahme der Resolution *Spahn* betreffend Denkschrift über die Kartelle, Trusts etc.
9. Desgleichen die Herausgabe eines Handwerkerblattes.
10. Desgleichen die Aufnahme einer Statistik über die Handelsreisenden.
11. Annahme der Resolution Wohnungsgeldzuschuß betreffend.
12. Annahme a) Beschränkung der Sonntagsarbeit in nicht offenen Verkaufsstellen auf 2 aufeinanderfolgende Stunden. b) Diese Beschränkung ortsstatuarisch zu regeln. Die Zulassung an bestimmte Bedingungen knüpfen. c) Den in Gast- und Schankwirtschaften Beschäftigten Freigabe der Kirchenzeit an jedem 2. Sonntag.
13. Annahme der Resolution die Ausdehnung der Paragraphen 135—139 der Gewerbeordnung auf die Hausindustrie betreffend.
14. Annahme der Änderung der Paragraphen 44 und 44a der Gewerbeordnung.
15. Ablehnung der Resolution *Müller-Meiningen* und *Spahn* betreffend die Untersuchung bzw. Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Bestechung von Angestellten bei Lieferungen.
16. Annahme der Resolution 598 das Koalitionsrecht betreffend.
17. Desgleichen einheitliche Regelung des Automobilverkehrs.
18. Desgleichen die Sonntagsruhe der Standesbeamten.
19. Desgleichen die Beschränkung [der Arbeitszeit] 1. der Arbeiter in den Fabriken auf täglich 10 Stunden, 2. der Arbeiterinnen. Dagegen wird abgelehnt: Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden der Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben.

---

[2]) Über diese Sitzung wurde, falls sie stattgefunden hat, was nicht nachgewiesen werden konnte, nicht Protokoll geführt. Möglicherweise befaßte sich diese Besprechung mit den Einigungsverhandlungen zwischen der SPD und der polnisch-sozialistischen Partei. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 20—26. S. a. Hans-Ulrich Wehler, Sozialdemokratie und Nationalstaat (Marburger Ostforschungen 18) Würzburg 1962 S. 152 ff.

[3]) Für die Resolutionen und Anträge vgl. Verhandlungen zum Reichshaushaltsetat 1905, Sten. Berichte Bd. 204 (Register) S. 6284—6303.

20. Annahme der Resolution betreffend die Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die einheitliche Regelung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln.
21. Desgleichen den Verkauf der Geheimmittel.
22. Desgleichen die Reform des Patentgesetzes.
23. Desgleichen betreffend die Sonntagsruhe der Gehilfen bei den Rechtsanwälten, Beamten der Krankenkassen etc.

Kollege **Fräßdorf** wünscht die Meinung der Fraktion über die verteilten Vorschläge zur Abänderung der Arbeiterversicherung kennenzulernen. Die Vorschläge sollen als Petition dem Reichstag später von dem Verband der Krankenkassen überreicht werden.[4])

Kollege *Fräßdorf* erhält den Rat, den Entwurf mit einer Anzahl Kollegen (freie Kommission) zu erörtern.[5])

Der Vorsitzende [**Singer**] bringt den schon öfter von der Fraktion geäußerten Wunsch in Erinnerung, die in Berlin wohnenden Kollegen möchten hauptsächlich sonnabends und montags rechtzeitig und vollzählig an den Sitzungen teilnehmen.[6])

Bebel weist auf die schädigende Wirkung der derzeitigen uferlosen Debatte bei dem Reichsamt des Innern hin. *Bebel* stellt fest, daß der bei Beginn der Session gefaßte Beschluß, die Kollegen, die bei dem Etat des Reichsamts des Innern reden wollten, sollten sich mit den von der Fraktion bestimmten Generalrednern *Fischer* und *Wurm* verständigen, Nachachtung nicht gefunden habe.

Singer Pfannkuch

---

[4]) S. Berichte der Petitionskommission. Sten. Berichte Bd. 213 (Anlagen) S. 4800 ff.

[5]) S. Nr. 146.

[6]) Vgl. Anm. 1; zur Sonderstellung der in Berlin wohnenden Abgeordneten in der Fraktion s. Einl.

145.

22. 3. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Kollege **Ledebour** regt die Einbringung einer Resolution bei der 3. Lesung des Etats an, in der die feste Anstellung der Stenographen zu fordern sei. Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden [**Singer**] vertagt die Fraktion die Angelegenheit auf die nächste Session.

Singer Pfannkuch

146.

29. 3. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Nach Befürwortung durch den Kollegen **Heine** beschließt die Fraktion, einen von den bürgerlichen Parteien vorbereiteten Antrag, die Änderung des § 55 der Grundbuch-Ordnung betreffend[1]), zu unterstützen.

Der Fraktionsvorstand wird beauftragt, durch Rücksprache mit dem Präsidenten festzustellen, in welcher Folge Schwerinstage angesetzt werden und welche Anträge an denselben beraten werden sollen.[2])

Über die dem Reichstag zugegangene Petition über die Krankenkassenfrage wird die freie Kommission in einer der nächsten Sitzungen berichten.[3])

Kollege **Ledebour** regt die Verhandlung des Antrags auf Abänderung der Geschäftsordnung an. Zur Zeit hält es die Fraktion nicht für zweckmäßig, die Angelegenheit legislatorisch zu behandeln.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 212 (Anlagen) S. 4220.

[2]) S. Nr. 147.

[3]) S. Nr. 144 Anm. 4.

147.

5. 4. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Anknüpfend an das Protokoll der letzten Sitzung teilt der Vorsitzende [**Singer**] mit, daß Schwerinstage erst nach den Osterferien angesetzt werden. Die Osterferien beginnen am 8. April und enden am 10. Mai.

Dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufhebung des § 42 Nr. 6 des Reichsbeamtengesetzes vom 31. Mai 1873[1]) stimmt die Fraktion zu.

Pfannkuch Bebel

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 213 (Anlagen) S. 4280.

148.

10. 5. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Zum Fraktionsredner bei dem Gesetzentwurf der Eisenbahn in Kamerun wird Kollege *Ledebour* bestimmt.[1])

Die Fraktion setzt eine Kommission ein, bestehend aus den Kollegen *Sachse*, *Molkenbuhr*, *Stadthagen*, *Herzfeld* und *Bernstein*, mit dem Auftrag, in der Form einer Novelle zur Gewerbeordnung Anträge auszuarbeiten, in denen der Bergarbeiterschutz nach den Beschlüssen des Bergarbeiterkongresses Berlin vom 28. März d. J. Ausdruck findet.[2])

Bebel macht darauf aufmerksam, daß demnächst die Initiativanträge zur Verhandlung kommen und ersucht die betreffenden Kollegen, soweit sie als Fraktionsredner in Frage kommen, sich vorzubereiten.

Einem Wunsche des Kollegen **Fräßdorf** folgend wird sich die Fraktion in ihrer nächsten Sitzung mit dem Fall *Peus* (Befürwortung der Umsatzsteuer) beschäftigen.[3])

Kollege **Ledebour** regt die Einbringung einer Interpellation betreffend den Neutralitätsbruch Deutschlands (Bau russischer Torpedoboote auf der Germaniawerft) an. *Bebel* wird unter der Voraussetzung, daß ihm die Beibringung genügenden Beweismaterials gelingt, die Interpellation vorbereiten und auch evtl. begründen.[4])

Der Begründung **Stadthagens** folgend bringt die Fraktion ihre in 2. Lesung abgelehnten und nicht zur Beratung gelangten Anträge zur Lex *Hagemann* zur 3. Lesung ein. Werden unsere Anträge abgelehnt, stimmt die Fraktion gegen die Vorlage.[5])

Zur Zivilprozeßordnung stellt die Fraktion keine Abänderungsanträge.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 213 (Anlagen) S. 4487—4506.

[2]) Der Antrag wurde am 17. 5. 1905 eingebracht; s. Sten. Berichte Bd. 213 (Anlagen) S. 4780 bis 4782.

[3]) Besteuerung des Umsatzes der Konsumvereine s. Nr. 149.

[4]) S. Nr. 149.

[5]) Lex *Hagemann*; Entwurf eines Gesetzes betr. Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes; vgl. Sten. Berichte Bd. 213 (Anlagen) S. 4242—4263.

149.

17. 5. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion beschließt, gegen das Totalisatorgesetz zu stimmen.

Kollege **Bebel** macht Mitteilungen über das ihm zugegangene Material betr. den Neutralitätsbruch Deutschlands. Die Fraktion lehnt die Einbringung einer Interpellation ab. Desgleichen die Entsendung eines Fraktionsmitgliedes nach Kiel zwecks Sammlung weiteren bzw. Nachprüfung des eingesandten Materials.

Die Stellung des Kollegen *Peus* im anhaltinischen Landtag zur Frage der Besteuerung der Konsumvereine führt zu einer eingehenden Debatte, die als Resultat folgende Beschlußfassung zeitigt:

Die Fraktion erklärt: daß sie die Stellungnahme des Fraktionsmitgliedes *Peus* im anhaltinischen Landtag in der Frage der Besteuerung des Umsatzes der Konsumvereine[1]) verurteilt, weil dieselbe unvereinbar mit den Grundsätzen der Partei ist.

Der Beschluß wurde gegen 3 Stimmen gefaßt und soll veröffentlicht werden.

Auf Anfrage gibt die Fraktion ihre Willensmeinung dahin kund, daß analog früherer Beschlußfassung[2]) jeder Kollege auf eine öffentliche Wiedergabe der Fraktionsverhandlung zu verzichten hat, daß es jedoch dem Kollegen *Peus* freisteht, auf etwaige Angriffe der Parteipresse zu antworten.

Zum Berichterstatter für den parlamentarischen Bericht an den Parteitag bestimmt die Fraktion den Kollegen *Förster*.[3])

Des weiteren beschließt die Fraktion, gegen die Vorlage [über] die Ausgabe von Kassenscheinen in deren jetziger Form zu stimmen. Kollege *Bernstein* wird den Standpunkt der Fraktion begründen.[4])

Den Kollegen in der Kommission für die Maß- und Gewichtsordnung wird aufgegeben, bei dem § 16 des Entwurfs folgenden Antrag zu stellen:

Da wo Gemeindeeichämter bestehen, sind dieselben, wenn die Gemeinden es wollen, beizubehalten.

Singer Pfannkuch

---

[1]) Vgl. hierzu Geschäftsbericht des Deutschen Genossenschaftstages in Stettin, 18.—20. 6. 1906, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, XVI. Jg. Nr. 26 vom 30. 6. 1906, S. 417 f.

[2]) Vgl. Nr. 113: „Vorsicht ist im Verkehr mit den Journalisten zu üben ..."

[3]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 223 f.

[4]) *Bernstein* nahm zu dieser Frage vor dem Plenum nicht das Wort.

150.

24. 5. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Frage, soll bei der Beratung der Vorlage über die Kamerunbahn bei der namentlichen Abstimmung versucht werden, das Haus beschlußunfähig zu machen, verneint die Fraktion.[1]) Über gleiche Versuche bei späteren Gelegenheiten zu entscheiden, wird dem Fraktionsvorstand übertragen, ausgenommen in den Fällen, in denen die Fraktion Gelegenheit hat, selbst in der Sache Beschluß zu fassen.

Eine Anzahl Kollegen, die zunächst Erreichbaren, sollen zu der nächsten Plenarsitzung telegraphisch geladen werden.[2])

Zu Fraktionsrednern zu den Anträgen das Berggesetz betreffend[3]) werden die Kollegen *Bebel*, *Molkenbuhr* und *Sachse* bestimmt, die sich über die Reihenfolge der Wortmeldung zu verständigen haben.

Die Vorlage der Kamerunbahn lehnt die Fraktion ab. Bei Absatz 2, § 8 wird namentliche Abstimmung beantragt, wenn die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragt wird. Gegen den Antrag *Lattmann* — Bildung von Reservatgebieten stimmt die Fraktion. Fällt die namentliche Abstimmung bei § 8 aus, wird dieselbe bei § 11 beantragt.[4])

Dem Antrag ihres Redners *Bernstein* folgend, beschließt die Fraktion gegen alle Verschlechterungsanträge bei dem Börsengesetz sowie in der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz zu stimmen.

Kollege **Bebel** referiert über die Lage in Hamburg, über die am 23. currentis die Hamburger Parteileitung unter Hinzuziehung des Gewerkschaftskartells und der drei Hamburger Reichstagsabgeordneten beraten [hat].[5]) Die in Vorschlag gebrachten Abwehrmaßregeln wurden verworfen. Man wollte den Ausgang der ersten Beratung der Senatsvorlage abwarten, ehe man sich über das, was zu tun sei und getan werden könne, schlüssig mache.

---

[1]) S. Anm. 4.

[2]) Vgl. Nr. 144 Anm. 1.

[3]) Gemeint ist der Antrag *Stöckers* vom 22. 5. 1905 auf Vorlage einer Novelle zur Reichsgewerbeordnung; s. Sten. Berichte Bd. 213 (Anlagen) S. 4888 ff.

[4]) *Singer* beantragte in der Plenarsitzung vom 25. 5. schon für den § 1 des Gesetzes namentliche Abstimmung. Obwohl die SPD-Fraktion während der Abstimmung den Plenarsaal nicht verließ, erwies sich das Haus nach der Auszählung als beschlußunfähig; s. Sten. Berichte Bd. 213 S. 6183—6187.

[5]) Im Or. „haben". — Beim Beratungsgegenstand handelt es sich wahrscheinlich um die Hamburger Wahlrechtsvorlage vom 14. 5. 1905; s. Schulthess 1905 S. 83. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für Hamburg waren *Bebel*, *Dietz* und *Metzger*.

Das Referat *Bebels* über die Agitation wird abgesetzt. **Bebel** erklärt sich zur Niederschrift seines Referats bereits, die gedruckt und den Kollegen etc. unterbreitet werden soll.

Um in den Sommermonaten eine umfangreiche und planmäßige Agitation ausführen zu können, ermuntert **Bebel** die Kollegen, sich dem Parteivorstand zur Verfügung stellen zu wollen.

Singer Pfannkuch

151.

28. 11. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Bei Konstituierung der Fraktion[1]) werden in den Vorstand gewählt die Kollegen *Auer*, *Bebel*, *Meister*, *Pfannkuch* und *Singer*.[2])

In den Seniorenkonvent werden delegiert die Kollegen *Bebel*, *Geyer*[3]) und *Singer*.

Zum Abteilungs-Vorsitzenden bringt die Fraktion den Kollegen *Bebel* in Vorschlag. Als Stellvertreter die Kollegen *Singer* und *Pfannkuch*.

Die ständigen Kommissionen sollen wie folgt besetzt werden:

1. Wahlprüfungs-Kommission: *Fischer*, *Geyer*, *Schulze*.
2. Budget-Kommission: *Bebel*, *Singer*, *Ledebour*, *Schöpflin*, *Förster*, *Südekum*.
3. Petitions-Kommission: *Schwartz*, *Tutzauer*, *Thiele*, *Lesche*, *Peus*, *Horn*.
4. Rechnungs-Kommission: *Reißhaus*, *Lipinski*, *Baudert*.
5. Geschäftsordnung: *Förster*, *Meister*, *Singer*.

Bei der Präsidentenwahl gibt die Fraktion weiße Zettel ab. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten wird Kollege *Singer* präsentiert. Bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten werden weiße Zettel abgegeben.

Zu Schriftführern werden die Kollegen *Fischer* und *Stücklen* in Vorschlag gebracht.[4])

Der Vorsitzende [**Singer**] macht Mitteilung, daß die Absicht bestehe, bei der Einbringung der Steuergesetze und des Etats solle nach der Rede des Reichsschatzsekretärs die Beratung um einige Tage ausgesetzt werden. Dieser Absicht wird sich die Fraktion widersetzen.

Eingegangen ist eine Beschwerde des Kreises Erfurt, die die beschleunigte Erledigung des Wahlprotestes verlangt.

[1]) Im Or. vor dieser Fassung ein wegen verschiedener Fehler abgebrochener Protokollanfang, der sich inhaltlich mit dem ersten Teil dieser Fassung deckt.

[2]) Satz im Or. vielfach verbessert. Ursprüngliche Fassung: „Die Konstituierung der Fraktion erfolgt; in den Vorstand gewählt werden [...]" Zur parlamentsrechtlichen Bedeutung, der „Konstituierung" der Fraktion s. Einl.

[3]) Verbessert aus „*Meister*".

[4]) S. Einl.

Ferner sind eingegangen Proteste gegen die Lebensmittelzölle, Fleisch- und Viehzölle sowie gegen die Grenzsperre von den Genossen in Landeshut und Reichenbach-Neurode.

Die Fraktion beschließt die Einbringung einer Interpellation betreffend die Aufhebung der Fleisch- und Viehzölle. Als Redner werden die Kollegen *Scheidemann* und *Molkenbuhr* bestimmt.[5])

Die sonstigen von der eingesetzten Kommission vorgeschlagenen Anträge werden für die Beratung der nächsten Fraktionssitzung zurückgestellt.

Auf Antrag des Kollegen **Gradnauer**[6]) beschließt die Fraktion die sofortige Erörterung der Vorgänge in der Redaktion des *Vorwärts*, die zu der Kündigung der sechs Redakteure führten.[7])

Nach zweitägiger bzw. elfstündiger Debatte resolvierte die Fraktion dahin, durch die gepflogenen Verhandlungen erklärt die Fraktion für sich die Angelegenheit für erledigt.

Wird die Angelegenheit von den Gegnern oder der Regierung zur Sprache gebracht, so haben die Redner der Fraktion sich eines Eingehens in die Sache zu enthalten und nur zu erklären, daß die Angelegenheit eine innere politische der Sozialdemokratie sei, die Dritte nichts angehe.

Singer Pfannkuch

---

[5]) Die Fraktion brachte keine Interpellation ein, legte dafür aber am 2. 12. 1905 einen Initiativantrag vor, der aber unerledigt blieb. Vgl. Sten. Berichte Bd. 221 (Anlagen) S. 1799.

[6]) *Gradnauer* gehörte zu den sechs Redakteuren, die dem *Vorwärts* am 21. 10. 1905 gekündigt hatten; s. Anm. 7. Er übernahm danach bis 1918 die Chefredaktion der *Dresdner Volkszeitung*.

[7]) Schon vor dem Parteitag vom Sept. 1905 hatten sich in der Redaktion des *Vorwärts* zwei Gruppen gebildet, die sich auch in den Spalten des eigenen Blattes bekämpften; vgl. Stampfer. Erfahrungen S. 109 ff. In personeller Hinsicht versuchte die *Leipziger Volkszeitung (Stadthagen)* auf die Redaktion des *Vorwärts* stärkeren Einfluß zu gewinnen. Auf dem Parteitag bestritt *Bebel*, s. Protokoll SPD-Parteitag 1905 S. 187 f., einen Konflikt zwischen der Berliner Preßkommission und dem Parteivorstand. Er gab jedoch die Unerträglichkeit der Spannungen innerhalb der *Vorwärts*-Redaktion zu. Nach dem Parteitag brach der Streit offen aus. Die Berliner Preßkommission *(Wels)* begann mit dem Parteivorstand zu verhandeln, wobei unklar bleibt, von welcher Seite die Initiative ausging, die Kündigung einiger Redakteure zu erwirken; nachweisbar ist eine gemeinsame Sitzung der Kommission und des Vorstandes vom 20. 10.; s. Brief *Bebels* an *Kautsky* vom 27. 10. 1905 im Nachlaß Kautsky. Am 21. 10. kündigten die sechs *Vorwärts*-Redakteure *Eisner*, *Gradnauer*, *Kaliski*, *Schröder* und *Wetzker*. Nach einer weiteren gemeinsamen Sitzung vom 23. 10. kündigte der Parteivorstand seinerseits den sechs Redakteuren. Am 26. 10. veröffentlichten die sechs im *Vorwärts* eine „Aufklärung". Ihr ließ der Parteivorstand in der gleichen Nummer eine „Erklärung" folgen. Die nachfolgenden Verhandlungen über den Konflikt im Vorstand des Vereins Arbeiterpresse sowie im November in der Fraktion waren nur Nachhutgefechte gegenüber einem fait accompli. Die Gegner *Bebels* in der Fraktion, *David*, *Heine* usf. fürchteten nun, daß *Bebel* den Streit nach der starken Beachtung, die er in der bürgerlichen Presse gefunden hatte, ausnutzen würde, um den Fraktionsmitgliedern die Veröffentlichung von abweichenden Meinungen durch Fraktionsbeschluß zu untersagen; vgl. Brief *Heines* an *Vollmar* vom 24. 11. 1905 im Nachlaß Vollmar. Schon vorher hatten *David* am 18. 11. und *Heine* am 20. 11. *Vollmar* dringend gebeten, zur Fraktionssitzung vom 28. 11. zu erscheinen; beide Briefe im Nachlaß Vollmar. Vgl. Der Vorwärts-Konflikt, Gesammelte Aktenstücke, hrsg. von Büttner, Gradnauer, Eisner, Kaliski, Schröder, Wetzker; München 1905.

152.

1. 12. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [Singer] gibt bekannt, daß durch Verhandlungen zwischen den Parteien der Plan vorbereitet sei, entgegen der Absicht des Präsidenten, die Generaldebatte über den Etat und den Flotten[vorschlag] gesondert vor den Steuergesetzen zu führen.[1]) Die Etatsberatung soll am 6. Dezember beginnen.

Zum Etatsredner wird *Bebel* bestimmt. Für die Tabak- und Biersteuer *Geyer* und *Südekum*. Für die Verkehrssteuern *Meist* und *Dreesbach*. Für die Erbschaftssteuer *Singer* und *Bernstein*. Als Redner für den Nachtragsetat-Afrikabahn wird *Ledebour* bestimmt. Die Fraktion lehnt den Nachtragsetat ab. Entgegen wiederholt von der Fraktion gefaßten Beschlüssen, über Verhandlungen, die Interna der Partei betreffen, nicht zu berichten[2]) ist[3]) im *Haller Volksblatt* über die Fraktionsverhandlungen betreffend die *Vorwärts*angelegenheit berichtet [worden].

Aus diesem Anlaß beschließt die Fraktion, den in der Sitzung vom 29. November angenommenen Antrag *Hoffmann* zu veröffentlichen.[4])

Namens der in der vorigen Session eingesetzten Kommission zur Vorbereitung einzubringender Anträge[5]) referiert **Molkenbuhr.** Den Anträgen der Kommission entsprechend beschließt die Fraktion die Einbringung folgender Anträge:

a) Die unter den Nummern 68, 69, 70, 72, 77, 78, 79, 80, 804, 812 und 847 der Drucksachen der vorigen Session verzeichneten Anträge.[6])
b) Antrag auf Aufhebung der Zölle auf Nahrungsmittel.[7])
c) Einsetzung von Reichstagskommissionen zur Untersuchung von Tatsachen.[8])

[1]) Ursprüngliche Fassung des Or.: „[...] die Generaldebatte über den Etat gesondert von dem Flotten [sic!] und den Steuergesetzen zu führen [...]" Die getrennte Behandlung der drei Vorlagen, Etat, Novelle zum Flottengesetz und Steuervorlagen konnten die Fraktionen nicht durchsetzen; vgl. Sten. Berichte Bd. 214 S. 113.

[2]) Vgl. Nr. 113.

[3]) Vor „ist" im Or. gestrichen: „... hat Kollege *Thiele*." *Thiele* war Chefredakteur des *Haller Volksblattes*.

[4]) Die Fraktion hatte am 28. bzw. 29. 12. elf Stunden über den *Vorwärts*-Konflikt beraten; vgl. Nr 151, Anm. 7. Das Protokoll berichtet jedoch nichts von einem Antrag *Hoffmann*.

[5]) Vgl. Nr. 114.

[6]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 205 und Bd. 213.

[7]) S. Nr. 151 Anm. 5.

[8]) Gesetzesvorlage vom 2. 12. 1905, die ein begrenztes Untersuchungsrecht für den Reichstag forderte; Sten. Berichte Bd. 221 (Anlagen) S. 1800. Die Vorlage kam im Plenum nicht zur Verhandlung. Vgl. Winfried Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 17), Düsseldorf 1960, S. 61—69.

d) Haftung der Eigentümer von Automobilen und Eisenbahnen für den durch ihr Eigentum angerichteten Schaden.
e) Einführung von Gerichten wie die Gewerbegerichte für die landwirtschaftlichen Arbeiter.
f) Regelung der Rechtsverhältnisse der in land[- und] forstwirtschaftlichen [Betrieben] sowie in der Hauswirtschaft beschäftigten Personen.[9])

Nächste Sitzung am 2. Dezember vormittags 10 Uhr.

Singer Pfannkuch

[9]) Vgl. die Initiativanträge der SPD, Sten. Berichte Bd. 221 (Anlagen) S. 1793—1801.

153.

2. 12. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Über den von der Kommission ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes, in dem der Schutz der in der Land-, Forst- und Hauswirtschaft beschäftigten Personen[1]) gefordert wird, referiert Kollege **Stadthagen.**

Die Fraktion lehnt die Einbringung des Gesetzentwurfes ab und beschließt die Einbringung einer Resolution, in der die Regierung zur Einbringung einer Gesetzesvorlage aufgefordert wird, die eine Regelung der Forderungen, die in dem Entwurf unserer Kommission vorgesehen sind, vorsieht. Die Fraktion ersucht den Parteivorstand durch Konferenzen, an denen landwirtschaftliche Arbeiter und Besitzer teilnehmen, sowie auf anderen Wegen Material zu beschaffen, das zur Klärung der Lage der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter dienen kann.

Der Fraktionsvorstand wird beauftragt, die Reihenfolge festzustellen, in der die von der Fraktion gestellten Initiativanträge zur Beratung im Hause gelangen sollen.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Nr. 152 Anm. 9.

154.

6. 12. 1905: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] teilt mit, daß beabsichtigt werde, die Vorlage der Afrikabahn noch vor Weihnachten zu verabschieden. Dementgegen folgt die

Fraktion dem Vorschlag des Vorsitzenden, an den im Seniorenkonvent vereinbarten Vorschlägen für die Geschäftsführung festzuhalten.

Es folgt eine Aussprache über die bei den Steuervorlagen für die Fraktion maßgebenden Gesichtspunkte. Die Erträge der Erbschaftssteuer, der die Fraktion zustimmt, sollen zur Beseitigung indirekter Steuern dienen. Die Tabak-, Bier- und Automobil- und Verkehrssteuer lehnt die Fraktion ab.[1])

Der Verlängerung des Handelsabkommens mit England stimmt die Fraktion zu und widersetzt sich auch nicht der beschleunigten Verabschiedung der Vorlage.[2])

Zu den bisher eingegangenen Vorlagen[3]) und Initiativanträgen bestimmt die Fraktion folgende Kollegen zu Rednern:

Nr. der Drucksachen:

a, 6, Abänderung einiger Reichstagswahlkreise, evtl. *Zubeil.*
b, 11, Wohnungsgeldzuschüsse Unterbeamte: *Singer.*
c, 12, Entlastung des Reichsinvalidenfonds: *Gradnauer.*
d, 13[4]) und 14[5]), Pensionierung der Offiziere: *Gradnauer* und *Südekum.*
e, 22, Versicherungsverträge: *Heine.*
f, 28, Änderung des Unterstützungswohnsitzes[6]): *Herzfeld.*
g, 29, Hilfskassen: *Lesche* und *Stadthagen.*
h, 30, Urheberrecht: *Dietz* und *Heine.*
i, 31, Abänderung der Warenstatistik: *Molkenbuhr.*
k, 33, Maß- und Gewichtsordnung: *Zubeil, Stolle.*
l, 35, Ausgabe von Banknoten 20 und 50 Mark: *Bernstein.*
m, 80, Änderung der Naturalleistung an die bewaffnete Macht im Frieden: *Stolle.*
n, 81, Servisgesetz: *Singer.*

Initiativanträge[7]):

a, 40, Toleranz[8]): *David* und *Hoffmann.*
b, 41, Diäten: *Singer.*
c, 42, Entschädigung an Schöffen und Geschworene: *Stadthagen.*
d, 43, Öffentliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts für Frauen: *Bebel, Sindermann.*
e, 44, Abänderung des Schutzgebietsgesetzes: *Ledebour.*
f, 45, „ der Gewerbeordnung: *Sachse, Hue.*
g, 46, „ des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes: *Scheidemann.*

[1]) Vgl. Nr. 152.

[2]) Die erste Beratung des Handelsabkommens fand am 11. 12. 1905 statt; vgl. Sten. Berichte Bd. 214 S. 209.

[3]) Bei a—n handelt es sich um Vorlagen des Reichskanzlers bzw. seiner Stellvertreter.

[4]) Vorlage zum Pensionsgesetz.

[5]) Vorlage zur Versorgung von Militärpersonen.

[6]) Muß heißen: des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz.

[7]) Anträge der Fraktionen.

[8]) Freiheit der Religionsausübung.

h, 47, Umgrenzung[9]) der Fabrik- und Handwerksbetriebe: *Molkenbuhr, Tutzauer.*
i, 48, Majestätsbeleidigung: *Heine.*
k, 49, wie Nr. 42.
l, 50, Wahlrecht, ärztliche Behandlung, Armenunterstützung: *Zubeil, Hoffmann.*
m, 52, Vereinsrecht für Frauen: *Bebel.*
n, 54, Regelung des Kraftwagenbetriebs: *Molkenbuhr, Stadthagen.*
o, 55, Unfallgewerbegesetz [§ 34][10]): *Molkenbuhr.*
p, 56, Herabsetzung der Verbrauchsabgabe auf Zucker: *Wurm.*
q, 58, Abänderung des Handelsgesetzbuches: *Lipinski.*
r, 59, „ der Gewerbeordnung: „
s, 60, „ der deutschen Staatsangehörigkeit über Erwerbung und Verlust: *Eichhorn, Heine.*
t, 61, wie 41.
u, 62, Gehilfen der Rechtsanwälte: *Heine, Fräßdorf.*
v, 63, Abänderung des Gesetzes unlauterer Wettbewerb: *Tutzauer.*
w, 64, Einheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts: *Bebel, Sindermann.*
x, 65, *Schmidt-Berlin*[11]).
y, 66, Meisterprüfung: *Tutzauer.*
z, 68, [12]) „
A, 72, Erhebungen über den Mittelstand: *Lipinski, Molkenbuhr.*
B, 73, Wechselprotest: *Herzfeld.*
C, 74, Sicherung der Tarifgemeinschaften: *Körsten, Bömelburg.*
D, 75, Regelung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter: *Bock.*
E, 76, Sonntagsruhe: *Lipinski, Reißhaus.*
F, 77, Hausindustrie Heimarbeiterschutz: *Elm, Reißhaus, Albrecht.*
G, 78, Schutz für kommunale und staatliche Arbeiter: *Südekum.*
H, 79, Paketfreiheit für Soldaten: *Singer.*
I, 83,[13]) Vereins- und Versammlungsrecht: *Bebel, Sindermann.*
K, 84, Achtstundentag: *Bock.*
L, 85, 86, 87, Berggesetz, Knappschaft: *Hue, Sachse.*
M, 88, Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes.
N, 89, Baugewerbe: *Fräßdorf, Bömelburg.*
O, 90, Schiedsgerichte für ländliche Arbeiter: *Herbert, Zubeil.*
P, 91, Regelung der Vertragsverhältnisse zwischen forst- und landwirtschaftlichen Arbeitern: *Stadthagen, Herbert, Herzfeld.*
Q, 92, Wohnungswesen: *Lindemann, Südekum.*
R, 93, Aufhebung der Lebensmittelzölle: *Sindermann, Molkenbuhr.*
S, 94, Volksvertretung in den Bundesstaaten: *Herzfeld, Bernstein.*
T, 95, Reichstags-Kommission zur Untersuchung von Tatsachen: *Molkenbuhr.*
U, 96, Strafhaft § 31 der Verfassung: *Thiele.*
V, 97, Majestätsbeleidigung: *Heine.*
W, 98, Regelung des Automobilverkehrs: *Meist, Molkenbuhr, Stadthagen.*
X, 99, Wahlen zum Landesausschuß in Elsaß-Lothringen: *Ledebour, Herzfeld, Bernstein.*

Singer Pfannkuch

---

[9]) Abgrenzung der sozialrechtlichen Stellung von im Handwerk bzw. in Fabriken Beschäftigten.

[10]) Im Or.: § 4.

[11]) Errichtung eines Reichsarbeitsamtes.

[12]) Änderung der Gewerbeordnung.

[13]) Bei den Anträgen I bis W handelt es sich um Initiativanträge der SPD; vgl. Nr. 152 Anm. 9.

155.

13. und 14. 12. 1905: Fraktionssitzungen

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Von den Genossen in Stargard, Pommern wird die Anregung gegeben, im Reichstag möge die Fraktion den Antrag stellen:

Auf unentgeltliche Lieferung des Putz- und Kleinzeugs an die alljährlich eintretenden Rekruten aus Reichsmitteln.

Der Anregung soll Folge gegeben und bei dem Militäretat eine entsprechende Resolution eingebracht werden.

Gegen die am 15. beabsichtigte 2. Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Afrikabahn erhebt die Fraktion keinen Einspruch.

Für die von den bürgerlichen Parteien eingebrachten Initiativanträge bestimmt die Fraktion folgende Kollegen:

a, 102,[1]) polnische Sprache, Religionsunterricht: *Ledebour.*
b, 103 und 104, Standesamt, Gerichtsverfassungsgesetz: *Stadthagen.*
c, 105, Versammlung: *Bebel, Sindermann.*
d, 106,[2]) [...][3])
e, [107 und] 108 [...][4]), § 130 Strafgesetzbuch, § 52 Strafprozeßordnung: *Herzfeld, Stadthagen.*
f, [109],[5]) Reichsarbeitsamt: *R. Schmidt.*
g, [110],[6]) Maximalarbeitstag: *W. Bock.*
h, [111],[6]) Zinkhütten: *Hue, Sachse.*
i, [112],[6]) Ausländerrecht: *Eichhorn.*
k, 118a, Antis.[7]) Versammlungsschutz. [119][8]) Ausfuhrzoll auf Kalisalze: *Baudert.*
l, 120, schwarze Listen: *Stadthagen.*
m, 121, Aufsichtsbehörde für das Handelsgewerbe: *Lipinski.*
n, 122,[9]) *Heine.*
o, 123, Unlauterer Wettbewerb: *Elm.*
p, 124 und 125, Schürfrechte, Stillegen der Zechen: *Hue, Sachse.*
q, 126, Soldaten Ernteurlaub: *Schöpflin, Bebel.*
r, 127, Zigeuner-Kontrolle: *Stolle.*
s, 128, Weinkontrolle: *Ehrhart, Schlegel.*
t, 129, Nachtdienst der Verkehrsbeamten: *Pfannkuch.*
u, 130, Patentwesen: *Ehrhart.*

[1]) Für die folgenden Nummern der Reichstagsdrucksachen vgl. Sten. Berichte Bd. 221 (Anlagen).
[2]) Antrag betreffend die Wahlbeeinflussungen.
[3]) Hier im Or. irrtümlich: „107". Nr. 107 betrifft den § 130 des Strafgesetzbuches.
[4]) Hier im Or.: „109"; diese Drucksache bezieht sich jedoch auf das Reichsarbeitsamt.
[5]) Hier im Or. irrtümlich: „110".
[6]) Nummern fehlen im Or.
[7]) So im Or.
[8]) Nummer fehlt im Or.
[9]) Antrag betreffend Vordringen des Ausländertums an deutschen Hochschulen.

v, 131, Krankenkassen: *Fräßdorf.*
w, 132, Ausfuhrzoll auf Ton: *Fräßdorf.*
x, 133, Wertzuwachssteuer: *Singer, Südekum.*
y, [135][10]) Heimstätten: *Südekum.*
z, 136, Reichslande, Bundesstaat: *Bebel.*

Für die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern, Kapitel: Gewerbeinspektoren, werden zu Fraktionsrednern die Kollegen *Fischer-Berlin* und *Stücklen* bestimmt. Im übrigen steht den Kollegen bei den anderen Kapiteln die Wortmeldung frei.

Am 14. Dezember beschloß die Fraktion, gegen die Absicht des Präsidenten und der Mehrheitsparteien, Freitag, den 15. Dezember, das Gesetz betreffend die Afrikabahn in 3. Lesung zu erledigen, Widerspruch nicht zu erheben. Zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der 3. Lesung sollen am 15. zwei Sitzungen stattfinden.

Bebel Pfannkuch

[10]) Im Or. irrtümlich: „134".

156.

10. 1. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Mit der formalen Redaktion des Entwurfs eines Gesetzes über den Heimarbeiterschutz[1]) werden die Kollegen *Baudert, Herzfeld* und *Reißhaus* betraut.

Kollege **Lipinski** beantragt die Einbringung zweier Resolutionen zum Etat des Reichsamts des Innern.

a) die Einführung des 8 Stundentags für die in Kontoren und den zugehörigen Lagerräumen Beschäftigten und
b) Änderung des § 63 das Handelsgesetzbuch betreffend.

Der Antrag wird abgelehnt.

Kollege **Bernstein** wünscht die Feststellung der Stellungnahme der Fraktion zu Nr. 149 der Drucksachen betreffend die Wertbestimmung der Einfuhrscheine. Die Beschlußfassung hierüber wird ausgesetzt.

Zur Teilnahme an dem am 16. Januar in Berlin stattfindenden Kongreß der freien Hilfskassen delegiert die Fraktion die Kollegen *Lesche, Hue* und *Stadthagen.*

Für die Interpellation des Zentrums das Duell betreffend wird Kollege *Bebel* zum Fraktionsredner bestimmt.[2])

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 222 (Anlagen) S. 3240—3242.
[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 214 S. 546.

Kollege **Herzfeld** wünscht die Stellungnahme der Fraktion zu dem Antrag die Regelung des Unterstützungswohnsitzes [betreffend]. Die Beschlußfassung wird auf 14 Tage ausgesetzt.

Auf Anfrage des Kollegen **Sachse** beschließt die Fraktion, daß die 3 ersten Initiativanträge nach der jetzigen Numerierung zur Verhandlung gestellt werden sollen.[3])

Die Kollegen *Hue* und *Sachse* werden beauftragt, das Material betreffend die behördliche Untersuchung der Katastrophe vom 10. [Juli][4]) 1905 auf Zeche Borussia zu sammeln und der Fraktion zu unterbreiten, um erwägen zu können, welche Schritte zur Ermittlung der Schuldigen an dem Grubenunglück einzuleiten sind.

Singer Pfannkuch

[3]) Vgl. Nr. 154 Anm. 13.

[4]) Im Or. fälschlich „Juni". Am 10. 7. 1905 kamen in der Zeche Borussia durch einen Brand 39 Bergleute ums Leben. Zum Text der Interpellation s. Sten. Berichte Bd. 222 (Anlagen) S. 3113.

157.

17. 1. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Vertagt wird die Beratung über den Entwurf des Heimarbeiterschutzes, der Untersuchung über die Katastrophe auf Zeche Borussia vom 10. [Juli] 1905[1]) und des Unterstützungswohnsitzes. Am nächsten Schwerinstag kommt der Toleranzantrag des Zentrums zur Verhandlung.

In die vom Reichskanzler berufene Kommission zur Untersuchung der Landkonzessionen in Afrika, delegiert die Fraktion die Kollegen *Frohme*, *Ledebour* und *Südekum*.[2])

Zum Redner für den Entwurf die Wertbestimmung der Einfuhrscheine wird Kollege *Molkenbuhr* bestimmt. Die Fraktion stimmt gegen das Gesetz. Die Steuer-Kommission hat den Fraktionen freigestellt, die auf sie entfallenden Referate bzw. Korreferate zu verteilen. Dementsprechend bestimmt die Fraktion den Kollegen *Geyer* zum Korreferenten für die Tabak- und Zigarettensteuer. Bei den Frachtbriefen und Quittungen wird unseren Mitgliedern in der Steuer-Kommission überlassen, die Referenten bzw. Korreferenten zu bestimmen. Die Fraktion stimmt gegen die benannten Entwürfe.

Singer Pfannkuch

[1]) Im Org. fälschlich „Juni". S. Nr. 156 Anm. 4.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 221 (Anlagen) S. 2499. Zur Kolonialpolitik des Reichskanzlers und zur Tätigkeit deutscher privater Handelsgesellschaften in den Kolonien vgl. Klaus Epstein, Erzberger and the German colonial scandals 1905—1910, in: English Historical Review, Oktober 1959, S. 639.

158.

24. 1. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen ist eine von einer in Bovenden abgehaltenen Protestversammlung angenommene Resolution gegen die geplante Tabaksteuer, sowie eine Aufforderung eines englisch-deutschen Verständigungskomitees, einen Aufruf zu unterschreiben, der der Förderung guter freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Deutschland dienen soll. Die Fraktion lehnt eine offizielle Beteiligung ab.

Über den Entwurf eines Unterstützungswohnsitzgesetzes referiert Kollege **Herzfeld.** Die Fraktion ist mit dem Referenten einverstanden, daß der Fraktionsredner die Mängel des Entwurfs aufzuzeigen, Verbesserungsanträge in Aussicht zu stellen und den Vorbehalt der endgültigen Stellungnahme der Fraktion zu erklären hat.

Die Fraktion ist mit dem Vorschlag des Vorstandes einverstanden, dem Wahlrechtsantrag[1]) die Priorität zu geben, anstelle des sonst vorgesehenen Entwurfs betreffs des Vereins- und Versammlungsrechtes. Entgegen einem Abänderungsantrag des Kollegen *Ledebour* beschließt die Fraktion, es bei dem früheren Beschluß zu belassen, der die Kollegen *Bernstein* und *Herzfeld* als Fraktionsredner bestimmt.

Die von den Kollegen *Hue* und *Sachse* vorbereitete Interpellation betreffend die Katastrophe auf Grube Borussia soll am 3. Februar eingebracht werden.[2]) Der von der eingesetzten Kommission ausgearbeitete Entwurf eines Heimarbeiterschutzgesetzentwurfs[3]) soll durch Vermittlung der General-Kommission den Gewerkschaften unterbreitet und die Bereitwilligkeit der Fraktion dabei ausgesprochen werden, Abänderungsvorschläge der Gewerkschaften entgegennehmen, auch evtl. mit den Gewerkschaften über die Ausgestaltung des Entwurfs in Beratung treten zu wollen.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Nr. 154, Initiativantrag: „Volksvertretung in den Bundesstaaten".
[2]) S. Nr. 156 und Nr. 157.
[3]) S. Nr. 156 Anm. 1.

159.

31. 1. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen ist eine in einer Versammlung in Luckenwalde angenommene Resolution, in der die Ablehnung der Tabaksteuer gefordert wird.

Der Vorsitzende [Singer] macht Mitteilungen von den im Seniorenkonvent von dem Präsidenten bekanntgegebenen Dispositionen, nach denen er hofft, die Etatberatung rechtzeitig zum Abschluß zu bringen. Danach sind von den noch 51 zur Verfügung stehenden Verhandlungstagen 36 Tage für die 2. Beratung und 8 Schwerinstage[1]) vorgesehen. Der Rest für etwaige Interpellationen und die 3. Beratung. Die Durchführung der Dispositionen sei bei allen Parteien ungläubigem Kopfschütteln begegnet.

Die 2. Beratung des Etats beginnt mit dem Kapitel Reichstag, dem sich die Beratung über das Kapitel Reichsamt des Innern anschließt. Für letzteres sind die Kollegen *Fischer-Berlin* und *Stücklen* Fraktionsredner, während bei dem ersteren Kollege *Singer* die Wünsche der Fraktion — Lieferung des Reichsanzeigers, Beförderung der Drucksachen des Reichstags etc. — zur Sprache bringen wird.

Die Interpellation über die „Borussia"-Katastrophe soll am 3. Februar eingebracht werden.[2])

Des weiteren wird gewünscht, daß die Generalkommission ersucht wird, möglicherweise bis zum 6. Februar die Wünsche und Abänderungsvorschläge der beteiligten Gewerkschaften an dem Gesetzentwurf über den Heimarbeiterschutz einzusenden.

Singer Pfannkuch

[1]) Der Reichstag hielt am 31. 1. 1906 die 31. Sitzung der 2. Session der XI. Legislaturperiode ab. Die 3. Beratung des Etats war am 28. 5. mit der 115. Sitzung abgeschlossen. Im Februar und März wurden regelmäßig mittwochs „Schwerinstage" abgehalten, d. h. Initiativvorlagen behandelt. Die Sitzungen des 2. und 3. Mai waren Interpellationen gewidmet. Der Rest der Zeit war Etatsverhandlungen und damit zusammenhängenden Regierungsvorlagen gewidmet. Am 28. 5. wurde der Reichstag auf den 13. 11. vertagt.

[2]) Vgl. Nr. 156 Anm. 4, Nr. 158.

160.

7. 2. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.[1])

Der Vorsitzende [Singer] erörtert die Vorgänge vom [Dienstag, den 6.][2]) currentis betreffend die Vereitelung der Besprechung der Interpellation über das Grubenunglück auf Zeche Borussia und knüpft daran die Mahnung, rechtzeitiges Erscheinen der Kollegen bei solchen Gelegenheiten sei unabweisliche Pflicht.

[1]) Überschrift im Or.: „Sitzung vom 9. Februar 1906." Wahrscheinlich jedoch fand die Fraktionssitzung schon am 7. 2. statt. Die Interpellation, die in der Sitzung beschlossen wurde, wurde bereits am 7. 2. eingebracht; s. Anm. 3. Der *Vorwärts* berichtete über sie am 8. 2. Außerdem fanden die Fraktionssitzungen ziemlich regelmäßig mittwochs statt; der 7. 2. war ein Mittwoch.

[2]) Im Or. irrtümlich: „Montag, der 5." Der Staatssekretär des Innern, *Graf Posadowsky-Wehner*, hatte am 6. 2. die Beantwortung der SPD-Interpellation abgelehnt. *Singer* beantragte, trotz der Ablehnung in die Besprechung der Interpellation einzutreten. Als er die für seinen Antrag notwendige Unterstützung von 50 Abgeordneten nicht erhielt, war sein Antrag erledigt. Die sozialdemokratische Fraktion zählte 78 Mitglieder.

Die Fraktion beschließt:

Die Interpellation wird in etwas veränderter Form wieder eingebracht. Zu der Verhandlung sollen die auswärts wohnenden Kollegen telegraphisch geladen werden. Wird die Interpellation zur Erörterung nicht zugelassen, soll eine Resolution eingebracht werden. Die Feststellung des Wortlautes der Interpellation evtl. der Resolution wird dem Fraktionsvorstand übertragen.[3])

Das gleiche geschieht mit der Anregung des Kollegen **Molkenbuhr** betreffend die Einbringung einer Resolution, in der eine eingehende Untersuchung der Arbeiter in der Großeisenindustrie [gefordert wird]. Bereits eingebracht Nr. 216 der Drucksachen.

Bebel Pfannkuch

[3]) Eine zweite Interpellation wurde am 7. 2. eingebracht und kam am 10. 2. trotz erneuter Ablehnung der Beantwortung durch den Staatssekretär des Innern im Plenum zur Verhandlung. S. Sten. Berichte Bd. 222 (Anlagen) S. 3130; Bd. 215 S. 1167.

161.

14. 2. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen ist ein Schreiben des Genossen *Cramer*, Darmstadt, in dem er die Niederlegung seines Mandats anzeigt.[1]) Des weiteren ein Einladungsschreiben von dem Komitee zur Einberufung eines Kongresses der bei der Schiffahrt und im Schiffsbau beschäftigten Personen. Zur Teilnahme an dem Kongreß, der vom 19. März ab in Berlin stattfindet, delegiert die Fraktion die Kollegen *Metzger*, *Schwartz* und *Körsten*.

Für den von den Freisinnigen eingebrachten Antrag, 1913 eine Internationale Ausstellung für die Verkehrsinteressen zu veranstalten[2]), stimmt die Fraktion. Die Beratung über das beabsichtigte Handelsprovisorium[3]) wird vertagt.

Dem Antrag ihrer Kommission folgend, stimmt die Fraktion für das Banknotengesetz.

Auf Anregung des Kollegen **David** beschließt die Fraktion:

Wird vom Zentrum der Toleranzantrag zurückgezogen, wird von der Fraktion eine Resolution eingebracht, die von den Kollegen *Hoffmann*, *Ledebour*, *Stolle*, *David* und *Thiele* vorbereitet werden soll.[4])

Kollege **Lipinski** beschwert sich über das Verfahren des Fraktionsvorstandes bei dem Wechsel der Mitglieder der Steuer-Kommission.

Singer Pfannkuch

[1]) Die Mandatsniederlegung war am 11. 2. 1906 erfolgt. An seiner Stelle wurde sein Parteigenosse *Berthold* in den Reichstag gewählt; s. Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 36.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 222 (Anlagen) S. 3114.

[3]) Zum Entwurf über das vorläufige Handelsabkommen mit den U.S.A.; s. Schulthess 1906 S. 39.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 222 (Anlagen) S. 3249.

162.

21. 2. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen ist ein Schreiben des Wahlvereins Dortmund, in dem der Vorgang bei der Interpellation betreffend das Unglück auf Zeche Borussia verurteilt wird.[1])

Desgleichen ein Schreiben von Arbeitern aus dem 3. Nassauischen Kreis, in dem verlangt wird, die Fraktion möge der Resolution zustimmen, die Zinkdeckel für Bierkrüge mit mehr als 10 Prozent Bleigehalt zulassen will, wenn dieselben an das Ausland verkauft werden.

Zur Teilnahme an der von den Gewerkschaften angesetzten Konferenz zur Beratung des Heimarbeiterschutzgesetzentwurfs delegiert die Fraktion die Kollegen *Reißhaus*, *Herzfeld* und *Albrecht*.[2])

Bei etwa sich entwickelnder Debatte bei der Beratung des Handelsprovisoriums[3]) werden die Kollegen *Bernstein* und *Molkenbuhr* den Standpunkt der Fraktion präzisieren.

Kommt der Toleranzantrag des Zentrums zur Erledigung, dann werden von der Fraktion die Paragraphen 4 und 12 amendiert nach den Vorschlägen unserer Kommissionsmitglieder. Wird der Antrag zurückgezogen und kommt die Resolution Stöcker zur Beschlußfassung, dann beantragt die Fraktion die Worte „im Wege der Landesgesetzgebung" durch die Worte „durch die Reichsgesetzgebung" zu ersetzen. Wird der Antrag abgelehnt, stimmt die Fraktion doch für die Resolution.

Kollege **Lipinski** als designierter Redner der Fraktion für den Initiativantrag betreffend die Änderung des § 63 des Handelsgesetzbuches erläutert den Antrag, für den die Fraktion stimmt.

Singer Pfannkuch

[1]) S. Nr. 160.

[2]) Vgl. Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands XVI. Jg. 1910, S. 145—149; s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 215.

[3]) S. Nr. 161 Anm. 3.

163.

7. 3. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion beschließt:

Als nächster Initiativantrag der Fraktion wird der Heimarbeiterschutzgesetzentwurf bezeichnet. Die Kollegen *Baudert* und *Reißhaus*[1]) werden als Fraktionsredner bestimmt.

[1]) Namen im Or. mit Bleistift unterstrichen.

Einer Anregung des Kollegen **Hue** folgend soll der Versuch gemacht werden, den Antrag betreffend die Regelung des Wahlrechts bei den Knappschaftskassen außer den ordentlichen Schwerinstagen zur Verhandlung zu bringen.[2])

Dem Automobilgesetzentwurf stimmt die Fraktion zu. Kollege *Heine* soll dazu reden.

Zu dem Antrag betreffend die Haftpflicht der Viehhalter[3]) sollen die Kollegen *Molkenbuhr* und *Stolle* reden. Die Fraktion lehnt den Antrag ab und [es] wird namentliche Abstimmung beantragt.

Auf Anfrage des Kollegen **Südekum** ergänzt **Bebel** den veröffentlichten Bericht über die Verhandlungen des Internationalen Büros[4]) dahin, daß, sollte die Marokkofrage akut werden, eine gemeinsame Erklärung der Parteileitung der französischen, der deutschen und englischen Sozialdemokratie zu veröffentlichen [sei]. Der nächstjährige internationale Kongreß in Stuttgart sei für den 25. August vorgesehen.[5])

Kollege **Hue** macht Mitteilungen über ungehörige Vorgänge bei der Umarbeitung deutscher Geschütze in dem Kruppschen Etablissement. Die Vorgänge sollen in der Budget-Kommission vorgetragen werden.

Einer Anregung des Kollegen **Nitzsche,** eine Petition zu befürworten, die eine laxere Anwendung der Bundesrats-Bestimmungen für die Arbeiten in [den] Steinbrüchen Sachsens wünscht, kann die Fraktion nicht folgen.

Singer Pfannkuch

[2]) Der Antrag kam im Plenum nicht zur Verhandlung. Zum Text des Antrages s. Sten. Berichte Bd. 221 (Anlagen) S. 1795.

[3]) Handelt sich um eine Novelle zum § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Haftpflicht der Tierhalter). S. Sten. Berichte Bd. 216 S. 2686.

[4]) Zum Internationalen Büro vgl. Nr. 124 Anm. 3.

[5]) Der Kongreß fand vom 18. bis 24. August 1907 in Stuttgart statt; vgl. dazu Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 1, Hannover 1961, S. 340 ff.

164.

25. 4. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] widmet dem verstorbenen Kollegen *Meister*[1]) einen warm empfundenen Nachruf, den die Fraktion stehend zum Zeichen der Zustimmung anhört.

Anstelle des Genossen *Meister* wird Kollege *Kaden* in den Fraktionsvorstand und die Geschäftsordnungs-Kommission gewählt und mit der Verwaltung der Eintrittskarten sowie der Auszahlung der Diäten beauftragt.

[1]) *Meister* war am 5. 4. 1906 gestorben. An seine Stelle wurde *Brey* im 8. hannoverschen Wahlkreis in den Reichstag gewählt.

Der Vorsitzende [**Singer**] macht Mitteilung über die im Seniorenkonvent vereinbarten geschäftlichen Dispositionen. — Donnerstag erste Lesung der Diätenvorlage.[2]) Die Fraktion bestimmt den Kollegen *Singer* zum Fraktionsredner. Die Fraktion lehnt die Vorlage in der jetzigen Form ab und beantragt Kommissionsberatung.

Montag, den 30. April, beginnt die 2. Lesung der Steuergesetze. Begonnen wird mit dem Biersteuergesetz. Kollege **Südekum** gibt bekannt, daß *Hermes*[3]) einen Antrag einbringen wird dahingehend, die Doppelversteuerung des zum Malzbier verwandten Zuckers zu verhüten. Die Fraktion stimmt für diesen Antrag und stimmt gegen den Entwurf. Desgleichen gegen die Tabak- und Zigarettensteuer, die im Anschluß an die Biersteuer zur Beratung gelangt.

Für den Fall, daß Donnerstag der Automobilentwurf zur Beratung gelangt, wird Kollege *Stadthagen* anstelle des behinderten Kollegen *Heine* den Standpunkt der Fraktion vertreten.

Für das Vogelschutzgesetz bestimmt die Fraktion den Kollegen *Ledebour* zum Redner, der sich im Prinzip für die Vorlage erklären, Amendements in der Kommissionsberatung in Aussicht stellen und die endgültige Stellungnahme der Fraktion vorbehalten soll.

Die Fraktion beschließt die Einbringung einer Interpellation betreffend die Russen-Ausweisungen[4]) und die Prozedur gegen die Genossin *Luxemburg*.[5]) Als Redner wird Kollege *Bebel* bestimmt, unter dessen Mitwirkung die Formulierung und Einbringung ausgeführt werden soll.

Die Breslauer Vorgänge vom 19. dieses Monats sollen bei der dritten Lesung des Etats, Titel Reichsamt des Innern, zur Sprache gebracht werden.[6]) Redner Genosse *Bernstein*.

Die Fraktion beschließt, daß für die Dauer der zweiten Beratung der Steuergesetze die Fraktion möglichst vollzählig anwesend ist. Insbesondere eingegangene Verpflichtungen für den 1. Mai als Entschuldigungsgrund für Fehlen bei namentlichen Abstimmungen nicht gelten können. Die nicht in der Sitzung anwesenden Kollegen sollen brieflich von der Beschlußfassung der Fraktion in Kenntnis gesetzt werden.

Die Entscheidung darüber, über welche Punkte der Steuergesetze von uns namentliche Abstimmung beantragt werden soll, wird dem Fraktionsvorstand übertragen.

Singer Pfannkuch

[2]) Text der Vorlage, s. Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) S. 3845—3849.

[3]) *Hermes*, Abg. der Freisinnigen Volkspartei.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) S. 4099.

[5]) *Rosa Luxemburg* war im März 1906 in Polen verhaftet worden.

[6]) Nach Schulthess 1906 S. 93 führte „ein Ausstand der Metallarbeiter [in Breslau] zu großen Straßenkrawallen und Belästigungen". S. a. Rede *Bernsteins* vor dem Plenum vom 25. 5. 1906, Sten. Berichte Bd. 217 S. 3485.

165.

2. 5. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion legte ihre Stellungnahme zu den drei Steuervorlagen[1]) — die Zigaretten-, die Tantiemen- und die Erbschaftssteuer — folgendermaßen für die 2. Lesung fest:

a) Die Fraktion lehnt die Zigarettensteuer ab. Stellt Anträge auf Beseitigung der Heimarbeit und Entschädigung der arbeitslos Werdenden. Die Abstimmung über § 2 der Vorlage soll eine namentliche sein. Als Redner der Fraktion werden die Mitglieder der Kommission bestimmt.

[b)] Der Tantiemensteuer stimmt die Fraktion zu. Abänderungsanträge werden nicht gestellt und die Stellung für die 3. Lesung vorbehalten. Kollege *Singer* soll die Stellungnahme der Fraktion vertreten.

[c)] Für die Erbschaftssteuer stimmt die Fraktion. Die Anträge, Frauen und Kinder zur Erbschaftssteuer heranzuziehen nebst der für die weiteren Grade der Verwandten vorgesehene Staffelung, werden eingebracht. Desgleichen eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird zur Einbringung einer Vorlage betreffend die Einführung einer Einkommen- und Vermögenssteuer, deren Erträgnis zur Abschaffung der Salz- und Zuckersteuer sowie des Petroleumzolls Verwendung finden soll.

Bebel Pfannkuch

[1]) Die Steuervorlagen wurden in Verbindung mit dem Reichshaushaltsetat durchberaten, s. Sten. Berichte Bd. 218 (Register) S. 4418. Zur Stellung der SPD zu den Steuervorlagen s. Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 97—108.

166.

9. 5. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Zunächst gibt der Vorsitzende [**Singer**] den Geschäftsplan bekannt, wie er im Seniorenkonvent vereinbart ist. An die Erledigung der Steuergesetze soll sich die Fertigstellung des Flottengesetzes[1]), des Etats und des Militärpensionsgesetzes anschließen. Wird das gezeichnete Arbeitspensum nicht bis inklusive den 30. Mai fertiggestellt, dann würde noch eine kurze Tagung nach dem Pfingstfest bevorstehen.[2]) Die Erledigung der genannten Vorlagen ist unter Ausfall der Schwerinstage vorgesehen. Letztere sollen dann im Herbst nachgeholt werden.

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 220 (Anlagen) S. 937 f., Bd. 222 (Anlagen) S. 3370.

[2]) S. Nr. 159 Anm. 1.

Anschließend referiert Kollege **Bebel** über die Diätenvorlage.[3]) Nach den Vorschlägen *Bebels* beschließt die Fraktion folgende Stellungnahme:

Die Fraktion stimmt für den Fall, daß die Regierung Absatz a § 1 der Kommissionsbeschlüsse[4]) ablehnt, für die Regierungsvorlage und gegen den Antrag *Burlage.*[5]) Ebenso stimmt die Fraktion für den Antrag *Semmler* und *Liebermann*[6]); dagegen gegen die Erhöhung der Pauschale, gegen den Abzug bei dem Fehlen bei namentlichen Abstimmungen, wenn der Abgeordnete sich in die Präsenzliste eingetragen hat, und gegen die eingebrachte Resolution betreffend die Änderung der Geschäftsordnung in bezug auf die Zahl der wöchentlichen Sitzungstage.[7])

Außer bei Beratung der Resolution beteiligt sich die Fraktion nicht an der Diskussion, es sei denn, eine Provokation müsse abgewehrt werden. Die Fraktion stimmt für das Gesetz, auch in dem Fall, daß der Passus, der das Fehlen bei der namentlichen Abstimmung [dem][8]) Fehlen in der betreffenden Sitzung gleichstellt[9]), Annahme finden sollte.

Kollegen, die sich der Unterstützung der Wahlen in Hannover, Hagen und Lüdenscheid widmen wollen[10]), werden ersucht, sich bei dem Kollegen *Molkenbuhr* zu melden.

Singer Pfannkuch

---

[3]) Die Regierungsvorlage vom 20. 4. 1906, s. Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) S. 3845—3848 beantragte eine Abänderung der Reichsverfassung Art. 28 und 32. Art. 28 sollte derart geändert werden, daß für Beschlußfassungen über Geschäftsordnungsfragen das quorum wegfallen konnte. Nach der neuen Fassung des Artikel 32 sollte den Reichstagsmitgliedern der Empfang einer Entschädigung gestattet werden. Der Kanzler legte ergänzend noch einen Gesetzentwurf betreffend „die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags" vor. Die Abgeordneten sollten freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen (s. Anm. 4) und eine Aufwandsentschädigung von 3000 Mark erhalten. Ferner wurde das Verfahren der Eintragung in eine Anwesenheitsliste geregelt und der Abzug von Tagegeldern bei Nichterscheinen vorgeschlagen. S. Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) S. 3845—3848.

[4]) § 1a der Kommissionsbeschlüsse verlangte für die Dauer der Sitzungsperiode sowie acht Tage vor deren Beginn und acht Tage nach deren Schluß freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen. Die Regierungsvorlage hatte lediglich freie Fahrt zwischen dem Wohnort des Abgeordneten und dem Sitze des Reichstags gefordert. S. Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) S. 4268 ff.

[5]) Handelt sich hier wahrscheinlich um in der Kommission eingebrachte Anträge.

[6]) S. Anm. 5.

[7]) Die Resolution, s. Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) S. 4270, beantragte eine Änderung des Einbringungstermins für Anträge auf namentliche Abstimmung und schlug vor, die Montags- und Sonnabend-Sitzungen ausfallen zu lassen.

[8]) Im Or.: „der".

[9]) Die Diätenvorlage zielte darauf ab, einen stärkeren Besuch des Plenums vor allem bei Abstimmungen zu erzwingen. Die Kommissionsvorlage, s. Anm. 4, schlug deshalb den Passus vor: „Wer an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnimmt, gilt im Sinne dieses Gesetzes als abwesend, auch wenn er sich in die Liste eingetragen hat" (§ 4 Abs. 2).

[10]) Zu den Reichstagsersatzwahlen vgl. Schulthess S. 133, 147.

167.

14. 5. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Nach nochmaliger Erörterung der Diätenvorlage beschließt die Fraktion, der vom Abg. *Gröber* vorgeschlagenen Skala der Verteilung der Pauschale zuzustimmen.[1]) Dagegen die Erhöhung des Abzugs abzulehnen.[2]) Absatz a des § 1 halten wir aufrecht.[3]) Lehnen den Antrag *Burlage*[4]) gegebenenfalls ab und stimmen, wenn Absatz a nicht aufrechterhalten wird, für die Regierungsvorlage. Anträge stellt die Fraktion nicht. Gegen die Heraufsetzung der Höhe des Abzugs spricht evtl. *Vollmar*. Wie auch die einzelnen Paragraphen gestaltet werden mögen, die Fraktion stimmt für das Gesetz.

Über das Militärpensionsgesetz referiert Kollege **Südekum.** Der Referent empfiehlt auf Grund der wesentlichen Verbesserungen, die die Vorlage in der Kommission[5]) erfahren hat, für das Gesetz zu stimmen. Die Fraktion schließt sich dem Vorschlag an. Die Kommissionsmitglieder werden mit den sich nötig machenden Ausführungen der 2. Lesung betraut. Anträge werden nicht gestellt.

Auf Anregung des Kollegen **Molkenbuhr** beschließt die Fraktion zum Etat des Reichsamts des Innern eine Resolution, in der gefordert wird, daß von reichswegen die Knappschaftsberufsgenossenschaften angehalten werden, die in den Unfallverhütungsvorschriften vorgesehenen Einrichtungen zur Sicherung des Betriebs betriebsfähig bereit zu halten, wie die Einrichtungen zu treffen, die im Interesse der Sicherung der Gesundheit und des Lebens der Belegschaften erforderlich sind.[6])

Singer Pfannkuch

[1]) Nach *Gröbers* Vorschlag sollte die Auszahlung der Diäten am 1. 12. und nicht — wie in der Regierungsvorlage vorgesehen — am 1. 1. beginnen. S. Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) S. 4268.

[2]) Die Regierungsvorlage sah für die Nichtanwesenheit eines Abgeordneten einen Abzug von pro Tag 30 Mark vor, die Kommissionsvorlage von nur 20 Mark; a.a.O. S. 4268.

[3]) S. Nr. 166 Anm. 4.

[4]) S. Nr. 166 Anm. 5.

[5]) Zur Kommissionsvorlage s. Sten. Berichte Bd. 224 (Anlagen) S. 4325—4667.

[6]) Die Resolution wurde nicht eingebracht.

168.

17. 5. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] macht über die getroffenen geschäftlichen Dispositionen folgende Mitteilung:

Donnerstag Resolutionen. Freitag und Sonnabend Pensionsgesetze. Montag 3. Lesung der Steuergesetze[1]). Namentliche Abstimmung soll beantragt werden bei § 2 der Fahrkartensteuer. Ebenso soll für die Gesamtabstimmung über das Biersteuer- und Zigarettensteuergesetz namentliche Abstimmung beantragt werden. Bei den letzteren[2]) und der Fahrkartenvorlage soll nochmals je eine Generalrede von einem unserer Kommissionsmitglieder gehalten werden.

Bei dem Mantelgesetz[3]) soll der Versuch gemacht werden, getrennte Abstimmung zu erzielen. Es wird namentliche Abstimmung beantragt. Die Fraktion stimmt gegen das Gesetz.

Über die Gründung einer Fraktionskasse, die Höhe des Anteils, den die Kollegen für die laufende Session wie auch künftig an dieselbe zu leisten haben[4]), und wie die Summe verwendet werden soll, referiert Kollege **Bebel** über die vom Fraktionsvorstand vorbereiteten Vorschläge. Unter Ablehnung weiterer von den Kollegen *Sachse* und *Legien* gestellter Anträge stimmt die Fraktion nahezu einhellig den Vorschlägen des Fraktionsvorstandes zu. Die Vorschläge sind im Original dem Protokollbuch eingefügt.[5])

Von den für die laufende Session von jedem Kollegen an die Fraktionskasse abzuliefernden Betrag von 570 Mark[6]) erhält auf einstimmigen Beschluß der Fraktion die Witwe des verstorbenen Kollegen *Meister* pro Mitglied der Fraktion 20 Mark.

Singer Pfannkuch

[1]) Die dritte Beratung der Steuergesetze wurde der Verhandlung der Pensionsgesetze vorgezogen.

[2]) Im Or. verbessert aus: „Bei letzteren beiden Vorlagen".

[3]) Zur Steuervorlage.

[4]) Durch Abgabe eines Teils ihrer Diäten.

[5]) Nur die Anträge *Sachse* und *Legien*, die in das Protokollbuch eingeklebt wurden, sind erhalten, nicht der Antrag des Fraktionsvorstandes. Der von *Sachse* eigenhändig verfaßte Antrag, dem der Gedanke einer Totalabgabe der vom Reich gezahlten Diäten an die Diätenkasse zugrunde liegt, lautet:
„Antrag zur Regelung der Diätenzahlung:
1. Diäten werden auf 10 M. pro Tag erhöht, für Berliner Kollegen auf 8 M. pro Tag.
2. Einnahme-Verluste aus Anstellungen oder aus Geschäften werden bis zur Höhe von 10.— M. pro Tag ersetzt.
3. Ebenso erhalten Landtagsabgeordnete und Referenten solche Verluste, welche sie wegen Abwesenheit im Reichstage erleiden, ersetzt.
4. Desgleichen wird der aus einer Obstruktion entstehende Verlust ersetzt.
5. Das Wohnungsgeld wird auf 40 M. per Monat erhöht.
6. Fürs abgelaufene Jahr wird der Betrag nach obigen Sätzen nachgezahlt [dieser Abs. im Or. gestrichen].
7. Der Überschuß der Diätenkasse, in welche die Zahlungen des Reiches fließen, wird nach Schluß der Session der Parteikasse überwiesen.
8. Für Hin- und Rückreise wird wie bisher ein Tag Diäten berechnet.
Sachse"
Am Ende dieses Antrags *Sachses* findet sich von der Hand *Pfannkuchs* der Vermerk: „Antrag *Legien:* Für die laufende Session 1570 Mk. an die Parteikasse abzuliefern."

[6]) Die Überschüsse der Fraktionskasse wurden am Ende des parteiinternen Haushaltsjahres der Parteikasse überwiesen. Diese wies für die Zeit vom 1. 8. 1905 bis 31. 7. 1906 44945,50 Mark Einnahmen aus abgelieferten Reichstagsdiäten aus; Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 55 f.; s. a. Ritter S. 229. Die Ausgaben für die Reichstagsfraktion beliefen sich im gleichen Zeitabschnitt auf ca. 42000 Mark.

169.

13. 11. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] bewillkommnet die neueingetretenen Kollegen *Brey*, *Haberland* und *Pinkau*.[1]) Zu ihrem 25-jährigen parlamentarischen Jubiläum beglückwünscht der Vorsitzende die Kollegen *Dietz*, *Stolle* und *Vollmar* mit dem Hinzufügen, daß die Fraktion dem alten Brauche folgend den Jubilaren ein sichtbares[2]) Zeichen der Anerkennung widmen werde.

Nach Bekanntgabe der den Bedürfnissen des Reichstags entsprechenden baulichen Änderungen macht der Vorsitzende [**Singer**] Mitteilung von den im Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen über die geschäftlichen Dispositionen bis zu den Weihnachtsferien. Danach kommt Mittwoch die Interpellation *Bassermann*[3]) auf die Tagesordnung. Die freisinnige und unsere Interpellation betreffend die Fleischnot etc. soll erst dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn der preußische Landwirtschaftsminister[4]) ernannt ist. Etwa nach 8 Tagen.[5])

Anschließend sollen Wahlprüfungen, die zweiten Lesungen, die noch ausstehen, der Nachtragsetat für Südwestafrika beraten werden. Außerdem soll die erste Lesung des Etats 1907 erledigt werden. Die vor der Vertagung ausgesprochene Absicht, Montag und Sonnabend die Sitzungen ausfallen zu lassen[6]), hat der Seniorenkonvent fallen gelassen und macht den Vorschlag, in Zwischenräumen von 3—4 Wochen, 4—5 Tage die Beratungen ruhen zu lassen. Um den Abgeordneten aber zu ermöglichen, den Sonntag in der Häuslichkeit zu verleben, soll am Sonnabend die Sitzung um 11 Uhr beginnen und um 3 Uhr geschlossen werden. Der Beginn der Montagssitzung ist auf 3 Uhr nachmittags vorgesehen.

Auf Vorschlag **Vollmars** werden die Mitglieder[7]) des Seniorenkonvents ersucht,

---

[1]) *Brey* wurde anstelle des verstorbenen Abg. *Meister* am 22. 6. 1906 vom Wahlkreis Hannover-Linden in den Reichstag gewählt; *Haberland* am 27. 6. bzw. 10. 7. 1906 anstelle des am 20. 3. 1906 verstorbenen Abg. *Lenzmann* vom Wahlkreis Arnsberg; *Pinkau* am 22. 10. 1906 anstelle des am 14. 7. 1906 verstorbenen Abg. *Grünberg* vom Wahlkreis 10 Sachsen. Vgl. Anlage Nr. 1 der Drucksachen der XI. Leg.-Periode, 6. Auflage, abgeschlossen 13. 12. 1906, S. 54.

[2]) Im Or. gestrichen: „äußeres."

[3]) Vgl. Protokoll der Sitzung vom 14. 11. 1906, Interpellation *Bassermanns* zur außenpolitischen Lage; Sten. Berichte Bd. 218 S. 3619 ff.

[4]) Am 11. 11. 1906 war *Victor von Podbielski* zurückgetreten; sein Nachfolger *Bernd von Arnim-Criewen* wurde am 22. 11. ernannt.

[5]) Beide Interpellationen kamen am 11. 12. 1906 im Plenum zur Verhandlung; Sten. Berichte Bd. 218 S. 4283.

[6]) Vgl. Nr. 166 Anm. 7.

[7]) Im Or. verbessert aus „Kollegen".

in demselben dahin zu wirken, in jeder Woche sonnabends die Sitzung ausfallen zu lassen.

Zum Fraktionsredner bei der Interpellation *Bassermann* wird Kollege *Vollmar* bestimmt. Um die Stellungnahme der Fraktion bei der Erörterung der Immunität der Abgeordneten[8]) zu präzisieren, wird eine Kommission bestehend aus den Kollegen *Haase*, *Heine*, *Ledebour*, *Singer* und *Stadthagen* eingesetzt.

Singer Pfannkuch

[8]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 226 (Anlagen) S. 5063.

170.

20. 11. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Als Fraktionsredner werden bestimmt für die Interpellation [betreffend die] Fleischnot[1]) *Scheidemann* und *Molkenbuhr*. Für die Nachträge zum Kolonialetat[2]) *Bebel* und *Ledebour*. Für das Vogelschutzgesetz: *Baudert*, *Geck* und *Ledebour*. Für die Novelle zum Branntweinsteuergesetz: *Wurm*, *Schmidt-Berlin*, *Bock* und *Südekum*. Für die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Berufsvereine: *Heine*, *Hue* und *Legien*. Die Diskussion über den Entwurf soll in einer Fraktionssitzung am 22. dieses Monats[3]) stattfinden, die entweder vormittags oder abends abgehalten werden soll, je nachdem der Entwurf am Donnerstag[4]) oder an einem späteren Tag im Plenum zur Beratung gelangt.

Dem Antrage ihrer Kommissionsmitglieder stimmt die Fraktion zu, bei der Beratung über Änderung der Gewerbeordnung[5]) die in der Kommission gestellten Anträge auf Einarbeitung des Arbeiterschutzes bei der 2. Beratung zu wiederholen. Die Einführung des Befähigungsnachweises lehnt die Fraktion ab. Unter Ablehnung der Resolution *Trimborn* stimmt die Fraktion der Resolution der Kommission zu, die die Einbringung eines Gesetzentwurfs fordert, der die Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts regelt.[6])

Die Fraktionsmitglieder der Maß- und Gewichtsordnungs-Kommission werden beauftragt, die von ihnen bei der 2. Beratung einzubringenden Anträge der Fraktion demnächst zu unterbreiten, dabei soll der Grundsatz Ausdruck finden, den Fortbestand der derzeit bestehenden kommunalen Eichungs-Ämter gesetzlich zu sichern.

Pfannkuch Bebel

[1]) S. Nr. 169 Anm. 5.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 226 (Anlagen) S. 5064.

[3]) S. Nr. 171.

[4]) 22. 11. 1906.

[5]) Die Novelle wurde am 19., 20. und 22. 11. 1906 im Plenum in 2. Lesung beraten.

[6]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 223 (Anlagen) S. 4038—4056.

171.

22. 11. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion billigt die Einbringung des Antrags Drucksachen 568/69 seitens der Kommissionsmitglieder zu der Vorlage betreffend das Urheberrecht nebst dem von *Stadthagen* beantragten Zusatz: Die Anfertigung ist nur auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen zulässig. Die Stellung der Fraktion zu dem Gesetz in der dritten Lesung bleibt der Beschlußfassung einer späteren Sitzung vorbehalten.[1]) **Legien** referiert über den Entwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.[2]) Die Fraktion ist einmütig der Ansicht, das beste wäre, das Monstrum von Gesetzesmacherei würde ohne Kommissionsberatung der Regierung vor die Füße geworfen. Jedoch dürfe sich die Fraktion der Kommissionsberatung aus agitatorischen Gründen nicht entziehen. Die Fraktion stellt keinen Antrag auf Kommissionsberatung.

Singer Pfannkuch

[1]) Vorstehender Satz im Or. nachträglich eingefügt. Zur Gesetzesvorlage über das Urheberrecht s. a. Nr. 172.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 226 (Anlagen) S. 4998—5030.

172.

28. 11. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Der Vorsitzende [**Singer**] widmet dem am 25. currentis verstorbenen Kollegen *Dreesbach* einen Nachruf, zu dem die Fraktion durch Erheben von den Sitzen die würdige gebührende Zustimmung kundgibt. Die Totenfeier findet Donnerstag, den 29. currentis, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Witte, Eichwalde, statt. In die Kommission für die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Berufsvereine[1]) delegiert die Fraktion die Kollegen *Brey*, *Elm*, *Herzfeld*, *Hue* und *Legien*. Im Seniorenkonvent ist vereinbart, daß die seitherige Anordnung für Beginn und Ende der Sitzungen am Sonnabend und Montag wieder in Wegfall kommt, dagegen von Neujahr ab alle 14 Tage 2 Tage frei bleiben sollen, und zwar Sonnabend und Montag.[2])

[1]) S. Nr. 171 Anm. 2.

[2]) S. Nr. 169.

Nach Beendigung der Kolonialdebatte sollen die Fleisch- und Polen-Interpellation verhandelt werden. Für die letztere[3]) wird *Bebel* als Fraktionsredner bestimmt. *Vollmar* wird bei dem Weißbuch über Algeciras namens der Fraktion reden, wenn geredet werden muß.[4])

Bei der Vorlage betreffend die Änderung des § 63 des Handelsgesetzbuches werden bei der 2. Beratung Anträge nicht gestellt. Die Fraktion stimmt für die Kommissionsvorlage.[5]) Die Kommissionsmitglieder werden als Redner bestimmt. Kollege *Haase* wird beauftragt, die Vorlage betreffend die Sicherung der Bauforderungen zu studieren und in nächster Sitzung Bericht zu erstatten.
Zur dritten Beratung des „Urheberrechts" sollen einer Anregung *Heines* folgend Anträge formuliert werden, die eine Aufhebung bzw. Verminderung der Schutzzeit für photographische Aufnahmen fordern.[6])

Bebel referiert über die vom Vorstand gemachten abgeänderten Vorschläge der Abführungen von den Anwesenheitsgeldern an die Fraktionskasse, denen die Fraktion zustimmt. Das 4 Paragraphen umfassende Reglement ist in Urschrift dem Protokoll beigefügt.[7]) Um Streitfällen in den Parteiorten zu begegnen, die darüber entstehen, daß die Genossen an Kollegen das Verlangen stellen, Kosten der Stellvertretung ganz oder teilweise zu übernehmen, wird der Vorstand ein instruktives Zirkular ausarbeiten und an die Kreis- und Geschäftsleitungen versenden.

Zu der am 2. Dezember in Mannheim stattfindenden Leichenfeier *Dreesbachs* delegiert die Fraktion die Kollegen *Berthold*, *Ehrhart*, *Eichhorn* und *Geck*.

Singer Pfannkuch

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 218 S. 4157.
[4]) S. Sten. Berichte Bd. 218 S. 4195.
[5]) S. Sten. Berichte Bd. 226 (Anlagen) S. 5374—5392.
[6]) S. Nr. 173.
[7]) Das Reglement ist nicht erhalten; vgl. Nr. 168.

173.

5. 12. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Eingegangen ist eine Einladung des Arbeiter-Sänger-Bundes zu dessen am 8. Dezember stattfindenden Stiftungsfestes.
Für Mittwoch den 12. Dezember ist der Besuch der Schüler des Parteikursus

angekündigt und ersucht der Vorsitzende [**Singer**] die Kollegen, an dem genannten Termin ihrerseits auf Tribünenkarten zu verzichten.

Die in der Sitzung vom 28. v[ergangenen] M[onats] von *Heine* gegebenen Anregungen sollen nochmals von unseren Kommissionsmitgliedern in Erwägung gezogen und dann der Fraktion Bericht erstattet werden.

Vollmar referiert über das Abkommen von Algeciras[1]) und empfiehlt, bei der Beratung von unserer Seite die Marokkofrage nicht aufzurollen. Geschieht es von anderer Seite, dann ist die Regierung zu fragen, ob sie von den Absichten der französischen und spanischen Regierung[2]) unterrichtet worden ist, und, welche Antwort erteilt worden ist.

Haase referiert über den Entwurf betreffend die Sicherung der Bauforderungen und empfiehlt der Fraktion, aus agitatorischen Gründen der Kommissionsberatung nicht zu widersprechen. Dem stimmt die Fraktion zu. Als Fraktionsredner werden die Kollegen *Bömelburg* und *Haase* bestimmt.[3])

Über die Novelle zum Börsengesetz referiert **Bernstein.** Derselbe empfiehlt die Kommissionsberatung. Dem stimmt die Fraktion zu mit der Maßgabe, daß in der Kommission und bei der 2. Beratung im Plenum die Wiederherstellung der Regierungsvorlage von 1904 nach den damaligen Beschlüssen der Kommission angestrebt wird. Die endgültige Stellungnahme der Fraktion bei der dritten Lesung bleibt einer späteren Beschlußfassung vorbehalten. Als Fraktionsredner werden die Kollegen *Bernstein* und *Singer* bestimmt.[4])

Kollege **Bömelburg** berichtet nach eigener Beobachtung über die Wirkungen der in Annen stattgefundenen Explosion der dortigen Roburitfabrik.[5]) Die Fraktion beschließt:

Eine Interpellation weil nicht zweckentsprechend nicht einzubringen, dagegen bei der 2. Lesung des Etats eine diesbezügliche Resolution zu stellen, wie auch bei derselben Gelegenheit die Forderung zu stellen, von Reichs wegen Mittel zur Unterstützung der Opfer der Katastrophe bereitzustellen.

Singer Pfannkuch

[1]) Vgl. Nr. 172 Anm. 4.

[2]) Auf Überschreitung des Abkommens, bevor dieses überhaupt ratifiziert war; vgl. *Vollmars* Rede vor dem Plenum vom 7. 12. 1906, Sten. Berichte Bd. 218 S. 4235 f.

[3]) Die Beratungen über diese Gegenstände wurden wegen der Auflösung des Reichstages vom 13. 12. 1906 nicht mehr fortgesetzt.

[4]) S. Anm. 3.

[5]) S. Schulthess 1906 S. 202; s. a. Nr. 181.

174.

12. 12. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Dem Vorschlag des Vorsitzenden [Singer] entsprechend genehmigt die Fraktion die von ihrem Vorstand eingebrachten Anträge betreffend die Immunität.[1]) Zu Rednern werden die Kollegen *Singer* und *Haase* bestimmt.

Zu Etatsrednern bestimmt die Fraktion die Kollegen *Bebel* und *Vollmar*.

[1]) Zum Zusammenhang der staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen gegen *Erzberger* und die dadurch aufgeworfenen Fragen der Immunität der Reichstagsabgeordneten und der staatsrechtlichen Stellung des Reichstages s. Sten. Berichte Bd. 218 S. 4095 f.; Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 135 („Polizei im Reichstag"); Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962 (deutsche Übersetzung), S. 70 ff. Zum Antrag der SPD auf Änderung der Strafprozeßordnung — Immunitätsfragen — s. Sten. Berichte Bd. 226 (Anlagen) S. 5827.

175.

13. 12. 1906: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Pfannkuch.

Die Fraktion beauftragt den Kollegen *Bebel* mit der Abfassung eines Wahlaufrufs, der am 14. Dezember abends 7 Uhr im *Vorwärts* durch die noch in Berlin weilenden Kollegen festgestellt werden solle. Der Aufruf soll Sonntag, dem 16. Dezember, in der Parteipresse veröffentlicht werden.[1])

Pfannkuch

[1]) Vgl. *Vorwärts*, 16. 12. 1906, Aufruf der Fraktion „An die Wähler!" und Aufruf des Parteivorstandes „Parteigenossen!"

III.

Zwischen Opposition und Mitarbeit

XII. Legislaturperiode
(1907—1911)

176.

19. 2. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.[1])

Genosse Singer eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung der neuen Abgeordneten und schließt daran den Ausdruck des Bedauerns darüber, daß wir so manchen der erprobtesten parlamentarischen Vorkämpfer der Partei diesmal nicht mehr unter uns zählen.[2])

Als Fraktionsvorstand wurden einstimmig die früheren Mitglieder desselben: *Auer*, *Bebel*, *Kaden* und *Singer* und anstelle des Genossen *Pfannkuch*[3]) *R[ichard] Fischer* gewählt.

In den Seniorenkonvent werden die Genossen *Bebel*, *Geyer* und *Singer* entsandt. Bezüglich unserer Stellung zur Präsidentenwahl wurde beschlossen: Wenn das Zentrum gestützt auf sein Recht als stärkste Partei des Hauses, seinen Kandidaten präsentiert, stimmt die Fraktion für den Kandidaten des Zentrums[4]), im anderen Falle gibt sie weiße Stimmzettel ab; auch bei der Wahl des I. und II. Vizepräsidenten gibt die Fraktion weiße Zettel ab. Auf einen Schriftführerposten erhebt die Fraktion Anspruch und postiert dafür *Fischer*.

Seitens des Komitees für die Erste Deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen, die am 1. und 2. März in der Kgl. Bau-Akademie tagen soll, ist an die Fraktion eine Einladung zur Teilnahme ergangen. Wie die Generalkommission lehnte auch die Fraktion eine offizielle Teilnahme als Fraktion ab, stellte aber mit Mehrheit den einzelnen Fraktionsmitgliedern die Teilnahme frei; in der Meinung, daß kein Zweifel darüber zu lassen sei, daß sie nicht als Vertreter der Fraktion, sondern nur für ihre Person dort evtl. das Wort ergreifen.[5])

Singer

[1]) Überschrift im Or.: „XII. Legislaturperiode. I. Session Sitzung vom 19. Februar." — Zum Wechsel in der Protokollführung s. Einl.

[2]) In den Hauptwahlen vom 25. 1. 1907 sowie in den anschließenden Stich- und Nachwahlen errang die SPD 43 Mandate (1903: 81); vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 29: „Bei den Hauptwahlen erlangte die Partei 29 Mandate, gegen 56 im Jahre 1903. An den Stichwahlen waren wir in 90 Wahlkreisen beteiligt, gegen 118 im Jahre 1903. Mandate errangen wir bei den Stichwahlen noch 14 [...]" Zu den Reichstagswahlen von 1907 vgl. G. D. Crothers, The German Elections of 1907, New York 1941; L. Labusch, Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zur „konstitutionellen Oppositionspartei" 1890—1914, phil. Diss. Göttingen 1956 S. 214.

[3]) S. Anm. 2.

[4]) Schon 1900 hatte die Fraktion für *Ballestrem* gestimmt, s. Nr. 52, sonst aber hatte sie sich gewöhnlich ihrer Stimme enthalten; vgl. Nr. 1, 113, 151.

[5]) S. a. Nr. 177.

177.

20. 2. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschwert sich Kollege **David** über den Bericht des *Vorwärts* betreffend den Beschluß der Fraktion zur Einladung der „Ersten Deutschen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen". Die Fraktion beschließt unter Ablehnung eines Antrags *Legien*, die Sache mit der Erklärung seitens der Redaktion, daß der Artikel nicht von der Fraktion, sondern von ihr ausgegangen sei, als erledigt anzusehen, die Veröffentlichung nachstehender Erklärung[1]):

Die Reichstagsfraktion unserer Partei ersucht uns in bezug auf unseren Bericht über die Fraktionssitzung vom Dienstag festzustellen, daß die an den Beschluß betr. „Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen" geknüpften Bemerkungen lediglich von der Redaktion herrührende Zusätze waren.

Außerdem teilt uns die Fraktion berichtigend noch folgendes mit: Die Fraktion hat zwar die offizielle Beschickung dieses Kongresses abgelehnt, sie hat es dagegen durch Mehrheitsbeschluß den einzelnen Mitgliedern freigestellt, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die selbstverständliche Voraussetzung dabei war, daß die Genossen, die dort eventuell an der Diskussion teilnehmen, keinen Zweifel darüber lassen, daß sie nicht als Delegierte der Fraktion, sondern nur für ihre Person sprechen.[2])

Ferner wurde der Antrag *Schmidt* angenommen, „daß die Berichte über die Fraktionssitzungen vom Schriftführer dem *Vorwärts* übermittelt werden".[3])

In der Frage der Diäten wurde beschlossen, es bei der in der letzten Session beschlossenen Regelung zu belassen, nachdem der Antrag *Bömelburg:* „Fraktionskollegen, die in festem Gehalt stehen, sind pro Sitzungstag 8 Mark von ihrem Gehalt in Abzug zu bringen", abgelehnt worden war.[4])

Die Fraktion beschließt die Einbringung einer Interpellation über die von Preußen geplante Einführung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen[5]) und bestimmt als Begründer derselben Kollegen *Frank*.

Für die Winzer-Interpellationen[6]) werden *David* und *Ehrhart* als Redner bestimmt, für die Interpellation betreffend die reichsgesetzliche Regelung der Pensionsverhältnisse der Privatbeamten Genosse *Heine*.[7])

---

[1]) Die Erklärung ist in Form eines Zeitungsausschnittes in das Protokollbuch eingeklebt.

[2]) Vgl. Nr. 176.

[3]) S. Einl.

[4]) S. Nr. 168 Anm. 6 und 172 Anm. 7.

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 239 (Anlagen) S. 442.

[6]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 227 S. 320 f.

[7]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 227 S. 478—481.

Geyer referiert für die in letzter Sitzung bestimmte Kommission[8]) zur Ausarbeitung der innerhalb 10 Tagen nach Reichstagseröffnung einzubringenden Initiativanträge der Fraktion (bestehend aus *Frank*, *Heine*, *Hoch*, *Hue*, *Geyer*); und beschließt die Fraktion die Einbringung nachstehender, teilweise abgeänderter Anträge aus der letzten Session[9]):

Antrag 83: Reichs-Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht [Anlage Nr. 94)
84: Achtstundentag [Nr. 95]
87: Reichsberggesetz [Nr. 96, 98]
88: Geheimes Stimmrecht für Knappschaftskasse [Nr. 97]
90: Fachgerichte, nach Art der Gewerbegerichte, für ländliche Arbeiter und Gesinde [Nr. 100]
91: Koalitionsrecht und Krankenversicherung für ländliche Arbeiter und Gesinde [Nr. 99]
92: Wohnungswesen-Regelung [Nr. 102]
94: Volksvertretungen in allen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen [Nr. 103]
95: Parlamentarische Untersuchungskommissionen [Nr. 104]
97: Abschaffung des Majestäts-Beleidigungs-Paragraphen [Nr. 106]
85: Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken
86: Regelung des Knappschaftskassenwesens
Sicherung der Immunität. [Nr. 105]

Zur Ausarbeitung des Arbeiterschutzgesetzentwurfs wird eine Kommission aus den Genossen *Albrecht*, *Bömelburg*, *Hoch*, *Schmidt* und *Stadthagen* ernannt.
Als Redner für Hauptetat werden ernannt: *Bebel* und *Singer*; für den Nachtrags-(Kolonial-)Etat: *Bebel* und *Ledebour*.

Als regelmäßiger Fraktionssitzungstag wird wiederum der Mittwoch bestimmt.

Singer

[8]) Das Protokoll der Sitzung vom 19. 2. berichtet nichts von der Einsetzung einer solchen Kommission.

[9]) Die hier angegebenen Nummern beziehen sich auf die SPD-Anträge der XI. Legislaturperiode 2. Session. Vgl. Nr. 154 Anm. 13. In eckigen Klammern wurde auf die Drucksachennummern der XII. Legislaturperiode 1. Session verwiesen.

178.

25. 2. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Der Vorsitzende [Singer] macht Mitteilung, daß ihm von seiten einiger Genossen der Vorschlag unterbreitet worden sei, die Fraktion möge über die Frage der [geplanten russischen Anleihe und][1]) die Verletzung des Fremdenschutzes bei

[1]) Lesart durch Verbesserungen im Text unsicher. Wahrscheinlich wurden bei der Ausführung des Protokolls verschiedene Stichworte sinnentstellend zusammengezogen. Rußland bemühte sich 1907/08 um Anleihen im Ausland. Am 21. 2. 1907 war es in Odessa zu Unruhen gekommen,

den Unruhen in Odessa eine Interpellation im Reichstage einbringen. Die Fraktion hält die Interpellation nicht für angebracht.

Dagegen wird beschlossen, folgende Interpellation über die offizielle Wahlbeeinflussung seitens der Regierung einzubringen[2]):

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Reichskanzleramt, das Reichsmarineamt, das Reichspostamt und das Oberkommando der Schutztruppen in die Agitation für die Wahlen zum Reichstag eingegriffen haben, und zwar sowohl durch Erteilung von Winken und Ratschlägen als auch durch Herstellung und Verbreitung von Agitationsmaterial und Zusendung von Agitatoren für die Wahl von Kandidaten der sogenannten nationalen Parteien.

Ist weiter dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der deutsche Flottenverein, der von den Polizeibehörden als unpolitischer Verein angesehen und behandelt wird, die Agitation durch Wort und Schrift beeinflußt und dabei im Einverständnis mit dem Reichskanzleramt handelte?

Und was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Handlungen zu tun?

Als weitere Initiativ-Anträge sollen der betreffend den Heimarbeiterschutz und der betreffend den Bauarbeiterschutz eingebracht werden, ebenso einer auf Abschaffung der Konkurrenzklausel (Handels-Gesetzbuch § 74 und Reichs-Gewerbe-Ordnung § 5 Abs. 2), einer auf Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten und endlich einer auf Erweiterung des Wahlrechtes unter Aufstellung der Forderung des Frauenstimmrechts, der Proportionalwahl, der dreijährigen Legislaturperiode und Neu-Einteilung der Wahlkreise nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung.[3])

Ein Antrag auf Schaffung rechtlich gesicherter Grundlagen für kollektive Arbeits-(Tarif-)Verträge wird vorläufig zurückgestellt und ein Antrag, auch von unserer Seite[4]) einen Antrag einzubringen auf Herabsetzung des Bezugsrechts der Altersrente, und zwar auf das 60. Lebensjahr, wird abgelehnt.

Singer

---

die durch die Tätigkeit des „Verbandes russischer Leute" ausgelöst worden waren; vgl. Schulthess 1907 S. 310. Die Frage des Schutzes deutscher Reichsangehöriger und ihres Eigentums während der russischen Revolution wurde im Reichstag verschiedentlich erörtert. Die Kritik der SPD richtete sich aber hauptsächlich gegen die Ausweisung russischer Studenten und Juden durch die preußische Polizei auf Grund preußisch-russischer Abmachungen. Vgl. auch den Antrag der Polenfraktion vom 27. 2. 1907, Sten. Berichte Bd. 240 (Anlagen) S. 785; Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 61.

[2]) Zu den Vorgängen der amtlichen Wahlbeeinflussung vgl. Rede *Fischers* zur Begründung der SPD-Interpellation vom 15. 3. 1907; Sten. Berichte Bd. 227 S. 498—512. Zum Wortlaut der Interpellation s. Sten. Berichte Bd. 240 (Anlagen) S. 767. Zur allgemeinen Literatur über die Wahlen s. Nr. 176 Anm. 2.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 240 (Anlagen) S. 767—773.

[4]) Von „anderer" Seite, d. h. von den Christlich-Sozialen, *Stoecker* und Genossen, war ein solcher Antrag bereits eingebracht worden; s. Sten. Berichte Bd. 239 (Anlagen) Nr. 39.

179.

27. 2. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion bestimmt die Redner für die bisher im Reichstag eingebrachten Interpellationen[1]), soweit das noch nicht geschehen, und zwar für die Interpellation unter

Drucksache 13	betr. Reichsinvalidengesetzreform	*Südekum*
22	Brauerei-Kontingentierung	dto.
50	Berufszählung	*Hoch*
53	Privatbeamtenpensionen	*Heine*
54	Winzer	*Ehrhart* und *David*
56	Wasserstraßen-Abgaben	*Frank* und *David*
[92][2])	Berufsvereine, Befähigungsnachweis etc.	*Bömelburg* und *Hue*
[95][3])	Zehnstundentag	„ „
109	Strafprozeßordnung	*Stadthagen*
119	Schiffahrtsabgaben	*David*
120	Wahlbeeinflussung	*Bebel* und *Fischer*

Für den Etat des Reichsamts des Innern werden als erste Redner bestimmt *Robert Schmidt* und *Hoch*; Reichseisenbahnen: *Böhle* und *Emmel*; Militäretat: *Bebel*; Postetat: *Singer*; Justiz-Etat: *Heine*.

Ein Antrag *Hue*, für bestimmte Gebiete aus der Fraktion ständige Ausschüsse zu ernennen und bei Besetzung der Kommissionen tunlichst die jüngeren Kräfte zwecks Erzielung eines geschulten Nachwuchses heranzuziehen, wird dem Fraktionsvorstand und dem Antragsteller zwecks Neuformulierung überwiesen.[4])

Singer

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 239 und 240 (Anlagen) unter den im Text angegebenen Drucksachennummern.

[2]) Im Or. irrtümlich: „57".

[3]) Im Or. irrtümlich: „92".

[4]) S. Nr. 181 Anm. 1.

180.

28. 2. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion beschäftigt sich mit der Besetzung der Kommissionen. Nach dem Verteilungsplan[1]) entfällt bei einer Kommission von 7 Mitgliedern auf die Fraktion 1 Mitglied, bei 14: 1, bei 21: 2 und bei 28: 3 Mitglieder. Dementsprechend werden entsandt:

In die Geschäftsordnungs-Kommission: *Singer* und evtl. noch *Dietz;*
in die Budgetkommission: *Bebel, Singer* und *Ledebour;* hierbei nahm die Fraktion Veranlassung, ausdrücklich zu betonen, daß mindestens 1 Mitglied von den dreien als ständiges Mitglied dauernd in der Kommission bleibe, daß im übrigen aber je nach den Etats-Titeln und den seitens der Fraktionsgenossen geäußerten Vertretungswünschen ein Wechsel in den Mitgliedern eintrete;
ebenso in die Petitions-Kommission, in welche *Geck, Sachse* und *Schwartz* eintreten;
in die Rechnungs-Kommission werden entsandt *Südekum* und *Ulrich;*
in die Wahlprüfungs-Kommission *Fischer,*
in die Bibliotheks-Kommission *Dietz;*
in die Kommission für Arbeiterstatistik *Schmidt* und
in die Reichstags-Ausschmückungskommission *Singer.*

Ein Antrag *Stadthagen — Brühne — Hue — Sachse,* „außer den 3 erwählten Mitgliedern für die Budgetkommission werden 2 Genossen ernannt, die den Sitzungen der Kommissionen beizuwohnen haben", wurde abgelehnt.[2])

Singer

[1]) Zum Verfahren der Besetzung der Kommissionen und zur Errechnung der auf die Fraktionen entfallenden Kommissionssitze vgl. Neumann-Hofer, Die Wirksamkeit der Kommissionen in den Parlamenten, in: Zeitschrift für Politik Bd. 4 (1910) S. 82.

[2]) Die Mitglieder des Reichstages waren berechtigt, auch wenn sie einer Kommission nicht angehörten, an ihren Sitzungen — allerdings ohne Recht zur Wortnahme bzw. Stimmabgabe — teilzunehmen. Vgl. Neumann-Hofer a.a.O. S. 73; Hatschek S. 237.

181.

6. 3. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Der Antrag *Hue* auf Einsetzung von ständigen Ausschüssen[1]) wird von der Fraktion angenommen in der Voraussetzung, daß die Fraktionsgenossen für die

[1]) Zur Einsetzung von fraktionsinternen Fachausschüssen s. a. Nr. 179.

verschiedenen Ausschüsse nicht gewählt werden, sondern sich nach freiem Ermessen beteiligen. Ausschüsse werden gebildet:

I. Für Wirtschafts-, Steuer- und Agrarpolitik. In diesen Ausschuß treten ein: *David*, *Eichhorn* und *Scheidemann*.

II. Für Handels- und Kolonialpolitik, bestehend aus *David*, *Ledebour*, *Ulrich* und *Stücklen*.

III. Für Militär- und Marinewesen, bestehend aus *Emmel*, *Noske*, *Südekum*.

IV. Für Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung, Gewerkschaftliches etc., bestehend aus *Böhle*, *Brey*, *Bömelburg*, *Hengsbach*, *Hoch*, *Hue*, *Legien*, *Sachse*, *Schmidt*, *Stadthagen*.

V. Für Straf- und Zivilrecht, Verfassung, Strafprozeßordnung, bestehend aus *Frohme*, *Kaden*, *Heine*, *Stadthagen*.

Ein Antrag **Legien**, jedes Fraktionsmitglied müsse einem dieser 5 Ausschüsse beitreten, wird abgelehnt.

In einer der Fraktionssitzungen der letzten Session war beschlossen worden, von einer Interpellation über die Roburit-Explosion in Annen abzusehen, dagegen bei der Budgetkommission den Antrag auf Unterstützung der Geschädigten aus Reichsmitteln zu beantragen.[2]) Die Fraktion beschließt, die Angelegenheit bei der Etatsberatung zur Debatte zu bringen. Durch Einbringung einer Resolution a) auf Erlaß einer Bundesratsverordnung auf Grund von § 120a der Reichs-Gewerbe-Ordnung, b) auf gesetzgeberische Vorlagen zur Regelung der Entschädigungspflichten.[3])

Genosse **Ehrhart** skizziert kurz die Stellungnahme, die seiner Meinung nach die Partei zur Interpellation betreffs Änderung des Weingesetzes einnehmen soll. Die Fraktion stimmt zu und beauftragt ihn, in diesem Sinn im Plenum zu sprechen.

Singer

[2]) S. Nr. 173.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 240 (Anlagen) S. 1045.

182.

13. 3. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Der Vorsitzende [**Singer**] berichtet über Verhandlungen des Fraktionsvorstandes mit dem Aufsichtsrat der Mannheimer Aktiendruckerei, welche dem Genossen *Lehmann* seine Stelle als Buchhalter gekündigt hatte, weil seine Wahl zum Reichstagsabgeordneten ihm die Wahrnehmung seiner Berufspflichten unmöglich mache; dafür würde ihm eine Stelle als Berichterstatter für die *Volksstimme* mit einem Jahresfixum von 1500 Mark offeriert. Da der Aufsichtsrat auf seiner Meinung beharrt und eine Erhöhung des Gehaltes für unmöglich hält, stimmt die Fraktion dem Vorschlage zu, von der Abführung der 10% von den Diäten an die Parteikasse in diesem Fall abzusehen.

In bezug auf den Entwurf betreffend die gewerbliche Berufszählung beschloß die Fraktion, einer Erweiterung der Fragen nach der Arbeitszeit, Kost- und Logierzwang, früheren Beruf zuzustimmen, dagegen einer solchen nach der Religion Widerspruch entgegenzustellen, ebenso bei der landwirtschaftlichen Berufszählung für die Erweiterung des Fragebogens nach dem weiteren Besitze, wo solcher gelegen und welcher Art er sei, zuzustimmen, aber gegen die Fragen nach Naturalverpflegung und Kinderarbeit.[1])

Einer Anregung, Anträge von Fraktionsmitgliedern künftighin nicht mehr generell unter *Albrecht* und Genossen einzubringen, sondern evtl. unter dem Namen der Genossen, die an besonderen Fragen besonders interessiert seien, wurde nicht zugestimmt.[2])

Der Soziale Ausschuß[3]) wünscht die Meinung der Fraktion zu hören, ob zum Reichsamt des Innern-Etat auch Resolutionen eingebracht werden sollen über Punkte, zu welchen die Fraktion bereits Initiativanträge vor das Haus gebracht habe, wie z. B. betreffs Achtstundentag etc. Die Fraktion beschließt, solche Resolutionen nur in dem Falle und über solche Gegenstände einzubringen, soweit solche vom Zentrum eingebracht werden; nur die in Gemeinschaft mit dem Vorstande der Glasarbeiter vereinbarte Resolution betreffend die Arbeitsverhältnisse der Glasarbeiter soll eingebracht werden.[4])

---

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 240 (Anlagen) S. 1095.

[2]) Vgl. Nr. 13.

[3]) Gemeint ist der am 6. 3. 1907, s. Nr. 181, gebildete fraktionsinterne Fachausschuß.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 240 (Anlagen) S. 1086.

Auf Anregung **Davids** wird beschlossen, am nächsten Mittwoch eine Diskussion über die Frage der Taktik zu halten.[5])

Singer

[5]) S. Nr. 184.

183.

18. 3. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion beschließt, über die Katastrophen auf den Gruben Borussia und Reden und Vuillemin nachstehende Interpellation einzubringen[1]):

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 25. Mai 1906 eine Resolution beschlossen, die den Herrn Reichskanzler ersucht, das Reichsversicherungsamt zu veranlassen, Untersuchungen über die bestehenden Einrichtungen und Vorschriften zur Verhütung von Feuers- und Explosionsgefahren im Bergbau zu veranstalten. Bezugnehmend darauf stellen wir die Anfrage: Ist der Herr Reichskanzler bereit, nähere Mitteilungen zu machen über die in Verfolg des betreffenden Reichstagsbeschlusses von der Reichsregierung eingeleitete Untersuchung, und welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu veranlassen, um Katastrophen wie die auf den Zechen Borussia bei Dortmund, Reden bei Saarbrücken und Vuillemin bei Kleinrosseln möglichst zu verhüten?

Singer

[1]) Der Text der Interpellation ist als Ausschnitt aus der betreffenden Reichstagsdrucksache, s. Sten. Berichte Bd .240 (Anlagen) S. 1244, in das Protokollbuch eingeklebt. Zu den Grubenunglücken vgl. Nr. 156 Anm. 4 und Sten. Berichte Bd. 238 (Register) S.9521 f.; s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 146.

184.

20. 3. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wird in die Diskussion über die Taktik eingetreten, welche Genosse **David** in eingehender Weise eröffnet. Nachdem **Bebel** — im großen ganzen übereinstimmend — sich geäußert, wird die Diskussion — unter Ablehnung eines Schlußantrages — vertagt.

185.

10. 4. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.[1])

Der Vorsitzende [**Singer**] gedenkt zunächst in warmen Worten unseres unvergeßlichen *Ignaz Auer* und würdigte seine Verdienste als Genosse, Kollege und Freund.[2])

Nach Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß es zweifelhaft sei, ob in der Debatte zum Reichsamt des Innern alle unsere Redner zu den unsererseits eingebrachten Resolutionen das Wort erhalten werden. Daher sollten die ersten Redner bereits die Resolutionen kurz begründen; kämen aber aus der Fraktion doch noch weitere Redner zum Wort, so könnten diese natürlich trotzdem ausführlicher auf diese Resolutionen zurückkommen. Auf Vorschlag des Genossen **Bebel** wird folgende Resolution zum Militär-Etat eingebracht:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in den Etat für 1908 eine Erhöhung der Löhnung der Mannschaften und der Unteroffiziere der Armee einzustellen und die bisher den Mannschaften auferlegten Ausgaben für die Beschaffung vorschriftsmäßiger Gebrauchsgegenstände auf den Etat zu übernehmen.[3])

Bebel regt weiter an, daß bei der 2. Beratung des Etats die Behandlung derjenigen Deutschen zur Sprache gebracht werde, welche während ihres Aufenthaltes im Auslande ihr deutsches Staatsbürgerrecht verloren haben und später nach Deutschland zurückkehren; ferner die Mißstände, welche sich aus der Polizeiausweisungspraxis gegenüber bestraften Personen ergeben.[4]) Der Vorsitzende [**Singer**] empfiehlt den Rednern zu den betreffenden Etatstiteln, diese Anregungen zu beachten und evtl. Resolutionen hierzu der Fraktion vorzuschlagen.

Auf Anfrage des Kollegen **Südekum** wird beschlossen, daß unsere Vertreter in der Kommission gegen § 2 des Gesetzentwurfes betreffs Maßnahmen gegen den Rückgang des Ertrages der Maischbottich-Steuer stimmen, dabei aber ausdrücklich erklären sollen, daß die Fraktion im Plenum evtl. für den Para-

[1]) Im Or. irrtümlich: „1904".

[2]) *Ignaz Auer* war am 10. 4. 1907 verstorben: s. a. Adler, Briefwechsel, S. 474 f.; an seiner Stelle wurde *Molkenbuhr*, der bei den Wahlen vom Jan. 1907 ausgeschieden war, in den Reichstag wiedergewählt.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 241 (Anlagen) S. 1562.

[4]) Angeregt durch den Prozeß gegen *Voigt*, den „Hauptmann von Köpenick", wurde diese Frage 1907 im Reichstag diskutiert; s. Sten. Berichte Bd. 227 S. 447.

graphen stimmen werde, um wenigstens die geplante Herabsetzung der Liebesgabe an die Brauereibesitzer zu erreichen.[5])

Eine Anfrage der Genossen in Köln nach einem Redner am 1. Mai bleibt mangels Meldung seitens der Fraktionsgenossen erfolglos.

Kollege **Emmel** regt an, ob es nicht zweckmäßig sei, im nächsten Jahre die Verweisung der einzelnen Etats an besondere Kommissionen zu fordern, wird vorläufig zurückgestellt.

Die Fraktion erklärt ihr Einverständnis mit dem Antrage *Legien*, in der Abteilung dafür einzutreten, die Wahl des Herrn *v. Liebert*, obwohl kein Wahlprotest vorliegt, an die Wahlprüfungskommission zu überweisen.

Singer

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 240 (Anlagen) S. 836.

186.

17. 4. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Anstelle des verstorbenen Genossen *Auer* wird *Ulrich* in den Fraktionsvorstand gewählt. — Auf Antrag **Bebels** beschließt die Fraktion, gegen die Entschädigung an die Farmer in Südwestafrika[1]) zu stimmen. Die Fraktion spricht der Parteileitung den Wunsch aus, auf dem diesjährigen Parteitag, namentlich wenn er in Essen stattfinden kann, ein Referat über die Kartelle auf die Tagesordnung zu stellen und das gedruckte Referat vor dem Parteitag an die Genossen im Lande zu verbreiten.[2]) Abgelehnt wurde ein Antrag **Hoch**, einen Genossen damit zu betrauen, das Material über diejenigen Maßnahmen der Behörden gegen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu sammeln und zu bearbeiten, welche unter dem Vorwande der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit durchgeführt worden sind.

Angenommen wird dagegen das Anerbieten des Kollegen **Heine**, das Material zur Beurteilung der Frage zu bearbeiten, wie die in den einzelnen Landesteilen

[1]) Diese Frage wurde im Zusammenhang mit dem Ergänzungsetat für die Schutzgebiete verhandelt.

[2]) S. Nr. 189 Anm. 8.

bestehenden Vorschriften für das Vereins- und Versammlungswesen gewirkt haben. Um das Material hierüber zu vervollständigen, sollen die Landesorganisationen von dem Fraktionsvorstande ersucht werden, das in ihrem Besitz befindliche Material der Fraktion zur Verfügung zu stellen.[3])

Singer

[3]) Vgl. hierzu Wolfgang Heine, Das Vereinsgesetz vom 19. 4. 1908, 3. Auflage, Berlin 1908.

187.

29. 4. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion erklärt sich damit einverstanden, daß Kollege *Vollmar* in der von ihm dargelegten Weise die Frage der auswärtigen Politik im Plenum besprechen wird.[1]) Der Vorlage betreffs Erweiterung des Nordostsee-Kanals[2]) wird die Fraktion zustimmen, Kollege *Legien*, der in der Fraktions-Sitzung nicht anwesend ist, soll ersucht werden, unsere Stellung zur Vorlage bei ihrer ersten Lesung zu vertreten. — In die Kommission zur Beratung des Beamten-Gesetzes werden die Kollegen *Emmel*, *Stücklen* und *Südekum* entsandt.

Singer

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 228 S. 1254—1257.

[2]) Vgl. Schulthess 1907 S. 110 f.

188.

7. 5. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Über den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Nordostsee-Kanals wird nach eingehender Beratung beschlossen, daß Genosse *Dietz* im Namen der Fraktion eine kurze Erklärung dahin abgeben soll, daß, wenn auch die Vorlage in erster Linie den militär-marinistischen Zwecken zu dienen bestimmt sei, doch auch wesentliche Handelsinteressen davon berührt würden und diese bei Fortdauer des jetzigen Zustandes empfindlich geschädigt würden, weshalb die Fraktion der Vorlage zustimmen werde.[1])

[1]) Vgl. Nr. 187 Anm. 2.

Ebenso soll durch Genossen *Molkenbuhr* die Zustimmung der Fraktion zum Handelsvertrags-Provisorium mit Nordamerika erklärt werden.[2])

Zur Vorlage betreffs Majestätsbeleidigung[3]) soll die Stellung der Fraktion bis nach der Kommissionsberatung vorbehalten werden; in die Kommission wird Genosse *Heine* delegiert; in diejenige für Vogelschutz Genosse *Geck*, in jene für Unterstützungswohnsitz Genosse *Stolle* und in jene für den Versicherungsvertrag ebenfalls Genosse *Heine*.

Die Vorlagen betreffend Sicherstellung der Bauhandwerker-Forderungen, Abänderung der Gewerbe-Ordnung und Vorschriften für die hausindustriellen Verhältnisse in der Tabakindustrie sollen in nächster Sitzung behandelt werden, in welcher der Ausschuß für Arbeiterschutz[4]), der die Fragen vorberaten wird, Anträge stellen soll.

Singer

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 242 (Anlagen) S. 2283 (Drucksache Nr. 391).

[3]) Der entsprechende Initiativantrag der SPD, s. Nr. 177, war unerledigt geblieben. Am 25. 4. 1907 hatte *Bülow* dem Reichstag einen Entwurf betr. die Bestrafung der Majestätsbeleidigung vorgelegt; s. Sten. Berichte Bd. 241 (Anlagen) S. 1959 f.

[4]) Zur Einsetzung des fraktionsinternen Ausschusses s. Nr. 181.

189.

14. 5. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Zur Erstattung des Parlamentarischen Berichtes an den Parteitag in Essen wird Genosse *Südekum* bestellt.[1])

Nach dem in Mannheim gefaßten Beschlusse, die deutsche Delegiertenzahl zum Internationalen Kongreß in Stuttgart sowohl für die Partei wie für die Gewerkschaften zu kontingentieren[2]), entfallen auf Parteivorstand und auf die Fraktion je 3 Delegierte: die Fraktion entsendet die Genossen *Vollmar*, *Singer* und *Fischer*.

Für die im Herbst zur Beratung gelangenden Gesetzentwürfe werden seitens der Fraktion als Redner bestimmt:

[1]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 113—160 (schriftlicher Bericht) und S. 226—229 (mündlicher Bericht).

[2]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 133; der internationale Kongreß war für August 1907 nach Stuttgart einberufen.

Albrecht und *Schmidt* für den Gesetz-Entwurf betr. den Befähigungsnachweis.[3])

Bömelburg und *Frank* für den Gesetz-Entwurf betr. die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker.[4])

Geyer und *Molkenbuhr* für den Gesetz-Entwurf betr. die Hausarbeit in der Tabakindustrie.[5])

Kaden und *Stolle* für den Gesetz-Entwurf betr. Unterstützungswohnsitz.[6])

Brühne und *Stadthagen* für den Gesetz-Entwurf betr. das Hilfskassengesetz.[7])

Die Anregung *Hochs*, das Referat *Hues* zum Parteitag über die Kartelle bereits vor dem Zusammentritt des Parteitages [fertigzustellen und zu versenden], wird von der Fraktion mit Rücksicht auf die Konsequenzen für die anderen Referate abgelehnt; ebenso die weitere [Anregung], daß die Fraktion bzw. der Parteivorstand einen Aufruf an die Parteigenossen erlassen soll, gegen die ungenügende Tätigkeit der Regierung auf dem Gebiete der Sozialreform, da diese Kritik selbstverständliche Aufgabe der Parteileitung und der Agitatoren sei.[8])

Singer

[3]) Betr. den „kleinen" Befähigungsnachweis im Lehrlingswesen, s. Sten. Berichte Bd. 238 (Register) S. 9655.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 242 (Anlagen) S. 2126—2189.

[5]) Der Gesetzentwurf kam nicht im Herbst 1907 zur Beratung, sondern im November 1908 im Zusammenhang der Steuerreform, s. Sten. Berichte Bd. 238 (Register) S. 9791.

[6]) S. Sten. Berichte Bd. 241 (Anlagen) S. 1960—1967.

[7]) S. Sten. Berichte Bd. 242 (Anlagen) S. 2244—2308.

[8]) *Hue* hielt auf dem Essener Parteitag (1907) kein selbständiges Referat über die Kartellfrage.

190.

22. 11. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Einer Einladung des Sozialdemokratischen Vereins für den 11. Badischen Wahlkreis zur Teilnahme an der Enthüllung des Grabdenkmals für den verstorbenen Genossen *Dreesbach* in Mannheim entspricht die Fraktion durch Beauftragung der Vertretung an die Badischen Kollegen.[1])

Interpellationen werden beschlossen betreffs der hohen Lebensmittelpreise und betreffs der Kohlenpreise. Als Redner werden für erstere bestimmt: *Scheidemann* und *Eichhorn*, für letztere *Molkenbuhr* und *Hue*.[2])

[1]) *Dreesbach* war am 25. 11. 1906 verstorben, s. Nr. 172.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 243 (Anlagen) S. 2613.

Als Etat-Redner werden bestimmt: *Bebel* und *David* und falls ein dritter Redner herankomme, *Emmel*. Auf Anregung **Davids** wird beschlossen, einen Antrag auf Aufhebung der Fahrkartensteuer einzubringen, auf Antrag **Hues** einen solchen zum Schutz der Hüttenarbeiter in bezug auf Schutz der Pensionsansprüche und Beschäftigungsverbot von Kindern unter Tage. Mit der Fassung des letzteren Antrags wird die Soziale Kommission beauftragt.[3])

Betreffs des Staatsvertrages mit den Niederlanden[4]) betreffs Unfallversicherung soll unsererseits Kommissionsberatung beantragt werden, und die Stimmabgabe [wird] von deren Ergebnis abhängig gemacht; der gleiche Beschluß wird in bezug auf die Vorlagen betreffs Majestätsbeleidigung und Sicherung der Bauhandwerkerforderungen gefaßt.[5])

In das Interparlamentarische Komitee werden die Genossen *Bebel* und *Singer* entsandt.[6])

Südekum teilt mit, daß er in die Kommission zur Untersuchung der Eingeborenenrechte in den Kolonien berufen worden sei[7]), [jedoch] an der Sitzung wegen gleichzeitig übernommener Agitationsreise nicht habe teilnehmen können.

Singer

[3]) Die Bezeichnung „soziale Kommission" bürgerte sich für die wichtigste fraktionsinterne Unterkommission, die für Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung, s. Nr. 181 und 182, ein. — Zu dem Antrag der Kommission s. Sten. Berichte Bd. 243 (Anlagen) S. 2613 f.

[4]) Sten. Berichte Bd. 241 (Anlagen) S. 1794—1796.

[5]) S. Nr. 188.

[6]) Vgl. Nr. 136 Anm. 1.

[7]) Am 9. 7. 1907 hatte der Staatssekretär des neuen Kolonialamtes *Dernburg* eine Kommission aus Gelehrten, Kolonialbeamten und Abgeordneten zum Studium und zur Kodifikation des Eingeborenenrechtes eingeladen; s. Schulthess 1907 S. 131.

191.

23. 11. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

In die Kommission für [den][1]) Staatsvertrag mit den Niederlanden werden entsandt *Schmidt* und *Stadthagen*, in die zur Beratung der Vorlage betreffend die Majestätsbeleidigungen *Böhle*, *Eichhorn* und *Heine*.[2])

Am nächsten Mittwoch soll Schwerinstag sein, und da einer unserer Anträge an der Reihe ist, wird beschlossen, den Antrag betr. Einführung von Volks-

[1]) Im Or. „die".

[2]) S. Nr. 190.

vertretungen in allen Bundesstaaten auf Grundlagen des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zur Verhandlung zu bringen. Als Redner werden bestimmt *Emmel* und *Fischer*.[3])

Singer

[3]) Am Mittwoch, dem 27. 11. 1907, kamen keine Initiativanträge zur Verhandlung.

192.

27. 11. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

In die Kommission für den Versicherungsvertrag werden gewählt: *Heine*, *Schmidt*, *Stadthagen*;[1]) für die Sicherung der Bauhandwerkerforderungen *Bömelburg*, *Frank*, *Hoch*.[2]) Als Redner für das Börsengesetz[3]) und das sogenannte kleine Wechselprotestgesetz[4]) *Singer*; ebenso für das sogenannte kleine Handelsgesetz (§ 63).[5])

Singer

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 229 S. 1925.
[2]) S. Sten. Berichte Bd. 229 S. 1893.
[3]) S. Sten. Berichte Bd. 243 (Anlagen) S. 2597—2612.
[4]) S. Sten. Berichte Bd. 243 (Anlagen) S. 2533—2546.
[5]) Novelle zu § 63 des Handelsgesetzbuches; s. Sten. Berichte Bd. 243 (Anlagen) S. 2614—2616.

193.

5. 12. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Nach kurzem Bericht über die Kommissionsverhandlungen betreffs Majestätsbeleidigungs-Vorlage wird unseren Genossen freigestellt, für alle Anträge zu stimmen, die eine Verbesserung des jetzigen Zustandes herbeizuführen geeignet sind.[1])

Aus Anlaß der Vereinsgesetz-Vorlage wird Kollege *Heine* beauftragt, in einer Art Denkschrift die gravierendsten Fälle polizeilicher Willkür und juristischer Monstrosität zusammenzustellen, die auch noch unter dem Geltungsbereich der neuen Vorlage in Frage kämen. Als Redner für die Generaldebatte wer-

[1]) S. Nr. 191.

den bestimmt *Heine*, *Legien* und *Hildenbrand*; in die Kommission: *Heine* (für die juristischen), *Legien* (für die gewerkschaftlichen) und *Bebel* (für die allgemein-politischen) Gesichtspunkte. Die Württembergische Landesorganisation hatte der Fraktion den Wunsch ausgedrückt, mit Rücksicht auf die speziell württembergischen Interessen Kollegen *Hildenbrand* in die Kommission zu senden. Diesem Wunsche soll entsprochen werden, wenn auf die Fraktion 4 Mitglieder entfallen; andernfalls soll *Hildenbrand* zeitweise für *Bebel* eintreten.[2])

Singer

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 238 (Register) S. 9804; s. a. Nr. 186.

194.

11. 12. 1907: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Für die 2. Lesung des Etats des Innern werden als Redner ernannt: in erster Linie *Hoch* und *Schmidt*, in zweiter *Hue* und *Stadthagen*. Dazu sollen folgende Resolutionen eingebracht werden:

1. eine allgemeine für alle Personen, die von anderen Personen beaufsichtigt werden,
2. eine für die Glasarbeiter
3. „ „ „ Bergarbeiter
4. „ „ „ Arbeiter in Hüttenwerken usw.
5. „ „ „ Bauarbeiter

Der Wortlaut der Resolutionen wird vom Sozialpolitischen Ausschuß festgestellt.[1])

In die Budget-Kommission sollen die Kollegen *Böhle* und *Emmel* eintreten, sobald und solange der Reichseisenbahn-Etat beraten wird.

Der Gesetzentwurf über die Hilfskassen[2]) soll in der ersten Fraktions-Sitzung nach Neujahr, evtl. bei Zeitmangel in einer besonderen Fraktionssitzung in gleicher Woche beraten werden.

Singer

[1]) Zur Zusammensetzung des fraktionsinternen sozialpolitischen Ausschusses s. Nr. 181. Zum Text der Resolutionen s. Sten. Berichte Bd. 244 (Anlagen) S. 3075 f.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 242 (Anlagen) S. 2244—2308.

195.

8. 1. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Stellung der Fraktion zum Vogelschutzgesetz.[1]) Entwurf im Plenum soll Genosse *Eichhorn* vertreten. Über die Gewerbeordnungs-Novelle[2]) soll in einer der nächsten Sitzungen die Soziale Kommission[3]) berichten.

Über die Mißstände im Knappschaftswesen soll nachstehende Interpellation eingebracht werden:

Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob er eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vorzulegen gedenkt, welche die Verhältnisse im Knappschaftswesen in einer für die Arbeiter befriedigenden Weise regelt.[4])

Singer

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 241 (Anlagen) S. 1976.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 244 (Anlagen) Drucksache Nr. 552.

[3]) Der Fraktion; s. Nr. 181 und 194 Anm. 1.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 244 (Anlagen) S. 3429.

196.

13. 1. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion beschließt, wegen der Wahlrechtsfrage-Beantwortung durch den Fürsten *Bülow* im preußischen Landtag[1]) und wegen der Militär-Konsignierung bei den Wahlrechtsdemonstrationen am 12. Januar eine Interpellation einzubringen. Zu Rednern werden *Bebel* und *Fischer* bestimmt.[2])

Singer

[1]) Die Freisinnigen hatten am 10. 1. im preußischen Abgeordnetenhaus die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gefordert. *Bülow* lehnte die Forderung ab. Am gleichen Tage und am 12. 1. veranstalteten die Sozialdemokraten zugunsten der preußischen Wahlrechtsreform Straßendemonstrationen in Berlin. S. Schulthess 1908 S. 3 f.

[2]) Die Interpellation wurde am 22. 1. 1908 verhandelt, obwohl der Reichskanzler *Bülow* die Beantwortung ablehnte; vgl. Sten. Berichte Bd. 230 S. 2621 f.

197.

15. 1. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Zum Scheck-[1]) und Telefunken-Gesetz[2]) soll Genosse *Frank* als Redner Zustimmung der Fraktion aussprechen.[3]) Für den Sozialen Ausschuß[4]) referiert *Molkenbuhr* über die Gewerbeordnungs-Novelle[5]); als Redner werden bestimmt *Stadthagen* und *Molkenbuhr*; wird in Verbindung mit dieser Novelle auch der Gesetzentwurf betreffs Regelung der Verhältnisse in der Zigarren-Industrie behandelt, soll *Geyer* den Standpunkt der Organisationen[6]) im Plenum vertreten.

Heine referiert über die Anträge der Fraktionsmitglieder in der Vereinsgesetzkommission.[7])

Singer

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 244 (Anlagen) Nr. 566.

[2]) Novelle zum Gesetz über das Telegraphenwesen, s. Sten. Berichte Bd. 244 (Anlagen) Nr. 560.

[3]) Im Or. auch an dieser Stelle, am Ende einer Seite des Protokollbuches, versehentlich von *Singer* unterzeichnet.

[4]) Unterausschuß der Fraktion; s. Nr. 181 und 194.

[5]) S. Nr. 195.

[6]) *Friedrich Geyer*, MdR, war Zigarrenfabrikant und gleichzeitig Redakteur einer Zigarrenarbeiter-Verbandszeitschrift; s. Osterroth, Biographisches Lexikon S. 98.

[7]) Vgl. Nr. 193 Anm. 2.

198.

22. 1. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Zur Änderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches sollen die Anträge neu eingebracht werden, die von unseren Genossen bereits im Herbst 1905 eingebracht worden sind.[1])

Gegen die Majestätsbeleidigungs-Vorlage stimmt die Fraktion auch in 3. Lesung.[2])

Zum Etat des Reichskanzlers soll eine Resolution betreffs Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Volks-

[1]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 92 f.

[2]) Vgl. Nr. 193.

vertretungen in allen Bundesstaaten eingebracht werden; als Redner wird Genosse *Bebel* bestimmt.[3])

Über die Wechselprotest-Kommissions-Sitzungen[4]) berichtet **Lehmann**, die Fraktion stimmt zu, daß die Anträge auf Festlegung der Postgebühren im Gesetz (statt durch Verwaltungsbestimmung) im Plenum wiederholt werden.

Singer

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 245 (Anlagen) S. 3608; vgl. Nr. 196 Anm. 1 und 2.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 243 (Anlagen) S. 2533 f.

199.

29. 1. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die von unseren Mitgliedern in der Budgetkommission gestellten Anträge betreffend Erhöhung der Soldatenlöhnung, Öffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen und Einführung der einjährigen Dienstzeiten sollen auch im Plenum wiederholt werden;[1]) für die Zentrumsresolution betreffend Erlaß einer Denkschrift über Herabsetzung der Kavallerie-Dienstzeit[2]) stimmt die Fraktion im Plenum.

Beim Justizetat sollen die als Initiativanträge unsererseits gestellten Anträge betreffend Sondergerichte für ländliche Arbeiter und Privatbeamte, Gebühren für Geschworene und Schöffen und das Recht der Zeugnisverweigerung für Abgeordnete und die Presse als Resolutionen eingebracht werden.[3])

Singer

[1]) S. die SPD-Resolutionen zum Heeres- und Justizetat, Sten. Berichte Bd. 245 (Anlagen) S. 3638—3640.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 245 (Anlagen) S. 3637.

[3]) S. Anm. 1.

200.

5. 2. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Auf die Anfrage des Gewerkschaftskartells Gera spricht sich die Fraktion dahin aus, daß die grundsätzliche Entscheidung, ob die Handwerkskammern oder die Fortbildungsschulen berechtigt seien, den Lehrlingen den Besuch der Ver-

sammlungen der Jugendorganisationen zu verbieten, bis nach der Entscheidung der Vereins- und Gewerbeordnungs-Novelle verschoben werden soll.[1])

Der Fraktionsvorstand wird beauftragt, da Kollege *Heine*, wie Kollege **Frank** mitteilt, zum Justizetat nicht sprechen will, sich mit Kollegen *Stadthagen* zu verständigen, ob er oder Genosse *Frank* die Rede zum Justizetat hält.

Die Fraktion wird gegen die für Kiautschou geforderten Kosten stimmen.

Singer

[1]) Handelt sich um die Novelle zur Gewerbeordnung, das Lehrlingswesen betreffend; s. Sten. Berichte Bd. 241 (Anlagen) S. 1967 f. Zur Vorlage eines Vereinsgesetzes vgl. Nr. 193 Anm. 2.

201.

12. 2. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Über den Entwurf des Gesetzes über den Versicherungs-Vertrag[1]) berichtet Kollege **Heine** und empfiehlt, der Enbloc-Annahme nicht zu widersprechen. Die Fraktion beschließt, nur über die ersten 185 Paragraphen Enbloc-Annahme zuzulassen und die evtl. zu stellenden Anträge durch Vereinbarung der Kollegen *Heine* und *Stadthagen* mit dem Sozialpolitischen Ausschuß vorbereiten zu lassen.

Singer

[1]) Vgl. Nr. 192 Anm. 1.

202.

19. 2. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Genosse **Singer** gedenkt in ehrenden Worten des eben verstorbenen Genossen *Meist* und die Fraktion erhebt sich zum Zeichen der Ehrung.[1])

Kollege **Frank** berichtet über das Funken-Telegraphen-Gesetz, empfiehlt dessen Annahme ohne Stellung weiterer Anträge; nur bei § 1 soll unsere grundsätzliche Stellungnahme ausgesprochen werden.[2])

Über den Antrag zum Reichs-Justiz-Etat betr. die rechtliche Anerkennung der Tarifverträge berichtet Genosse **Robert Schmidt.** Die Fraktion

[1]) *Karl Meist* M.d.R. bis 1907 starb am 19. 2.; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1908 S. 62.

[2]) S. Nr. 197 Anm. 2.

beschließt, für dieselben zu stimmen, aber auf Einzelheiten sich wegen der unter den Fraktionsgenossen bestehenden Meinungsverschiedenheiten über Art und Inhalt der Tarifverträge und der Einwirkung des § 152 Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung nicht einzulassen.

Auf Wunsch der Fraktion berichtet Kollege **Ledebour** über die *Dernburgsche* Denkschrift betreffend die Kolonien.[3])

Singer

[3]) Am 18. 2. 1908 hatte Staatssekretär *Dernburg* in der Budgetkommission eine längere Erklärung über die Lage in den Kolonien abgegeben. Zu Beginn der Kommissionssitzung verlas deren Vorsitzender ein „Schriftstück", das über die in Vorbereitung befindlichen — d. h. vom Bundesrat noch nicht verabschiedeten — Kolonialvorlagen unterrichtete. Vermutlich bezieht sich das Protokoll auf dieses Schriftstück. S. Schulthess 1908 S. 29.

203.

26. 2. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift nicht identifiziert.

Ledebour setzt seinen Bericht über die *Dernburg'schen* Kolonialdenkschriften fort mit Ostafrika.[1]) **Eichhorn** ergänzt ihn. In der Diskussion beantragt **David** die Einsetzung einer Kommission zur Entwerfung eines Kolonial-Programms. **Ledebour** und **Bebel** sprechen dagegen; letzterer betont im besonderen, daß ein solcher Antrag ausschließlich von einem Parteitage zum Beschluß erhoben werden könne. **David** zieht schließlich seinen Antrag zurück.

Singer

[1]) Vgl. Nr. 202 Anm. 3.

204.

11. 3. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Singer berichtet über die Verhandlungen aus dem Seniorenkonvent. Den Parlamentarischen Bericht für den Parteitag soll Genosse *Eichhorn* abfassen.[1]) Für die Sachverständigen-Kommission zwecks Abgabe eines Gutachtens über die Bank-Enquete, in die aus jeder Fraktion ein Mitglied entsandt werden soll, wird Genosse *Singer* seitens der Fraktion in Vorschlag gebracht.

Singer

[1]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1908 S. 117—167 und S. 257—259 (mündlicher Bericht).

205.

2. 4. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Anträge der Fraktion zum Vereinsgesetz im Plenum (2. Lesung) sollen in erster Linie von den Mitgliedern der Kommission vertreten werden, soweit andere Fraktionsmitglieder sich zum Worte melden wollen, sollen sie sich mit den Kommissionsmitgliedern verständigen. Eventual-Anträge sollen bei der zweiten Lesung überhaupt nicht eingebracht werden.[1])

[1]) S. Nr. 206; vgl. Nr. 193 Anm. 2.

206.

7. 4. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

In der 3. Lesung des Vereinsgesetzes bringt die Fraktion Anträge ein zu Paragraphen 3a, 7, Abs. 1 und 2 und 10a. Namentliche Abstimmungen sollen beantragt werden zu § 7 Abs. 1 und zur Schlußabstimmung.[1]) Als Redner werden bestimmt: für die Generaldebatte *Heine*, zu § 3a *Severing*, zum Antrage zu § 7a *Ledebour*, zum Antrag § 10a *Frank*. Die Besprechung der Rede des Kollegen *Hue* zu § 7 des Vereinsgesetzes wird auf die nächste Fraktionssitzung vertagt.[2])

In der 3. Lesung des Börsengesetzes[3]) stimmt die Fraktion gegen dasselbe; Redner *Singer*.

Singer

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 247 (Anlagen) S. 5303.

[2]) Der § 7 des Vereinsgesetzentwurfes sah vor, daß öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen der Genehmigung der Polizeibehörde bedürfen. Abs. 2 des § 7 regelte die Modalitäten zur Beantragung der Genehmigung und schrieb Regeln für das Verfahren der Ablehnung vor, s. Sten. Berichte Bd. 247 (Anlagen) S. 5303 f. Die Wahl *Ledebours* zum Plenarredner für den wichtigen Antrag zum § 7 und die Ablehnung, den Redeentwurf des Bergarbeiterführers *Hue* in der Fraktion zu beraten, können als Anzeichen von Spannungen und Gruppierungen in der Fraktion gedeutet werden; s. dazu auch Nr. 207 und Nr. 189 Anm. 8. Hiernach wurde auch *Hues* Wunsch, dem Parteitag ein Referat zur Kartellfrage vortragen zu dürfen, abgelehnt. S. a. Nr. 182 Anm. 4 und Nr. 184, wonach die Verhandlung von *Davids* Vorschlägen zur parlamentarischen Taktik vertagt wurde.

[3]) Zum Börsengesetz vgl. Sten. Berichte Bd. 238 (Register) S. 9527.

207.

29. 4. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Singer beantragt, die Besprechung der Rede des Genossen *Hue*, die auf die heutige Sitzung angesetzt war, bis zum Herbste zu vertagen; die Fraktion stimmt zu.[1])

Es folgen die Berichte aus dem Seniorenkonvent und den einzelnen Kommissionen. Bezüglich der Teuerungszulagen an die Beamten soll unsererseits dafür eingetreten werden, daß diese auch an die unverheirateten und an die sogenannten Hilfsarbeiter gezahlt werden. Bei der Subvention der Dampferlinien nach Neu-Guinea, bei den Kolonial-Eisenbahnen, beim kleinen Befähigungsnachweis sowie beim Tierhalter-Paragraphen wird die Fraktion gegen die Vorschläge der Kommissionen stimmen. Beim Münzgesetz sowohl gegen die Ausprägung der 25-Pfg.- wie der Taler-Stücke. Für das Postscheckgesetz wird die Fraktion stimmen, trotzdem die Anträge der Fraktion sowohl bezüglich der Verzinsung wie bezüglich Gebührenermäßigung abgelehnt wurden.[2])

Zu dem Krankenkassen-Kongreß[3]) werden als Vertreter der Fraktion die Kollegen *Molkenbuhr*, *Schmidt-Berlin* und *Stadthagen* delegiert.

Singer

[1]) S. Nr. 206 Anm. 2.

[2]) Diese Vorlagen kamen am 30. 4. und 1. 5. im Plenum zur Verhandlung; s. Sten. Berichte Bd. 232 S. 4879, 4961.

[3]) Zur Einberufung des Kongresses vgl. Correspondenzblatt v. 22. 2. 1908, S. 125.

208.

4. 11. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Genosse **Singer** widmet den verstorbenen Kollegen *Ehrhart* und *Tutzauer* warme Worte der Anerkennung und begrüßt den an seiner [*Ehrharts*] Stelle gewählten Genossen *Binder* als Kollegen.[1])

[1]) *Ehrhart* war am 20. 7. 1908 gestorben. An seine Stelle wurde in Speyer am 15. 9. 1908 *Binder* gewählt. *Tutzauer* war 1907 nicht wieder in den Reichstag gewählt worden, sein genaues Todesdatum ließ sich nicht feststellen; s. Protokoll SPD-Parteitag 1909, S. 61.

Die Fraktion beschließt die Einbringung zweier Interpellationen:

1. aus Anlaß der Veröffentlichung des Kaiser-Interview im Daily Telegraph mit *Singer* als Interpellant und *Heine* für die Besprechung;

2. aus Anlaß des durch die Krise hervorgerufenen Notstandes mit *Molkenbuhr* als Interpellant und *Severing* als Redner für die Besprechung.[2])

Ferner werden die Redner bestimmt für die auf der Tagesordnung der Nachmittagssitzung stehenden Petitions-Berichte.

Für das Automobilgesetz[3]) werden *Stadthagen* und *Stolle*, für den Gesetzentwurf betreffend Armen-Unterstützung[4]) *Brühne*, betreffend Schlachtvieh-Marktordnung[5]) Genosse *Scheidemann* als Redner bestimmt.

Singer

[2]) S. Nr. 209.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 233 S. 5263.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 234 S. 6251.

[5]) S. Sten. Berichte Bd. 234 S. 5347.

209.

11. 11. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Genosse **Singer** erstattet den Bericht aus dem Seniorenkonvent bezüglich der Behandlung der Steuervorlagen; die Generaldiskussion soll über sämtliche Steuervorlagen gemeinsam stattfinden. Als Fraktionsredner werden bestimmt: *Geyer*, *Südekum* und *Emmel*.[1])

[1]) Zur Beratung der Finanzreform 1908/09 — Matrikularbeiträge, Tilgung der Reichsschulden, Neuaufteilung des Ertrages der Erbschaftssteuer auf Reich und Bundesstaaten, Genußmittelsteuern, Nachlaß- und Erbschaftssteuern etc. — s. Sten. Berichte, Bd. 248 (Anlagen), Drucksachen Nr. 992—1001. Bis 1904 waren die Reichszuschüsse für die Bundesstaaten weitgehend abgeschafft worden, während die Schuldenlast des Reiches ständig wuchs. Die Finanzreform von 1906 hatte zugunsten des Reiches eine neue direkte Steuer eingeführt, die aber durch die Bundesstaaten eingezogen wurde und von deren Ertrag nur $^2/_3$ dem Reich zufielen. Die Ausweitung der Reichsausgaben sowie die wachsende Verschuldung veranlaßten *Bülow* im Nov. 1908, dem Reichstag einen Finanzreformplan vorzulegen. Zur Stellungnahme der SPD zu den Regierungsvorlagen in den verschiedenen Phasen ihrer Beratung s. Protokoll SPD-Parteitag 1909 S. 107—123 und 178—185; vgl. die Rede *Geyers* vor dem Plenum am 20. 11. 1908 und die darin angedeutete, für die SPD kennzeichnende Verbindung der Steuerfragen mit Verfassungsangelegenheiten, Sten. Berichte Bd. 233 S. 5575. Über den dramatischen Verlauf der Kommissionsverhandlung zur Finanz- und Steuerreform s. Bachem VII S. 48—64; Epstein S. 79—81; Theodor Eschenburg, Das Kaiserreich am Scheideweg, Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929 S.176—202; Schorske S.146—151.

Für das Besoldungsgesetz[2]) sprechen im Auftrag der Fraktion *Singer* und *Emmel*; bei der Interpellation über die „Schwarzen Listen“[3]) *Sachse*.

Genosse **Ledebour** regt an, die aus der Diskussion über die Kaiser-Reden sich für unsere Fraktion ergebenden Anträge zur Geschäftsordnung und Verfassung etc. möglichst umgehend einzubringen; zu dem Zwecke wird eine Kommission, bestehend aus *Heine*, *Ledebour* und *Singer*, mit der Ausarbeitung und Formulierung dieser Anträge betraut.[4])

Zum Schluß erstattet Genosse **Stadthagen** Bericht über die bisherigen Verhandlungen in der Gewerbeordnungsnovelle-Kommission.

Singer

[2]) Der Beamtenbesoldungsgesetzentwurf wurde am 5. 12. 1908 im Zusammenhang der Finanzreform in erster Lesung verhandelt, Sten. Berichte Bd. 233 S. 5995.

[3]) Interpellation des Zentrums, vgl. Sten. Berichte Bd. 248 (Anlagen) S. 5694.

[4]) Die SPD stellte nach der Daily-Telegraph-Affäre Anträge auf Abänderung der Reichsverfassung und der Geschäftsordnung des Reichstages; s. Drucksachen Nr. 1036, 1037, 1040 in: Sten. Berichte Bd. 250 (Anlagen) S. 5831—5833. Der Verfassungsantrag forderte durch Änderung des Art. 17 der Verfassung die Einführung einer Verantwortlichkeit des Reichskanzlers vor dem Reichstag, die sich auch auf die politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstrecken sollte. Der Kanzler sollte auf Antrag des Reichstages entlassen werden und für Unterlassungen oder grobe Fahrlässigkeit in seiner Amtsführung bzw. für verfassungswidriges Verhalten vor einem Staatsgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden können. Ein zweiter Antrag forderte die Änderung des Art. 11 Abs. 2 der Verfassung in der Weise, wie sie später durch Reichsgesetz vom 28. Oktober 1918 vorgenommen wurde. Der Geschäftsordnungsantrag forderte, daß auf Antrag von mindestens 50 Abgeordneten sofort in die Debatte über eine Interpellation eingetreten werden müsse. Der Verschleppung der Antworten durch den Reichskanzler bzw. seine Stellvertreter sollte dadurch vorgebeugt werden. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1909 S. 100—105.

210.

19. 11. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Genosse **Singer** erstattet Bericht über die Besprechungen im Seniorenkonvent, am Dienstag und Mittwoch sollen die Bergwerks-Interpellationen[1]) beantwortet und nach Abschluß der Generaldebatte über die Finanzreform[2]) die Anträge betreffs Ministerverantwortlichkeit[3]) und dergleichen behandelt werden. Bei der Gelegenheit soll dann die Frage der Kaiser-Reden nochmals aufgerollt werden können.

[1]) Am 11./12. 11. 1908 waren bei einem Grubenunglück in Westfalen 360 Bergleute ums Leben gekommen. Vgl. Schulthess 1908 S. 200.

[2]) Vgl. Nr. 209 Anm. 1.

[3]) Vgl. Nr. 209 Anm. 4.

Fischer regt an, ob nicht eine Interpellation unsererseits soll eingebracht werden, ob und welche Garantien der Reichskanzler vom Kaiser bei der Unterredung in Potsdam[4]) erhalten habe, daß Vorkommnisse, wie sie jüngst den Gegenstand der Verhandlungen im Reichstag bildeten, sich nicht wiederholen, da doch die Antwort des Kaisers im Grunde eine brüske Abweisung der im Reichstag verlangten konstitutionellen Verhältnisse bedeute und man im Lande kaum verstehen werde, daß gerade der Reichstag vom Kanzler keinerlei Mitteilung erhalten habe.[5])

Auf den seitens *Singer*, *Ledebour*, *Geyer* u. a. geäußerten Widerspruch, daß die Interpellation zweifellos vom Kanzler durch die Verzögerung der Beantwortung auf die lange Bank geschoben werde und der Zweck durch die Beratung der Initiativanträge unmittelbar nach Schluß der Finanzreform-Generaldiskussion erreicht werde, zieht **Fischer** seine Anregung zurück, da die hierfür nötige Einmütigkeit der Fraktionsauffassung nicht vorliege.

Singer

[4]) *Bülow* hatte am 17. 11. den Kaiser in Potsdam aufgesucht. Die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* veröffentlichte, s. Schulthess 1908 S. 201, hierüber ein Kommuniqué, worin es u. a. heißt: „Demgemäß billigte Seine Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den *Fürsten von Bülow* Seines fortdauernden Vertrauens. Der Reichskanzler *Fürst Bülow* hat alsbald nach seiner Rückkehr von Potsdam das preußische Staatsministerium zu einer vertraulichen Besprechung zusammengerufen, in der er über das Ergebnis seines Vortrags bei Seiner Majestät dem Kaiser Mitteilung machte. Unmittelbar hierauf wird der Reichskanzler den Präsidenten des Reichstages, *Grafen zu Stolberg*, zu einer längeren Besprechung empfangen."

[5]) Nach der N.A.Z. Meldung, s. Anm. 4, hatte *Bülow* die Absicht, den Reichstagspräsidenten zu unterrichten.

211.

25. 11. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Eine briefliche Beschwerde *Calwers* an Genossen *Bebel* über einen Zwischenruf, den ein Fraktionsgenosse bei der Beratung der Finanzreform gemacht, soll von der Fraktion nicht beantwortet werden.

Die Budgetkommission soll beschickt werden durch die Genossen *Singer* (als ständiges Mitglied) und *Ledebour* und *Scheidemann*; letztere beide sollen je nach der Materie ersetzt werden durch andere Fraktionsmitglieder, die ihren Eintritt beim Fraktionsvorstand anzumelden haben; die Entscheidung soll in der Fraktions-Sitzung erfolgen.[1])

[1]) Vgl. Nr. 180.

Als Redner werden bestimmt: für den Etat: *Singer* und *Scheidemann*; für die Verfassungs-Anträge: *Ledebour*, *Heine* und *Singer*.

In die Finanz-Reform-Kommission sollen entsandt werden *Geyer*, *Singer*, *Stadthagen* und evtl. als 4. Mitglied *Südekum*.

Über die Kommissions-Verhandlungen betr. das Viehseuchen-Gesetz berichtet *Scheidemann* und empfiehlt als neuen Antrag die obligatorische Versicherung von Reichs wegen.

Singer

212.

30. 11. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Stadthagen berichtet über die vorliegenden Beschlüsse der Gewerbeordnungs-Kommission (Nr. 1050 der Drucksachen) sowie über die Stellung der Kommission zu unseren Anträgen. Die von unseren Kommissionsmitgliedern gestellten Anträge (Nr. 1051 der Drucksachen) finden die Zustimmung der Fraktion. Außerdem soll zu § 137a beantragt werden, daß an Arbeiterinnen und Jugendliche Arbeit überhaupt nicht nach Hause mitgegeben werden darf.

Zu § 137a soll Genosse *Albrecht*, zu § 138a *Hoch* sprechen; im übrigen wie immer die Mitglieder der Kommission in erster Linie.[1])

Singer

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 250 (Anlagen) S. 5898—5968.

213.

2. 12. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Legien berichtet über das Arbeitskammergesetz[1]); die Fraktion behält sich ihre Stellungnahme bis nach der Kommissionsberatung vor.

Singer berichtet über die weiteren Dispositionen des Reichstags. Von uns soll nur noch die 3. Lesung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle durchzubringen gedrängt werden.[2])

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 250 (Anlagen) S. 5863—5867.

[2]) S. Nr. 212; die 3. Lesung fand am 9. 12. statt.

Südekum regt an, ob die Fraktion nicht beantragen solle, die Verfassungs- und Geschäftsordnungs-Anträge an zwei Kommissionen zu verweisen. Die Fraktion beschließt, in diesem Sinn einen Versuch zu machen.[3])

Hue regt eine Interpellation über die Handhabung des Vereins-Gesetzes an; die Fraktion stimmt zu und ernennt *Brey* zur Begründung und *Ledebour* zum Schlußwort als Redner.[4])

Singer

[3]) S. Nr. 209 Anm. 4.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 250 (Anlagen) S. 6028.

214.

9. 12. 1908: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Als Redner für die 2. Lesung des Etats[1]) werden für das Reichsamt des Innern bestimmt: *Zubeil* und *Hoch*; die Redner für die anderen Titel sollen sich bei dem Vorsitzenden der Fraktion melden; falls keine Verständigung in dem Falle, daß mehrere zum gleichen Titel sprechen wollen, sich ergeben sollte, soll in der ersten Sitzung nach den Ferien darüber beschlossen werden.

Für die Besetzung der Kommissionen entsendet die Fraktion in die:

Tabaksteuer-Kommission: *Böhle, Kaden, Molkenbuhr;* Weinkommission: *Binder, David, Lehmann;* Biersteuer-Kommission: *Emmel, Südekum, Zubeil;* Gas- und Elektrizitätssteuer-Kommission: *Böhle, Brühne, Severing;* Nachlaßsteuer-Kommission: *Emmel, Ulrich;* Inseratsteuer-Kommission: *Dietz, Geck, Hengsbach;* Schnapssteuer-Kommission: *Stücklen, Südekum.*

Eine Anregung **Ledebours**, seitens der Fraktion aus Anlaß der Debatten über das persönliche Regiment einen Aufruf an das Volk zu erlassen, wird nach kurzer Debatte mit Rücksicht auf die zwischen Parteivorstand und Generalkommission beschlossene allgemeine Agitation[2]) wieder fallengelassen.

Singer

[1]) Zur Etatsberatung über den Reichshaushalt von 1909 vgl. Sten. Berichte Bd. 250 (Anlagen) S. 6027 und Bd. 238 (Register) S. 9574.

[2]) Die Agitation richtete sich hauptsächlich gegen die Gewerbeordnungsnovelle. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1909 S. 24.

215.

13. 1. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Südekum berichtet über ein Gesuch des Arbeiter-Abstinenten-Vereins an die Fraktion, bei der Branntweinsteuer-Vorlage Anträge einzubringen, die einen Teil des Ertrages zur Bekämpfung des Alkoholgenusses verwendet wissen wollen. Die Fraktion nimmt den Bericht entgegen, beschließt aber, daß vorläufig in der Kommission dementsprechende Anträge nicht gestellt werden.

Scheidemann berichtet über die Vorlage zur Feststellung der Schlachtvieh-Marktpreis-Notierungen[1]) und schlägt vor, bei der dritten Lesung für die Vorlage zu stimmen, wenn unser Antrag angenommen würde.

Sachse[2]) berichtet über eine Konferenz, die am 5. Januar im Reichsamt des Innern betreffs der „Schwarzen Liste“[3]) stattgefunden [hat,] und zu welcher er und *Hue*[4]) Einladungen erhalten [hatten].[5]) Die Konferenz habe den Charakter einer vertraulichen Besprechung über das vorliegende Material gehabt, weshalb auch eine Veröffentlichung in der Presse auf Wunsch des Staatssekretärs unterblieben sei; ihrem Verbandsvorstand und ihren Mitgliedern hätten sie selbstverständlich Mitteilung machen können. Die Fraktion nimmt den Bericht entgegen.

Zum Gesetzentwurf betreffend Arbeitskammern[6]) wird anstelle *Bömelburgs*, der verhindert ist, *Severing* sprechen.

Geyer schlägt vor, daß in der Steuerkommission[7]) unsere Fraktion Anspruch auf das Referat der Tabak- und Inseraten-Steuer erhebe; die Fraktion ist der Meinung, ein Referat für die Kommission zwar anzunehmen, es aber nicht zu fordern.

Frank und **Bömelburg** fragen an, ob in dem Gesetzentwurf betreffend Sicherung der Bauforderung[8]) verlangt werden soll, daß zu dem Amt der Bauschöffen auch Arbeiter berufen werden müssen oder bloß können; die Fraktion entscheidet für erstere Auffassung.

---

[1]) Gesetzentwurf betr. die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh, s. Sten. Berichte Bd. 248 (Anlagen) S. 5685 f.

[2]) *Hermann Gottfried Sachse*, seit 1898 M.d.R. und seit 1902 Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

[3]) Vgl. Nr. 209 Anm. 3.

[4]) *Otto Hue*, Gewerkschaftsführer im Verband der Bergarbeiter Deutschlands, bis 1907 M.d.R., Verfasser zahlreicher Schriften über Bergarbeiterfragen.

[5]) Im Or.: „habe“.

[6]) Vgl. Nr. 213 Anm. 1.

[7]) Finanzreformkommission, vgl. Nr. 209 Anm. 1, und Steuerkommissionen, vgl. Nr. 211, 214.

[8]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 242 (Anlagen) S. 2126.

Sachse fragt an, ob zur Etatsberatung unsere Initiativanträge nicht wieder in Resolutionen zum Etat umgewandelt werden sollen; die Sache wird dem sozialpolitischen Ausschuß[9]) überwiesen mit dem Wunsche möglichster Einschränkung.[10])

Als Redner zur 2. Lesung des Etats[11]) haben sich gemeldet:

Etat des Innern:
Reichsversicherungsamt: *Bömelburg, Sachse, Stadthagen.*
Reichsgesundheitsamt: *Bömelburg, Brühne, Lehmann, Severing.*
Statistisches Amt: *Legien.*
Privatversicherung (Aufsichtsamt): *Severing.*
Oberseeamt: *Metzger.*

Militäretat: *Noske, Stücklen.*
Justizetat: *Frank, Heine, Stadthagen.*
Reichseisenbahnetat: *Böhle, Emmel.*
Postetat: *Eichhorn, Singer, Lehmann.*
Marineetat: *Legien, Severing.*
Kolonialetat: *Eichhorn, Ledebour, Noske.*
Reichskanzler: *David, Emmel, Ledebour.*
Auswärtiges Amt: *Ledebour.*[12])

Über die Reihenfolge sollen die Redner sich selber verständigen.

Singer

[9]) Zu diesem Unterausschuß der Fraktion vgl. Nr. 181.

[10]) Vgl. Nr. 216 Anm. 3.

[11]) S. Nr. 214 Anm. 1.

[12]) Im Or. an dieser Stelle außerdem zwei Namen mit Bleistift geschrieben, von denen der eine ebenfalls als *Ledebour* zu entziffern ist.

216.

20. 1. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Auf Einladung des am 1., 2. und 3. Februar in Berlin tagenden Bergarbeiter-Kongresses zur Teilnahme an seinen Verhandlungen werden die Kollegen *Bömelburg, Hengsbach, Robert Schmidt* und *Molkenbuhr* als Fraktionsvertreter delegiert.[1])

Zu einer Drogisten-Versammlung, deren Einladung gleichfalls angenommen wird, werden *Hoch* und *Ulrich* entsandt.

[1]) Zur Einberufung des Bergarbeiter-Kongresses s. Correspondenzblatt v. 23. 1. 1909 S. 55.

Über die Verhandlungen in der Weingesetz-Kommission berichtet Kollege *David*; die Fraktion stimmt seinem Vorschlag zu, daß bei Verschnittweinen die Angabe der Weinbergslage zulässig sein soll und daß die Zuckerung bis zu 20% der fertigen Mischung betragen dürfe.

Zur Frage der Dampfer-Subvention nach Neu-Guinea soll *Noske* sprechen, zum unlauteren Wettbewerb *Frank*, doch soll letzteren die Fraktion vorläufig in ihrer Stellungnahme nicht festlegen.[2])

Zur 2. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern soll die Fraktion Resolutionen wieder einbringen betreffend Reichsberggesetz und Schaffung eines Reichsamtes für Bergwerke, betreffend die Glashütten-Verordnung und betreffend Großeisenindustrie.[3])

Bebel

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 234 S. 6523, 6553.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 253 (Anlagen) S. 7286 f.; zur Umwandlung von Initiativanträgen in Etat-Resolutionen s. Nr. 215.

217.

10. 2. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Erklärung des Fraktionsvorstandes betreffs der Indiskretionen aus der Budget-Kommissions-Sitzung wird von der Fraktion zu der ihren gemacht[1]); doch sollen künftig solche Fragen sofort in einer Fraktionssitzung zur Besprechung gebracht werden.

In der Frage der Berichterstattung aus den Kommissions-Sitzungen stimmt die Fraktion einem Antrage *Ledebour* zu: Die Kommissionsmitglieder der Fraktion haben sich das Recht der Namensnennung bei Kommissionsberichten[2]) zu wahren.

Bebel

[1]) Schulthess 1909, S. 46, berichtet unter dem 26. 1.: „In der Budgetkommission kommt zur Sprache, daß der Inhalt der vertraulichen Mitteilung über die auswärtige Lage, die der Staatssekretär *v. Schoen* am 22. Januar gemacht hatte, trotz des Beschlusses der Kommission, alles geheim zu halten, in einem Telegramm der Wiener *Neuen Freien Presse* bekannt gemacht worden sei. Als der Schuldige bekannte sich der revisionistische sozialdemokratische Abgeordnete *Noske*, der der Kommission nicht angehörte, aber häufig zugegen war und sich Notizen machte. Da die Sozialdemokraten in früheren Fällen die Diskretion peinlich gewahrt haben, so wird ihm im *Vorwärts* ein schwerer Vorwurf gemacht. Die Kommission sah den Vorfall mit der Entschuldigung des Abgeordneten *Noske* für erledigt an."

[2]) Es war üblich, daß die Presse über Verhandlungen und Beschlüsse aus den Kommissionen auf Grund von Mitteilungen einzelner Kommissionsmitglieder berichtete, es sei denn, daß die Kommissionsverhandlungen ausdrücklich als geheim bezeichnet wurden. Publikum bzw. Pressevertreter waren zu den Kommissionssitzungen nicht zugelassen, hingegen konnten

nicht zu einer Kommission gehörige Reichstagsabgeordnete an den Sitzungen als Zuhörer teilnehmen. Es war nicht üblich, die Sprecher der Kommissionsverhandlungen namentlich in den Presseberichten, auch nicht in den dem Plenum vorgelegten Kommissionsberichten, bzw. in den gedruckten Kommissionsprotokollen, zu nennen. Der *Vorwärts* wich von dieser Regel ab, indem er die Kommissionsredner namentlich hervorhob. *Arendt* und *Hertling* forderten deswegen in der Etatsdebatte vom 15. 2. 1909 die strikte Einhaltung des Prinzips der Vertraulichkeit für Berichte über Kommissionsverhandlungen. *Ledebour* widersprach. Der Öffentlichkeit solle Gelegenheit gegeben werden, die Kommissionsverhandlungen kontrollieren zu können. Die Namensnennung sei notwendig, denn nicht alle Mitglieder einer Fraktion bezögen während einer Kommissionssitzung die gleiche Stellung: „Tatsächlich muß das Mitglied unter seiner eigenen individuellen Verantwortung sprechen, und weil das unvermeidlich ist, behält sich auch jede Fraktion gegenüber ihren einzelnen Fraktionsmitgliedern und sogar gegenüber den Beschlüssen ihrer Gesamtvertreter in der Kommission volle Freiheit des Handelns vor, so daß sie eventuell nachher deren Beschlüsse umstößt und eine andere Stellung einnimmt." Vgl. Sten. Berichte Bd. 235 S. 6987.

218.

17. 2. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Zum Etat des Auswärtigen Amtes hat sich als weiterer Redner Kollege *Scheidemann* gemeldet.

Den Bericht aus der Subkommission der Finanzkommission erstattet *Ulrich*. Die Fraktion beschließt, für die Anträge *Weber* und *Gamp* zu stimmen, auch wenn unsere Anträge gegen die Mindestsätze abgelehnt worden seien.

Singer

219.

17. 3. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Zur Frage des Legitimationszwanges für ausländische Arbeiter sollen die Kollegen *Legien* und *Stadthagen* zur 2. Lesung des Auswärtigen Amtes eine Resolution ausarbeiten.[1])

Aus Anlaß einzelner Reklamationen bezüglich der Abführung der [seinerzeit][2]) von der Fraktion festgesetzten Diätensätze an die Parteikasse wird eine Neuregelung beschlossen auf folgender Grundlage:

[1]) Zum Text der Resolution s. Sten. Berichte Bd. 254 (Anlagen) S. 7844.

[2]) Lesart im Or. unsicher, wahrscheinlich „szt"; bezieht sich mit Sicherheit auf den „seinerzeit" gefaßten Fraktionsbeschluß über die Abgabe eines Prozentsatzes der Diäten an die Fraktionskasse. S. Nr. 168; vgl. Nr. 182.

Jeder Kollege hat zu den allgemeinen Fraktionskosten (Sekretariat, Gratifikationen für die Diener etc.) beizutragen; und zwar[:]

a) 20% [ihrer Diäten] die in Groß-Berlin wohnenden Kollegen,

b) 10% die auswärts wohnenden Kollegen.

c) Selbständige Geschäftsleute, denen aus ihrer Abwesenheit wirtschaftlicher Schaden erwächst durch Stellung eines Ersatzes für ihre Geschäfte und dergleichen, sollen nur 5% [abführen]. Die Entscheidung über das Vorliegen eines solchen Grundes bleibt dem Fraktionsvorstand vorbehalten; doch steht jedem Kollegen die Berufung an die Fraktion zu.

Aus den an die Parteikasse abzuführenden Überschüssen[3]) soll ein Fonds bis zur Höhe von 10.000 Mk zurückbehalten werden, aus dem in außerordentlichen Fällen (z. B. Erkrankung in Berlin, außerordentliche Session) Gelder zur Verfügung gestellt werden können. Verwaltung und Verwendung dieses Fonds wird dem Fraktionsvorstand übertragen mit dem Rechte, für jeden Kollegen an die Fraktion Rekurs zu erheben.

Singer

[3]) Durch die Diätenabgaben wurde die Fraktion von der Parteikasse finanziell unabhängig. Bis zum Parteitag von 1906 erschien ihr Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben im Gesamthaushalt der Partei. Mit dem Parteitag von 1907 wurde der Fraktionshaushalt aus dem Gesamthaushalt der Partei ausgeklammert, so daß von nun an nur noch die an die Parteikasse überwiesenen Überschußbeträge unter den „vermischten Einnahmen" im Parteikassenbericht in Erscheinung traten. Vgl. die Protokolle der SPD-Parteitage 1906—1911, Kassenberichte; Ritter S. 228 f.

220.

24. 3. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Über die Strafgesetz-Novelle[1]) referiert Kollege **Frank,** als Redner werden bestimmt *Frohme* und *Frank*, über das Automobilgesetz[2]) referiert **Stolle**; über die endgültige Stellungnahme soll erst nach der 2. Lesung entschieden werden. — **Hue** regt an, beim Beginn der Osterferien einen Aufruf zu erlassen, in welchem die Wähler die Stellung der Fraktion zu den Steuer-Gesetzen und zur ganzen Lage erklärt werden soll. Zwecks Ausarbeitung eines Entwurfs wird eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus den Kollegen *Frank*, *Hue* und *Ledebour* gewählt.[3])

Singer

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 253 (Anlagen) S. 7672.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 248 (Anlagen) S. 5593.

[3]) S. a. Nr. 222.

221.

26. 3. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Stadthagen referiert über das Automobilgesetz[1]), die Fraktion beschließt, in dritter Lesung für dasselbe zu stimmen.

Zum Reichskanzler-Etat wird beschlossen, eine Resolution einzubringen betreffs Einschränkung der See-Rüstungen und Aufhebung des Prisenrechtes.[2])

Singer

[1]) Vgl. Nr. 220 Anm. 2.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 254 S. 7845.

222.

31. 3. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Der von der Fraktion beschlossene Aufruf soll von Fraktion und Parteivorstand gemeinsam unterschrieben werden.[1])

Auf Antrag **Severings** beschließt die Fraktion, eine Interpellation über die Frage der Werks-Pensionskassen einzubringen.[2])

Genosse **Singer** berichtet über die Verhandlungen des Seniorenkonvents; danach soll unsererseits gegen Nichtinnehaltung der geschäftsordnungsmäßigen Frist[3]) bei Ansetzung der 3. Lesung des Etats kein Widerspruch erhoben werden; ebenso nicht gegen die Absehung von einer Generaldiskussion. Genosse **Ledebour** verlangt, daß unsererseits solcher skandalösen Einschränkung der 3. Lesung künftig energisch widersprochen und entgegengehandelt werde; die Fraktion stimmt dem zu.

[1]) Der Aufruf wurde am 2. 4. erlassen und am 3. 4. 1909 im *Vorwärts* veröffentlicht; s. a. Nr. 220.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 254 (Anlagen) S. 8180.

[3]) Die Geschäftsordnung schrieb im § 20 Abs. 1 vor: „Die dritte Beratung erfolgt frühestens am zweiten Tage nach dem Abschlusse der zweiten Beratung beziehungsweise nach der Verteilung der Zusammenstellung (§ 19)." Über die „Zusammenstellung" hieß es in § 19 Abs. 4 und 5: „Nach dem Schlusse der zweiten Beratung stellt der Präsident mit Zuziehung der Schriftführer die gefaßten Beschlüsse zusammen, falls durch dieselben Abänderungen der Vorlage stattgefunden haben. Die Zusammenstellung bildet die Grundlage der dritten Beratung [...]" Die Geschäftsordnung § 21 gestattete nur in besonderen Fällen, die vorgeschriebene Frist zwischen der 2. und 3. Lesung zu verkürzen bzw. die 3. Lesung direkt an die 2. anzuschließen.

Beim Etat des Reichsamt des Innern soll auf Antrag Sachses nach dem Verbleib der Reichsversicherungs-Ordnung gefragt werden.[4])

Zu der auf der Tages-Ordnung der ersten Sitzung nach den Ferien stehenden Petition betreffs Forterhebung der Oktrois[5]) werden *Emmel* und *Hildenbrand* als Redner bestimmt; zu der Petition betreffs Aufhebung der Einfuhrscheine Genosse *Südekum*.

Singer

[4]) Die Anfrage erfolgte am 1. 4. 1909 durch *Sachse*, s. Sten. Berichte Bd. 236 S. 7994.

[5]) Oktrois: Eine von Stadtgemeinden auf Lebensmittel erhobene befristete Steuer. Verschiedene Städte hatten sich an den Reichstag als Petenten mit dem Wunsch um Verlängerung der Erhebungsfrist gewandt; s. Sten. Berichte Bd. 253 (Anlagen) S. 7457—7464.

223.

21. 4. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Singer gibt den Bericht aus dem Seniorenkonvent; die Fraktion ist der Meinung, Genosse *Singer* soll den Präsidenten um Anberaumung einer neuen Sitzung ersuchen, um zu erreichen, daß die freien Tage, die in Aussicht genommen sind, hintereinander folgen.[1])

Frank berichtet über die Kommissionsverhandlungen betreffend die Zivilprozeßordnung. Die Fraktion beschließt, gegen die Befugnis der Regierung, während der Übergangszeit Richter ohne ihre Zustimmung versetzen zu können, einzutreten. Anträge sollen gestellt werden auf Zulassungsrecht der Arbeitersekretäre und Stellung von Rechtsanwälten für Prozesse im Armenrecht vor Landgericht[en].[2])

Bömelburg gibt den Bericht aus der Kommission für Sicherung der Bauforderungen; für die 2. Lesung der Novelle im Plenum soll der in der Kommission abgelehnte Antrag, daß zu dem Amt der Bauschöffen auch Bauarbeiter berufen werden sollen, wieder eingebracht werden. Die Fraktion beschließt, bei der Endabstimmung für das Gesetz zu stimmen, wenn keine Verschlechterung bei der 2. Lesung in das Gesetz hineinkommt.[3])

Über das Bankgesetz referiert **Singer**; die Fraktion stimmt zu, daß der Anteil des Reiches zu erhöhen sei, wenn die Dividende den Satz von 6% übersteige.

Singer

[1]) Vgl. Schulthess 1909 S. 139, Eintragung unter dem 21. 4.: „Der Seniorenkonvent des Reichstages hat zur Förderung der Arbeiten der Finanzkommission beschlossen, von nächster Woche ab dienstags und donnerstags die Plenarsitzungen ausfallen zu lassen."

[2]) S. Nr. 224 Anm. 2.

[3]) Vgl. Nr. 215 Anm. 8.

224.

28. 4. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Einer Einladung der Deutschen Berufsgenossenschaften-Beamten [sic!][1]) zu einer Versammlung in der „Neuen Philharmonie" entsprechend, werden die Kollegen *Hoch* und *Heine* als Vertreter der Fraktion delegiert.

Für die Abstimmung der dritten Lesung der Zivilprozeßordnung schlägt **Frank** Ablehnung der Novelle vor, da irgendein Vorteil durch die Vorlage nicht geboten würde; die Fraktion stimmt dem Vorschlage zu.[2])

Aus der Finanz-Kommission berichtet **Südekum**; die Mitglieder der Kommission werden beauftragt, im Anschluß an den konservativen Wertzuwachssteuer-Antrag Anträge auszuarbeiten dahingehend:

1. Wertzuwachssteuer auf Mobilien und Immobilien als Ersatz der indirekten Steuern vorzuschlagen;
2. eine progressive Reichs-Einkommen- und Vermögensteuer zu fordern;
3. die sofortige Behandlung der Erbanfall-Steuer zu verlangen.

Die Fraktion stimmt diesen Vorschlägen einstimmig zu.[3])

Singer

[1]) Das Wort „Beamten" nachträglich in Or. eingetragen.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 236 S. 8315.

[3]) Zu den Kommissionsverhandlungen über die Finanzreform vgl. Nr. 209 Anm. 1.

225.

5. 5. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Von dem anläßlich der Reichsversicherungsordnungsnovelle zusammentretenden Krankenkassenkongreß ist ein Einladungsschreiben an die Fraktion eingegangen; *Hoch*, *Schmidt* und *Stadthagen* werden als Fraktionsvertreter am Kongreß teilnehmen.[1])

Als Redner zum Antrag betreffend Mühlenumsatz-Steuer werden *Molkenbuhr* und *Binder* ernannt. Über die Entwürfe betreffend Kolonialanleihegesetz und Münzgesetz soll in der nächsten Fraktionssitzung Bericht erstattet werden.[2])

[1]) Der Kongreß tagte vom 17. bis 19. Mai; vgl. Correspondenzblatt v. 5. 6. 1909 S. 341.

[2]) S. Nr. 226.

Der Artikel des *Vorwärts*[3]) betreffs Stellungnahme der Partei zur Erbschaftssteuer wird eingehend besprochen. Die Fraktion ist einhellig der Auffassung, daß für die Folge die Redaktion weder die Partei noch die Fraktion in bezug auf ihre Stellungnahme zu Gesetzesvorlagen festlegen dürfe, sondern ihre Äußerungen stets als private kenntlich machen müsse. Der Fraktionsvorstand wird beauftragt, der Redaktion diesen Beschluß zur Kenntnis zu bringen und bezüglich des fraglichen Artikels die Redaktion zu ersuchen, in geeigneter Form dies nachzuholen.[4])

Singer

[3]) Vgl. *Vorwärts* vom 29. 4. und 3. 5. 1909.

[4]) Eine Berichtigung erfolgte nicht.

226.

12. 5. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Als Fraktionsberichterstatter für den Parteitag in Leipzig wird *Ledebour* bestimmt.[1]) An die Fraktionskollegen sollen Korrekturabzüge des Berichtes[2]) gesandt werden, etwaige Korrekturen müssen innerhalb 8 Tagen an den Parteivorstand zurückgesandt werden; später eingehende bleiben unberücksichtigt.

Über das Münzgesetz berichtet **Frank**; über das Kolonial-Anleihegesetz **Ledebour**; die Fraktion bestimmt, daß dieser Redner *(Ledebour)* betonen soll, daß in der Zustimmung zur formalen Regelung des Anleihewesens keine materielle Anerkennung liege.[3])

Zur Berner Urheber-Konvention soll *Dietz* reden.[4])

Frank berichtet über den Kommissionsbericht betreffend unlauterer Wettbewerb. Es wird beschlossen, die von der Fraktion in der Kommission gestellten Anträge sollen auch im Plenum wieder eingebracht, aber nach deren Ablehnung für das Gesetz gestimmt werden.

Scheidemann berichtet über Viehseuchen-Gesetz-Kommissionsbericht; auch hier sollen die Fraktionsanträge wiederholt werden.

[1]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1909 S. 93—188 (gedruckter und vor dem Parteitag an die Teilnehmer versandter Bericht) und S. 289—298 (mündlicher Bericht *Ledebours)*.

[2]) A.a.O. S. 93—188.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 236 S. 8397, 8525.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 236 S. 8397.

Betreffs Abkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten über den gewerblichen Rechtsschutz beschließt die Fraktion Zustimmung; eventuell soll *Frank* in die Debatte eingreifen.[5])

Auf Anregung **Vollmars** berichtet **Singer** über die Verhandlungen in der Budgetkommission betreffs Wohnungsgeldzuschuß. **Vollmar** bespricht die Stellung Münchens in der Klasseneinteilung und protestiert gegen die Einreihung Münchens aus der Klasse A in die Klasse B, ebenso **David** in bezug auf Mainz; Beschluß hierüber soll erst später gefaßt werden.[6])

Hoch wünscht vor Eintritt der Pfingstferien eine Fraktions-Sitzung; das soll der Fall sein.

Singer

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 255 S. 8265—8267.

[6]) Abschnitt im Or. am linken Rand durch Klammer (Bleistift) hervorgehoben. Über die Ortsklasseneinteilung zur Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses für Beamte im Rahmen des Besoldungsgesetzes s. Sten. Berichte Bd. 238 (Register) S. 9511 f.

227.

17. 5. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Frage der Finanzreform wird eingehend besprochen; eine Beschlußfassung über unsere Stellungnahme zu den einzelnen Steuerentwürfen wird verschoben, bis die konkreten Entwürfe in endgültiger Form vorliegen.[1])

Mit 15 gegen 15 Stimmen wird es abgelehnt, den Mitgliedern der Kommission den Auftrag zu erteilen, für die Schaumweinsteuer zu stimmen.

Singer

[1]) Vgl. Nr. 228.

228.

15. 6. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Singer gedenkt des Todes des Kollegen *Goldstein*[1]); die Fraktion beschließt, gemeinsam mit dem Parteivorstand einen Kranz niederzulegen. Ferner gibt

[1]) Der Abgeordnete *Hermann Goldstein* war am 14. 6. verstorben.

Singer Kenntnis von einer Beschwerde des Verbandes der Büroangestellten wegen angeblich mangelhafter Vertretung der Interessen der Büroangestellten bei Beratung der Zivilprozeßordnung, insbesondere durch *Frank* und *Heine*. Die Fraktion nimmt Kenntnis von dieser Zuschrift.

Die Fraktion beschließt Einbringung einer Interpellation betreffs Teuerung der Lebensmittel und Aufhebung der Einfuhrscheine und bestimmt als Redner *Scheidemann*, *Molkenbuhr* und *Südekum*.[2])

Bei Besprechung der Finanzreform beschließt die Fraktion, daß bei der Generaldebatte bezüglich der Erbschaftssteuer die Fraktionsredner die Fraktion nicht binden; doch soll die Regierungsvorlage in ihrer jetzigen Form scharf kritisiert und als für uns ungenügend bezeichnet werden.[3])

Als Redner werden *Singer*, *Hildenbrand* und *Emmel* für die erste Lesung bestimmt; und [es wird] beschlossen, für Kommissionsberatung zu stimmen.

Singer

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 256 (Anlagen) S. 9519.

[3]) Es handelt sich um die vom Kanzler unter Zurückziehung der entsprechenden Vorlagen vom Nov. 1908 — vgl. Nr. 209 Anm. 1 — neu vorgelegten Novellen zu Steuergesetzen; s. Sten. Berichte Bd. 256 (Anlagen) Nr. 1455—1457.

229.

19. 6. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Singer gibt Kenntnis von einer Resolution des Bezirksverbandes des Bundes deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen gegen die Parfümerie-Steuer.

Frank berichtet über die Kotisierungssteuer[1]); die Fraktion stimmt dem ablehnenden Standpunkt zu.

In bezug auf die Erbschaftssteuer-Kommissionsberatung beschließt die Fraktion, daß die Kommissionsmitglieder die früheren Anträge wieder einbringen; soweit aus der geänderten Sachlage Abänderungen nötig, werden diese der Kommission überlassen. Die Kommission wird bestellt aus *David*, *Geyer* und *Singer*.[2])

Singer

[1]) Kotisierung: Zulassung von Wertpapieren zur Börsennotiz.

[2]) Vgl. Nr. 228 Anm. 3.

230.

23. und 30. 6. 1909: Fraktionssitzungen

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Für die zweite Beratung der Steuervorlagen[1]) im Plenum werden als Redner bestimmt:

Kaffee und Tee: *Molkenbuhr* und *Hengsbach;*

Beleuchtungsmittel und Zündwaren: *Severing* und *Schwartz;*

Mühlenumsatz: *Scheidemann* und *Molkenbuhr;*

Kohlenausfuhr: *Hue, Sachse, Hengsbach;*

Fahrkarten: *Hildenbrand;*

bei der Erbschaftssteuer die Mitglieder der Kommission.

Die Anträge der Fraktion in der Kommission sollen wieder eingebracht werden.[2]) Die Diskussion der Fragen der definitiven Stellungnahme der Fraktion zur Erbschaftssteuer wird verschoben, bis in bezug auf die politische Situation die Lage mehr geklärt sei.[3]) Die dritte Lesung soll aber nur unter Einhaltung der geschäftsordnungsmäßigen Frist anberaumt werden.

Stadthagen regt an, die Frage der Aufhebung der Einfuhrscheine bei § 11 durch Stellung von Anträgen zur Sprache zu bringen; die Fraktion stimmt dem zu.[4])

Seitens des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus sind der Fraktion zu einer *Barth*-Gedächtnisfeier[5]) Eintrittskarten zugegangen; soweit Fraktionsmitglieder dort das Wort nehmen, sollen sie nur für ihre Person sprechen.

In der Fraktionssitzung vom 30. 6. 1909 wurde die Taktik der Fraktion zur 2. Lesung der Finanzreform besprochen; bei der einheitlichen Auffassung über möglichst scharfe Stellungnahme wird von einer Beschlußfassung abgesehen.[6])

Singer

[1]) Die Beratungen über die Finanzreform und die Steuervorlagen traten am 24. 6. mit der Ablehnung der Erbschaftssteuer in jene entscheidende Phase ein, die zum Rücktritt *Bülows* führte. Vgl. Sten. Berichte Bd. 237 S. 8801; s. a. Eschenburg S. 250 f.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 256 (Anlagen) S. 9533.

[3]) Gemeint ist die beginnende Annäherung der Konservativen an das Zentrum in Steuerfragen, d. h. die Auflösung des *Bülow*-Blocks.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 256 (Anlagen) S. 9640.

[5]) *Theodor Barth* war am 3. 6. 1909 gestorben; vgl. die biographische Notiz von Theodor Heuß in Deutsche Biographie, Bd. 2, Berlin 1953, S. 606 f.

[6]) Vgl. Nr. 231, s. a. Anm. 1.

231.

7. 7. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Vom Verband deutscher Drogisten ist ein Dankschreiben für das Eintreten der Fraktion gegen die Parfümeriesteuer eingegangen.

Singer berichtet über einen Vorschlag des Fraktionsvorstandes, auf den Wunsch zahlreicher Fraktionsgenossen bei der letzten Rate der Entschädigungsgelder angesichts der langen Dauer der Session von einer Abführung der 5% seitens der auswärtigen Kollegen ganz abzusehen und für die in Berlin wohnhaften Fraktionsgenossen den Prozentsatz von 20 auf 10% herabzusetzen.[1])

Der Berliner Aktionsausschuß erhob beim Fraktionsvorstand Beschwerde, daß seinem Ersuchen um Übernahme von Referaten für die letzten Demonstrationsversammlungen von zahlreichen Abgeordneten überhaupt nicht entsprochen und andererseits die Ablehnung in besonders schroffer Form ausgesprochen worden sei.[2]) Letzterer Beschwerde konnte eine Berechtigung nicht zuerkannt werden, und bezüglich ersterer bat der Vorsitzende, künftighin solchem Wunsche nach Kräften zu entsprechen und dabei zu bedenken, daß es bei solchen Aktionen sich ja nicht um Berliner Lokalversammlungen handele, sondern um allgemeine Aktionen der Partei. Einem Verlangen der Berliner Genossen, gegen die Steuergesetze durch Obstruktion [...][3]) Widerstand zu leisten, konnte nicht entsprochen werden, weil dabei auf keinerlei Unterstützung der liberalen Gruppen gerechnet werden könne; nach erhaltener Aufklärung zog der Aktionsausschuß seinen Wunsch zurück.

In der zweiten Lesung des Besoldungsgesetzes sollen unsere Kommissionsanträge bezüglich der Post-Assistenten und Unterbeamten wieder eingebracht werden.[4])

In der 3. Lesung der Finanzgesetze[5]) soll beim Tabaksteuer-Gesetze zu dem *Giesbert'schen* Antrage betreffs der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter der Zusatzantrag gestellt werden (nach dem Wunsche des Zentralverbandes der Handelsangestellten) „und Angestellten"; ebenso soll unser Entschädigungsantrag auch bei der Brausteuer gestellt werden.[6])

Einem bereits in der Sitzung vom 13. Februar erwähnten Gesuche des Arbeiter-Abstinentenbundes entsprechend soll nach dem Vorschlage **Südekums** bei der

[1]) Zu den Diätenabgaben vgl. Nr. 168.

[2]) Zu den Volksversammlungen gegen die Finanzreform vom 1. 7. 1909 vgl. *Vorwärts* vom 1. 7.

[3]) Im Or. gestrichen „ist".

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 257 (Anlagen) S. 10104 f.

[5]) Die dritte Lesung fand am 10. 7. 1909 statt. S. Sten. Berichte Bd. 237 S. 9321.

[6]) Zum *Giesbertschen* Antrag s. Sten. Berichte Bd. 237 S. 9288.

3. Beratung des Branntweingesetzes beantragt werden, den zehnten Teil der Steuererträgnisse für Zwecke der Trunksuchtsbekämpfung zu verwenden.[7]) Als Redner für die dritte Lesung der Finanzreform werden *Singer* und *Hildenbrand* bestimmt.

Singer berichtet über den Vorschlag des Fraktionsvorstandes: für den Posten eines Fraktions-Sekretärs künftig eine Person in Aussicht zu nehmen, die ihre ganze Kraft während des ganzen Jahres zur Verfügung zu stellen habe. Die Fraktion stimmte dem Vorschlage zu.[8])

[7]) S. Sten. Berichte Bd. 257 (Anlagen) S. 9740.

[8]) Bislang hatte der Leiter des Parteiarchivs die Geschäfte des Fraktionssekretärs wahrgenommen. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1907 S. 68 und 1908 S. 72; s. a. Nr. 118.

232.

12. 7. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift nicht identifiziert.

Im Falle, daß ein Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum Herbst eingeht, soll Kollege *Singer* bei Beratung des Antrags die politische Situation (Ernennung des Reichskanzlers erst nach der Vertagung) besprechen.[1]) Geht ein Vertagungs-Antrag nicht ein, dann soll Kollege *Singer* nach Möglichkeit die Gelegenheit zu einer derartigen Aussprache benutzen. Die Fraktion erläßt einen Aufruf, in dem sie Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegt. Der Aufruf wird dem Parteivorstand vorgelegt, damit er sich dem Aufruf anschließen kann. Den Aufruf[2]) entwerfen die Kollegen *Ledebour* und *Südekum* und stellen dann, zusammen mit Kollegen *Singer*, die endgültige Fassung des Aufrufs[3]) fest.[4]) Für den Fraktionssekretär wird ein Jahresgehalt von 4200 M. festgesetzt. Als Sekretär darf ein Kollege[5]) nicht angestellt werden. Der Fraktionsvorstand macht der Fraktion im Herbst Vorschläge zur Besetzung der Stelle des Fraktionssekretärs.[6])

Singer

[1]) Der Reichstag wurde am 13. 7. nicht vertagt, sondern die Session wurde geschlossen. S. Sten. Berichte Bd. 237 S. 9477. *Singer* nahm in der Geschäftsordnungsdebatte über die „Schließung" des Reichstages nicht das Wort.

[2]) Im Or. ursprünglich „Entwurf", später in „Aufruf" verbessert.

[3]) S. Anm. 2.

[4]) Der gemeinsam von Parteivorstand und Fraktion unterzeichnete Aufruf wurde am 17. 7. 1909 im *Vorwärts* veröffentlicht.

[5]) Fraktionsmitglied.

[6]) Vgl. Nr. 231 Anm. 8; Nr. 254 Anm. 1.

233.

30. 11. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.[1])

Singer heißt im Namen der Fraktion die neueintretenden Mitglieder[2]) willkommen, und *Singer* spricht dann für die aus Anlaß seines 25jährigen Parlamentsjubiläums ihm von der Fraktion überreichte Adresse seinen Dank aus.

Der Fraktionsvorstand wird wiederum aus den Kollegen *Bebel*, *Fischer*, *Kaden*, *Singer* und *Ulrich* bestellt; ebenso der Seniorenkonvent aus den Kollegen *Bebel*, *Geyer*, *Singer*.[3])

Bei der Präsidentenwahl tritt die Fraktion für ihren alten Grundsatz ein, daß für die Vertretung im Präsidium das Stärkeverhältnis der Parteien maßgebend sein soll; sie wird also für *Stolberg* als Präsidenten, für *Spahn* als 1. Vizepräsidenten und für *Paasche* als 2. Vizepräsidenten stimmen; falls die Nationalliberalen und Freisinnigen auf den 2. Vizepräsidenten-Posten verzichten, wird die Fraktion für *Singer* ihre Stimme abgeben, weil dann unsere Fraktion ihrer Mitgliederzahl nach Anspruch auf diesen Posten hat. Auch einen Schriftführerposten beansprucht die Fraktion und wird dafür *Fischer* vorschlagen.[4])

Interpellationen bringt die Fraktion folgende ein:

1. betreffend die Zwangs-Arbeitsnachweise im Ruhr-Bergbaurevier;
2. betreffend die Ausführungsvorschriften über den Bezug von Unterstützungen der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter;
3. betreffend Militäraufgebot beim Mansfelder Bergarbeiterstreik;

---

[1]) Der *Vorwärts* berichtete am 1. 12. 1909 über diese Sitzung, gestützt auf Informationen des Pressebüros, die sich teilweise als unvollständig und irreführend erwiesen. Darauf veröffentlichte er am 2. 12. eine Reihe von Berichtigungen, worin es u. a. hieß, daß mit der „Erweiterung der Rechte des Reichstages" dessen Recht auf Zustimmung zur Kriegserklärung, vgl. Anm. 6, und mit dem „8stündigen Normalarbeitstag" die 8stündige Höchstarbeitszeit gemeint gewesen seien. Gleichzeitig richtete die *Vorwärts*-Redaktion am 2. 12. an die Fraktion ein Schreiben, Or. als Einlage im Protokollbuch, mit folgendem Wortlaut: „Werte Genossen! Durch das Pressebüro wurden uns für unsere Nummer 280 (1. Dezember) Mitteilungen aus der Reichstagsfraktion überwiesen, die wir als offiziell betrachteten. Diese Mitteilungen waren zum Teil unrichtig. Für Nummer 281 (2. Dezember) erhielten wir sodann durch das Pressebüro Informationen aus der Fraktion, durch die die Mitteilungen vom Tage zuvor zum Teil berichtigt, zum Teil ergänzt wurden. Da wir die Verantwortung für unrichtige Mitteilungen nicht übernehmen, andererseits selbstverständlich die Mitteilungen und Informationen gern aufnehmen möchten, die die Fraktion aufgenommen zu wissen wünscht, so ersuchen wir, diese Mitteilungen der Fraktion als fraktionelle zu kennzeichnen. Mit freundlichem Parteigruß Redaktion des *Vorwärts* i. A.: *H. Ströbel*."

[2]) Bei den im Ablauf der XII. Legislaturperiode durchgeführten Nachwahlen konnte die SPD ständig neue Mandate erringen, während der Parlamentsferien vom Juli bis Nov. 1909 allein drei. Vgl. die verschiedenen Auflagen der Drucksache Nr. 1 (Mitgliederverzeichnis) des Reichstages.

[3]) D. h. in den Seniorenkonvent wurden delegiert.

[4]) Vgl. Nr. 176.

4. betreffend die Unterschlagungen auf der Kieler Reichswerft.[5])

Als Redner werden bestimmt zu 1. *Bömelburg* und *Hengsbach*; zu 2. *Geyer* und *Molkenbuhr*; zu 3. *Sachse* und *Kunert*; zu 4. *Legien* und *Severing*.

Weiter beschließt die Fraktion die Einbringung der auf Drucksachen Nr. 57—78[6]) verzeichneten Initiativ-Anträge:

betreffend Bauarbeiterschutz;

Gesetzentwurf betreffend Haus- und Heimindustrie und die Hausgewerbetreibenden;

Abänderung des Krankenkassenversicherungsgesetzes;

Einsetzung parlamentarischer Untersuchungskommissionen;

Abänderung der Reichsverfassung (Verantwortlichkeit des Reichskanzlers);[7])

Erweiterung der Immunität;

der Rechte des Reichstags;[8])

Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen in den deutschen Bundesstaaten;

reichsgesetzliche Regelung des Vertragsverhältnisses in Land- und Forstwirtschaftsbetrieben und des Gesindes;[9])

Regelung des Wohnungswesens;

der privaten Pensionskassen;

Schaffung einer Reichsbehörde zur Untersuchung von Unfällen im Bergbau;

Vorlage eines Reichsberggesetzes;

Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tage;

Schutzbestimmungen für Arbeiter in Walz-, Hütten-, Hammer-Werken und Metallschleifereien;

Abänderung des Lohnbeschlagnahmegesetzes (Hinaufsetzung der Beschlagnahmegrenze von 1500 auf 2500 Mk);[10])

reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftskassenwesens;

Sondergerichte zur Entscheidung von Streitfällen zwischen land- und forstwirtschaftlichen Unternehmern und ihren Arbeitern und Dienstboten;

Aufhebung des Identitätsnachweises und Aufhebung der Zölle bei bestimmtem Preisstand;

Schutz der Arbeiter in der Glasindustrie;

reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Privatbeamten;

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Elsaß-Lothringen.

---

[5]) S. Sten. Berichte Bd. 270 (Anlagen) Drucksachen Nr. 29—31.

[6]) Muß heißen: Anträge Nr. 57—81; s. Sten. Berichte Bd. 270 (Anlagen) S. 71—84.

[7]) Danach sollte der Kanzler auch für die politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers verantwortlich sein; der Kaiser sollte verpflichtet sein, den Kanzler zu entlassen, sobald der Reichstag es forderte.

[8]) Zustimmung des Reichstags zur Kriegserklärung.

[9]) Die Erwähnung des Gegenstandes von Nr. 66 der Drucksachen „Einführung des 8-Stunden-Tages" wurde im Or. vergessen.

[10]) Nr. 80 der Drucksachen, s. Anm. 6.

Eine Reihe von Anträgen zur Abänderung des Handelsgesetzbuches und der Kaufmannsgerichte, die im Auftrage des Zentralverbandes der Handelsangestellten vom Kollegen *Hoch* überreicht werden, werden behufs Durcharbeitung dem Sozialen Ausschuß überwiesen.[11])

Singer

[11]) Vgl. Nr. 235.

234.

1. 12. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Freisinnige Fraktionsgemeinschaft teilt mit, daß sie auf der gedruckt vorliegenden Vorschlagsliste für die Schriftführerwahlen, die 11 Namen enthält, die Kandidaten *v. Damm*, *Engelen* und *Napieralski* streichen, aber für *Fischer* stimmen werde; aus der Fraktion wird angeregt, daneben den Namen *Hagemann* zu streichen, da die Fraktion unmöglich für einen der Hauptmacher des Reichsverbandes[1]) stimmen könne.

Als Etats-Redner werden, nachdem *Vollmar* abgelehnt, *Frank*, *Scheidemann* und *Emmel* bestimmt; für die Strafgesetz-Novelle *Heine* und *Stadthagen*; für die Verlängerung des Handelsabkommens mit England und für den Portugiesischen Handelsvertrag *Molkenbuhr* und *Südekum*; für die Vorlage betreffs Subvention der Postdampfer-Verbindungen *Noske*.[2])

Zu den Initiativ-Anträgen[3]) kommen noch die von *Ledebour* vorgelegten Anträge Nr. 79 betreffend die Geschäftsordnung des Reichstags[4]) und ein von *Hildenbrand* gestellter betreffend die Anstellungsverhältnisse bei den Theatern, Varietes etc.

Die Besetzung der Kommissionen wird verschoben, bis der Verteilungsplan des Büros vorliegt[5]), wieviel Mitglieder auf die einzelnen Fraktionen jeweils entfallen.

Die vom Parteitag der Fraktion überwiesenen Anträge[6]) sollen vom Fraktions[vorstand][6a]) für die Fraktionssitzung vorbereitet werden.

[1]) Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

[2]) Zu den verschiedenen Novellen und Gesetzesvorlagen vgl. Sten. Berichte Bd. 270 (Anlagen) Nr. 6, 22, 23, 50.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 270 (Anlagen) Nr. 79.

[4]) Vgl. Nr. 209 Anm. 4.

[5]) Zum Verfahren der Aufstellung eines Proporz-Schlüssels zur Verteilung der Kommissionssitze durch das Reichstagsbüro s. Neumann-Hofer, Die Wirksamkeit der Kommissionen in den Parlamenten, in Zeitschrift für Politik Bd. 4 (1910) S. 82.

[6]) S. Protokoll SPD-Parteitag 1909 S. 511.

[6a]) Fehlt im Or. So wahrscheinlichste Ergänzung.

Singer berichtet über die Unterredung, die er mit dem Präsidenten gehabt habe bezüglich der Art, wie er die Frage der Interpellationsbeantwortung durch die Regierung bisher behandelt habe;[7]) der Präsident bestreite, im Widerspruch mit der Geschäftsordnung gehandelt zu haben, möchte aber eine bestimmte Antwort erst nach Rücksprache mit dem Seniorenkonvent geben.

Singer

[7]) Gespräch befaßte sich vermutlich mit den Vorschlägen und Diskussionen der „verstärkten Geschäftsordnungskommission" zur Änderung des Interpellationsverfahrens im Reichstage; vgl. Sten. Berichte Bd. 267a (Register) S. 299 f. *Singer* war stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission.

235.

9. 12. 1909: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.[1])

Für die Besetzung der ständigen Kommissionen bestimmt die Fraktion als Mitglieder in die

Budgetkommission: als ständiges Mitglied *Singer;* weiter *Frank* und *Ledebour*

Geschäfts[ordnungs]kommission: *Singer*

Wahlprüfungskommission: *Fischer* und *Geyer*

Rechnungskommission: *Hengsbach* und *Ulrich*

Petitionskommission: *Geck*, *Sachse*, *Schöpflin*, *Schwartz* und falls dessen Krankheit länger dauern sollte, an dessen Stelle *Zietsch.*

In die Kommission zur Vorberatung des portugiesischen Handelsvertrages *Molkenbuhr*, *Noske* und *Stücklen.*

Als Redner

für die Beamtenhaftpflicht-Novelle wird bestimmt *Heine;*

für den Handelsvertrag mit Bolivia [werden bestimmt] *Molkenbuhr* und *Südekum;*

für die Telephon-Vorlage *Singer* und *Südekum;*

für die Strafprozeß-Vorlage *Heine* und *Stadthagen.*

Der Sozialpolitische Ausschuß hat einen umfangreichen Antrag ausgearbeitet, der unsere sozialpolitischen Forderungen für die verschiedensten Arbeiterkategorien (Handels-, Gastwirts-, Gärtnergewerbe und Büroangestellten) formuliert. Derselbe soll in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werden.

Auf Anregung **Hochs** wird beschlossen, daß die für die verschiedenen Gesetzentwürfe bestimmten Redner vorher die Hauptgesichtspunkte ihrer Ausführungen der Fraktion zur Kenntnis bringen sollen.

Singer

[1]) Im Or. falsch datiert auf 12. 12. 1909. Zur richtigen Datierung vgl. Bericht des *Vorwärts* vom 10. 12. über die Fraktionssitzung.

236.

12. 1. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Geyer berichtet über die Beschlüsse des Seniorenkonvents.

Bezüglich der Stellung der Fraktion zur Strafprozeßordnungs-Novelle regt **Heine** an, trotz Erweiterung der Freiheit des Staatsanwalts bei Erhebung von Anklagen für (§ 153)[1]) zu stimmen; **Stadthagen** vertritt den entgegengesetzten Standpunkt.

Auf Antrag **Bebels** beschließt die Fraktion Aussetzung der Entscheidung und gibt den Rednern auf, bei der ersten Lesung im Plenum den strittigen Punkt möglichst kurz zu behandeln.[2])

Singer

[1]) Im Or. vor § 153 gestrichen: „die Novelle". Gemeint sind möglicherweise der § 153 der Gewerbeordnung oder der für Streikfragen wichtige § 253 des Strafgesetzbuches.

[2]) Bei dem „strittigen Punkt" handelt es sich wahrscheinlich um die von *Stadthagen* geforderte Abschaffung der Staatsanwaltschaft entsprechend dem Prinzip strikter Trennung von Justiz und Verwaltung. Auf diesen Punkt ging er vor dem Plenum ausführlich ein; s. Sten. Berichte Bd. 258 S. 548 ff. (Sitzung vom 15. 1. 1910).

237.

14. 1. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Als Mitglieder in die [Kommission für die] Strafprozeßordnungsnovelle werden gewählt:[1]) *Frank*, *Frohme*, *Hoch* und in der Stichwahl für ein evtl. 4. Mitglied *Stadthagen*; in die Rechnungskommission tritt anstelle *Ulrichs* Kollege *Severing* ein.

Als Redner für die Spezialberatung des Etats werden bestimmt:

Reichskanzler-Etat:	*Ledebour*, *Böhle*
Auswärtiges Amt:	*Scheidemann*, *David*
Reichsamt des Innern:	*Fischer*, *Hoch*
Marine-Etat:	*Bebel*, *Südekum*
Justiz-Etat:	*Heine*, *Stadthagen*
Reichsschatz-Amt:	*Stolle*, *Südekum*
Kolonial-Etat:	*Eichhorn*, *Noske*

[1]) Im Or. verschiedene nachträgliche Wortumstellungen.

Reichseisenbahnamt-Etat: *Lehmann, Zietsch*
Reichspost-Etat: *Eichhorn*[2]), *Singer, Zubeil.*

Über die Reihenfolge sollen [sich] die Redner unter sich verständigen; nur in den drei erstaufgeführten Fällen hat die Fraktion bereits die Reihenfolge bestimmt.

Singer

[2]) gestrichen: *Zietsch.*

238.

19. 1. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer

Eine Zuschrift des Verbandes der deutschen Gastwirtsgehilfen wegen Stellungnahme zu dem in der Thronrede angekündigten Stellenvermittlungs-Gesetz[1]) wird dahin erledigt, daß dem zu bestimmenden Redner der Fraktion aufgegeben wird, sich mit der Organisation darüber in Verbindung zu setzen.

Unsere Kollegen im Seniorenkonvent werden ermächtigt, für eine Regelung der Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern einzutreten.

In der Kommission für den portugiesischen Handelsvertrag sollen unsere Mitglieder für den Vertrag stimmen.

Nach Austritt *Hochs* aus der Kommission für die Strafprozeßordnung tritt *Stadthagen* in sie ein.

Die Fraktion lehnt das Eintreten für die Beseitigung des Anklagezwanges in Bagatellsachen, bzw. die Erweiterung der Freiheit des Staatsanwalts bei Erhebung von Anklagen, ab.[2])

Singer

[1]) Bei der Eröffnung der 2. Session des Reichstages der XII. Legislaturperiode hatte der Kaiser in seiner Ansprache vom 30. 11. 1909 angekündigt, daß dem Reichstag „der Entwurf eines Stellenvermittlungsgesetzes zugehen" würde; s. Sten. Berichte Bd. 258 S. 1 f.

[2]) Vgl. Nr. 236.

239.

26. 1. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Zwei Schreiben vom Reichstagspräsidium betreffend Denkmünzen aus Anlaß des 500jährigen Bestehens der Leipziger Universität und des Todes des *Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen* werden verlesen und der Bezug dem Ermessen der Fraktionsgenossen freigestellt.

Die Stellung der Fraktion zum Kali-Gesetzentwurf soll vor der Beratung im Plenum in der Fraktion beraten werden.[1])

Nach Entgegennahme des Berichtes aus dem Seniorenkonvent beschließt die Fraktion, zu den Etats-Beratungen folgende Resolutionen einzubringen:

betreffend Änderung der Geschäftsordnung bei Behandlung der Initiativ-Anträge,
„ Vorlage eines Reichskanzler-Verantwortlichkeits-Gesetzes,
„ einheitliche Regelung der Schichtdauer in Bergwerken,
„ Streikstatistik,
„ Werftbetrieb-Untersuchungs-Kommission.[2])

Inwieweit auf sozialpolitischem Gebiete solche Resolutionen eingebracht bzw. aus den Initiativ-Anträgen umgearbeitet werden, soll der Sozialpolitische Ausschuß entscheiden und die fraglichen Resolutionen dem Fraktionsvorstande übergeben.

Singer

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 219; vgl. Nr. 241.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 201, 202, 222, 223, 204; die Resolution zur Streikstatistik wurde erst später eingebracht und wahrscheinlich erst dem sozialpolitischen Ausschuß der Fraktion überwiesen.

240.

4. 2. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Eine von **Emmel** vorgeschlagene Resolution zum Etat betreffend die staatsrechtliche Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens wird zurückgestellt, nachdem **Böhle** die Aufnahme der Wahlrechtsforderung angeregt, bis die beiden Kollegen sich über den Wortlaut geeinigt haben; evtl. soll der Fraktionsvorstand entscheiden.[1])

Nach einem Referate **Molkenbuhrs** über das amerikanische Handelsabkommen beschließt die Fraktion, demselben zuzustimmen und gegen die beschleunigte Erledigung keinen Widerspruch zu erheben.

An der sogenannten freien Besprechung, die am Abend nach der Plenar-Sitzung stattfindet, sollen seitens der Fraktion *Molkenbuhr*, *Singer* und *Stolle* teilnehmen, die auch sich über den Redner im Plenum verständigen sollen.[2])

[1]) S. Nr. 241.

[2]) Den Gesetzentwurf über das Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten verabschiedete der Reichstag am 5. 2. 1909 in 1., 2. und 3. Lesung. Zur Vorbereitung dieser außergewöhnlichen Beschleunigung der Beratung fanden wahrscheinlich am Abend des 4. 2. interfraktionelle Besprechungen statt. Vgl. Geschäftsordnungsantrag *Bassermanns* vom 5. 2., Sten. Berichte Bd. 259 S. 1083.

241.

5. 2. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die gestern zurückgestellte Etat-Resolution betreffend die staatsrechtliche Selbständigkeit Elsaß-Lothringens wird in der nunmehr vereinbarten Form (unter Aufnahme der Wahlrechtsforderung) eingebracht.[1])

Hue berichtet über die Kaligesetzvorlage[2]) und kommt in seinem Schluß zur Ablehnung der Vorlage. Als Redner werden *Emmel* und *Hue* bestimmt.

In die erweiterte[3]) Geschäftsordnungskommission werden *Geck* und *Ledebour* entsandt.

Singer

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 228.

[2]) Vgl. Nr. 239 Anm. 1.

[3]) Die Geschäftsordnungskommission war zur Beratung der Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung verstärkt worden; s. Sten. Berichte Bd. 259 S. 1122.

242.

11. 2. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Unter Teilnahme des Parteivorstandes und der preußischen Parteileitung[1]) wie der Generalkommission[2]) wird die Frage beraten, ob in der gegenwärtigen Situation ein Demonstrations- oder Massenstreik möglich sei, da in einem Teile der Parteipresse[3]) für die Anwendung des Massenstreiks im gegenwärtigen Wahlrechtskampf Propaganda gemacht wird. Diese Frage wird einstimmig verneint.

Als Redner zum Stellenvermittlungsgesetz[4]) werden *Brühne* und *Schwartz* bestimmt. Dieselben sollen sich entschieden gegen die Bedürfnisfrage bzw. deren Entscheidung durch die Landespolizeibehörde wenden, in der Frage der Taxen dagegen vorläufig die Fraktion noch nicht festlegen.

Bebel

[1]) Der preußische Parteitag hatte im Januar 1910 beschlossen, radikalere Agitationsmethoden und evtl. den Massenstreik im Kampf für die preußische Wahlrechtsreform anzuwenden; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1910 S. 426 f. und Schorske S. 174.

[2]) Zur Stellung der Gewerkschaftsführer zum preußischen Wahlrechtsstreik s. Protokoll SPD-Parteitag 1910 S. 448; Karl Kautsky, Der politische Massenstreik, Berlin 1914, S. 222 f.; vgl. Stampfer, Erfahrungen, S. 126.

[3]) Der *Vorwärts*redakteur *Heinrich Ströbel* hatte sich auf dem preußischen Parteitag im Januar 1910 besonders für die Anwendung radikaler Kampfmethoden eingesetzt; s. Schorske S. 174.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 231.

243.

15. 2. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

In die Kaligesetz[1])-Kommission werden entsandt: *Albrecht*, *Brey*, *Emmel*, *Hue*, in die Kommission für das Stellenvermittlungs-Gesetz[2]) *Bömelburg*, *Legien*, *Severing*; betr. die Hausarbeit:[3]) *Albrecht*, *Schmidt* und evtl. *Stücklen*; erste beiden als Redner im Plenum. Betreffend Arbeitsbücher (§ 114a)[4]) *Molkenbuhr*, *Stadthagen*, *Schmidt*, die ersten beiden auch als Redner im Plenum.

Auf Antrag **Ledebour** wird betreffs der Äußerungen des Reichskanzlers über das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eine Interpellation eingebracht.[5]) Zum Toleranz-Antrag soll Genosse *David* sprechen.[6])

Ob und welche Resolutionen zum Reichsamt des Innern unserseits noch eingebracht werden sollen, soll der Soziale Ausschuß in Verbindung mit dem Fraktionsvorstand entscheiden.

Die Frage, ob *Geck*, bzw. die Fraktion in seiner Klage wegen der Astloch-Affaire [einen][7]) früher von der Fraktion gefaßten Antrag auf Verzicht der Immunität einbringen soll, wird von der Fraktion verneint.[8])

Bebel

[1]) S. Nr. 239 Anm. 1.
[2]) S. Nr. 242 Anm. 2.
[3]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 237.
[4]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 238.
[5]) S. Sten. Berichte Bd. 259 S. 1405—1409; vgl. Schulthess 1910 S. 111—120.
[6]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 276.
[7]) Im Or. „eine dem".
[8]) S. Nr. 245 und Nr. 247 Anm. 1.

244.

18. 2. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

In der Frage der Arbeitsnachweise[1]) stellt sich die Fraktion auf den Standpunkt der Kommissions-Mehrheit: Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage. In bezug auf die Bedürfnisfrage wird kein fester Beschluß gefaßt. Es soll in dieser Kommission gegen diesen Paragraphen ge-

[1]) Handelt sich um Paragraphen des Stellenvermittlungsgesetzes; s. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 231.

stimmt werden, wenn keine uns befriedigende Lösung gefunden wird. Die Taxen sollen festgelegt werden. Zum Etat des Reichsamts des Innern sind im Sozialen Ausschuß 13 Resolutionen, vom Genossen *Sachse* 3 vorbereitet worden[2]); die Beschlußfassung im einzelnen wird aber für die dritte Lesung des Etats vorbehalten.

Bebel

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292.

245.

21. 2. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion beschließt die Teilnahme an der Beisetzungsfeier des verstorbenen Präsidenten *v. Stolberg*[1]), und Niederlegung eines Kranzes; zur Beisetzung in Korschen werden *Molkenbuhr* und *Südekum* delegiert.

Nach Mitteilung einer Zuschrift des Rechtsanwalts des Genossen *Geck* in dem Astloch-Prozeß[2]) stellt die Fraktion unter Aufhebung ihres Beschlusses in der letzten Sitzung dem Genossen *Geck* es frei, einen Antrag auf Verzicht der Immunität in diesem Falle beim Reichstag einzubringen.

Bebel

[1]) *Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode*, 11. Präsident des Deutschen Reichstages 1907—1910, Abg. der Deutsch-Konservativen Partei, war am 19. 2. 1910 in Berlin gestorben.

[2]) S. Nr. 247 Anm. 1.

246.

24. 2. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Anstelle des erkrankten Genossen *Singer* soll ein anderes Fraktionsmitglied mit dem Anspruch auf den Vorsitz in die Geschäftsordnungs-Kommission eintreten; gewählt wird *Geyer*.

Gegen die Wahl des Abgeordneten *v. Schwerin* zum Präsidenten wird von der Fraktion kein Widerspruch erhoben.[1])

Beim Etat des Reichsamts des Innern wird eine dritte Serie von Fraktionsrednern zum Titel Gehalt des Staatssekretärs zu Wort kommen; von unserer Fraktion wird *David* als Redner bestimmt.

Bebel

[1]) Der deutsch-konservative Abgeordnete *Hans Graf v. Schwerin Löwitz* wurde am 1. 3. 1910 zum Reichstagspräsidenten gewählt.

247.

9. 3. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

In bezug auf den *Geckschen* Antrag betreffend seine Strafverfolgung beschließt die Fraktion, für den Antrag zu stimmen, falls das Zentrum für ihn sich erklärt.[1])

Über das Verbot öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel in Treptow bringt die Fraktion eine Interpellation ein.[2]) Sollte ihre Beantwortung erst nach Ostern erfolgen, so soll die Angelegenheit[3]) schon beim Reichskanzler-Etat eingehend zur Sprache gebracht werden. Als Redner werden *David* und *Ledebour* bestimmt.

In der Mannesmann-Angelegenheit sollen unsere Redner sich bezüglich der Rechtsfrage sehr vorsichtig äußern, in der Sache selber für ein Schiedsgericht erklären.

Weiter beschließt die Fraktion die Einbringung einer Resolution betreffend Unterstützungsfonds-Erhöhung für arbeitslos gewordene Tabakarbeiter.[4])

Bebel

[1]) Der eigentliche Anlaß der „Astloch-Affäre" konnte nicht ermittelt werden; zu den Immunitätsfragen vgl. Sten. Berichte Bd. 260 S. 2004 f.; s. a. Nr. 243 und 245.

[2]) Zur Agitation gegen das preußische Wahlrecht s. Protokoll SPD-Parteitag 1910 S. 31; Schulthess 1910 S. 163; Nachlaß Heine, Erinnerungen. Zur Interpellation vom 11. 3. s. Sten. Berichte Bd. 260 S. 1980.

[3]) Die Angelegenheit wurde am 9. 3. in der Budgetkommission verhandelt; s. Schulthess 1910 S. 169—171.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 331.

248.

16. 3. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Als Redner werden bestimmt für die Vorlage betreffend:

Änderung der Fernsprechgebühren-Ordnung:[1]) Kollege *Südekum;*

Ausgabe kleiner Aktien in Konsulargerichtsbezirken und im Schutzgebiete Kiautschou:[2]) *Eichhorn;*

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 270 (Anlagen) Nr. 24.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 271 (Anlagen) Nr. 142.

Ergänzung des Besoldungs-Gesetzes[3]): Kollege *Böhle*
Ausgaben für Aufstand in Südwest-Afrika:[4]) *Stolle*
Entlastung des Reichsgerichts:[5]) *Stadthagen* und *Heine*
Deutsch-schwedischer Handelsvertrag[6]): *Molkenbuhr*
Urheber-Recht:[7]) *Dietz*
Veteranen-Beihilfe:[8]) *Schöpflin*
Braugerste (Eosinverwendung):[9]) *Metzger*
Reichsbesteuerung:[10]) *Emmel*, *Legien* und evtl. *Stolle*
Reichsversicherungsordnung:[11]) *Hoch*, *Molkenbuhr*, *Schmidt*.
Den Fraktionsbericht zum Parteitag soll Genosse *Noske* erstatten.[12])

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 282.
[4]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 299.
[5]) Vgl. Debatten über die Einschränkung des Rechtsmittels der Revision, Sten. Berichte Bd. 269 (Register) S. 8657.
[6]) S. Sten. Berichte Bd. 261 S. 2365.
[7]) S. Sten. Berichte Bd. 275 (Anlagen) Nr. 341.
[8]) Vgl. verschiedene Anträge und Initiativanträge, Sten. Berichte Bd. 269 (Register) S. 8551 f.
[9]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 338.
[10]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 310.
[11]) S. Sten. Berichte Bd. 269 (Register) S. 8789—8814.
[12]) S. Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion, Protokoll SPD-Parteitag 1910 S. 94 ff., 160 und mündlicher Bericht *Noskes* vom 22. 9. 1910 a.a.O. S. 385—391.

249.

12. 4. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Entsprechend den Parteitagsbeschlüssen von Leipzig hatte der Parteivorstand nach Einbringung der Reichs-Versicherungs-Ordnung eine Sachverständigen-Kommission aus den Kreisen der Arbeiter-Sekretäre und Krankenkassen-Vorstände gemeinschaftlich mit der Generalkommission berufen;[1]) da der Reichstag in Ferien, *Bebel* in Zürich und *Singer* erkrankt waren, konnte die Fraktion vorher nicht befragt werden. Die Fraktion stimmt den Beschlüssen der General-Kommission und des Parteivorstandes [zu][2]), die Sachverständigen-Kommission

[1]) Vgl. Anträge zum Parteitag Nr. 32, 35, 273 und Überweisung der Anträge zur Berücksichtigung des Parteivorstandes und der Fraktion; Protokoll SPD-Parteitag 1909 S 192, 224, 478.
[2]) Im Or „mit".

(*Cohn*-Berlin, *Fräßdorf*-Dresden, *Gräf*-Frankfurt, *Husemann*-Bochum, *Lesche*-Altona, *[Mattutat]*[3])-Stuttgart, *Simanowski*-Berlin, *Timm*-München, *Wissell*-Berlin, *Zietsch*-Charlottenburg) soll in Gemeinschaft mit der Fraktions-Kommission *(Hoch, Molkenbuhr, Schmidt)*[4]) die Materie behandeln und dann die Vorschläge betreffs Stellungnahme und Abänderungsanträge der Fraktion zur Beschlußfassung unterbreiten.

In die Kommission betreffend Urheberrechte[5]) soll, falls auf die Fraktion ein zweites Mitglied entfällt, *Fischer* neben *Dietz* eintreten.

Bebel

[3]) Im Or. irrtümlich: „*Maketat*".

[4]) Im Or. gestrichen: *Stadthagen.*

[5]) S. Sten. Berichte Bd. 275 (Anlagen) Nr. 341.

250.

14. 4. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Als Redner für die Vorlage betreffend das Reichsgericht[1]) werden bestimmt *Heine, Hildenbrand, Lehmann*; zur Eisenbahnunglücks-Interpellation *Hengsbach* und *Hue*[2]); zur Wertzuwachssteuer-Vorlage[3]): *Südekum*, der sich grundsätzlich für dieselbe, aber nur als Ersatz indirekter Steuern erklären soll.

In der Frage zur Stellungnahme unserer Fraktionsgenossen in [der] Kali-Kommission zu den Anträgen des Zentrums, beziehungsweise *Gotheins* erklärt sich die Fraktion mit den Kommissionsmitgliedern einverstanden.

Aus der Wahlprüfungskommission berichtet **Fischer** über Vorschläge zur Beschleunigung der Wahlprüfungen, die von der Kommission [im][4]) Plenum gestellt werden sollen. Die Fraktion stimmt denselben zu, ebenso dem Vorschlage, auf eine Debatte im Plenum zu verzichten, falls die anderen Parteien das gleiche tun.

Bebel

[1]) S. Nr. 248 Anm. 5.

[2]) Zum Vorfall s. Schulthess 1910 S. 210; zur Interpellation s. Sten. Berichte Bd. 275 (Anlagen) S. 1953.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 275 (Anlagen) Nr. 374.

[4]) Im Or. „in das".

251.

20. 4. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Als Redner für die Vorlage betreffend das Reichsschuldbuch[1]) wird *Südekum* bestimmt, für das betreffend Kolonialbeamten[2]) *Ledebour*.

Bei der Frage der rückständigen Abrechnung über den Südwestafrikanischen Krieg[3]) soll unsere Fraktion gegen die Vorlage stimmen, aber für den Grundsatz der Übernahme der Schulden auf die Kolonie sowie die Beteiligung der großen Gesellschaften an der Zahlung der Kriegsschulden sich aussprechen.

Bei dem Gesetzentwurf betreffend die Veteranenbeträge[4]) soll unsererseits die Erhöhung des Unterstützungssatzes von Mk 120 auf Mk 150.— beantragt werden nach Analogie der Beamtengehaltsregelungen infolge der Zollerhöhungen, bzw. Reichsfinanzreform.

Die Teilnahme der Fraktionsgenossen bei einer von der Budgetkommission geplanten Besichtigung westfälischer Industrie-Unternehmungen wird freigestellt.

Auf Einladung der Generalkommission sollen am Gewerkschaftskongreß die Mitglieder der Reichsversicherungsordnungs-Kommission als Vertreter der Fraktion teilnehmen.[5])

Bebel

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 275 (Anlagen) Nr. 386.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 275 (Anlagen) Nr. 387.

[3]) S. Nr. 248 Anm. 4.

[4]) S. Nr. 248 Anm. 8.

[5]) Der Kongreß tagte am 16. 4. 1910 in Berlin; vgl. Correspondenzblatt v. 16. 4. 1910, S. 221.

252.

26. 4. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Zum 60. Geburtstag des Genossen *Pernerstorfer-Wien*[1]) sendet die Fraktion ihren Glückwunsch.

[1]) *Engelbert Pernerstorfer*, geb. 27. 4. 1850, Vorsitzender der österreichischen sozialdemokratischen Abgeordnetenhausfraktion und Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Freund *Victor Adlers*, gest. Januar 1918; vgl. Neue Österreichische Biographie, Bd. 2, Wien 1925 S. 97 ff.

Die bayerische Landtagsfraktion richtet an die Fraktion das Ersuchen, im Interesse der Gemeinde-Autonomie gegen die Reichs-Wertzuwachssteuer[2]) zu votieren. Die Fraktion beantwortet die Zuschrift dahin, daß den Interessen der Gemeinden durch die Fraktionsanträge in der Kommission bereits nach Möglichkeit Rechnung getragen worden sei.

Kollege **Dietz** berichtet über die Verhandlungen der Kommission betreffend die Berner Konvention über das Urheberrecht[3]); nach Ablehnung der Bestimmung betreffend die minderwertigen Instrumente und nach Aufnahme der Zwangslizenz in das Gesetz empfiehlt er der Fraktion die Zustimmung. Die Fraktion beschließt demgemäß.

Über die Verhandlungen der Stellenvermittlungsgesetz-Kommission[4]) berichtet **Hildenbrand**; die Beschlußfassung wird bis nach Eingang des Kommissionsberichtes vertagt; ebenso betreffend der Strafgesetzbuch-Novelle[5]), über welche **Stadthagen** berichtet.

Heine empfiehlt der Fraktion, gegen die Novelle betreffend Entlastung des Reichsgerichts[6]) zu stimmen, nachdem jetzt sogar die Revisionssumme bis auf Mk. 4000,— erhöht worden sei.

Über den Südwestafrika-Nachtragsetat berichtet **Ledebour**; er empfiehlt die Ablehnung, auch des Antrages *Erzberger* und die Wiedereinbringung unseres Antrages.[7]) Die Fraktion beschließt demgemäß.

Bebel

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 269 (Register) S. 8493—8499.

[3]) Vgl. Nr. 249 Anm. 4.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 231.

[5]) Vgl. Nr. 234, 237.

[6]) S. Nr. 248 Anm. 5.

[7]) Bezieht sich wahrscheinlich auf die Kommissionsberatungen; vgl. Sten. Berichte Bd. 276 (Anlagen) Nr. 422.

253.

29. 4. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Von Genossen *Pernerstorfer*-Wien geht ein Dankschreiben ein. Die Verbände der Gastwirtsgehilfen und der Handelsangestellten richten an die Fraktion das Ersuchen, dem Gesetzentwurf betreffend die Stellungvermittlung[1]) die Zustimmung zu erteilen. Die Fraktion beschließt dementsprechend, ferner, daß im § 2 die Worte: „persönliche Verhältnisse" zu streichen im Plenum beantragt werden soll.

[1]) Vgl. Nr. 252 Anm. 4.

Die Mitglieder der Telephon-Kommission fragen die Fraktion an, ob sie dem Zentrumsantrag auf niedrige Pauschalierung mit Einzelberechnung der Gespräche zustimmen könnten; die Fraktion sieht keinen Grund, dem zu widersprechen.

Auf Vorschlag **Hildenbrands** bringt zum Gesetzentwurf betreffs Reichsgerichtsentlastung die Fraktion zur 2. Lesung einen Antrag wegen Verweigerung der Armenrechtsentscheidungen[2]) ein.

Emmel erstattet über das Kaligesetz Bericht; der beschleunigten Verabschiedung im Plenum soll unsererseits kein Hindernis bereitet werden.[3])

Sachse wünscht noch Erledigung wichtiger Petitionen von Zündholzarbeitern; es soll versucht werden, bei dem Präsidenten ein entsprechendes Entgegenkommen zu finden.[4])

Bebel

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 276 (Anlagen) Nr. 449.

[3]) Vgl. Nr. 239 Anm. 1 und 241.

[4]) Die Petitionen wurden am 9. 5. 1910 im Plenum verhandelt; s. Sten. Berichte Bd. 261 S. 2966.

254.

9. 5. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Infolge Abganges des Fraktions-Sekretärs sollen die Fraktionskollegen Umschau halten und evtl. Vorschläge dem Fraktionsvorstand mitteilen.[1])

Auf Vorschlag *Bebels* soll der *Moltkesche* Erlaß wegen Verbots der Mai-Umzüge im Herbste zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden[2]); dagegen lehnt die Fraktion ab, die Änderung der Geschäftsordnung im preußischen Landtag[3]) als einer Verletzung des § 105 [Strafgesetzbuches][4]) im Reichstag in einer Interpellation zur Sprache zu bringen. — Zum Inter-

[1]) Handelt sich möglicherweise um *Max Grunwald*, vgl. Nr. 118. Sein Rücktritt als Fraktionssekretär — er hatte neben diesem Amt noch das Parteiarchiv verwaltet — hatte sich wahrscheinlich verzögert; s. Nr. 231 und Nr. 232.

[2]) Vgl. Schulthess 1910 S. 265—269; *Graf v. Moltke* war preuß. Minister des Innern.

[3]) Durch Änderung der Geschäftsordnung hatte der Präsident des preuß. Abgeordnetenhauses die Befugnis erhalten, Abgeordnete, die sich seinen Anordnungen widersetzten, notfalls durch Anwendung von Gewalt aus dem Plenarsaal verweisen zu dürfen; vgl. Schulthess 1910 S. 272 f.; s. a. Nr. 303.

[4]) Im Or.: „R.St.G." — Es war strittig, ob eine einfache Änderung der Geschäftsordnung des preußischen Landtages den § 105 des Strafgesetzbuches für Preußen außer Kraft setzen könne. Der § 105 StGB stellte die gewaltsame Entfernung eines Abgeordneten aus dem Sitzungssaal bzw. seine Behinderung beim Betreten des Saales unter Strafe.

nationalen Kongreß in Kopenhagen[5]) werden *Bebel*, *Singer* und *Ledebour* als Fraktionsvertreter delegiert; als evtl. Ersatzmann *Fischer*. Über das Kaligesetz[6]) berichtet **Emmel** und empfiehlt die Zustimmung; gegen eine Stimme beschließt die Fraktion dementsprechend.

Singer

[5]) Der Kongreß fand Ende August 1910 statt; *Bebel* nahm nicht teil; s. Adler, Briefwechsel S. 507; Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 1, Hannover 1961, S. 345.

[6]) S. Nr. 253.

255.

22. 11. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die seit der Reichs[tags]vertagung im Mai neugewählten Fraktionsgenossen *Busold*, *Faber*, *Kunze* und *Göhre*[1]) werden vom Vorsitzenden [**Singer**] herzlich begrüßt, worauf **Fischer** der Freude der Fraktion Ausdruck gab, daß Genosse *Singer* wieder in der Lage sei[2]), die Leitung der Fraktion zu übernehmen.

Anstelle des Genossen *Bebel*, der vor Weihnachten kaum an den Reichstagsverhandlungen teilnehmen dürfte[3]), wird Kollege *Dietz* in den Seniorenkonvent delegiert.

Der Fraktionsvorstand bleibt in seiner Zusammensetzung der alte; ebenso soll der Mittwoch als ständiger Tag für Fraktionssitzungen in Betracht bleiben.

In die Wertzuwachssteuer-Kommission wird für *Südekum*, dessen Rückkehr aus Amerika noch nicht feststeht, Genosse *Göhre* gewählt; über den Vorsitzenden sollen die Kommissionsmitglieder aus ihren Reihen sich verständigen.

Über das Wasserstraßen-Gesetz[4]) berichtet **Frank** und empfiehlt Ablehnung; **David** regt an, der Beratung von vornherein zu widersprechen, weil die Vorlage mit den völkerrechtlichen Verträgen in Widerspruch stehe, die mit Holland, Österreich-Ungarn abgeschlossen sind, erklärt sich aber damit einverstanden, daß dieser Gesichtspunkt in der Debatte, bzw. Kommission besonders hervorgehoben werde. Als Redner werden bestimmt *Frank* und *Stolle*, nachdem *David* zugunsten *Stolles* von der Stichwahl zurückgetreten [ist].

[1]) S. Einl.

[2]) *Singer* hatte wegen Krankheit am Magdeburger Parteitag nicht teilnehmen können; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1910 S. 192.

[3]) *Bebel* weilte am 22. 11. 1910 in Zürich bei seiner Frau, die an diesem Tage starb; s. Adler, Briefwechsel, S. 516 f.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 277 (Anlagen) Nr. 527.

Für die heutige Tagesordnung[5]) werden als Fraktionsredner bestimmt *Stadthagen* zum Gerichtskostengesetz; *Dietz* zum Banknotenpapier-Gesetz und *Scheidemann* zu der Vorlage betreffend Beseitigung der Tierkadaver.

Alle drei Vorlagen sollen je einer Kommission überwiesen werden. Die Fraktion beschließt die Einbringung nachstehender Interpellationen[6])[:]

1. betreffend Lebensmittelverteuerung: Redner: *Emmel* und *Hildenbrand;*
2. betreffend Kaiser-Reden: Redner: *Ledebour* und *David.*

Eine Interpellation betreffend die Kaffern-Niedermetzelung in Südwestafrika und eine betreffend Verletzung des Koalitionsrechtes durch die Berliner Polizei in Moabit werden zurückgestellt; abgelehnt werden Interpellationen betreffend Verkauf des Tempelhofer Feldes und betreffend Verbot der Jugendorganisationen.

Einer Anregung *Geyers* auf Einstellung einer bestimmten Summe zur Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter in den Etat soll mit Ausdehnung auf die arbeitslosen Zündholzarbeiter in der Budgetkommission, bzw. gelegentlich der Etatsdebatte entsprochen werden.

Bezüglich Unterstützung notleidender Weinbauern sollen die Vertreter der Fraktion aus den in Frage kommenden Gegenden zu einer Besprechung zusammentreten und der Fraktion entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Singer

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 262 S. 3053.

[6]) S. Sten. Berichte Bd. 277 (Anlagen) Nr. 538, 541.

256.

23. 11. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Für die Interpellation Ablaß betreffs Privatbeamten-Versicherung[1]) wird *Robert Schmidt* als Redner bestimmt; für das Kurpfuschergesetz[2]) *Zietsch*; die Entscheidung über den zweiten Redner wird ausgesetzt, bis die Stellungnahme des hierfür vorgeschlagenen Kollegen *Stücklen* bekannt ist, da die Stellungnahme innerhalb der Fraktion keine einheitliche ist. Jedenfalls soll bei der 1. Lesung von den Rednern die Fraktion nicht festgelegt werden.

Zum Antrag Kanitz (108) über den Niedergang des Handwerks[3]) wird als

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 277 (Anlagen) Nr. 542.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 277 (Anlagen) Nr. 535.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 270 (Anlagen) Nr. 108.

Redner *Brühne* bestimmt; für die Interpellation betreffs Bekämpfung der Rebschädlinge[4]) *Huber*. In die Kommission des Gesetzentwurfs betreffs Beseitigung der Tierkadaver[5]) entsendet die Fraktion die Kollegen *Brey* und *Leber*. Als Etatsredner werden, da [mit][6]) einer Teilnahme *Bebels* nicht zu rechnen sein dürfte, *Scheidemann* und *David* ernannt.

Singer

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 277 (Anlagen) Nr. 544.

[5]) Vgl. Nr. 255.

[6]) Im Or. „an".

257.

30. 11. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Legien berichtet über das Arbeitskammergesetz[1]); auf seinen Vorschlag beschließt die Fraktion, unseren Organisationsentwurf[2]) im ganzen zur 2. Lesung einzubringen; bei dessen Ablehnung sollen zu den einzelnen Paragraphen die von der Kommission als notwendig erachteten Anträge von dieser eingebracht werden.

In die Schiffahrtskommission[3]) werden gewählt: *Frank*, *Stolle*, *Metzger*, *David*; in die betreffend das Kurpfuschergesetz[4]) *Zietsch*, *Stadthagen*, *Stücklen* und *Keil*.

Hue regt an, einige Äußerungen in der Rede *Ledebours* gelegentlich der Kaiserrede-Interpellation[5]), welche geeignet seien, die Taktik der Partei bei den nächsten Wahlen schon jetzt festzulegen, in einer der nächsten Sitzungen zu besprechen; nach einer Erwiderung **Ledebours**, in welcher er die Auslegung *Hues* als unzutreffend zurückweist[6]), wurde die Debatte vertagt mit der Anheimgabe an den Fraktionsvorstand, für diesen Zweck auf Donnerstag[7]), der ein Feiertag sei, eine Fraktions-Sitzung einzuberufen.

Singer

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 236.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 277 (Anlagen) Nr. 556, 561, 562.

[3]) S. Nr. 255 Anm. 4.

[4]) S. Nr. 256 Anm. 2.

[5]) S. Nr. 255 Anm. 6. S. dazu auch *Ledebours* Begründung der Interpellation vom 26. 11. 1910, Sten. Berichte Bd. 262 S. 3166—3177.

[6]) Zum Verhältnis *Hue—Ledebour* vgl. Nr. 206 Anm. 2.

[7]) 1. 12. 1910; eine Fraktionssitzung fand an diesem Tag nicht statt. Dazu enthält das Or. unter dem Protokoll vom 30. 11. 1910 eine Notiz: „Diese Sitzung fiel aus, da 27 Fraktionsgenossen schriftlich gebeten hatten, von einer solchen Sitzung Abstand zu nehmen."

258.

7. 12. 1910: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

In die Budget-Kommission wird als ständiges Mitglied *Ledebour* entsandt; die anderen[1]) sollen nach den einzelnen, jeweils zur Beratung gelangenden Positionen abwechseln.

Als Redner zum Etat des Reichsamt des Innern werden bestimmt: *Fischer* und *Hoch*.

Unter den Initiativ-Anträgen soll der betreffend die Regelung der Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter als erster zur Beratung gebracht werden; als Redner werden *Brey* und *Stadthagen* bestimmt.[2])

Hoch regt an, beizeiten den Berichterstatter der Fraktion zum nächsten Parteitage zu ernennen; vorgeschlagen sind *Geck* und *Severing*; die Fraktion beauftragt den Fraktionsvorstand, über diese Angelegenheit zu beraten und der Fraktion Vorschläge zu machen.[3])

Schmidt berichtet, daß der Sozialpolitische Ausschuß beschlossen hatte, durch die Generalkommission Umfrage bei den Gewerkschaften vornehmen und die Gerichtsurteile in Streikvergehen einsenden zu lassen; diese Sammlung ist eingegangen und liegt beim Fraktionssekretär zur Einsichtnahme auf.

Singer

[1]) Im Or. gestrichen „Mitglieder".

[2]) S. Nr. 233 Anm. 9.

[3]) S. Nr. 261.

259.

11. 1. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Nach den geschäftlichen Mitteilungen über den Arbeitsplan des Präsidenten regt **Göhre** an, die Berichterstattung über die Kommissionsberatung der Wertzuwachssteuer[1]) bis nach Vorliegen des schriftlichen Berichtes der Kommission zu vertagen. Die Fraktion stimmt zu.

Noske berichtet über den Fernsprechgebühren-Gesetzentwurf[2]); die

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 275 (Anlagen) Nr. 374.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 277 (Anlagen) Nr. 590.

Fraktion stimmt dem Vorschlag auf Verwerfung zu und überläßt der Kommission, die geeigneten Anträge im Plenum zu stellen.

Zur elsässisch-lothringischen Wahlrechtsvorlage[3]) werden *Böhle* und *Emmel* als Redner bestellt, über die Reihenfolge sollen die beiden sich verständigen und in einer der nächsten Sitzungen[4]) Bericht über die Vorlage erstatten.

Singer

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 277 (Anlagen) Nr. 581.

[4]) Vgl. Nr. 261.

260.

13. 1. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Hoch[1]) teilt mit, daß von verschiedenen Fraktionsgenossen gewünscht werde, als Fraktionsantrag für den nächsten Schwerinstag den Antrag auf Erlaß eines Privatbeamtenversicherungs-Gesetzes zur Beratung zu stellen; **Geck** schlägt vor, eventuell einen solchen auf Hinaufsetzung der Pfändungsgrenzen vorzuziehen. Die Fraktion beschließt, es bei dem in vorletzter Sitzung gefaßten Beschlusse zu belassen, wonach der Antrag betreffend die Regelung der Verhältnisse der forst- und landwirtschaftlichen Arbeiter zur Beratung kommen soll.[2])

Aus Anlaß des Umstandes, daß eine große Anzahl von Fraktionsgenossen in einer der letzten Plenar-Sitzungen einen Antrag auf Einführung der Gewissensklausel bezüglich des Impfzwanges eingebracht haben, ohne der Fraktion vorher Kenntnis von ihrer Absicht gegeben zu haben, schlägt **Singer** vor:

daß künftig von Fraktionsgenossen selbständige Anträge nicht eingebracht werden, ehe die Fraktion davon Kenntnis erhalten und die Möglichkeit der Beratung gehabt hat.

Die Fraktion stimmt dem Vorschlag zu.

Göhre berichtet dann über den Wertzuwachssteuer-Entwurf[3]), wie er in der Kommissionsberatung sich gestaltete; die Fraktion beschließt Verwerfung der Vorlage in dieser Form und beauftragt die Kommissionsmitglieder, im Plenum die entsprechenden Anträge (über Verwendungszweck) zu stellen, die sich aus der Beratung als nötig ergeben.

Singer

[1]) Im Or. gestrichen *Geyer*.

[2]) Dieser Initiativantrag kam im Plenum nicht zur Verhandlung.

[3]) Vgl. Nr. 259 Anm. 1.

261.

18. 1. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Singer gibt dem Bedauern über das Ableben des Genossen *Gabriel Löwenstein*[1]) Ausdruck; die Fraktion beauftragt *Südekum*, [ihm] im Namen der Fraktion einen Nachruf am Grabe zu widmen.

Über die Erhöhung des Städte-Anteils an dem Ertrage der Wertzuwachssteuer[2]) soll seitens der Fraktion namentliche Abstimmung beantragt werden.

Mit 24 gegen 17 Stimmen wird als 1. Redner zur Verfassungsfrage für Elsaß-Lothringen[3]) *Emmel* bestimmt.

Wenn zum Eintritt in die Budget-Kommission sich mehr Kollegen melden, als auf unsere Fraktion entfallen, soll der Fraktionsvorstand die Entscheidung treffen.

Als Fraktionsberichterstatter zum Parteitag wird mit 27 gegen 16 Stimmen *Geck* bestimmt.[4])

Der elsaß-lothringische Verfassungs-Entwurf wird einer Kommission *(Böhle, David, Emmel, Frank, Ledebour)* zur Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen überwiesen.[5])

Im Anschluß an eine Beschwerde *Metzgers* wird es den Fraktionsgenossen zur Pflicht gemacht, während der Rede eines Fraktionskollegen im Saale zu bleiben.

Bebel

[1]) Gestorben am 17. 1. 1911; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1911 S. 63.

[2]) S. Nr. 260.

[3]) *Bethmann Hollweg* hatte dem Reichstag am 17. 12. 1910 zusammen mit dem Entwurf eines Wahlgesetzes einen weiteren über die Verfassung Elsaß-Lothringens vorgelegt; vgl. Nr. 259 Anm. 3.

[4]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1911 S. 83—149 (Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion) und S. 287—291 (mündlicher Bericht *Gecks*).

[5]) S. Anm. 3.

262.

31. 1. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Genosse **Bebel** gibt dem Schmerze der Fraktion Ausdruck über den schweren, vielleicht unersetzlichen Verlust, den die Fraktion und die Partei heute mit dem

Hinscheiden des Genossen *Singer*[1]) erlitten habe, der seit dem Jahre 1887 als Vorsitzender der Fraktion mit unvergleichlichem Geschicke, großer Treue und nie versagender Pflichterfüllung die Interessen der Fraktion und Partei vertreten habe. — Weiter machte er Mitteilung, daß ihm die Vertreter aller Fraktionen mit Ausnahme der Antisemiten[2]) ihr Beileid für die Fraktion ausgedrückt haben; seitens der nationalliberalen Fraktion ging nachstehendes Schreiben ein:

Die nationalliberale Reichstagsfraktion will nicht verfehlen, der sozialdemokratischen Fraktion beim Ableben ihres langjährigen Vorsitzenden, des Abgeordneten *Singer*, ihr aufrichtiges Beileid und lebhaftes Mitgefühl auszusprechen.

Schönaich-Carolath — Dr. Heinze

Die Fraktion beschließt, die Zuschrift dankend zu bestätigen.
Als Redner für die Vorlage betreffs Reichsbesteuerung[3]) wird *Böhle* bestimmt.
Sachse schlägt vor, zu der Petition betreffs Abänderung der Bäckereiräume einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung einzubringen. Die Fraktion stimmt zu; als Redner werden *Binder* und *Hoch* bestimmt.

Bebel

[1]) Gestorben am 31. 1.; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1911 S. 63 f., s. a. Nr. 255 Anm. 2. *Singer* war bis zu seinem Tode Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion; s. a. Nr. 263.

[2]) Zu den antisemitischen Beschuldigungen gegen *Singer* s. Osterroth, Biographisches Lexikon S. 292.

[3]) Die Vorlage kam erst am 3. 4. 1911 zur 3. Lesung; s. Sten. Berichte Bd. 266 S. 6129.

263.

8. 2. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Bebel erinnert daran, daß die Fraktionsmappe zwar zur Einsichtnahme für die Fraktionsgenossen ausliege, er ersuche aber darum, daß die darin enthaltenen Drucksachen, Anträge etc. in der Mappe verbleiben und nicht von dem und jenem weggenommen werden.

Anstelle *Singers* wurde in die Ausschmückungskommission *Fischer* [entsandt], als Vorsitzender der 4. Abteilung *Hengsbach* bestimmt.

Zur Interpellation Kanitz betreffend Börsenzulassung amerikanischer Wertpapiere[1]) soll *Frank* sprechen, der der Fraktion die Hauptgesichtspunkte vorführt.

Zum Einführungsgesetz für die Reichsversicherungsordnung[2]) sollen

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) Nr. 697.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) Nr. 682.

als Redner die Mitglieder der R[eichs-]-V[ersicherungs]-Kommission in erster Linie in Betracht kommen.

Die Vorlage betreffs Aufhebung des Haftpflichtgesetzes[3]) soll nach Möglichkeit zurückgestellt werden; evtl. sollen die Fraktionsmitglieder im Seniorenkonvent gegen die Beratung Protest erheben.

Die Wahl des Fraktionsvorsitzenden anstelle *Singers* soll als sekrete Fraktionsangelegenheit behandelt werden. Gewählt wird *Molkenbuhr*.[4]) Von seiten der Fraktion der Reformpartei ging nachträglich noch ein Beileidsschreiben aus Anlaß des Hinscheidens *Singers* zu.

Bebel

[3]) Wahrscheinlich handelt es sich hierbei nicht um eine „Vorlage", sondern um den Bericht der Petitionskommission; vgl. Sten. Berichte Bd. 279 (Anlagen) Nr. 930.

[4]) *Bebel* blieb der anerkannte Fraktionsvorsitzende. Neben ihn trat nun *Molkenbuhr* als formeller Mitvorsitzender. Vgl. die salomonische Formulierung des *Vorwärts* v. 9. 2. 1911: „Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde anstelle des Genossen *Singer* der Genosse *Molkenbuhr* gewählt. Die Genossen *Bebel* und *Molkenbuhr* sind sonach Vorsitzende mit gleichen Rechten."

264.

15. 2. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.[1])

Bebel bringt die vorläufige Liste der Etatsredner zur Verlesung.[2]) Es haben sich gemeldet:

Reichskanzler und Auswärtiges Amt: *(Frank)*, *Ledebour*, *Scheidemann*, *Vollmar*.[3])

Militär-Etat: *Albrecht* (Bekleidungsamt), *Böhle*, *Fischer* (Tempelhofer Feld), *Göhre* (dito), *Noske*, *Schöpflin*, *Stücklen*.[4])

Justiz-Etat: *Heine*, *Stadthagen*.

Reichsschatzamt: *Geyer*, *Lehmann*.

Kolonial-Etat: *Ledebour*, *Noske*.

Reichsamt des Innern: *Fischer*, *Hoch* (zu Titel 1), *Sachse*.

Reichsgesundheitsamt: *Leber*, *Lehmann*, *Zietsch*.

Ober-Seeamt: *Metzger*.

Kunst und Wissenschaft: *Göhre* und Allgemeines: *Böhle*, *Stadthagen*.

Post-Etat: *David*, *Eichhorn*, *Lehmann*, *Zubeil*.

Reichs-Eisenbahnen: *Böhle*, *Emmel*.[5])

[1]) Protokoll im Or. irrtümlich auf 1910 datiert.

[2]) Diese „vorläufige Liste" ist erhalten und liegt als loser Zettel, mit tintenschriftlichen Notizen von unbekannter Hand, ergänzt durch Bleistiftnotizen *Bebels*, dem Or., Protokollbuch I, bei.

[3]) Die „vorläufige Liste", s. Anm. 2, enthält noch den Namen: *David*.

[4]) Die „vorläufige Liste", s. Anm. 2, enthält noch den Namen: *Kunert*. Außerdem noch eine Rubrik: „Marine-Etat: *Ledebour*."

[5]) Dahinter im Or. gestrichen: *Stolle*.

Reichseisenbahn-Amt: *Lehmann*, *Stolle*.[6])
Reichstag: *Geck*.

Hoch bringt die Ärzte-Frage zur Sprache, wie sie nach der Reichsversicherungsordnung bei Differenzen mit den Krankenkassen geregelt werden solle, und schlägt vor, sich auf den Standpunkt der Kompromißparteien zu stellen. Die Fraktion stimmt zu. Er bringt weiter den Vorschlag, die Fraktion soll in einer späteren Sitzung Stellung nehmen zu *Franks* Rede betreffend die Interpellation *Kanitz*[7]), da er entgegen seiner Erklärung in der Fraktionssitzung es im Plenum unterlassen habe, die prinzipielle Seite zu behandeln. *Frank* widerspricht entschieden, die Fraktion erklärt sich mit 16 gegen 15 Stimmen für den Vorschlag, unterläßt aber, einen bestimmten Termin zu bestimmen.

Bebel

[6]) Name nachträglich in Or. eingefügt.
[7]) S. Sten. Berichte Bd. 264 S. 4564—4566.

265.

22. 2. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Für den Gesetzentwurf betreffend weitere Zulassung von Hilfsarbeitern im Patentamt bestimmt die Fraktion einen Redner nicht.

Mit de[n][1]) Resolution[en], die zum Marine- und Militär-Etat eingebracht sind[2]), erklärt die Fraktion sich einverstanden.

Zum Etat des Reichsschatzamtes bringt die Fraktion folgende Anträge ein[3]):

Zur Gewährung von Beihilfen an Hausgewerbetreibende und Arbeiter, die wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes arbeitslos geworden sind, einzusetzen 1000000 M. Zur Gewährung von Beihilfen an Arbeiter, die infolge des Zündwarensteuergesetzes arbeitslos geworden sind, einzusetzen 400000 M.

Ledebour teilt mit, daß der Vorsitzende der Budgetkommission *v. Gamp* angeregt habe, die Militärvorlage im Plenum ohne Debatte anzunehmen. Die Fraktion sieht es als selbstverständlich an, daß wir uns darauf nicht einlassen. Falls eine Annahme der Militärvorlage im ganzen beantragt werden sollte, wird die Fraktion dem widersprechen.

Die Aussprache mit Genossen *Ströbel*[4]) wird abgebrochen und bis zur nächsten Fraktionssitzung vertagt.

Bebel

[1]) Im Or.: „der".
[2]) S. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) S. 3920, 3971.
[3]) Die folgenden Anträge, s. a. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) Nr. 895, sind in das Or. als Zeitungsausschnitt eingeklebt.
[4]) S. a. Nr. 266.

266.

1. 3. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion besteht darauf, daß in der 1. Lesung des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung[1]) unsere Redner zu Worte kommen. — Gegen die Behandlung der Frage in der Petitionskommission über Ausgabe kleiner Aktien für Kiautschou werden Einwendungen von uns nicht erhoben.

Noske berichtet über die Telephongebühren-Vorlage nach der neuesten Beratung und schlägt Ablehnung derselben vor; die Fraktion stimmt zu.

Die Aussprache mit Genossen *Ströbel* wird auf Antrag geschlossen. Die Budgetkommissions-Mitglieder haben der Fraktion über die evtl. Behandlung der Frage[2]) in der Kommission Bericht zu erstatten.

Bebel

[1]) Vgl. Nr. 263 Anm. 2.

[2]) Der Gegenstand dieser Besprechungen, vgl. Nr. 265, konnte nicht ermittelt werden.

267.

8. 3. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Als Redner werden bestimmt für:

Niederlassungsvertrag mit der Schweiz:[1]) *Emmel* und [....];[2])

Denkschrift über Kolonialkrieg-Unkosten: *Ledebour*;

Gesetzentwurf über Fahrkosten und Tagegelder der Kolonialbeamten: *Noske*.

Eine Zuschrift aus B[ant][3]) betreffs Reichsbesteuerung wird, da der betreffende Gesetzentwurf wieder an die Budgetkommission zurückverwiesen wird, den Mitgliedern dieser Kommission übergeben.

Die Resolution *Blankenhorn* betreffend zollfreie Einfuhr der Tabak[lauge][4]) für Pflanzenschädlinge soll unterstützt werden.

Zum Patentausführungsgesetz werden *Geck* und *Südekum* als Redner ernannt.

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) Nr. 779.

[2]) Namensangabe im Or. unleserlich.

[3]) Im Or. schwer lesbar.

[4]) Im Or. unleserlich. Zur Resolution vgl. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) Nr. 819.

Auf Anregung **Albrecht** soll nach vorheriger Materialsammlung evtl. eine Interpellation betreffs Vereinsgesetzhandhabung eingebracht werden.[5])

Göhre fragt an, ob bei Beratung des Etats des Reichsamts des Innern die Frage des Antimodernisten-Eides unsererseits angeschnitten werden soll. Die Fraktion lehnt das ab und beauftragt die Genossen *Göhre*, evtl. *David* mit der Geltendmachung des Parteistandpunktes, wenn die Frage von anderer Seite angeschnitten werden sollte.

Brey beantragt, die Zentrums-Resolution[6]) betreffend Bleivergiftung auf alle Vergiftungsfälle auszudehnen bzw. die Zwangsanmeldung der vorkommenden Krankheitsfälle. Die Fraktion stimmt zu; desgleichen dem Antrag **Sachse**, die Berggesetz-Resolution wieder einzubringen.

Die Erörterung der Frage, ob die Fleischbeschau-Untersuchungskosten auf das Reich übernommen werden soll[en], wie eine Resolution des Zentrums[7]) beantragt, wird abgebrochen und die Entscheidung einer kommenden Fraktionssitzung überwiesen.

Bebel

[5]) Die Interpellation wurde erst am 11. Okt. 1911 eingebracht; vgl. Sten. Berichte Bd. 282 (Anlagen) Nr. 1112.

[6]) Handelt sich wahrscheinlich um den 80. Bericht der Petitionskommission; vgl. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) Nr. 768.

[7]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) Nr. 784.

268.

15. 3. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion beschließt auf Vorschlag **Scheidemanns**, von Einbringung einer Gegenresolution zur Fleischbeschaufrage[1]) Abstand zu nehmen.

Zum Gesetzentwurf betreffend Vertagung der Witwen- und Waisenversicherung[2]) wird *Molkenbuhr* als Redner bestimmt.

Bebel gibt Kenntnis von der Absicht des Parteivorstandes und der Generalkommission, gegen die Reichsversicherungsordnung nach ihrer Gestaltung in der Kommission eine Agitation einzuleiten; den Fraktionsmitgliedern wird entsprechendes Material zugestellt werden.[3])

[1]) Vgl. Nr. 267 Anm. 6.

[2]) Die Frage der rückwirkenden Kraft der Hinterbliebenenversicherung war Gegenstand der Vorlage des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung; vgl. Nr. 263 Anm. 2 und Sten. Berichte Bd. 269 (Register, Stichwort Versicherungswesen).

[3]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1911 S. 24 f.

Hoch regt an, bei der Etatsberatung des Reichsamts des Innern unter Außerordentlichen Ausgaben Position 1 vier Millionen zum Bau von Arbeiterwohnungen entsprechend früheren Ansätzen wieder einzustellen.[4]) Die Fraktion stimmt zu.

Ferner beschließt die Fraktion, zum Etat des Auswärtigen Amtes eine Resolution einzubringen betreffend Abrüstung zu Wasser und zu Land; *Frank*, *Ledebour* und *Scheidemann* sollen den Wortlaut derselben ausarbeiten und dem Fraktionsvorstand unterbreiten.[5])

Bebel

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) Nr. 858.

[5]) Die Resolution wurde unter dem Datum des 16. 3. eingebracht; s. Sten. Berichte Bd. 278 (Anlagen) Nr. 855.

269.

29. 3. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Bebel schlägt vor, aus Anlaß des 70. Geburtstages der Kollegen *Horn* und *Schwartz* und des 25jährigen parlamentarischen Jubiläums *Geyers* ein gemeinsames Abendessen zu feiern. Die Fraktion stimmt zu, ebenso dem Vorschlage, daß das Gedeck aus der Fraktionskasse gezahlt werde.

Kollege **Hoch** regt die Frage an, welche Stellung die Fraktion bei der 2. Lesung der Reichsversicherungsordnung einnehmen solle. Die Fraktion beschloß, die Frage der endgültigen Stellungnahme von dem Ergebnis der zweiten Lesung abhängig zu machen; in der 2. Lesung sollen alle Mittel angewendet werden, eine sachgemäße Verhandlung zu erzwingen, von jedem Versuche einer Obstruktion aber sei abzusehen. Der Vorschlag, am Abend vor dem Ferienbeginn oder am Morgen des letzten Sitzungstages eine Fraktionssitzung zur Entgegennahme des Berichtes der Kommissionsmitglieder der Reichs-Versicherungs-Kommission zu halten, wird abgelehnt; erst sollen die gedruckten Kommissionsberichte den Kollegen vorliegen.

Bebel

270.

3. 5. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Bebel teilt die Beschlüsse des Seniorenkonvents mit, u. a. daß die Reichsversicherungsordnung paragraphenweise in der 2. Lesung behandelt werden solle.

Kollege **Molkenbuhr** teilt dann eine Anzahl Anträge mit, die im Plenum zur 2. Lesung unsererseits gestellt werden sollen.[1]) Die Fraktion stimmt denselben zu und beschloß, alle wichtigen Anträge aus der Kommission im Plenum wieder einzubringen, auf Kleinigkeiten dagegen zu verzichten.

Sachse sucht die Sonderkassen (Knappschaftskassen) als zweckdienlich zu erhalten; die Kommissionsmitglieder *Molkenbuhr* und *Schmidt* treten für einheitliche Organisation des gesamten Versicherungswesens ein; die Fraktion stimmte letzterer Auffassung zu. Die Kommissionsmitglieder werden ermächtigt, die Anträge buchweise[2]) vorzubereiten und evtl. sie erst der Fraktion vorzulegen. Vorerst sollen die Anträge gedruckt und den Fraktionskollegen zur Kenntnisnahme zugestellt und wenn nötig dann nochmals einer Fraktionssitzung unterbreitet werden.

Zum Schwedischen Handelsvertrag[3]) werden *Hue* und *Vollmar* als Redner bestellt.

Ledebour bringt eine Stelle aus *Hyndmans* Rede auf dem Kongreß der Soc[ial] dem[ocratic] Party zur Sprache, die sich gegen unsere Genossen im Internationalen Büro wende. *Bebel*, *Kautsky* und *Molkenbuhr* werden ersucht, eine richtigstellende Erklärung zu erlassen.[4])

Bebel mahnte die in Frage kommenden Kollegen, die Arbeiten für das Wahlhandbuch[5]) möglichst rasch an ihn abzuliefern.

Bebel

---

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 269 (Register) S. 8794.

[2]) Der Reichsversicherungsgesetzentwurf war in verschiedene Bücher eingeteilt.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 281 (Anlagen) Nr. 1008.

[4]) Wahrscheinlich wird hier auf eine Rede *Hyndmans* vor dem Kongreß der Social Democratic Federation 1910 angespielt; vgl. Social Democratic Federation Reports of the Annual Conference, London 1910. — Vgl. hierzu den undatierten Brief Bebels an Kautsky, Nachlaß Kautsky: „Lieber Karl. *Ledebour* hat den Beschluß S.D.F. auf ihrem letzten Congreß in der Fraktion zur Sprache gebracht und erklärt, daß die *Justice* obigen Satz enthielt, der in dem Bericht nicht mitgeteilt wurde. Ich weiß von einer solchen Forderung *Hyndman's* nichts. *Molkenbuhr* auch nicht, Du wahrscheinlich ebenfalls nicht. *Singer* ist leider tot. *Hyndmans* hat also ganz unverschämt geflunkert. *Ledebour* meint und er hat wohl Recht, daß diese Äußerung *Hyndmans* seiner Resolution erst diese massive Mehrheit verschaffte. Wir können und wollen natürlich nicht schweigen. Bist Du der gleichen Ansicht, dann bitte ich Dich eine scharfe Erklärung gegen H. zu formulieren, die wir [unleserliche Abkürzung] veröffentlichen." Diesem Brief liegt folgende Notiz von der Hand *Ledebours* bei: „*Hyndman:* Er hatte zumal gefordert, daß Büro möge Vertreter der deutschen, englischen und französischen Sozialistischen Parteien zusammenberufen, um die Lage zu besprechen; zum zweiten Mal [schlecht leserlich] hätten dann *Hardie* und *Quelch* eine nämliche Forderung geltend gemacht, aber die Deutschen hätten es abgelehnt an der Besprechung teilzunehmen." *Hyndman* war bekannt für seine Feindschaft gegen die deutsche Sozialdemokratie, s. Chushichi Tsuzuki, H. M. Hyndman and British Socialism, Oxford 1961, S. 198 ff.; Joll S. 141. Seine Persönlichkeit, die in der englischen Arbeiterbewegung eine untergeordnete Rolle spielte wurde von den deutschen Sozialisten überschätzt.

[5]) Zum Handbuch für sozialdemokratische Wähler anläßlich der Reichstagsauflösung 1906, Berlin 1907, erschien 1911 ein Nachtrag.

271.

5. 5. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Auf Anregung **Bebels** wird die schwierige Situation unserer Redner bei der Beratung der Reichs-Versicherungs-Ordnung in der zweiten Lesung besprochen, die es allen Fraktionsgenossen zur Pflicht mache, durch solidarische Unterstützung und dauernde Anwesenheit ihnen ihre Aufgabe nach Kräften zu erleichtern. Auch die Partei- und Gewerkschaftspresse soll durch entsprechende Berichte in die Lage versetzt werden, die Arbeiterkreise in noch höherem Maße als bisher für diese Frage zu interessieren, da ja an dem Zustandekommen dieses Gesetzes, bzw. an einer Vereinheitlichung und Verbesserung der Versicherungsgesetzgebung nur unsere Partei eigentlich interessiert sei. Das Presse-Büro[1]) wird versuchen, im Sinne der Fraktionsbesprechung der Partei- und Gewerkschaftspresse das Material in entsprechender Form zu übermitteln.

Bebel

[1]) Eine im Juli 1908 auf Anregung der sozialdemokratischen Parteiblätter und auf Beschluß des Parteitages von 1907 gegründete Einrichtung, die unter Leitung *Emil Eichhorns* stand; s. Protokolle SPD-Parteitag 1907 S. 48 und 1908 S. 51.

272.

17. 5. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Auf Wunsch der General-Kommission der Gewerkschaften wird die Fraktion der Einladung zum Besuche der Dresdener Hygiene-Ausstellung nicht Folge leisten.

Anstelle des verhinderten Genossen *Hue* wird *Molkenbuhr* als Redner zum Schwedischen Handelsvertrag[1]) bestimmt.

Die Mitglieder der Kommission zur Beratung des elsaß-lothringischen Verfassungsentwurfes[2]) werden ermächtigt, nach Sicherung des allgemeinen Wahlrechtes unter Wegfall des Sprachenparagraphen und des Wohnsitzkarenzparagraphen die Erklärung abzugeben, bei der Endabstimmung werde die Fraktion für die Vorlage stimmen.[3])

Bebel

[1]) Vgl. Nr. 270 Anm. 3.

[2]) Vgl. Nr. 261.

[3]) S. a. Nr. 273, 274.

273.

22. 5. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Bebel teilt mit, daß er im Namen der Fraktion der Familie des verstorbenen Genossen Heinrich *Stolle*[1]) sein Beileid ausgedrückt habe.

Die definitive Stellungnahme der Fraktion zum elsaß-lothringischen Verfassungsentwurf soll erst nach Beendigung der 2. Lesung beschlossen werden.

Bebel

[1]) Nicht zu verwechseln mit dem Reichstagsabgeordneten *Karl Wilhelm Stolle;* es handelte sich um den ehemaligen sächsischen Landtagsabgeordneten *Heinrich Stolle,* der am 18. 5. 1911 Selbstmord begangen hatte; s. Protokoll SPD-Parteitag 1911 S. 62.

274.

26. 5. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

In der elsässisch-lothringischen Verfassungsfrage beschließt die Fraktion, falls eine besondere Abstimmung über die Verfassung erfolge, die Annahme (mit 24:20 Stimmen), desgleichen bei besonderer Abstimmung über das Wahlgesetz (gegen 10 Stimmen). Bei der Gesamtabstimmung soll ebenfalls (gegen 14 Stimmen) für das Gesetz votiert werden.[1])

Geck, Ledebour, Emmel — auf Wunsch seiner Organisation[2]) — erklären, an der Abstimmung nicht teilnehmen zu können; die Fraktion hat von je den Fraktionszwang nur in dem Sinne aufgefaßt, daß niemand gegen einen Fraktionsbeschluß stimmen könne, aber auch die Nichtbeteiligung soll keinen demonstrativen Charakter haben. Über unsere Stellung soll von *Frank* eine mit dem Fraktionsvorstand vereinbarte Erklärung abgegeben werden.[3])

Mit 19:17 Stimmen beschließt die Fraktion die Annahme des Diätengesetzes.[4]) *Bebel* soll eine Erklärung dazu abgeben.

Bebel

[1]) Über Wahlrechts- und Verfassungsvorlage wurde zu gleicher Zeit abgestimmt; vgl. Sten. Berichte Bd. 267 S. 7158—7160, hier auch das aufgeschlüsselte Ergebnis der namentlichen Abstimmung.

[2]) Vorstehende vier Worte wurden nachträglich in das Or. eingefügt.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 267 S. 7127.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 281 (Anlagen) Nr. 1054.

275.

30. 5. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Hoch erstattet Bericht über die im Plenum plötzlich eingebrachten Anträge *Westarp-Schultz* betreffend die Kassenbeamten; er sieht keine erheblichen Verschlechterungen und hält Einspruchserhebung gegen 3. Lesung nicht für notwendig. **Ledebour** ist entgegengesetzter Meinung und verlangt wie *Bebel* Verfahren nach § 21 der Geschäfts-Ordnung. Die Fraktion beschließt demgemäß.[1])

Bebel

[1]) Die Sitzung fand während einer einstündigen Unterbrechung der Plenarverhandlungen statt. Die Reichsversicherungsordnung war bereits in dritter Lesung angenommen; zur 2. Beratung stand das Einführungsgesetz, das durch *Westarps* Anträge geändert werden sollte. *Bebel* erhob nach § 21 der Geschäftsordnung Einspruch gegen die Absicht, auch die dritte Lesung am gleichen Tage folgen zu lassen; s. Sten. Berichte Bd. 267 S. 7316 f.

276.

31. 5. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Hoch teilt mit, was in der Kommission bezüglich der *Westarp'schen* Anträge vorgegangen ist.[1]) Die Anträge sind abgeändert und unsere Einwendungen bezüglich des Verfahrens berücksichtigt worden. Ein Grund zur Obstruktion liegt nicht mehr vor. Die Fraktion stimmt dem zu.

Bebel

[1]) Vgl. Nr. 275.

277.

12. 9. 1911, Jena: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.[1])

Die Fraktion beschließt, sofort bei Wiederzusammentritt des Reichstags Interpellationen einzubringen betreffend Marokko, die Teuerung der Lebens-

[1]) Überschrift im Or.: „Sitzung am 13. September (in Jena) 1911". Laut der Freitagsausgabe des *Vorwärts* vom 14. 9. fand die Sitzung am Mittwoch, dem 12. 9., statt, wofür auch Hinweise in der Diskussion des dritten Verhandlungstages des Parteitags (13. 9.) auf die Beschlüsse der Fraktionssondersitzung sprechen.

mittelpreise und die Handhabung des Vereinsgesetzes.[2]) Die Interpellation betreffend die Maßregelung der Eisenbahnarbeiter bei der elsässisch-lothringischen Reichseisenbahn[3]) soll erst später eingebracht werden.

[2]) Die drei Interpellationen, vgl. Sten. Berichte Bd. 282 (Anlagen) Nr. 1110, 1111, 1112, wurden schon am 11. 10. dem Reichstag vorgelegt, der am 17. 10. seine Arbeit nach den Ferien wieder aufnahm.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 282 (Anlagen) Nr. 1135.

278.

17. 10. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Bebel begrüßt den soeben in der Düsseldorfer Nachwahl neugewählten Kollegen *Haberland*[1]) und macht Mitteilung von der schweren Erkrankung des Kollegen *Bömelburg*.

Weiter gibt **Bebel** Kenntnis von den Verhandlungen im Seniorenkonvent und dem Schreiben des Reichskanzlers bezüglich der Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung; die Fraktion ist mit der Stellungnahme unserer Vertreter einverstanden und gibt anheim, den Vorschlag zu machen, kein Gesetz im Plenum zu verabschieden, solange nicht dem Reichstag die Gelegenheit der Aussprache über die auswärtige Politik gegeben sei.[2])

In die Kommission für die Privatbeamten-Versicherung werden *Hoch*, *Molkenbuhr*, *Schmidt* mit *Hue* als Ersatzmann entsandt. Die Interpellation betreffend die Reichseisenbahnarbeiter-Maßregelungen soll am 30. Oktober eingebracht werden.[3])

[1]) *Haberland* wurde nach einem ergebnislosen 1. Wahlgang vom 19. 9. am 29. 9. 1911 in einer Stich-Ersatzwahl vom Wahlkreis Düsseldorf in den Reichstag gewählt.

[2]) *Bethmann Hollweg* entgegnete bei der Einbringung der Interpellationen im Plenum am 18. 10. 1911 — vgl. Sten. Berichte Bd. 268 S. 7377 —: „In einem gestern an Ihren Herrn Präsidenten gerichteten Schreiben, von dem ich annehmen darf, daß es zu Ihrer Kenntnis gekommen ist, habe ich dargelegt, aus welchen Gründen ich mir heute eine Erklärung versagen und die Bezeichnung des Zeitpunktes noch vorbehalten muß, an dem ich sie werde abgeben können. Ich werde nicht unterlassen, Ihrem Herrn Präsidenten den Termin anzugeben, sobald es mir möglich ist. Nach meiner Absicht wird der Reichstag nicht auseinandergehen, ohne daß zuvor hier über die auswärtige Politik verhandelt worden ist." Die Interpellationen über die auswärtige Politik wurden vom Reichskanzler nicht beantwortet, dafür erhielt der Reichstag bei der Besprechung des deutsch-französischen Abkommens vom 4. 11. 1911 betr. Marokko und Äquatorialafrika vom 9. bis 11. November Gelegenheit zu einer außenpolitischen Debatte. Die deutsch-französischen Verhandlungen waren wahrscheinlich der Grund für *Bethmanns* Zurückhaltung am 18. 10.; s. a. Nr. 279.

[3]) S. Nr. 277 Anm. 3.

David wünscht, daß die Parteiflugblätter den Fraktionsgenossen zugesandt werden; **Ledebour** das gleiche bezüglich der Publikationen der Buchhandlung Vorwärts. **Bebel** sagt die Übermittlung dieser Wünsche an den Parteivorstand zu.

279.

23. 10. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Bebel berichtet aus dem Seniorenkonvent, bis 7. November soll Pause eintreten in den Plenar-Sitzungen.[1]) Einem Antrag *Bassermann*[2]), über die Marokko-Frage vor Abschluß der Verhandlungen eine Debatte im Plenum herbeizuführen, haben unsere Vertreter nicht zugestimmt, da unter Umständen die Debatte einen Charakter annehmen könne, der gar nicht beabsichtigt sei. Die Fraktion stimmt dem zu.

Bebel

[1]) Der Reichstag vertagte sich am 27. 10. auf den 7. 11.

[2]) *Bassermann* versuchte durchzusetzen, das Marokko-Abkommen noch vor seiner Unterzeichnung im Reichstag diskutieren zu lassen, um der Kolonialpolitik eine möglichst breite Zustimmung zu sichern; vgl. *Bassermanns* Rede vor dem Plenum vom 9. 11. 1911, Sten. Berichte Bd. 268 S. 7731. S. a. Nr. 278 Anm. 2 und Nr. 280 Anm. 3.

280.

25. 10. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Bebel erstattet Bericht aus der Zusammenkunft des Seniorenkonvents.
Für den Fall, daß in der Teuerungsdebatte[1]) das Zentrum als 3. Redner *Giesberts*[2]) sprechen lasse, soll unsererseits *Hue* eintreten.

Bebel macht weiter Mitteilung, daß er privatim bei *Bassermann* angeregt habe, daß die Minoritätsparteien eine grundsätzliche Rechtsverwahrung beim Reichstag gegenüber dem Marokko-Abkommen durch einen Initiativ-Antrag und Er-

[1]) Verhandlung der Interpellation; s. Nr. 277 Anm. 2.

[2]) *Johann Giesberts*, christlicher Gewerkschaftsführer aus München-Gladbach.

klärung abgeben sollten.[3]) **Ledebour** ist für selbständiges Vorgehen[4]) in diesem Sinne, **Geyer** für abwarten; **Bebel** meint, der Antrag müsse den Nationalliberalen überlassen bleiben, die ihn zuerst angeregt hätten. **Ledebour** beantragt selbständiges Vorgehen durch Einbringung eines eigenen Antrages; gegen 1 Stimme lehnt die Fraktion dies ab, aber *Bebel* soll nochmals über die Sache unverbindlich mit *Bassermann* sprechen.

Hochs Antrag betreffs der Privatbeamten-Versicherung wurde abgelehnt.

Bebel

[3]) Die von den Abgeordneten interfraktionell und im Plenum diskutierten Rechtsfragen waren folgende: Bedürften nicht a) der Marokko-Vertrag als völkerrechtlicher Vertrag und b) der Erwerb bzw. Verkauf von Kolonialgebiet, man sprach auch von „Reichsgebiet", der Zustimmung des Reichstages? Beide Fragenkomplexe lagen für *Bassermann* im Bereich der „verfassungsmäßigen Prärogative" der Reichsleitung und außerhalb der Kompetenz des Reichstages; s. *Bassermanns* Rede vom 9. 11. 1911; dazu auch Nr. 279 Anm. 2. Eine gemeinsame Rechtsverwahrung kam nicht zustande.

[4]) Vgl. Nr. 281.

281.

8. 11. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion beschließt, in der jetzigen Session bei der Diätenabgabe an die Fraktionskasse einen Nachlaß von 5% eintreten zu lassen.

Zur Marokko-Abkommen-Verhandlung[1]) beschließt die Fraktion, drei Anträge einzubringen:

1. Genehmigung durch den Reichstag auf Grund Art. 11 der Reichsverfassung.
2. Vorlegung eines Weißbuches über den Marokko-Vertrag.
3. Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung dahin, daß alle Staatsverträge ohne Einschränkung künftig dem Reichstag vorzulegen seien.[2])

Als Redner zum Marokko-Abkommen werden *Frank* und *Bebel* bestimmt, letzterer auch als eventueller dritter Redner.

Falls das Zentrum seine Interpellation über die allgemeine auswärtige Politik[3]) als durch die Marokko-Debatte erledigt erklären sollte, beschließt die Fraktion, ihrerseits dann eine solche einzubringen.

[1]) Die Verhandlung begann am 9. 11., vorausgegangen war am 8. 11. eine Geschäftsordnungsdebatte. Zum Verhandlungsgegenstand vgl. die Vorlagen des Reichskanzlers, Sten. Berichte Bd. 282 (Anlagen) Nr. 1137, 1138, 1140—1143.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 282 (Anlagen) Nr. 1144.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 282 (Anlagen) Nr. 1108.

David berichtet über die Gestaltung der Schiffahrtsabgaben-Vorlage[4]) in der Kommission und schlägt Ablehnung vor, weil sie in ihrem Endzweck agrarisch, aus preußisch-fiskalischen Interessen diktiert sei und mit den internationalen Verträgen in Widerspruch stehe. Die Fraktion stimmt dem Vorschlag zu.

Bebel

[4]) Die Vorlage kam am 15. 11. zur zweiten Lesung, s. Sten. Berichte Bd. 268 S. 7881.

282.

15. 11. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion beschließt, daß beim Schiffahrtsabgabengesetz[1]) namentliche Abstimmung nur beim Art. 2 (Einbeziehung der Saale- und Mosel-Kanalisation) beantragt werde.

Beim Heimarbeitergesetz[2]) wünscht **Göhre** Einfügung eines Art. 4a betreffend Verbot des Kochens, Schlafens etc. in Arbeitsräumen, soweit nicht unverhältnismäßige Kosten entstehen. Die Fraktion stimmt zu.

Hoch beantragt beim Hilfskassengesetz Ablehnung des Gesetzes und Aufforderung an die Regierung, das jetzige Hilfskassengesetz so zu ändern, daß die Mißstände der sogenannten Schwindelkassen einfach unmöglich werden.[3]) Die Fraktion stimmt zu.

Sachse regt an, im Seniorenkonvent dafür einzutreten, daß das Arbeitskammergesetz noch zur Beratung im Plenum gestellt werde.[4])

[1]) Vgl. Nr. 281 Anm. 4.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 237.

[3]) Vgl. Plenarverhandlung vom 30. 11. 1911, Sten. Berichte Bd. 268 S. 8155 ff.

[4]) Die Vorlage kam nicht mehr zur Verhandlung.

283.

29. 11. 1911: Fraktionssitzung

Protokollbuch I, Handschrift Fischer.

Die Fraktion beschließt, für das Heimarbeiter-[1]) und für das Privatbeamten-Versicherungs-Gesetz[2]), aber gegen die Gewerbeordnungs-Novelle[3]) und

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 237, Bd. 277 (Anlagen) S. 2765—2792.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 281 (Anlagen) Nr. 1035.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 273 (Anlagen) Nr. 238, Bd. 281 (Anlagen) S. 5407—5411.

gegen das Schiffahrtsabgaben-Gesetz[4]) zu stimmen. Zu dem Marokko- und Kongo-Abkommen soll *Bebel* sprechen.[5]) Der Wahlaufruf des Parteivorstandes und der Fraktion soll von einer Redaktions-Kommission ausgearbeitet und der nächsten Fraktionssitzung vorgelegt werden.

Genosse **Hoch** wünscht von der Fraktion die Ermächtigung, noch vor Auflösung des Reichstages die[6]) Auf-die-Tagesordnung-Stellung der Diamanten-Frage beantragen zu dürfen. Die Fraktion stimmt dem zu.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 277 (Anlagen) Nr. 527, Bd. 282 (Anlagen) Nr. 1127, Nr. 1220.

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 268 S. 8353—8357.

[6]) Im Or. danach gestrichen: „Frage".

IV.

Der Weg aus der Isolierung

XIII. Legislaturperiode
Erste Session
(1912—1914)

284.

6. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Bebel begrüßt die erschienenen Fraktionsmitglieder[1]) und macht eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen über die neuen Räumlichkeiten, die der Fraktion nach ihrer jetzigen Stärke zur Verfügung stehen.

Der Fraktionsvorstand wird um 2 Mitglieder verstärkt. *Ulrich* lehnt einen Wiedereintritt in den Vorstand ab, da er durch seine Tätigkeit im Hessischen Landtag allzu oft abwesend sein müsse; er schlägt vor, an seiner Stelle *Ebert* zu wählen.

Zu Vorsitzenden werden per Akklamation ernannt[2]): *Bebel, Haase, Molkenbuhr*; zu Schriftführern werden gewählt: *David* und *Fischer*;

zu Kassierern: *Ebert* und *Kaden*.

In den Seniorenkonvent werden entsendet: *Bebel, Dietz, Fischer, Geyer, Haase, Molkenbuhr*.

Als Abteilungsvorsteher bzw. als Stellvertreter sollen *Bebel* bzw. *Molkenbuhr* vorgeschlagen werden.

In der Frage der Präsidentenwahl wird beschlossen:

1. Auf die Stelle des Präsidenten verzichtet die Fraktion; dagegen wird der Anspruch auf den Posten des I. Vizepräsidenten erhoben.
2. Zu dem Zwecke soll mit den Liberalen in Verbindung getreten werden, um evtl. ein Linkspräsidium zu erreichen.[3])

Nach einer formalen Abstimmung, ob die Frage eventueller Bedingungen schon heute entschieden oder ob vorerst abgewartet werden solle, ob überhaupt von anderer Seite Bedingungen gestellt werden, wird mit 56:55[4]) Stimmen entschieden:
3. Keine anderen als in der Geschäftsordnung begründeten Bedingungen anzunehmen.[5]) Als Kandidat für den I. Vizepräsidenten-Posten wird *Scheidemann* postiert werden, für die Schriftführer-Posten *Fischer* und *Stücklen*.

Die Beratungen und Beschlüsse bezüglich der Präsidentenwahl sollen als streng vertraulich behandelt werden.

Bebel

---

[1]) In den Hauptwahlen vom 12. 1. 1912 hatte die Sozialdemokratie 64, in den anschließenden Stichwahlen weitere 46 Mandate errungen, so daß sie mit 110 Abgeordneten im neuen Reichstag die stärkste Fraktion stellte. Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 28; s. a. Schorske S. 224—236.

[2]) Korrigiert aus: „gewählt".

[3]) S. Nr. 285.

[4]) So im Or. Die Fraktion zählte jedoch insgesamt nur 110 Mitglieder. Auch hatten sich ihr zu diesem Zeitpunkt keine „Hospitanten" angeschlossen.

[5]) Vgl. den Hinweis auf diesen Fraktionsbeschluß in: Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 100.

285.

7. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Aus Sao Paolo gehen vom Allgemeinen Arbeiter-Verein und aus Essen vom Ortsverein des Gastwirtsgehilfen-Verbandes Glückwunsch-Telegramme ein.

Bebel rügt in scharfen Worten die Tatsache, daß trotz des Beschlusses der Fraktion[1]) das Berliner Tageblatt und andere Blätter in der Lage gewesen seien, die Fraktionsbeschlüsse dem Sinne nach mitzuteilen. Das bringe die Fraktion in die unbehaglichste Situation. Trüge ein Mitglied der Fraktion daran direkte Schuld, so müßte er das geradezu als ehrlose Handlung bezeichnen und er würde sofort entsprechende Anträge stellen. Die Fraktion stimmt den Ausführungen zu.

Nach der Stärke unserer Fraktion werden wir 2 Abteilungsvorsitzende bzw. Stellvertr. erhalten; die Fraktion bestimmt als zweiten *Wurm* bzw. *Molkenbuhr*.

Bebel berichtet über die Verhandlungen mit den Liberalen.[2]) Die Nationalliberalen erklärten, den Präsidentenposten nicht besetzen zu wollen, da keinerlei Garantie dafür bestehe, daß überhaupt eine Majorität der Linken vorhanden sei und daher ein solches Linken-Präsidium bei der nächsten besten Gelegenheit auffliegen könnte. Es dürfte sich daher als unvermeidlich herausstellen, mit dem Zentrum darüber in Verbindung zu treten, was der Sozialdemokratie als der stärksten Partei in erster Linie zukomme. Der Freisinn verzichte seinerseits auf eine Vertretung im Präsidium. Unsere Forderung auf den Posten des 1. Vizepräsidenten würden die Liberalen unterstützen, und andere Bedingungen zu stellen, als daß wir anerkennen, die staatsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, wie sie in der Geschäftsordnung verlangt werden, hätten sie keinen Anlaß.

Die Fraktion beauftragte ihre Vorsitzenden, auch mit dem Zentrum über die Präsidentenfrage sich zu besprechen.[3]) Die Frage, ob wir den Posten des 1. oder 2. Vizepräsidenten besetzen, soll keine Streitfrage bilden. Bebel

[1]) Vgl. Nr. 113 und Nr. 152; s. a. Einl.

[2]) Über diese Verhandlungen vom Vortage wurde dem Parteitag, s. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 100 f. berichtet: „Diese [die nationalliberalen Vertreter] äußerten anfangs Bedenken, ob ein Präsidium, das ausschließlich aus Vertretern der drei Fraktionen der Linken zusammengesetzt sei, Bestand haben würde. Sie führten aus, daß, falls für ein solches Präsidium überhaupt eine Mehrheit zu erzielen sei, diese doch nur eine kleine sein könne, und daß deshalb das Präsidium Gefahr laufe, bei der ersten Gelegenheit durch einen Schachzug des Zentrums zu Fall gebracht zu werden. Sie könnten einen Präsidenten aus ihrer Fraktion nicht in diese Situation bringen. Sie hielten es deshalb für erforderlich, mit dem Zentrum in Verbindung zu treten, und schlugen unserer Fraktion als der stärksten vor, die Stellung des Zentrums als der zweitstärksten Fraktion zur Besetzung des Präsidiums festzustellen. Unseren Anspruch auf den Posten des ersten Vizepräsidenten erklärten sie in Übereinstimmung mit den Fortschrittlern für begründet, da wir ja die staatsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen bereit seien, die mit diesem Amt verknüpft seien. Mehr zu fordern hätten sie keinen Anlaß."

[3]) S. Nr. 286 Anm. 1.

286.

8. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Bebel berichtet über die Besprechungen mit dem Zentrum.[1]) Herr *v. Hertling*, der eben eine Besprechung mit den Konservativen abhielt, konnte eine bestimmte Antwort nicht erteilen, da seine Fraktion noch nicht Stellung genommen habe. Jedenfalls verzichte das Zentrum auf den Präsidentensitz, widerspreche aber der Besetzung durch einen Nationalliberalen, da die Konservativen die drittstärkste Partei des Hauses werden dürften; es beanspruche indes die 1. Vizepräsidenten-Stelle für das Zentrum. Auf die Frage, wie wir uns zu der Erfüllung der sogenannten „höfischen Pflichten" stellen und wie wir uns beim Kaiserhoch verhalten würden, wurde erste Frage verneint und letztere dahin beantwortet, daß es bei unserem bisherigen Verhalten bleiben würde.

Unter den gegebenen Verhältnissen beschloß die Fraktion, bei der Wahl des Präsidenten in allen Wahlgängen für *Bebel* zu stimmen und je nach der Stellung der Parteien auch bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten für *Scheidemann*. Die Liberalen werden bei der Wahl des Präsidenten für ihren eigenen Kandidaten stimmen.[2])

Als Etatsredner werden *Scheidemann* und *Frank*, *Ledebour* und *David* bestimmt.

Aus Anlaß des am 15. Februar in Kraft tretenden Kartoffelzolles wird eine Interpellation auf Sistierung des Kartoffelzolles und Außerkraftsetzung der Futtermittelzölle beschlossen.[3])

[1]) Zu den Verhandlungen mit dem Zentrum, die noch am 7. 2. 1912 stattgefunden hatten, s. Nr. 285, vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 100 f., wo es heißt: „Im Einvernehmen mit der Fraktion verhandelten darauf unsere Vorsitzenden am nächsten Vormittage, dem 7. Februar, mit dem zwei Tage darauf zum bayrischen Ministerpräsidenten ernannten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Freiherrn *v. Hertling*. Er erklärte, er könne über die Stellung des Zentrums noch keine bestimmte Auskunft geben, da Beschlüsse noch nicht gefaßt seien; er verhandle zurzeit mit den Konservativen. Jedenfalls würden seine Fraktionskollegen sich dagegen aussprechen, daß der Präsidentenposten durch einen Nationalliberalen besetzt werde. Für unseren Anspruch auf eine Stelle im Präsidium sei für das Zentrum wesentlich, wie wir uns zu den höfischen Verpflichtungen stellen würden. Unsere Vertreter erklärten, daß wir nur die in der Geschäftsordnung begründeten Verpflichtungen übernehmen könnten. Auf seine ausdrückliche Frage, wie wir uns beim Kaiserhoch verhalten würden, erwiderten sie, es würde in dieser Beziehung eine Änderung in unserer Haltung nicht eintreten. Er erwiderte darauf, das Zentrum halte dagegen an dem Standpunkt fest, den sein Führer *Lieber* früher eingenommen habe. Er fügte dann aber hinzu, die Hauptsorge seiner Fraktion sei, daß der Reichstag arbeitsfähig werde."

[2]) Die Wahl des gem. § 11 der Geschäftsordnung zu Beginn der Legislaturperiode für 4 Wochen gewählten, vorläufigen Präsidiums fand am 9. 2. 1912 statt. Gewählt wurden *Spahn*, Zentrum, als Reichstagspräsident, *Scheidemann* als I. Vizepräsident und *Paasche*, nationalliberal, als II. Vizepräsident; s. Sten. Berichte Bd. 283 S. 8; Schulthess 1912 S. 22 f.; Bachem VII S. 386; Schorske S. 236; vgl. Nr. 287 Anm. 2.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 60.

Weiter beschließt die Fraktion die Einbringung einer Anzahl von Initiativ-Anträgen, wie sie ähnlich oder gleichlautend auch in der letzten Session eingebracht worden waren.[4])

Zur Vorbereitung und Ausarbeitung sozialpolitischer Anträge wird ein Sozialpolitischer Ausschuß[5]) von 21 Mitgliedern eingesetzt mit dem Rechte der Kooptation derjenigen Fraktionsmitglieder, die zum Eintritt geneigt seien.

Die Fraktionssitzung soll regelmäßig jeden Mittwoch nach Schluß der Plenar-Sitzung stattfinden; doch soll im Seniorenkonvent versucht werden, die anderen Parteien dafür zu gewinnen, daß jede Woche ein Vormittag freibleiben solle für die Fraktionssitzungen aller Parteien.

Die Diätenfrage wird auf Vorschlag des Fraktionsvorstandes in folgender Weise geregelt:

Die in Groß-Berlin wohnenden Fraktionsmitglieder, soweit sie in fester Stellung oder in auskömmlichen Verhältnissen sich befinden, führen 15 % an die Fraktionskasse ab; diejenigen ohne festes oder ohne genügendes Gehalt, bzw. Einkommen 5 %; die auswärtigen Fraktionsmitglieder ebenfalls 5 % und diejenigen ohne festes Einkommen oder die durch ihre Teilnahme an den Parlamentsverhandlungen große Einbuße an ihrem Einkommen erleiden, 2 % der Diäten. Soweit für politische oder gewerkschaftliche Angestellte für die Zeit der Reichstagssession Abzüge an ihrem Gehalt beabsichtigt sein sollten, soll der Fraktionsvorstand mit den in Frage kommenden Körperschaften zwecks Unterbleibung solcher Abzüge von Fall zu Fall in Verbindung treten.[6])

Bebel

---

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 72—83; vgl. die 1909 eingebrachten Initiativanträge, Nr. 233 Anm. 5.

[5]) Gemeint ist ein interner Ausschuß der Fraktion, keine Reichstags-Kommission.

[6]) Vgl. Nr. 231 Anm. 1.

287.

9. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Bebel-Haase berichten über die weiteren Verhandlungen bezüglich der Präsidetenwahl. Fest stehe, daß der Reichskanzler durch den Unterstaatssekretär *Wahnschaffe* bei den verschiedenen Parteien Versuche mache, ein Präsidium mit

Ausschluß der Sozialdemokraten zu Stande zu bringen. Zu dem Zwecke sollen 4 Präsidenten gewählt werden, bei der Besetzung aber die äußerste Rechte und die äußerste Linke ausfallen solle. Die Fortschrittliche Volkspartei hat aber von Anfang an jede Mitwirkung an einer Kombination abgelehnt, die auf Ausschluß der Sozialdemokraten hinarbeite.[1])

Die Nationalliberalen stellen als Präsidenten-Kandidaten *Schönaich-Carolath* auf, für die Unterstützung der Sozialdemokraten als I. Vizepräsidenten ergab sich in der nationalliberalen Fraktion keine Mehrheit, wohl aber eine große Mehrheit für die Wahl der Sozialdemokraten zum II. Vizepräsidenten; eine Garantie für ein einstimmiges Votum der nationalliberalen Fraktion aber konnte nicht in Aussicht gestellt werden.

Die Fraktion blieb unter diesen Umständen bei ihrem gestrigen Beschluß:

Reine Parteikandidatur sowohl für den Präsidenten- wie für den Vizepräsidenten-Posten, aber evtl. Eintreten für den Freisinnigen als II. Vizepräsidenten.[2])

Bebel

[1]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 101 f.

[2]) Am Nachmittag des gleichen Tages stimmte die Fraktion geschlossen für den Nationalliberalen *Paasche*, nachdem zuvor ein Teil der nationalliberalen Fraktion für *Scheidemann* als I. Vizepräsidenten gestimmt hatte und nachdem *Paasches* Kandidatur zum II. Vizepräsidenten auch von der Fortschrittlichen Volkspartei unterstützt wurde; s. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 103. Die endgültige Übernahme des Amtes durch *Scheidemann* hing nach der erfolgten Wahl von der Erfüllung der höfischen Pflichten ab. Anscheinend wurde erwogen, der Vorstellung beim Kaiser durch schriftliche Anzeige zu genügen; s. Schreiben *Vollmars* an *Scheidemann* vom 10. 2. 1912, Nachlaß *Vollmar*. Vollmar riet *Scheidemann*, notfalls selbst an der persönlichen Vorstellung beim Kaiser teilzunehmen: „Jedenfalls darf ein solcher Zwirnsfaden die weitere politische Entwicklung in diesem Reichstage nicht hindern." *Scheidemann* hielt sich jedoch an den Fraktionsbeschluß, s. Nr. 284 Anm. 4, nur die für das Vizepräsidentenamt in der Geschäftsordnung begründeten Bedingungen anzunehmen; vgl. Scheidemann, Memoiren Bd. 1 S. 211, S. 216. Der neugewählte Präsident *Spahn* legte am 13. 2. 1912 sein Amt nieder, vgl. Sten. Berichte Bd. 283 S. 11, weil er sich weigerte, *Scheidemann* dem Kaiser vorzustellen, aber auch mit dem Reichstagspräsidium nicht ohne den I. Vizepräsidenten vor den Kaiser treten wollte; vgl. Bachem VII S. 387. *Paasche* trat darauf am 14. 2. ebenfalls zurück. In dieser Lage übte *Scheidemann* praktisch die Geschäfte des Präsidenten aus. — Kennzeichnend für *Bebels* Einstellung war seine Aufforderung an *Scheidemann* während der Fraktionssitzung vom 13. 2., den Sitzungssaal zu verlassen. „Es sei im Reichstage Brauch, daß der Präsident sogar aus der Fraktion ausscheide, um dadurch zu bekunden, daß er jetzt über den Parteien stehe"; s. Scheidemann a.a.O. S. 213.

288.

13. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Bebel führt die Gründe für die Einberufung der heutigen Sitzung an: In der nationalliberalen Fraktion herrsche völliger Wirrwarr, *Schönaich-Carolath* wolle nicht mehr kandidieren für den Präsidenten-Posten; *Paasche* soll als 2. Vizepräsident niederlegen, wolle aber vorläufig noch nicht. Ob nun aber bis morgen nicht die ganze Sache wiederum umschlage, könne heute niemand sagen. Soweit bis jetzt bekannt, soll als Präsident *Kaempf* vorgeschlagen werden; natürlich müßten wir nach dem Verhalten der Fortschrittlichen Volkspartei für ihn stimmen.[1])

Nachmittags:

Glückwünsche zum Wahlerfolg gingen ein von verbannten russischen Sozialisten in Sibirien und von dem Verband der Zimmerleute und Tischler Englands.

Eine ganze Anzahl von Anregungen zu Anträgen ging von verschiedenen Genossen bei der Fraktion ein; die Fraktion nahm davon Kenntnis.

Eine Reihe von politischen Anträgen solle zum Druck befördert werden, damit sie vor der Einbringung in der Fraktion diskutiert werden können.

Schmidt berichtet über die im Sozialen Ausschuß vorbereiteten Anträge; sie finden die Zustimmung der Fraktion und sollen im Plenum eingebracht werden.[2])

Bebel

[1]) Bei den Neuwahlen vom 14. 2. wurden *Kaempf* zum Präsidenten und *Dove* zum 2. Vizepräsidenten gewählt. Zum Rücktritt *Spahns* und *Paasches* s. Nr. 287 Anm. 2.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 98—102.

289.

14. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Haase begründet die Einbringung eines allgemeinen Antrags auf Reform der Geschäftsordnung. Dagegen empfiehlt **Ledebour,** sich auf 4 detaillierte Forderungen zu beschränken. Die Fraktion entscheidet sich für Einbringung des allgemeinen Antrages.[1])

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 153.

Haase berichtet über weiter eingegangene Anträge, welche die Zustimmung der Fraktion finden.

Die Fraktion beschließt auf Antrag des Vorstandes die Einsetzung von drei weiteren[2]) Ausschüssen: 1. für Wirtschaftspolitik, 2. für Recht, 3. für Kultur.

Dazu beantragt **Wendel** noch einen Ausschuß für Militär, der von der Fraktion auf Marine- und Kolonialpolitik ausgedehnt wird.

Die zum Eintritt geneigten Fraktionsgenossen sollen sich beim Fraktionssekretär melden.

Emmel regt die Beanspruchung des Vorsitzes in der Budgetkommission an[3]); ebenso die Zuweisung des Referates über das Reichsamt des Innern in der Budgetkommission.

Bebel

[2]) Bislang war in dieser Legislaturperiode als interner Fraktionsausschuß nur der sozialpolitische Ausschuß eingesetzt worden; s. Nr. 286.

[3]) *Spahn*, Zentrum, wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt, *Südekum* zu seinem Stellvertreter; s. a. Nr. 292 Anm. 1.

290.

15. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Die Fraktion berät eine Reihe weiterer Initiativanträge, denen zugestimmt wird.[1]) Nur beim Antrage betreffs der Gesindeordnungs-Regelung[2]) soll die Bestimmung eingefügt werden: „unter Aufhebung der landesgesetzlichen Gesindeordnungen", und der Antrag bezüglich Schaffung eines Fremdenrechtes wird dem Vorstand zur Abänderung zurückverwiesen.

Zum Gesetzentwurf betreffend die Staatsangehörigkeit[3]) werden als Redner bestimmt *Liebknecht* und *Landsberg*; zum Gesetz betreffend Mädchenhandel:[4]) *Göhre* und *Wendel*; zum Handels- und Schiffahrtsvertrag mit der Türkei: *Südekum* und *Molkenbuhr*.

Die Fraktion wünscht, daß ihre Vertreter im Seniorenkonvent dafür eintreten, daß die verschiedenen Anträge der einzelnen Parteien auf Abänderung der Geschäftsordnung[5]) baldigst zur Verhandlung gestellt werden, und zwar außerhalb der Reihe der Initiativanträge.

Bebel

[1]) Gemeint sind wahrscheinlich die Resolutionen zum Reichshaushalt 1912; s. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 200—211.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 208.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 6.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 39.

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 285 S. 172; s. a. Nr. 289.

291.

19. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Bebel macht Mitteilungen aus dem Seniorenkonvent. Die Fraktionsstärke wird — entgegen unserem Antrage, sie auf 10 Mitglieder herabzusetzen — wie bisher auf 15 Mitglieder beschränkt[1]); das sogenannte Zuzählen[2]) soll für die Besetzung von Kommissionen gelten, nicht aber für die Vertretung im Seniorenkonvent.

Für die 2. Etat-Lesung sollen wie bisher beim Reichsamt des Innern zwei General-Redner von der Fraktion gestellt werden; als solche werden *Schmidt* und *Wurm* bestimmt; diejenigen Mitglieder, die zu den einzelnen Titeln sprechen wollen, sollen sich bei *Ebert* vorher melden.

Zum Schutztruppen-Gesetzentwurf[3]) wird *Noske* als Redner bestimmt.

Um ein rascheres Arbeiten in der Wahlprüfungskommission zu ermöglichen, soll in dem Seniorenkonvent Erhöhung auf 21 Mitglieder beantragt werden. Ein Antrag *Ebert* auf Revision des Beamtengehalts-Gesetzes im Interesse der Unterbeamten unter Beseitigung der Unstimmigkeiten der Ortseinteilung findet die Zustimmung der Fraktion.

Angesichts des Umstandes, daß auch innerhalb der jetzigen Fraktion der rechte und der linke Flügel sich zusammenfinden zwecks Verteilung der Referate und

[1]) Die von *Bebel* erwähnten Vorbesprechungen des Seniorenkonvents führten am 8. 5. 1912 zu einem Beschluß des Reichstages, wonach nur Fraktionen mit einer Stärke von mehr als 15 Abgeordneten im Seniorenkonvent vertreten sein durften. Dieser Beschluß bestätigte nur die bislang geübte Praxis; s. Sten. Berichte Bd. 285 S. 1750, Bd. 298 (Anlagen) Nr. 341; vgl. Hatschek S. 230; s. a. folgende Anmerkung.

[2]) Die gebräuchliche Terminologie des Reichstages unterschied Vollmitglieder einer Fraktion, Hospitanten und nun, nach den Wahlen von 1912, sog. „Zugezählte". S. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 116 f., wo es heißt: „Der Mitgliederbestand der Reichspartei im Reichstag war durch die Reichstagswahl von 25 auf 13 (12 Mitglieder und 1 Hospitant) zusammengeschmolzen. Da die Reichspartei danach keine Vertretung im Seniorenkonvent hatte, beantragte sie, ihr unter Zuzählung einiger einer anderen Parteirichtung angehöriger Abgeordneter eine Vertretung im Seniorenkonvent zuzugestehen. Das wurde abgelehnt und die Frage, welche Gruppe als Fraktion anzuerkennen sei, der verstärkten Geschäftsordnungskommission überwiesen. Diese schlug vor, den Grundsatz auszusprechen, daß als Fraktion nur eine Mitgliedervereinigung von mindestens 15 Mitgliedern (Vollmitglieder und Hospitanten) anzuerkennen ist. Ein von uns gestellter Zusatzantrag, als Fraktion auch eine Mitgliedervereinigung gelten zu lassen, deren Partei bei der letzten allgemeinen Wahl mindestens 15mal soviel gültige Stimmen erhalten hat wie der 397. Teil aller bei der Wahl abgegebenen gültigen Stimmen beträgt, wurde ebenso wie ein von den Mitgliedern der Reichspartei und von den keiner Partei zugehörigen Abgeordneten gestellter Antrag abgelehnt, der wollte, daß auch der Parteirichtung der Fraktion nicht zugehörige Mitglieder sich zwecks Berücksichtigung im Seniorenkonvent einer Gruppe unter 15 Mitgliedern sollten zuzählen lassen können." Die Regel über die notwendige Fraktionsstärke für die Zulassung zum Seniorenkonvent, s. a. Anm. 1, galt nicht für die Beteiligung an den Kommissionen.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 157.

Besetzung der Kommissions-Stellen, schlägt **Bebel** im Namen des Fraktionsvorstandes vor, den Fraktionsvorstand zu beauftragen, solche Vorschläge, sowohl einzelne wie korporative, entgegenzunehmen, sie unparteiisch zu prüfen und dann der Fraktion Vorschläge zur Wahl zu unterbreiten. Selbstverständlich müsse der Fraktionsvorstand unparteiisch sein, deshalb habe er beschlossen, daß keines seiner Mitglieder an solchen Sonderbesprechungen teilnehmen dürfe.[4])

In bezug auf die der Fraktion zur Verfügung gestellten Tribünenkarten beschließt die Fraktion:

Ab 9. März sollen die Karten ausschließlich den Fraktionsgenossen zur Verfügung gehalten werden; und zwar soll jeder Fraktionsgenosse berechtigt sein, jede Woche zweimal bis zu je 2 Karten zu beanspruchen.

Bebel

[4]) S. Einl.

292.

21. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Die Fraktion besetzt die Kommissionen in folgender Weise:

Budget-Kommission: *Noske, Südekum, Ledebour, Lensch, Schulz, Schöpflin, Schmidt, Reißhaus;* Petitions-Kommission: *Brey, Giebel, König, Schwartz, Sachse, Thiele, Wels, Spiegel;* Geschäftsordnungs-Kommission: *Haase, David, Geyer, Ebert, Hofmann* (Saalfeld), *Frank;* Wahlprüfungs-Kommission: *Fischer-Berlin, Gradnauer, Stücklen, Stadthagen;* Rechnungs-Kommission: *Noske, Quarck, Rühle, Wurm.*

Den Vorsitz in einer Kommission, den die Fraktion zu beanspruchen hat, soll [...][1]) *Haase* in der Geschäftsordnungskommission [übernehmen], die Stellvertretung [...] *Südekum* in der Budgetkommission.

Die Protest-Erklärung gegen den Justizmord an der Sozialdemokratischen Fraktion in der zweiten Duma[2]) soll den Genossen in den Einzelstaaten-Landtagen etc. zur Mitunterschrift übersandt werden.

Göhre berichtet über seine Stellungnahme zum Mädchenhandel-Gesetzentwurf[3]); die Fraktion stimmt seinen Ausführungen zu.

Zum Wirtschaftspolitischen Ausschuß[4]) haben sich gemeldet	27	Fraktionsgenossen
Zum Rechtsausschuß	10	„
Zum Kulturausschuß	20	„
Zum Militär-, Marine- und Kolonial-Ausschuß	17	„

Die jeweiligen Sitzungen sollen in der Fraktion bekanntgegeben werden.

[1]) Im Or. grammatisch unrichtig: „[...] soll durch *Haase* besetzt werden [...]." — Die Wahl *Haases* und *Südekums* wurde am 23. 2. im Plenum bekanntgegeben.

[2]) Gemeint ist die „dritte" Duma 1907—1912. [3]) Vgl. Nr. 290 Anm. 4.

[4]) Handelt sich um Fraktionsausschüsse; vgl. Nr. 289 Anm. 2.

293.

28. 2. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Als dritter General-Redner beim Reichsamt des Innern[1]) wird *Sachse* bestimmt; dann sollen noch *Giebel* (für die Privatbeamten) und *Peus* (für die Landarbeiter) reden. Die Unterbeamten-Gehälter soll *Ebert* beim Postetat behandeln.

Zu den Einzelposten beim Reichsamt- des -Innern-Etat sollen reden: *Brey*, *Büchner* und *Quarck* zum Reichs-Gesundheitsamt; *Feuerstein* betreffend Wein und Reblaus; *Hofrichter* zum Kleinwohnungsbau und *[Hüttmann]*[2]) zum Bauarbeiterschutz; *Schulz-Erfurt* zum Schulwesen.

Beim Reichseisenbahn-Amt: *Zubeil*, *Vogtherr*, *Reißhaus;*
beim Justizamt: *Heine*, *Stadthagen*, evtl. *Cohn.*
Beim Reichseisenbahn-Etat: *Fuchs*, *Böhle*, *Peirotes*, *Emmel*, *Weill.*
Zum Post-Etat sollen *Zubeil* und *Ebert* als Generalredner, *Wendel* und *Weill* als Spezialredner sprechen.
Außerdem wollen *Erdmann*, *Legien* und *Silberschmidt* zu den Spezialetats des Reichsamts des Innern sprechen; *Schumann* zum Statistischen Amt.

In der Petitionskommission haben wir 9, in der Rechnungskommission 5 Sitze erhalten.

In die Bibliothekskommission wird *Ledebour*, in die Ausschmückungs-Kommission [werden] *Dietz* und *Fischer-Berlin*, in den Beirat für Arbeiterstatistik *Molkenbuhr* und *Schmidt* entsandt werden, in die Reichsschulden-Kommission *Südekum*; in die Kommission für das Staatsangehörigkeits-Gesetz *Landsberg*, *Liebknecht*, *Antrick*, *Bernstein*, *Quarck*. *Brühne* ist bereit, seinen Sitz dem Abgeordneten *Hanssen*[3]) zu überlassen, womit die Fraktion einverstanden ist. Bebel

[1]) Die 2. Lesung der Etatvorlage begann am 28. 2. 1912; s. Sten. Berichte Bd. 283 S. 301 ff.
[2]) Im Or. irrtümlich: „*Hüttner*".
[3]) *H. P. Hanssen*, dänischer Journalist, M.d.R. für den 1. schl.-holst. Wahlkreis, fraktionslos.

294.

7. 3. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Der Vorsitzende Genosse **Haase** schlägt bezüglich der Präsidentenwahl[1]) vor, unsererseits keine Verhandlungen anzuknüpfen, falls aber die Fortschrittler an uns herantreten mit der Kandidatur *Kaempf*, sollten wir für *Kaempf* eintreten unter der Voraussetzung, daß der Fortschritt für *Scheidemann* als Vizepräsidenten eintrete; unter gleicher Voraussetzung tritt die Fraktion auch für *Dove* ein. Ohne Debatte stimmt die Fraktion dem Vorschlage zu.

[1]) Am 8. 3. 1912 wurde die endgültige Wahl des Reichstagspräsidiums vollzogen; zu den vorläufigen Wahlen vom 9. bzw. 13. 2. vgl. Nr. 286 Anm. 1, 287 Anm. 2 und 288 Anm. 1. — *Scheidemann*, nur von seiner eigenen Fraktion und dem Fortschritt unterstützt, wurde gegen die vereinigten Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen als

In einer Besprechung über die Besetzung des Postens eines Fraktionssekretärs beschließt die Fraktion, der Fraktionsvorstand solle Vorschläge für die Organisierung des Fraktionssekretariats machen und darüber in einer der nächsten Sitzungen berichten; ebenso soll er Vorschläge von Kandidaten entgegennehmen.[2])

Die sogenannte Kleine Strafgesetznovelle (exclusive der strittigen Punkte: Tierquälerei und Beleidigungs-Paragraphen) soll von allen Parteien gemeinsam neu eingebracht werden; die Fraktion stimmt dem zu und erklärt sich bereit, ihren darauf bezüglichen Initiativantrag zurückzuziehen.[3])

Der Fraktionsvorstand wird ferner beauftragt, Vorschläge für den Berichterstatter zum Parteitag entgegenzunehmen.[4])

An die Fraktion eingehende Schriftstücke, welche Materien betreffen, die den eingesetzten Ausschüssen überwiesen sind, sollen diesen zugestellt werden.

Seitens der Mitglieder der Budgetkommission wird die Frage des Kali-Monopols[5]) zur Besprechung gestellt; die Fraktion stimmt vorerst den von *Hoch* namens der Budgetkommissionsmitglieder vorgelegten Abänderungsanträgen zum Kaligesetz zu. Die Monopolfrage selbst wird einer Kommission von 10 Mitgliedern *(Albrecht, Cohn, David, Emmel, Hoch, Molkenbuhr, Sachse, Silberschmidt, Südekum, Robert Schmidt, Wurm)* zur Beratung überwiesen zwecks schriftlicher Berichterstattung.

Als erster Redner zur Kalifrage wird *Hoch* bestimmt. Bebel

1. Vizepräsident nicht wiedergewählt; s. Schulthess 1912 S. 72 f.; Scheidemann, Memoiren Bd. 1 S. 217 f. Reichskanzler *Bethmann Hollweg* hatte sich, nach einer Aussage *Davids* im Plenum vom 20. 2. 1912, s. Sten. Berichte Bd. 283 S. 163, bemüht, das endgültige Zustandekommen eines Reichstagspräsidiums mit *Scheidemann* dadurch zu vereiteln, daß er eine Audienz, um die der neugewählte Präsident und der zweite Vizepräsident den Kaiser nach dem 13. 2. gebeten hatten und an der *Scheidemann* nicht teilnehmen sollte, verhinderte. Zur Stellungnahme der Nationalliberalen und des Zentrums zur Kandidatur *Scheidemanns* s. Nr. 287 Anm. 2. Der fortschrittliche Abgeordnete *Dove* wurde am 8. 3. gegen die Stimmen seiner Partei durch die oben genannte Koalition zum 2. Vizepräsidenten gewählt.

[2]) Vgl. Nr. 297, 299, 300.
[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 102.
[4]) Vgl. Nr. 297.
[5]) Vgl. Nr. 295.

295.

12. 3. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Die Fraktion bestimmt als Redner für den Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat (Direktorium der Reichs-Versicherungs-Anstalt) eines der Mitglieder der s[einer]-z[ei]t[i]gen[1]) Reichsversicherungsordnungs-Kommission; die Auswahl soll diesen überlassen bleiben.

[1]) Lesart unsicher; gemeint ist wahrscheinlich die fraktionsinterne Versicherungskommission von 1910, der *Hoch*, *Molkenbuhr* und *Robert Schmidt* angehört hatten; vgl. Nr. 249.

Über die Frage der Einbringung einer Interpellation zum Bergarbeiterstreik neben der des Zentrums[2]) soll die Meinung des Bergarbeiterverbandes telephonisch eingeholt werden. Nach Prüfung der angeführten Gründe wird von der Einbringung Abstand genommen.

Hoch berichtet über den der Fraktion gedruckt vorliegenden Antrag zur Frage des Kalimonopols.

Der Antrag lautet[3]):

Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag möglichst bald eine Vorlage zugehen zu lassen, durch die die Förderung und der Absatz von Kalisalzen dem Deutschen Reich vorbehalten werden.

Der Betrieb durch das Reich soll erfolgen unter den nachstehenden Bedingungen:

1. Das Reich erwirbt die bestehenden Betriebe im Wege der Enteignung, soweit sie nicht auf der Grundlage der tatsächlichen Anlagekosten freihändig erworben werden können.

2. Die Leitung der Kaliwerke sowie der Absatz ihrer Produkte geschieht unter entscheidender Mitwirkung eines Beirates durch das Reich.

Der Beirat setzt sich zusammen aus vom Bundesrat und vom Reichstag ernannten sowie von den Arbeitern und den Betriebsbeamten der Werke in gleicher, geheimer und direkter Wahl gewählten Mitgliedern.

3. Den Arbeitern und den Betriebsbeamten darf die Koalitionsfreiheit in keiner Weise geschmälert werden. Für die Betriebe gelten entsprechend alle Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und der Betriebsbeamten, insbesondere die in der Gewerbeordnung und dem Handelsgesetzbuch enthaltenen. Die Arbeitszeit ist auf 8 Stunden, an gesundheitsgefährlichen Betriebsorten noch weiter zu beschränken.

Für jedes Werk ist zur Festsetzung der Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen sowie zur Erledigung von Beschwerden durch die Belegschaften und die Betriebsbeamten in geheimer, gleicher und direkter Wahl ein Arbeiterausschuß zu wählen, der gegen die das Arbeitsverhältnis berührenden Anordnungen und Entscheidungen der Betriebsleitung das Recht der Berufung an den Beirat (Ziffer 2) hat.

4. Die Löhne und Gehälter sind zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterausschuß auf der Grundlage von Minimalsätzen zu vereinbaren. Die Minimalsätze bedürfen der Genehmigung des Reichstages.

5. Die Verkaufspreise sind im Gesetz unter Berücksichtigung der einheimischen Landwirtschaft gesondert für das Inland und das Ausland festzulegen.

6. Die Überschüsse der Kaliwerke sind zur Verminderung der Verbrauchsabgaben und Zölle auf Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände oder für soziale Zwecke zu verwenden.

Nach eingehender Debatte beschließt die Fraktion mit Stimmenmehrheit, dem Antrag in den Punkten 1—5 zuzustimmen, ebenso mit Mehrheit, den Verwendungszweck (Punkt 6) in den Antrag mitaufzunehmen; und schließlich mit 37 gegen 35 Stimmen, den Antrag im vorgelegten Wortlaut als Fraktionsantrag einzubringen. Angesichts der geringen Mehrheit wurde aber, auf Vorschlag **Fischers**, von der Einbringung des Antrages abgesehen, den Mitgliedern der Budgetkommission aber überlassen, im Sinne dieses Antrages je nach Gestaltung der Dinge zu handeln. Bebel

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 295.

[3]) Der Text der Anfrage ist in das Or. als Drucksache eingeklebt.

296.

15. 3. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Haase macht Mitteilung über die Arbeitsdispositionen des Reichstags.

An der Zentenarfeier für Alexander Herzen[1]), zu der ein Komitee aus Nizza einlädt, wird sich die Fraktion als solche nicht beteiligen.

Die Aufforderung der Hearst-Publikation zu Äußerungen über die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen soll unbeantwortet bleiben.

Betreffend das Verbot der Abonnentenversicherung der Zeitungen soll unser Redner unsere frühere Resolution in Erinnerung bringen.

Als Redner für den Kolonial-Etat werden *Noske* und *Henke* bestimmt, in die Budgetkommission dafür sollen eintreten *Henke*, *Herzfeld*, *Dittmann*.

Bebel

[1]) Geboren 25. 3. 1812, gestorben 1870.

297.

27. 3. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

An die Familie des verstorbenen Kollegen *Träger*[1]) soll seitens der Fraktion ein Beileidsschreiben gerichtet und bei der Beerdigung die Fraktion durch eine Deputation vertreten werden.

Haase berichtet dann über die Frage bzw. über die künftige Organisation des Fraktions-Sekretariats; die Fraktion stimmt den Vorschlägen zu. In einer der nächsten Sitzungen soll über die gemachten Personenvorschläge berichtet werden.[2])

In die Kommission betreffend die Wohnungsfrage werden gewählt: *Erdmann*, *Büchner*[3]), *Hüttmann*, *Haupt*, *Vogtherr*, *Göhre* und *Hofrichter*.

Zu Fraktionsrednern werden bestimmt
für die Wehrvorlagen: *Haase* und *Dr. Gradnauer;*

[1]) Fortschrittlicher Abgeordneter und Alterspräsident des Reichstages, gestorben am 26. 3. 1912.

[2]) S. Nr. 299.

[3]) Der folgende Protokolltext wurde in das Or. als Zeitungsausschnitt eingeklebt. Unterstreichungen im Or., hier als Sperrung hervorgehoben, handschriftlich.

für die Deckungsvorlage:[4]) *Dr. Südekum* und *Wurm* (als eventuelle dritte Redner *Geyer* und *Dittmann);*

Militäretat: *Stücklen* und *Schöpflin*, eventuell noch *Keil* und *Schulz;*

Marineetat: *Vogtherr* und *Bernstein;*

Reichskanzler und Auswärtiges Amt: *Scheidemann*, *Dr. Lensch*, *Dr. David*, *Ledebour;*

Reichseisenbahnen: *Fuchs*, *Dr. Weill*, *Peirotes;*

Reichseisenbahnamt: *Reißhaus*, *Ulrich* und *Blos;*

Allgemeine Finanzverwaltung: *Dr. Südekum* und *Stolle.*

Als Berichterstatter der Fraktion an den Parteitag in Chemnitz wurde *Stadthagen* gewählt.[5])

Bebel

[4]) Hs. verbessert aus „-vorlagen". Wehr- und Deckungsvorlagen wurden vom Reichskanzler erst am 15. 4. 1912 dem Reichstag vorgelegt; vgl. Sten. Berichte Bd. 299 (Anlagen) Nr. 325 bis 354. Schon am 14./15. 3. hatte sich *Bethmann Hollweg* in Berlin mit Vertretern des Bundesrates über die Vorlagen und ihre finanzielle Deckung besprochen. S. Schulthess 1912 S. 79; E. Deuerlein, Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870—1918, Regensburg 1955, S. 173 ff.; Barth, Brigitte, geb. Haberland, Die Innenpolitik des Reiches unter der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs 1909—1914, Phil. Diss. Kiel 1951, S. 128; H. Herzfeld, Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege, Bonn 1923, S. 13 f.; H. G. Zmarzlik, Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909—1914 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11) Düsseldorf 1957, S. 55 ff.

[5]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912, parlamentarischer Bericht S. 91—151 und mündlicher Bericht *Stadthagens* S. 369—377.

298.

16. 4. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Haase teilt ein Schreiben der Hinterbliebenen *Trägers*[1]) mit, worin betont wird, daß der Verstorbene stets besonderen Wert auf ein gutes Verhältnis zur sozialdemokratischen Fraktion gelegt habe. Die Einladung des Präsidenten zum Bierabend wird den Fraktionsgenossen zur Annahme freigegeben, nachdem **Stadthagen** erklärt hatte, daß früher derartige, mit keinerlei höfischen Verpflichtungen verbundene Veranstaltungen von der Fraktion mitgemacht worden seien.[2])

Das Bezirks-Sekretariat Oldenburg erbittet für den Wahlkampf[3]) von der Fraktion 4 Redner: *Henke*, *Quarck*, *Schulz* und *Vogtherr* erklären sich hierzu bereit.

[1]) Vgl. Nr. 297 Anm. 1.

[2]) Vgl. Nr. 26.

[3]) Im oldenburgischen Wahlkreis Varel-Jever-Westerstede-Brake fanden am 26. 4. 1912 Reichstagsersatzwahlen und am 9. 5. eine Ersatzstichwahl statt, bei der die Fortschrittler siegten; s. Schulthess 1912 S. 128, 143 f.

Der Vorsitzende bringt alsdann die Diskussion der Parteipresse zur Sprache, die sich über die Abstimmung von *Noske* und *Südekum* in der Budgetkommission wegen angeblicher Vermehrung der Schutztruppen in Ostasien geknüpft hat.[4]) **Noske** legt die Angelegenheit dar und weist mit anderen Rednern darauf hin, daß die geforderten 650.000 Mk. dazu dienen sollten, einen Teil der Schutztruppe, der eigentlich hätte zurückbefördert werden müssen, noch so lange in Ostasien zu halten, bis geordnete Zustände in China eingetreten seien. Es handele sich nicht um die Besetzung von Kiautschou, nicht um Eroberungs- und Kolonialpolitik, sondern um den Schutz von deutschen Handelsniederlassungen, um den Schutz von Leib und Leben der in diesen Niederlassungen beschäftigten deutschen Angestellten, wozu noch komme, daß die revolutionäre Regierung in Peking selber diesen Schutz der fremden Mächte erbeten habe. Eine Verweigerung solchen Schutzes der eigenen Landsleute könne keiner Regierung zugemutet werden. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß es sich hier in letzter Linie um den Schutz kapitalistischer Interessen handle; der ganze Vorgang stehe in engstem Zusammenhange mit unserer imperialistischen, unserer Kolonialpolitik; daher ergebe sich für die Stellung der Fraktion selbstverständlich nur die Ablehnung dieser Forderung, um so mehr da die Gefahr bestehe, daß aus solchen Schutz-Expeditionen schließlich Kolonial-Expeditionen herauswüchsen.[5])

Nach Annahme eines Schlußantrages beschließt die Fraktion mit großer Mehrheit, gegen diese Forderung zu stimmen und ihre Ablehnung mit dem Zusammenhange dieser Fragen mit der ganzen Kolonial- und imperialistischen

[4]) Vgl. *Südekums* spätere Darstellung, wahrscheinlich aus den letzten Monaten des Jahres 1912, Nachlaß Südekum Nr. 109 S. 15 f.: „Die Regierung forderte die erwähnten 65[0]000 Mark zu dem Zwecke, um 500 Mann deutscher Truppen länger als beabsichtigt in China zu halten, weil man nach dem Ausbruch der chinesischen Revolution mit der Möglichkeit von Unruhen rechnen mußte, bei denen die republikanische neue Regierung sich außerstande erklärte, das Leben und Eigentum von Fremden zu schützen. — Mein Kollege *Noske* und ich erkannten die gute Absicht und die Zweckmäßigkeit der von der Regierung vorgeschlagenen und im übrigen bereits in der Ausführung begriffenen Maßregeln an und stimmten daher in der Budgetkommission für den geforderten Betrag. Die anderen Mitglieder der Fraktion, die an dieser Sitzung teilnahmen, enthielten sich, wenn ich mich recht erinnere, zum Teil der Abstimmung, zum Teil votierten sie gegen die Forderung. [...] Man muß bei der Beurteilung der Sache nicht aus den Augen verlieren, daß sich die Fraktion an der Einzelarbeit in den Kommissionen und selbstverständlich auch dann an den Abstimmungen dort beteiligt, wenn sie aus irgendeinem Grunde entweder sicher oder vermutlich zur Ablehnung der ganzen Vorlage gelangen wird. Traditionell lehnt die Fraktion den Heeresetat und Kolonialetat, auch den Etat für Kiautschou ab; bei der Beratung der einzelnen Posten, aus denen sich diese Etats zusammensetzen, macht sie dagegen sowohl in den Kommissionen wie in der Vollversammlung von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Was die Form angeht, so ist darüber folgendes zu sagen: Ein solcher Vorfall ist an sich nicht gerade häufig, da die sozialdemokratische Fraktion auch bei der Vertretung in den Kommissionen auf eine möglich[st]e Geschlossenheit Wert legt. Aber gar so selten ist es doch auch nicht, daß unsere Kommissionsmitglieder in der Beurteilung einer Frage voneinander abweichen und daher auch gegeneinander stimmen."

[5]) S. a. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 140.

Politik zu begründen. Eine Preßpolemik darüber soll seitens der Fraktionsgenossen nicht begonnen werden.

Eine Anregung **Südekums**, aus politischen Gründen wegen der bayrischen Jesuitengesetz-Interpretation[6]) eine Interpellation auf Aufhebung des Jesuitengesetzes einzubringen, findet nicht die Zustimmung der Fraktion.

Bebel

[6]) Vgl. Schulthess 1912 S. 124.

299.

18. 4. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Auf Bericht **Pfannkuchs** erklären sich *Davidsohn*, *Haupt* und *König* bereit, im 2. Oldenburgischen Wahlkreis Versammlungen abzuhalten.[1])

Haase berichtet über den Stand der Fraktionssekretariats-Frage und schlägt im Auftrage des Fraktionsvorstandes vor, die beiden Kandidaten *Kaliski* und *Zietsch*[2]) aufzufordern, eine Art Arbeitsprogramm einzureichen, und die Besetzung der Stellung vorläufig nur auf 1 Jahr vorzunehmen. Die Fraktion lehnt diesen Vorschlag ab und beschließt, die Stelle definitiv mit bestimmter Kündigungsfrist zu besetzen und die Wahl am nächsten Mittwoch vorzunehmen.[3]) Hinsichtlich der Wehrvorlage beschließt die Fraktion zu beantragen, daß die Deckungsvorlage nicht der Budget-, sondern einer besonderen Kommission überwiesen werde.[4])

Die Redner zur Wehrvorlage, *Haase* und *Gradnauer*, legen ihre Gesichtspunkte der Fraktion dar, denen diese zustimmt. Die Abrüstungsfrage — so beschließt die Fraktion gegen 2 Stimmen — soll dabei in bisheriger Auffassung[5]) behandelt werden.

Der Fraktionsvorstand wird beauftragt, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß der Bericht der Geschäftsordnungskommission bezüglich der Fragen des Inter-

[1]) Vgl. Nr. 298 Anm. 3.

[2]) *Julius Kaliski*, Redakteur beim *Vorwärts*, bekanntgeworden durch einen Prozeß (Majestätsbeleidigungsverfahren) gegen *Lucanus*, den Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts. *Fritz Zietsch*, M.d.R. bis 1912, war in den Neuwahlen vom Februar 1912 nicht wiedergewählt worden.

[3]) Vgl. Nr. 300.

[4]) Vgl. Nr. 300.

[5]) Vgl. die Stellungnahme der SPD zur Wehrvorlage 1911 in Protokoll SPD-Parteitag 1911 Seite 106—112.

pellationsrechts und der sogenannten Anfragen[6]) baldigst auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werde, und ebenso die sogenannte kleine Strafgesetz-Novelle.[7]) Bebel

[6]) S. den Kommissionsantrag vom 17. 4. 1912 zum mündlichen Bericht der verstärkten Geschäftsordnungskommission, Sten. Berichte Bd. 299 (Anlagen) Nr. 367. Der Antrag kam am 8. 5. zur Abstimmung und Annahme, s. Sten. Berichte Bd. 285 S. 1747—1751, wodurch die wichtigste Geschäftsordnungsänderung der Vorweltkriegszeit abgeschlossen war.

[7]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 294; s. a. Nr. 294 Anm. 3.

300.

24. 4. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Auf Anregung **Bebels** wird beschlossen, daß unserseits eine namentliche Abstimmung über die Frage, ob die Deckungsvorlage einer besonderen Kommission überwiesen werde, nicht beantragt werden solle.[1])

Als Fraktions-Sekretär wird Genosse *Zietsch* gewählt mit 56 Stimmen gegen 46, die auf Genossen *Kaliski* entfielen.[2])

In die Kommission für Aufhebung der Liebesgaben[3]) werden gewählt: *David*, *Davidsohn*, *Frank*, *Geyer*, *Hildenbrand*, *Hoffmann*, *Südekum*, *Taubadel* und *Wurm*.

Die Debatte über die Deckungsfrage endet mit dem Beschluß: falls es in der Kommission gelingt, die Aufhebung der Liebesgaben durch Herabsetzung der Steuern derart durchzusetzen, daß der Konsum entlastet wird und die Reichskasse nichts dabei erhält, treten wir für eine Erbschaftssteuer in Höhe des Ausfalls ein.[4]) Haase

[1]) S. a. Nr. 299.

[2]) S. a. Nr. 299.

[3]) Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfes betr. Beseitigung des Branntweinkontingentes; s. Sten. Berichte Bd. 299 (Anlagen) Nr. 355.

[4]) Vgl. Nr. 301.

301.

30. 4. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Südekum erstattet Bericht über die Situation in der Steuerkommission und die Absicht unserer Mitglieder, eventuell den Antrag auf Erbschaftssteuer anstelle der Deckung aus dem Branntwein zu stellen.[1])

[1]) Zur Forderung auf Umwandlung indirekter in direkte Steuern s. Nr. 304 Anm. 2.

Die Debatte führt zur Bekräftigung des in der letzten Sitzung gefaßten Beschlusses.

Haase

302.

8. 5. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Haase macht Mitteilung, daß der neue Fraktionssekretär, Genosse *Zietsch*, am 15. Mai seinen Dienst antreten soll. Sein Jahresgehalt wird auf Mk. 4000.— festgesetzt.[1])

Für die Vertretung der Wehrvorlage, des Heeres- und Marineetats wird bestimmt, daß bei Trennung der einzelnen Vorlagen *Gradnauer* und *Dittmann* zur Wehrvorlage, *Stücklen* und *Schöpflin* zum Militär-Etat, *Bernstein* und *Vogtherr* zur Marine sprechen sollen. Bei Zusammenfassung der Heeresvorlage und des Marine-Etats sollen die Fraktionsredner in folgender Reihenfolge sprechen: *Gradnauer*, *Stücklen*, *Schöpflin*, *Dittmann*.[2])

Die Frage der erhöhten Schiffssicherheit gegen Unfälle soll *Herzfeld* behandeln.

Bezüglich der kleinen[3]) Anfragen wird beschlossen, daß die Genossen, welche solche stellen wollen, diese vorher zur Kenntnis des Fraktionsvorstandes bringen sollen, wenn nicht Gelegenheit und Zeit gegeben sei, sie in der Fraktionssitzung zur Kenntnis zu bringen. Hat der Fraktionsvorstand gegen die Stellung einer Frage Bedenken, so soll eine besondere Fraktionssitzung anberaumt werden.

Die Mitglieder des Seniorenkonvents werden beauftragt, im Seniorenkonvent für den Schluß auf Pfingsten einzutreten und die Bereitwilligkeit der Fraktion zur Abkürzung der Verhandlungen insoweit zu erklären, daß bei den Etats- etc. Beratungen unsererseits nicht mehr als je 2 Redner sprechen würden.

Haase[4])

---

[1]) Vgl. Nr. 232.

[2]) Die zweite Lesung der Wehrvorlagen, die am 10. 5. 1912 begann, wurde im Zusammenhang mit der 2. Beratung der entsprechenden Titel des Reichshaushaltsetats durchgeführt.

[3]) Im Or. über „kleinen" von fremder Hand mit Bleistift die Berichtigung „kurzen" eingefügt. Der Kommissionsantrag zur Änderung der Geschäftsordnung sprach ebenfalls in der Novelle zum § 33 von „kurzen Anfragen"; vgl. Sten. Berichte Bd. 299 (Anlagen) Nr. 367.

[4]) Das Or. ist zweimal mit dem Namen *Haase* unterzeichnet. Einmal hs. mit Bleistift durch den Protokollführer, links daneben eigenhändig mit Tinte durch *Haase*. Dieselbe Methode der Unterzeichnung findet sich entsprechend bei Nr. 303—307.

303.

9. 5. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Haase berichtet über die Vorfälle im preußischen Landtage (Ausschluß *Borchardts* auf Grund der Geschäftsordnung)[1]) und regt die Frage an, ob nicht wegen Verletzung der parlamentarischen Immunität eine Interpellation im Reichstage einzubringen sei; er rät aber bei der jetzigen Geschäftslage — so kurz vor der Vertagung — davon ab, man solle sich begnügen, beim Reichskanzler-Etat die Sache zur Sprache zu bringen[2]), heute aber gemeinsam mit Parteivorstand, preußischer Landtagsfraktion und Geschäftsführendem Ausschuß der preußischen Landesorganisation einen Protest[3]) und Aufruf zu Protestversammlungen zu erlassen. Die Fraktion stimmt dem zu.

Haase[4])

[1]) Auf Grund seiner durch Änderung der Geschäftsordnung 1910 erworbenen Befugnis, vgl. Nr. 254 Anm. 3, hatte der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses am 9. Mai 1912 den sozialdemokratischen Abgeordneten *Borchardt* von der Sitzung ausgeschlossen und zum Verlassen des Plenarsaals aufgefordert. Auf Weigerung *Borchardts*, der Anordnung Folge zu leisten, wurde er gewaltsam durch Polizei aus dem Sitzungssaal entfernt. Danach erörterte die sozialdemokratische Presse die Frage, ob Bestimmungen der Geschäftsordnung solche des Strafgesetzbuches aufheben können; vgl. Schulthess 1912 S. 142—145; s. a. Nr. 254 Anm. 4.

[2]) Vgl. *Scheidemanns* Rede vom 17. 5., die zu einer tumultuarischen Diskussion Anlaß gab und während der der Reichskanzler demonstrativ den Plenarsaal verließ; s. Sten. Berichte Bd. 285 S. 2057 f.; Schulthess 1912 S. 155.

[3]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 22.

[4]) S. Nr. 302 Anm. 4.

304.

14. 5. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Anstelle des verhinderten Genossen *Haase* berichtet **Ebert**, daß zwischen Fortschrittlern und *Haase* eine Unterredung stattgefunden habe, in welcher jene mitteilten: Sie wollten[1]) einen Antrag auf Einführung einer Reichserbschaftssteuer einbringen, wodurch erreicht werden soll:

Aufhebung der Zündwarensteuer,

Eventuelle Aufhebung der Grundstempelsteuer,

Gewährung der Altersrente vom 65. Lebensjahre,

Etatsüberschuß von 15 Millionen.

[1]) In der Kommission.

Die Einbringung dieses Antrages werde aber von unserer Zustimmung zum Antrage abhängig gemacht. Diese Zustimmung soll erfolgen, aber auch Bedenken dagegen geäußert, daß damit evtl. auch Mittel der Regierung bewilligt würden, die über die Deckung ausfallender indirekter Steuern hinausgingen.

Auf Antrag **Südekums** sollen der Fraktionsvorstand und Genossen aus der Branntweinsteuerkommission mit den Fortschrittlern verhandeln, denselben unsere Forderungen unterbreiten und über das Ergebnis der Fraktion Bericht erstatten.[2])

Göhre berichtet über die Arbeiten der Wohnungskommission.[3]) Eine Unterkommission beantragt eine Resolution, in welcher der Reichstag die Regierung zum Erlaß geeigneter Bestimmungen auffordert. Ferner soll die Kommission im Plenum einen Antrag auf Erlaß eines Reichswohnungsaufsichts-Gesetzes einbringen. Die Fraktion ist damit einverstanden, daß unsere Kommissionsmitglieder in der Kommission für die Resolution und den Antrag stimmen.

Zum Reichskanzler-Etat soll als dritter Redner *Emmel* sprechen; bei Kap. V, Tit. 13 wünscht *Kunert* zu reden.

Als Generalredner zur 3. Lesung des Etats werden *Ledebour* und *Südekum* bestimmt.

Haase[4])

---

[2]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 122 f.: „Demgemäß stellten wir [in der Kommission] Anträge auf Herabsetzung der Spiritussteuer von 125 auf 105 Mk. [S. a. Nr. 306] [...] Gegenüber dem Einwand der Regierung und bürgerlichen Abgeordneten in der Kommission, daß bei einer so gestalteten wirklichen Beseitigung der Liebesgabe [s. Nr. 300 Anm. 3] ja die in Höhe von 36 Millionen jährlich erhoffte Einnahme des Reichs ausbleiben würde, gaben unsere Vertreter mit Ermächtigung der Fraktion folgende Erklärung ab: ‚Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus, so auch für die jetzigen Heeres- und Flottenvorlagen, deren Annahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen Situation erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte Steuer ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer z. B. die Erbschaftssteuer, zu stimmen.‘ “ Zur Einstellung der SPD-Fraktion zu den verschiedenen Steuerarten vgl. Sten. Berichte Bd. 284 S. 1311.

[3]) Diese Kommission war zur Beratung aller die Wohnungsfragen betreffenden Initiativanträge und Etats-Resolutionen am 23. 3. 1912 eingesetzt worden; vgl. Sten. Berichte Bd. 284 S. 984.

[4]) S. Nr. 302 Anm. 4.

305.

17. 5. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Kunert wünscht festgestellt zu sehen, daß die Erklärung *Haases* aus Anlaß seiner Rede am 9. Mai sich nur auf seine Ausführungen bezüglich Behandlung der Angestellten beziehe. **Haase** erklärt, er sei allerdings durch die Ausführungen

auf Spalte 1821 zu seiner, jedenfalls sehr milde gefaßten Erklärung veranlaßt worden.[1])

Zubeil wünscht bei der 3. Lesung des Postetats zu sprechen; *Göhre* soll zur Wohnungskommission-Resolution sprechen; zur Ostmarken-Zulage[2]) *Wendel* unter Betonung des Standpunktes, daß sie allen Beamten in Form einer Gehaltszulage gewährt werde.

Haase[3])

[1]) *Kunert* hatte am 9. 5. 1912 zum Etat des Reichstags gesprochen und u. a. die Reichstagsverwaltung scharf kritisiert. *Haase* erklärte darauf unmittelbar vor Schluß der Debatte: „Meiner Fraktion sind keine Verwaltungshandlungen bekannt geworden, die zu einer scharfen Kritik der Verwaltung [des Reichstages] herausfordern. Die beanstandete Äußerung meines Parteifreundes *Kunert* beruht auf Mitteilungen, die diesem persönlich zugegangen sind." S. Sten. Berichte Bd. 285 S. 1821, 1825.

[2]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 285 S. 2267. Der Reichstag hatte zuvor eine Streichung der Ostmarkenzulage für Reichsbeamte beschlossen, wodurch diese gegenüber den preußischen Beamten, denen die Zulage landesgesetzlich zugebilligt war, schlechter gestellt wurden.

[3]) S. Nr. 302 Anm. 4.

306.

18. 5. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Scheidemann fragt an, ob die Fraktion mit Einbringung einer Beschwerde gegen den ihm vom Präsidenten erteilten Ordnungsruf[1]) (in der Sitzung vom 17. Mai) einverstanden sei. Auf Antrag **Molkenbuhrs** beschließt die Fraktion, von der Einlegung einer Beschwerde gegen die Ordnungsrufe wider *Scheidemann* und *Lensch* in jener Sitzung Abstand zu nehmen, dagegen aber in der Parteipresse die Erklärung abzugeben:

Die Genossen *Scheidemann* und *Lensch* haben, in Übereinstimmung mit der Fraktion, von der Einbringung einer Beschwerde gegen die ihnen in der Sitzung vom 17. Mai erteilten Ordnungsrufe Abstand genommen. Die Ordnungsrufe waren nur möglich, weil der Präsident sich der Situation nicht gewachsen zeigte und ein Maß von Direktionslosigkeit bewies, die seinen Ordnungsrufen jede sachliche Bedeutung nahmen.[2])

[1]) *Scheidemann* hatte am Vortage die kaiserlichen Äußerungen vom 13. 5. 1912 über eine Einverleibung Elsaß-Lothringens in das Königreich Preußen im Plenum scharf kritisiert. *Bethmann Hollweg* hatte daraufhin gefolgt von den Regierungs- und Bundesratsvertretern den Sitzungssaal verlassen. Nach weiteren Ausfällen *Scheidemanns* gegen das reaktionäre Preußen wurde dieser vom Präsidenten *Kaempf* zur Ordnung gerufen, worauf *Scheidemann* eine Beschwerde gegen diesen Ordnungsruf ankündigte; vgl. Sten. Berichte Bd. 285 S. 2052—2059.

[2]) Die Veröffentlichung konnte nicht nachgewiesen werden.

Wurm berichtet über die Tätigkeit der Branntweinsteuerkommission und schlägt vor, daß von unserer Seite im Plenum die wichtigsten Anträge[3]) wiederholt und namentliche Abstimmungen beantragt werden sollen über:

1. Herabsetzung der Steuer von M 125,— auf 120,—;
2. im Falle [, daß] die in der Kommission beschlossene Kontingentskürzung wieder gestrichen werden sollte, auch darüber;
3. über die Aufhebung der Betriebsauflage;
4. die Aufhebung des Durchschnittsbrandes und
5. die Aufhebung des Verzollungszwanges.

Die Fraktion stimmt dem zu.

Haase[4])

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 299 (Anlagen) Nr. 477; s. a. Nr. 304 Anm. 2.

[4]) S. Nr. 302 Anm. 4.

307.

21. 5. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Es erfolgen eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Gegenüber einem evtl. Zentrumsantrage, die Ostmarkenzulage auf ½ Jahr nochmals zu bewilligen, soll unser Antrag (auf Gehaltszulage für alle Beamten) aufrechterhalten werden.[1])

Haase[2])

[1]) Vgl. Nr. 305 Anm. 2.

[2]) S. Nr. 302 Anm. 4.

308.

26. 11. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Molkenbuhr als Vorsitzender gedenkt in ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen *Förster*[1]), der von Anfang der 70er Jahre an bis zur letzten Stunde in allen Tagen der Gefahr für die Partei eingetreten sei und noch [auf dem][2]) Parteitag in Chemnitz trotz seiner schweren Krankheit für die Agitation sich zur Ver-

[1]) Verstorben am 25. 11. 1912.

[2]) Im Or.: „vom".

fügung gestellt habe.[3]) Die Fraktion ehrte sein Andenken durch Erheben von den Sitzen.

Zur Präsidentenwahl[4]) beschließt die Fraktion auf Vorschlag **Ledebours** unter Verzicht auf eigenen Kandidaten die Wahl *Kaempfs*.

Molkenbuhr berichtet über geschäftliche Maßnahmen des Vorstandes in der Zeit der Vertagung des Reichstags. Gegen seine Wahl der Redner für die eingegangenen Resolutionen[5]) wird eingewendet, er möge in künftigen Fällen mittels Rundschreiben Vorschläge der Fraktionskollegen einfordern.

Als Redner für die Fleischnot-Interpellation[6]) waren bestimmt und werden akzeptiert: *Scheidemann*, *Molkenbuhr*, *Südekum*. Zur Interpellation[7]) soll ein Mißbilligungsantrag[8]) eingebracht und evtl. namentliche Abstimmung beantragt werden; über die detaillierten Punkte soll evtl. getrennt abgestimmt[9]) werden. Nach längerer Debatte über Zweckmäßigkeit und Möglichkeit eines detaillierten Mißbilligungs-Antrags wird die Einbringung nachstehenden Antrages beschlossen:[10])

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Behandlung der Teuerungsfrage durch den Reichskanzler entspricht nicht den Anschauungen des Reichstags insoweit der Reichskanzler nicht die Öffnung der Grenzen zur Einführung von Schlachtvieh veranlaßt hat;

insoweit er nicht die Suspendierung der Zölle auf Schlachtvieh, Fleisch und Futtermittel verlangt;

insoweit er nicht die vom Reichstag am 20. März 1912 geforderte Abänderung des Gesetzes, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, in die Wege geleitet hat, um die Einfuhr von Gefrierfleisch zu ermöglichen;

[3]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 48: „Noch zwei Monate vor seinem Tode führte er eine vierwöchige Agitationstour in seinem Wahlkreise aus."

[4]) *Kaempf* hatte am 12. 10. 1912 sein Mandat niedergelegt, weil die Wahlprüfungskommission Beweisführung über die Gültigkeit seiner Wahl verlangt hatte. Er wurde daraufhin von seinem Wahlkreis Berlin I am 5. 11. 1912 zum Abgeordneten und vom Reichstag am 27. 11. zum Präsidenten wiedergewählt; vgl. Sten. Berichte Bd. 286 S. 2327 f.; Schulthess 1912 S. 217, 231 f., 239 f.

[5]) Gemeint sind die Interpellationen — s. unten —, die am folgenden Tage, dem 27. 11., im Plenum eingebracht und z. T. schon verhandelt wurden.

[6]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 547.

[7]) Vorstehende zwei Worte im Or. durch Bleistift verbessert aus „Dazu".

[8]) Nach der Geschäftsordnungsänderung vom 8. 5. 1912 konnten „bei der Besprechung einer Interpellation [...] Anträge gestellt werden, welche die Feststellung verlangen, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstags entspricht oder daß sie ihr nicht entspricht." Solche Anträge mußten von mindestens 30 der anwesenden Abgeordneten unterstützt werden; vgl. § 33a der Geschäftsordnung.

[9]) Dieses Wort mit Bleistift nachträglich in das Or. eingefügt.

[10]) Der folgende Antrag wurde mit Maschine auf einen Zettel geschrieben und in das Or. eingeklebt. — Die Interpellation wurde am 27. 11. im Plenum begründet, beantwortet und besprochen; vgl. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 565; Bd. 286 S. 2328 ff.

insoweit er erleichternde Maßnahmen für Schlachtvieh- und Fleischbezug nur für bestimmte Arten von Gemeinden eingeführt hat.

Stadthagen wünscht, daß wieder wie in früheren Jahren die Fraktionsredner bei Interpellationen, Etatsreden oder größeren Gesetzentwürfen und dgl. vorher in der Fraktion die Grundzüge ihrer Darlegungen vortragen mögen. Der Antrag wird abgelehnt.

Als Redner für Interpellation *Ablaß* betreffs Koalitionsfreiheit der Militärarbeiter[11]) werden bestimmt *Böhle* und *Bauer*; zum Etat: *Ledebour*, *David*, *Haase*, *Frank*. Die Redner zu den Einzeletats bzw. Titeln sollen sich bei *Ebert* melden.

Auf Anregung **Südekums** wird die Einbringung einer Interpellation betreffend den Wagenmangel[12]) beschlossen und als Redner ernannt: *Erdmann*, *König* und evtl. *Dittmann*.

Bebel

[11]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 560.

[12]) Interpellation betr. Ausrüstung der preuß. Staatseisenbahnen mit ausreichendem Betriebsmaterial; Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 568.

309.

29. 11. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Der Vorsitzende **Haase** berichtet, daß an ihn seitens eines Mitgliedes der Freisinnigen Fraktion im Auftrage des Reichsschatzsekretärs die Frage gerichtet worden sei, ob auch die sozialdemokratische Fraktion in Sachen des Reichspetroleummonopols tatsächliche Angaben entgegennehmen wolle wie alle anderen Fraktionen; es handle sich dabei nicht um Meinungsaustausch, sondern nur um Entgegennahme von Mitteilungen.

Die Fraktion erklärt sich hierzu bereit unter der Voraussetzung, daß diese Mitteilungen direkt an Fraktionsgenossen gegeben werden, was auch vom Reichsschatzamt als selbstverständlich anerkannt wurde.

Weiter teilte der Vorsitzende [**Haase**] mit, daß auch der Reichskanzler durch Herrn *Payer* ihm Mitteilung habe zukommen lassen, daß er am Montag eine Erklärung über die politische Lage abgeben werde[1]), daß er aber Sorge habe über die Art der Besprechung seitens unserer Fraktionsredner; er hielte es aber für sehr bedauernswert, wenn unserseits die Bündnisverpflichtung gegen Österreich schroff abgelehnt würde, weil das geeignet wäre, einer anderen Macht den Rücken

[1]) S. Anm. 3.

zu stärken, falls diese zu der Auffassung käme, große Teile der deutschen Bevölkerung lehnten diese Bündnispflicht ab, ebenso wenn unter dem Schutz der Immunität die angebliche Äußerung *Scheidemanns* in Paris[2]) ausgesprochen würde.

Die Fraktion vertrat auch hier den Standpunkt:

Wenn der Reichskanzler Mitteilungen an die Fraktion zu machen beabsichtige, so sei die Fraktion bereit, solche entgegenzunehmen, sofern sie direkt an Fraktionsgenossen gegeben werde. Herr *Payer* solle hiervon benachrichtigt werden.

Nach Absicht der Regierung und des Präsidenten sollen nach der Erklärung des Reichskanzlers die Interpellationen über die auswärtige Politik[3]) mit der Etatsberatung der auswärtigen Politik zusammen beraten werden, und dann erst soll die Besprechung der inneren Politik folgen. Als Redner werden bestimmt *Ledebour*, *David*, *Haase* für die auswärtige, *Frank*, *Lensch*, *Liebknecht* für die innere Politik.

Der spezialisierte Mißtrauensantrag[4]) bei der Fleischnotinterpellation soll zwecks Überweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission zurückgezogen und dafür ein allgemeiner Mißtrauensantrag[5]) zur Abstimmung gebracht werden.

Bebel

---

[2]) Auf einer Friedenskundgebung in Paris hatte *Scheidemann* den Satz ausgesprochen, „nous ne voulons pas tirer sur vous", der fälschlich in der deutschen nichtsozialdemokratischen Presse mit „wir werden [Hervorhebung vom Bearbeiter] nicht auf euch schießen" übersetzt wurde; vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 224 f. In der Plenardebatte vom 3. 12. wurde *Scheidemanns* Rede in ihrer nicht verfälschten Form zur Sprache gebracht; s. Sten. Berichte Bd. 286 S. 2527 f., 2537 f.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 546, 548; s. a. *Bethmann Hollwegs* Erklärung vom 2. 12., Sten. Berichte Bd. 286 S. 2471 f.

[4]) *Gröber* hatte in der Geschäftsordnungsdebatte vom 27. 11. 1912, Sten. Berichte Bd. 286 S. 2358, die sich an den sozialdemokratischen Antrag anschloß, ausgeführt, „[...] daß nämlich bei den Anträgen in einer Interpellationsverhandlung nicht über eine Einzelheit, über einen einzelnen Regierungsakt innerhalb der Behandlung der zum Gegenstand der Interpellation gemachten Angelegenheit, sondern über die Gesamthaltung der Regierung in einer bestimmten großen Frage eine Äußerung des Reichstags herbeigeführt, und daß hier eben die Billigung und Nichtbilligung oder, wie es jetzt heißt, die Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit den Anschauungen des Reichstags ausgesprochen werden soll. Darüber war Übereinstimmung in der Kommission und wenn Sie, meine Herren, an diesem Gesichtspunkte festhalten, dann müssen Sie gerade vermeiden, in eine solche Spezialisierung einzutreten, wie es der Antrag der Herren von der sozialdemokratischen Fraktion vorsieht; denn der will gerade die einzelnen Akte und Teile der Regierungspolitik zum Gegenstand einer Kritik und Entscheidung des Reichstags machen, und das wollte man gerade in der Geschäftsordnungskommission vermeiden."

[5]) Der allgemeine Mißbilligungsantrag erhielt folgenden Wortlaut: „Nr. 573. Antrag *Albrecht* und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler entspricht nicht der Anschauung des Reichstags. Berlin, den 29. November 1912. *Albrecht. Antrick.* [...]" S. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 573.

310.

4. 12. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Für den Gesetzentwurf betreffend Jugendgerichtshof[1]) werden als Redner bestellt: *Rühle* und *Stadthagen*, *Peus*, *Schulz*, *Brühne*[2]); in die Kommission dafür noch *Göhre*, *Heine*. Zur Konkurrenz-Klausel[3]) als Redner: *Giebel* und *Quarck*; in die Kommission noch *Weill*, *Hoch*, *Schumann*, *Cohn*, *Körsten*; zum Urheberrecht:[4]) *Dietz*, falls dazu überhaupt gesprochen werde; zum Patentrecht soll *Haase* evtl. eine Erklärung abgeben.[5]) Über den Petroleum-Monopol-Entwurf[6]) berichtet **Hoch** und präzisiert die Stellung des wirtschaftlichen Ausschusses[7]) grundsätzlich dahin:

Für Eingriff der Gesetzgebung, für Staatsmonopol ohne Großbanken, für besondere Gehaltsätze, für maßgebende Mitwirkung des Reichstags durch einen Verwaltungsausschuß mit beschließender Stimme und für volle Entschädigung der Arbeiter, Angestellten und kleinen Geschäftsleute.

Als Redner werden bestimmt: *Wurm*, *Frank* und *Henke*; in die Kommission ferner *Hoffmann-Kaiserslautern*, *Silberschmidt*, *Bender*, *Metzger* und *Herzfeld*.

Bebel

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 576.

[2]) Umstellung der Namen nach in das Or. eingefügten Korrekturzeichen. Ursprünglich schlossen sich die Namen *Peus*, *Schulz*, *Brühne* an *Heine* an.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 575.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 569.

[5]) *Haase* gab eine solche Erklärung nicht ab.

[6]) S. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 544.

[7]) Wahrscheinlich ist der fraktionsinterne Ausschuß gemeint.

311.

11. 12. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hebt **Bebel** hervor, daß innerhalb der Fraktion das Gerücht gehe, der Parteivorstand habe bisher in bezug auf die Agitation für die Ersatzwahl in Reuss ältere Linie seine Schuldigkeit nicht getan und er übe allem Anschein nach passive Resistenz. **Bebel** trat diesen Gerüchten mit allem Nachdruck entgegen und zählt die bisher vom Parteivorstand in bezug auf diese

Wahl getroffenen Maßnahmen auf; daraus ergebe sich, daß wohl noch bei keiner Wahl soviel geschehen sei, wie bei dieser Wahl an Vorbereitungen und schleunigen Maßnahmen seitens des Parteivorstandes.[1])

Als Redner zu den einzelnen Etats und Titeln in 2. Lesung werden bestimmt:

Reichsamt des Innern: Staatssekretär: *Fischer*, *Quarck*, *Hoch*, *Sachse*.
Reichs-Versicherungsamt: *Körsten*, *Bauer*, *Silberschmidt;* weiter *Taubadel* (Abonnenten-Versicherung), *Bender* (Arbeiterstatistik), *Feuerstein* (Genossenschaftswesen), *Rauch* (Reservisten-Unterstützung), *Spiegel*, *Haberland* (Schwereisen-Industrie), *Göhre*, *Fischer-Hannover* (Wohnungswesen), *H. Schulz* (Schulkommission), *Büchner* (Säuglingssterblichkeit).
Reichsgesundheitsamt: *Erdmann*, *Dittmann*, *Landsberg*, *Antrick*, *Jäckel*, *Thiele*, *Wels;* ferner *Horn*, *Haberland*, *Bauer* (Glasarbeiterschutz), *Cohn* (Kali), *Thöne* (Kanalamt), *Wels*, *Peus* (Innere Kolonisation), *Käppler* (Mühlenarbeiterschutz), *Feldmann* (Steinarbeiterschutz), *Weill* (Reblausbekämpfung).
Reichsversicherungsanstalt: *Giebel;* ferner zum Seeamt: *Schumann*.
Reichseisenbahnamt: *Ulrich*, *Stolle*, *Hasenzahl*, *Baudert*.
Reichseisenbahnen: *Fuchs*, *Peirotes*.
Reichsschatzamt: *Emmel*, *Noske*, *Stolle*.
Reichsjustizamt: *Heine*, *Landsberg*, *Cohn*.
Reichspostamt: *Ebert*, *Wendel*, *Zubeil*.
Militär-Etat: Kriegsminister: *Schöpflin*, *Stücklen*, *Liebknecht*, ferner *Büchner* (Kap. 37, T[itel] 1.8), *Böhle* (Kap. 37 und 38), *Schmidt* (Sachsen), *Hofrichter* (Festungsbau), *Kunert* (Militärjustiz).
Marine-Etat: Staatssekretär: *Vogtherr*, *Noske;* ferner *Brandes* (Werften).
Kolonialamt: Staatssekretär: *Dittmann*, *Henke*, *Herzfeld*, *Weill*, *Noske;* ferner *Krätzig* (Baumwolle).
Reichskanzleramt: Auswärtiges: *Scheidemann*, *Bernstein*. — Inneres: *Gradnauer*, *Hüttmann*, ferner *Blos*, *Erdmann* (Jesuitenfrage).

Dort wo mehrere Redner zur selben Position vorgesehen sind und sich unter den Genossen kein Einverständnis über die Reihenfolge erzielen lassen sollte, habe der Fraktionsvorstand die Entscheidung zu treffen. Ferner sollen die beiden Genossen, die zur „Inneren Kolonisation" eventuell zu reden bestimmt sind, in der nächsten Fraktionssitzung ihre Ansicht über diese Frage vortragen, damit die Fraktion in der Lage ist, zu dieser Frage vorher Stellung nehmen zu können.

Als Initiativantrag soll für den nächsten Schwerinstag unser Antrag 73 — Einführung des Reichstagswahlrechtes für die Volksvertretungen der Einzelstaaten — vorgeschlagen werden.[2]) Als Redner werden dafür *Herzfeld* und *Wels* bestimmt. Die Frage des Proporzwahlrechts wird dem Verfassungsausschuß[3]) zur Vorberatung überwiesen.

Haase

[1]) Der sozialdemokratische Abgeordnete *Hermann Förster* war am 25. 11. 1912 gestorben, so daß in Reuß Neuwahlen notwendig wurden. Gegen *G. Stresemann* gewann am 19. 12. die Wahl der Sozialdemokrat *Max Cohen*, später bekannt unter dem Namen *Cohen-Reuß*.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 898.

[3]) der Fraktion.

312.

18. 12. 1912: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.[1])

Bernstein berichtet über Mitteilungen, die ihm und *Südekum* vom Reichsbankpräsidenten *Havenstein* betreffs Vermehrung des Goldbestandes der Reichsbank in einer Unterredung gemacht wurden.[2]) Nach längerer Debatte wird beschlossen, daß unsere Vertreter in der Budgetkommission dafür eintreten, daß die Angelegenheit nicht sofort erledigt würde, damit die Fraktion Gelegenheit erhalte, auf Grund der offiziellen Mitteilungen zu beraten. Falls die Regierung wünsche, bestimmte Mitteilungen geheimgehalten zu sehen, sollen unsere Vertreter dem früheren Brauche gemäß das akzeptieren.[3])

Auf Ersuchen eines Komitees der chinesischen Sozialisten, einen Vertreter zur Eröffnung des chinesischen Parlamentes zu schicken, beschließt die Fraktion, zunächst beim Internat[ionalen] Soz[ialistischen] Büro Auskunft über die Natur dieses einladenden Komitees einzuholen.

Ein Antrag auf Erhöhung der Unterstützungsgelder für die Angehörigen der zu Übungen einbezogenen Mannschaften soll eingebracht werden.[4])

Von einer Interpellation bezüglich einer Bundesratsverordnung gegenüber den Jugendlichen in der Glasindustrie wird Abstand genommen. Dagegen soll durch Genossen *Robert Schmidt* eine Kleine Anfrage in diesem Sinne gestellt werden. Eine zweite Kleine Anfrage betreffs Subvention des Norddeutschen Lloyd soll durch Genossen *Henke* eingebracht werden.[5])

Haase

---

[1]) Datierung im Or. fälschlich auf 8. Dezember.

[2]) Die Unterredung betraf die Beratung des Gesetzentwurfes betr. Änderungen im Finanzwesen; s. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 872. Zur Entgegennahme von Informationen der Reichsleitung durch die Fraktion s. Nr. 309.

[3]) Zur Geheimhaltung von Gegenständen der Kommissionsberatungen s. a. Nr. 217.

[4]) Ein solcher Antrag wurde nicht eingebracht.

[5]) S. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 628, 631.

313.

13. 1. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.[1])

In die Jugendgerichts-Kommission[2]) w[erden][3]) noch *Hierl* und *Fischer-Hannover* gewählt; in die Kommission betreffend Internationale Konvention über gewerbliche und heimische Erzeugnisse[4]) [:] *Büchner*, *Cohn*, *Davidsohn*, *Haberland*, *Kühn*, *Peus*, *Schmitt-Würzburg*.

Zur 2. Beratung des Gesetzentwurfes über erleichterte Fleischeinfuhr sollen 3 Anträge eingebracht werden, nach denen[5])

die gewährte Vergünstigung ‚bei der Vieh- und Fleischeinfuhr' nicht nur bis 31. März 1914, sondern ohne zeitliche Beschränkung festzulegen ‚ist'. Weitere Anträge verlangen Erleichterungen für die Vieheinfuhr. Die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und die Ausdehnung der Vieheinfuhr werden in der Form von Resolutionen verlangt. Als Redner ‚dazu' wurden bestimmt die Genossen *Simon*, *Hoch*, *Wurm*, *Schmitt-Würzburg* und Dr. *Quarck*.[6])

Zur Jesuitenfrage[7]) soll anstelle des zurücktretenden Genossen *Blos* als erster Redner *Hoffmann-Kaiserslautern* treten.

Die beim Etat des Reichsamts des Innern neu einzubringenden Resolutionen (über die Verhältnisse in Ziegeleien, Gastwirtsgewerbe, Binnenschiffahrt, Glasindustrie) sollen vom sozialpolitischen Ausschuß formuliert und dann im Einverständnis mit dem Fraktionsvorstand eingebracht werden. Ferner stimmt die Fraktion der Einbringung [von][8]) Anfragen durch *Baudert* und *Deichmann* zu.[9])

Eine Delegation nach China zur Parlamentseröffnung wird abgelehnt,

[1]) Im Or. „1912" mit Rotstift von unbekannter Hand in 1913 verbessert. Wahrscheinlich wurde das Protokoll dieser Sitzung sowie diejenigen der folgenden Sitzungen vom 22. 1., 29. 1. und 10. 2. erst nachträglich, d. h. im Februar ausgefertigt, worauf auch die Art der Unterzeichnung durch *Bebel* hindeutet; vgl. Anm. 13.

[2]) Vgl. Nr. 310 Anm. 1.

[3]) Im Or. „wird".

[4]) Gemeint ist die Washingtoner Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, s. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 574.

[5]) Der folgende Passus ist in das Or. als Zeitungsausschnitt eingeklebt. Die Anführungszeichen innerhalb des Zeitungsausschnitts wurden vom Protokollanten handschriftlich — ebenso wie die Unterstreichungen der Namen — eingefügt.

[6]) S. Sten. Berichte Bd. 300 und 301 (Anlagen) Nr. 543 (Gesetzentwurf) und Nr. 663, 704, 709 (SPD-Anträge).

[7]) S. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 86.

[8]) Im Or. „einer".

[9]) S. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 646, 647.

aber der Fraktionsvorstand bevollmächtigt, gegebenenfalls ein Begrüßungstelegramm zu senden.[10])

Genosse **Stolle** dankt der Fraktion für die ihm anläßlich seines 70. Geburtstages dargebrachten Glückwünsche.

Im Anschluß an eine Äußerung **Eberts**, ausgeliehenes Aktenmaterial zurückzugeben, regen **Haase** und **Simon** an, neues Material, das der Empfänger nicht selbst verwenden kann, dem Fraktionssekretär zu übergeben.

Betreffs der erhöhten Ausgabe kleiner Banknoten beschließt die Fraktion, die Zustimmung zur Regierungsforderung an die Erfüllung folgender Bedingungen zu [binden][10a]):

1. sollen nicht mehr kleine Banknoten ausgegeben werden, als der wirtschaftliche Verkehr erforderlich und notwendig erscheinen läßt. 2. soll die Ausgabe ziffernmäßig beschränkt werden.[11])

Ein Antrag **Geyer**, daß künftig Regierungsvertreter, die mit Fraktionsmitgliedern verhandeln oder über die Haltung der Fraktion zu bestimmten Fragen Auskunft erhalten wollen, an den Fraktionsvorstand verwiesen werden sollen, wird für die nächste Sitzung zurückgestellt.[12])

Bebel[13])

[10]) Zur Begründung der Ablehnung wegen des „privaten Charakters" des einladenden Komitees s. *Vorwärts* vom 13. 1. 1913. Vgl. Nr. 312.

[10a]) Im Or.: „stellen".

[11]) Vgl. Nr. 312 Anm. 2.

[12]) Vgl. Nr. 312, Hinweis auf die Unterredung *Havensteins* mit *Bernstein* und *Südekum*. Auch die folgenden Protokolle geben keine Auskunft über einen förmlichen Beschluß in dieser Angelegenheit.

[13]) Im Or. vor der eigenhändigen Unterschrift *Bebels* ein vom Protokollführer mit Bleistift vorgeschriebenes „B". Zur Niederschrift der Protokolle s. Anm. 1; zur Unterzeichnung vgl. Nr. 302 Anm. 4.

314.

22. 1. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.[1])

Als Redner zur Interpellation der Polen[2]) über die Enteignung werden *Wendel* und *Ledebour* bestimmt. Die Etatsposition auf Schaffung eines neuen Reichsanwalts im Reichsgericht soll abgelehnt werden.

Bebel[3])

[1]) Im Or. fälschlich „1912"; vgl. Nr. 313 Anm. 1.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 701, 707.

[3]) Nachträglich unterzeichnet; vgl. Nr. 313 Anm. 13.

315.

29. 1. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.[1])

In die Rechnungskommission tritt anstelle *Wurms Rauch* ein.

Ein sozialistischer Republikaner namens *Hain-ju-kia* gibt Bericht über die gegenwärtigen Zustände der chinesischen Republik, die beständig von Rußland in ihrer Existenz bedroht sei. Die Republik habe zu ihrer Voraussetzung die friedliche Entwicklung; er hoffe, nach 20 Jahren sei die politische Bildung und Erziehung des chinesischen Volkes soweit fortgeschritten, um die Republik sicherzustellen. Er sei von politischen Freunden beauftragt, bei den europäischen Parlamenten dafür zu wirken, daß aus den verschiedenen Parteien sich Mitglieder zu einer freien parlamentarischen Gruppe vereinen, [um] für die Interessen und den Schutz der Republik einzutreten.

Bebel erklärte, daß wir mangels politischen Einflusses der chinesischen Republik nur unsere moralische Unterstützung leihen könnten; nur wenn [man] seitens der deutschen Reichsregierung Schritte gegen die chinesische Republik unternehmen würde, müßten wir in Parlament und Presse dagegen auftreten, heute müßten wir uns damit begnügen, unsere Sympathie für die freiheitliche Entwicklung Chinas auszudrücken.[2])

Zu unserem Wahlrechtsantrag[3]) beabsichtigten die Freisinnigen den Antrag Pachnicke[4]) (auf generelle Einführung einer Volksvertretung) wieder einzubringen, falls die Fraktion nach Ablehnung ihres Antrages dafür stimmen werde. Die Fraktion lehnt das ab.

Bebel[5])

[1]) Im Or. mit Rotstift verbessert aus: „1912"; vgl. Nr. 313 Anm. 1.

[2]) Zu den Vorgängen in China vgl. Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung Jg. 1913 S. 271 ff.

[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 898.

[4]) Der Antrag wurde von der Fortschrittlichen Volkspartei nicht wieder eingebracht.

[5]) Nachträglich unterzeichnet; vgl. Nr. 313 Anm. 13.

316.

10. 2. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.[1])

Von der Kreisgeneralversammlung Mülhausen i[m] E[lsaß] ist gegen eine Ausführung unseres Fraktionsredners in der Reichstagssitzung vom 3. De-

[1]) Im Or. verbessert aus „1912"; vgl. Nr. 313 Anm. 1.

zember[2]) nachstehende Protestresolution zur Kenntnisnahme der Fraktion übersandt worden[3]):

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Kreisvereins Mülhausen im Elsaß erhebt Einspruch gegen die in der Reichstagssitzung vom 3. Dezember vorigen Jahres, in einem Augenblick, der zu äußerster Vorsicht mahnte, abgegebene Erklärung, die deutsche Sozialdemokratie wäre im Falle eines Angriffs von Rußland bereit, ebenfalls die Flinte auf den Buckel zu nehmen und den Krieg mitzumachen. Die Versammlung erinnert daran, daß die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg nicht Sache des Proletariats sein darf, wenn doch das Proletariat auf die von den kapitalistischen Staaten abgeschlossenen Bündnisverträge wie auf deren ganze Auslandspolitik einen bestimmenden Einfluß nicht ausüben kann. Das Beispiel der Emser Depesche und die Unverfrorenheit, mit welcher neuerdings die Regierungsorgane mit Einschluß der klerikalen Presse Deutschlands und Österreichs den Streit um einen serbischen Adriahafen zu einer Lebensfrage für Österreich-Ungarn und zu einer Sache der deutschen Bundestreue vom Belt bis zur Adria aufbauschten, zeigen, mit welchem Erfolge fortgesetzt die Irreführung der Massen unter dem Vorwande der nationalen Verteidigung von den Herrschenden betrieben wird. Bei dieser Sachlage ist jede Loyalitätserklärung sozialdemokratischer Abgeordneter für den hypothetischen Fall eines Angriffskrieges geeignet, die Aktionskraft des Proletariats für die Erhaltung des Friedens zu lähmen und die Arbeitermassen zum unklaren und willenlosen Werkzeug der verbrecherischen Macht- und Raubgelüste zu machen, welche die imperialistische Politik beherrschen.

Die Versammlung ersucht die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages, zu dieser Frage bindend Stellung zu nehmen, um alle Zweideutigkeiten und Mißverständnisse über die Stellung der deutschen Arbeiterklasse zum Kriege für die Zukunft auszuschließen.

Eine Debatte wird nicht gewünscht.

Für die 2. Lesung unseres Wahlrechts-Initiativ-Antrages wird *Liebknecht* als Redner bestimmt.[4])

Für die Resolution *Schiffer* betreffend Vorkaufsrecht der Gemeinden bei Zwangs-[versteigerungen von] Grundstücken wird die Fraktion stimmen, nicht aber für die Resolution *Arendt-Warmuth* auf Beschränkung der Vorausverfügung über Miet- und Pachtzinsen.[5])

Aus der Petroleummonopol-Kommission[6]) berichtet **Wurm.** Die Fraktion beauftragt die Fraktionsgenossen in der Kommission, für die gemischte Form des

[2]) *David* hatte am 3. 12. 1912 zur Frage der „Grenzen unserer Bündnispflicht gegen Österreich" vor dem Plenum gesprochen und ausgeführt: „Auch wir Sozialdemokraten sind für die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Österreich, wie wir für die Aufrechterhaltung des Dreibundes sind. Darüber haben wir niemals Zweifel gelassen, und soweit Pflichten vorliegen, wirkliche Vertragspflichten, so sind auch wir der Meinung, daß sie ehrlich gehalten werden müssen ..." Danach führte er aus, daß die SPD den Vertrag mit Österreich allerdings nur als ein „ausgesprochenes Defensivbündnis gegen russische Drohungen auffasse". S. Sten. Berichte Bd. 286 S. 2508 f.

[3]) Der Text der Protestresolution ist als Zeitungsausschnitt in das Or. eingeklebt.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 287 S. 3697.

[5]) S. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 682, 696.

[6]) Vgl. Nr. 310 Anm. 6.

Monopols (§ 1) zu stimmen unter der Voraussetzung, daß das Reich die Majorität in der Generalversammlung und damit in der Verwaltung erhalte. Die endgültige Stellungnahme der Fraktion wird bis nach Abschluß der Kommissionsberatungen vorbehalten.

Bebel[7])

[7]) Nachträglich unterzeichnet; vgl. Nr. 313 Anm. 13.

317.

19. 2. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Genosse **Haase** gibt Kenntnis von eingegangenen Einladungen für die Binnenschiffahrts-Konferenz. Als Berichterstatter für den nächsten Parteitag wird mit 40 gegen 35 Stimmen, die auf *Gradnauer* entfielen, *Schulz-Erfurt* gewählt.[1])

Unter Bezugnahme auf einen Artikel des Genossen *Peus* über die Vielrederei im Reichstag in den *Sozialistischen Monatsheften*[2]) ersucht Genosse **Haase** die Fraktionskollegen, künftighin solche oder ähnliche, in die inneren Verhältnisse der Fraktion eingreifenden Fragen zuerst in der Fraktion zur Sprache zu bringen. Ein Beschluß wird nicht gefaßt.

Wurm berichtet über die Verhandlungen in der Petroleum-Kommission und regt die Frage der Tantiemen der Aufsichtsräte an. Die Fraktion beschließt, die Kommissionsmitglieder sollten die Stellungnahme zu den Einzelbestimmungen unter sich besprechen und nach Maßgabe der allgemeinen Direktiven der Fraktion entscheiden und nach Abschluß der 2. Lesung an die Fraktion berichten.[3])

Dittmann regt an, anläßlich der Beratung des Reichseisenbahnamts-Etats [die][4]) Übernahme der gesamten deutschen Eisenbahnen [auf das Reich][5]) zu beantragen; die Fraktion ist der Auffassung, daß vorerst die bayrischen Kollegen Gelegenheit zur Äußerung haben sollen.

Bebel[6])

[1]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 73—176 (schriftlicher Bericht) und S. 339—346 (mündlicher Bericht). Über die Vorbereitung des Berichtes s. S. 340 f.

[2]) Vgl. *Heinrich Peus*, Zu viel Reden, zu wenig Wille, in: Sozialistische Monatshefte 1913 S. 139 bis 141. Der Artikel beginnt mit dem Satz: „Können Sie mir einen Ort nennen, wo es noch langweiliger wäre als hier im Reichstag?"

[3]) Vgl. Nr. 316.

[4]) Im Or. „dieses".

[5]) Im Or. „des Reiches".

[6]) Nachträglich unterzeichnet; vgl. Nr. 313 Anm. 13.

318.

26. 2. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Die Fraktion berät das gemeinsam mit der französischen Bruderpartei in Sachen des Wettrüstens zu erlassende Manifest[1]) und stimmt nach einigen formalen Änderungen dem vom Parteivorstand vorgeschlagenen Entwurf zu.

In die Kommission betreffend den Submissionswesen-Initiativ-Antrag[2]) werden entsandt: *Brühne, Haberland, Hasenzahl, Hildenbrand, Leutert, Raute, Silberschmidt.*

Die Redner zum Militäretat, mit dessen Beratung die neue Militärvorlage[3]) verbunden werden soll, sollen in einer späteren Sitzung evtl. neu ernannt werden.[4])

Bebel

[1]) Vgl. *Vorwärts* v. 1. 3. 1913.
[2]) S. Sten. Berichte Bd. 288 S. 4151.
[3]) S. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 869.
[4]) S. Nr. 319.

319.

5. 3. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Als Redner zur Militärvorlage[1]) werden *Haase* und *David* ernannt. Beim Etatsnotgesetz soll *Bebel* eine Erklärung abgeben, worin die Verantwortung für den angeblichen Rückstand der parlamentarischen Arbeiten der Regierung wegen verspäteter Einberufung des Reichstags und ungenügender Vorarbeiten des Bundesrats überwiesen wird [sic!].[2])

Ledebour bringt Differenzen zur Sprache, die zwischen ihm und *Noske* in sachlicher und persönlicher Form in der Budgetkommission in Erscheinung getreten

[1]) Vgl. Nr. 318 Anm. 3.
[2]) Diese Erklärung gab *Haase* am 8. 3. 1913 ab bei der 3. Lesung des „Notgesetzes", das für die Regierung die Rechtsgrundlage schuf, während der ersten drei Monate des neuen Haushaltsjahres ihre laufenden Ausgaben zu bestreiten; s. Sten. Berichte Bd. 288 S. 4378.

seien.[3]) In eingehendster Aussprache spricht die Fraktion die Erwartung aus, daß künftig durch gegenseitiges parteigenössisches Entgegenkommen bei vorhandenen oder entstehenden Differenzen persönliche Schärfen vermieden werden.

Bebel

[3]) Noske, Aufstieg und Niedergang der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1947, S. 35, berichtet: „... Hauptgewicht wurde aber von mir auf die Arbeit im Haushaltsausschuß gelegt. Meine Autorität als Kenner praktischer Kolonialpolitik wurde in einigen Jahren unbestritten. Dadurch wurde allerdings nicht verhindert, daß nach wie vor sich radikal fühlende Redner alte Schlagworte vortrugen. Die Praxis gestaltete sich so, daß *Ledebour* oder der Bremer *Henke* eine sogenannte prinzipielle Rede hielten. Den von ihnen verzapften Unsinn hatte ich als zweiter Fraktionsredner wieder gut zu machen."

320.

3. 4. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Als Redner zur Militärvorlage werden ernannt: *Haase*, *Scheidemann*, *Frank*; zur Deckungsvorlage: *Südekum*, *Emmel*, *Segitz*; letztere mit der Maßgabe, in der nächsten Fraktionssitzung über die Hauptgesichtspunkte Bericht zu erstatten.[1])

Bebel

[1]) Die 1. Lesung der Wehr- und Deckungsvorlagen fand vom 7.—12. April statt; s. dazu auch Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 147 ff.

321.

4. 4. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Die in der letzten Fraktionssitzung bestimmten Redner zur Deckungsvorlage für die Militärvorlage erstatten über die zwischen ihnen besprochenen Hauptgesichtspunkte Bericht, die im Plenum bei der ersten Lesung dargelegt werden sollen.

Die Fraktion beschließt, zu den einzelnen Steuervorlagen die endgültige Stellungnahme bis nach der 2. Lesung vorzubehalten.[1])

Bebel

[1]) Vgl. Nr. 330 und 331.

322.

14. 4. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Haase berichtet über die Einladung des schweizerischen Komitees zu einer am 20. April in Bern stattfindenden parlamentarischen Konferenz zwecks Verständigung französischer und deutscher Abgeordneter über Vertagung der militärischen Rüstungen bzw. gegenseitige Verständigung der beiden Nationen.[1]) Ohne Teilnahme von bürgerlichen Fraktionen könne aber der beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden. Soweit Deutschland in Frage komme, hätten Freisinn und Nationalliberale, wie auch das Zentrum eine offizielle Teilnahme der Fraktionen abgelehnt, so daß außer uns wahrscheinlich nur die Elsässer in Frage kämen. Da außerdem aber die französische Delegation am 20. April nicht teilnehmen könne, wird einem Vorschlage zugestimmt, die Konferenz[2]) bis zum 18. Mai zu vertagen und inzwischen mit dem schweizerischen Komitee weiter zu korrespondieren, namentlich ob und wieviel bürgerliche Parlamentarier an der Konferenz teilnehmen.

Die Fraktion beschließt eine offizielle Teilnahme durch 10 Delegierte und bestimmt dazu:

Bauer, Emmel, Fischer-Berlin, Frank, Geyer, Haase, Ledebour, Silberschmidt, Scheidemann, Weill; als Ersatzleute bei evtl. Verhinderung: *Molkenbuhr, Südekum, Bernstein. Giebel.*

Weiter beschließt die Fraktion, im Seniorenkonvent soll unserseits darauf gedrungen werden, daß die Wahlurnenvorlage[3]) noch vor der Mai-Vertagung zur Beratung in Plenum gestellt werde.

Bebel

---

[1]) Zur Vorgeschichte der Konferenz vgl. Scheidemann, Memoiren Bd. 1 S. 227.

[2]) Die Konferenz fand am 11. 5. 1913 in Bern statt; s. Schulthess 1913 S. 595; s. a. den Bericht in Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 7, den Scheidemann, Memoiren I S. 227—230, zum großen Teil wörtlich, mit einigen Abweichungen und Auslassungen für sein Kapitel „Die Konferenzen in Bern und Basel" übernahm. Vgl. Grünebaum, Ludwig Frank, ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen S ozialdemokratie, Heidelberg 1924, S. 33; Ludwig Frank, Aufsätze, Reden und Briefe, herausgegeben von Hedwig Wachenheim, Berlin 1924, S. 265 ff.

[3]) Der entsprechende Entwurf wurde ohne Diskussion am 25. 4. 1913 angenommen; vgl. Sten. Berichte Bd. 289 S. 5147. In der Begründung des Entwurfes, s. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 878, hieß es: „Die Beschlüsse des Reichstags beruhen auf der Erwägung, daß bei der Verwendung von Wahlgefäßen, die ein Aufeinanderschichten der Stimmzettelumschläge zulassen, durch Herausnahme der Umschläge in der umgekehrten Reihenfolge, wie sie hineingelegt sind, eine Kontrolle der Abstimmung ermöglicht werde. Wenngleich in den Berichten der Wahlprüfungskommission Mißbräuche durch tatsächliche Ausübung einer Kontrolle in nennenswertem Umfang nicht nachgewiesen sind, so steht doch außer Zweifel, daß bei Verwendung ungeeigneter Wahlgefäße, wie Zigarrenkisten, Suppenterrinen, Hutschachteln usw., namentlich in kleineren Wahlbezirken eine Kontrolle an sich möglich ist [...]"

323.

23. 4. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Das Schweizer Komitee teilt mit, daß bereits am Sonnabend nachmittag, 10. Mai, mit den französischen Parteigenossen eine[1]) Sitzung zwecks Verständigung über gemeinsames Vorgehen stattfinde.[2])

Zum Generalredner bei der 3. Lesung des Etats werden *Keil*, *Ledebour* und *Scheidemann* vorgeschlagen; gewählt wird *Keil*. Zum Justiz-Etat wird *Heine* als Redner bestimmt, zum Gesetzentwurf betreffend die Literaturkonvention[3]) mit Rußland *Dietz*. Zum Wahlurnengesetz[4]) soll unserseits, falls die anderen Parteien keine Diskussion hervorrufen, nicht geredet werden.

Hoffmann-Kaiserslautern schlägt vor, gegen *Calkers* Resolution auf lokale Besteuerung des Ausland-Weines eine Gegen-Resolution[5]) einzubringen auf Aufhebung auch der lokalen Inlandsweinbesteuerung. Die Fraktion stimmt dem Vorschlage zu.

Zum Kolonialetat wird *Noske* als Redner bestimmt.

Ebert berichtet über die Vereinbarung der bürgerlichen Parteien über die Postunterbeamten-Gehaltsaufbesserung. Falls unser Vorschlag auf Erhöhung des Minimalgehaltes und Wegfall des Probejahres seitens der Parteien akzeptiert würde, solle die Fraktion für die so gestaltete Vorlage stimmen.[6]) Die Fraktion stimmt dem Vorschlag zu, ebenso dem, der Zulage für die elsaß-lothringischen Reichseisenbahnbeamten die Zustimmung zu erteilen.

Bebel

[1]) Im Or. folgt das gestrichene Wort „gemeinsame".

[2]) Vgl. Nr. 322 Anm. 2.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 940.

[4]) Vgl. Nr. 322 Anm. 3.

[5]) S. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 952.

[6]) Die interfraktionellen Besprechungen führten am 25. 4. 1913 zur Einbringung eines gemeinsamen Gesetzentwurfes; s. Sten. Berichte Bd. 302 (Anlagen) Nr. 972.

324.

27. 5. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Von den im Obergeschoß neu einzurichtenden Abgeordnetenzimmern sollen nach einer Mitteilung des Bürodirektors 27 auf unsere Fraktion treffen. Es soll eine

Liste der Reflektanten aufgestellt und dann [sollen] die einzelnen Zimmer verteilt werden.

Als Redner werden bestimmt für die Gesetzentwürfe:

Übertragung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen auf die Schutzgebiete: *Noske;*
Abkommen über die Wechselordnung: *Landsberg;*
Entschädigung der Schöffen und Geschworenen: *Peus;*
Spionage:[1]) *Stadthagen* und *Haase;*

Interpellation über die elsaß-lothringischen Ausnahmebestimmungen:[2]) *Emmel* und *Weill;* diese sollen auch in Betracht kommen, wenn die Besprechung der Interpellation durch die Beratung des Gesetzentwurfes ersetzt wird.

In der Budgetkommission sollen bezüglich der Heeres- und Deckungsvorlagen unsere Genossen zunächst für die zweite Lesung der Heeres- und Hinausschiebung der Deckungsvorlage eintreten.[3])

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 301 und 302 (Anlagen) Nr. 899, 996, 997, 1003.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 302 (Anlagen) Nr. 1000.

[3]) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1913, schriftlicher Bericht der Reichstagsfraktion, S. 150 f.: „Die sozialdemokratische Fraktion gab den Ausschlag, ob zunächst die Beratung der Wehrvorlagen in beiden Lesungen vorgenommen werden, oder ob nach der ersten Lesung der Wehrvorlagen zunächst die erste Lesung der Deckungsvorlagen erfolgen sollte. Die Fraktion war sich darüber einig, daß es sich hierbei lediglich um eine taktische Entscheidung handelte. In den Beratungen der Fraktion standen sich zwei Meinungen gegenüber.

Von der einen Seite wurde geltend gemacht, daß uns unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus daran hindern müsse, durch Zustimmung zur sofortigen Beratung der Wehrvorlage in zweiter Lesung die Verabschiedung dieser Vorlagen in irgendeiner Weise zu beschleunigen. Würden wir mit den Konservativen und dem Zentrum gegen die Weiterberatung der Wehrvorlagen stimmen, so würden wir dadurch die Schwierigkeiten auf bürgerlicher Seite erhöhen, damit auch die Verabschiedung der Wehrvorlagen erschweren und, falls über die Deckungsvorlagen keine Einigung zustande kommt, die Möglichkeit einer Auflösung schaffen.

Von der Gegenseite wurde dagegen erklärt, daß unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus bei der Entscheidung dieser rein taktischen Frage nicht mitspreche. Die Wehrvorlagen würden auf jeden Fall im Reichstage eine Mehrheit finden, auch die Fortschrittler und die Nationalliberalen würden Mann für Mann dafür stimmen. Würde die Verkuppelung der Wehr- und Deckungsvorlagen im Sinne der Konservativen und des Zentrums beschlossen, so würden darunter nicht die Wehrforderungen, wohl aber die Deckungsvorschläge leiden. Die bürgerliche Linke, besonders die Nationalliberalen, würden im Interesse der Wehrforderungen schnell mürbe werden und in der Deckungsfrage den konservativen Wünschen nachgeben. Das könnten wir leichter verhindern, wenn wir bewirkten, daß die Deckungsgesetze, wenn auch in zeitlicher Nachbarschaft, so doch in der parlamentarischen Erledigung formell und völlig getrennt von den Wehrvorlagen und erst nach ihnen beraten würden. Gerade dadurch würden auf bürgerlicher Seite die Schwierigkeiten für die Verabschiedung der Vorlage wachsen. Außerdem würde bei der Verquickung beider Vorlagen in der Kommission das Plenum nichts zu tun haben, während es im anderen Falle ausgiebig die Wehrvorlagen beraten könne. Würden aber beide Vorlagen erst später gleichzeitig an das Plenum gelangen, werde die Beratung der Vorlagen überstürzt und zur Kritik des Militarismus keine Zeit gelassen werden.

Die Fraktion hat sich mit großer Mehrheit auf diesen letzteren Standpunkt gestellt und dadurch nach der Beendigung der ersten Lesung der Wehrvorlagen bewirkt, daß sogleich mit der zweiten Lesung der Wehrvorlagen in der Kommission begonnen werden konnte."

Über eine Resolution des 1. Stuttgarter Wahlkreises gegen das Verhalten der Fraktion bei der Beratung der Heeresvorlage soll erst nach Vorliegen eines authentischen Berichtes über die Versammlung und des genauen Wortlautes der Resolution eventuell beraten werden. Bis jetzt liegt nur der Bericht des *Berliner Tageblattes* vor.[4])

Bebel

[4]) Vgl. Nr. 325.

325.

30. 5. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Der Vorsitzende konstatiert, daß der in der *Schwäbischen Tagwacht* veröffentlichte Wortlaut der Resolution gegen das Verhalten der Fraktion bei der Beratung der Heeresvorlage mit dem im *Berliner Tageblatt* veröffentlichten übereinstimme. Das Wort wird weiter nicht verlangt.

Die Fraktion beschließt, gegen das Staatsangehörigkeitsgesetz[1]) zu stimmen, da unsere Hauptanträge abgelehnt seien.

In der Frage des Wehrbeitrages werden die einzelnen Vorschläge aus der Budgetkommission besprochen, Beschlüsse jedoch nicht gefaßt, den Kommissionsmitgliedern jedoch mit auf den Weg die Richtlinie gegeben, die Einkommenshöhe[2]) ohne Vermögen auf 5000.— Mk., mit Vermögen von 30,000 Mark auf 3000 Mk. festzusetzen, doch sollen die gestellten Anträge als für die Fraktion nicht bindend hingestellt werden.

Haase

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 298 (Anlagen) Nr. 6.

[2]) Zur Staffelung der Steuersätze und Festsetzung der Grenze der Steuerfreiheit s. Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 165 f.

326.

2. 6. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Bei der Beratung der Heeresvorlage im Plenum[1]) sollen Anträge zu allen Materien, die sich dafür eignen, eingebracht werden, z. B. zur Frage des Militär-

[1]) Die zweite Beratung der Heeresvorlage — Entwurf über Friedenspräsenzstärke, Drucksache Nr. 869, vgl. Nr. 320 Anm. 1 — begann am 10. 6. 1913.

boykottes, der Abschaffung der Garde, der Verwendung von Soldaten für nichtmilitärische Zwecke[;] ebenso wird mit Majorität beschlossen, einen Antrag auf Herabsetzung der Dienstzeit auf 1 Jahr und ablehnenden Falles auf Aufhebung des Einjährigfreiwilligen-Privilegs einzubringen.[2])

Als Redner kommen in erster Linie die Mitglieder der Kommission[3]) in Frage, doch sollen auch die anderen Mitglieder der Fraktion sich nach Möglichkeit an der Debatte beteiligen. Bei § 1, der zu einer Art Generaldebatte führen wird, soll *Noske* die militärische Seite, *Ledebour* die auswärtige Politik behandeln, *Haase* als 3. Redner eintreten. Ferner soll die Fraktion dafür eintreten, daß die Resolutionen[4]) im Zusammenhange mit den Anträgen zur Debatte gestellt werden.

Haase

[2]) S. die Abänderungsanträge; Sten. Berichte Bd. 302 (Anlagen) Nr. 1036—1038.

[3]) Der Budgetkommission, s. a. Nr. 327.

[4]) Welche Resolutionen gemeint sind, konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise sollte hier überhaupt keine spezielle Resolution, sondern das Resolutionsverfahren zur Debatte gestellt werden, vgl. dazu die Äußerungen von *Lensch* vom 18. Juni und seine Kritik, „auf welche Weise Resolutionen von der Regierung behandelt werden". Dies hatte die Fraktion auch veranlaßt, zu der Frage der Garden einen Antrag einzubringen und sich nicht mit einer Resolution zu begnügen; s. Sten. Berichte Bd. 290 S. 5574. De facto ging es der SPD darum, eine möglichst ausgedehnte Debatte über das Militärwesen zu erzwingen, wozu die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Anträge bessere Gelegenheit gab als die der Resolutionen. Zur taktischen Behandlung der Wehrvorlagen vgl. Nr. 324 Anm. 3.

327.

9. 6. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Eine Berichterstattung über die Wehrvorlage seitens der Kommissionsmitglieder ist unmöglich, da eine Zusammenstellung der Beschlüsse noch nicht vorliegt.[1]) Es soll darauf gedrungen werden, daß diese Zusammenstellung[2]) an sämtliche Mitglieder des Reichstags, nicht bloß an die Kommissionsmitglieder erfolge. Nach der Verschlechterung der Regierungsvorlage in bezug auf die Heranziehung der landwirtschaftlichen Betriebe mit nur dem Zwanzigfachen des Ertrages, während jene sogar das 25fache des Ertrages als Kapitalisierungssumme in Aus-

[1]) Gemeint ist die Zusammenstellung der Kommissionsbeschlüsse über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag, die erst am 24. 6. 1913 veröffentlicht wurde; s. Sten. Berichte Bd. 302 (Anlagen) Nr. 1083.

[2]) Im Or. verbessert aus „Zusammenfassung".

sicht genommen hatte[3]), entstehe die Frage, ob die Fraktion nicht zur Ablehnung des Wehrbeitrages kommen müsse. Die Fraktion beschließt, darüber Mittwoch-vormittag[4]) 10 Uhr zu beraten.

Die Anträge zur Heeresvorlage[5]) werden beraten und zwecks Ergänzung hinsichtlich der in der Debatte geltend gemachten Gesichtspunkte und zwecks evtl. präzisierterer Form der Kommission zur redaktionellen Umarbeitung überwiesen.

Die Einbringung einer von *Schulz* vorgeschlagenen Resolution betreffs besserer geistiger und körperlicher Ausbildung der Jugend, von *Stadthagen* betreffend die Verbote des Turnunterrichts an die Arbeiterjugend, von *Quarck* bezüglich das Aushebungsgeschäft, von *Liebknecht* betreffs des Haager Schiedsgericht und die Vorlage eines Gesetzentwurfes der Regierung auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage werden abgelehnt.

Haase

[3]) Zur Feststellung des einmalig zu besteuernden Ertragswertes für dauernd landwirtschaftlich genutzte Grundstücke wurde in der Kommissionsvorlage, s. Anm. 1, das Zwanzigfache des jährlichen Reinertrages vorgeschlagen.

[4]) Dem 11. 6. 1913; s. Nr. 328.

[5]) Vgl. Nr. 326.

328.

11. 6. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Eine Interpellation betreffs [Störung][1]) streikender Arbeiter durch Arbeitswillige einzubringen, wird zur Zeit abgelehnt.

Hoch berichtet über die Gestaltung der Novelle betreffend die Konkurrenzklausel[2]) in der Kommission und empfiehlt Zustimmung der Fraktion, trotzdem einzelne Verbesserungen, die in der ersten Lesung ermöglicht worden seien, in zweiter Lesung nicht mehr aufrechterhalten werden könnten. Aber die Gesamtsumme der erreichten Vorteile über die gegenwärtige Gesetzeslage sei so groß, daß die Annahme des Gesetzentwurfes sich empfehle. Die Fraktion stimmt zu.

Wurm berichtet über die Wehrbeitrags-Vorlage-Gestaltung in der Kommission.

[1]) Im Or.: „Tötung". Erörtert wurde möglicherweise die „Verwendung der Armee als Gewaltwerkzeug im wirtschaftlichen und politischen Kampf", d. h. der Einsatz des Militärs gegen Streikposten. *Liebknecht* nahm in seiner Rede vom 20. 6. 1913 vor dem Plenum auf die 5 Todesfälle während des Ruhrstreiks von 1889 Bezug; s. Sten. Berichte Bd. 290 S. 5661.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 575.

Als Redner zur Heeresvorlage werden bestimmt zu den einzelnen Anträgen[3]):

1. betreffend Dienstzeit: *Gradnauer*, *Schöpflin*, *Schulz*
2. „ Burschenverwendung: *Schöpflin*, *Stücklen*
3. „ Garde: [...][4]) *Lensch*, *Schöpflin*
4. „ Sicherung der Gesinnungsfreiheit: *Wendel*, *Vogtherr*, *Bernstein*
5. „ M[ilitär]-Boykott: *Frank*, *Peirotes*, *Zubeil*, *Haase*
6. „ Beförderung: *Heine*, *Schöpflin*, *Schulz*
7. „ Verwendung zu nichtmilitärischen Zwecken: *Heine*, *Liebknecht*
8. „ Auskunfterteilung über politische Gesinnung: *Giebel*
10. betr. Abänderung des Militärstrafgesetzes *Frank* (für mildernde Umstände), *Stücklen* und *Peus* (Abschaffung des strengen Arrestes), *Stadthagen* (für Beschwerderecht und Widerstandsrecht).

Zur Resolution Nr. 1035 (betr. Jugendturnunterricht) soll ein Amendement eingebracht werden auf Aufhebung aller landesrechtlichen Verordnungen gegen den Turnunterricht an die arbeitende Jugend, das von *Stadthagen* begründet werden soll.[5])

Haase

[3]) S. Nr. 326 Anm. 2.

[4]) Lücke im Or. — In der Debatte über die Garden — die SPD forderte, daß die Unterscheidung des Gardekorps von den übrigen Truppenteilen aufgehoben werden solle — nahm *Zubeil* als 3. Redner seiner Fraktion am 18. 6. 1913 das Wort; s. Sten. Berichte Bd. 290 S. 5603.

[5]) Ein solcher Antrag wurde nicht eingebracht.

329.

18. 6. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Als Redner in der 3. Lesung der Heeresvorlage[1]) wird *Scheidemann* bestimmt.

Die Fraktion beschließt, gegen die Erhöhung des Reichskriegsschatzes zu stimmen und diesen Beschluß schon jetzt zu veröffentlichen.[2])

Ein Antrag, das Referat über die Änderungen im Finanzwesen dem Genossen *Südekum* abzunehmen, wird zurückgezogen.[3])

Beim Konkurrenzklausel-Gesetz[4]) soll die Kommission auf den früheren Bedingungen (Mk. 2000,— Grenze etc.) bestehen bleiben.

Haase

[1]) Die dritte Beratung der Wehr- und Deckungsvorlagen fand am 28. bzw. 30. 6. statt.

[2]) Veröffentlichung konnte nicht nachgewiesen werden.

[3]) *Südekum* war als Referent für die Steuerfrage für den Parteitag in Jena vorgesehen; vgl. hierzu die stenographischen Konzepte für Briefe an *David* und *Frank* in Nachlaß Südekum Nr. 176 S. 45—48; s. a. Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 450—475.

[4]) S. Nr. 328 Anm. 2.

330.

25. 6. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.[1])

Molkenbuhr widmet dem verstorbenen Kollegen *Kaden*, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von den Plätzen erheben, in einem warmen Nachruf herzliche Worte der Anerkennung; wir alle haben den Verstorbenen schätzen gelernt, und wenn die Partei einen Posten zu besetzen hatte, der offenen und festen Charakter erforderte, dann berief sie ihn.[2])

In die Kommission zur Feststellung der Zustände in der Rüstungs-Industrie[3]) hat die Regierung als Mitglieder aus unsrer Fraktion die Kollegen *Noske* und *Südekum* in Aussicht genommen; die Fraktion ist, nachdem auch **Südekum** sofort seine Ablehnung ausgesprochen, einhellig der Auffassung, neben *Noske* den Genossen *Liebknecht* zu benennen.

Auf der Berner Friedenskonferenz[4]) wurde der dort bestellte Vorstand mit dem Rechte der Kooptation ausgestattet; die französische Delegation hat nur 21 Parlamentarier jenem Vorstand beigesellt und den Wunsch ausgedrückt, daß deutscherseits die gleiche Zahl ernannt werde; die Freisinnigen werden 4—5 ihrer Mitglieder delegieren, die Nationalliberalen und das Zentrum haben ihren Mit-

[1]) Im Or. „26. 6. 1913"; nach dem *Vorwärts*, 27. 6. 1913, fand die Fraktionssitzung schon am 25. 6. statt.

[2]) *August Kaden* war am 21. 6. gestorben; s. Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 50; an seine Stelle wurde, s. unten, *Ledebour* in den Fraktionsvorstand gewählt. Vgl. dazu auch den *Vorwärts* vom 27. 6. 1913.

[3]) *Erzberger* hatte den Antrag gestellt, eine Untersuchungskommission für die Rüstungslieferungen entsprechend dem Vorbild der „Landkommission für Südwestafrika" einzusetzen. Sein Antrag wurde als Kommissionsantrag im Plenum am 23. 4. 1913 eingebracht, s. Sten. Berichte Bd. 301 (Anlagen) Nr. 945. Die SPD-Fraktion stellte den Gegenantrag, die Kommission mit den Rechten eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses auszustatten, d. h. nur Reichstagsmitglieder zu bestellen und dem Ausschuß das Recht zur Zeugen- und Sachverständigenvernehmung sowie zur Akteneinsicht zuzubilligen; a.a.O. Nr. 949. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages wurde ein Alternativantrag eingebracht, nach dem die Untersuchungskommission sich zu zwei Dritteln aus Reichstagsmitgliedern zusammensetzen solle. Außerdem sollten die Fraktionen „nach den für Beratungskommissionen maßgebenden Regeln" das Recht erhalten, Mitglieder ihrer Wahl zu delegieren, wohingegen bei dem Verfahren der von *Erzberger* vorgeschlagenen gemischten Kommission die Mitglieder in Übereinstimmung von Fraktionen und Reichsleitung ernannt werden sollten, a.a.O. Nr. 951. Beide SPD-Anträge wurden abgelehnt, der Kommissionsantrag hingegen angenommen. Im Juni verhandelte der Staatssekretär des Innern mit den Parteien über die Zusammensetzung der Kommission, vgl. Sten. Berichte Bd. 290 S. 5831. Zum Streit um die Mitgliedschaft *Liebknechts* s. Nr. 331 Anm. 1, Nr. 332 und Nr. 333. Zum Gegenstand der Untersuchung sowie zur verfassungsrechtlichen Problematik der Ausschüsse vgl. Sten. Berichte Bd. 289 S. 5045—5060; s. a. Winfried Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 17), Düsseldorf 1960 S. 66 f.

[4]) S. Nr. 322 Anm. 2.

gliedern den Beitritt freigestellt. Seitens der Fraktion werden neben *Haase* noch *Bebel*, *David*, *Frank*, *Ledebour*, *Scheidemann* und *Weill* ernannt.

Die Fraktion lehnt es ab, heute die Frage des Massenstreiks[5]) zu diskutieren.

Anstelle des Kollegen *Kaden* wird in den Fraktionsvorstand *Ledebour* mit 51 gegen 40 Stimmen (auf *Bauer*) gewählt, nachdem vorher ein Wahlgang bei Stimmengleichheit (47 Stimmen für *Brühne* und 47 Stimmen für *Ledebour*, 1 weißer Stimmzettel) unentschieden geblieben war.

Weiter wird beschlossen, daß angesichts der langen Parlamentstagung die letzte Rate zur Abführung an die Fraktionskasse erlassen werde. Die Frage der Stellungnahme der Fraktion zu der 3. Lesung der Deckungsvorlagen wird nach langer Debatte dahin entschieden:

Einstimmig ist die Fraktion in der Verwerfung des Stempelgesetzes und des Gesetzes über das Finanzwesen (mit Kriegsschatz-Verdopplung, Beibehaltung der Zuckersteuer etc.).[6])

Mit 52 gegen 37, bei 96 Abstimmenden, Stimmen wird beschlossen, für den Wehrbeitrag und die Besitzsteuervorlage zu stimmen; damit ist der Antrag auf Enthaltung gegenstandslos geworden.

Der Standpunkt der Fraktion soll in einer noch festzustellenden Erklärung[6]) vorgelegt werden.

Die Regierung fragt an, ob der seinerzeit vom Fraktionsredner *Stücklen* vertretene Standpunkt der Fraktion bezüglich Ankauf des Grundstücks in der Wilhelmstraße[7]) heute noch von der Fraktion innegehalten werde, wenn die Räume nicht für das Militärkabinett zur Verwendung kommen. Die Fraktion stimmt zu unter der Voraussetzung, daß das Militärkabinett nicht in Frage komme und daß kein höherer Preis als der frühere angelegt werde.

Gegen die 3. Lesung der Deckungsvorlage am Sonnabend[8]) soll seitens der Fraktion Widerspruch erhoben werden, um zu verhüten, daß diese wichtige Vorlage im Schnellzugstempo erledigt werde und auch die Ausführungen unseres Redners bei der 3. Lesung der Wehrvorlage in der allgemeinen Unruhe bei solcher, der Sache unwürdigen Hetze wirkungslos verhallen.

Haase

[5]) Der Massenstreik war das Hauptthema des für den 14. 9. 1913 nach Jena einberufenen Parteitages; s. Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 281—338.

[6]) Für die 3. Beratung sowie die Gesamtabstimmungen aller Militär- und Deckungsvorlagen vgl. die Protokolle der Plenarsitzungen vom 28. und 30. 6. 1913 in Sten. Berichte Bd. 290 S. 5894—5993. S. a. Nr. 331 Anm. 2.

[7]) Ohne Zustimmung des Reichstages war für die Dienstwohnung des Chefs des Militärkabinetts der Ankauf eines Grundstücks eingeleitet worden und alte Dienstgebäude wurden verkauft. Für die Komplikationen, die sich ergaben, als der Haushaltsausschuß diese Transaktionen stoppte, vgl. Sten. Berichte Bd. 289 S. 5182 f.

[8]) 28. 6. 1913; die Deckungsvorlagen kamen jedoch erst am Montag, dem 30. 6. 1913, zur Verhandlung; vgl. auch Anm. 6.

331.

27. 6. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Haase teilt mit, daß die Regierungsvertreter ihm vertraulich mitgeteilt [haben], die Regierung werde *Liebknecht* nicht in die Rüstungskommission einberufen; **Haase** fügte bei, er habe natürlich sofort geantwortet, daß das zu einem Konflikte führen werde.

Es wurde angeregt, *Noske* solle auf alle Fälle in die erste Sitzung der Kommission gehen und falls *Liebknecht* von der Regierung wirklich nicht einberufen werden sollte, diese unter Protest verlassen. Nachdem *Noske* sich für diese Stellungnahme erklärte und aus der Fraktion kein Widerspruch sich ergab, erübrigte sich eine Abstimmung.[1])

Aus der Fraktion wurde beantragt, über die Stellung zur Wehrsteuer und zu den Besitzsteuern nochmals zu beraten; durch Übergang zur Tagesordnung lehnte die Fraktion mit 52 gegen 41 Stimmen eine nochmalige Beratung[2]) ab.

Die Frage der Einzel-Enthaltung in Form der Abwesenheit bei der Abstimmung wird wie bisher für zulässig erklärt; unzulässig dagegen erscheint der Fraktion die Enthaltung in solchem Umfange, daß sie den Anschein der Demonstration gewinnt.

Haase

[1]) S. Nr. 330 Anm. 3, sowie Nr. 332, 333.

[2]) Vgl. den sich wahrscheinlich auf diese Fraktionssitzung beziehenden Hinweis in Nachlaß Molkenbuhr, Tagebuch II, 30. 6. 1913: „In der Fraktion war großer Streit darüber, ob wir den Wehrbeitrag und die Vermögenszuwachssteuer annehmen oder ablehnen sollen. Der alten Tradition würde es entsprechen, Nein zu sagen. Aber Ablehnung des Wehrbeitrages und der Zuwachssteuer bringt die Heeresvorlage nicht zu Fall. Fallen die Steuern, dann wird eine Steuer ohne uns [...] gemacht."

332.

13. 11. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Anstelle des durch Krankheit verhinderten Kollegen *Haase* eröffnet **Molkenbuhr** die außerordentliche Sitzung mit herzlichen Worten auf das Andenken unseres verstorbenen Vorsitzenden *August Bebel*[1]) und heißt dann die neugewählten

[1]) *Bebel* war am 13. 8. in Passug bei Chur (Schweiz) gestorben. Zur Neuwahl des Fraktionsvorstandes vgl. Nr. 335 und 336.

Fraktionsmitglieder *Buck*, *Ewald* und *Stolten*[2]) willkommen. Er teilt mit, daß dem Fraktionsvorstand die Frage der Nichteinberufung *Liebknechts* in die sogenannte Rüstungskommission[3]), obgleich die Fraktion in der auf Ersuchen der Regierung veranstalteten Rundfrage nahezu einstimmig die Kandidatur *Liebknecht* aufrechterhalten habe, so wichtig erschienen sei, daß er sie der Gesamtfraktion zur Entscheidung unterbreiten wolle. Dann gab er eine Darstellung der Verhandlungen, welche der Direktor *Lewald* vom R[eichsamt] d[es] I[nnern] mit *Haase* über die Frage der Berufung *Liebknechts* gepflogen habe, wie auf *Haases* glatte Ablehnung, einen anderen Fraktionsgenossen zu delegieren, der Vorschlag, *Liebknecht* als „Sachverständigen" zuzuziehen, erfolgt und gleichfalls abgelehnt worden sei; schließlich habe man auf Ersuchen der Regierung die Umfrage veranstaltet[4]) und deren Resultat Herrn *Lewald* mitgeteilt. Darauf erhielt der Fraktionsvorstand keinen weiteren Bescheid. Als dann die offiziösen Preßmitteilungen erfolgten und die Regierung an die Öffentlichkeit trat, stellte *Ebert* an das R[eichsamt] d[es] I[nnern] die direkte Frage, ob *Liebknecht* als Mitglied geladen werde, worauf die ablehnende Erklärung der Regierung erfolgte.

Noske erklärte, er habe auf die Einladung des R[eichsamts] d[es] I[nnern] zustimmend geantwortet, da er von der Nichtberufung *Liebknechts* keine Kenntnis hatte. Die Fraktion erklärte sich einstimmig mit *Noskes* Antwort einverstanden.

Auf eine Anregung, in die Kommission anstelle *Liebknechts* ein anderes Mitglied zu entsenden und *Liebknecht* als „Sachverständigen" an der Kommission teil-

[2]) *Buck* und *Stolten* waren in den Nachwahlen für die verstorbenen Abgeordneten *Kaden* und *Bebel* gewählt worden.

[3]) Vgl. Nr. 330 und 331.

[4]) Das in der Frage der Kommission für Rüstungslieferungen federführende Reichsamt des Innern hatte sich im September 1913 schriftlich an den Fraktionsvorstand mit der Bitte gewandt, die Abgeordneten *Noske* und *Südekum* in die Kommission zu delegieren, *Liebknecht* hingegen nur als Sachverständigen zuzuziehen. Der Fraktionsvorstand antwortete, *Delbrück* habe in der Plenarsitzung vom 23. 4. 1913 im Namen des Kanzlers erklärt, vgl. Sten. Berichte Bd. 289 S. 5047, daß „die Wünsche der Parteien Berücksichtigung finden sollten"; mit der Zuziehung *Liebknechts* als Sachverständigen könne er sich nicht begnügen. Hierauf wurden im Oktober erst *Ebert*, der die Einladung ablehnte, dann *Haase* und *Liebknecht* in das Reichsamt des Innern zu Besprechungen gebeten. In der Besprechung, die am 15. 10. stattfand, versuchte man, *Liebknecht* zu einem freiwilligen Verzicht auf die Kommissionsmitgliedschaft zu bewegen. Weil er als „Ankläger" in der Sache eine „besonders prononcierte Stellung" eingenommen habe, sei er „interessierte Partei", wo doch die Kommission quasi „richterliche" Funktionen auszuüben habe. Aus diesen Gründen sei auch Vertretern der Rüstungsindustrie die Mitgliedschaft verweigert worden. *Haase* und *Liebknecht* entgegneten, daß die Kommission eher als „aufklärende und ermittelnde" denn als richterliche anzusehen sei, daß weiter *Erzberger*, den das Zentrum delegiert hatte, dann auch als „befangen" angesehen werden müsse. Die „Sachverständigen"-Lösung wiesen sie zurück. Nachdem die Vertreter des Reichsamts betont hatten, daß der Reichskanzler sich bestimmte Personen nicht aufzwingen lassen werde — ein Standpunkt, den in gleicher Weise die SPD-Vertreter für ihre Fraktion bezogen —, wandte sich *Haase* auf Ersuchen des Reichsamtes in einem Rundschreiben an die Fraktionsmitglieder mit der Frage, ob sie *Liebknecht* durch ein anderes Mitglied der Fraktion ersetzt sehen wollten und wen sie evtl. als Ersatz vorschlügen; Rundschreiben *Haases* an alle Fraktionsmitglieder vom 20. 10. 1913, Nachlaß Bernstein D 236.

nehmen zu lassen, erklärte sich die Fraktion gegen 11 Stimmen für Nichtbeteiligung der Fraktion an der Rüstungskommission, weil das Verhalten der Regierung eine brüske Verletzung der Fraktion und eine Verkürzung der parlamentarischen Rechte in sich schließe.

Zur Frage der Teilnahme *Liebknechts* als Sachverständiger beschließt die Fraktion nach dem Antrage **Robert Schmidt:**

dem Genossen *Liebknecht* zu empfehlen, die Vernehmung als Sachverständiger vor der Kommission abzulehnen.

Die Fraktion stimmte weiter dem Wortlaute der Erklärung zu, womit *Noske* sein Ausscheiden aus der [Kommission] nach *Liebknechts* Nichteinberufung dem Staatssekretär *Dr. Delbrück* anzeigt[5]) und beschloß endlich, sofort nach Wiederzusammentritt des Reichstags eine Interpellation[6]) darüber einzubringen. Als Redner hierzu werden *Ledebour* und *Noske* bestimmt.

Die Frage über das Verhalten der Fraktion bei höfischen Akten im Reichstag[7]) soll in einer späteren Sitzung[8]) erörtert werden.

Haase

[5]) *Noske* sandte noch am gleichen Tage, um seinen Rücktritt aus der Kommission anzukünden, ein Schreiben an Staatssekretär *Delbrück;* abgedruckt im *Vorwärts* vom 14. 11. 1913; hier ebenfalls veröffentlicht ein im Namen der Fraktion von *Molkenbuhr* an *Delbrück* gerichtetes Schreiben gleichen Datums.

[6]) S. Nr. 333 Anm. 1.

[7]) Am 14. 6. 1913 hatte der Reichstag zu Beginn der Plenarsitzung dem Kaiser anläßlich dessen 25. Regierungsjubiläums eine Huldigung entgegengebracht. Die SPD-Fraktion blieb diesem Akt fern. Sie wurde danach insofern „überfahren", als das Plenum, nach Dittmann, Erinnerungen (Manuskript), entgegen einer vorhergehenden Vereinbarung im Seniorenkonvent, ihre Abwesenheit ausnutzte, um sich zu vertagen. Die Fraktion wurde deswegen auf dem Parteitag kritisiert; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1913 S. 347 f.

[8]) S. Nr. 339.

333.

25. 11. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Der Wortlaut der Interpellation betreffend die Vorkommnisse in Zabern wird festgesetzt; als Redner werden bestimmt *Peirotes*, *Emmel*, Dr. *Weill*; ebenso wird festgestellt der Wortlaut der Interpellation betreffs Nichtberufung Liebknechts in die sogenannte Rüstungskommission.
Quarck regt an, zwei Anträge vorzubereiten auf

a) Änderung der Lieferungsverhältnisse mit Krupp;

b) Beseitigung der Rechtlosigkeit des Reichstags bei Einsetzung parlamentarischer Untersuchungskommissionen.[1])

Die vom Fraktionsvorstand in Aussicht genommenen Redner zur Arbeitslosen-Interpellation[2]), *Silberschmidt*, *Brandes*, *Molkenbuhr*, werden von der Fraktion akzeptiert; evtl. sollen noch *Simon* und *Hüttmann* sprechen.

Als Etatsredner werden bestimmt *Scheidemann* mit 52, *David* mit 74, *Hoch* mit 80 und *Dr. Frank* mit 64 Stimmen; *Dittmann* erhält 47 Stimmen. Falls im Laufe der Debatte die Braunschweiger Thronfolge-Frage angeschnitten würde, soll *Blos* als Vertreter der Stadt Braunschweig Gelegenheit zum Reden erhalten.[3]) Über die Reihenfolge sollen die Redner sich untereinander verständigen. Die Grundzüge ihrer Reden sollen die Etatsredner vorher in der Fraktion darlegen. Die beschleunigte Prüfung der Frage, welche sozialen Resolutionen zum Etat eingebracht werden sollen, wird dem Sozialen Ausschuß[4]) übertragen, besonders auch die Frage, ob die positiven Forderungen der Partei zum Schutz und Ausbau des Koalitionsrechtes in einem besonderen Antrag zusammengefaßt werden sollen.

Zum Sonntagsruhe-Gesetzentwurf[5]) wird *Quarck* als Redner bestimmt.

Zum Jugendgerichts-Gesetz sollen die Kommissionsmitglieder möglichst bald ihre Vorschläge für die Redner bringen, ebenso die Kommissionsmitglieder aus der Konkurrenz-Klausel-Kommission.

Zum Postscheckgesetz werden *Ebert* und *Vogtherr* als Redner gewählt.[6])

Für den anstelle des verstorbenen Genossen *Zietsch* neuzuwählenden Fraktionssekretär (mit dessen Vertretung inzwischen Kollege *Davidsohn* vom Fraktionsvorstand betraut worden war) sollen evtl. Vorschläge bis zur nächsten Sitzung beim Fraktionsvorstand eingereicht werden. Ebenso soll die Frage, ob der Fraktionssekretär Fraktionsmitglied sein dürfe, nochmals der Fraktion in der nächsten Sitzung unterbreitet werden.[7])

Auch die Ernennung des Fraktionsberichterstatters am nächsten Parteitag soll zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden.

Die Fraktion stimmt den Kleinen Anfragen *Bock* betreffs Einschränkung des Waffenhandels und *Herzfeld* betreffs englisch-amerikanischen Tabaktrust zu.[8])

[1]) S. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1190, 1191.
[2]) S. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1184.
[3]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 291 S. 6434—6436.
[4]) Fraktionsausschuß.
[5]) S. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1176.
[6]) Vgl. die Vorlagen, Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 576, 575, 587.
[7]) Vgl. Nr. 337, 338.
[8]) S. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1192, 1193.

Zubeil legt das Amt als Einlaßkarten[9])-Verwalter nieder; *Ewald* übernimmt dasselbe.

Simon regt die Entschädigung der Teilnehmer an der außerordentlichen Fraktions-Sitzung vom 13. November an; die Frage wird dem Fraktionsvorstande überwiesen.

Landsberg macht auf den Ablauf des „Zollrückvergütungs-Gesetzes zur Erleichterung der Fleischeinfuhr" am 1. April 1914 aufmerksam. Die Frage soll der Berliner Stadtverordneten-Fraktion zur Äußerung überwiesen werden.

Der Fraktionsvorstand wird beauftragt, mit dem Direktor des Reichstages Rücksprache zu nehmen, daß das Zimmer 15 der Fraktion wieder zur allgemeinen Benutzung zur Verfügung gestellt werde.

Haase

[9]) Gemeint sind wahrscheinlich die der Fraktion von der Reichstagsverwaltung zugeteilten Einlaßkarten für die Tribünen des Plenarsaales.

334.

28. 11. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Nach Kenntnisnahme von Mitteilungen, die *Haase* vom Reichsschatzamte erhalten, beschließt die Fraktion einstimmig, sich gegen Vorlegung einer Leuchtmittelersatz-Steuer zu wenden und die Beseitigung der Zündholzsteuer zu erreichen zu suchen. Unabhängig von beiden Projekten soll in einer Resolution die Schadloshaltung der Zündholzarbeiter gefordert werden.[1])

Die Etatsredner **Scheidemann** und **Hoch** legen die Grundzüge ihrer Ausführungen der Fraktion vor; *David* wird in erster Linie gegen die bürgerlichen Redner polemisieren müssen, kann also vorerst keine Darlegungen machen. *Frank* ist noch nicht in Berlin und soll daher in nächster Sitzung sich äußern.

Im Falle der Verhinderung soll ein von der Fraktion bestimmter Redner nur im Einvernehmen mit dem Fraktionsvorstand seine Stelle einem anderen Fraktionsgenossen übertragen.

Zwei Kleine Anfragen *Dr. Quarck* und *Feldmann* betr. Heranziehung der Arbeiterorganisationen zur Vorberatung der Handelsverträge und betr. Maul- und Klauenseuche-Entschädigung werden von der Fraktion genehmigt.

Haase

[1]) Eine Novelle zum Zündwarensteuergesetz wurde in der XIII. Legislaturperiode, 1. Session, nicht eingebracht.

335.

2. 12. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Anstelle *Bebels* soll *Haase* Vorsitzender der 3. Abteilung werden. Eine Kleine Anfrage *Antricks* findet nicht die Zustimmung der Fraktion. In die Wohnungskommission werden *Cohn* und *Göhre* entsandt.

Die Entschädigung für die Teilnehmer an der außerordentlichen Fraktionssitzung wegen Stellungnahme zur sogenannten Rüstungskommission soll nach dem Grundsatze erfolgen, daß Ersatz für Verlust geleistet wird.[1])

Zur Zaberner Interpellation soll als zweiter Redner *Weill* sprechen, ihm *Emmel* folgen; auch soll seitens der Fraktion der Antrag auf Mißbilligung eingebracht werden.[2])

Bei der Wahl zum Fraktionsvorstand erhält *Ledebour* 50, *Scheidemann* 49[3]), *Emmel* 1 Stimme bei 2 Stimmenthaltungen; im zweiten Wahlgange *Ledebour* 48, *Scheidemann* 47 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen. Die Frage, ob die zweite Abstimmung als Stichwahl oder Neuwahl aufzufassen sei, erledigt die Fraktion mit dem Beschlusse, in nächster Fraktionssitzung eine Neuwahl vorzunehmen.[4])

Über die Duell-Kommission berichtet **Wendel**; die Fraktion entscheidet sich dahin, daß unsere Mitglieder grundsätzlich dafür einzutreten haben, das Duell nicht als privilegiertes Delikt anzusehen; im übrigen sollen die früheren Fraktionsanträge wieder aufgenommen werden.[5])

Zu der konservativen Interpellation wegen Hinausschiebung des Inkrafttretens der Krankenversicherung für die Landarbeiter[6]) werden *Giebel* und *Bauer* als Redner bestimmt.

Haase

[1]) Vgl. Nr. 333.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 291 S. 6196 f.; s. besonders Abstimmung über SPD-Mißbilligungsantrag.

[3]) Nicht mehr zu erkennende Zahl im Or. verbessert in 49.

[4]) Abweichend hiervon berichtet Dittmann, Erinnerungen, Manuskript, 5. Kap., nur von einem Wahlgang am 2. 12. *Scheidemann* hätte bei der geheimen Abstimmung 48, *Ledebour* 49 und *Emmel* 1 Stimme erhalten. *Frank* protestierte, denn „durch die eine Stimme für *Emmel* habe *Ledebour* nur die Hälfte; aber nicht die Mehrheit der Stimmen erhalten". Man habe dann beschlossen, in einer späteren Fraktionssitzung die Wahl zu wiederholen. — Da die Fraktion keine fixierte Geschäftsordnung hatte, lehnte sich das Wahlverfahren wahrscheinlich an die Vorschrift des Organisationsstatuts, § 14 Abs. 2, an. Dieses sah allerdings für die Wahl zum Parteivorstand nur einen Wahlgang vor, an den sich, falls ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erreicht hatte, eine einfache Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Kandidaten des ersten Wahlgangs anschloß.

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 304 (Anlagen) Nr. 1507.

[6]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1215.

336.

10. 12. 1913: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Bei der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden erhält *Scheidemann* 51, *Ledebour* 48 Stimmen.[1])

In den Seniorenkonvent werden anstelle von *Bebel* und *Dietz*, der seine Stelle niederlegt, *Ledebour* und *Scheidemann* gewählt.

Zum Etat des R[eichsamts] d[es] I[nnern] werden für die 2. Lesung als Generalredner bestimmt: *Robert Schmidt*, *Spiegel*, *Krätzig*, *Erdmann* und *Richard Fischer*. Die Meldungen zu den Einzeltiteln sollen bei *Ebert* erfolgen.

Die Frage des Koalitionsrechtes soll beim Justiz-Etat[2]) im Zusammenhang behandelt werden und *Heine* als Redner fungieren; weitere Redner sollen in einer späteren Sitzung bestimmt werden und die Meldungen zu den Einzeltiteln bei *Ebert* erfolgen.

In den Deutschen Ausschuß des deutsch-französischen Verständigungskomitees wird an *Bebels* Stelle *Bernstein* gewählt; dem Ausschuß gehören aus der Fraktion also an: *Bernstein*, *David*, *Frank*, *Haase*, *Ledebour*, *Scheidemann*, *Weill*.[3])

Eine Interpellation wegen Schaffung einer Verfassung in Mecklenburg soll zu geeigneter Zeit eingebracht werden.[4])

Von Zentrums- und Freisinniger Seite wurde angeregt, unsere Fraktion solle einen Gesetzentwurf zur Arbeitslosenfrage[5]) ausarbeiten. Es soll bei den anderen Fraktion sondiert werden, ob sie einem Antrag zustimmen würden, durch den die Angelegenheit ohne Widerspruch als schleuniger Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte.

Haase

[1]) Dittmann, Erinnerungen, Manuskript 5. Kap., berichtet abweichend hiervon, daß *Scheidemann* 48, *Ledebour* nur 45 Stimmen erhalten habe. Mehrere radikale Fraktionskollegen seien außerdem für diesen Mittwoch von rechtsstehenden Kollegen als Redner zu gleichzeitigen Parteiveranstaltungen verpflichtet und damit der zuvor nicht angekündigten Wahl ferngehalten worden. — Am 11. 12. 1913 meldete der *Vorwärts*, der über den Wahlgang vom 2. 12. — s. Nr. 335 — nicht berichtet hatte: „Die Fraktion wählte in ihrer Sitzung am Mittwoch anstelle des Genossen *Bebel* den Genossen *Scheidemann* zum Fraktionsvorsitzenden."

[2]) Vgl. den Resolutionsantrag zum Etat 1914, Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1285.

[3]) Vgl. Nr. 330.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 304 (Anlagen) Nr. 1545.

[5]) Die SPD-Fraktion brachte keinen Gesetzentwurf, sondern eine Interpellation in dieser Frage ein; s. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1184.

337.

13. 1. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Eine Interpellation über die Straßburger Kriegsgerichts-Verhandlungen gegen Oberst *von Reuter* etc. soll eingebracht werden und *Frank*, *Ledebour* und *Heine* werden als Redner bestimmt.[1])

Die Wahl des Fraktionssekretärs soll in der Sitzung vom 21. Januar erfolgen[2]); vom Fraktionsvorstand wird *Keimling*-Leipzig[3]) zur Wahl vorgeschlagen.

Die Kaiserhoch-Frage soll in der Sitzung vom 28. Januar erörtert werden.[4])

Der Fraktionsvorstand legt eine Koalitionsrecht-Interpellation vor, die — mit 2 Zusätzen — von der Fraktion akzeptiert wird.[5])

Liebknecht beantragt, der Fraktionsvorstand soll eine Preußische Wahlrechts-Interpellation einbringen, findet aber nicht die Zustimmung der Fraktion.

Haase

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1266.

[2]) S. Nr. 338.

[3]) *Alfred Keimling*, geboren 10. 2. 1878, gefallen 1915 an der Ostfront; Redakteur bei der *Leipziger Volkszeitung* von 1907—1914.

[4]) S. Nr. 339.

[5]) Vgl. Nr. 336 Anm. 2.

338.

21. 1. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Scheidemann berichtet über die Bewerbungen für den Posten des Fraktionssekretärs; als Bewerber kommen in Frage *Keimling*-Leipzig und Dr. *Hanauer*[1]) in Brüssel. Der Fraktionsvorstand hat sich nach den eingeholten Erkundigungen für *Keimling* entschieden; derselbe könne aber erst am 1. März die Stelle antreten, evtl. am 15. Februar. Die Fraktion behält den früher eingenommenen Standpunkt bei, daß kein Mitglied der Fraktion als Sekretär in Frage kommen soll, und wählt ohne Widerspruch Genossen *Keimling* als Fraktionssekretär.

[1]) Zur Person *Keimlings* vgl. Nr. 337 Anm. 3; die Personalien *Hanauers* konnten nicht ermittelt werden.

Genosse **Heinrich Schulz** widerspricht der Auffassung bezüglich der Nichtvereinbarkeit der Fraktionszugehörigkeit mit dem Amt als Fraktionssekretär.[2])

Für die zweite Lesung der Einzeletats werden als Redner bestimmt:

Reichs-Versicherungsamt: *Bauer, Feldmann, Hoch*

Gesundheitsamt: *Antrick, Büchner*, evtl. noch *Brey, Jäckel, Spiegel.*

Statistisches Amt: *Rühle, Göhre.*

Kali: *Cohn, Sachse.*

See-Unfall-V[ersicherung]: *Schumann.*

Olympische Spiele: *Rühle, Heine.*

Militär-Etat: *Schulz, Stücklen, Schöpflin;* zu den Einzelpositionen: Eisenbahnwerkstätten: *Böhle;* Bewaffnungsart: *Liebknecht;* Gerichtsbarkeit: *Kunert.*

Marine-Etat: *Noske, Vogtherr, Brandes.*

Kolonial-Etat: *Dittmann, Henke, Noske, Herzfeld.*

Justiz-Etat: *Landsberg, Cohn, Heine, Thiele.*

Schatzamt: *Haase, Molkenbuhr, Stolle.*

Eisenbahnamt: *Hasenzahl, Fischer-Hannover, Stolle.*

Reichs-Eisenbahnen: *Fuchs, Böhle.*

Reichstag: *Giebel, Ledebour.*

(Auf Vorschlag **Scheidemanns** sollen die Redner hierzu der Fraktion vorher über ihre Vorschläge bzw. Ausführung[en] Kenntnis geben; *Ledebour* beabsichtigt bzgl. des Diätengesetzes und die Zusammensetzung parlamentarischer Untersuchungskommission[en] bei diesem Etat Anträge einzubringen, auch darüber wird die Fraktion noch beschließen.[)]

Post-Etat: *Ebert, Zubeil.*

Wanderfürsorge: *Fischer-Dresden, Thöne.*

Reichskanzler (Auswärtiges): *Wendel, Bernstein.* Inneres: *Scheidemann, Gradnauer.*

Anläßlich eines Antrages der Polen bez. des Vereinsgesetzes soll auch die Drangsalierung der Jugend zur Sprache gebracht werden; der Fraktionsvorstand wird mit der Vorbereitung dazu beauftragt.

Südekum regt an, *Liebknecht* soll in einer der nächsten Sitzungen über die dem Herrenhaus vorgelegte Preußische Fideikommiß-Novelle[3]) berichten;

Emmel regt an, die Zustände am Registrierbahnhof St. Ludwig, wo Angestellte der Hapag bzw. der Lloyd direkt Beamtenfunktionen gegenüber den Auswanderern ausüben, bei der Etatsberatung zur Sprache zu bringen. Beiden Anregungen wurde zugestimmt.

Über den Tod *Pressenés*[4]) soll dem französischen Parteivorstand das Beileid der Fraktion ausgesprochen werden.

[2]) Nach dem Tode von *Zietsch*, der nicht Fraktionsmitglied gewesen war, war interimistisch ein MdR, *Davidsohn*, mit den Aufgaben des Fraktionssekretärs betraut worden, s. Nr. 333.

[3]) Vgl. Schulthess 1914 Bd. 1 S. 312, 314 f.

[4]) *François de Pressené*, ehemaliger französischer sozialistischer Abgeordneter und Präsident der Liga für Menschenrechte, gestorben am 21. 1. 1914; s. Schulthess 1914 Bd. 2. S. 630.

339.

4. 2. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Zur Beratung steht die Frage:

Wie sich die Fraktion in Zukunft gegenüber höfischen Demonstrationen im Plenum verhalten soll.

Es wurde mit 50 Stimmen beschlossen:

Beim Kaiserhoch künftig im Saale zu bleiben und sich nicht von den Sitzen zu erheben[1]);

47 Stimmen wurden für Beibehaltung der bisherigen Praxis (Entfernung vor Ausbringung des Kaiserhochs)[2]) abgegeben.

Der Beschluß soll vorläufig nicht veröffentlicht, sondern als Fraktionsgeheimnis angesehen werden.

Ein Antrag:

im Reichstag zu beantragen, daß der Reichstag künftig von den Kaiserhochs überhaupt absehe, weil *Wilhelm II.* am 27. Januar 1914 dem Reichstags-Präsidium seine Nichtachtung bezeugt habe,

wird abgelehnt.

Brey berichtet über die Stellung der 22. Kommission zu den Anträgen auf Beschränkung oder Verbot der Anpreisung und des Verkaufs der antikonzeptionellen Mittel. Unsere Mitglieder seien für Ablehnung dieser Anträge, würden aber eventuell für die beantragte Sachverständigen-Kommission stimmen, die vor Erlaß solcher Maßregeln zu hören sei.[3]) Die Fraktion stimmt dieser Stellungnahme zu.

Haase

[1]) Zum Anlaß dieses Beschlusses s. Nr. 332; vgl. Schreiben *Ludwig Franks* an *Georg v. Vollmar* vom 5. 2. 1914, Nachlaß Vollmar: „[...] Die Fraktion hat gestern mit 50 gegen 47 Stimmen beschlossen, künftig bei Kaiserhochs sitzen zu bleiben [...] Die revolutionäre Energie hat sich aus den Köpfen in die entgegengesetzten Körperteile verzogen. Der Beschluß ist aber nicht bloß lächerlich, sondern auch unheilvoll. Er wäre nicht gefaßt worden, wenn nicht fast alle süddeutschen Freunde gefehlt hätten [...]" Später spricht *Frank* von dem „unheilvollen Beschluß einer Zufallsmehrheit". — Als der Reichstag am 20. 5. 1914 geschlossen und das Kaiserhoch ausgebracht wurde, blieb die Fraktion sitzen bis auf den Abgeordneten *Landsberg*, der aufstand. *Landsberg* war schon 1912 bei der „monarchischen Huldigung" gegen den Fraktionsbeschluß im Plenarsaal geblieben; s. Protokoll SPD-Parteitag 1912 S. 386. — Zu der Regelung vom Februar 1912 s. weiter Sten. Berichte Bd. 295 S. 9170 f.; Dittmann, Erinnerungen 5. Kap.; Nachlaß Heine, Erinnerungen; s. a. Wolfgang Heine, Kaiserhoch, in: *Sozialistische Monatshefte* 1914 S. 651—654, und Edmund Fischer, Der Deutsche Reichstag, in ders. Zeitschrift S. 655—659.

[2]) Zur „bisherigen Praxis" s. Nr. 332 Anm. 7.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1179.

340.

16. 2. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Zu dem Beschluß betreffend das Verhalten der Fraktion beim Kaiserhoch gibt **Scheidemann** von folgenden nachträglichen Erklärungen Kenntnis:

Lensch und *Jäckel* erklären, sie würden, wenn sie in der letzten Fraktionssitzung anwesend gewesen wären, für den Antrag auf Sitzenbleiben gestimmt haben; dagegen erklären *Böhle*, *Keil*, *Peirotes*, *Segitz*, *Schumann*, *Vollmar*, *Ulrich* und *Wendel*, sie würden für Beibehaltung des alten Verfahrens gestimmt haben.[1])

Zu dem Gesetzentwurf betreffend Luftverkehr[2]) werden *Landsberg* und *Bender* als Redner bestimmt; es soll Kommissionsberatung beantragt werden. Zur Militärstrafgesetz-Novelle[3]) werden *Frank* und *Noske* als Redner bestimmt.

Betreffs Errichtung eines Archivs für das Reich[4]) in Verbindung mit dem neuen preußischen Staatsarchiv wird beschlossen:

Unsere Vertreter in der Kommission sollen zustimmen, falls im Vertrag das Selbstverwaltungsrecht des Reiches an seinen Archivbeständen und alle Rechte des Reiches an den von ihm benutzten Teilen des Hauses sichergestellt werden.

Die Debatte über die Frage des Bahnbaues in Ostafrika soll in nächster Fraktionssitzung fortgesetzt werden.[5])

[1]) S. Nr. 339 Anm. 1.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1338.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1368.

[4]) S. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1384.

[5]) Vgl. Nr. 341.

341.

18. 2. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Hoch gibt die Erklärung dafür, weshalb die Mitglieder der Budgetkommission gegen den Antrag der Regierung betreffs Errichtung eines Reichs-Archivs[1])

[1]) Vgl. Nr. 340 Anm. 4. Der Regierungsvorschlag hatte dahin gelautet, die Neueinrichtung des Reichsarchives in Verbindung mit dem Neubau des Geheimen Staatsarchives des Königreichs Preußen vorzunehmen. Der Nutzen der räumlichen Zusammenlegung der beiden Archive wurde vom Haushaltsausschuß anerkannt, hingegen wurde der Regierungsvorschlag, der vorsah, beide Archive in gemeinsames Eigentum zu überführen, abgelehnt, weil er die Selbständigkeit des Reichsarchives zu gefährden schien; vgl. den mündl. Bericht *Graefes* zum Tit. 32 des Kap. 3 der einmaligen Ausgaben im Etat des Reichsamts des Innern, Sten. Berichte Bd. 293 S. 7583 f.

gestimmt haben. Die Abweichung von dem Fraktionsbeschluß war durch die Begleitumstände gegeben.

In der Frage des Bahnbaues in Ostafrika[2]) wurde die Frage: unter allen Umständen gegen die Bewilligung zu stimmen, mit 42 gegen 35 Stimmen verneint; für die Bewilligung unter den nachfolgenden Bedingungen stimmten 48, für die Ablehnung auch unter diesen Bedingungen 11. Die Bedingungen lauteten[3]):

Die für den Bau von Kolonialbahnen geforderten Kredite sind zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß die Regierung sich verpflichtet, die folgenden Forderungen zu erfüllen:

1. Kein Arbeitszwang bei dem Bau der Eisenbahnen;
2. ausreichende Verpflegung und ärztliche Versorgung der bei den Bahnbauten beschäftigten Arbeiter;
3. keine Verschleppung von Eingeborenen aus den zu erschließenden Gebieten in die Plantagen;
4. keine Zulassung neuer Plantagen durch die Regierung;
5. Unterdrückung des von den Behörden und den weißen Ansiedlern geübten Arbeitszwanges;
6. Regelung der Arbeiterverhältnisse in den Schutzgebieten, insbesondere hinsichtlich der Arbeitszeit und Minimallöhne durch eine von der Regierung zu erlassende und zu kontrollierende Arbeitsordnung auf Grundlage des freien Arbeitsvertrages. Diese Arbeitsordnung ist vor ihrer Einführung dem Reichstage vorzulegen.
7. Schutz des Eigentums der Eingeborenen gegen Enteignung zugunsten privater Erwerbsgesellschaften.

Haase

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 296 (Register) S. 9500 f.

[3]) Der Wortlaut der Bedingungen wurde mit Maschine auf einem Zettel aufgezeichnet und unterhalb des Protokolls in das Or. eingeklebt.

342.

25. 2. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Ebert macht Mitteilung von den Verhandlungen mit der Regierung über die Beamten-Besoldungsordnung. (Die Regierung möchte die Vorlage erst nach dem Etat erledigen, unsere Fraktion wünscht gleichzeitige Erledigung[1]); voraussichtlich wird die Regierung nachgeben.) In der Debatte wird nebenbei auf den unwürdigen Zustand hingewiesen, den die Verhandlungen im Plenum an den Sonnabend-Nachmittagen bieten.

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 304 (Anlagen) Nr. 1408.

Einige Parteizeitungen des Niederrheins beantragen, daß zur Information der Redakteure, nicht zum Zwecke der Veröffentlichung, Berichte über die Vorgänge in der Fraktion, bei wichtigen Fragen mit Begründung, herausgegeben werden, zumal wenn die bisherige Stellung der Fraktion geändert oder sonst tiefgreifende Beschlüsse gefaßt werden. Nach eingehender Debatte wurde der Antrag gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Haase

343.

11. 3. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Der Fall *Rauch* — *Antrick* wird nach der in einer Fraktionsvorstands-Sitzung stattgehabten Aussprache und Vereinbarung als erledigt erklärt.[1])

Zur Zentrums-Interpellation über das Duell in Metz[2]) werden *Haase* und *Wendel* als Fraktionsredner bestimmt; zur Gewerbeordnungs-Novelle betreffend Kino und Schankkonzession *Ewald*, *Davidsohn* und speziell für das Kino *Heinrich Schulz*, bzw. *Göhre*; zur kleinen Lex *Heinze Erdmann* und *Heine*.[3])

Über die Frage, wer als Fraktionsredner zur 2. Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle betreffend das Verbot der antikonzeptionellen Mittel bestimmt werden soll, sollen [sich] zunächst die Kommissionsmitglieder unter sich verständigen.

Von einer Interpellation betreffend den Eingriff des preußischen Polizeiministers in die Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Errichtung besonderer Dienstbotenkassen und der Verbeamtung der Kassenangestellten wird Abstand genommen.

Die Fraktion erklärt sich für Verlegung des Kolonialgerichtshofes nach Hamburg[4]); doch soll an der Frage des Sitzes der Gesetzentwurf nicht scheitern, sondern die Kommissionsmitglieder evtl. für Berlin stimmen.

In der nächsten Fraktionssitzung soll die Berichterstattung über die Kommissionsberatung der Petroleum-Monopol-Vorlage erfolgen und die Wahl des Fraktionsberichterstatters zum Parteitag vorgenommen werden.

Haase

[1]) Um welchen „Fall" es sich handelt, konnte nicht ermittelt werden. — *Friedrich Rauch* war sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis 10 Hannover (Hildesheim).

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 294 S. 8062.

[3]) S. Sten. Berichte Bd. 304 (Anlagen) Nr. 1431 und Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1385 für die kleine Lex *Heinze*, d. h. den Jugendschutz.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 304 (Anlagen) Nr. 1174.

344.

20. 3. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Seitens der Tanganjika-Bahn werden zur Eröffnungsfeier der Schlußstrecke 10 Teilnehmerkarten dem Reichstag zugestellt[1]), wovon 4 auf die Fraktion entfallen, die Fraktion lehnt die Teilnahme ab.

Anläßlich der letzten Pressekriegstreibereien betreffend die russischen Rüstungen hatte die russische Dumafraktion unserer Partei ein Sympathietelegramm gesandt; die Fraktion beschließt, dieses Sympathietelegramm zu erwidern.

Die im Nachtragsetat geforderten 2½ Millionen für das seinerzeit für das Militärkabinett in Aussicht genommene Gebäude in der Victoriastraße sollen unter dem Vorbehalte des Regresses und der Nichtverwendung für das Militärkabinett bewilligt werden; auch soll für den freisinnigen Antrag gestimmt werden, daß diese Forderung aus dem Militär-Etat auf den Etat des Reichsschatzamtes übernommen werde.[2])

Als Fraktionsberichterstatter zum Parteitag wurde *Vogtherr* mit 48 Stimmen bestimmt; auf *Fischer-Dresden* entfallen 32 Stimmen.[3])

Wurm berichtet über die Verhandlungen in der Kommission betreffend das Petroleum-Monopol. Die Debatte-Fortsetzung wird auf nächste Sitzung vertagt.

Haase

[1]) Vgl. Schulthess 1914 Bd. 2 S. 982.

[2]) Vgl. Nr. 331 Anm. 2.

[3]) Der Parteitag fand wegen des Kriegsausbruches nicht statt. Der schriftliche Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion 1913/14 wurde jedoch abgefaßt und als Anhang zum Protokoll SPD-Parteitag 1917 veröffentlicht.

345.

23. 3. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Die Debatte über die Petroleum-Monopol-Vorlage[1]) wird fortgesetzt. **Antrick** stellt den Antrag:

Die der Fraktion vorgelegte Kommissionsvorlage kann nur dann als Grundlage für die Einführung eines Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl dienen, wenn für die Vertriebsgesellschaft die Beschaffung einer für den deutschen Konsum ausreichenden

[1]) Vgl. Nr. 310 Anm. 6.

Menge von Leuchtöl zu einem Maximalpreise, der nicht höher sein darf als der Durchschnittspreis der letzten 2 Jahre vor Inbetriebsetzung der Betriebsgesellschaft. [sic!]

Die Versorgung Deutschlands mit Leuchtöl muß auf mindestens 10 Jahre durch Abschluß von Verträgen, die die sogenannte Baissesklausel enthalten müssen, sichergestellt werden.

Das Reich darf einen Gewinn aus dem Monopol nicht erzielen.

Die Debatte soll in einer nächsten Fraktionssitzung fortgesetzt werden.

Haase

346.

27. 4. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Haase begrüßt den neugewählten Kollegen *Ryssel*.[1])

Die Interpellation wegen der Mecklenburger Verfassungszustände soll nunmehr eingebracht werden.[2])

Ledebour regt an, wegen der *Dallwitz-Jagow'schen* Erlasse gegen das Streikpostenstehen[3]) eine Interpellation einzubringen.

Sachse macht darauf aufmerksam, daß die Generalkommission sich gegen jede Besprechung der Politisch-Erklärung der Gewerkschaften im Reichstag erklärte, solange nicht die letzte Rechtsinstanz gesprochen habe. Da eine Trennung der beiden Gesichtspunkte kaum möglich sein dürfte, beschließt die Fraktion Überweisung der Anregung an den Sozialpolitischen Ausschuß.[4])

Die Debatte über die Petroleum-Monopol-Frage[5]) wird fortgesetzt. **Stadthagen** stellt den Antrag:

Die Fraktion lehnt die Verzinsung der Anteile der Anteilseigner in der in § 6 Ziffer 2 vorgesehenen Form ab. Alle Überschüsse sind dem Preisausgleichungsfonds zuzuführen und zur Verbilligung des Petroleums zu verwenden.

Göhre stellt den Antrag, daß im § 7 Zeile 4 (bei den Verwendungszwecken) eingefügt werde: „insbesondere für Kleinwohnungsbau."

Nach Schluß der Debatte wird die Abstimmung auf morgen vertagt, zu welchem Zweck die Fraktion während der Plenarsitzung zu einer kurzen Fraktionssitzung zusammentreten soll.

Haase

[1]) Zu den Ersatzwahlen in Borna-Rochlitz vgl. Schulthess 1914 S. 139, 185.

[2]) S. Sten. Berichte Bd. 304 (Anlagen) Nr. 1545.

[3]) *Johann v. Dallwitz*, preußischer Minister des Innern 1910—April 1914; *Traugott v. Jagow*, Polizeipräsident von Berlin. — Zu den preußischen Maßnahmen gegen „Streikposten" und gegenüber „Streikbrechern" s. Sten. Berichte des preußischen Hauses der Abgeordneten 1914—1915 Bd. 2 S. 1806 ff. (Debatte vom 10./12. 2. 1914). Vgl. auch die Hinweise in: Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung Jg. 1914 S. 71.

[4]) der Fraktion.

[5]) Vgl. Nr. 345 Anm. 1.

347.

28. 4. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Zur Novelle betreffend Internationale Verträge zum Schutz menschlichen Lebens [auf See][1]) werden *Schumann* und *Henke*, zur Postdampfer-Vorlage[2]) *Henke* und *Herzfeld* als Redner bestimmt.

Vor der Abstimmung über die Stellungnahme zur Petroleum-Monopol-Vorlage läßt Kollege **Bock** zu Protokoll erklären, daß er für den Antrag *Antrick*[3]), und Kollege **Herzfeld**, daß er für den Antrag *Antrick*, aber gegen den Antrag *Stadthagen*[4]) stimmen würde, falls er anwesend sein könnte.

Der Antrag *Antrick* wird in seinem ersten Teile (Bindungs- bzw. Meistbegünstigungs-Klausel) mit 49:33 Stimmen, in seinem zweiten Teil (Bindung auf 10, evtl. 5 Jahre) mit 46:35 Stimmen angenommen, in seinem dritten Teil (Gewinnverbot) mit 50:37 Stimmen abgelehnt. Ebenso wurden die Anträge *Stadthagen* (mit 57:27 Stimmen) und *Göhre*[4]) abgelehnt.

[1]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 304 (Anlagen) Nr. 1510.
[2]) S. Sten. Berichte Bd. 304 (Anlagen) Nr. 1473.
[3]) S. Nr. 345.
[4]) S. Nr. 346.

348.

6. 5. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift nicht identifiziert.

Auf Vorschlag des Fraktionsvorstandes wird beschlossen, der sozialistischen Dumafraktion in Rußland aus Anlaß ihrer parlamentarischen Vergewaltigung ein Sympathietelegramm zu senden.[1])

Das Konkurrenzklausel-Gesetz wird von der Fraktion in dritter Lesung abgelehnt werden, nachdem der Antrag auf Beseitigung der Haftstrafe bei Nichterfüllung des Vertrags in zweiter Lesung mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist.[2]) Redner für die dritte Lesung ist Genosse *Giebel*.

[1]) Zu dem am 5. 5. erfolgten Ausschluß der sozialistischen Abgeordneten aus der Budgetkommission der Duma s. Schulthess 1914 Bd. 2 S. 819.
[2]) Novelle zu den §§ 74—76 des Handelsgesetzbuches; s. Sten. Berichte Bd. 300 (Anlagen) Nr. 575.

Den von den Fortschrittlern geplanten Antrag auf Gewährung einer Reichssubvention an das preußische Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht lehnt die Fraktion ab.[3])

Zu § 3 des Regierungsentwurfs zum Sonntagsruhegesetz[4]) (Recht zur Sonntagsarbeit als Ausgleich für jüdische Feiertage) haben sich unter den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern zwei Meinungen gebildet. Die Fraktion beschließt, das Privileg der Juden abzulehnen.

Der sozialpolitische Ausschuß der Fraktion hat einstimmig beschlossen, von der Einbringung einer besonderen Interpellation wegen der Handhabung des Reichsvereinsgesetzes abzusehen. Die Fraktion stimmt dem zu.

Dem Gesetz über Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren[5]) wird die Fraktion zustimmen, auch wenn die noch einzubringenden Anträge abgelehnt werden sollten.

Für die 3. Lesung des Etats wird Genosse *Ledebour* als Redner bestimmt.

Haase

[3]) Eine derartige Resolution wurde am 16. 5. 1914 vom Zentrum eingebracht; vgl. Sten. Berichte Bd. 305 (Anlagen) Nr. 1684.

[4]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1176.

[5]) Vgl. Sten. Berichte Bd. 303 (Anlagen) Nr. 1171.

349.

13. 5. 1914: Fraktionssitzung

Protokollbuch II, Handschrift Fischer.

Als Vertreter der Fraktion am Internationalen Kongreß in Wien[1]) werden gewählt *Bock*, *David*, *Fischer*, *Ledebour*; als Stellvertreter: *Hofrichter*, *Hüttmann*, *Bernstein*.

Dem Kompromißvorschlage der bürgerlichen Parteien zur Besoldungs-Novelle, wonach[2]) die von der Budgetkommission in die Regierungsvorlage aufgenommenen Beamtenkategorien spätestens am 1. April 1915 Aufbesserungen von 100 Mk. erhalten sollen, soll seitens der Fraktion nicht zugestimmt werden.[3])

Haase

[1]) Zur Vorbereitung und Tagesordnung des geplanten Kongresses s. Protokoll SPD-Parteiausschuß, 30. 6. 1914 S. 1 f. Das Internationale Büro tagte am 28./29. 7. 1914 und berief den Kongreß auf den 9. 8. 1914 ein. Der Kriegsausbruch verhinderte die Durchführung des Kongresses; s. Nachlaß Heine Manuskript; Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Hannover 1961, 1. Bd. S. 356.

[2]) Im Or. hinter „wonach": „für".

[3]) Vgl. Nr 342.